

# Herrschen und bewahren

Kanzlei und Archiv im Kloster Einsiedeln  
(16. – 18. Jahrhundert)

Abhandlung  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der Philosophischen Fakultät  
der  
Universität Zürich

vorgelegt von  
Hans Jörg Kuhn

von Trub / Bern

Angenommen im Herbstsemester 2009 auf Antrag von  
Herrn Prof. Dr. Roger Sablonier und Herrn PD Dr. Stefan Sonderegger

Zürich 2012

## Vorwort und Dank

Das Kloster Einsiedeln ist eine grosse und bis heute weit verzweigte Institution, in der zwei geistliche Gemeinschaften – 80 Männer in Einsiedeln und 28 Frauen im Kloster Fahr – ihr Leben nach der Regel des heiligen Benedikt gestalten. Daneben ist das Kloster als aktives Unternehmen in Wirtschaft und Kultur tätig, was ein grosses Engagement, in erster Linie des derzeitigen Abtes Martin Werlen, in den Bereichen Management und Verwaltung bedingt. Die weltberühmte Gnadenkapelle macht Einsiedeln zu einem der bedeutendsten Wallfahrtszentren der römisch-katholischen Christenheit. Die Klostergemeinschaft betreibt ein Gymnasium, eine Pferdezucht und einen Reitbetrieb. Es gilt 2000 Hektaren Grundbesitz zu verwalten und die grossartige Klosteranlage muss, zusammen mit den übrigen Gebäuden im Besitz des Klosters, betrieben und instand gehalten werden. Im Baubereich sind deshalb verschiedene Projekte initiiert oder bereits in Ausführung begriffen: Der Klosterplatz mit seinen Arkaden steht kurz vor einer Sanierung, ein Bücher- und Souvenirladen wurde in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege realisiert, der Marstall ist frisch renoviert und die Renovation und Reorganisation der Musikbibliothek und des Archivs befindet sich in vollem Gang.<sup>1</sup> Im Zuge dieses stetigen Wandels verläuft das Leben der Einsiedler Mönche und der Schwestern in Fahr keineswegs ausschliesslich in weltabgewandter Kontemplation. Vielmehr ist jedes Mitglied der beiden Gemeinschaften an der Gestaltung der Welt innerhalb und ausserhalb der Klostermauern aktiv beteiligt, und dies nicht erst heute. Bereits in früherer Zeit, beispielsweise während der in der vorliegenden Arbeit im Zentrum stehenden drei Jahrhunderte, war das Leben im Kloster getreu dem benediktinischen Motto *ora et labora* durch stetige Geschäftigkeit gekennzeichnet. Damals musste sogar ein noch weit umfangreicherer Grundbesitz verwaltet werden, als dies heute der Fall ist und gleichzeitig galt es, Herrschaftsrechte wie etwa die Gerichtsbarkeit auszuüben und zu verteidigen. In diesem Sinne hatte unter anderem das Stiftsarchiv eine viel unmittelbarere rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung als dies heute der Fall ist.

---

<sup>1</sup> Zu den abgeschlossenen, geplanten oder sich in Ausführung befindenden Projekten im Kloster Einsiedeln vgl. Das Kloster Einsiedeln in Modernisierung, Artikel zur Jahrespressekonferenz des Klosters, Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Nr. 137, 14./15. Juni 2008, S. 20. Zur Reorganisation des Archivs vgl. Kränzle, Andreas: Das Klosterarchiv Einsiedeln, Neuordnung und Renovation, in: Niederhäuser, Peter und Meyerhans, Andreas (Hgg.): Äbte, Amtsleute, Archivare. Zürich und das Kloster Einsiedeln, Zürich 2009, (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd. 76 ( 173. Neujahrsblatt)), S. 149-160.

Im Rahmen meines Geschichtsstudiums an der Universität Zürich konnte ich mich während mehrerer Jahre intensiv mit der Geschichte des Klosters Einsiedeln und der dazugehörigen Grundherrschaft auseinandersetzen. Ich erachte das als grosses Privileg, denn ich durfte mich im Stiftsarchiv auf eine spannende Zeitreise begeben und, wenn auch nur auf mentaler Ebene und in bescheidenem Rahmen, am für mich zuvor fremden Leben einer monastischen Gemeinschaft teilhaben. Beides empfinde ich als grosse Bereicherung, die weit über die erzielten geschichtswissenschaftlichen Ergebnisse hinausreicht.

Ohne die Unterstützung anderer Menschen hätte die vorliegende Arbeit nicht zum Abschluss kommen können. Ihnen allen danke ich an dieser Stelle herzlich. Ganz besonders danke ich Herrn Professor Dr. Roger Sablonier (†), der mir die notwendigen fachlichen Grundlagen vermittelte, mein Interesse für Fragen nach dem Umgang mit Schriftlichkeit in der Vergangenheit weckte und mich jederzeit mit wissenschaftlichem Rat und mit persönlicher Ermunterung zur rechten Zeit unterstützte. Herrn Privatdozent Dr. Stefan Sonderegger danke ich herzlich für die Übernahme des Koreferats und für wertvolle Anregungen und Hinweise.

Herrn Abt Martin Werlen und dem gesamten Konvent des Klosters Einsiedeln danke ich für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Nur deshalb war es mir möglich, die Bestände des Klosterarchivs für meine Recherchen ohne Einschränkung zu benutzen. Ganz besonders danke ich Pater Dr. Joachim Salzgeber, der als Stiftsarchivar meine Arbeit im Archiv freundlich unterstützte und mir mit seiner profunden Kenntnis manch nützlichen Hinweis geben konnte.

Andreas Meyerhans verfolgte die Forschungsarbeit von Anfang an mit Interesse und versorgte mich im Lauf der Jahre mit vielen nützlichen Tipps. Seit 2005 wacht er als interimistischer Stiftsarchivar über die im Staatsarchiv Schwyz ausgelagerten Bestände. In dieser Funktion liess er mir jede möglich Hilfe zukommen und stellte mir die gewünschten Archivalien immer termingerecht bereit. Dafür danke ich herzlich.

Ebenfalls herzlich danke ich meiner Frau, Silvia Kuhn-Rüttimann. Ohne ihre grosse Unterstützung wäre die Verwirklichung der vorliegenden Arbeit nicht möglich gewesen. Weiter danke ich den folgenden Personen, die alle auf ihre Weise zum Gelingen des Projekts beigetragen haben: Dr. Rolf Aebersold, Dr. Dr. h.c. Urs Breitenstein, Dr. Anton Gössi, Dr. Gregor Egloff, Sara Galle, Colette Halter, André Heinzer, Dr. Doris Klee, Dr. Andreas Kränzle, Reto Krismer, Anita Kuhn Jerron-

Quarshie, Stefan Kwasnitza, Dr. Oliver Landolt, Claudia Moritzi sowie dem gesamten Personal des Staatsarchivs Schwyz.

Gewidmet ist die Arbeit meiner Familie: Meinen Eltern, meiner Frau Silvia sowie unseren beiden Kindern Milena und Elias.

Luzern, im April 2012

Hans Jörg Kuhn

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>9</b>
<b>2.</b>	<b>Der Stand der Forschung.....</b>	<b>19</b>
<b>3.</b>	<b>Die Quellen.....</b>	<b>25</b>
<b>4.</b>	<b>Die Organisation des geistlichen Fürstentums Einsiedeln.....</b>	<b>32</b>
4.1	Die Einsiedler Grundherrschaft.....	35
4.1.1	Die Besitzungen des Klosters im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit	38
4.1.2	Vogtei	39
4.1.3	Herrschaftsübung	40
4.1.4	Das Personal der grundherrlichen Herrschaftsübung	42
4.1.5	Kommunikationsorte: Jahrgerichte, Sessionen, Hofstube	44
4.1.6	Währungssysteme in der Waldstatt Einsiedeln	48
<b>5.</b>	<b>Die politische Organisation des Schirmherren Schwyz.....</b>	<b>49</b>
<b>6.</b>	<b>Die Kanzlei des Klosters Einsiedeln.....</b>	<b>56</b>
6.1	Das Personal der Kanzlei.....	57
6.1.1	Das Kanzleramt	58
6.1.2	Die Inhaber des Kanzleramtes	59
6.1.3	Voraussetzungen zur Erfüllung des Amtes	94
6.1.4	Exkurs I: Die Ausbildung der Stadtschreiber in der frühen Neuzeit	95
6.1.5	Exkurs II: Die Ausbildung der Kanzler im kirchlichen Bereich	97
6.1.6	Ausbildung und gesellschaftliche Stellung der Einsiedler Kanzler	98
6.1.7	Bewerbung und Auswahlverfahren	109
6.1.8	Bestallung und Amtseinführung	116
6.1.9	Der Status des Kanzleramtes	119
6.1.10	Kanzler und Abt	123
6.1.11	Tätigkeitsfeld I: Führen, Herrschen und Verhandeln	124
6.1.12	Tätigkeitsfeld II: Repräsentieren und Beraten	137
6.1.13	Tätigkeitsfeld III: Der kirchliche Bereich	152

6.1.14	Besoldung der Kanzler	154
6.1.15	Der Sekretär	156
6.1.16	Die Kanzleischreiber (Substituten, Kanzlisten)	164
6.2	Die Schriftproduktion.....	172
6.2.1	Die Formular- oder Konzeptbücher der Kanzlei	173
6.2.2	Der Kalender der Kanzlei	175
6.2.3	Schriftgutproduktion in Herrschaft und Verwaltung	177
6.2.4	Die Ad-hoc-Schriftgutproduktion	186
6.3.	Das Kanzleirecht des Klosters Einsiedeln – ein oft bestrittenes Recht.....	196
6.3.1	Rechtliche Grundlagen	197
6.3.2	Angriffe auf das Kanzleirecht	203
<b>7.</b>	<b>Das Stiftsarchiv Einsiedeln.....</b>	<b>224</b>
7.1	Das Stiftsarchiv im 17. Jahrhundert.....	225
7.1.1	Die politischen Vorbedingungen: Auseinandersetzungen mit Schwyz	225
7.1.2	Abt Placidus Reimanns Archivordnung	228
7.1.3	Die Documenta Archivii Einsidlensis (DAE)	238
7.1.4	Die Libertas Einsidlensis	241
7.2.	Der Konflikt um die Neuordnung des Archivs im 18. Jahrhundert.....	247
7.2.1	Das Archiv in den Jahren 1670 bis 1730	248
7.2.2	Das Kapitel von 1730 und die Folgen	250
7.2.3	Exkurs III: Die archivtheoretische Literatur der Zeit (16. - 18. Jahrhundert)	251
7.2.4	Der Prior der Kartause Ittingen soll helfen (1756)	256
7.2.5	Der Konflikt zwischen P. Bonaventura Müller und P. Lucas von der Weid	261
7.2.6	Der Fragenkatalog von P. Thomas Jann und die Entscheidung	269
7.3	Die Neuordnung des Klosterarchivs.....	275
7.3.1	Die Struktur der neuen Ordnung	276
7.3.2	Die Signatur der Dokumente	284
7.3.3	Die Summarien und die Register	286
7.3.4	Projekte für die Zukunft	289

7.4	Das Archivpersonal.....	293
7.5	Ausblick: Das Stiftsarchiv zur Zeit der Helvetischen Republik.....	298
8.	<b>Schlusswort</b> .....	301
<b>Anhang A: Kanzlei- und Archivgeschichte: Ein Überblick</b> .....		308
A1	Das europäische Kanzleiwesen: Geschichte, Begriffe und Definitionen.....	308
A1.1	Geistliche Kanzleien	310
A1.2	Weltliche Kanzleien	313
A1.3	Kanzleiarbeit	320
A2	Archivgeschichte: Gegenstand und Definitionen.....	324
A2.1	Archivgeschichte	328
<b>Anhang B: Transkriptionen</b> .....		334
B1	Briefe von P. Lukas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter.....	334
B1.1	P. Lukas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter, 4.11.1758	334
B1.2	P. Lukas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter, 3.1.1759	341
B1.3	P. Lukas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter, 4.10.1759	345
B2	Bestellungen des Kanzlers, des Archivars, des Kanzleisekretärs und der Substituten (Kanzlisten und Archivschreiber).....	348
B2.1	Bestellung des Stiftskanzlers Johann Martin Hegner	349
B2.2	Instructio pro P. Archivista vel Archivario	353
B2.3	Bestellung des Archivars: Provisorische Übersetzung	356
B2.4	Bestellung für den Sekretär Bartholomeus Schnider	358
B2.5	Ordnung für die Kanzleischreiber	360
B2.6	Bestellung für den Archivschreiber Wolfgang Dietelin	365

<b>Anhang C: Verschiedenes</b> .....	367
C1      Fragenkatalog zum Archiv von P. Thomas Jann.....	367
C2      Kurzbiografien der klösterlichen Hauptakteure (Äbte, Patres und Fratres)...	371
Bibliographie.....	375



## 1. Einleitung

In den abendländischen Klöstern spielte das Medium Schrift schon früh eine zentrale Rolle und wurde systematisch gepflegt und gefördert. Aus diesem Grund stehen die Geschichte der Schriftlichkeit und die Geschichte des Mönchtums in engem Zusammenhang. Die Wertschätzung für das geschriebene Wort im klösterlichen Bereich beruht dabei auf zwei grundlegenden Voraussetzungen: Einerseits gründet das Christentum als Buchreligion selbst auf schriftlicher Überlieferung, andererseits verhalf die gemeinschaftliche monastische Lebensform dem Schriftgebrauch bereits sehr früh zum Durchbruch, da Klostergemeinschaften von Beginn an schriftlich festgehaltene Regelwerke für die Organisation des Zusammenlebens schufen.<sup>2</sup> Damit diese Regelwerke ihren Zweck erfüllen konnten, mussten sie jedem Mitglied eines Ordens bekannt und zugänglich sein. Die Schrift als dauerhaftes Medium war für deren Verbreitung und Erhalt bestens geeignet. Es kommt dazu, dass Niedergeschriebenes grundsätzlich eine hohe Verbindlichkeit aufweist, da es – im Gegensatz zum gesprochenen Wort – mit grösserer Umsicht zustande kommt und nicht so leicht in Vergessenheit gerät. So erstaunt es nicht, dass bereits in der aus dem sechsten Jahrhundert stammenden Regel des heiligen Benedikt die Lese- und Schreibkompetenz als eine der wünschenswerten Fähigkeiten eines Novizen genannt ist.<sup>3</sup>

Die klösterliche Literalität wirkte bereits früh auch gegen aussen, denn neben religiösen Motiven waren es gerade auch die Schreib- und Lesefähigkeit der Mönche, welche die übrige Gesellschaft dazu veranlassten, die materiell weitgehend unproduktiven geistlichen Gemeinschaften mit der Stiftung von Grundbesitz zu begütern.<sup>4</sup> Solche Stiftungen frommer Laien wurden ebenfalls in schriftlicher Form festgehalten. Mittelalterliche Klöster betätigten sich deshalb nicht in erster Linie als Schriftgutaussteller, sondern waren stark auf Eingangsschriftgut angewiesen, mit dem sie im Streitfall die Rechtmässigkeit eines Eigentumsanspruches oder eines herrschaftlichen Rechtes belegen konnten. Dennoch wurde in den frühen

---

<sup>2</sup> Melville, Gert: Zur Funktion der Schriftlichkeit im institutionellen Gefüge mittelalterlicher Orden, in: Frühmittelalterliche Studien 25, 1991, S. 391-417, hier: S. 392. Vgl. dazu auch grundlegend: Keller, Hagen: Vom heiligen Buch zur Buchführung, Lebensfunktionen der Schrift im Mittelalter, in: Frühmittelalterliche Studien 26 (1992), S. 1-31.

<sup>3</sup> Pfiffner, Eugen: Die Regel des heiligen Benedikt, Übersetzt und kurz erklärt, Einsiedeln/Zürich 1947, S. 110.

<sup>4</sup> Goody, Jack: Die Logik der Schrift und die Organisation von Gesellschaft, Frankfurt am Main 1990, S. 50.

klösterlichen Skriptorien viel Schriftliches produziert. Im Wesentlichen konzentrierten sich die damaligen Schreiber jedoch auf die Herstellung theologischer oder liturgischer Schriften. Nur hie und da wurde das herrschaftlich-wirtschaftliche Schriftgut, beispielsweise die Hofrechte oder die Urbare, den realen Gegebenheiten angepasst.<sup>5</sup> Ähnlich verhält es sich mit der in vormechanisierter Zeit rege gepflegten Abschreibetätigkeit. Einerseits begründete diese die in den Klöstern ausgeprägt vorhandene Überlieferungstradition, andererseits entstand dabei nur in sehr beschränktem Mass rechtlich relevantes Schriftgut, das in ein Archiv abgelegt wurde. Erst die existentielle Abhängigkeit von Schriftgut wie Stiftungsurkunden, Privilegien und dergleichen führte in den Klöstern nachweisbar ab dem 10. Jahrhundert – lange bevor die weltlichen Machttträger mit einer systematischen Überlieferung begannen<sup>6</sup> – zur Bildung von Archiven mit rechtsrelevanten Inhalten.<sup>7</sup> In späterer Zeit wirkten dann die Kanzleien der weltlichen Obrigkeit oft als Kristallisationspunkte der mittelalterlichen Schriftlichkeit, so etwa im 13. und 14. Jahrhundert die Kanzleien der englischen und französischen Könige. Parallel dazu entwickelten sich verschiedene andere Kanzleitypen: Die Kanzleien der norditalienischen Städte, die päpstliche und die bischöflichen Kanzleien sowie die Kanzleien der Universitäten. In Sachen Schriftlichkeit traten all diese Institutionen zusammen mit den Klöstern als Pioniere auf.<sup>8</sup>

Das Kloster Einsiedeln war seit dem Hochmittelalter das bedeutendste geistliche Zentrum im Gebiet der Zentralschweiz. Als Ort der gelebten Religiosität, als Bildungsstätte und als Träger der monastischen Kultur, strahlt es bis heute weit herum aus. Neben dieser genuin klösterlichen Wirksamkeit, verfügte die Abtei als Trägerin einer Grundherrschaft mit ausgedehntem Grundeigentum bis zum Zusammenbruch des Ancien Régime über bedeutendes wirtschaftliches und

---

<sup>5</sup> Clanchy, Michel: *From Memory to Written Record: England, 1066-1307*, 2. erweiterte Auflage, Oxford/Blackwell 1993 (1. Auflage 1979), S. 146.

<sup>6</sup> Natürlich konstruierten auch die weltlichen Machttträger unter Verwendung von Schriftstücken eine möglichst bedeutende Abstammung und grenzten sich damit gegen andere machthebende Personen oder Gruppen ab. Sie taten dies jedoch erst später und mit weniger grosser Kontinuität. Vgl. dazu: Sablonier, Roger: *Die Grafen von Rapperswil: Kontroversen, neue Perspektiven und ein Ausblick in die 'Gründungszeit' der Eidgenossenschaft um 1300*, in: *Der Geschichtsfreund*, Bd. 147 (1994), S. 5-44, hier: S. 17.

<sup>7</sup> Brenneke, Adolf: *Archivkunde, Ein Beitrag zur Theorie und Geschichte des europäischen Archivwesens*, Bearbeitet nach Vorlesungsnachschriften und Nachlasspapieren und ergänzt von Wolfgang Leesch, Leipzig 1953, S. 124f.

<sup>8</sup> Gauvard, Claude: *Conclusion*, in: Fianu, Kouky et Guth, De Lloyd J.: *Ecrit et Pouvoir dans les Chancelleries Médiévales: Espace Français, Espace Anglais*, Actes du colloque international de Montréal, 7-9 septembre 1995, Louvain-la-Neuve 1997, *Textes et Etudes du moyen âge* 6, S. 333-342, hier: S. 333.

politisches Gewicht in Teilen der damaligen Schweizer Eidgenossenschaft.<sup>9</sup> Als Herrschaftsunternehmen<sup>10</sup> von einiger Grösse musste die Abtei über eine funktionierende Administration verfügen. Im Kern dieser Administration befand sich die fürstliche Kanzlei, wo alle Fäden aus Herrschaft und Wirtschaft zusammenliefen. Ihr zur Seite stand das Archiv, welches Traditionsschriftgut und Herrschaftsrechte hütete und verfügbar hielt für den Fall, dass ein anderer Herrschaftsträger Ansprüche auf klösterliche Rechte erhob. In diesem Sinn wirkte das Archiv gleichsam als Arsenal der klösterlichen Selbstverteidigung im rechtlichen Bereich.<sup>11</sup> In ihren Anfängen stellten die Kanzleien, die Archive und wohl auch die Bibliotheken in den klösterlichen Herrschaften allgemein keine scharf von einander abgrenzbaren Institutionen dar. Erst mit der Zeit kam es zu einer geregelten Aufgabenteilung und damit zu einer institutionellen Separierung.<sup>12</sup>

Die Kanzlei und das Archiv des Klosters Einsiedeln stehen als zentrale herrschaftliche Einrichtungen im Zentrum der vorliegenden Arbeit. Michael Clanchys Modell folgend, mit dem er grundsätzlich drei Lebensphasen von Schriftdokumenten charakterisierte, geht es um die Herstellung, den Gebrauch und die Aufbewahrung

---

<sup>9</sup> Die Archivlandschaft der Innerschweiz ist ausserordentlich vielfältig. Einerseits hängt dies mit der starken geografischen Kammerung der alpinen Region und andererseits mit der Vielzahl von sich überlagernden Herrschafts- und Verwaltungseinheiten zusammen. So sind heute alleine im Kanton Schwyz 170 Archivstellen mit öffentlich-rechtlichem Charakter vorhanden. Vgl. dazu: Hug, Albert: Archivlandschaft Innerschweiz und der namenkundliche Wert von Verwaltungsschriftgut und Rechtsaufzeichnungen, in: Debus, Friedhelm (Hg.): Stadtbücher als namenkundliche Quelle, Vorträge des Kolloquiums vom 18.-20. September 1998, Mainz / Stuttgart 2000, S. 425-449, hier: S. 427.

<sup>10</sup> Den Begriff «Herrschaftsunternehmen» führte Roger Sablonier zur Beschreibung der Doppelfunktion ein, welche mittelalterliche und frühneuzeitliche Klöster neben ihrer genuinen Funktion als religiöse Zentren ausübten. Einerseits wirkten die Klöster als Herrschaftsträger im durchaus weltlichen Sinn, die im Idealfall lediglich die Hochgerichtsbarkeit sowie die militärische Verteidigung an eine weltliche Obrigkeit delegierten, andererseits als Grossgrundbesitzer, denen neben dem Boden auch Häuser, Vieh und Menschen als Eigentum angehörten. Vgl.: Sablonier, Roger: Gründungszeit ohne Eidgenossen, Politik und Gesellschaft in der Innerschweiz um 1300, Baden <sup>2</sup>2008, S.66ff.

<sup>11</sup> Rück, Peter: Kanzlei und Chronistik in der spätmittelalterlichen Schweiz, Città del Vaticano 1990, S. 129-136, hier: S. 129.

<sup>12</sup> So berichtet z.B. Edmund Stengel über die Verhältnisse in Fulda, wo die Bibliothek, die Kanzlei und das Archiv im 10. Jahrhundert so fest miteinander verknüpft waren, dass es bei manchen Erzeugnissen ungewiss bleiben muss, welcher Instanz die Herstellung zugeschrieben werden soll. So tauchen in literarischen Handschriften dieser Zeit urkundliche Einträge auf, andererseits lassen sich in Codices historiografische Partien nachweisen. Vgl. dazu: Stengel, Edmund und Semmelmann, Oskar: Fuldensia, Untersuchungen zur Frühgeschichte des Fuldaer Klosterarchivs, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Bd. 4, (1958), S. 120-182, hier: S. 169-173. Zur Geschichte der Bibliothek des Klosters Einsiedeln vgl. die umfassende Studie von Stiftsbibliothekar P. Dr. Odo Lang: Der Mönch und das Buch, Die Stiftsbibliothek Einsiedeln - Deutung und Geschichte, Vollständig überarbeitete und stark erweiterte Neuausgabe der Festschrift von 1999, Stiftsbibliothek Einsiedeln 2010.

von Schriftgut.<sup>13</sup> Die Untersuchung soll sichtbar machen, wie das Kloster mit Schrift handelte, wie es sein politisches und wirtschaftliches Schicksal konkret mit Schriftgut – oder dann wenigstens mit der in jener Zeit exklusiven Schriftkompetenz – zu beeinflussen versuchte oder tatsächlich beeinflusste. In diesem Prozess wirkte die Kanzlei als zentrale Produktionsstätte für Herrschafts-, Wirtschafts- und Verwaltungsschriftgut. Im Archiv dagegen kümmerte sich der Pater Archivar vor allem um das kirchliche und herrschaftliche Eingangsschriftgut, indem er dieses geordnet dauerhaft aufbewahrte. Eine enge Zusammenarbeit mit der Kanzlei, wie sie aus heutiger Sicht zu erwarten wäre, lässt sich im untersuchten Zeitraum kaum feststellen.

Im Weiteren geht es um das Personal in den klösterlichen Schreibstuben und im Archiv. Es stellt sich die Frage, welche Ausbildungen die angestellten Schreiber genossen hatten und in welcher gesellschaftlichen Stellung innerhalb und ausserhalb des Klosters sie standen. Es soll gezeigt werden, welche (politischen) Rollen diese Akteure für das Kloster spielten, v. a. in der Beziehung mit dem ewigen Konkurrenten Schwyz. Dabei wird keine vollständige Erfassung und Auflistung aller handelnden Personen angestrebt. Zu gross ist die Zahl der Sekretäre und der Archiv- und Kanzleischreiber, die oftmals nur für ganz kurze Zeit im Dienst des Klosters standen. Sichtbar werden soll jedoch, wie die genannten Institutionen bzw. die in ihrem Auftrag handelnden Personen ihre Wirksamkeit entfalteten, welchen Einfluss sie auf den Gang der Dinge nahmen und wie sie von der Klostergemeinschaft sowie von den Menschen ausserhalb des Klosters wahrgenommen wurden. Die Frage nach der Stellung der Kanzlei und des Archivs innerhalb der Gesamtorganisation der Klostergemeinschaft bildet dann den Schluss dieses Abschnitts.

Als Zweites werden die im Kloster produzierten Typen von Schriftgut thematisiert. Es soll sich zeigen, für welche unterschiedlichen Zwecke Schriftgut hergestellt wurde und wie es Verwendung fand. Die Bemühungen um Formalisierung und Vereinheitlichung der einzelnen Schriftguttypen kommen dabei ebenfalls zur Sprache. Für das Klosterarchiv im Speziellen geht es darum zu zeigen, in welcher

---

<sup>13</sup> In der Schriftlichkeitsforschung hat sich die genannte Unterscheidung der drei Lebensphasen eines schriftlichen Dokuments (making – using – keeping) als nützlich und methodisch produktiv erwiesen. Vgl. dazu grundsätzlich: Clanchy, Michael: *From Memory to Written Record*. Darauf aufbauend führte Thomas Hildbrand den Begriff des «re-using» ein, mit dem er die Verwendung des als Archivgut klassierten Materials in einem aktuellen Zusammenhang bezeichnete. Vgl.: Hildbrand, Thomas: *Der Tanz um die Schrift, Zur Grundlegung einer Typologie des Umgangs mit Schrift*, in: Meier, Thomas und Sablonier, Roger (Hgg.): *Wirtschaft und Herrschaft, Beiträge zur ländlichen Gesellschaft in der östlichen Schweiz (1200-1800)*, Zürich 1999, S. 439-460, hier: S. 452.

Ordnung Schriftgut aufbewahrt wurde und welche Funktionen die Institution zu erfüllen hatte. Dabei stellt sich auch die Frage nach dem Bezug der Klostersgemeinschaft zu ihrem Archiv, also welche Bedeutung sie der Institution beimass. Die Darstellung der grundlegenden Archivreformen und Neuorganisationen sowie die Gründe, welche zu diesen führten, nehmen ebenfalls breiten Raum ein. Nicht in Betracht kommt dagegen das Schriftgut der religiösen Kultur, so etwa liturgische Schriften, Gebetbücher sowie theologische und chronikalische Schriften. Der Grund dafür ist rein formaler Natur und liegt darin, dass dieser ganze Schriftgutkorpus eben kein Produkt der Kanzlei darstellte. Damit soll keineswegs eine Aussage über den Wert dieses Schriftguts gemacht werden. Es ist im Gegenteil von grösster kulturhistorischer Bedeutung, was etwa bei der Betrachtung der verschiedenen Diarien-Serien unmittelbar klar wird. Diese stellen für die Geschichte des Klosters in der frühen Neuzeit einen der wichtigsten Quellenbestände überhaupt dar. Ihr grosser Wert als beinahe unerschöpfliche Quelle zur Erforschung des alltäglichen Geschehens im Kloster wurde jedoch erst in jüngerer Zeit erkannt. Noch bis ins 20. Jahrhundert blieben die Tagebücher im Archiv meist unbeachtet liegen.

Die zeitliche Abgrenzung der Untersuchungsperiode ist vor allem durch die Quellenlage bedingt. So ist die Überlieferung bezüglich der Organisation der Kanzlei und des Archivs vor dem Beginn des 16. Jahrhundert derart fragmentarisch, dass sich kaum gewinnbringende Erkenntnisse erzielen lassen.<sup>14</sup> Am anderen Ende des betrachteten Zeitraums stehen der Einmarsch französischer Truppen in die Innerschweiz im Jahr 1798 und die damit zusammenhängenden revolutionären Umwälzungen in der Eidgenossenschaft. In der Folge dieser Ereignisse wurde die Einsiedler Grundherrschaft bekanntlich weitgehend aufgelöst, was die Weiterexistenz einer Klosterkanzlei überflüssig machte. Gleichzeitig wandelte sich der Stellenwert der Klosterarchivbestände grundlegend, indem diese – überspitzt formuliert – vom Schatz und Hort zur Legitimation der klösterlichen Herrschaft, zum zwar historisch bedeutenden und in der Region einzigartigen, rechtlich aber weitgehend irrelevanten Kulturgut mutierten.

---

<sup>14</sup> Zwar lassen sich punktuell bereits im 13. Jahrhundert Notare oder Schreiber des Klosters identifizieren, indem diese in Urkunden als Zeugen auftreten. Mehr als die Namen dieser Schreiber lässt sich allerdings nicht erschliessen. Vgl. dazu: Rieger, Ernst: Das Urkundewesen der Grafen von Kiburg und Habsburg. Mit bes. Betonung der innerschweizerischen, Züricher und thurgauischen Landschaften, Köln 1986, 2 Bde. (Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Beiheft 5/I-II), hier: Bd. 1, S.34, Anm. 6.

Es stellt sich nun die Frage, warum sich ein Historiker zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit einem Gegenstand beschäftigt, der von der Diplomatik des 19. und 20. Jahrhunderts längst ausreichend erforscht und behandelt scheint? Ausschlaggebend dafür waren in erster Linie die von Professor Roger Sablonier am Historischen Seminar der Universität Zürich angebotenen Lehrveranstaltungen und die in diesem Zusammenhang entstandenen Arbeiten zur so genannten Schriftlichkeitsdiskussion. Es geht dabei um die Frage, welchen Status Schriftlichkeit zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Kulturraum genoss und wie die Verwendung der Schrift die Organisation der Gesellschaften beeinflusste. Dazu werden die Herstellung, der Gebrauch und die bewusste Aufbewahrung von Schriftgut unter einem gegenüber der älteren Forschung veränderten Blickwinkel betrachtet. Im Zentrum der Diskussion steht die Schrift als Mittel der Kommunikation, welche Handlungen nachvollziehbar und belegbar macht. Möglichst grosse Effektivität bei der Herstellung und der Verwaltung von Schriftgut, bilden in dieser Hinsicht einen essentiellen Bestandteil des Machtaufbaus und Machterhalts durch Herrschaftsträger.<sup>15</sup>

Deshalb ist der Blick auf die konkrete Organisation und den Gang der Verwaltung der klösterlichen Herrschaft durchaus auch heute noch von Interesse. Wohl auch deshalb ist die Verwaltungsgeschichte in den letzten Jahren wieder vermehrt ins Zentrum des Interesses gerückt, auch wenn Themen wie Geschlecht, Bild, Symbol oder Körper, die stärker auf das Individuum fokussieren, aufgrund der allgemeinen Individualisierung der Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, im gegenwärtigen akademischen Diskurs präsenter sind. Verwaltung ist demgegenüber naturgemäss stark auf das Kollektiv ausgerichtet. Die Beschäftigung mit deren Geschichte bietet deshalb für das Individuum auf den ersten Blick kaum verwertbare Ergebnisse. Kommt dazu, dass die Thematik aufgrund der Überlieferungssituation sowie der im Untersuchungszeitraum herrschenden gesellschaftlichen Realitäten, über weite Strecken ausschliesslich eine

---

<sup>15</sup> Grundlegende Arbeiten hierzu sind: Clanchy, Michael: *From Memory to Written Record*; Hildbrand, Thomas: *Herrschaft, Schrift und Gedächtnis, Das Kloster Allerheiligen und sein Umgang mit Wissen in Wirtschaft, Recht und Archiv, (11.-16. Jahrhundert)*, Zürich 1996; Sablonier, Roger: *Adelsbesitz und adliges Handeln im 13. Jahrhundert*, in: Otto Gerhard Oexle, und Paravicini, Werner (Hgg.): *Nobilitas: Funktionen und Repräsentation des Adels in Alteuropa*, Göttingen 1997, (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 133), S. 69-100; Ders.: *Verschriftlichung und Herrschaftspraxis: Urbariales Schriftgut im spätmittelalterlichen Gebrauch*, in: Christel Meier et al. (Hgg.): *Pragmatische Dimensionen mittelalterlicher Schriftkultur, Akten des Internationalen Kolloquiums 26.-29. Mai 1999*, München 2002, S. 91-120; Vismann, Cornelia: *Akten, Medientechnik und Recht*, Frankfurt am Main 2000; Teuscher, Simon: *Erzähltes Recht: lokale Herrschaft, Verschriftlichung und Traditionsbildung im Spätmittelalter*, Frankfurt am Main 2007 (Campus historische Studien, Bd. 44).

Männergeschichte ist. Frauen kommen bloss als Ehepartnerinnen und als Mütter vor, die gemeinsam mit dem Nachwuchs in vollständiger Abhängigkeit ihrer Ehemänner standen.

Trotz all dieser Einwände bildet Verwaltung bis heute das zentrale Organisationsprinzip, nach dem moderne Gesellschaften funktionieren. Es ist deshalb durchaus relevant zu verstehen, wo die gültigen Organisationsstrukturen ihren Ursprung haben, auf welchen unterschiedlichen Bahnen sich diese entwickeln konnten und welche Ausprägungen die Verwaltung in vormodernen Herrschaften erfuhr. Bürokratie war und ist notwendig für das Funktionieren protostaatlicher und staatlicher Körperschaften. Wenn wir deren Strukturen in einer historischen Dimension verstehen, werden damit nicht zuletzt die jeder Bürokratie innewohnenden Gefahren sichtbar. Die Beschäftigung mit vergangenen Bürokratien zeigt die Unterschiede zu den heutigen Systemen auf, lässt jedoch ebenso anthropologische Konstanten zu Tage treten, mit denen auch heute noch zu rechnen ist.<sup>16</sup>

### **Kanzlei und Archiv im Kloster Einsiedeln – Ein Überblick**

Die Kanzlei des Klosters Einsiedeln produzierte, nachweisbar seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, wahrscheinlich aber bereits früher, für das Kloster das gesamte Urkunden- und Verwaltungsschriftgut sowie jenes Schriftgut, das im Zusammenhang mit der Ausübung der Niedergerichtsbarkeit stand.<sup>17</sup> Lediglich die Statthalterei, die für die Organisation der klösterlichen Hauswirtschaft verantwortlich war, genoss klosterintern im ökonomischen Bereich einen gewissen Grad an Autonomie, was prompt hier und da zu Konflikten um die Abgrenzung der Zuständigkeiten führte. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war die Verwaltung des Klosters Einsiedeln nicht in dem Sinn straff organisiert, damit sie heutigen Vorstellungen von einer gut geführten Verwaltung hätte standhalten können.<sup>18</sup> Zu keiner Zeit erreichte sie den Organisations- und Effizienzstandard einer modernen staatlichen Kanzlei. Wir haben es mit einer vormodernen klösterlichen Institution zu

---

<sup>16</sup> Gute Überlegungen dazu liefern: Haas, Stefan und Pfister, Ulrich: Verwaltungsgeschichte - eine einleitende Perspektive, in: Pfister, Ulrich und de Tribolet, Maurice (Hgg.): Sozialdisziplinierung - Verfahren - Bürokraten, Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung, Basel: 1999, (Itinera, Bd. 21), S. 11-28, hier: S. 11-14.

<sup>17</sup> Das Hoch- oder Blutgericht besorgte in der Waldstatt Einsiedeln der Stand Schwyz. Das dafür notwendige Schriftgut produzierte die Kanzlei in Schwyz.

<sup>18</sup> Die Wesenszüge der modernen Verwaltungsorganisation beinhalten einen kontinuierlichen und regelgebundenen Ablauf der Amtstätigkeit, festgesetzte Zuständigkeiten sowie fest zugeordnete Rechte, Pflichten und Befehlsgewalten für das Personal. Vgl. dazu: Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, Köln 1964, S. 160ff.

tun, die, auch wenn detailliert formulierte Arbeitsvorschriften für das Personal das Gegenteil vermuten lassen, kaum kontinuierlich betreut und schon gar nicht systematisch geführt war. Darüber hinaus wurden verschiedene Funktionen oft von ein und derselben Person ausgeübt. Dieser vergleichsweise niedrige Entwicklungsstand war durchaus zeitbedingt, will heissen, die Verwaltung bewegte sich in vergleichbaren Institutionen im selben Zeitraum auf ähnlichem Niveau.<sup>19</sup>

Organisatorisch stand die Stiftskanzlei unter der Leitung eines Kanzlers. Zusammen mit einem Sekretär und einer wechselnden Anzahl von Kanzleischreibern, die in den Quellen meist als Substituten bezeichnet werden, besorgte dieser die anstehenden Geschäfte. Alle Angestellten der Kanzlei wurden ausserhalb des Klosterkonvents rekrutiert und bezogen für ihre Tätigkeit einen Lohn. In enger Zusammenarbeit mit dem jeweils regierenden Abt kümmerte sich der Kanzler um alle Belange der Klosterherrschaft sowie den damit verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten. In dieser Position stand er an der Spitze der Klosterherrschaft und -wirtschaft, was dem jeweiligen Amtsinhaber entsprechend grosses Ansehen innerhalb und ausserhalb der Klostermauern verschaffte. In einigen vom Kerngebiet weiter entfernt liegenden Ämtern beschäftigte die Klostersgemeinschaft ortsansässige Schreiber, so z.B. in Stäfa und Kaltbrunn.<sup>20</sup>

Als Produzentin von rechtsrelevantem Schriftgut fungierte die Kanzlei als Notariatsstelle für die Waldstatt Einsiedeln, auf der alle im Herrschaftsgebiet ansässigen Personen ihre Verträge errichten und beglaubigen lassen mussten. So durften Grundpfandbriefe, Kaufverträge, Darlehensverträge usw. laut den wiederholt geäusserten Weisungen der Äbte ausschliesslich auf der Klosterkanzlei ausgefertigt werden. Vertragswerke, die ausserhalb der Kanzlei hergestellt wurden, z.B. im Dorf Einsiedeln von einem dort ansässigen privaten Schreiber, erlangten keine vollumfängliche Gültigkeit und waren insbesondere vor dem äbtischen Gericht nicht einklagbar. Diese Regelung war einerseits zur Stärkung der Verbindlichkeit und Sicherheit der Verträge gedacht, andererseits versuchte das Kloster damit die Kontrolle über alle wirtschaftlichen Aktivitäten seiner Untertanen sowie über die Besitzverhältnisse an Grund und Boden im Herrschaftsgebiet zu behalten. Die

---

<sup>19</sup> Diese Feststellung machte auch Michael Mente in seiner Arbeit zum Küchenbuch des Klosters Kreuzlingen, vgl.: Mente, Michael: Essen, Alltag und Verwaltung im Kloster, Das «Kreuzlinger Küchenbuch» von 1716, Text, Kommentar und Auswertung, Zürich 2005, hier: S. 119f.

<sup>20</sup> Belegt sind solche externen Schreiber für das 17. und das 18. Jahrhundert. Vgl. Bestallungsbuch, StIAE, Sig. A. GO 1.



notarielle Tätigkeit bescherte dem Kanzler einen schönen Teil seiner im Ganzen sowieso beachtlichen Einkünfte.

Die Inhaber des Kanzleramtes waren im Vergleich zum allgemein in der Gegend herrschenden Bildungsstand sehr gut ausgebildet. Sie konnten lesen und schreiben und verfügten über mindestens grundlegende juristische Kenntnisse. Damit besaßen sie Fähigkeiten, die besonders ausserhalb der Städte äusserst rar waren. Das Potential dieser wichtigen und entsprechend teuren Angestellten galt es für das Kloster möglichst optimal zu nutzen. Daher kamen die Kanzler für vielfältige Aufgaben in Herrschaft und Verwaltung in Betracht. Beispielsweise hatten die Amtsmänner, also die Verwalter der einzelnen Herrschaftsteile (im Kloster Einsiedeln Ämter genannt), einmal im Jahr vor dem Kanzler Rechenschaft abzulegen, in dem sie die geforderten Abgaben ablieferten und die Rechnung über die aus Landwirtschaft und Gewerbe erwirtschafteten Erträge vorlegten. Überhaupt fiel die Kontrolle über das gesamte Rechnungswesen ganz in die Zuständigkeit der Stiftskanzlei. Weiter stand der Kanzler den sog. Jahrgerichten, den Zusammenkünften der Wald- und Gotteshausleute mit den Klosteroberen, vor. Da der Abt an diesen Versammlungen in der Regel nicht teilnahm, übernahm meist der Kanzler den Vorsitz, der damit für die Bauern und Krämer umso mehr als Gesicht und Stimme des Klosters galt. Im Bereich der Rechtssprechung holte die Kanzlei Kundschaften ein, führte das Protokoll vor Gericht und bei Appellationsverhandlungen und verfasste die Urteilsschriften. In einzelnen Ämtern stand der Kanzler direkt dem Gericht vor. Für die Verwaltungstätigkeit im engeren Sinn verfassten die Mitarbeiter der Kanzlei Ordnungen und Weisungen für die Nutzung wirtschaftlicher Ressourcen aller Art. Auch die Anstellungsverträge für das weltliche und das geistliche Personal stammten aus der Feder der Kanzleischreiber. Schliesslich waren die Kanzler oft auf Reisen, als Gesandte des Abtes mit den unterschiedlichsten Aufträgen und Reisezielen.

Das Einsiedler Stiftsarchiv stand dagegen unter der Leitung eines Paters. Im Gegensatz zur Kanzlei, welche ihre Wirksamkeit vor allem gegen aussen entwickelte, handelte es sich beim Archiv um einen intimen, nach innen gerichteten Bereich, dessen Leitung die Klostergemeinschaft zu keiner Zeit einem weltlichen Beamten anvertraute. Die Archive der Benediktinerklöster bilden die ältesten, bis heute erhaltenen Archive der Schweiz. So reichen in St. Gallen die ältesten Teile der Bestände ins 8. Jahrhundert zurück und jene des Klosters Einsiedeln stammen

immerhin aus dem 10. Jahrhundert. Seit dem 13. Jahrhundert lassen sich in den Archiven der Bistümer und Domkapitel Spuren von Ordnungsversuchen und Inventarisierungen erkennen.<sup>21</sup> Wie erwähnt, besaßen gewisse Bestände des Einsiedler Archivs sehr direkte rechtliche Relevanz. So war das Kloster im Rahmen der vielschichtigen, sich gegenseitig durchdringenden und überlagernden Herrschaftsverhältnisse jener Zeit, auf die Gewährung von Herrschafts- und Nutzungsrechten verschiedener kirchlicher und weltlicher Obrigkeiten angewiesen. Das urkundliche Schriftgut wurde deshalb im Archiv aufbewahrt, immer mit dem obersten Ziel, die Dokumente bei Bedarf schnell zur Hand zu haben, um sie einem Kontrahenten als Beweis für die Rechtmässigkeit der eigenen Ansprüche vorlegen zu können.

Neben dem Pater Archivar war im Archiv jeweils mindestens ein weltlicher Archivschreiber beschäftigt. Diesem oblagen einerseits die Ordnung und Verzeichnung der Archivalien, andererseits war er angehalten, wichtige Schriftstücke abzuschreiben, damit diese in den Archiven der Statthaltereien ausserhalb der Waldstatt Einsiedeln – also an den Zentralorten der einzelnen Ämter der Herrschaft – aufbewahrt werden konnten. Dafür gab es zwei Gründe: Einerseits kommt damit ein gewisser Wille zur Zentralisierung der Herrschaft zum Ausdruck, indem die Patres die Originalakten aller Herrschaftsteile zusammengefasst im Klosterarchiv aufbewahrt und verwaltet haben wollten. Andererseits konnte mit der örtlich getrennten redundanten Aufbewahrung von Original und Kopie das Risiko eines Verlustes stark verringert werden.

Im Zentrum der hier geschilderten Geschichte des Klosterarchivs steht die in den 60er- und 70er-Jahren des 18. Jahrhunderts begonnene grundlegende Neuorganisation der Archivbestände. Dass ein Reformbedarf bestand, war im Kloster bereits in den 1730er-Jahren erkannt worden. Es brauchte aber viele Diskussionen und ein langes Ringen um das zu bevorzugende Archivierungssystem, bis die Reform in Angriff genommen werden konnte. Erst gegen Ende des Jahrhunderts war sie dann weitgehend abgeschlossen.

---

<sup>21</sup> Santschi, Catherine: Archive, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 21.9.2006, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D12820-1-1.php>.

## 2. Der Stand der Forschung

Die vorliegende Arbeit soll als empirische Untersuchung einen Beitrag zur allgemeinen Schriftlichkeits- und Verwaltungsgeschichte leisten. Während die Kanzleien der Städte im süddeutschen Raum und im Gebiet der heutigen Schweiz bereits gut untersucht sind, gibt es zu den Kanzleien und Archiven der geistlichen Fürstentümer der Frühen Neuzeit noch immer nur beschränkt Literatur. Allerdings verbessert sich die Lage auch in diesem Bereich zunehmend, da in den letzten Jahren verschiedene Studien zu einzelnen Herrschaften, auch unter Berücksichtigung der Kanzleien und der Archive, entstanden sind und wohl in Zukunft noch entstehen.<sup>22</sup> Dennoch fragt sich, warum geistliche Herrschaften von der Forschung während so langer Zeit ignoriert wurden. Am Mangel an Quellen kann es kaum liegen, da gerade in den Archiven der geistlichen Institutionen die Überlieferung aufgrund der dort besonders lange dauernden Kontinuität ausserordentlich dicht vorhanden ist. Am wahrscheinlichsten gründet die bisherige weitgehende Nichtbeachtung des Gegenstandes darin, dass die geistlichen Fürstentümer als Mitspieler in der regionalen Politik lange Zeit zu wenig ernst genommen wurden, was eine Beschäftigung mit den Verwaltungsapparaten dieser Herrschaftsträger als nicht massgebend erscheinen liess.<sup>23</sup>

In früheren Arbeiten wurden Kanzleien und Archive in der Regel separat betrachtet und getrennt untersucht. Davon ausgehend scheint es angebracht, die Entwicklung und den Stand der Forschung für beide Bereiche ebenfalls getrennt

---

<sup>22</sup> Zu den Kanzleien in Städten des Süddeutschen Raums und in der heutigen Schweiz vgl. z.B.: Glauser, Fritz: Die Schreiber der Luzerner Kanzlei vor 1798, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 114, (1961), S. 86-111; Wanner, Konrad: Schreiber, Chronisten und Frühhumanisten in der Luzerner Stadtkanzlei des 15. Jahrhunderts, in: Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Luzern, Bd. 18, (2000), S. 2-44; Elsener, Ferdinand: Notare und Stadtschreiber, Zur Geschichte des schweizerischen Notariats, hg. v. der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abt. Geisteswissenschaften, Heft 100, Köln 1962, S. 7-57; Schuler, Peter-Johannes: Notare Südwestdeutschlands, Ein prosopographisches Verzeichnis für die Zeit von 1300 bis ca. 1520, (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg 90), Stuttgart 1987; Sibli, Georg: Zinsschreiber, geschworene Schreiber und Landschreiber im alten Zürich, Zürcher Taschenbuch 108, (1988), S. 149-206. Zu den Kanzleien der geistlichen Fürstentümer vgl. u. a.: Zangger, Alfred: Grundherrschaft und Bauern, Eine wirtschafts- und sozialgeschichtliche Untersuchung der Prämonstratenserabtei Rütli (ZH) im Spätmittelalter, Zürich 1991; Hildbrand, Thomas: Herrschaft, Schrift und Gedächtnis; Egloff, Gregor: Herr in Münster, Die Herrschaft des Kollegiatsstifts St. Michael in Beromünster in der luzernischen Landvogtei Michelsamt am Ende des Mittelalters und in der frühen Neuzeit (1420-1700), Basel 2003, (Luzerner Historische Veröffentlichungen, Band 38); Müller, Stephan: Die Baudinge, Kommunale Rechtspflege und Verwaltung des Reichsstifts Ottobeuren im 18. Jahrhundert, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens, Bd. 115, (2004), S. 201-282; Mente, Michael: Essen, Alltag und Verwaltung im Kloster.

<sup>23</sup> Sablonier, Roger: Gründungszeit ohne Eidgenossen, S. 63.

darzustellen.<sup>24</sup> Andererseits wurden in den letzten Jahren im Rahmen der Schriftlichkeitsdiskussion beachtenswerte Ergebnisse gerade deshalb erzielt, weil beide Institutionen in ihrem Zusammenwirken untersucht wurden. Kommt dazu, dass bereits früher Forschungsansätze und Interessensbereiche bestanden, welche sowohl die Kanzlei- als auch die Archivgeschichte pflegten. Für das Kloster Einsiedeln muss in diesem Zusammenhang jedoch einschränkend vorausgeschickt werden, dass sich im betrachteten Zeitraum kaum eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Kanzlei und dem Archiv feststellen lässt. Es bleibt deshalb gar nichts anderes übrig, als die Geschichte der beiden Institutionen in einem ersten Schritt getrennt zu betrachten, um dann die gewonnenen Ergebnisse in einem nächsten Schritt im Sinne der Schriftlichkeitsforschung zusammenzuführen.

Zur Geschichte der Stiftskanzlei Einsiedeln lagen bisher zwei Arbeiten vor: Ende der 1970er-Jahre stellte P. Joachim Salzgeber einen grossen Datenkorpus zu den einzelnen Stiftskanzlern zusammen, indem er in aufwändiger Arbeit eine Vielzahl von Archivdokumenten verarbeitete. Aus dieser Forschungsarbeit gingen zwei Zeitungsartikel hervor. Sie bilden die wesentliche Grundlage für die weiter unten folgenden Biographien der Stiftskanzler.<sup>25</sup> 2004 legte Monika Rhyner eine Arbeit zu Kanzler Felix Weber vor, in der sie sich jedoch nicht in erster Linie mit Weber in seiner Funktion als Stiftskanzler, sondern mit den von ihm und seiner Familie offenbar wahrgenommen übersinnlichen Phänomenen sowie den allgemeinen Reaktionen darauf beschäftigte. Dennoch bietet die Arbeit neben wichtigen Quellenhinweisen verschiedene bedeutende Aspekte aus der Lebenswelt der Familie Weber, die das Agieren des Stiftskanzlers in seinem Amt besser verstehbar machen.<sup>26</sup>

Die Geschichte des Einsiedler Stiftsarchivs ist recht gut erforscht. So enthält bereits die Archivverordnung des Klosters von 1773 in ihrem ersten Teil eine eigentliche Archivgeschichte, in der ihr Verfasser, der spätere Abt P. Marian Müller, Ereignisse aus der jüngeren Vergangenheit des Archivs ausführlich Revue passieren

---

<sup>24</sup> Eine Ausnahme bildet Harry Bresslaus Handbuch zur Urkundenlehre, in dem sowohl den verschiedenen Typen von Kanzleien, wie auch den zugehörigen Archiven eigene Kapitel gewidmet sind. Vgl.: Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre für Deutschland und Italien, Berlin <sup>4</sup>1968, 2 Bde. (1. Auflage 1915 und 1931).

<sup>25</sup> Salzgeber, P. Joachim: Die Stiftskanzler von Einsiedeln, in: Einsiedler Anzeiger, Nr. 1, 2. Januar 1979 und Nr. 11, 6. Februar 1979.

<sup>26</sup> Rhyner, Monika: Das verhexte Kanzlerhaus in Einsiedeln, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 96, (2004), S. 149-184.

liess.<sup>27</sup> Er tat dies übrigens nicht in erster Linie aus Interesse an der Archivgeschichte. Vielmehr sollte die Schilderung der misslichen Umstände, die im Archiv geherrscht hatten und die Darlegung der mangelhaften Konzepte, die bezüglich einer dringend notwendig gewordenen Archivreorganisation diskutiert wurden, als Mahnfinger für alle zukünftigen Archivare dienen und sie davon abhalten, dieselben Fehler ein weiteres Mal zu begehen.<sup>28</sup> Einen ersten umfassenden Beitrag zur Geschichte des Einsiedler Stiftsarchivs lieferte dann P. Norbert Flüeler im Jahr 1930.<sup>29</sup> Seine Arbeit erleichtert den Zugang zu den relevanten Quellen und zum Archiv überhaupt und stellt deshalb bis heute ein nützliches Hilfsmittel dar. 1989 erarbeiteten Roger Sablonier und Alfred Zangger ein Inventar der spätmittelalterlichen Wirtschafts- und Verwaltungsquellen, welches einen raschen Zugang zu diesem Quellenkorpus bietet.<sup>30</sup> Als ebenso nützlich erweist sich die von Peter Brun, Andrea Frei und Andreas Kränzle verfasste Bestandesaufnahme der Findmittel im Stiftsarchiv.<sup>31</sup> Die Arbeit bietet einen guten Überblick über die einzelnen Entwicklungsstufen der Archivordnung. Seit einigen Jahren besteht zudem ein Webportal, das einen umfassenden Zugang zum Stiftsarchiv ermöglicht.<sup>32</sup> Neben einem von Andreas Meyerhans im Jahr 2000 erarbeiteten Grobinventar, das in einer Datenbank verzeichnet ist und verschiedene nützliche Suchfunktionen bietet, stehen eine Vielzahl von zusätzlichen Ressourcen, wie etwa die Findmittel aus dem 18. Jahrhundert oder die Dokumenta Archivii Einsidlensis (DAE), von denen weiter unten noch zu berichten sein wird, auf der Webseite zur Verfügung.

Während das Kanzleiwesen in der Vergangenheit weitgehend eine Domäne der klassischen Diplomatie, also der Urkundenlehre, darstellte, hat sich seit dem 19. Jahrhundert eine eigenständige Archivgeschichtsschreibung herausgebildet. Bis vor kurzem wiesen die beiden Disziplinen kaum Berührungspunkte auf, ausser vielleicht jenem, dass beide bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts soziale Aspekte der Schriftkompetenz und des Schriftgebrauchs weitgehend ausser Acht liessen und sich in erster Linie um juristische oder dann materielle und technische Gesichtspunkte

---

<sup>27</sup> Kuhn, Hans Jörg: Transkription der Archivverordnung des Einsiedler Konventualen P. Marian Müller (1724-1780), in: *Der Geschichtsfreund*, Bd. 163, (2010), S. 189-234, (nachfolgend zitiert als: *Archivverordnung 1773*).

<sup>28</sup> *Archivverordnung 1773*, Abs. 12, S. 205-207.

<sup>29</sup> Flüeler, Norbert: *Das Stiftsarchiv Einsiedeln, seine Geschichte, seine Einrichtung, seine Bestände*, Masch. 1930.

<sup>30</sup> Sablonier, Roger und Zangger, Alfred: *Inventar spätmittelalterlicher Wirtschafts- und Verwaltungsquellen im Stiftsarchiv Einsiedeln*, Historisches Seminar der Universität Zürich 1989.

<sup>31</sup> Brun, Peter et al.: *Repertorien und Findmittel im Stiftsarchiv Einsiedeln*, unveröffentlichtes Papier, verfasst unter der Leitung von Roger Sablonier am Historischen Seminar der Universität Zürich 1999.

<sup>32</sup> <http://www.klosterarchiv.ch>.

kümmerten. Dem gegenüber steht die neuere Schriftlichkeitsforschung, deren Ergebnisse dazu beitragen, dass sich diese Art der Beschäftigung mit Schrift weitgehend von einer ausschliesslichen Ansiedlung der Disziplin im Bereich der Hilfswissenschaften lösen konnte. Somit gelingt zunehmend, was Peter Rück bereits 1975 postulierte, nämlich, «[...] die Diplomatik von ihrem juristischen Kopf auf soziale Füsse zu stellen».<sup>33</sup>

Ein in der Geschichtswissenschaft seit langem geltendes Paradigma stellt die Erkenntnis dar, dass wer sich mit der Analyse des Inhalts von Schriftstücken aus der Vergangenheit beschäftigt, gleichzeitig umfassend über die Bedingungen informiert sein muss, unter denen die in Betracht kommenden Dokumente entstanden sind. Die Quellenkritik befasst sich denn auch seit langem mit allen über den eigentlichen Wortlaut hinausreichenden Aspekten historischer Schriftdokumente. Das Neue am Erkenntnisinteresse der heutigen Schriftlichkeitsforschung liegt in den Bereichen der Schriftgutproduktion und der Schriftgutaufbewahrung. Stärker als früher sind Forschende bestrebt, die wahre Komplexität z.B. der Entstehungssituation eines historischen Schriftdokumentes sichtbar zu machen.<sup>34</sup> Es versteht sich von selbst, dass dazu eine möglichst genaue Kenntnis des Schriftgutproduzenten und seines Umfeldes notwendig ist.

Die Schriftkompetenz und der Schriftgebrauch überdauerte die Phase des Frühmittelalters beinahe ausschliesslich im kirchlichen Umfeld, indem die christliche Liturgie zunehmend schriftlich fixiert wurde. Nach Ansicht der damaligen christlichen Glaubensgemeinschaften war es wichtig, dass gewisse Gebete in einem bestimmten Ritus und mit festgesetzter Wortfolge ausgeführt wurden, damit sie ihre Wirksamkeit entfalten konnten. Um die dazu notwendige Konstanz zu erreichen wurden die richtige Abfolge eines Rituals und die massgebende Wortfolge schriftlich

---

<sup>33</sup> Zit. nach: Rück, Peter: Zur Diskussion der Archivgeschichte, Die Anfänge des Archivwesens in der Schweiz (800-1400), in: Eisenlohr, Erika und Worm, Peter (Hgg.): Fachgebiet Historische Hilfswissenschaften, Ausgewählte Aufsätze zum 65. Geburtstag von Peter Rück, Marburg an der Lahn 2000, (elementa diplomatica 9), S. 5-16, hier: S. 5, (Zuerst in: Mitteilungen der Vereinigung schweizerischer Archivare 26 (1975) S. 5-40).

<sup>34</sup> Beispielsweise betonte Thomas Hildbrand die vielen Möglichkeiten, die rund um die Entstehung eines Schriftstückes von Fall zu Fall für möglich gehalten werden müssen. So kann an der Fälschung einer Kaiserurkunde ein ganzes Team beteiligt gewesen sein, bestehend z.B. aus einem Schreiber und verschiedenen Juristen mit unterschiedlichen Spezialkenntnissen. Zudem können mehrere schriftliche und mündlich überlieferte Vorlagen zur Abfassung eines Textes herangezogen, verändert und den eigenen Bedürfnissen angepasst worden sein. Vgl. Hildbrand, Thomas: Herrschaft, Schrift und Gedächtnis, S. 403.

festgehalten.<sup>35</sup> Die Kanzleien im herrschaftlich-wirtschaftlichen Bereich betätigten sich mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung in vergleichbarer Weise, indem sie mit der schriftlichen Fixierung von herrschaftlichem Handeln eine Art weltliche Liturgie schufen, die u. a. zur Vereinheitlichung und Fixierung des Rechts beitrug. Deutlichste Beispiele für das Bestreben um Festschreibung und Standardisierung von Formen und Prozessen, bilden die in den meisten Kanzleien der frühen Neuzeit vorhandenen Formularbücher, mit deren Hilfe die formale Gestalt der verschiedenen Schriftgutttypen sowie die als richtig erachteten Abläufe im Kanzleizeremoniell festgehalten wurden.<sup>36</sup>

Die Anfänge der Kanzleitätigkeit einer Körperschaft fallen in den meisten Fällen zeitlich in etwa zusammen mit den Anfängen eines geordneten Archivwesens. Das ist kein Zufall. Schliesslich wollte jeder Herrschaftsträger die Kontrolle über die eigene Verwaltungstätigkeit aufrechterhalten und legte darum Register an, in denen sowohl das ausgegebene als auch das eingehende Schriftgut verzeichnet wurde. Über kurz oder lang büssten solche Register ihre Relevanz für das Tagesgeschäft jedoch ein und gelangten quasi automatisch in eine Art Archiv, ohne dass dafür bewusst eine separate Institution eingerichtet worden wäre.<sup>37</sup> In den Bistümern und Klöstern Mitteleuropas fallen die Anfänge der regelmässigen schriftlichen Verwaltungstätigkeit wohl in die ersten Jahrzehnte des 9. Jahrhunderts, jedenfalls stammen die ersten erhaltenen Kanzlei-Formularbücher aus dieser Zeit. Auch in der karolingischen Kanzlei wurden im 9. Jahrhundert erste Formularsammlungen angelegt.<sup>38</sup> Erst zu Beginn des 14. Jahrhunderts kam es dann zu einem regelrechten Schub in der Ausbreitung der verwaltungsmässigen Schriftlichkeit.<sup>39</sup> Mit ihrer Schriftkompetenz und mit der planmässigen Archivierung von Informationen verschafften sich die damaligen Herrschaftsträger einen bedeutenden Wissensvorsprung. Die geordnete Verwaltung ihres Territoriums diente der Erhaltung

---

<sup>35</sup> Angenendt, Arnold: Verschriftlichte Mündlichkeit - vermündlichte Schriftlichkeit, in: Heinz Durchardt und Melville, Gert (Hgg.): Im Spannungsfeld von Recht und Ritual, Soziale Kommunikation in Mittelalter und Früher Neuzeit, Köln / Weimar / Wien 1997, S. 3-25, hier: S. 23f.

<sup>36</sup> Für die wichtige Bedeutung des Kanzleizeremoniells in der Frühen Neuzeit vgl. Vismann, Cornelia: Akten, S. 204-225.

<sup>37</sup> Grabmayer, Johannes und Domenig, Christian: Die Grafen von Cilli und ihr Archiv, in: Geschichte der Alpen 10, (2005), S. 75-91, hier: S. 84.

<sup>38</sup> Stratmann, Martina: Schriftlichkeit in der Verwaltung von Bistümern und Klöstern, in: Rudolf Schieffer (Hg.): Schriftkultur und Reichsverwaltung unter den Karolingern, Referate des Kolloquiums der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften am 17./18. Februar 1994 in Bonn, Opladen 1996, (Abhandlungen der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 97), S. 85-108, hier: S. 87f.

<sup>39</sup> Vgl. dazu: Gauvard, Claude: Conclusion, S. 339.

und der Ausdehnung ihrer Macht und ihres Einflussbereichs. Denn Herrschaftsverhältnisse waren im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit zu verschiedener Zeit und an verschiedenen Orten je verschieden ausgeprägt. Herrschaft und Recht waren kaum fest verankert, sondern wurden zwischen Herrschenden und Beherrschten sowie zwischen den verschiedenen Herrschaftsträgern laufend neu ausgehandelt. Schriftkompetenz und Schriftgut bildeten in diesem Prozess wirksame Instrumente im Kampf um Macht und Einfluss.<sup>40</sup>

Im Kloster Einsiedeln stellen die seit dem 17. Jahrhundert vorhandenen und bis Ende des 18. Jahrhunderts laufend erneuerten Verzeichnisse der Eigenleute ein Beispiel solcher Herrschaftsschriftlichkeit dar. Zur Überarbeitung derartiger Verzeichnisse kam es in der Regel anlässlich von Auseinandersetzungen. Dabei standen meistens Streitigkeiten um den so genannten Fall im Vordergrund, da gerade das Recht auf die Einforderung der Todfallabgabe für das Kloster eines der wesentlichsten Instrumente zur Wahrung seiner Rechte über Land und Leute darstellte.<sup>41</sup> Nun hat sich an der juristischen Bedeutung von zum Beispiel urkundlichem Schriftgut bis heute prinzipiell kaum etwas geändert. Immerhin gründet das alltägliche Leben der meisten von uns auf verschiedenen, normalerweise schriftlich abgeschlossenen Verträgen. Der Unterschied zwischen heute und der hier betrachteten Vergangenheit liegt wohl vor allem darin, dass, abhängig von den labilen Herrschaftsverhältnissen der Frühen Neuzeit, die Rechtssicherheit nicht in jedem Fall gewährleistet war. Zudem stellten Schriftkompetenz und Schriftlichkeit eben ein sehr exklusives Gut dar. Wie sonst liesse es sich erklären, dass Schriftgut aus der Sicht der damaligen Menschen eine geradezu eigenständige Lebendigkeit erlangen konnte, die für uns heutige Menschen kaum mehr nachvollziehbar ist. So wurden beispielsweise im Lauf des schweizerischen Bauernkrieges Schriftstücke in einem theatralisch anmutenden Akt regelrecht hingerichtet, indem man Papiere oder Pergamente mit aufrührerischem Inhalt an denselben Galgen schlug, unter dem auch menschliche Gesetzesbrecher ihren Kopf hinhalten mussten.<sup>42</sup> Überhaupt scheint es,

---

<sup>40</sup> Hildbrand, Thomas: Herrschaft, Schrift und Gedächtnis, S. 68.

<sup>41</sup> Zu den Eigenleuten des Klosters Einsiedeln vgl. Sablonier, Roger: Leibherrschaft unter freien Schweizern: Eigenleute des Klosters Einsiedeln in eidgenössischen Territorien, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 157, (2004), S. 145-179, hier: S. 152.

<sup>42</sup> Mente, Michael: Das hingerichtete Dokument, Der Berner Bundesbrief von 1653, in: Traverse, Heft 2, (2008), S. 135-146, hier: S. 136.



dass der materiellen Unversehrtheit eines rechtsetzenden Schriftstücks in jener Zeit grössere Bedeutung beigemessen wurde, als dies heute der Fall ist.<sup>43</sup>

Nachdem die Verwendung der Schrift zu Verwaltungszwecken im 16. Jahrhundert erneut einen sprunghaften Aufschwung nahm, lässt sich im 18. Jahrhundert noch einmal eine generelle Intensivierung der Verwaltungstätigkeit und damit zusammenhängend eine Ausbreitung der Schriftverwendung beobachten.<sup>44</sup> Das Fürstentum Einsiedeln wies aufgrund des im Kloster seit langem vorhandenen hohen Bildungsstandes bereits im 16. Jahrhundert einen relativ hohen Organisationsgrad auf, was sich u. a. in einer vergleichsweise weit entwickelten Archivierungstechnik zeigt. Denn bei allen Vorbehalten aus heutiger Sicht gegenüber der Ordnung im damaligen Klosterarchiv darf nicht vergessen werden, dass im 16. Jahrhundert im ländlichen Bereich der Innerschweiz ausserhalb der Klöster von einer systematischen Archivierung nicht die Rede sein kann.

### 3. Die Quellen

Das Klosterarchiv Einsiedeln bietet mit seinen mehr als 1000 Jahre zurückreichenden Beständen aussergewöhnlich wertvolles und reichhaltiges Material für die Geschichte der Innerschweiz, Teile des Kantons Zürich, die obere Zürcherseeregion sowie für die Ostschweiz und Vorarlberg. Für die Geschichte der Kanzlei der Klosterherrschaft sind verschiedene Quellenkorpora von Bedeutung. Einen vertieften Blick in das im Kloster produzierte Schriftgut sowie den klösterlichen

---

<sup>43</sup> Vgl. dazu z. B. Rauschert, Jeanette: Gelöchert und befleckt, Inszenierung und Gebrauch städtischer Rechtstexte und spätmittelalterliche Öffentlichkeit, in: Karl Brunner und Jaritz, Gerhard (Hgg.): Text als Realie, Internationaler Kongress, Krems an der Donau, 3. bis 6. Oktober 2000, Wien 2003, (Veröffentlichungen des Instituts für Realienkunde des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, Nr. 18), S. 163-181, hier: S. 164.

<sup>44</sup> Vgl. dazu allgemein: Peyer, Hans Conrad: Verfassungsgeschichte der alten Schweiz, Zürich 1978, S. 116-121. Ein anschauliches Beispiel für die Intensivierung der obrigkeitlichen Herrschaft im 18. Jahrhundert gibt Karin Gottschalk in ihrer Studie zur Landgrafschaft Hessen-Kassel. In einem gross angelegten Projekt, unter Einsatz eines beachtlichen Beamtenheeres, sollten landesweite Steuerkataster erstellt, Protokollbücher angelegt und eine systematische Archivierung organisiert werden. Gottschalk zeigt deutlich, dass einerseits die eingesetzten Beamten grosse Mühe mit der Umsetzung eines solch gross angelegten Vorhabens hatten und dass andererseits deren Bemühungen regelmässig von den Untertanen und den lokalen Amtsträgern torpediert wurden. Vgl. Gottschalk, Karin: Wissen über Land und Leute, Administrative Praktiken und Staatsbildungsprozesse im 18. Jahrhundert, in: Collin, Peter und Horstmann, Thomas (Hgg.): Das Wissen des Staates, Geschichte, Theorie und Praxis, Baden-Baden 2004, (Rechtspolitologie, Bd. 17), S. 149-174, hier: S. 150-163. Zu den Verhältnissen im Kloster Einsiedeln vgl.: Galle, Sara, et al.: Ad fontes Heremitarum, Quellen aus dem Stiftsarchiv Einsiedeln (Katalog zur Ausstellung in der Stiftsbibliothek Einsiedeln), Einsiedeln 2004, hier: S. 14.

Schriftverkehr ermöglichen die so genannten Konzeptbücher.<sup>45</sup> Dabei handelt es sich um eine Sammlung formalisierter Vorlagen für verschiedene Arten von Kanzleischriftgut, welche das Personal der Kanzlei den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend anlegte. Der interessanteste und für das Thema bedeutendste Band dieser Reihe ist der zweite,<sup>46</sup> denn nur dieser repräsentiert ein Formularbuch im eigentlichen Sinn. Angelegt in den 1620er-Jahren, entweder unter Kanzler Wolfgang Reimann oder unter dessen Nachfolger Johann Oswald Kuechli, enthält der Band, neben Vorlagen für verschiedenes Kanzleischriftgut, auf den vorderen Seiten den so genannten Kalender der Kanzlei, der dem Personal zur Orientierung über die im Laufe eines Jahres zu bewältigenden Arbeiten und Tätigkeiten diente. Die späteren Bände der Reihe sind mehr für die allgemeine Geschichte des Klosters und der Klosterherrschaft, als für die Geschichte der Kanzlei von Bedeutung, da es sich bei diesen um eine Art ausführlich gehaltene Kanzleiregister handelt, die meist integrale Abschriften sowohl von eingegangenem als auch des ausgegebenen Schriftgutes enthalten. Kanzleiformulare, die einen über den eigentlichen Inhalt hinausführenden formal normativen Charakter aufweisen, sucht man dort jedoch vergebens.

Für eine Annäherung an das Personal der Kanzlei und des Archivs sind die von den Äbten ausgegebenen Bestallungen von Bedeutung. Das Archivarenamt versah jeweils ein Mitglied des Konvents, alle übrigen Ämter in Kanzlei und Archiv waren mit externen Angestellten besetzt. Die Bestallungsurkunden dienten als schriftliche Arbeitsverträge zwischen dem Abt und den externen Angestellten. Ebenfalls enthalten die Bestallungen eine Art Pflichtenheft, in dem die Aufgaben der Amtsträger sowie die Erwartungen, welche die Klostergemeinschaft bezüglich der Lebensführung an die jeweiligen Amtsinhaber stellte, festgehalten sind. Für die Kanzler und Sekretäre sind verschiedene Bestallungen überliefert, was einen Vergleich der einzelnen Stücke zulässt und damit Veränderungen der an die beiden wichtigsten Beamten des Klosters gestellten Anforderungen, aber auch

---

<sup>45</sup> Konzeptbücher, StiAE, Sig. A. YL 1-15 und 17-19.

<sup>46</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2.

die Ansprüche der jeweiligen Amtsinhaber an ihren Arbeitgeber sichtbar machen.<sup>47</sup> Für die Kanzlei- und Archivschreiber ist jeweils nur eine einzige Bestallung in verschiedenen Abschriften überliefert. Zusammen mit den Informationen aus anderen Quellen, in erster Linie den Diarien der Statthaltereien, lässt sich dennoch ein recht detailliertes Bild der Tätigkeiten und des Betragens dieser meist als Substituten bezeichneten jungen Männer gewinnen.<sup>48</sup> Im Archivdossier mit der Signatur A. HO sind ein wohl aus dem 18. Jahrhundert stammendes, nicht ganz vollständiges Verzeichnis der namentlich bekannten Kanzler, ein Schreiben von Abt und Konvent an die Schwyzer Obrigkeit betreffend die wieder zu besetzenden Kanzlerstelle, einzelne Empfehlungsschreiben für Kanzlerkandidaten sowie ein anschaulicher Bericht über die Amtseinsetzung von Kanzler Josef Anton Jütz im Jahr 1776 enthalten.

Für das Selbstverständnis der Klosterkanzlei von zentraler Bedeutung war ein von Schwyz im Jahr 1562 gefälltes Schiedsgerichtsurteil über das Kanzleirecht.<sup>49</sup> Regelmässig diente diese Urkunde zur Rechtfertigung der Ansprüche des Klosters gegenüber den als Wald- und Gotteshausleute bezeichneten Angehörigen der Klosterherrschaft. In der Regel wird diese Urteilsschrift sowie eine vergleichbare Urkunde aus dem Jahr 1719<sup>50</sup> etwas salopp als «Kanzleibrief» bezeichnet. Im gleichen Archivdossier ist eine Kanzleiverordnung von Abt Placidus Reimann aus dem Jahr 1650 und verschiedenes heterogenes, aber aufschlussreiches Quellenmaterial zur Kanzlei enthalten.<sup>51</sup> Einblick in die Beziehungen des Klosters mit den abhängigen Bauern und Gewerbetreibenden geben die umfangreich vorhandenen Protokolle der regelmässigen Versammlungen und Zusammenkünfte. Dazu gehören die Sessions-Versammlungen auf der Hofstube sowie die

---

<sup>47</sup> Im Archivdossier mit der Bezeichnung «Akten des Kanzlers» (StiAE, Sig. A. HO), sind die folgenden Bestallungen enthalten: Bestallung für einen nicht namentlich genannten Kanzler, wohl aus dem 16. oder 17. Jahrhundert (A. HO 4); Bestallung Wolfgang Reimann, 24.4.1609 (A. HO 3); Bestallung Johann Martin Hegner, Pfingsten 1703 (A. HO 5); Reversbrief für Thomas Fassbind, 22.7.1755 (A. HO 8); Reversbrief für Felix Ludwig Weber, 30.3.1763 (A. HO 9); Reversbrief für Josef Anton Jütz (A. HO 11); Reversbrief für Karl Dominik Jütz, 11.5.1795 (A. HO 14). Für die Sekretäre sind insgesamt 14 Bestallungen erhalten. Das früheste Stück stammt aus dem Jahr 1632 und wurde für einen Bartholomäus Schnider ausgestellt. Die Bestallungen sind inhaltlich, mit Ausnahme der Namen der Empfänger, oft identisch. Lediglich im Jahr 1749 wurden die Tätigkeitsgebiete in der Bestallung für Josef Anton Reding präzisiert und die Besoldung angepasst. Alle Bestallungen für die Sekretäre finden sich im Stiftsarchiv im Dossier mit der Signatur A. LO.

<sup>48</sup> Bestallungen für die Substituten sowie für zahlreiche andere Bedienstete des Klosters sind im so genannten Bestallungsbuch enthalten (StiAE, Sig. A. GO 1), sowie im Faszikel mit der Signatur A. NO.

<sup>49</sup> Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 1. Die Urteilsschrift ist in den Documenta Archivii Einsidlensis (DAE) in gedruckter Form vorhanden: DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 113-118.

<sup>50</sup> Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 13.

<sup>51</sup> Ebd., StiAE, Sig. A. XL 2-14.

Jahrgerichte.<sup>52</sup> Die Protokolle weisen einen ganz unterschiedlichen Detaillierungsgrad auf, was die Überlieferung z. T. lückenhaft lässt. Für die Erfassung des Wesens der Einsiedler Grundherrschaft, für die Kenntnis der Probleme und Forderungen der Abhängigen sowie für die Strategien, Massnahmen und Mittel zur Konfliktbewältigung, stellt dieser Quellenkorpus jedoch reichhaltiges Material zur Verfügung. Für die Kanzlei- und Archivgeschichte sind dabei v. a. die in den Protokollen aufscheinenden Konflikte um das Kanzleirecht zwischen den Abhängigen und der Herrschaft von Bedeutung.

Neben den genannten, im Allgemeinen stark formalistisch gehaltenen Quellen, bieten die bereits erwähnten Diarien, also die Tagebücher der Äbte sowie einzelner Mitglieder des Konvents, einen unmittelbaren, persönlich geprägten und gerade deswegen lebendigen und spannenden Einblick in den Gang des klösterlichen Lebens. Vor allem die Diarien der beiden Stiftsstatthalter P. Josef Dietrich (Lebensdaten: 1645-1704) und P. Michael Schlageter<sup>53</sup> (Lebensdaten: 1704-1786) sind von ausserordentlichem Wert, da die beiden ihre Aufzeichnungen gewissenhaft mit grosser Regelmässigkeit pflegten. Diarien zu führen war im 17. und 18. Jahrhundert in Mode und wurde nicht nur in den Klöstern rege gepflegt. Im Einsiedler Klosterarchiv finden sich neben den genannten eine grössere Zahl mehr oder weniger persönlich gefärbter Tagebuchserien, die als so genannte Selbstzeugnisse einen insgesamt reizvollen Zugang zur Klostergeschichte ermöglichen.<sup>54</sup>

Die Statthalterei des Klosters besorgte traditionell ein Mitglied des Konvents. Dieser kümmerte sich um alle Belange der klösterlichen Wirtschaft im Inneren, wie z.B. die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Kleidern und Brennholz. Die Tätigkeit der Kanzler orientierte sich im Gegensatz dazu nach aussen. Wie erwähnt, befasste sich der Kanzler mit der Organisation der Verwaltung, der Beschaffung der finanziellen Mittel, mit der Kontrolle der Amtleute, mit der Kommunikation zwischen Kloster und Untertanen, indem er z.B. die Jahrgerichtsversammlungen organisierte und durchführte, sowie um die Kommunikation mit anderen Herrschaftsträgern. Trotz der

---

<sup>52</sup> Protokolle der Jahrgerichte, 1379-1616, StAE, Sig. A. BM 1-3, (Es handelt sich dabei um keine eigentlichen Protokolle, sondern um eine Kompilation verschiedener Abschriften von mehr oder weniger rechtsrelevantem Schriftgut, das im weitesten Sinn mit dem Jahrgericht in Verbindung steht); Jahrgerichts- und Sessionsbücher, 1657-1829, StAE, Sig. A. DM 1-12, (Diese Bücher enthalten Protokolle im eigentlichen Sinn.).

<sup>53</sup> P. Michael Schlageter amtierte ab 1740 als Stiftsstatthalter. Am 16. Juni 1753 wurde er zum Dekan ernannt.

<sup>54</sup> Vgl. z.B. zum Diarium des Zürcher Amtmanns Johannes Escher: Rhyner, Monika: Johannes Escher, ein Amtmann des Klosters Einsiedeln im Zürich des 18. Jahrhunderts, in: Niederhäuser, Peter und Meyerhans, Andreas (Hgg.): Äbte, Amtleute, Archivare, S. 13-23.

unterschiedlichen Ausrichtung der Tätigkeit der beiden Amtsträger, kam es zwischen ihnen immer wieder zu Berührungen, was hie und da zu Konflikten führte. Der Stiftsstatthalter stand einerseits an der Schaltstelle der klösterlichen Wirtschaft, andererseits nahm er als Mitglied des Klosterkonvents am mönchischen Leben teil. Damit bewegte er sich im Spannungsfeld zwischen der Welt der Klostergemeinschaft und jener der weltlichen Herrschaft, Wirtschaft und Politik. Dieser Umstand und die damit verbundenen Probleme werden in den Aufzeichnungen der Statthalter besonders deutlich.<sup>55</sup> Im Weiteren bieten die Diarien für die Zeit vom letzten Viertel des 17. Jahrhunderts bis ins letzte Viertel des 18. Jahrhunderts reichlich Hinweise zum Kanzlei- und zum Archivpersonal. Vor allem P. Michael Schlageter berichtete laufend über sein Verhältnis zum jeweils amtierenden Kanzler, über die Geschäfte der Kanzlei sowie über die Diskussionen um die Reorganisation des Archivs im 18. Jahrhundert.

Zum Verständnis der Organisation der Klosterherrschaft dient einerseits der Hofrodel<sup>56</sup> als Grundlage, andererseits das Waldstattbuch in der Fassung aus dem Jahr 1572<sup>57</sup>. Beide liegen gedruckt in den Documenta Archivii Einsidlensis vor. Der Hofrodel muss als stark normativ gehaltenes Anspruchsschriftgut der Klostergemeinschaft gelesen werden. Das Waldstattbuch dagegen regelte detailliert die herrschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Kloster und seinen Untertanen in der Waldstatt Einsiedeln. Eine weitere bedeutende Quelle stellt die Schwyzer Geschichte des Schwyzer Pfarrers Josef Thomas Fassbind (Lebensdaten: 1755-1824) dar.<sup>58</sup> Neben Aufzeichnungen zur Geschichte des Landes Schwyz enthält sie interessante Hinweise zu einzelnen Kanzlern sowie zum Verhältnis zwischen Schwyz und der Herrschaft Einsiedeln.

Für den Zugang zur Topographie des Einsiedler Stiftsarchivs und deren Veränderung im Laufe der Zeit, stehen die Findmittel des Archivs, die Summarien

---

<sup>55</sup> Diarium P. Josef Dietrich, 1670-1701, StiAE, Sig. A. HB 1-11 (11 Bände); Diarium P. Michael Schlageter, 1743-1774, StiAE, Sig. A. HB 16, 18-36 und 39-64 (46 Bände); daneben auch: Diarien P. Othmar Ruepp, StiAE, Sig. A. HB 67 und Abt Beat Küttel, StiAE, Sig. A. HB 74. Unter dem November 1759 beklagte P. Michael Schlageter den Verlust des Diariums des Stiftstatthalters P. Sebastian Reding für die Jahre 1700-1710. Dieses sei in den Jahren 1754-1757 bis auf wenige Fragmente aus der Statthaltereirei verschwunden, da das Papier des Buches als Notizpapier gebraucht wurde. Vgl.: Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 31 (1759), Kopie, S. 110f.

<sup>56</sup> DAE, Litt. K, S. 58-63. Zur Entwicklung der Einsiedler Hofrechte vgl.: Halter-Pernet, Colette: Das Kloster Einsiedeln und seine Hofrechte. Entstehung, Entwicklung, Verwendung, Historisches Seminar der Universität Zürich 2004 (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit).

<sup>57</sup> DAE, Litt. K, S. 64-81.

<sup>58</sup> Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bearbeitet und kommentiert von Angela Dettling, 2 Bde., Zürich 2005.

und Register, im Zentrum. Sie zeigen, nach welchen Regeln die Archivalien erschlossen und in welcher Ordnung sie im Archiv aufbewahrt wurden und bieten damit einen erschliessungsgeschichtlichen Zugang zum Archiv. Konkret geht es dabei um die Darstellung und die Analyse der Struktur und der inhaltlichen Gewichtung der Summarien und Register. Da im Einsiedler Archiv Findmittel aus verschiedenen Epochen vorhanden sind, können Strukturunterschiede mittels eines Vergleichs aufgezeigt werden. So wird deutlich, wie sich die praktische Funktion des Archivs und der darin aufbewahrten Bestände im Laufe der Zeit veränderte.<sup>59</sup> Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass Findmittel den Inhalt eines Archivs auf meist sehr selektive Weise wiedergeben. Die Struktur der Findmittel darf nicht mit der tatsächlichen Struktur der Archivbestände gleichgesetzt werden.<sup>60</sup> Dennoch lassen sich kollektive Ordnungsvorstellungen und die politische Vorstellungswelt einer archivführenden Institution gerade anhand der Findmittel besonders gut untersuchen, da diese eben eine idealisierte Projektion der Organisation und Struktur des Archivs und damit der gesamten Institution liefern. Kurz gesagt, konnte eine vom Konvent erwünschte Herrschaftsstruktur in den Summarien eben auf einfachere Art hergestellt werden, als dies in der Realität, in der Auseinandersetzung mit weltlichen und kirchlichen Machthabern, aber auch mit den Untertanen, möglich war.

Damit Findmittel überhaupt hergestellt werden konnten, brauchte es ein sinnvolles Signaturesystem, welches die Auffindbarkeit der einzelnen Archividossiers garantierte. Die Signaturgebung unterliegt ebenfalls zeitbedingten Moden und dient daher im Rahmen der Archivgeschichte ebenfalls als Quelle. Für die Geschichte des hier betrachteten Archivs liegen zudem mehr oder weniger ausführliche Archivverordnungen vor. Für das 17. Jahrhundert können Hinweise dazu aus den Vorreden zum Register und zum Summarium erschlossen werden. Zentral wichtig für die Archivgeschichte ist die bereits erwähnte Archivverordnung des damaligen Subpriors und späteren Abts P. Marian Müller, welche dieser im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts verfasste und die in ihrem zweiten Teil eine eigentliche Archivierungsvorschrift enthält. Überhaupt bietet dieses Werk besonders wertvolle Informationen und anschaulich treten die in dieser Sache handelnden

---

<sup>59</sup> Hildbrand, Thomas: Herrschaft, Schrift und Gedächtnis, S. 333f.

<sup>60</sup> Head, Randolph C.: Abbildungen von Herrschaft: Archivgut, Archivordnungen und die Repräsentation politischen Wissens in der frühneuzeitlichen Schweiz, in: Böhler, Michael et al. (Hgg.): Republikanische Tugend, Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers, Contribution à une nouvelle approche des Lumières helvétiques, Genève 2000, S. 113-127, hier: S. 117.

Menschen in Erscheinung und gewähren einen Einblick in die Arbeitsstube des Archivars und seiner Mitarbeiter. Die Auseinandersetzung um die Neuordnung des Archivs im 18. Jahrhundert ist einerseits im historiografischen Teil der genannten Archivverordnung geschildert, andererseits kann sie aus Briefen und Ordnungsversuchen der am Streit beteiligten Kontrahenten erschlossen werden. Die zum Thema vorhandenen Briefe stellen dabei einen aussergewöhnlichen Glücksfall dar, der wesentlich der Weitsicht des damaligen Dekans P. Michael Schlageter zu verdanken ist. Mit seinen Aufzeichnungen in den Diarien und mit der Aufbewahrung der Briefe hat er für die Erhaltung von Quellenmaterial gesorgt, das den meisten anderen Beteiligten wohl als unangenehm oder unbedeutend erschienen und deshalb wahrscheinlich vernichtet worden wäre.

Die Aufbewahrungsart und der Aufbewahrungsort von Archivalien sind zu einem grossen Teil bedingt durch die technischen Möglichkeiten der jeweiligen Zeit. Im Zentrum des Interesses stehen in dieser Hinsicht die Archivräumlichkeiten und das Archivmobiliar. Es ist dabei durchaus sinnvoll, der Frage nach der Art und Weise der Aufbewahrung nachzugehen, weil damit ein Aspekt der Haltung der Zeitgenossen ihren Archivalien gegenüber zum Ausdruck kommt. Aus demselben Grund interessieren Ergebnisse, welche die Stellung der Institution Archiv im Ganzen des Klosters sichtbar machen. Es leuchtet unmittelbar ein, dass sich der Stiftsarchivar wesentlich für den Zustand seines Archivs interessierte. Welchen Stellenwert aber andere Vertreter des Klosters diesen Fragen zumassen, ist nicht von vornherein klar.

Zum Schluss dieses Abschnitts gilt es, auf die Grenzen dieser Art von Geschichtsschreibung hinzuweisen. Archive waren im hier untersuchten Zeitraum in erster Linie für Institutionen von Bedeutung. Diese beeinflussten mit ihren Archiven Teile der Gesellschaft, indem sie z.B. Herrschaft ausübten oder sich gegen andere Macht beanspruchende Gruppen abgrenzten. Mit den vorhandenen Quellen lässt sich deshalb vor allem die institutionelle Perspektive dieser Geschichte darstellen. Alles Quellenmaterial ist sozusagen institutionell gefiltert. Deshalb lässt sich die Perspektive aller übrigen Teile der damaligen Gesellschaft, wenn überhaupt, nur punktuell erschliessen.

#### 4. Die Organisation des geistlichen Fürstentums Einsiedeln

«Einsiedeln oder wie es in früheren Urkunden genannt wird, der finstere Wald, ist so manigfaltig beschrieben, dass es verlorene Mühe wäre, vieles davon zu sagen.»<sup>61</sup> Augustin Schibigs Feststellung aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts trifft heute erst recht zu. Dennoch scheint an dieser Stelle für die erleichterte Verstehbarkeit des Folgenden und zur Orientierung, eine kurze schematisierte Darstellung der politischen und gesellschaftlichen Organisation des damaligen Fürstentums Einsiedeln sowie, im folgenden Kapitel, des grossen Gegenspielers Schwyz angebracht.

Das Kloster Einsiedeln ist eine ottonische Stiftung. Zu Beginn des 10. Jahrhunderts installierte der aus einem schwäbischen Adelsgeschlecht stammende Strassburger Domherr Benno die Einsiedelei des heiligen Meinrad im Finstern Wald neu. 934 gründete Eberhard, seines Zeichens Dompropst von Strassburg und Verwandter des genannten Benno, die Klostergemeinschaft, welche fortan ein Leben nach der Regel des heiligen Benedikt pflegte.<sup>62</sup> Kirchenrechtlich gehörte das Kloster während der hier im Zentrum stehenden drei Jahrhunderte zum Bistum Konstanz. Anfang des 17. Jahrhunderts bestanden Bestrebungen, Einsiedeln zum separaten Bistum zu erheben und den Abt als Bischof der Innerschweiz einzusetzen. Der damalige Bischof von Konstanz wusste eine solche Abspaltung jedoch zu verhindern. Mit dem Ende des Deutschen Reichs, im Zuge der Französischen Revolution, wurde das Bistum Konstanz aufgehoben. Heute ist Einsiedeln eine *abbatia territorialis* (Gebietsabtei) und gehört damit keiner Diözese an. Der Abt ist Mitglied der Schweizerischen Bischofskonferenz, besitzt aber keine vollumfängliche Bischofswürde.<sup>63</sup>

Das Zentrum der Einsiedler Grundherrschaft bildete die Waldstatt Einsiedeln. Seit Beendigung des Marchenstreits<sup>64</sup> mit Schwyz, umfasste das Gebiet rund 110 km<sup>2</sup> und war mit dem Gebiet des heutigen Bezirks Einsiedeln praktisch

---

<sup>61</sup> Zit. nach: «Historisches über den Kanton Schwyz», Die Kantonsbeschreibung von Frühmesser Augustin Schibig (1766-1843), Buchstaben E-J, bearbeitet von Erwin Horat und Peter Inderbitzin, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Bd. 93, (2001), S. 67-144, hier: S.69.

<sup>62</sup> Salzgeber, P. Joachim: Einsiedeln, in: Helvetia Sacra, Frühe Klöster, Die Benediktinerinnen und Benediktiner in der Schweiz, Abt. III, Bd. 1, Erster Teil, Basel/Frankfurt a. M. 1986, S. 517-594, hier S. 521.

<sup>63</sup> Hug, Albert: Einsiedeln (Benediktinerabtei), in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 23.10.2006, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D11491-1-2.php>.

<sup>64</sup> Zum Marchenstreit im 13. und 14. Jahrhundert vgl.: Brändli, Paul J.: Mittelalterliche Grenzstreitigkeiten im Alpenraum, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 78, (1986), S. 18-188; sowie: Sablonier, Roger: Gründungszeit ohne Eidgenossen, S. 69-77.



deckungsgleich. Im Osten grenzte es an Glarus, im Süden an das eigentliche Land Schwyz, im Westen an Zug und an Zürich und im Norden an die Höfe und an die March. Die Waldstatt wird von den Flüssen Sihl, Alp, und Biber durchströmt. Laut Johann Conrad Fäsis Staats- und Erdbeschreibung aus dem Jahr 1766, ist die Landschaft «[...] ziemlich bergicht, aber wegen des schönen Wieswachses zur Viehzucht sehr wohl gelegen.»<sup>65</sup> Organisatorisch war und ist das Gebiet bis heute in sieben so genannte Viertel unterteilt: Den Flecken oder die eigentliche Waldstatt, Gross, Willerzell, Etzel und Egg, Bennau, Euthal und Trachslau. Mit der Vogtei verwaltete das Land Schwyz in Einsiedeln die Hochgerichtsbarkeit. Als Vogt amtierte im Prinzip der jeweilige Schwyzer Landessäckelmeister. Die Amtsgeschäfte vor Ort besorgte jedoch jeweils ein in der Waldstatt ansässiger Beamter im Auftrag des Säckelmeisters, was für die Gestaltung der Beziehung des Klosters zu diesem Beamten von weitreichender Bedeutung war, da sich der Vertreter des Vogtes verständlicherweise gerne gegen das Kloster auf die Seite seiner Nachbarn und Dorfgenossen stellte. Johann Conrad Fäsi zeichnete ein anschauliches, wenn wohl auch wenig reflektiertes Bild des Fleckens Einsiedeln, wie er ihn im Jahr 1766 antraf: «Er [der Flecken Einsiedeln] ist gross, stark bewohnt, auch aller Orten mit Gasthäusern angefüllt, wie dieses die zahlreichen Wallfahrten unumgänglich nothwendig machen. Fremde hohe Standespersonen werden aber gemeiniglich in dem Gasthaus des Klosters beherbergt. Die meisten Gebäude sind nur von Holz. Die Einwohner ergeben sich ganz dem Müssiggang; sie sind die ärmsten im Canton; ihre Hauptbeschäftigung ist Rosenkränze zu verfertigen, welche sie den Pilgrimen verkaufen.»<sup>66</sup>

Für die Geschichte des Fürstentums Einsiedeln verfügt das Kloster über eine reiche eigene historiographische Tradition. Seit dem späten 19. Jahrhundert ist als erster P. Odilo Ringholz (1852-1929) zu nennen, der ein ausserordentlich umfangreiches Werk schuf. Unter anderem beschäftigte er sich intensiv mit dem frühen urbariellen Schriftgut des Klosters.<sup>67</sup> P. Norbert Flüeler (1865-1941) verfasste als Unterarchivar des Klosters und als Staatsarchivar des Kantons Schwyz Arbeiten

---

<sup>65</sup> Fäsi, Johann Conrad: Staats- und Erdbeschreibung der ganzen Helvetischen Eidgenossenschaft etc., 4 Bde., Zürich 1765-1768, hier: Bd. 2, S. 280.

<sup>66</sup> Zit. nach: Ebd., Bd. 2, S. 283.

<sup>67</sup> Ein umfassendes Werkverzeichnis findet sich in: Henggeler, P. Rudolf: Professbuch der fürstlichen Benediktinerabtei unserer lieben Frau von Einsiedeln, Festgabe zum tausendjährigen Bestand des Klosters, Einsiedeln, ca. 1933, (Monasticon-Benedictinum Helvetiae, III. Band), S. 590-597 sowie auf der Web-Page des Klosterarchivs unter der URL: [http://www.klosterarchiv.ch/e-archiv\\_professbuch\\_liste.php](http://www.klosterarchiv.ch/e-archiv_professbuch_liste.php) (Stand 4.12.2008).

sowohl zur Kloster- wie auch zur Schwyzer Kantonsgeschichte.<sup>68</sup> Von P. Rudolf Henggeler (1890-1971) sind als Hauptwerke das Professbuch der fürstlichen Benediktinerabtei unserer lieben Frau zu Einsiedeln sowie eine ebenfalls sehr wertvolle, leider bisher ungedruckt gebliebene Klostergeschichte besonders zu erwähnen.<sup>69</sup> Seit Kurzem sind auch die wichtigsten Arbeiten des heutigen Stiftsarchivars P. Joachim Salzgeber greifbar,<sup>70</sup> ein umfassendes Werkverzeichnis steht jedoch bis heute aus. Einen reichen Fundus an Arbeiten zur Ordens- und Klostergeschichte stellen die seit 1880 in jährlichem Abstand erscheinenden «Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige» zur Verfügung.<sup>71</sup>

Im Rahmen der Lehrveranstaltungen, die Professor Roger Sablonier in den letzten Jahren seiner Lehrtätigkeit am Historischen Seminar der Universität Zürich durchführte, wurden verschiedene Aspekte der Einsiedler Klostergeschichte und der damit zusammenhängenden Grundherrschaft detailliert untersucht. Als Ergebnisse dieser Forschungstätigkeit entstanden mehrere Lizentiatsarbeiten und bisher eine Dissertation, welche die Geschichte des Klosters mit dem Fokus auf den herrschaftlich-wirtschaftlichen Bereich darstellen. Damit kann die Grundherrschaft des Klosters Einsiedeln als eine der am gründlichsten erforschten Herrschaftskomplexe dieser Art in der Schweiz gelten.<sup>72</sup>

---

<sup>68</sup> Werkverzeichnis: Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 605f. und Web-Page des Klosterarchivs.

<sup>69</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 627f. und Web-Page des Klosterarchivs. Vgl. dazu auch: Landolt, Oliver: Geschichtsschreibung aus Einsiedeln, Die Einsiedler Patres Odilo Ringholz (1852-1929) und Rudolf Henggeler (1890-1971), in: Schwyzer Hefte, Bd. 86, (2005), S. 65-67.

<sup>70</sup> Salzgeber, P. Joachim: Das Kloster Einsiedeln, erforscht und erzählt von Pater Dr. Joachim Salzgeber, Einsiedeln 2006.

<sup>71</sup> Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige, hg. v. Bayrischen Benediktinerakademie, (1880ff).

<sup>72</sup> Bisher liegen die wenigsten der universitären Arbeiten zur Klostergeschichte in gedruckter Form vor. Deshalb hier ein Überblick über die bisher abgeschlossenen Arbeiten: Dissertation: Joseph Thomas Fassbind, Schwyzer Geschichte, herausgegeben und kommentiert von Angela Dettling, Zürich 2005. Lizentiatsarbeiten (alle unveröffentlicht): Bauer, Boris: Einsiedler Leiherrschaft im Thurgau, Zürich 2004; Baumann, Fritz: Schweigen. Viehhöfe in mittelalterlichen Klosterherrschaften der Ost- und Zentralschweiz, Zürich 2006; Bersorger, Walter: «Zuo immerwerender gedechtnus ...in geschrift zuo verfassen ...». Das Buch der Stifter und Guttäter von 1588 im Klosterarchiv Einsiedeln, Zürich 2007; Bitterli, Daniel: Holz und Wald im Klosteramt Einsiedeln im 16. und 17. Jahrhundert, Zürich 2004; Brupacher, Susanna: Weinbau am Zürichsee 1200 bis 1500, Zürich 2001; Froriep, Wolfgang: Das Diarium des Einsiedler Abtes Placidus Reimann (1636-1656), Zürich 2004; Geissmann, Myrta: Das Kloster Einsiedeln und Schwyz im 17. Jahrhundert. Herrschaft, Religion und Politik, Zürich 2006; Halter, Colette: Das Kloster Einsiedeln und seine Hofrechte. Entstehung, Entwicklung, Verwendung, Zürich 2004; Häfeli, Reto: Das Einsiedler Amt Brütten. Amtsmänner und klösterliche Herrschaftsorganisation (14.–18. Jahrhundert) mit Anhang, Zürich 2006; Kälin, Björn: Die Jugendzeit der Schrift im Einsiedler Stift. Schriftlichkeit im Kloster Einsiedeln im 15. Jahrhundert, Zürich 1996; Kuhn, Hans Jörg: Das Archiv des Klosters Einsiedeln im 17. und 18. Jahrhundert. Organisation,

#### 4.1 Die Einsiedler Grundherrschaft

Die Grundherrschaft des Klosters Einsiedeln kann für die gesamte Dauer ihres Bestehens, vom hohen Mittelalter bis zu ihrer Auflösung im Laufe der helvetischen Revolution, aufgrund ihrer Struktur als exemplarische Vertreterin einer geistlichen Grundherrschaft gelten. An der Spitze der benediktinischen Gemeinschaft und den mit dieser verbundenen Herrschaftsbereichen stand der Fürstabt.<sup>73</sup> Verschiedene Stifter hatten das Kloster im Laufe der Zeit mit beachtlichem Grundbesitz ausgestattet, der neben dem Kernland in der Innerschweiz, inselartig verstreuten Grundbesitz am oberen Zürichsee, in der heutigen Ostschweiz und bis nach Vorarlberg umfasste. Diese als Ämter bezeichneten Territorien waren dem Kloster sowohl Segen als Last, denn einerseits dienten die Gebiete der wirtschaftlichen Versorgung der Klostergemeinschaft, andererseits mussten die Ämter verwaltet, die Herrschaftsrechte durchgesetzt und behauptet werden. Dabei spielte die Kanzlei des Klosters eine zentrale Rolle. Physisch war die Institution im Einsiedler Klostergebäude angesiedelt und entfaltete von da aus ihre Wirksamkeit über das gesamte Herrschaftsgebiet. Auch übte sie die Kontrolle über die in verschiedenen Ämtern beschäftigten Schreiber aus.

Seit 947 war das Kloster als reichsunmittelbares Fürstentum eingerichtet, was dem Abt die Reichsfürstenwürde eintrug. In dieser Stellung wurde der Fürstabt nachweislich seit 1356 regelmässig zu den Reichstagen eingeladen.<sup>74</sup> Als Herrscher über die Untertanen in seinem Gebiet war er berechtigt, verschiedene Arten von Steuern und Gebühren zu erheben. Zudem übte der Abt die niedere Gerichtsbarkeit (erste Instanz und Appellation) über die Angehörigen der Herrschaft aus.

Seit der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts und wahrscheinlich schon früher, war Einsiedeln ein bedeutender Wallfahrtsort. Die Dienstleistungen rund um die Wallfahrt stellten einen wichtigen Wirtschaftszweig für die Dorfbevölkerung dar. Aus

---

Funktion und Stellenwert einer klösterlichen Institution, Zürich 2003; Kwasnitza, Stefan: «Non est copiat in libro». Das Burkardenbuch und die kopiaie Tradition im Kloster Einsiedeln, Zürich 2004; Moritzi, Claudia: Arbeiten im Dienst des Klosters: Die weltlichen Angestellten des Stiftes Einsiedeln 1580–1700, Zürich 2004. Einige der Arbeiten liegen in gekürzter oder umgearbeiteter Form vor in: Niederhäuser, Peter und Meyerhans, Andreas (Hgg.): Äbte, Amtsleute, Archivare. Der letztgenannte Sammelband beleuchtet facettenreich die vielfältigen Beziehungen, die seit dem Hohen Mittelalter zwischen Einsiedeln und Zürich bestanden.

<sup>73</sup> Zur Geschichte der Benediktinerabtei Einsiedeln allgemein vgl. Hug, Albert: Einsiedeln (Benediktinerabtei).

<sup>74</sup> Ringholz, P. Odilo: Geschichte des fürstlichen Benediktinerstifts U.L.F. von Einsiedeln, seiner Wallfahrten, Probsteien, Pfarreien und übrigen Besitzungen unter besonderer Berücksichtigung der Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, Einsiedeln 1904, S. 239.

diesem Grund war das Kloster stets bemüht, das Ansehen und den Ruf des dienstleistenden Gewerbes in und um Einsiedeln zu heben, was in erster Linie durch umfassende Kontrollen erreicht werden sollte. So konnten die zahlreichen Gastwirte, Händler und Handwerker ihr Gewerbe nur mit der Einwilligung des Klosters betreiben. Zudem bestand bereits seit 1419 in gewissen Zonen des Dorfes eine Bauordnung, die klar auf die Bedürfnisse der Wallfahrt ausgerichtet war.<sup>75</sup>

Der Begriff «Grundherrschaft» findet als solcher in den Quellen keine Verwendung, die üblicherweise zur Beschreibung eines solchen Herrschafts-, Sozial- und Wirtschaftsverbandes herangezogen werden. Vielmehr stellt der Begriff eine gedankliche und sprachliche Errungenschaft des späten 18. Jahrhunderts dar und gründet auf der Tatsache, dass dem Bodenbesitz Herrschaftsbildende Kraft zukam.<sup>76</sup> Max Weber verstand unter Grundherrschaft die – wie er es formulierte – ökonomisch relevanteste Organisationsstruktur vergangener Gesellschaften. Er betonte v. a. das Gewaltverhältnis, welches auf einer patriarchalen Herrengewalt gründete, die sich aus den drei Bestandteilen Bodenbesitz, Menschenbesitz und der Ausübung politischer und jurisdiktionaler Rechte zusammensetzte.<sup>77</sup> Waren in der klassischen mittelalterlichen Grundherrschaft die Ansprüche des Herrn an seine Abhängigen noch untrennbar mit den Besitzrechten an Boden verbunden, verselbständigten sich die Leibherrlichen Rechte im Spätmittelalter und entwickelten sich zu einem von der Bodenleihe zunehmend unabhängigen Recht. Diese Entwicklung ist als Reaktion der Herren auf die wachsende Mobilität der Bauern zu verstehen, die sich im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit eben nicht mehr an die Scholle binden liessen.<sup>78</sup>

Für die damalige Herrschaftsorganisation ist kennzeichnend, dass es keine klare Trennung zwischen den obrigkeitlichen Gewalten Legislative, Exekutive, Judikative und der Verwaltung gab. Vielmehr gehört es gerade zum Wesen dieses Systems, dass alle vier Bereiche auf höchst komplexe Art und Weise miteinander verzahnt waren.<sup>79</sup> Herrschaften dieser Art blieben immer mehr oder weniger lokal

---

<sup>75</sup> Meyerhans, Andreas: Einsiedeln, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 14.11.2005, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D710.php>.

<sup>76</sup> Schreiner, Klaus: «Grundherrschaft», Entstehung und Bedeutungswandel eines geschichtswissenschaftlichen Ordnungs- und Erklärungsbegriffs, in: Patze, Hans (Hg.): Die Grundherrschaft im Späten Mittelalter, Bd. 1, Sigmaringen 1983, S. 11-74, hier: S. 46.

<sup>77</sup> Weber, Max: Wirtschaftsgeschichte. Abriss der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, München <sup>2</sup>1924, S. 71.

<sup>78</sup> Sablonier, Roger: Leibherrschaft, S. 145f.

<sup>79</sup> Braun, Rudolf: Das ausgehende Ancien Régime in der Schweiz, Aufriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts, Göttingen/Zürich 1984, S. 220.

begrenzt, wenn sie auch, wie es der Fall Einsiedeln zeigt, aus einem recht weit verzweigten Netz von Herrschafts- und Besitzinseln bestehen konnten. Ein solch stark zersplittertes Territorium schränkte die Handlungsmöglichkeiten des Landesherrn zwangsläufig ein, da sich dieser einer grossen Zahl lokaler Potentaten gegenüber sah, deren Herrschaftsbereiche sich in vielfältiger Weise durchdrangen und beeinflussten. Die Herrschaftsrechte lagen dezentral in den Händen verschiedener lokaler Machthaber verteilt.<sup>80</sup> Neben der politisch-jurisdiktionalen Verzahnung, war das Sozialgebilde Grundherrschaft in gleichem Mass durch Überlagerungen und Verkettungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich geprägt. Der Grundherr amtierte nicht bloss als Herr und Richter, sondern stand daneben der landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaft vor und gewährte dieser Schutz. Gerade dieser letzte Umstand, die Gewährung von Schutz, diente normalerweise als Legitimation für die Ausübung von Herrschaft über Menschen. Als geistlicher Grundherr konnte der Abt gegenüber seinen Untertanen in dieser Beziehung weniger stringent argumentieren, da ihm die christliche Religion die Gewaltübung verbot. Der Abt konnte und wollte keine Truppen zur Verteidigung seines Landes und seiner Leute unterhalten. Darum nahm diese mit dem Begriff «Vogtei» bezeichnete Schutzaufgabe ein weltlicher Herrschaftsträger stellvertretend für den Abt war. Im Einsiedler Herrschaftsgebiet übten verschiedene eidgenössische Orte, vor allem Schwyz und Zürich, die Vogtei aus. Trotzdem kam dem Abt von Einsiedeln bis ins 18. Jahrhundert als Mitspieler in der eidgenössischen Politik, insbesondere gegenüber den Nachbarn Zürich, Schwyz und Zug, eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung zu.<sup>81</sup>

Entscheidend für die Legitimierung der Eigentumsansprüche einer Klosterherrschaft waren in erster Linie die urkundlich belegbaren Schenkungen und Stiftungen, welche ein Kloster im Laufe der Zeit von verschiedener Seite erhalten hatte. Dabei vermachten die Stifter ihr Land und ihre Leute im Fall von Einsiedeln dem heiligen Meinrad zu dessen Eigentum. Nach dem Verständnis der Klostergemeinschaft, verwaltete und nutzte der Fürstabt die vorhandenen Ressourcen im Namen des Klostersifters, um damit den Unterhalt und die Förderung der monastischen Gemeinschaft zu gewährleisten. Die Einsiedler Äbte waren dabei

---

<sup>80</sup> Schreiner, Klaus: «Grundherrschaft», S. 13.

<sup>81</sup> Sieber, Christian: Adelskloster, Wallfahrtsort, Gerichtshof, Landesheiligtum – Einsiedeln und die Alte Eidgenossenschaft, in: Mitteilungen des Historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 68, (1996), S. 41-51.

sehr erfolgreich. Das Kloster vermochte deshalb im Raum Innerschweiz als geistliches und intellektuelles Zentrum sowie als Grossgrundbesitzer wenigstens zeitweise auch politisch eine wesentliche Rolle zu spielen.

#### **4.1.1 Die Besitzungen des Klosters im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit**

Zwischen 954 und 958 schenkten Herzog Burkhard II. von Schwaben und dessen Mutter Reginlind dem Kloster Güter in Kaltbrunn, Lindau, Stäfa, Esslingen und Männedorf. Unter den kaiserlichen Vergabungen sind v. a. die folgenden zu nennen: Die Güter in Eschenz im Jahr 958, die Schenkung der Insel Ufenau im Zürichsee<sup>82</sup> und des Hofes Pfäffikon<sup>83</sup> durch Otto I. 965. Im Jahr 969 kamen der Hof Riegel im Breisgau und wohl gleichzeitig Besitzungen im Linzgau dazu. 972 wurde die Probstei St. Gerold errichtet. Noch vor der Klostergründung im Jahr 934 war die Schenkung von Sierenz im Elsass erfolgt. Mit der Urkunde vom 2. September 1018 schenkte Kaiser Heinrich II. dem Kloster das gesamte Einzugsgebiet der Flüsse Alp, Biber und Sihl, ein zusammenhängendes Gebiet von immerhin rund 230 km<sup>2</sup>.<sup>84</sup> Später kamen Güter in Wangen und Ägeri<sup>85</sup>, der Hof Höngg, die Güter Ettiswil, Wauwil, Boniswil, Egliswil, Dagmarsellen, Alberswil, Badachtal und Melchnau als Geschenke ans Kloster. Als letzte grosse Schenkung erhielt das Kloster 1130 die Güter von Fahr von Lütolf und Judenta von Regensberg, dies mit der Auflage, dort ein Frauenkloster zu errichten.<sup>86</sup>

Durch einen Spruch von Graf Rudolf II. von Habsburg im Jahr 1217, mit dem die seit langem schwelenden Nutzungskonflikte zwischen dem Kloster und Schwyzer Bauern beigelegt werden sollten, verlor das Kloster den südlichen Teil seines Kerngebietes an Schwyz. Hatte sich dieses vor 1217 vom Hohen Etzel im Norden, bis zu den nördlichen Abhängen der beiden Mythen sowie dem Forstberg und dem Drusberg im Quellgebiet der Sihl im Süden erstreckt, verlief die neue Südgrenze unweit südlich von Trachslau, was für das Kloster den Verlust von beinahe der Hälfte seiner ursprünglichen Besitzungen im Einsiedler Gebiet bedeutete. Nach dem

---

<sup>82</sup> Vgl. dazu auch die Einführung in: Hug, Albert: Das Jahrzeitbuch der Pfarrkirche Ufenau (vor 1415), Das Jahrzeitbuch der Pfarrkirche Freienbach (1435), Schwyz 2008, S. 14-32.

<sup>83</sup> Zur Geschichte der Besitzungen des Klosters im Raum Ausserschwyz vgl. Stadler-Planzer, Hans und Stadler, Pascal: Die Korporation Pfäffikon SZ, Grundlagen, Entstehung, Entfaltung, Pfäffikon SZ 2008.

<sup>84</sup> Ringholz, P. Odilo: Geschichte des fürstlichen Benediktinerstifts, S. 10.

<sup>85</sup> Zur Geschichte des Hofes Ägeri im Mittelalter und in der frühen Neuzeit vgl.: Sablonier, Roger: Ägeri vor 1500. in: Morosoli, Renato et al.: Ägerital – seine Geschichte, 2 Bde., Oberägeri und Unterägeri 2003, hier: Bd. 1, S. 27-119.

<sup>86</sup> Salzgeber, P. Joachim: Einsiedeln, S. 524f.

Frieden mit Schwyz im Jahr 1350 verblieb erneut nur noch rund die Hälfte des Besitzes in der Umgebung des Dorfes Einsiedeln beim Kloster. Dennoch scheint das Kloster in dieser Zeit wirtschaftlich prosperiert zu haben. Immerhin konnte 1370 die Herrschaft Reichenburg in der March gekauft werden. Nach einer Krise im 16. Jahrhundert, befand sich das Kloster zu Beginn des 17. Jahrhunderts wieder in glänzender wirtschaftlicher Lage. 1623 konnten die thurgauischen Herrschaften Freudenfels und Gachnang und 1678 das ebenfalls thurgauische Sonnenberg erworben werden, dies in erster Linie aus religionspolitischen Gründen, galt es doch, der römisch-katholischen Religion im reformierten Thurgau den Rücken zu stärken.<sup>87</sup>

#### 4.1.2 Vogtei

Nachdem Kaiser Heinrich II. 1018 dem Stift den Besitz des ganzen Finsteren Waldes mit allen Wäldern, Alpen, Forsten, Tälern, Sümpfen, Ebenen, Matten, Weiden, Wasserflüssen, Fischereien und dem Wildbann mit allen Nutzungsrechten übermacht hatte,<sup>88</sup> dürfte um 1019 die Vogtei an die Herren von Alt-Rapperswil übergegangen sein. Nach dem Aussterben der Rapperswiler zog König Rudolf von Habsburg die Vogtei über Einsiedeln im Jahr 1283 ans Reich. 1394 ging die Schirmvogtei über die Waldstatt Einsiedeln vom Haus Österreich an Schwyz über, die Vogtei über das Kloster selbst (Kastvogtei) blieb vorerst bei den Habsburgern. Nachdem das Kloster 1414 einen Landrechtsvertrag mit Schwyz eingegangen war um damit seine Position zu stärken, übertrug 1424 Kaiser Sigismund trotz Protesten des damaligen Abtes Burkhart von Weissenburg auch die Kastvogtei an Schwyz, was 1433 am Reichstag in Basel bestätigt wurde. Im Verlauf des Alten Zürichkrieges fiel 1440 die Vogtei über die Höfe ebenfalls an Schwyz.<sup>89</sup> Dem Kloster verblieben die grundherrlichen Rechte über die Waldstatt Einsiedeln sowie über die Höfe Wollerau und Pfäffikon. Zuvor hatte der Abt im Vorderen Hof über die niedere Gerichtsbarkeit verfügt. Die hohe oder Blutgerichtsbarkeit – und im Hof Wollerau auch die niedere – war dagegen den Schirmvögten anvertraut.<sup>90</sup> Mit der Bezeichnung «Drei Teile» bestand in Einsiedeln seit 1399 eine Behörde, in welcher der Abt, der von Schwyz

---

<sup>87</sup> Salzgeber, P. Joachim: Einsiedeln, S. 526.

<sup>88</sup> Ringholz, P. Odilo: Geschichte des fürstlichen Benediktinerstifts, S. 54.

<sup>89</sup> Zum Übergang der Vogtei von Habsburg an Schwyz vgl. detailliert: Hug, Albert: Die Wirtschaftsstruktur der Höfe Pfäffikon und Wollerau seit Begründung der Grundherrschaft des Klosters Einsiedeln (965) bis zu Beginn des 17. Jh., in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, (1969), Heft 62, S. 3-121, hier: S.16-18; sowie Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 1, S. 338.

<sup>90</sup> Hug, Albert: Die Wirtschaftsstruktur der Höfe Pfäffikon und Wollerau, S. 14f.

eingesetzte Vogt und die Waldleute vertreten waren. Sache der Drei Teile war es, Entscheidungen in allen die Waldleute betreffenden Angelegenheiten zu fällen. So musste die Behörde beispielsweise über Vertragsabschlüsse unterrichtet werden, die Leute oder Güter der Waldstatt betrafen, damit die Verträge Rechtsgültigkeit erlangen konnten.<sup>91</sup> Unter Abt Joachim Eichhorn gaben sich die Drei Teile eine verbindliche Ordnung. Ab 1657 trug die Behörde die Bezeichnung «Session».

#### 4.1.3 Herrschaftsübung

Das Amtbuch aus den Jahren 1330/31 und das Grosse Urbar aus dem Jahr 1331 stellen für die Waldstatt Einsiedeln die ersten bis heute erhaltenen Hofrechte dar. Beide entstanden im Zuge der Bestrebung zur Vereinheitlichung der Verwaltung von sechs Dinghöfen als sog. Sammelhofrechte.<sup>92</sup> Die neu entstandene Behörde der Drei Teile wirkte sich schon bald auf die Hofrechte aus. So wird der Einfluss der Waldleute bereits in der ersten Fassung des Waldstattbuches sichtbar. Verfasst wurde das Waldstattbuch im Anschluss an den Übergang der Vogtei an Schwyz um 1434. Es stellt somit kein Produkt absoluter herrschaftlicher Souveränität mehr dar. Vielmehr hält es die Ergebnisse der Verhandlungen um Rechte, Ansprüche und Pflichten, als Kompromiss der Parteien der Drei Teile fest. Seit dem Übergang der Vogteirechte an Schwyz, war das Kloster zunehmend bestrebt, das geltende Recht schriftlich festzuhalten, da eine verstärkte Einflussnahme von Schwyz zu erwarten war.<sup>93</sup> Deshalb flossen in das Waldstattbuch neben den Bestimmungen der älteren Sammelhofrechte auch wichtige Beschlüsse der Schiedsgerichte von 1419 mit ein. In einem komplexen vielstufigen Prozess wurde das Waldstattbuch in der Folge laufend ergänzt und verändert, bis es im Jahr 1572 eine vollständige Neubearbeitung erfuhr. Diese Fassung gelangte später in gedruckter Form die Dokumenta Archivi Einsidlensis (DAE)<sup>94</sup>, wurde jedoch auch danach laufend überarbeitet.<sup>95</sup>

Die als Wald- oder Gotteshausleute bezeichneten Personen waren Leibeigene des Abtes. Die Leiherrschaftlichen Ansprüche des Grundherrn werden in Einsiedeln nach 1300 fassbar, bestanden jedoch wohl bereits früher. Ab dem 17. Jahrhundert treten Verzeichnisse der Eigenleute auf, die bis ins 18. Jahrhundert laufend nachgeführt und erneuert wurden, meist zur Beilegung von Konflikten um

---

<sup>91</sup> Salzgeber, P. Joachim: Einsiedeln, S. 529 sowie: Meyerhans, Andreas: Einsiedeln.

<sup>92</sup> Halter-Pernet, Colette: Das Kloster Einsiedeln und seine Hofrechte, S. 32.

<sup>93</sup> Ebd., S. 56.

<sup>94</sup> DAE, Litt. K, S. 64ff

<sup>95</sup> Halter-Pernet, Colette: Das Kloster Einsiedeln und seine Hofrechte, S. 56f.



Herrschaftsrechte.<sup>96</sup> Für die Finanzierung der Klosterherrschaft leisteten die Gotteshausleute zusammen mit den Hintersassen verschiedene Abgaben: Als geistliche Institution fungierte das Kloster einerseits als Zehntherr.<sup>97</sup> Daneben schuldeten die Leute dem Abt grundherrliche Abgaben, so den auf den Gütern lastenden Grundzins und insbesondere die Fallpflicht, eine Art Erbschaftssteuer, die sich auf das ursprünglich uneingeschränkte Erbrecht des Abtes stützte. Bei Handänderungen erhob der Abt den Ehrschatz als Steuer. Die Höhe der Abgaben war nicht fixiert, sondern wurde im Einzelfall ausgehandelt und richtete sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Schuldner. Ganz arme Leute bezahlten oft bloss einen symbolischen Beitrag. Mit den Einnahmen aus der Grundherrschaft bestritt das Kloster einen Teil seiner Aufwendungen. Ebenso wichtig war jedoch der symbolische Gehalt und die rechtsetzende Funktion dieser Abgaben, auf deren Einhaltung die Äbte denn auch grössten Wert legten.<sup>98</sup> Damit anerkannten die Leute ihre rechtliche Zugehörigkeit zum und ihre Abhängigkeit vom Kloster. Einen besonderen Status genossen jene Gotteshausleute – oft als Waldleute bezeichnet – die im Gebiet der Waldstatt Einsiedeln ansässig waren. Wahrscheinlich bereits früh hatte sich diese Gruppe aus gewissen Pflichten, insbesondere aus der Ehrschatzpflicht, ausgekauft. Im Waldstattbuch von 1572 werden die Waldleute deshalb als freie Gotteshausleute bezeichnet. Ihre Freiheit war jedoch keineswegs umfassend und bestand in erster Linie im freien Zugrecht, will heissen, sie konnten das Gebiet der Waldstatt jederzeit verlassen, ohne dass der Abt oder der Vogt ihnen nachjagen lassen durfte. Dies unter der Bedingung, dass die Auswanderer alle ausstehenden Fallabgaben und die Vogtsteuern bezahlt hatten.<sup>99</sup>

Die rechtliche Stellung der Waldleute war im Prinzip eine grundlegend andere, als jene der Landleute von Schwyz. Während die Schwyzer formell als freie Angehörige des Standes Schwyz mit direktdemokratischem Mitbestimmungsrecht galten, waren die Wald- und Gotteshausleute eben leibeigene Untertanen des Abtes. In der Praxis kam diese Differenz jedoch weit weniger ausgeprägt zum Ausdruck, als es sich vermuten liesse. Die Schwyzer Landleute waren nämlich nicht ganz so frei und unabhängig, wie es das Landbuch vorgibt, da sich die demokratischen Strukturen, wie sie schriftlich festgehalten waren, in der Realität stark oligarchisch

---

<sup>96</sup> Sablonier, Roger: Leibherrschaft, S. 7-10.

<sup>97</sup> Hug, Albert: Die Wirtschaftsstruktur der Höfe Pfäffikon und Wollerau, S. 15.

<sup>98</sup> Sablonier, Roger: Leibherrschaft, S. 17f.

<sup>99</sup> Waldstattbuch, Art. 22, in: DAE, Litt. K, S.67.

überprägt zeigten. Im Gegensatz dazu verfügten die Waldleute über verschiedene Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, die leibeigenen Untertanen eigentlich nicht zukamen. Gerade weil dem geistlichen Herren unmittelbar keine militärischen Gewaltmittel zur Verfügung standen, musste dieser, wollte er seine Ansprüche durchsetzen, im Umgang mit seinen Untertanen eine gewisse Bereitschaft zum Kompromiss an den Tag legen.

#### **4.1.4 Das Personal der grundherrlichen Herrschaftsübung**

Der Abt, in den Quellen oft als «ihre fürstliche Gnaden» bezeichnet, verwaltete und bewirtschaftete die Besitzungen des Klosters treuhänderisch und die Mitglieder des Konvents unterstützten ihn bei dieser Aufgabe. Dabei sind in erster Linie die Patres in den hohen Klosterämtern zu nennen, wie beispielsweise der Dekan, der als spiritueller Leiter der Gemeinschaft wirkte. Er war für alle geistlichen Belange der Gemeinschaft verantwortlich und kontrollierte die Einhaltung der monastischen Regeln, was ihn zu einem Vorgesetzten aller anderer Mitglieder des Konvents machte. Eine weitere Schlüsselposition bekleidete der Statthalter, indem er für die Belange der klösterlichen Ökonomie zuständig war. In dieser Funktion oblag ihm unter anderem die Aufsicht über die weltlichen Angestellten. Beide, Dekan und Statthalter, arbeiteten eng mit dem Abt zusammen. Neben seinen Mitbrüdern verfügte der Abt über eine ansehnliche Zahl an bezahlten weltlichen Mitarbeitern. Von grosser Bedeutung für die Klosterökonomie waren die Amtmänner. Jedem Verwaltungsbezirk stand dem Statthalter, der aus dem Konvent rekrutiert wurde, ein besoldeter Amtmann zur Seite. Dieser zog die Grundzinse von den abgabepflichtigen Bauern ein, führte Buch darüber und rechnete mit dem Kanzler zuhanden des Abtes ab. Als Mitarbeiter der Amtmännern waren die Weibel in erster Linie für die Kommunikation zwischen den Bauern und der Herrschaft zuständig.<sup>100</sup> Die Hauptrolle unter den weltlichen Angestellten spielte jedoch der Kanzler des Klosters. Die Bedeutung, welche dieser als rechte Hand des Abtes für die Verwaltung der Herrschaft sowie für die Positionierung des Klosters im Gefüge der damaligen herrschaftlich-politischen Realität hatte, kann kaum überschätzt werden.

Schliesslich bekleideten die als Schutzherren wirkenden Landvögte eine ebenfalls bedeutende Stellung. Da in Einsiedeln in der Regel ein Einheimischer die Amtsgeschäfte im Auftrag des Schwyzer Säckelmeisters besorgte, sah sich das

---

<sup>100</sup> Hug, Albert: Die Wirtschaftsstruktur der Höfe Pfäffikon und Wollerau, S.14.

Kloster in den meisten Fällen einer geeinten Front aus Waldeuten gegenüber, wenn im Gremium der Drei Teile verhandelt wurde. Denn in Konfliktsituationen stellte sich der Vogt verständlicherweise regelmässig auf die Seite seiner Waldeute. Unter dem Vorsitz des Vogtes wählte die Waldstattgemeinde jährlich einen Rat, bestehend aus 20 Vertretern der Waldeute, einem Schreiber, einem Säckelmeister und einem Kirchenmeier. Dieser Rat fasste die ihm zustehenden Beschlüsse über Gemeindeangelegenheiten und sandte Vertreter zu den Verhandlungen mit dem Kloster.<sup>101</sup>

Für den Betrieb der Landwirtschaft und für die Bestellung des Hauswesens waren im Kloster zahlreiche weitere Bedienstete angestellt.<sup>102</sup> Als Leiter des Landwirtschaftsbetriebes amtierte ein Werkmeister. Ihm unterstanden die Mägde, Knechte, Hirten und Sennen. Für die Pflege und die Nutzung des Waldes war ein Bannwart verantwortlich. Pferde spielten in der frühneuzeitlichen Ökonomie als Zug-, Reit- und Transporttiere eine wichtige Rolle. Dementsprechend viel lag der Klostersgemeinschaft an der Zucht und der Pflege dieser Tiere. Der Leiter des Marstalls (Pferdestall) wurde Marschall genannt. Entsprechend der grossen Bedeutung, die man dem eigenen Gestüt beimass, gehörte der Marschall zu den angesehensten Angestellten des Klosters, was ihn auch zu repräsentativen Auftritten verpflichtete. So ritt er dem Abt voran, wenn dieser sich auf Reisen befand. Für die tägliche Arbeit beaufsichtigte der Marschall verschiedene ihm unterstellte Bedienstete, wie etwa den Stalljungen. Als Handwerker im heutigen Sinn sind ein Schreiner, ein Schneider, ein Schmid, ein Schlosser und ein Buchdrucker zu nennen. Köche, Gärtner, Fischer und Jäger sorgten für das leibliche Wohl der Klostersgemeinschaft. Für die ärztliche Versorgung der Paters und Fratres waren ein Arzt, ein Apotheker und ein Barbier zuständig. Schliesslich durfte auch eigentliches Bedienpersonal nicht fehlen. So lesen wir von Mägden, Kammerdienern, Lakaien und Pfortnern. Im hier betrachteten Zeitraum war das Kloster Einsiedeln also ein veritabler Hofstaat. Der Abt und die Klostersgemeinschaft verstanden sich einerseits als Träger eines spirituellen Zentrums der Region sowie eines der bedeutendsten Wallfahrtsorte der christlichen Welt, andererseits bildete das Kloster das Zentrum

---

<sup>101</sup> Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien oder der Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug und Appenzell, 2 Bde., St. Gallen 1858, hier: Bd. 2, S. 211.

<sup>102</sup> Zu den Bediensteten des Klosters vgl. Moritzi, Claudia: Arbeiten im Dienst des Klosters.

eines weit verzweigten geistlichen Fürstentums mit entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Ansprüchen und Verpflichtungen.

#### **4.1.5 Kommunikationsorte: Jahrgericht, Session, Hofstube**

Nachdem es im 13. Jahrhundert jährlich drei Gerichtstermine gegeben haben muss,<sup>103</sup> liess der Abt seit dem ausgehenden Spätmittelalter die unter seiner Herrschaft stehenden Männer noch zweimal im Jahr, im Frühling und im Herbst, zu einem Gerichtstag zusammenkommen. Das Maigericht, auch als Maiengemeinde bezeichnet, fand im Frühjahr, im April, Mai oder Juni statt, das Herbstgericht im September, Oktober oder November. Oft werden die beiden Gerichtstage in den Quellen ohne Differenzierung ganz einfach als «Jahrgericht» bezeichnet. Der Termin eines Gerichtstages wurde im Voraus, im Anschluss an die Messe in den Kirchen von den Pfarrherren bekannt gegeben. Zusätzlich schlugen die Weibel Plakate mit der Ankündigung des Anlasses an die Türen von Kirchen und Kapellen an. Jahrgerichtstage wurden in allen Teilen der Herrschaft abgehalten. Das im Folgenden dargestellte Beispiel der Waldstatt Einsiedeln hat so oder ähnlich in kleinerem Rahmen auch in Pfäffikon, Menzingen, St. Gerold oder anderswo im Herrschaftsgebiet stattgefunden.

Unter dem Schutz des Landvogtes hatten sich all diejenigen zum Gerichtstag einzufinden, «so in der vorgenanten Waldstatt Einsidlen gesessen seynd, die eygen oder erb siben schuch weyt und breit fürsich oder hindersich in derselben Waldstatt in des vorerschribnen gottshaus gericht, zwingen und bännen haben»<sup>104</sup>. Als Höhepunkt im Zeremoniell einer Jahrgerichtsversammlung bekräftigten die Untertanen mit ihrem Eid die Zugehörigkeit zur Herrschaft. Sie anerkannten und bestätigten damit ihre Abhängigkeit vom Grundherrn. Bei Bedarf wurde zu Gericht gesessen. Der Amtmann sass in Vertretung des Abtes dem Niedergericht vor. Der Abt fungierte als Appellationsinstanz, an die sich wenden konnte, wer mit einem Urteil der ersten Instanz nicht einverstanden war. Der Vogt sass dem Blutgericht vor, wobei Todesurteile vom dreifachen Rat der Waldstatt gesprochen, und von einem Malefizrichter, den man aus Schwyz kommen liess, vollstreckt wurden.<sup>105</sup> Ausserhalb der festgesetzten Jahrgerichtstermine durften laut einer Anweisung aus Schwyz in Einsiedeln keine grossen Volksversammlungen abgehalten werden. Diese

---

<sup>103</sup> Halter-Pernet, Colette: Das Kloster Einsiedeln und seine Hofrechte, S. 23.

<sup>104</sup> Zit. nach: Hofrodel von Einsiedeln, Art. 2, in: DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 59.

<sup>105</sup> Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 2, S. 211.

Bestimmung wurde jedoch nicht immer buchstabengetreu beachtet, denn bei Bedarf liess der Abt seine Untertanen jeweils nach seinem Gutdünken zusammenrufen, ohne auf die Weisung aus Schwyz Rücksicht zu nehmen.<sup>106</sup>

Zur Hauptsache dienten die Gerichtstage der Verwaltung und der Organisation der Herrschaft, indem der Amtmann und der Kanzler die Anweisungen und Beschlüsse des Abtes und der Vogt die Anordnungen der Schwyzer Obrigkeit verkündeten. Den Gotteshausleuten kam dabei durchaus ein gewisses Mitspracherecht zu, auch wenn es verfehlt wäre, von bereits entwickelten demokratischen Strukturen zu sprechen. Immerhin wurden verschiedene Ämter im Mehrheitswahlverfahren vergeben. So wählten die Waldleute aus ihren Reihen die Räte, einen Schreiber, einen Säckelmeister, einen Kirchenmeier sowie ihre Vertreter im Gremium der Drei Teile. Daneben mussten verschiedene Verwalter (Spitalvogt, Allmendvogt usw.) sowie der Eich- und der Wegmeister ernannt werden.<sup>107</sup> Die Wirtschaft betreffend wurden auf Antrag einzelner Gotteshausleute Grundstücke zur Nutzung vergeben und Sondernutzungsrechte an der Allmende erteilt. Von Seiten des Klosters waren der Dekan, der Statthalter, der Kanzler mit seinem Sekretär und den Kanzlisten, der Amtmann und der Weibel anwesend. Der Dekan leitete zusammen mit dem Kanzler und dem Amtmann die Versammlung.

Zu Beginn der Versammlung begrüsste der Kanzler die Anwesenden, dankte den aus Schwyz angereisten Vertretern der weltlichen Obrigkeit für ihr Erscheinen und bat diese um Schutz und Schirm. Je nach Art der anstehenden Geschäfte, las der Kanzler den Wald- und Gotteshausleuten die für die Erörterung eines Problems massgebenden Artikel aus dem Hofrodel vor, üblicherweise natürlich jene Artikel, welche die Position des Klosters in einer Frage bekräftigten. Darauf war es Sache des Schreibers der Waldleute, die wesentlichen Artikel zu einem Thema aus dem Waldstattbuch vorzutragen.<sup>108</sup> Diese Aufteilung der Vorlese-Pflichten anlässlich der Jahrgerichtsversammlung zeigt deutlich, wie unterschiedlich die beiden grundlegenden Rechtstexte verstanden wurden: Der Hofrodel galt als vom Grundherrn verordnetes Recht, das von einem hohen Repräsentanten des Klosters vorgetragen werden musste. Das Waldstattbuch dagegen erschien als ein durch den Konsens aller Beteiligten entstandenes Rechtsbuch, welches der Sphäre der Untertanen zugehörte. Anschliessend sprach der Kanzler den Waldleuten den Eid

---

<sup>106</sup> Vgl. dazu z.B.: Protokolle der Jahrgerichte, StIAE, Sig. A. DM 1, 3. Juni 1685.

<sup>107</sup> Waldstattbuch, Art. 21, in; DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 66.

<sup>108</sup> Konzeptbuch, StIAE, A. YL 2, S. 49.

vor, den diese mit den erhobenen Schwurfingern der rechten Hand nachzusprechen hatten, womit sie sich gegenüber dem Abt zu Treue und Gehorsam verpflichteten. Ganz zum Schluss der Versammlung kam es normalerweise zu einem Umtrunk. Die Vertreter des Klosters zogen sich dazu mit der Schwyzer Obrigkeit auf die Hofstube zurück, während den Waldeuten vom Kloster andernorts eine angemessene Menge Wein spendiert wurde.

Als Verhandlungsgegenstände konnten alle Themen zur Sprache kommen, die für das Funktionieren der Wirtschaft und der Gemeinschaft irgendwie von Belang waren. So musste am Maiengericht vom 9. Mai 1661 der Unterhalt des Wegnetzes in der Waldstatt neu organisiert werden: «Den wägmeistern ist abermahlen anbefohlen nach anweisung der vorgehenden ratschlegen die strassen aller orthten verbessern zu lassen und weilen umb etwelche stückh wäg kein verzeichnus obhanden, als sollen die ausschütz von den dreyen theilen die wägrodel für die hand nehmen und die gebührende abtheilung machen und weilen das karen [=Holz transportieren] die strasse zum allermeisten zernichtet, als soll das karren sommerszeit den frömbden und heimschen verboten sein»<sup>109</sup> Es ging im vorliegenden Fall also um eine Bestandesaufnahme und die Verbesserung des Weg- und Strassennetzes in der Waldstatt Einsiedeln. Zu diesem Zweck sollten sich die dem Ausschuss der Drei Teile angehörenden Vertreter der einzelnen Viertel treffen, die Wegrodel miteinander abgleichen und vervollständigen sowie anschliessend die Wegmeister mit der Reparatur und dem Ausbau des Strassennetzes beauftragen. Um die Fahrwege im Allgemeinen zu schonen, sollten Holztransporte ausschliesslich im Winter erledigt werden, wenn entweder Schnee lag oder der Boden hart gefroren war, was den Verschleiss der Strassen durch die Belastung der schweren Fuder reduzierte. Wer gegen dieses Gebot versties, musste eine Busse von neun Schilling bezahlen.

Neben solchen Geschäften von doch beachtlicher Tragweite, waren oft Anträge einzelner Bauern für Sondernutzungsrechte an der Allmend zu behandeln. Als Beispiel dafür dient ein ebenfalls unter dem 9. Mai 1661 notierter Eintrag im Protokoll: «Sebastian Fachen haben die waltleuth zuegelassen ein huskuho auf der almaind zu halten. Hans Naiseren ist abgeschlagen die stuoten, so er von kantzleren an halben hat, auf der almaind zue lassen».<sup>110</sup> In den meisten Fällen geht aus den Protokollen nicht hervor, warum die Versammlung zugunsten oder gegen einen

---

<sup>109</sup> Zit. nach: Protokolle der Jahrgerichte, StAE, Sig. A. DM 1, S. 52.

<sup>110</sup> Ebd., StAE, Sig. A. DM 1, S. 52.

Petenten entschied. Entscheidend waren wohl seine Stellung im Sozialgefüge der Waldstatt und die zu erwartenden Konsequenzen für die Gemeinschaft bei einem abschlägigen Entscheid. Denn das Halten einer Kuh auf der Allmend konnte sehr wohl die Existenzgrundlage für eine Familie bilden, so dass diese Form der Unterstützung die Allgemeinheit günstiger zu stehen kam, als jede andere Art von Hilfe.

Im Unterschied zu den Jahrgerichten, wurden die als Session oder Hofstube bezeichneten Zusammenkünfte der Vertreter der Drei Teile nicht regelmässig, sondern jeweils bei Bedarf einberufen. Der Begriff «Session» bezeichnet dabei das sich zu Beratungen treffende Gremium, mit «Hofstuben» ist der Versammlungsort im Kloster, ein als Hofstube bezeichneter Saal, gemeint. Zu den Beratungen im kleinen Kreis erschienen neben den Vertretern der Waldleute normalerweise der Statthalter der Waldstatt und ein Altvogt, von Seiten des Klosters der Stiftsstatthalter, der Dekan und der Kanzler sowie der Vogt als Vertreter des Schirmherrn Schwyz.<sup>111</sup>

Hauptsächlich beschäftigte sich die Session mit der Besorgung der Alltagsgeschäfte und verwaltete die dafür reservierten finanziellen Mittel. Daneben wurden als brisant erachtete Geschäfte, die an den Jahrgerichtstagen den versammelten Männern zur Beratung vorgelegt werden sollten, vorher im intimeren Rahmen der Session vorberaten.<sup>112</sup> Der Session untergeordnet war der Waldstattrat. Dieser urteilte über kleinere Vergehen, die sich unter den Waldleuten ereigneten und sprach die entsprechenden Geldbussen aus. Der Waldstattrat genoss ein Mitspracherecht, wenn es um die Zuteilung von Gemeindegütern ging. Überhaupt vertrat der Rat die Interessen der Waldleute gegenüber dem Kloster. Strittige Geschäfte wurden zuerst in diesem Gremium vorberaten. Die dort gefassten Beschlüsse unterbreitete der Vogt anschliessend der Session. In der Regel wurde in diesem Verfahren im Vorfeld der Jahrgerichtsversammlung ein Kompromiss unter den verschiedenen Interessengruppen erzielt, so dass am eigentlichen Gerichtstag Vorlagen zur Diskussion standen, die von allen mitgetragen werden konnten.<sup>113</sup>

---

<sup>111</sup> Steinauer, Dominik: Die Geschichte des Freistaates Schwyz, Vom Untergang der dreizehnörtigen Eidgenossenschaft bis auf die Gegenwart, Bd. 1, Einsiedeln 1861 (Reprint: Genf 1979), hier: S. 51.

<sup>112</sup> Vgl. z.B.: Protokolle der Jahrgerichte, StAE, Sig. A. DM 1, S. 222..

<sup>113</sup> Steinauer, Dominik: Die Geschichte des Freistaates Schwyz, S. 52.

#### 4.1.6 Währungssysteme in der Waldstatt Einsiedeln

Es ist nicht einfach, sich über die Währungssysteme, wie sie in der Waldstatt Einsiedeln im Lauf der hier interessierenden drei Jahrhunderte im Gebrauch waren, einen befriedigenden Überblick zu verschaffen. Zwar ist Literatur zur Münz- und Geldgeschichte des deutschen Sprachraums und der Alten Eidgenossenschaft zahlreich vorhanden, wirklich erhellende Informationen zu den jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort im Gebrauch stehenden Währungen, lassen sich aus der Literatur jedoch kaum gewinnen.<sup>114</sup> Dies darum, weil in Mitteleuropa in der Zeit des Ancien Régime eine Vielzahl von Herrschaftsträgern vorhanden waren, welche in der Regel das Recht zur Prägung eigener Münzen hatten. Auf kleinstem Raum bestanden deshalb zahlreiche Münzprägestätten und damit Währungssysteme, die sich gegenseitig durchdrangen. Bedingt durch Solddienst, Fernhandel und andere Reisetätigkeit waren zudem Münzen aus entfernten Gebieten im Umlauf, was die Münzvielfalt zusätzlich vergrösserte.

Dennoch seien an dieser Stelle einige wenige grundsätzliche Bemerkungen zu den Währungssystemen in Einsiedeln erlaubt: Seit 1548 unterhielten die drei Innerschweizer Stände Uri, Schwyz und Unterwalden in Altdorf eine gemeinsame Münzgenossenschaft mit einer Münzprägestätte, in der Taler, Halbbatzen und Angster geprägt wurden.<sup>115</sup> In den Einsiedler Quellen spielen diese Münzen jedoch kaum eine Rolle. In den Rechnungsbüchern der Stiftskanzlei wurde - wie andernorts auch - nicht mit den sich im Umlauf befindlichen geprägten Münzen gerechnet, da solches aus den genannten Gründen nicht praktikabel war, sondern ausschliesslich mit mehr oder weniger standardisierten Rechnungseinheiten, die in einem bestimmten, aber stetig wechselnden Verhältnis zu den verschiedenen gemünzten Währungen standen. Konkret wurde in der Klosterkanzlei in erster Linie der Gulden (oder Florin) als damals weit verbreitete Rechnungseinheit verwendet. Ein Gulden entsprach dem Wert von 40 Schillingen. Vereinzelt taucht daneben auch die Krone als Währungseinheit auf. Eine Krone entsprach nach dem Jahr 1500 dem Wert von

---

<sup>114</sup> Diesen Umstand betonte auch Fritz Verdenhalven in seiner praxisorientierten Überblicksdarstellung für Familien- und Lokalgeschichtsforscher. Vgl. Verdenhalven, Fritz: *Alte Mess- und Währungssysteme aus dem deutschen Sprachgebiet*, 2., wesentlich vermehrte und völlig überarbeitete Auflage, Neustadt an der Aisch 1998, S. 90-103. Einen Überblick zum Finanzwesen des Landes Schwyz im Spätmittelalter bietet: Landolt, Oliver: «Non prosunt consilia, si desunt necessaria» - Finanzen und Finanzverwaltung im spätmittelalterlichen Land Schwyz, in: *Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz*, Heft 97, (2005), S. 75-94. Zur Schwyzer Münz- und Geldgeschichte allgemein vgl.: Horat, Erwin: *Kleine Schwyzer Münz- und Geldgeschichte*, Schwyzer Hefte, Bd. 57, (1993).

<sup>115</sup> Püntener, August: *Urner Münz- und Geldgeschichte*, Altdorf 1980, S. 41f.



64 Schillingen.<sup>116</sup> Als geprägte Münzen waren laut Joseph Thomas Fassbind im Land Schwyz um das Jahr 1550 in beschränktem Mass der Rheinische Gulden (=20 Batzen, =50 Schillinge), die Sonnenkrone (=26 Batzen) und der Dukat (=28 Batzen) als grosse Münzen im Umlauf.<sup>117</sup> Daneben kamen v. a. Schillinge, Sechser (=1/2 Schilling), Angster (=1/6 Schilling) und Haller (=1/12 Schilling) bei den kleinen Leuten für die täglichen Geschäfte zum Einsatz.

## 5. Die politische Organisation des Schirmherren Schwyz

Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts orientierte sich Schwyz zusammen mit den anderen Innerschweizer Kantonen politisch und wirtschaftlich vornehmlich Richtung Süden. Im sog. Welschlandhandel, dem Viehandel mit Oberitalien, hatte Schwyz in jener Zeit eines seiner wirtschaftlichen Standbeine.<sup>118</sup> Das andere, das Söldnerwesen mit Frankreich und Spanien, bescherte den Schwyzer Häuptergeschlechtern grossen Reichtum und damit Macht im eigenen Land und darüber hinaus.<sup>119</sup>

Organisatorisch zerfiel das Land Schwyz traditionell in sechs sog. Viertel: Das Arther-, Steiner-, Neu-, Alt-, Nidwässer-, und Muotathalerviertel. Die Zugehörigkeit einer Person zum einen oder zum anderen Viertel, bestimmten dabei nicht Kriterien der geographischen Herkunft, sondern der Familienname. Zwar ist es durchaus wahrscheinlich, dass die Namen ursprünglich aufgrund des von den einzelnen Familien gehaltenen Grundbesitzes auch einen geographischen-territorialen Bezug aufwiesen. In der Frühen Neuzeit waren die verschiedenen Familien jedoch längst durch gegenseitige Verheiratung über das ganzen Land Schwyz als Grundbesitzer verteilt, so dass die Zugehörigkeit einer Person zum einen oder zum anderen Viertel lediglich noch anhand des Familiennamens zu bestimmen war.<sup>120</sup>

Grundlage des schwyzerischen Landrechtes bildete das Landbuch. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um eine Kompilation tradiertter Urkundentexte, auf die sich v. a. die richterlichen Instanzen im Falle von Rechtsstreitigkeiten stützten.

---

<sup>116</sup> Furrer, Norbert: Das Münzgold der alten Schweiz, Grundriss, Zürich 1995, S. 94.

<sup>117</sup> Joseph Thomas Fassbind, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 449.

<sup>118</sup> Wiget, Josef: Schwyz vom späten Mittelalter bis 1798, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 83, (1991), S. 167-175, hier: S. 167ff.

<sup>119</sup> Vgl. dazu z.B. Wiget, Josef: Geschichte eines Kantons, in: Schwyz, Portrait eines Kantons, Schwyz, 1991, S. 91-155, hier: S. 133.

<sup>120</sup> Leu, Hans Jacob: Allgemeines helvetisches, eydgenössisches oder schweizerisches Lexicon, Zürich 1747-1765, Bde. 1-20, (Leu-Lexikon), hier: Bd. 16, (1760), S. 567.

Das Landbuch ist in zwei unterschiedlich alten Handschriften überliefert. Die frühere Reding'sche Handschrift entstand in den Jahren zwischen 1524 und 1544. Die spätere wurde zwischen 1620 und 1626 angefertigt und stand bis Mitte des 19. Jahrhunderts im Schwyzer Rathaus als die offizielle Version in Gebrauch. Heute gilt diese spätere Handschrift als eine mit vielen Fehlern behaftete Abschrift des Reding'schen Originals.<sup>121</sup> Beide Zusammenstellungen sind Privatarbeiten von ehemaligen Landschreibern, die es als notwendig erachteten, das oft bloss bruchstückhaft oder gar nur mündlich tradierte Recht, strukturiert und in schriftlicher Form festzuhalten.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts kamen dann als verfassungsähnliche Zusammenstellung der Grundrechte der Landleute die so genannten Landespunkte dazu. Diese waren ins Protokollbuch der Landsgemeinde eingetragen und wurden jährlich an der Maienlandsgemeinde verlesen und von den Landleuten bestätigt.<sup>122</sup> Auch Schwyz kannte, wie alle übrigen eidgenössischen Stände im Ancien Régime, keine eigentliche Gewaltentrennung. Die Landsgemeinde galt formell als die oberste Gewalt im Land. Gebildet wurde sie von allen vollberechtigten männlichen Landleuten, die mindestens 16 Jahre alt waren.<sup>123</sup> Die als Maigemeinden bezeichneten Versammlungen der Landleute, fanden ordentlich einmal pro Jahr, am letzten Sonntag im April, auf dem Landsgemeindeplatz in Ibach bei Schwyz statt. Johann Konrad Fäsi bemerkte im Jahr 1766 zu der Örtlichkeit: «Der Ort, da sie [die Landsgemeinde] zusammenkommt, ist zu Ibach, einem Dorf an der Muota, eine halbe Stunde vom Haupt-Flecken entfernt. Der Platz ist eine schöne gevierte, mit Bäumen umpflanzte und zum Sitzen eingerichtete Matten.»<sup>124</sup> Offiziell verkörperte diese Versammlung, wie Johann Jakob Blumer es Mitte des 19. Jahrhunderts formulierte, die «souveräne Machtvollkommenheit des Volkes»<sup>125</sup>, indem sie als allgemeine legislative Gewalt fungierte. Die Landsgemeinde wählte die Landesbeamten, wobei die ursprünglich militärischen Ämter, wie beispielsweise das Amt des Pannerherrn, auf Lebenszeit vergeben wurden. Weiter wählte die Landsgemeinde die Landvögte zusammen mit den Amtsmännern und den Schreibern für die Vogteien sowie die Gesandten für die eidgenössischen Tagsatzungen. Sie

---

<sup>121</sup> Kothing, Martin: Das Landbuch von Schwyz, Zürich / Frauenfeld 1850, hier: Einleitung, S. X-XV.

<sup>122</sup> Michel, Kaspar: Skizzen der Schwyzer Verfassungsgeschichte, Schwyz 2008, S. 14f.

<sup>123</sup> Vgl. allgemein zur Landsgemeinde im alten Land Schwyz: Schnüriger, Xaver: Die Schwyzer Landsgemeinde, Schwyz 1906.

<sup>124</sup> Fäsi, Johann Konrad: Staats- und Erdbeschreibung der ganzen Helvetischen Eidgenossenschaft, Bd. 2, S. 240.

<sup>125</sup> Zit. nach: Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 2, S. 95.

erteilte das Landrecht, gewährte Begnadigungen und beschloss militärische Auszüge.

Die Schwyzer inszenierten ihre Landsgemeinde farbenprächtig. Sie begann am Sonntagmorgen, mit dem feierlichen Auszug der Obrigkeit aus dem Flecken Schwyz. Die Landesbeamten, die Ratsherren und die Landschreiber erschienen dabei hoch zu Pferd, begleitet von Hellebardieren, Trommlern und den Landläufern. Hatte der Zug den Landsgemeindeplatz in Ibach erreicht, stellten sich die Männer nach Vierteln geordnet auf. Die Versammlung wurde mit einem Gebet eröffnet, gefolgt von der Ansprache des Landammanns. Als Symbol seiner Machtbefugnisse trug der Landammann in der einen Hand das Landesschwert, vor ihm ausgebreitet lagen die Protokollbücher der Landsgemeinde, das Landessiegel sowie die Schlüssel zur Schatzkammer und zum Archiv. An die Ansprache anschliessend leistete das Volk den Landeseid. Die Versammlung dauerte von 10 Uhr Morgens bis um vier Uhr Nachmittags. Geschäfte, die in dieser Zeit nicht erledigt werden konnten, wurden auf die sog. Nachgemeinde vertagt, die meist an einem der beiden folgenden Sonntage abgehalten wurde. Ausserordentliche Landsgemeinden konnten auf Antrag der Landleute oder im Notfall, wenn Krieg drohte und der Auszug der Milizen beschlossen werden musste, einberufen werden.<sup>126</sup>

Neben der Landsgemeinde bestanden verschiedene andere Gremien, die mit mehr oder weniger demokratischer Legitimation als deren Stellvertreter auftraten. Die so genannten Räte übernahmen exekutive sowie legislative Aufgaben und verwalteten die Hochgerichtsbarkeit. Das kleinste parlamentarische Gremium bildete der gesessene Rat mit 60 Mitgliedern. Er setzte sich einerseits aus den durch die Landsgemeinde gewählten Landesbeamten und andererseits aus den als Vertreter der einzelnen Viertel gewählten Ratsherren zusammen. Jedes Viertel hatte das Recht, zehn Männer für den gesessenen Rat zu bestimmen. Zusätzlich zu diesen gewählten Vertretern, gehörte ehemaligen Landammännern ein auf Lebenszeit garantierter Ehrensitz im Rat. Wie es im oligarchischen System der Alten Eidgenossenschaft üblich war, rekrutierten sich die Ratsherren jeweils aus den vermögenden Familien.<sup>127</sup> Da diese Familien im kleinräumigen Land Schwyz oft

---

<sup>126</sup> Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 2, S. 98-110.

<sup>127</sup> Zum Schwyzer Patriziat besteht bis heute keine umfassende Arbeit. Massgebend für die politische und gesellschaftliche Organisation der Innerschweizer Landorte im Ancien Régime ist deshalb nach wie vor: Kälin, Urs: Die Urner Magistraten-Familien, Zürich 1991. Seine grundsätzlichen Feststellungen zu den Urner Verhältnissen lassen sich unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Eigenheiten und mit der gebotenen Vorsicht auch auf die Verhältnisse in Schwyz übertragen.

untereinander in verwandtschaftlicher Beziehung standen, bestand die Gefahr, dass sich eigentliche Familienherrschaften etablierten. Deshalb war die Zahl der Ratsherren pro Familie beschränkt. So war es z.B. nicht erlaubt, dass Vater und Sohn gleichzeitig im gesessenen Rat Einsitz nahmen. In der politischen Praxis war der Ämterkauf, das sog. Praktizieren oder Trölen, weit verbreitet.<sup>128</sup> Zwar lassen sich seit der Mitte des 16. Jahrhunderts Bestrebungen der Landsgemeinde gegen diese als Unsitte empfundene Praxis erkennen, jedoch scheinen die Bemühungen bis zum Ende des Ancien Régime nur wenig Erfolg gezeitigt zu haben.

Der gesessene Rat versammelte sich vier Mal im Jahr zu Beratungen. Als legislative Behörde unter dem Mandat der Landsgemeinde war er in allen politischen Bereichen aktiv. Vereinzelt sind vom gesessenen Rat unterzeichnete Verträge mit den eidgenössischen Verbündeten oder mit dem Ausland überliefert. Innerhalb des Landes besorgte der Rat alle administrativen Angelegenheiten und beaufsichtigte das Rechnungswesen. Er bestimmte über die zulässige Bestossung der Alpen mit Vieh, entschied über den Zeitpunkt der Sperrung von Winterstrassen und hatte das letzte Wort bezüglich der Steuerbelastung, welche die Gemeinden ihren Angehörigen abverlangen durften. Diese umfassenden Befugnisse machten den Rat zur eigentlichen regierenden Gewalt im Land und die Ratsherren genossen eine herausragende Stellung im Sozialgefüge des Landes Schwyz. Dies umso mehr, als der gesessene Rat zusätzlich als richterliche Instanz waltete. Das Gremium beschloss die Todesstrafe und alle anderen schweren Strafen, wie die Ausstellung am Pranger, Auspeitschungen, Brandmarkungen, Verbannungen oder Galeerenstrafen. Ebenfalls amtete der gesessene Rat als richterliche Instanz für alle Angelegenheiten der angehörigen Herrschaften. Unter diese Kategorie fiel auch die Klosterherrschaft Einsiedeln.<sup>129</sup>

Da der gesessene Rat nur vier Mal im Jahr zusammentrat, erledigte in Schwyz eine als Samstagsrat bezeichnete Behörde das Tagesgeschäft. Das Gremium setzte sich aus wechselnden Mitgliedern des gesessenen Rates zusammen und tagte, wie der Name sagt, jeweils an Samstagen. Geschäfte von geringerer Tragweite konnten so laufend erledigt werden, was die vier offiziellen Sitzungen des gesessenen Rates entlastete. Zusätzlich zum Samstagsrat bestand in Schwyz ein als kleinere Gewalt

---

<sup>128</sup> Vgl. zu diesem gesamten Themenkomplex die umfassende Studie: Landolt, Oliver: Trölen und Praktizieren im alten Land Schwyz, Wahlbestechungen, Wahlmanipulationen und Ämterkauf als Instrumente politischen Handelns in der frühneuzeitlichen Gesellschaft, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 160, (2007), S. 217-308.

<sup>129</sup> Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 2, S. 177-184.

bezeichnetes Gremium, welches offensichtlich mit noch weniger Personal bestückt war als der Samstagsrat. Da dieses aber kaum und schon gar nicht regelmässig in Erscheinung trat, lassen sich weder seine Kompetenzen noch die Anlässe für eine Zusammenkunft klar erkennen. Wahrscheinlich handelte es sich etwas salopp formuliert um den ad hoc einberufenen Samstagsrat von reduzierter Grösse.<sup>130</sup>

Für Geschäfte von grosser Tragweite konnte dagegen der zwei- oder dreifache Landrat einberufen werden. Jeder Ratsherr hatte dabei das Recht, einen oder zwei Männer als Begleiter für die Ratsversammlung aufzubieten. Auch in diesem Fall bestanden Einschränkungen bezüglich der Verwandtschaft der Begleiter zu den Ratsherren. Im Jahr 1766 wurde dieser Bereich demokratisiert, indem nicht mehr der Ratsherr selbst, sondern die Kirchgenossen die Begleiter bestimmen durften. Der zwei- und dreifache Landrat hatte als legislative Behörde im Wesentlichen dieselben Befugnisse wie die Landsgemeinde, da das Gremium seine Legitimation ebenfalls direkt von der Landsgemeinde herleitete. Zusätzlich kamen gewisse richterliche Aufgaben dazu. So wurden z.B. Friedensbrüche und Nachtfrevel vor dem zwei- und dreifachen Landrat verhandelt.

Neben diesen ordentlichen Volksvertretungen bestand ein als «Räte und Landleute» bezeichnetes ausserordentliches Gremium. Dabei handelte es sich um öffentlich abgehaltene Ratsversammlungen, die am Sonntag in der Kirche angekündigt wurden und in der Regel im Rathaus bei offen gehaltenen Türen stattfanden. Jedermann war teilnahmeberechtigt. Als Verhandlungsgegenstände kamen zur Hauptsache die Wahl von Gesandten an eidgenössische Tagsatzungen, die Auftragserteilung an diese Gesandten und die Abnahme deren Berichterstattung in Frage.<sup>131</sup>

An erster Stelle der Landesbeamten stand der Landammann. Er präsidierte die Landsgemeinde, alle Räte sowie die höheren Gerichte. Alle zwei Jahre wurde er von der Landsgemeinde gewählt.<sup>132</sup> Bis ins Jahr 1752 legte der abtretende Landammann, nachdem er seine Ansprache vor der Landsgemeinde gehalten hatte, Schwert, Landessiegel sowie die Schlüssel zur Schatzkammer und zum Archiv nieder und nahm im Kreis der Altlandammänner Platz, so dass die eigentliche Wahlversammlung der Weibel führte. Nach 1752 wurde dieses Prozedere geändert, indem der abtretende Landammann im Amt zu verbleiben hatte, bis der neue

---

<sup>130</sup> Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 2, S. 185.

<sup>131</sup> Ebd., S. 166-173.

<sup>132</sup> Vgl. zur Wahl der Landesbeamten: Schnüriger, Xaver: Die Schwyzer Landsgemeinde, S. 57-62.

gewählt und vereidigt war.<sup>133</sup> Als Stellvertreter des Landammanns amtierte der Statthalter. Der Landessäckelmeister führte die Kasse, sorgte für die Einnahmen und besorgte die Ausgaben des Landes und hatte darüber jährlich Rechnung abzulegen. Wie der Landammann wurden auch der Statthalter und der Landessäckelmeister alle zwei Jahre von der Landsgemeinde gewählt.

Nach dem Landammann, den Altlandammännern und dem Statthalter stand das Amt des Pannerherren an vierter Stelle in der Hierarchie der vorsitzenden Herren. Als ursprünglich militärisches Amt, wurde es auf Lebenszeit vergeben und war deshalb mit den zuvor genannten zivilen Ämtern vereinbar. Der Pannerherr hatte in erster Linie das Landesbanner zu schützen, welches als Hoheitszeichen immer im Land verblieb. Zu diesem Zweck befehligte er die militärischen Reserven.<sup>134</sup> Im Gegensatz dazu trug der Landesfähnrich bei militärischen Auszügen die Landesfahne mit und war für deren Unversehrtheit verantwortlich. Deshalb galt das Amt des Pannerherrn als tendenziell defensiv, während jenes des Landesfähnrichs mehr offensiven Charakter trug. Als eigentlicher Vorstand des Militärwesens kam Mitte des 16. Jahrhunderts das Amt des Landeshauptmanns auf. Zusammen mit dem Zeugherren, der für die Verwaltung des Zeughauses und die militärische Ausrüstung verantwortlich war, kümmerte sich dieser um alle Belange des Militärwesens. Auch diese Ämter wurden auf Lebenszeit vergeben.

Es bestanden zwei ordentliche Gerichte, die im Gegensatz zu den Räten die Niedergerichtsbarkeit ausübten. Als obere Behörde fungierte das Neuner-Landgericht, welches sich aus je einem Vertreter der sechs Viertel und aus drei Vertretern des gesessenen Rates zusammensetzte. Dieses Gericht befand über Erb und Eigen, Weg und Steg, Grund und Boden, Hag und March sowie Wasserruns<sup>135</sup> und Wehren. Als untergeordnetes Gericht wirkte das Siebnergericht, welches unter der Leitung des Landweibels tagte. Auch dafür bestellte die Landsgemeinde einen Vertreter aus jedem Viertel zum Richter, der Rat stellte den siebten, den sog. obrigkeitlichen Richter, zur Komplettierung des Gremiums. Neben den beiden ordentlichen Gerichten bestand die Institution des Gassengerichtes. Dieses wurde in der Regel ad hoc einberufen, zur Erledigung von Begehren, die meist von Auswärtigen an den Landammann herangetragen wurden und darum innert kurzer

---

<sup>133</sup> Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 2, S. 110.

<sup>134</sup> Ebd., S. 190-192.

<sup>135</sup> Der Begriff bezeichnet einen Wasserlauf, einen Bach oder ein Flussbett. Vgl. Idiotikon, Bd. VI, Sp. 1153.

Frist erledigt werden mussten. Der Landweibel konnte jeden ehrenfähigen Mann zum Einsitz in ein Gassengericht verpflichten.<sup>136</sup>

Das Schwyzer Landrecht wurde durch Geburt, Heirat oder durch Beschluss der Landsgemeinde erworben. Grundsätzlich hatten alle vollberechtigten Landleute dieselben politischen und wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten. In der Praxis spielten jedoch der wirtschaftliche Erfolg und die Herkunft aus einer jener Familien, welche sich im Laufe der Zeit eine herausragende Stellung erworben hatten, für den Verlauf einer politischen Karriere eine wesentliche Rolle. In den katholischen Ländern betrieben die freien Landleute in erster Linie Viehzucht oder betätigten sich in irgendeiner Weise im noch lukrativeren Geschäft des Söldnerwesens. Einzelne andere Zweige in Wirtschaft und Gewerbe, vor allem das Handwerk, waren den sog. Hintersassen oder Beisassen, den nicht vollberechtigten Einwohnern des Landes überlassen.<sup>137</sup> Da die Landsgemeinde das vollberechtigte Landrecht nur sehr zurückhaltend erteilte, um damit die Macht und die Einnahmen aus den Pensionen nicht zu breit zu verteilen, lebten im Land Schwyz, wie auch in den übrigen Ständen der Alten Eidgenossenschaft, eine grosse Zahl an Hintersassen.<sup>138</sup> Das Hintersassenrecht musste erworben werden. Beispielsweise hatte in Einsiedeln ein Bewerber 100 Gulden an Bürgschaft zu hinterlegen, dies als Pfand für den Fall, dass Mitglieder der Familie der Gemeinde in Zukunft zur Last fallen sollten.<sup>139</sup>

Ungeachtet dessen und ungeachtet ihrer wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung, genossen die Hintersassen keinerlei politische Rechte. Ebenso waren sie im Prinzip von der Nutzung der Allmende ausgeschlossen. In Schwyz und insbesondere in Einsiedeln war dieses Verbot jedoch gelockert worden. Hintersassen durften hier Holz, Streu und Futter für den Eigenbedarf auf der Allmende gewinnen. Im Gegensatz dazu waren Hintersassen grundsätzlich wehrpflichtig. Regelmässig wurden sie bereits für das erste Aufgebot eingezogen und mussten sich dort oft in den vordersten Reihen bewähren. Eine Offizierslaufbahn blieb ihnen jedoch verwehrt. Seit 1585 war es den Hintersassen verboten, im Land Schwyz Grundstücke im Wert von mehr als 1000 Pfund zu erwerben oder zu Lehen zu nehmen. Ebenfalls verboten war der Erwerb von Grundpfandtiteln. Es sollte verhindert werden, dass wirtschaftlich erfolgreiche Hintersassen zu grösserem

---

<sup>136</sup> Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 2, S. 196-202.

<sup>137</sup> Vgl. allgemein zu den Beisassen im Land Schwyz: Styger, Dominik: Die Beisassen des alten Landes Schwyz, Schwyz 1914., hier: S.72.

<sup>138</sup> Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 2, S. 312-313.

<sup>139</sup> Styger, Dominik: Die Beisassen des alten Landes Schwyz, S.37.

Grundbesitz kommen konnten, was ihren Einfluss im Land in unerwünschter Weise vergrössert hätte. In Schwyz und in Einsiedeln durften Hintersassen nicht mehr als ein Gewerbe gleichzeitig betreiben und Handelsgeschäfte waren ihnen überhaupt untersagt. Berücksichtigt man alle Einschränkungen, welche dieser Personengruppe auferlegt waren, so ergeben sich als wirtschaftliche Entfaltungsbereiche vor allem die Landwirtschaft ausserhalb der Viehzucht sowie die handwerklichen Berufe.<sup>140</sup>

Soweit die kurze Übersicht über die Organisation im alten Land Schwyz. Die Abgrenzungen der Kompetenzen zwischen den verschiedenen politischen und judikativen Organen waren jedoch nicht ganz so eindeutig und einheitlich, wie anhand dieses Überblicks der Eindruck entstehen mag. Verursacht v. a. durch die weit verbreitete Ämterkumulation, gelang eine klare Abgrenzung der einzelnen Institutionen nicht, was regelmässig Anlass zu Auseinandersetzungen gab.

## **6. Die Kanzlei des Klosters Einsiedeln**

Die Einsiedler Stiftskanzlei war für die Ausübung der klösterlichen Herrschaftsrechte von zentraler Bedeutung, einerseits als Notariatsstelle für die Waldstatt Einsiedeln und andererseits für die Verwaltung der einzelnen Herrschaftsteile. Wo das Kanzleilokal in den früheren Klosteranlagen angesiedelt war, ist nichts bekannt. Es muss sogar unsicher bleiben, ob in den Vorgängerbauten überhaupt ein separates Kanzleizimmer bestand. Jedenfalls musste das Kanzleipersonal für die Erledigung der Arbeiten über eine gewisse Infrastruktur verfügen. Da die Kanzlei eine halböffentliche Institution darstellte, die von den Waldstattbewohnern frequentiert wurde, wird sich wohl ein als Kanzleilokal eingerichteter Raum im äusseren Bereich der Klosteranlage befunden haben. Dadurch war der Zugang von aussen unmittelbar gewährleistet, ohne dass Besucher den inneren Bereich des Klosters zu betreten brauchten. Öffentliche und halböffentliche Anlässe, wie etwa Sessionsversammlungen oder Appellationsverhandlungen, fanden normalerweise auf der so genannten Hofstube statt. Auf verschiedenen Darstellungen der alten Klosteranlage ist ein so bezeichnetes Gebäude erkennbar. Es befand sich angrenzend an den Hof der südwestlichen Klosterpforte, also etwa im Bereich der heutigen Haupt- oder Hofpforte. In einer um 1630 von einem Ittinger Kartäusermönch angefertigten

---

<sup>140</sup> Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 2, S. 323-327.



Zeichnung der damaligen Klosteranlage sind die einzelnen Gebäude besonders detailreich dargestellt.<sup>141</sup> Demnach handelte es sich beim interessierenden Trakt um einen dreigeschossigen Bau mit Freitreppe und Dachreiter, der von der Klosterpforte her, lediglich durch einen Hof getrennt, unmittelbar zugänglich war. Möglicherweise fanden die Kontakte des Kanzleipersonals mit Personen von ausserhalb des Klosters ebenfalls in dieser Hofstube statt.

Im heutigen Klostergebäude ist die Lage der ehemaligen Kanzlei bekannt. Der Raum befand sich angrenzend an die Statthaltereirei im südwestlichen Trakt der Anlage im ersten Geschoss hinter der dem Klosterplatz zugewandten Hauptfassade.<sup>142</sup> Auch dieser Standort war durchaus sinnvoll gewählt, da der Raum nahe bei der Hauptpforte liegt. Die Lage direkt neben der Statthaltereirei brachte weitere Vorteile, da die beiden Institutionen doch hin und wieder direkt zusammenarbeiteten.

## **6.1. Das Personal der Kanzlei**

Die Kanzlei des Klosters Einsiedeln stand unter der Leitung des Kanzlers, einem besoldeten weltlichen Beamten. In seiner Funktion war er verantwortlich für die korrekte Abwicklung der Kanzleigeschäfte sowie für die Leitung der Kanzlei. Da der Kanzler viele repräsentative Aufgaben wahrnahm und zudem als Gesandter und Bote oft ausserhalb des Klosters unterwegs war, lag die eigentliche Führung der Geschäfte wohl oft in den Händen des Sekretärs, der zusammen mit zwei bis vier untergebenen Schreibern, den so genannten Kanzlisten, die Registratur führte und im Dienste des Klosters Schriftgut herstellte. Besonders im 18. Jahrhundert, als die Stiftskanzler ausnahmslos aus führenden Schwyzer Familien stammten, wird der Kanzleisekretär oft die Verantwortung für den geregelten Gang der Kanzleigeschäfte getragen haben. Denn wegen der geografischen Nähe und der politischen Verflechtung zwischen Einsiedeln und Schwyz, kümmerten sich die Einsiedler Kanzler in jener Zeit oft mehr um ihre politische Karriere oder die privaten Geschäfte, als um die Leitung der Stiftskanzlei. In der Zeit davor, als meist auswärtige Spezialisten für die Geschicke der Kanzlei besorgt waren und zudem der

---

<sup>141</sup> Die Zeichnung ist abgebildet in: Oechslin, Werner und Buschow Oechslin, Anja: Die Kunstdenkmäler des Kantons Schwyz, Neue Ausgabe, Band III. I, Der Bezirk Einsiedeln I, Das Benediktinerkloster Einsiedeln, Bern 2003, S. 225.

<sup>142</sup> Ein Grundriss der heutigen Anlage ist als Beilage enthalten in: Kuhn, Albert: Der jetzige Stiftsbau Maria Einsiedeln, Einsiedeln 1883, Beilage S. 55, Legende S. 54.

Mitarbeiterstab noch wenig zahlreich war, übernahmen die Kanzler oft unmittelbar auch Schreibaarbeiten.

Der erste Beleg, der es gestattet, das Kanzleramt eindeutig mit einer Person in Verbindung zu bringen, stammt aus dem Jahr 1495.<sup>143</sup> Als Amtsinhaber wird ein gewisser Johann Ort aus Meienfeld genannt.<sup>144</sup> Dieser wird jedoch noch keinem voll ausgebildeten Kanzleibetrieb vorgestanden haben, so, wie er uns dann im 17. und 18. Jahrhundert begegnet.

### 6.1.1 Das Kanzleramt

Die Kanzler des Stifts stammten durchwegs aus führenden Familien der römisch-katholischen Stände der damaligen Eidgenossenschaft. Als oberster weltlicher Beamter des Klosters hatte der Kanzler eine bemerkenswerte Machtstellung inne. Er führte das Kanzleisiegel und fungierte als rechte Hand des Abtes, indem er für diesen den grössten Teil der herrschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Geschäfte besorgte. Dabei kümmerte er sich vornehmlich um alle Angelegenheiten, die sich für den geistlichen Führer einer Klostersgemeinschaft nicht schickten. Kanzler und Abt arbeiteten eng zusammen, was das Bestehen eines tragfähigen Vertrauensverhältnisses zwischen den beiden Führungspersonen voraussetzte. Es versteht sich darum von selbst, dass sich der Abt über Bewerber für das Amt ein ausreichend deutliches Bild machen wollte, bevor er jemanden als Kanzler anstellte.

Bei Amtsantritt wurde dem Kanzler als Anstellungsvertrag eine sog. Bestallung ausgehändigt, gleich wie dem übrigen Personal des Klosters. Dort waren die Aufgaben, die Rechte und Pflichten sowie die Höhe der Besoldung festgehalten. Ein neu eintretender Kanzler hatte vor dem Abt eidlich zu beschwören, dass er die vereinbarten Bestimmungen einhalten werde. Das Arbeitsverhältnis konnte jederzeit beidseitig, unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist, aufgelöst werden. Zudem behielt sich der Abt vor, die Vertragsbestimmungen bei Bedarf nach seinem Ermessen abzuändern.<sup>145</sup>

---

<sup>143</sup> Es handelt sich um das Vidimus der sog. Aurea Bulla von Kaiser Sigismund, mit der er die Vogteirechte der Schwyzer über Einsiedeln bestätigte. StAE, Sig. A. XI 9 und DAE, Bd. 2, Litt. I, Nr. 21.

<sup>144</sup> Ringholz, Odilo: Geschichte des fürstlichen Benediktinerstifts, S. 513; vgl. dazu auch: Ders.: Der Kalender der ehemaligen fürstbischöflichen Kanzlei in Einsiedeln, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 19 (1908), S. 143-154, hier: S. 143.

<sup>145</sup> Vgl. dazu z.B. die als Vorlage verfasste Bestallung eines Kanzlers, StAE, Sig. A. GO 1, fol. 61r.

### 6.1.2 Die Inhaber des Kanzleramtes

Die Überlieferung zu den einzelnen Kanzlern ist unterschiedlich dicht. Als ergiebig erwies sich die Auswertung der Diarien von P. Josef Dietrich und P. Michael Schlageter. Vor allem letzterer äusserte sich weitschweifig zur Arbeit und zum Verhalten der Kanzler in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In den 1970er-Jahren stellte P. Joachim Salzgeber in aufwändiger Arbeit viele der im Archiv greifbaren Daten zu den einzelnen Kanzlern zusammen und versah sie mit genauen Quellenverweisen.<sup>146</sup> Die folgende Übersicht baut wesentlich auf dieser Grundlage auf:

**Johann Ort (1495 – ca. 1540).** Über die Herkunft dieses Kanzlers ist nur wenig überliefert. Laut dem Eintrag unter dem 16. August 1536 im Jahrzeitbuch des Klosters Einsiedeln, stammte er aus dem Städtchen Maienfeld in der Bündner Herrschaft. Johann Ort war verheiratet mit einer Barbara Vögtlin. Ort übernahm im Kloster die unterschiedlichsten Funktionen unter verschiedenen Amtsbezeichnungen. So trat er in den Jahren zwischen 1495 und 1536 als Baumeister, Hofmeister, Kanzler, Rentmeister und Schaffner in Erscheinung.<sup>147</sup> Er trat in verschiedenen Urkunden und Verträgen als Zeuge auf und wirkte in seiner Funktion als Kanzler des Klosters verschiedentlich als Gesandter an eidgenössischen Tagsatzungen sowie bei der Obrigkeit in Schwyz. Wahrscheinlich hegte Johann Ort gewisse Sympathien für die in den Jahren seiner Amtszeit nach Einsiedeln übergreifende Reformation. Da sich der Konvent in diesen Jahren bekanntermassen in einem desolaten Zustand befand, ja für eine gewisse Zeit überhaupt nicht existierte, kann Johann Ort jedoch gleichzeitig als Garant für die Kontinuität des Klosters gelten, indem er, allein durch seine Präsenz in schwieriger Zeit, wohl entscheidend zu dessen Überleben beitrug.

**Konrad Oechslin (um 1547).** Die Hinweise zu Konrad Oechslin sind äusserst dürftig. Er stammte aus Einsiedeln und erscheint namentlich lediglich zweimal 1547 als Zeuge in Urkunden.<sup>148</sup>

---

<sup>146</sup> Salzgeber, P. Joachim: Stiftskanzler.

<sup>147</sup> Beispielsweise erscheint Ort als Zeuge in der vidimierten Abschrift der sog. Aurea Bulla von König Sigismund aus dem Jahr 1434, StIAE, Sig. A. XI 9 und DAE, Bd. 2, Litt. I, Nr. 21.

<sup>148</sup> Stiftungen für die Kapellen, StIAE, Sig. A. XA 5 und A. XA 6.

**Georg Dietschi (ca. 1560-1571).** Die Dietschi waren ehemalige Einsiedler Gotteshausleute, von denen der eine Stamm in Schwyz selber, der andere in Lauerz ansässig war. Laut Joseph Thomas Fassbind hatte es die Familie zu grossem Vermögen gebracht.<sup>149</sup> Georg Dietschi amtierte in den Jahren 1564 und 1565 als Landammann von Schwyz, parallel zu seiner Tätigkeit auf der Kanzlei.<sup>150</sup> Als Dietschi am 14. März 1571 starb, erhob die Schwyzer Obrigkeit Ansprüche auf das Einsiedler Kanzleramt. Schwyz argumentierte, als Inhaber der Vogteirechte über Einsiedeln stehe dem Land diese Stelle zu. Abt Adam Heer lehnte das Begehren jedoch mit der Begründung ab, er befürchte, es komme zu Loyalitätskonflikten, wenn ein Amtsinhaber gleichzeitig in Einsiedeln und in Schwyz eidlich verpflichtet sei. Dieser Bericht löste in Schwyz grossen Unmut gegen das Kloster aus.

**Walter Schiesser (1572-1579).** Seinem Entscheid entsprechend, verpflichtete Abt Adam Heer einen Glarner als neuen Kanzler. Als eine der ersten Arbeiten revidierte Walter Schiesser im Jahr 1572 das Waldstattbuch im Auftrag der Waldeute und stellte eine neue Reinschrift her. Den Grund für dieses Unterfangen lieferte der Kanzler im Vorwort zum Waldstattbuch gleich selbst: «Damit aber solche und die vorigen [freyheiten und rechtsamenen] nit allenklich in ein abgang kommen, sonder vil mehr geüffnet und ihnen dester stattlicher glegt und nachkommen wurde. So haben sich oberzehlte vogt [Jakob Ochsner von Einsiedeln] und gemein waldtleuth einheiliglich berathen und vereint, ernembte freyheit und rechtsamenen widerumb von newen ordentlich und durch Waltert Schiessen von Glarus diser weyl cantzler des gottshaus Einsidlen in dis glaubhafft buch schreiben lassen.»<sup>151</sup> Noch im demselben Jahr erneuerte der Kanzler das Jahrzeitenbuch der Pfarrei Einsiedeln.

Walter Schiesser muss sein Amt vor dem 10. September 1579 niedergelegt haben, da der Dekan des Klosters mit einem Brief dieses Datums an den Rat von Schwyz gelangte, in dem er mitteilte, man sei im Kloster nun gewillt, einen Kanzler aus Schwyz anzunehmen. Die Gründe, die zum Rücktritt Schiessers geführt haben, sind nicht bekannt. Jedenfalls hatte er offenbar nicht vor, sich zur Ruhe zu setzen, denn am 19. Januar 1580 bewarb er sich schriftlich bei der Konferenz der fünf katholischen Orte in Luzern um die Schreiber- und Hofmeisterstelle in Pfäfers.

---

<sup>149</sup> Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 572 f.

<sup>150</sup> Dettling, Martin: Schwyzerische Chronik oder Denkwürdigkeiten des Kantons Schwyz, Schwyz 1860, S. 194.

<sup>151</sup> Eine Abschrift des Waldstattbuches findet sich in den Documenta Archivii Einsidlensis, DAE, Litt. K, Bd. 2, S.64-81. Das Zitat stammt Aus der Einleitung, S. 64.

**Johann Jakob Reimann (1579-1609).** Mit Johann Jakob Reimann trat ein Vertreter eines alten Einsiedler Waldleutegeschlechts die Kanzlerstelle an. Neben seiner Tätigkeit auf der Kanzlei, war er Mitglied des Appellationsgerichtes. Nach dreissigjährigem, offenbar untadeligem Wirken auf der Stiftskanzlei, verzichtete er zu Beginn des Jahres 1609 aufgrund seines hohen Alters auf sein Amt. Als Nachfolger empfahl er seinen eigenen Sohn Wolfgang, den Bruder des spätern Abts Placidus Reimann.

**Wolfgang Reimann (1609-1620).** Das Lobbying des Vaters zugunsten seines Sohns war von Erfolg gekrönt. Wolfgang Reimann wurde mit der Bestallung vom 24. April 1609 von Abt Augustin Hofmann und dem Konvent als neuer Kanzler des Klosters in Dienst genommen. Zuvor hatte er sich am 3. März 1605 an der theologischen Fakultät der Universität Freiburg im Breisgau immatrikuliert und war damit wohl bestens qualifiziert, die Verantwortung für die Geschäfte der Stiftskanzlei zu übernehmen.<sup>152</sup> Während elf Jahren verrichtete er seinen Dienst zur Zufriedenheit aller und war zumindest zeitweise Mitglied des Appellationsgerichtes. Wolfgang Reimann starb am 17. September 1621.

**Johann Oswald KÜchli (1620-1635).** KÜchli stammte aus Glarus und verstarb am 3. Juni 1635. Warum sich Abt Augustin Hofmann wieder für einen auswärtigen Kanzler entschied, lässt sich in den Quellen nicht erkennen. Immerhin scheint der Abt trotz dieses Personalentscheides während seiner gesamten Amtszeit in einem ausserordentlich harmonischen Verhältnis zu Schwyz gestanden zu haben.<sup>153</sup> Wahrscheinlich legte Johann Oswald KÜchli das früheste bis heute erhaltene Formularbuch der Kanzlei an.<sup>154</sup>

**Johann Jakob Weissenbach (1635-1658).** Der aus Zug stammende Johann Jakob Weissenbach wurde um das Jahr 1600 geboren. Laut einem Schreiben des Zuger Stadtschreibers Beat Jakob Knopflin an Hauptmann Konrad III. Zurlauben vom 2. Dezember 1623, soll Weissenbach in Frankreich studiert haben.<sup>155</sup> Am 11.

---

<sup>152</sup> In den Matrikeln der theologischen Fakultät der Universität Freiburg im Breisgau wird Wolfgang Reimann als «Wolfgangus Reymann ex Eremo b. virginis» geführt. Siehe: Mayer, Hermann: Die Matrikel der Universität Freiburg i. Br. 1460-1656, Bd. 1, Freiburg i. Br. 1907, S. 727.

<sup>153</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 118f.

<sup>154</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2.

<sup>155</sup> Sammlung Zurlauben, 132/176.

November 1630 heiratete er Anna Maria Hurter aus Frauenfeld.<sup>156</sup> Ein zweites Mal verheiratete er sich am 16. Februar 1654 mit einer Margaretha Mattler.<sup>157</sup> Als Kanzler trat er erstmals bei der Abrechnung mit den Amtleuten – der sog. Bartholomäusrechnung – am 27. August 1635 in Erscheinung.<sup>158</sup> Die ersten Jahre seiner Amtszeit waren durch einen schwerwiegenden Konflikt des Klosters mit Schwyz geprägt. Dieser entbrannte im Jahr 1636 und dauerte unter der Führung von Abt Placidus Reimann bis zum Ende des Dreissigjährigen Krieges 1648. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde der Kanzler sogar persönlich in Mitleidenschaft gezogen. Ursache des Streits war die Tatsache, dass Schwyz 1636 zur Finanzierung eines Feldzuges gegen die Schweden, die im Verlauf des Dreissigjährigen Krieges in den Thurgau eingedrungen waren, vom Kloster eine Sondersteuer verlangt hatte. Anfänglich hatte der Abt das Unternehmen ideell unterstützt und sich an den Kosten beteiligt. In der Folge weigerte er sich jedoch standhaft, den Schwyzer Forderungen nach einer weiteren finanziellen Unterstützung nachzukommen. Der Grund dafür lag nicht so sehr in der erneuten Geldforderung aus Schwyz, denn schliesslich lag die Abwehr der lutherischen Schweden durchaus im Interesse des Klosters. Stein des Anstosses bildete vielmehr, dass Schwyz das Kloster nicht etwa um Unterstützung gebeten hatte, sondern unumwunden eine Sondersteuer einforderte. Da sich Abt Placidus zu recht als Fürst eines souveränen Territoriums fühlte, wies er die Forderung aus Schwyz kategorisch zurück, um keinen Präzedenzfall für die Zukunft zu schaffen. Schwyz seinerseits fasste die Reaktion aus Einsiedeln als Provokation auf, die nicht einfach hingenommen werden durfte und setzte 1637 mit Konrad Heinrich Ab Yberg einen Landvogt für Einsiedeln ein. Zusätzlich erklärte sich der Stand Schwyz am Auffahrtstag desselben Jahres in der Einsiedler Klosterkirche feierlich zum Oberherren der gesamten Waldstatt einschliesslich des Klosters und ordnete an, zur Bestrafung vor allem der widerspenstigen Klostergemeinschaft, seien alle Gewässer in der Umgebung leer zu fischen. Weiter musste der Abt den Schlüssel zur Türe der Klosterkirche sowie zum Opferstock an Schwyz aushändigen. Der Amtmann des Kloster, Hans Georg Reimann, wurde zusammen mit einem nicht namentlich genannten Appellationsrat aus dem Land Schwyz verbannt und für vogelfrei erklärt, da sich die beiden geweigert hatten, sich vom Kloster loszusagen. Ihr Hab und Gut zog das Land Schwyz ein.

---

<sup>156</sup> Sammlung Zurlauben, 128/86.

<sup>157</sup> Ebd., 122/110.

<sup>158</sup> Anmerkung im Index generalis archivii Einsidlensis von Placidus Reimann, StIAE, ohne Signatur.

Zum Schicksal des Stiftskanzlers und der Konventualen berichtete Josef Thomas Fassbind wie folgt: «[...], auf gleiche weise wurde auch des gotzhauses kanzler verfolgt und weggejagt. Man stiess auch heimlich und ofentlich viele schandliche schmach- und lästerworte über die conventherren und das gnadenort aus, es wurde ärgerliche pasquill [eine Schmähschrift] angeschlagen, und den muthwilligen keine strafe angetan, sonder vielmehr alles zu unterdrückung des gotteshauses unternahmen [...].»<sup>159</sup> Der Streit dauerte an, bis es 1645 unter der Leitung des Kapuzinermönchs Appolinar Jütz in Rothenthurm zu Schiedsverhandlungen kam. Als Ergebnis anerkannten beide Parteien die territorialen Ansprüche des Gegenübers an und zwar im Zustand, wie sie vor 1636 bestanden hatten. Das Amt des ständigen Landvogts in Einsiedeln wurde wieder abgeschafft.

Wie lange Kanzler Johann Jakob Weissenbach von Einsiedeln abwesend war, ist nicht auszumachen. Jedenfalls kehrte er nach dem Ende der Stürme wieder auf seinen Posten zurück und behielt diesen bis ins Jahr 1658. Dann wurde Weissenbach in der Stadt Zug zum Schultheissen gewählt. Mit der Ernennung zum Ritter des Goldenen Sporns erhielt er zudem die höchste Auszeichnung, welche die römisch-katholische Kirche für Laien zu vergeben hat. Johann Jakob Weissenbach starb im Jahr 1667.

**Johann Karl Lussi (1658-1664).** Hauptmann Johann Karl Lussi stammte aus Unterwalden. Während dem ersten Villmergerkrieg kommandierte er das Nidwaldner Kontingent in Zug.<sup>160</sup> Gut möglich, dass er durch die Unterstützung seines einflussreichen Zuger Vorgängers Weissenbach zur Kanzlerstelle in Einsiedeln gelangte. Während seiner Amtszeit legte er in der Kanzlei ein neues Formularbuch (Konzeptbuch) an. Er starb am 29. Oktober 1664 in Einsiedeln. Seine hinterlassenen Schriften wurden der Obrigkeit von Unterwalden übergeben, sind heute aber verschollen.<sup>161</sup>

**Lazarus Heinrich (1664-1693).** Lazarus Heinrich (Lebensdaten: 1630-1708) war, zumindest zu Beginn seiner Tätigkeit auf der Stiftskanzlei Mitglied des Kleinen Rates

---

<sup>159</sup> Zit. nach: Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 496.

<sup>160</sup> Sammlung Zurlauben, 127/164.

<sup>161</sup> Appellationsbuch, 1664, StAE, Sig. A. QL 4, S. 352f. Laut der freundlichen Auskunft der beiden Staatsarchive Ob- und Nidwalden, ist das Dossier zu Johann Karl Lussi heute nicht mehr erhalten.

von Stadt und Amt Zug. Wahrscheinlich erhielt er seine höhere schulische Bildung am Collegium Helveticum in Mailand.<sup>162</sup> Vor seiner Tätigkeit im Kloster, hatte er während einiger Jahre als Ratsschreiber in Zug geamtet.<sup>163</sup> Am 17. September 1659 heiratete Heinrich eine Maria Klara Wickart. Das Paar hatte mindesten einen Sohn und eine Tochter. Für den im Januar 1684 geborenen Sohn übernahm der Einsiedler Abt Augustin Reding von Biberegg die Patenschaft. Nach einer langen Amtszeit von beinahe 30 Jahren, in denen er die Geschäfte des Klosters laut Josef Dietrich ohne Fehl und Tadel führte, musste er, nach der Wahl von Raphael von Gotterau zum Abt im Jahr 1692, auf dessen Geheiss zu Beginn des Jahres 1693 zurücktreten. Josef Dietrich beschreibt diese Ablösung in seinem Diarium ausführlich und zeigt, warum sie nicht ohne Misstöne über die Bühne gebracht werden konnte: «Um eben diese zeit fieng ein geschrey by uns aus zugehen ob müsste unser herr cantzler Heinrich bis auf künftigen herbst sein stell quittiren so gar wann er nit für sich selbstn daran gehen wolle, sollte er geschickt werden. Vile recht gesinnete verwunderten sich sehr, und wüssten einige ursach solcher [...] abenderung nit, doch müsste man spühren dass sie darumben ihre eigenen information thäten ad thuren walten lassen. Wesswegen einer und anderen denen mit mir die persohn herrn cantzler gantz lieb und auch den guten namen des gottshaus sonderlich angelegen, gesagten herrn cantzler der, was vertraulich berichtet, der es anfänglich nit glauben wollte, endlich dahin sich entschlossen by erster wider heimkunft ihrer fürstlichen gnaden die gewüssheit was ihren selbstn zu erforschen dahin etliche erliche gemüether ihne stark angemahnet. Als nun ihre fürstliche gnaden von ihrer reis [...] nid glücklich nacher hauss kamen, ir herr cantzler zu ihren gekehrt, was er gehört von vertrauten freunden erhellt [...]. Ihre fürstl. gnaden (weiss nit ob sie gern gehört das er darumb luft bekommen) wollte nit recht mit dem wort hinaus [...], bis endlich sagten sie, als ir, sie wollten sein enderung gern sehen, meldeten aber nit warumb [...]»<sup>164</sup>

Wahrscheinlich hatte der Kanzler während der langen Jahre im Umgang mit den

---

<sup>162</sup> Laut den Notizen des Zuger Stadt- und Amtrates Beat II. Zurlauben, bat dieser, im Auftrag des Stadt- und Amtrates Hauptmann Jakob Heinrich, dem Vater von Lazarus Heinrich, an der Sitzung vom 17. Juni 1647 für dessen Sohn um das «weltliche Meilendische Stipendium». Vgl. Sammlung Zurlauben, 142/109.

<sup>163</sup> Konzeptbuch 1660-1665, StIAE, Sig. A. YL 3, S. 333.

<sup>164</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 8, fol. 76v-77r, StIAE, Sig. A. HB 8.



Waldleuten seine Durchsetzungsfähigkeit eingebüsst, was selbstverständlich nicht im Interesse des Klosters sein konnte.<sup>165</sup>

Nachdem Heinrich erkannt hatte, dass er seine Beamtung im Kloster nicht mehr behalten konnte, bat er den Abt um ein Empfehlungsschreiben an Landammann Zurlauben in Zug. Abt von Gotterau entsprach dieser Bitte und sandte zusätzlich seinerseits ein empfehlendes Schreiben nach Zug. Heinrich war bei seinem Weggang vom Kloster 63 Jahre alt. In Zug fand er eine ehrenvolle Aufnahme und den Weg zurück in den innersten Kreis der lokalen politischen Elite. Am 6. November 1702 wurde er zum Statthalter von Stadt und Amt Zug ernannt. Dieses Amt behielt er bis zu seinem Tod im Jahr 1708 inne. Lazarus Heinrich führte zu dieser Zeit den Titel eines Ritters.<sup>166</sup>

**Karl Dominik Betschart (1693-1699).** Mit Karl Dominik Betschart hielt nach mehr als 70 Jahren erstmals wieder ein Schwyzer auf der Klosterkanzlei Einzug. Bis zu seinem Amtsantritt hatte er als Kanzler im Kloster Engelberg gewirkt. Er muss sich an dieser Stelle einen guten Ruf erworben haben, jedenfalls lobt P. Josef Dietrich dessen Fähigkeiten ohne Einschränkungen. Dietrich berichtet, die Leute hätten Betschart «[...] nit nur wegen seiner wohlredenheit, hohem verstand, schöner schrift und cantzley, sondern auch [wegen seiner] wüssenschaft der jagdbarkeit [...]» geschätzt.<sup>167</sup> Nach dem unrühmlichen Weggang Kanzler Heinrichs, bemühten sich einige Einsiedler Patres um den Kanzler des Klosters Engelberg als dessen Nachfolger. Dazu sandten sie ein Schreiben nach Engelberg, mit dem sie Betschart über die frei gewordene Stelle informierten und ihn ermunterten, er solle sich doch beim Abt um das Amt bewerben. Betschart zögerte nicht lange, reiste umgehend nach Einsiedeln und sprach beim Abt vor. Dieser scheint von den Fähigkeiten Betscharts bald überzeugt gewesen zu sein. Besonders beeindruckt zeigte er sich von dessen Kenntnissen in der Waldbewirtschaftung, was laut Dietrich eines der Steckenpferde des Abtes darstellte. Abt Raphael sagte ihm die Stelle jedenfalls zu und Betschart reiste wieder nach Engelberg ab, um dort seinen Weggang vorzubereiten.<sup>168</sup>

---

<sup>165</sup> Vgl. dazu: Brief des Dorfschreibers Josef Kuriger an den Statthalter, um 1700, StIAE, Sig. A. XL 10.

<sup>166</sup> Sammlung Zurlauben, 30/16 und 131/122.

<sup>167</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 8, fol. 78rv, StIAE, Sig. A. HB 8.

<sup>168</sup> Ebd.

An der Maigemeinde vom 19. April 1694 in Einsiedeln trat Betschart bereits in seiner neuen Funktion für das Kloster auf. Nach anfänglicher Euphorie, brachte den Betscharts der Umzug von Engelberg nach Einsiedeln jedoch wenig Glück. Als im Frühling 1695 in der Waldstatt eine gefährliche, nicht näher zu bezeichnende Krankheit umging, der gerade die jungen gesunden Männer überproportional häufig zum Opfer fielen, erkrankte Anfang März auch der Kanzler und musste für einige Zeit das Bett hüten.<sup>169</sup> Bereits im Juni desselben Jahres erkrankte der Sohn Ludwig an einer Gemütsstörung, von der vermutete wurde, sie sei durch Hexerei verursacht. Die Symptome traten zuerst während dem Unterricht an der Klosterschule auf. Dietrichs Bericht darüber gewährt nicht nur einen Einblick in den damaligen Umgang mit derartigen Phänomenen, sondern wirft ebenso ein Licht auf die Erziehungsmethoden in den Schulstuben am Ende des 17. Jahrhunderts: «So widerfuhr auch auf disen dag unserem herr cantzler ein zimliches unglück an seinem söhnlein Ludovic. Derogleich doch man bis dato noch niemahl gespürt, sich hervorgethan, dass er von bösen leuthen etwas müesse bekommen haben und also vermaleficiert sei. Denn als P. Thaddäus<sup>170</sup> sein præceptor heüt morgens ihm nebst anderem ein argument dictierte, möchte er ihn ganz und gar nit zum schreiben bringen, dass er ihm endlich mit der rueten tractierte, dieses gleichwohl alles ohngeacht wollte er nichts schreiben, thate auch nichts anderes als continuierlich lachen, mithin aber ein so abernärrisch angesicht machen dass herr Thaddäus argwonet, es etwas dergleichen sein möchte, füret ihn desswegen zu P. Gallo<sup>171</sup> dem Exorcisten welcher sobald er ihm die hand iuxta ritum imponierte, da liesse das guete kind an ein solches wüeten dass man ihn kaum behalten mögen, an welchem dann genug erkannt ward. P. Gall nimmt ihn deswegen in die chur, adhibiert ihm die medicamenta, da mit guetem effect.»<sup>172</sup>

Kanzler Betschart starb am 12. April 1699, nur wenige Stunden nach seiner Ehefrau Maria Victoria Lussi.<sup>173</sup> Die beiden erhielten ein ehrenvolles Begräbnis.<sup>174</sup>

---

<sup>169</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 9, fol. 59r, StIAE, Sig. A. HB 9.

<sup>170</sup> P. Taddäus Schwaller von Solothurn, Vgl. Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, Nr. 232.

<sup>171</sup> P. Gallus Göldin von Tiefenau aus Rapperswil, Vgl. Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, Nr. 203.

<sup>172</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 9, fol. 135v, StIAE, Sig. A. HB 9.

<sup>173</sup> Ebd., Bd. 11, fol. 53rv, StIAE, Sig. A. HB 11; sowie Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 570.

<sup>174</sup> Vgl. dazu unten das Kapitel «Die gesellschaftliche Stellung der Kanzler».

**Johann Melchior Lussi (1699-1703).** Kurz nach dem Begräbnis der Betscharts, trafen in Einsiedeln verschiedene Bewerbungs- und Empfehlungsschreiben um die ehrenvolle und lukrative Stelle ein. Abt Maurus von Roll, der selber erst vor kurzer Zeit sein Amt angetreten hatte, konnte seinen neuen Kanzler unter mehreren fachlich gut qualifizierten Personen auswählen. Abt Maurus beeilte sich, diesen wichtigen Personalentscheid möglichst rasch zu fällen, denn zum einen bedrängten ihn einige der Bewerber unablässig, zum andern trafen immer neue Empfehlungsschreiben wohl v. a. aus Kreisen der Schwyzer Magistratenfamilien ein, deren abschlägige Beantwortung oder Nichtberücksichtigung sich für den Abt und das Kloster negativ auswirken konnten.

So entschied sich Abt Maurus am Ostermontag dem 20. April 1699 für Johann Melchior Lussi aus Unterwalden. Lussy war 1661 geboren und hatte bis zu seiner Wahl nach Einsiedeln seit 1690 in Stans als Landschreiber gewirkt.<sup>175</sup> Am Abend des 19. Mai traf Lussi samt Ehefrau und Hausrat in Einsiedeln ein. Da das Kanzlerhaus nach dem unerwarteten Tod des Vorgängers noch nicht fertig instand gestellt war, stieg das kinderlose Paar vorerst im Wäschehaus ab.<sup>176</sup> P. Josef Dietrich beschreibt Lussi als frommen, schweigsamen und äusserst pflichtbewussten Mann: «Sonsten war gesagter herr cantzler Lussi ein mann von sehr grosser frommheit, grossem judicio und in concepten ganz vortrefflich, im discurieren aber war er gantz rare, wan aber in seinen amptsangelegenheiten an in zu reden kommen, redet er aus grossem verstand [...], der welthandel beladete er sich gantz nicht so dass in rechtshendlen und andern iurisdictionalibus er sich fast nichts angenommen sonder mehr seiner andacht als dergleichen gescheften er gepflogen, weswegen er mit niemanden andern gemeinschaft gepflogen und er fast nirgend gesehen werden als in der kirchen, zu hause oder in der cantzley.»<sup>177</sup> Mit dieser bescheidenen Lebensführung konnte Lussi in den vier Jahren seiner Amtszeit ein ansehnliches Vermögen anhäufen. Nach seinem Weggang von Einsiedeln kehrte er nach Stans zurück, wo er in der Folge nicht weniger als zehn Mal das Amt des Landammanns bekleidete. Wohl in dieser Funktion amtierte er im Jahr 1705 als Nidwaldner Gesandter an der eidgenössischen Tagsatzung.<sup>178</sup> Lussi starb in Stans am 25. Mai 1743.<sup>179</sup>

---

<sup>175</sup> HBLS, Bd. IV, S. 737.

<sup>176</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 11, fol. 78v, StiAE, Sig. A. HB 11.

<sup>177</sup> Zit. nach: Ebd., Bd. 12, fol. 306r, StiAE, Sig. A. HB 12.

<sup>178</sup> Sammlung Zurlauben, 125/86.

<sup>179</sup> HBLS, Bd. IV, S. 737.

**Johann Martin Hegner (1703-1709).** Hegner wurde am 27. Juni 1667 geboren.<sup>180</sup> Er stammte aus einem der ältesten und einflussreichsten Landleutegeschlechter der March. Vor seinem Amtsantritt hatte er dort während gut 15 Jahren als Landschreiber gewirkt, daneben bekleidete er das Amt des Landesfährnrichs. Am 27. Mai 1703 trat er sein Amt im Kloster Einsiedeln an.<sup>181</sup>

Bereits der Vater Johann Rudolf (+1683) hatte in der March als Landschreiber geamtet und damit eine lange dauernde Tradition begründet. Für mehr als die folgenden 100 Jahre bekleidete jeweils ein Mitglied der Familie Hegner diese einflussreiche Stelle in der Landschaft March. Neben der Tätigkeit auf der dortigen Kanzlei war der Vater Mitglied des Rates, amtierte als Landesstatthalter und bekleidete zwei Mal, in den Jahren 1670-1672 und 1678-1680, das Amt des Landammanns der March. Karl Arnold Hegner, der Bruder des Einsiedler Kanzlers, hatte vor dessen Amtsantritt im Kloster Einsiedeln als Arzt gewirkt. Karl Anton verstarb am 8. April 1708 als amtierender Landammann der March in Lachen, nachdem er drei Tage zuvor, nach einem Schlaganfall, vom Pferd gestürzt war.<sup>182</sup> Johann Martin Hegner wurde darauf anstelle seines verstorbenen Bruders zum Landammann der March gewählt. Es lässt sich nicht sicher feststellen, ob es die dadurch entstandene Doppelbelastung war, die Hegner 1709 zur Demission von der Einsiedler Kanzlerstelle bewog oder ob die Affäre seiner Tochter Maria Magdalena mit dem Kanzleisekretär Franz Iten den entscheidenden Anstoss dazu gab. Jedenfalls berichtet Josef Dietrich von einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Vater und Tochter in dieser Angelegenheit.<sup>183</sup> Martin Hegner starb am 17. Mai 1733.

**Joseph Franz Wüörner (1710-1713).** Nach dem mehr oder weniger überstürzten Abgang Hegners, führte wahrscheinlich der damalige Sekretär Franz Iten interimistisch die Geschäfte der Kanzlei. Im August 1710 erscheint dann der Stiftsarzt Joseph Franz Wüörner in der Funktion des Kanzlers. Abt Maurus von Roll muss viel von den Fähigkeiten seines Leibarztes gehalten haben, da er diesem die Kanzlerstelle zusätzlich zu den Aufgaben als Hofarzt anvertraute. Bereits die Stelle als Hofarzt hatte Wüörner vom Abt gewissermassen unter der Hand erhalten, was im Konvent zu einiger Irritation Anlass gegeben hatte: «Zu end dises monats haben jhre

---

<sup>180</sup> Kälin, Johann B.: Geschichte des Stammes Hegner aus der March, unveröffentlichte genealogische Arbeit, S. 26, StASZ, Pers. Akten Hegner.

<sup>181</sup> Bestallung von Johann Martin Hegner, StiAE, Sig. A. HO 5.

<sup>182</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 13, fol. 112r, StiAE, Sig. A. HB 13.

<sup>183</sup> Ebd., fol 123r-126v, StiAE, Sig. A. HB 13.

fürstliche gnaden, weiss nit auf wessen einrath, den herr doctor Wüerner für jhres gotsshauses leib-medicum auf- und angenommen, auch das gewohnte salarium ihme versprochen. Niemand vast in conventu wüsste darvon und war hiemit dises ein ganz seltsambe zeitung, absonderlich wegen seiner jugend, gar geringe praxis und dass er ein Schweytzer.»<sup>184</sup> Tatsächlich stammte Wüörner aus einer Schwyzer Magistratenfamilie. Sein Vater Johann Sebastian hatte in Schwyz in den Jahren 1701-1709 als Landammann geamtet,<sup>185</sup> seine Mutter hiess Lisbeth Schorno.<sup>186</sup> Von der kurzen Amtszeit Wüörners als Kanzler ist nichts Aussergewöhnliches überliefert. Joseph Franz Wüörner verstarb am 2. Mai 1713, in wahrscheinlich noch jungen Jahren.<sup>187</sup>

**Josef Anton Fassbind (1713-1732).** Die Familie Fassbind genoss einerseits die Privilegien eines vollberechtigten Schwyzer Landleutegeschlechts und besass andererseits das Bürgerrecht der Stadt Luzern. Josef Anton Fassbind wurde im Jahr 1684 als Sohn von Johannes Fassbind und der Johanna Brücker geboren. Er war Mitglied des Schwyzer Landrates. Diesen Sitz durfte er sogar behalten, nachdem er Ende Juli 1713 die Kanzlerstelle in Einsiedeln angetreten hatte.<sup>188</sup> Am Zweiten Villmerger Krieg von 1712 hatte er sich als Hauptmann beteiligt und war schwer verwundet worden. Nach der möglicherweise nicht ganz objektiven Darstellung des Geschichtsschreibers Joseph Thomas Fassbind – immerhin berichtet er über die Vergangenheit seines Grossvaters – entrann Josef Anton Fassbind dabei nur knapp dem Tod, als der Verwundete in höchster Not den protestantischen Feinden entrissen werden konnte. Am 13. Januar 1716 heiratete Fassbind Maria Barbara Wüörner, die Witwe seines 1713 verstorbenen Vorgängers. Das Paar hatte zwei Kinder, eine Tochter Namens Elisabeth und den am 8. August 1717 geborenen Sohn Thomas Anton, welcher ab 1755 ebenfalls als Stiftskanzler in Einsiedeln wirkte.<sup>189</sup> Abt Thomas Schenklin – er übrigens ein Sohn eines Kanzlers des Klosters St. Gallen – schenkte seinem Kanzler zum Amtsantritt im Januar 1714 einen «beltzstoss»<sup>190</sup>, also einen aus edlem Pelz gefertigten Muff, der dem Schwyzer Fassbind im erhöht

---

<sup>184</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 12, fol. 166v, StIAE, Sig. A. HB 12.

<sup>185</sup> HBLs, Bd. VII, S. 596.

<sup>186</sup> Joseph Thomas Fassbind nennt für diesen Kanzler Franz Ignaz als Vornamen. Vgl.: Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 716.

<sup>187</sup> Totenbuch, 1620-1719, Pfarrarchiv Einsiedeln.

<sup>188</sup> Gesuch des Landrates von Schwyz an Abt Maurus von Roll, StIAE, Sig. A. HO 6.

<sup>189</sup> Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 755.

<sup>190</sup> Zit. nach: Rechnungsbuch von Abt Thomas Schenklin, StIAE, Sig. A. TP 16, S. 454.

gelegenen Einsiedeln im Winter bestimmt gute Dienste leistete.<sup>191</sup> Für den Sohn Thomas Anton übernahm Abt Thomas die Patenschaft und beschenkte diesen reichlich mit zwei goldenen und einer silbernen Münze im Gesamtwert von 70 Pfund.<sup>192</sup>

Josef Anton Fassbind ist am 29. August 1732 gestorben. Er wurde gleichentags in der Stiftskirche zu Füßen des St. Benediktsaltars beigesetzt.<sup>193</sup>

**Karl Dominik Jütz (1732-1754).** Über die Amtsführung dieses Kanzlers berichtet der langjährige Stiftsstatthalter P. Michael Schlageter im Diarium der Statthaltereie ab dem Jahr 1743 ausführlich. Schlageter zufolge muss Jütz eine der schillerndsten Figuren auf der Einsiedler Kanzlerstelle gewesen sein. Wie sein Vorgänger Fassbind, stammte auch er, ein Bürger des Neuviertels, aus den höchsten gesellschaftlichen Kreisen des Landes Schwyz. Karl Dominik Jütz wurde am 10. Januar 1697 geboren, als Sohn des Arztes, Landeshauptmanns und Landesstatthalters Heinrich Konrad Jütz und der Maria Margaritha, geborene Lindauer. Karl Dominik Jütz startete seine Karriere im Kloster bereits in jungen Jahren. Von 1723 bis 1729 amtierte er als Stiftsamtmann, darauf als Lehenvogt und dann ab 1732 als Kanzler. Am 9. November 1735 verheiratete er sich mit Maria Magdalena Rosa Schnüriger aus Schwyz.<sup>194</sup> Die beiden hatten acht Kinder zusammen: Eine Tochter Namens Theresia und sieben Söhne. Fünf der Söhne verfolgten eine militärische Karriere in fremden Diensten, die beiden anderen folgten dem Beispiel ihres Vaters und übernahmen Kanzlerstellen in klösterlichen Herrschaften. Der 1749 geborene Joseph Dominik war Siebnerrichter in Schwyz, als er 1775 die Kanzlerstelle in Einsiedeln antrat, der andre, Jakob, amtierte als Kanzler im Kloster Wettingen.<sup>195</sup>

Die ersten Jahre der Amtszeit Karl Dominik Jütz' waren unauffällig. Der aufmerksame und kritische Beobachter P. Michael Schlageter wusste jedenfalls kaum Negatives über den Stiftskanzler zu berichten. In respektvollem Ton schilderte er die Geschäfte und Gesandtschaften, die der Kanzler alleine oder zusammen mit dem Stiftsstatthalter in jenen Jahren mit Vertretern der Waldleute oder mit anderen Angehörigen des Konvents im Dienste des Klosters unternommen hatte. Ab dem

---

<sup>191</sup> Vgl. Schweizerisches Idiotikon, Bd. 11, Sp. 1578.

<sup>192</sup> Rechnungsbuch von Abt Thomas Schenklin, StAE, Sig. A. TP 16, S. 461.

<sup>193</sup> Ochsner, Martin: Pfarrer und bischöflicher Kommissar Fassbind von Schwyz, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Bd. 32, (1924), S. 1-190, hier: S. 7.

<sup>194</sup> Genealogie Jütz, zusammengestellt von Peter Inderbitzin, StASZ, Privatarchive, Findmittel 101, Nr. 52.

<sup>195</sup> Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 722.

Jahr 1743 muss es dann wiederholt zu Fehlern auf der Kanzlei gekommen sein, die für die Betroffenen teilweise höchst unangenehme Folgen zeitigten. So gelangte im August 1743 die Nachricht nach Einsiedeln, ein aus der Waldstatt stammender Mann sei an einem nicht näher bezeichneten Ort im Reich gefangen gesetzt und sogar gefoltert worden, weil er einen nachlässig ausgefertigten Pass auf sich trug, der von den dortigen Behörden als Fälschung verdächtigt wurde. Die fremde Obrigkeit hatte einen Kundschafter nach Einsiedeln ausgeschickt, um Erkundigungen über den Verdächtigen einzuholen, da dieser, selbst während der peinlichen Befragung, standhaft behauptet hatte, er stamme aus der Waldstatt Einsiedeln und habe das fragliche Ausweispapier von der dortigen Klosterkanzlei erhalten. Zerknirscht bestätigte man dem Gesandten die Richtigkeit dieser Aussagen. Der mangelhafte Pass war während einer Abwesenheit des Kanzlers tatsächlich auf der Klosterkanzlei ausgestellt worden.<sup>196</sup>

Ebenfalls aus dem Jahr 1743 stammen die ersten Klagen über den Kanzler aus der Waldstatt Einsiedeln selbst. So war dem Statthalter zu Ohren gekommen, Grundpfandbriefe, so genannten Gülten oder Gültbriefe, welche auf der Kanzlei beantragt wurden, würden, wenn überhaupt, erst nach viel zu langer Frist und dann meist in mangelhafter Qualität ausgeliefert. Überhaupt habe eine Umfrage in der Waldstatt ergeben, dass gegen 600 solcher Gülten zwar bestellt, bisher aber nicht ausgeliefert worden waren.<sup>197</sup> Die Amtsführung des Kanzleipersonals im Grundpfandwesen gab in den folgenden Jahren immer wieder Anlass zu Klagen. So beschwerten sich die Amtleute aus dem Dorf Einsiedeln im August 1750 persönlich beim Statthalter über die herrschenden grossen Missstände. Die Leute würden vom Kanzleipersonal laufend zur Einreichung ihrer ausserhalb der Kanzlei errichteten Gültbriefe aufgefordert, damit diese rechtsgültig auf der Kanzlei errichtet werden könnten. Komme man dieser Aufforderung nach, so könne man sicher sein, dass die eingereichten Urkunden weder in ihrer ursprünglichen Form noch in neuer Ausfertigung jemals wieder zurückgegeben würden. Überhaupt sei es bereits verschiedene Male vorgekommen, dass Gültbriefe, die oft bereits vor Jahren auf der Kanzlei eingereicht worden seien und die die Gläubiger zur Information benötigt hätten, bei Nachfrage auf der Kanzlei nicht mehr auffindbar gewesen seien.<sup>198</sup>

---

<sup>196</sup> Diarium der Statthalterei Einsiedeln von P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 16 (Jahr 1743), Kopie, S. 47.

<sup>197</sup> Ebd., S. 63.

<sup>198</sup> Ebd., Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 85; vgl. zu demselben Thema im gleichen Band S. 13 und S. 54f.

Auch der Statthalter selbst äusserte Klagen über die herrschende Ordnung, so z.B. unter dem 2. Februar 1746: Grund für das Missfallen Schlageters bildete der Umstand, dass Jütz anlässlich der Bartolomäusrechnung die Rechnungszettel der Amtmänner aus Menzingen und Lachen nicht mehr finden konnte. Der Statthalter hielt fest, es habe seiner Ansicht nach an diesen Punkt kommen müssen, da der Kanzler seit längerem grösseres Interesse an seinen eigenen Geschäfte zeige, als an denjenigen des Klosters.<sup>199</sup> Tatsächlich unterhielt Jütz damals neben seiner Tätigkeit als Kanzler als Soldunternehmer eine eigene Kompanie in Spanien.<sup>200</sup> Das Soldgeschäft ging jedoch schief und Jütz verlor dabei 12'000 bis 13'000 Gulden.<sup>201</sup>

Gegen Ende des Jahres 1747 häuften sich die Auffälligkeiten auf der Kanzlei. Unter dem 12. Oktober zeigte sich Schlageter erneut irritiert über die Nebenbeschäftigungen des Kanzlers: «Herr cantzler Jütz so allerhand schon tentiert, als nemblich soldaten werben, goggis<sup>202</sup> gewürb, aber zu seinem schaden, hat sich neüerdigen resolviert auch ein seiden gewürb anzufangen, deswegen er express nach Mayland gereiset, auch würrlich bis 200 spinner auch 60 kämmler angestellt – wie nun dieses ausfallen werdt steht zu gewarthen.»<sup>203</sup> Laut dem Bericht Schlageters, stellte der neue Geschäftszweig des Kanzlers eine gross angelegte Sache dar, die ihn zeitlich entsprechend absorbierte. Jütz war oft von Einsiedeln abwesend, was wegen der fehlenden Aufsicht auf der Kanzlei allmählich zum Schlendrian führte. Am 2. Dezember 1748 berichtete Schlageter ausführlich über die mangelnden Leistungen des Kanzlers und des Sekretärs. So hatte der Sekretär verschiedentlich Namen von Personen, die Verträge und Testamente auf der Klosterkanzlei hatten errichten lassen, falsch oder gar nicht ins Protokollbuch der Kanzlei eingetragen, was dem Ruf und der Stellung der Kanzlei nur schaden konnte.<sup>204</sup> Ende August 1748 verreiste Jütz, wie oft in dieser Zeit, für seine Seidengeschäfte nach Zuzach. Schlageter hielt den Beginn dieser Geschäftsreise im Diarium fest, da der Kanzler seiner Ansicht nach ungebührliche Forderungen an Abt Niklaus Imfeld gestellt hatte: «Herr cantzler reiset express auf Zuzach in seinen

---

<sup>199</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 19/1 (Jahr 1746), Kopie, S. 24f.

<sup>200</sup> Zum Soldunternehmertum in den Landsgemeindeorten der alten Eidgenossenschaft vgl. die gute Synthese früherer Beiträge: Brändle, Fabian: Demokratie und Charisma, Fünf Landsgemeindekonflikte im 18. Jahrhundert, Zürich 2005, S. 52-55.

<sup>201</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 96-97.

<sup>202</sup> Als «goggis» wird meist das Holz der Kokospalme bezeichnet, z. T. kann aber auch die Frucht oder Teile davon gemeint sein. So wird z.B. mit dem Begriff «goggis-bettli» ein Rosenkranz bezeichnet, der aus der Schale der Kokosnuss gefertigt wurde. Schweizerisches Idiotikon, Bd. 2, Sp. 177.

<sup>203</sup> Zit. nach: Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 19/2 (Jahr 1747), Kopie, S. 188f.

<sup>204</sup> Ebd., Sig. A. HB 20 (Jahr 1748), Kopie, S. 178.



eignen geschäften als ein seiden händler, haltet an für ein pferd nebstdem auch umb den sperrüter zu pferdt und in der livrey<sup>205</sup>, vorgebend, dass es nit anständig, als cantzler des fürstlichen gottshauses zu reisen ohne bediente. Indessen vermeinte man hingegen nit anständig dem gottshaus einen cantzler zu haben, der mit solchen gewürben zu tun hätte und als ein krämer dergleichen marcht frequentierte, minder, dass er der gottshaus livrey auf die marcht brauchte. Nichts desto weniger thate man zusagen.»<sup>206</sup> Wie die leicht resignierte Schlussbemerkung Schlageters zeigt, hatte Jütz in der Person des Abtes einen starken Rückhalt, der ihm die vielfältigen Aktivitäten und den aufwändigen Lebenswandel ermöglichte. Allerdings kannte der gute Wille des Abtes auch Grenzen. Als Jütz nämlich im Februar 1750 Männer aus dem calvinistischen Genf nach Einsiedeln kommen liess, damit ihm diese bei der Etablierung einer Indienne-Manufaktur<sup>207</sup> behilflich waren, erteilte ihm der Abt an der Sessions-Sitzung vom 8. Februar persönlich eine Rüge. Jütz entschuldigte sich, entgegnete jedoch, er habe in katholischen Gebieten niemanden gefunden, der in dieser Sache kompetent genug gewesen sei und habe deshalb aus rein geschäftlichen Überlegungen auf die Calvinisten zurückgegriffen.<sup>208</sup> Das Indienne-Geschäft brachte Jütz übrigens ebenfalls kein Glück. Ungefähr Mitte September 1750 wurde sein Zürcher Mittelsmann und der Amtmann von Stäfa, der ihm in dieser Sache ebenfalls zur Hand gegangen war, in Zürich verhaftet und wegen Meineid verurteilt. Der Zürcher Mittelsmann musste 100 Taler Busse bezahlen, der Amtmann von Stäfa sass in Zürich mehrere Tage im Gefängnis, bevor er ebenfalls gegen eine Busse von 100 Talern entlassen wurde.<sup>209</sup> Die Waren des Kanzlers beschlagnahmten die Zürcher vorerst, denn es herrschte allgemein die Meinung, er

---

<sup>205</sup> Beim «sperrüter zu pferd und in der livrey» handelt sich um einen bewaffneten Knecht oder Diener zu Pferd in Dienstuniform, vgl. Schweizerisches Idiotikon, Bd. 10, Sp. 446.

<sup>206</sup> Zit. nach: Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 20 (Jahr 1748), Kopie, S. 144. Vgl. dazu auch die Einträge unter dem 31. 8. 1749, in dem P. Michael Schlageter erneut beklagt, der Kanzler sei mit einem livrierten Diener und zwei Pferden aus dem Marstall in seinen eigenen Geschäften nach Zurzach geritten, und dies ohne Rücksicht auf die Pferde, indem er den Weg innerhalb eines einzigen Tages zurückgelegt habe. StIAE, Sig. A. HB 21 (Jahr 1749), Kopie, S. 100-101, sowie unter dem 25. 8. 1751 in dem von einer gleich ausgestatteten achttägigen Reise nach Basel und Lenzburg die Rede ist. StIAE, Sig. A. HB 23 (Jahr 1751), Kopie, S. 113.

<sup>207</sup> Der Begriff «Indienne» bezeichnet ein ursprünglich von Hand bemaltes, später industriell bedrucktes Kattun- oder Baumwollgewebe, mit dem es erstmals möglich wurde, preisgünstig gemusterte Stoffe für die Kleiderherstellung zu produzieren. Seine Blütezeit erlebte dieses Druckverfahren im 18. Jahrhundert. Zentren der Indienne-Fabrikation waren England, Frankreich, Hamburg und Genf. Es spricht für den Sachverstand des Karl Dominik Jütz, dass er seine Berater aus dem nächstgelegenen Zentrum dieses Gewerbes nach Einsiedeln kommen liess. (Die Bemerkungen zu der Indienne-Drucktechnik verdanke ich dem freundlichen Hinweis von Ursula Karbacher, Textilmuseum St. Gallen.)

<sup>208</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 12.

<sup>209</sup> Ebd., S. 96-97.

betreibe die beanstandeten Geschäfte im Auftrag des Klosters. Diese falsche Auslegung des tatsächlichen Sachverhaltes war der Klostergemeinschaft verständlicherweise äusserst unangenehm, da dadurch Schatten auf das Stift geworfen wurden. Unter dem 29. September 1750 bemerkte P. Michael Schlageter dazu: «Nach bericht P. Probst zu Fahr solle alles in Zürich wegen dem seiden- und bauwullen gewürb unsers cantzlers [...] gänzlich verbittert sein sowoll wider das gottshaus hier und im Fahr als wider den cantzler selbst, gestalten selbige durchaus der meinung dass man von seiten unser mit ihme cantzler interessiert seye in gesagtem gewürb, folgsam mit gelt und anderem an hant gehe.»<sup>210</sup> Erst nachdem der Probst von Fahr in Zürich im Namen des Abtes vorgesprochen und den tatsächlichen Sachverhalt dargelegt hatte, konnte sich die Abtei vom unberechtigten Verdacht aus Zürich befreien. Dennoch befürchtete Schlageter auch für die Zukunft Nachteile für das Klosters im Verkehr mit Zürich, da der Name des Kanzlers in dieser Stadt für den Rest seiner Amtszeit in schlechter Erinnerung bleiben werde.

Karl Dominik Jütz selbst liess sich von derartigen Rückschlägen die Lust am Unternehmertum nicht verderben. An der Maigemeinde vom 19. Mai 1753 bat er den Abt vor den versammelten Waldleuten um ein Stück Land auf der Allmend, unterhalb der Klostermühle gelegen, damit er eine Bleicherei für das eigene Seidengewerbe errichten könne. Nach langer Diskussion wurde ihm der Platz mit der Pflicht zur jährlichen Bestätigung dieses Nutzungsrechtes zur Verfügung gestellt.<sup>211</sup>

### **Ein neues Kanzlerhaus wird gebaut**

Karl Dominik Jütz pflegte einen ziemlich aufwändigen Lebensstil. Deshalb hatte er sich schon seit Langem bei Abt Niklaus Imfeld beklagt, das alte auf der Klosterfurren<sup>212</sup> gelegne Kanzlerhaus genüge seinen Bedürfnissen nicht mehr. Jütz argumentierte, das Haus liege viel zu weit vom Kloster entfernt und sei nicht sicher gebaut, weshalb es immer wieder zu Diebstählen komme. Der Abt stimmte dem Kauf oder dem Bau eines neuen Kanzlerhauses schliesslich zu, stellte jedoch die Bedingung, es müsse gross genug gebaut werden, damit zwei Familien, jene des Kanzlers und jene des Hofarztes, im Haus wohnen könnten. Anfänglich zog man den

---

<sup>210</sup> Zit. nach: Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 100.

<sup>211</sup> Ebd., Sig. A. HB 25 (Jahr 1753), Kopie, S. 61.

<sup>212</sup> Laut dem Benzigerplan, einem Dorfplan aus dem Jahr 1880, befindet sich das Gebiet Klosterfurren einige 100 Meter südwestlich der Klosteranlage, war noch 1880 kaum bebaut und damit ein wenig abseits des Dorfes gelegen. Vgl. dazu: Oechslin, Werner und Buschow Oechslin, Anja: Die Kunstdenkmäler des Kantons Schwyz, Neue Ausgabe, Band III. II, Der Bezirk Einsiedeln II, Dorf und Viertel, Bern 2003, hier S. 133.

Kauf eines nahe dem Kloster gelegenen Hauses mit Namen «Goldenes Rad» in Betracht. Laut Schlageter lag dieses Haus ideal, da es sich in unmittelbarer Nähe der Klosteranlage befand. Jedoch war das Haus für zwei Parteien eher zu klein und überdies schien dem Abt und dem Konvent der Kauffspreis von 600 Gulden viel zu hoch.

Man entschloss sich deshalb zur Errichtung eines Neubaus auf einer bisher als Weide genutzten Parzelle nahe dem Kloster, obwohl es verschiedene berechtigte Einwände gegen diesen Standort gab. Schlageter selbst gab zu bedenken, das Grundstück werde im Winter kaum von der Sonne beschienen und der Baugrund sei nicht fest genug, um einen guten trockenen Keller zu bauen. Zudem sei der an der Rückseite des Grundstücks gelegene Hang während Regenperioden schon verschiedene Male ins Rutschen geraten, was für die Sicherheit eines Hauses nichts Gutes bedeute. Weiter sei damit zu rechnen, dass die beiden Herren, der Kanzler und der Hofarzt, viel Kindergeschrei vom nahe gelegenen Hof her ums Haus haben würden.<sup>213</sup> Mit der Unterstützung des Abtes blieb der Kanzler jedoch bei seinem Plan. Er löste im Auftrag des Klosters alle Ansprüche der Inhaber von Grundpfandrechten am ausgewählten Grundstück ab, damit der Neubau ohne Pfandlasten errichtet und unterhalten werden konnte.<sup>214</sup> Anfang Juli 1748 wurde das Haus ausgesteckt. Der Grundriss mass 55 Schuh in der Länge und 45 Schuh in der Breite. Der Bau sollte bloss 12 Schritte neben das Gasthaus «Drei Könige» zu stehen kommen. Entsprechend hatte Balz Fridolin Eberlin, der damalige Wirt des «Drei Könige», gar keine Freude an den Plänen des Klosters. Er beklagte, das neue Haus raube den unteren Stockwerken seines Gasthauses alles Tageslicht. Als man im Kloster auf die entsprechende Beschwerde nicht eintrat, beschwerte sich Eberlin umso lauter bei seinen Gästen in der Gaststube über das Vorgehen des Klosters. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung liess das Kloster seine Muskeln spielen. P. Michael Schlageter bestellte den Wirt am 9. Juli auf die Statthalterei und forderte ihn in Anwesenheit des Kanzlers und des Vogtes auf, seine ungebührlichen Reden gegen Abt Niklaus Imfeld in Zukunft zu unterlassen. Schlageter drohte dem Wirt, andernfalls werde der Abt Satisfaktion verlangen. Falls er gegen das Bauprojekt des Klosters Einwände zu machen habe, müsse er den Rechtsweg beschreiten, ansonsten solle er schweigen. Dem Wirt blieb keine andere Wahl als sich zu

---

<sup>213</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 20 (Jahr 1748), Kopie, S. 116f.

<sup>214</sup> Ebd., Sig. A. HB 19/2 (Jahr 1747), Kopie, S. 216.

entschuldigen. Ausdrücklich hielt er fest, er wolle mit dem Kloster nicht in Streit geraten.<sup>215</sup>

Der Bau des neuen Hauses ging in der Folge zügig voran. Am 5. September 1748 bat der Kanzler im Kloster um den Einbau eines zusätzlichen Ofens, was umgehend bewilligt wurde. Schlageter beklagte zwar auch diesen Entscheid des Abtes, da Kanzler Jütz seiner Ansicht nach bereits in der Vergangenheit viel zu viel Brennholz verbraucht hatte. Nicht ohne Grund befürchtete er, mit dem Einbau eines zusätzlichen Ofens werde der Holzverbrauch weiter ansteigen.<sup>216</sup> Bereits Ende Oktober war das Haus unter Dach. Laut P. Michael Schlageter wurden zum Decken 600 Dachlatten, 4000 Lattennägel, 200 Holzziegel mit den entsprechenden Nägeln und bis zu 16'000 Dachziegel gebraucht. Zum Verputzen der Wände waren einige Fuhren Kalk notwendig.<sup>217</sup> Etwas länger dauerte der Innenausbau des Hauses. Im Februar 1749 wurde ein Schreiner beauftragt, im ganzen unteren Stock die Böden zu verlegen und die Wände bis auf die Höhe von 6 Schuh mit einer Täferung zu verkleiden. Als Entschädigung für Material und Arbeit erhielt der Schreiner 13 Kronen.<sup>218</sup>

Nach Vollendung des Baus, zog der Kanzler dann nicht sofort ein, sondern liess sich damit beinahe zwei Jahre Zeit, da er die Mauern erst richtig austrocknen lassen wollte. Als die Familien Anfang Dezember 1750 endlich einzogen, vermissten sie im Garten einen eigenen Brunnen und auch der Garten selbst scheint nicht zur Zufriedenheit hergerichtet gewesen zu sein.<sup>219</sup> Der Bau eines Brunnens gestaltete sich in der Folge schwieriger als erwartet. Eine in der Nähe gelegene Brunnenstube befand sich auf dem Grundstück eines Nachbarn, was Abhängigkeiten schuf, auf die sich im Kloster niemand einlassen wollte. Da diese Wasserfassung ohnehin zu tief lag, als dass von dort Wasser bequem hätte vor das Haus geleitet werden können, wurde die Möglichkeit nicht weiter verfolgt. Der zu dieser Zeit in Einsiedeln weilende Prior der Karthause Ittingen kümmerte sich darauf nicht nur um die weiter unten zur Sprache kommenden Probleme im Klosterarchiv, sondern betätigte sich in diesem Zusammenhang auch als Wassersucher für das Kanzlerhaus. Er wurde an

---

<sup>215</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 20 (Jahr 1748), Kopie, S. 125f.

<sup>216</sup> Ebd., S. 146.

<sup>217</sup> Ebd., S. 166.

<sup>218</sup> Ebd., Sig. A. HB 21 (Jahr 1749), Kopie, S. 15.

<sup>219</sup> Ebd., Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 124.

geeigneter Stelle auf dem Grundstück des Hauses fündig, so dass der Brunnen Anfang November 1751 fertig gestellt werden konnte.<sup>220</sup>

Wie P. Michael Schlageter befürchtet hatte, verbrauchten die Familien des Arztes und des Kanzlers zusammen tatsächlich grosse Mengen Brennholz. Im Jahr 1751 bezogen die beiden ganze 136 Klafter vom Kloster, was mehr als das Doppelte darstellte, als was der gesamte Konvent, einschliesslich Krankenhaus, Schulzimmer und Bruderstube in einem Jahr verbrauchten. Schlageter gab zu bedenken, Kanzler Jütz habe laut Bestallung jährlich lediglich 12 Klafter Holz zur Verfügung und üblicherweise genügten 15 bis 18 Klafter Holz pro Jahr für ein vergleichbares Haus zum Kochen und Heizen.<sup>221</sup> Offenbar sollte mit dem Verbrennen grosser Mengen Holz die offensichtlich im Haus noch immer vorhandene Feuchtigkeit ausgetrieben werden. Jedenfalls berichtet Schlageter von entsprechenden Klagen: «Herr cantzler beklagt sich dass er ohne nachtheil seiner gesundheit und der seinigen in dem neüwen ambtshaus auf dem Brüel neben den 3 königen ohngeacht selbige er schon über zwei jahr bewohnt auch vorläuffig bis in die 2 jahr sonders wohl ausgeluftet und getrocknet, nit weiter und länger bewohnen könne, gestalten er nit nur würrkhlich einige wochen dissfahls gefährlich krank gelegen sonder sogar seinen kindern das haar ausfalle wegen feuchte von kalch in den mauren, ja ein und ander täglich fast morgen bluett auswerfen.»<sup>222</sup> Die Schilderungen des Kanzlers wurden im Kloster offenbar als übertrieben empfunden. Jedenfalls beschloss der Abt, in dieser Sache vorerst nichts zu unternehmen.

Im Dezember desselben Jahres beschwerte sich auch die Frau Kanzlerin über den ungeliebten Amtssitz, indem sie im Dorf verbreitete, ein Gespenst gehe im Haus um und treibe sein Unwesen. P. Michael Schlageter hielt dazu unter dem 17. August 1752 im Diarium fest: «Nach vernemen solle unsere cantzlerin der meinung sein ja gar aussagen in dem vor einigen jahren express dem cantzler zu lieb gantz neü erbaute haus auf dem Brüel neben dem 3 königen ein gspänst und ungeheür sich befinde. Da doch noch niemandt anders als sie in selbigem gewohnet auch niemandt bishin gestorben. Worüber und sonders ungeschickthe einbildung man billich sich verwunderte und ehender glauben möchte, dass sie selbst das grösste ungeheüer

---

<sup>220</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 23 (Jahr 1751), Kopie, S. 149.

<sup>221</sup> Ebd., Sig. A. HB 24 (Jahr 1752), Kopie, S. 11f. Vgl. dazu auch den Eintrag unter dem 3. Januar 1753, wo P. Michael Schlageter den Holzverbrauch für das Jahr 1752 von Arzt und Kanzler mit 141 Klaftern angibt. Im Konvent seien dagegen in 35 Öfen in der gleichen Zeit lediglich 466 Klafter Brennholz verbraucht worden. Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 25 (Jahr 1753), Kopie, S. 1.

<sup>222</sup> Zit. nach: Ebd., Sig. A. HB 24 (Jahr 1752), Kopie, S. 93.

in disem haus seye.»<sup>223</sup> Zur Komplettierung des Hauses wurde im August 1762 im Garten des Amtshauses ein freistehendes Waschhaus gebaut. Der Grundriss mass 18 Schuh in der Länge und 14 in der Breite. Der Bau soll ohne Waschkessel, aber inklusive allen übrigen Materials rund 100 Gulden gekostet haben.<sup>224</sup>

Die Demission Karl Dominik Jütz' geschah im Herbst 1754 unter besonderen Umständen, denn die Schwyzer Landsgemeinde hatte anlässlich der ordentlichen Versammlung vom 28. April 1754 beschlossen, dass, wer im Landrat Einsitz nehmen wolle, bei keinem fremdem Fürsten im Dienst stehen dürfe.<sup>225</sup> Der Beschluss hatte für Jütz weitreichende Konsequenzen, musste er sich doch entscheiden, ob er, neben seinen vielfältigen und nicht immer erfolgreichen privaten Geschäften, weiterhin die einträgliche Stellung als Kanzler der Einsiedler Herrschaft innehalten wollte oder ob er die Stelle aufgeben und dafür seinen Sitz im Schwyzer Landrat behalten sollte. Jütz entschied sich für den Sitz im Landrat, indem er betonte, ein solcher bringe ihm und dem Kloster mehr Ehre ein, als wenn er sein Amt im Kloster behalte.<sup>226</sup> Karl Dominik Jütz trat anlässlich der ordentlichen Herbstgemeinde in Einsiedeln formell vom Kanzleramt zurück. Er bedankte sich bei Abt Niklaus Imfeld, beim Konvent und bei den Waldleuten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versicherte, er verlasse die Stelle nicht aus freien Stücken, sondern auf Druck der Schwyzer Landsgemeinde. Gleichzeitig bat er die Versammelten, man möge ihm und seinen Kindern in Einsiedeln weiterhin Sonderrechte gewähren, was ihm, wohl angesichts der Feierlichkeit des Anlasses, ohne Umschweife gewährt wurde. Erst im Nachhinein führte dieser Entscheid zu einiger Unruhe unter den Waldleuten, als nämlich klar wurde, dass die als *Favorabilia* bezeichneten Sonderrechte weitgehende Nutzungsrechte an der Allmend und an den Alpweiden der Waldstatt beinhalteten.<sup>227</sup>

P. Michael Schlageter stellte dem abtretenden Kanzler kein gutes Zeugnis aus. Jütz sei im Konvent nie beliebt gewesen, da er sich in Angelegenheiten eingemischt habe, die klar in den ausschliesslichen Kompetenzbereich des Konvents gehörten. Auch habe er viele Entscheide lediglich in Absprache mit dem Abt, unter Ausschluss des Konvents, getroffen, was von der Mehrheit der Patres keineswegs begrüsst wurde. Überhaupt sei Jütz ein sehr unzuverlässiger Kanzler gewesen, der

---

<sup>223</sup> Zit. nach: Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 24 (Jahr 1752), Kopie, S. 178.

<sup>224</sup> Ebd., Sig. A. HB 34 (Jahr 1762), Kopie, S. 84.

<sup>225</sup> Ebd., Sig. A. HB 26 (Jahr 1754), Kopie, S. 17.

<sup>226</sup> Ebd., S. 22.

<sup>227</sup> Ebd., S. 77.

die Kanzlei schlecht verwaltet habe. Zudem habe er niemals einen Amtseid abgelegt und somit sein Amt während 24 Jahren ohne formelle Legitimation versehen.<sup>228</sup>

Nach der Übersiedlung nach Schwyz kaufte und bewohnte die Familie Jütz das Palais Nideröst. Laut Joseph Thomas Fassbind konnte sich der ehemalige Kanzler diesen exklusiven Wohnsitz leisten, da er mit 200'000 Gulden ein ausserordentlich grosses Vermögen besass. In den Jahren nach 1765 kam Jütz im Zusammenhang mit den weiter unten dargestellten Ereignissen rund um den Einsiedler Handel in grösste Bedrängnis und wäre beinahe totgeschlagen worden. Die Lage war so ernst, dass sein Haus, selbst nachdem er 15'000 Gulden Busse bezahlt hatte, während 14 Tagen mit starken Wachen umstellt werden musste, um seine Familie vor Übergriffen zu schützen. Er selbst fand Unterschlupf bei den Kapuzinern. Karl Dominik Jütz verstarb 1767 im Alter von 70 Jahren.<sup>229</sup>

**Thomas Anton Fassbind (1755-1763).** Der abtretende Kanzler schlug Thomas Anton Fassbind zu seinem Nachfolger vor, da er selber keinen Nachkommen hatte, der für die Stelle in Frage gekommen wäre, nachdem ihm der einzige Sohn im Jahr 1753 im Alter von 14 Jahren gestorben war. So wurde Thomas Anton Fassbind, damals amtierender Landeshauptmann von Schwyz in Einsiedeln, als Kanzler des Klosters angenommen. Dieser Wechsel auf der Kanzlei ging einmal mehr nicht ohne Misstöne über die Bühne: «Endlichen ist nach halbjährigen vacirender kantzlerstell herr landshaubtman in Einsidlen Thomas Fassbind von Schweiz zu einem kantzler benambset worden. Wesswegen ihre hochfürstliche gnaden jndessen von einigen partheyen als Reding und Jütz mit jnteressierten ahnverwanten dergestalten oft und vil schriftlich theils persöhnlich incommodiert worden dass hochdieselbe allerdings fast nit willkührlich dissfahls wenigst nit ohne sondere offension eint als anderen disponieren kunten, besonders da dermahlige secretarius Reding schon in die 8 jahr zu allem vergnüegen und lob seine dienst in hiesiger cantzley praestiert.»<sup>230</sup> Die Familie Reding unternahm auch gegenüber Thomas Anton Fassbind verschiedene Versuche, diesen von der Übernahme des Amtes abzubringen, um damit den Weg für ihren eigenen Spross, der bisher auf der Kanzlei als Sekretär gewirkt hatte, frei zu

---

<sup>228</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 26 (Jahr 1754), Kopie, S. 18.

<sup>229</sup> Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 721f. Zum Palais Nideröst vgl. Meyer, André: Die Kunstdenkmäler des Kantons Schwyz, Der Bezirk Schwyz I, Der Flecken Schwyz und das übrige Gemeindegebiet, Neue Ausgabe, Bd. 1, (Die Kunstdenkmäler der Schweiz), Basel 1978, S. 337-342.

<sup>230</sup> Zit. nach: Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 27 (Jahr 1755), Kopie, S. 26.

machen. Unter anderem trugen sie Thomas Anton Fassbind den Titel eines Lehenvogtes und gleichzeitig die Stelle als Sekretär auf der Kanzlei an, was zu einer deutlichen Erhöhung seines Einkommens sowie seiner gesellschaftlichen Stellung geführt hätte. Laut P. Michael Schlageter wäre der noch junge Fassbind einer solchen Lösung nicht unbedingt abgeneigt gewesen. Allein seine Familie drängte ihn so vehement zur Annahme der Ehre des Kanzleramtes, dass er sich nicht widersetzen konnte und dem Abt zusagte. Am 23. Juli 1755 leistete er zusammen mit dem ebenfalls neu antretenden Sekretär Helbling aus Rapperswil im Audienzzimmer vor Abt Niklaus Imfeld seinen Amtseid. Der zu jener Zeit als Stiftsarchivar tätige P. Lukas von der Weid liess ihm die Bestallung vor. Der neue Kanzler sprach seinen Eid, küsste die Hand des Abtes und versprach, alle alten Gebräuche im Sinne des Klosters weiterzupflegen. Allerdings wurde die Brennholzzuteilung explizit neu geregelt und auf 20 Klafter pro Jahr beschränkt, damit sich Fassbind später nicht beschweren und auf altes Herkommen berufen konnte.<sup>231</sup>

Thomas Anton Fassbind wurde am 8. August 1717 als Sohn des Stiftskanzlers Josef Anton Fassbind und der Maria Barbara Wüörner in Einsiedeln geboren. Als er das Kanzleramt in Einsiedeln antrat, verfügte er über keinerlei Erfahrungen im Bereich der Schriftführung und der Herrschaftsverwaltung. Als Gardeleutnant in Neapel und später als Hauptmann in spanischen Diensten, dann als Landesfürsprech und Quartierhauptmann im Muothathal, hatte er bisher eine rein militärische Karriere hinter sich gebracht.<sup>232</sup> Am 18. August 1740 verehelichte Fassbind sich mit Margarita Elisabetha Reding aus der Schmidgasse in Schwyz.<sup>233</sup> Am 17. Mai 1755 wurde ihr Sohn Josef Thomas geboren, der als Pfarrer, bischöflicher Kommissar und vor allem als Verfasser der berühmten, in der vorliegenden Arbeit oft zitierten Schwyzer Geschichte Unsterblichkeit erlangen sollte.<sup>234</sup> Im gleichen Jahr zog die Familie von Schwyz nach Einsiedeln, wo Fassbind im Juli seine Stellung im Kloster antrat. Er scheint seinen Dienst zur Zufriedenheit des Klosters und des mittlerweile zum Dekan ernannten P. Michael Schlageter verrichtet zu haben. Jedenfalls berichtete der Dekan nichts Nachteiliges über Fassbinds Amtsführung.

---

<sup>231</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 27 (Jahr 1755), Kopie, S. 28.

<sup>232</sup> HBLs, Bd. III, S. 117.

<sup>233</sup> Ochsner, Martin: Pfarrer und bischöflicher Kommissar Fassbind von Schwyz, S. 7.

<sup>234</sup> Vgl. dazu: Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte.



Eine weit weniger glückliche Hand bewies Fassbind in seinen privaten Geschäften. Wie bereits sein Vorgänger und entgegen den Erwartungen des Abtes, hatte er sich als Soldunternehmer mit einer eigenen Kompanie in Spanien und zudem als Kaufmann versucht, erlitt dabei jedoch gewaltigen Schiffbruch.<sup>235</sup> Die ersten Hinweise auf die finanziellen Probleme des Kanzlers tauchten im Dezember 1760 auf, als Schlageter berichtete, Fassbind habe viel Geld aufgenommen. Allein aus Reichenburg habe er 900 Reichsgulden bezogen und ein Konkurs des Kanzlers müsse befürchtet werden.<sup>236</sup> Zwei Jahre später, im Dezember 1762, kam dann die desolatte finanzielle Lage des Kanzlers vollständig ans Licht. Insgesamt hatte sich ein Schuldenberg in der Höhe von rund 43'000 Reichsgulden angesammelt. Einen beträchtlichen Teil davon schuldete er Zürcher Gläubigern. Darum gelangte Fassbind am 3. Dezember mit der Bitte an Abt Niklaus Imfeld, er möge ihm 18'000 Reichsgulden als zinsloses Darlehen für die Dauer von 20 Jahren gewähren. Zuvor hatte er bereits beim amtierenden Landammann von Schwyz, seinem Förderer und Vorgänger auf der Kanzlerstelle, Karl Dominik Jütz, um ein Darlehen in derselben Höhe gebeten, war aber ohne Geld, lediglich mit einem Empfehlungsschreiben an den Abt und den Dekan nach Einsiedeln zurückgeschickt worden.

In Einsiedeln war man ebenfalls wenig begeistert vom Ansuchen des Kanzlers. Im Antwortschreiben an den Schwyzer Landammann legte P. Michael Schlageter die Gründe dar, die aus seiner Sicht gegen ein finanzielles Engagement des Klosters in dieser Sache sprachen. Er hielt fest, er anerkenne zwar die bedauernswerte, beinahe aussichtslose Lage des Kanzlers, da Abt Imfeld jedoch bereits im hohen Alter stehe, könne sich dieser nicht auf ein Unternehmen einlassen, welches ihn für die kommende 20 Jahre verpflichte. Zudem fehle es dem Kloster momentan an Geldreserven und obendrein sei, falls der Abt in nächster Zeit sterbe, zusätzlich mit grosse Auslagen für dessen Begräbnis zu rechnen.

Fassbind gelangte schliesslich noch einmal an seinen Freund und Vorgänger auf der Kanzlerstelle, Landammann Karl Dominik Jütz in Schwyz. Dieser erreichte bei den meisten Gläubigern immerhin eine Reduktion der Schulden um 60 Prozent, unter der Bedingung, dass der Rest der Schulden bar zurückbezahlt werde.<sup>237</sup> Die Finanzen des Kanzlers waren jedoch nicht wieder ins Lot zu bringen. Landammann Jütz unternahm darum im Kloster einen letzten Versuch, die Ehre und damit auch die

---

<sup>235</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 10-20.

<sup>236</sup> Ebd., Sig. A. HB 32 (Jahr 1760), Kopie, S. 145f.

<sup>237</sup> Ebd., Sig. A. HB 34 (Jahr 1762), Kopie, S. 126-129.

Beamtung seines Bekannten zu retten. Jütz brachte die Frau und das Kind des Kanzlers bei Hauptmann Theodor Reding, dem Bruder der Frau, unentgeltlich unter. Zudem hatten Jütz und Reding zusammen 2500 Gulden zur Tilgung des Schuldenberges bereitgestellt und baten das Kloster, man möge ebenfalls 1500 Gulden beitragen und den mittlerweile von seinem Amt suspendierte Fassbind wieder als Kanzler in Stellung nehmen. Am 22. Februar 1663 wurde Fassbind und seinen Verbündeten der Beschluss des Klosterkapitels in dieser Sache mitgeteilt: Das Kloster nahm Fassbind nicht wieder in Stellung und stellte auch keine Geldmittel zur Verfügung. Laut der nachvollziehbaren Begründung des Kapitels, war es Sache der Verwandten und Bekannten des Kanzlers, für dessen Rettung besorgt zu sein.<sup>238</sup>

Anfang März 1763 bat Thomas Anton Fassbind den Abt um seine Demission, was ihm sofort zugestanden wurde. Da Fassbind offenbar tätliche Angriffe von Seiten der Gläubiger befürchten musste, verreiste er umgehend zu dem ihm verwandten Landvogt Betschart ins Rheintal. Dort angekommen, fühlte er sich in so kurzer Entfernung von Zürich nicht sicher genug. Auf sein Bitten erlaubte ihm der Abt, in der Propstei St. Gerold in Vorarlberg Zuflucht zu suchen.<sup>239</sup> Von dort sandte Fassbind am 19. März 1763 einen Brief an den Dekan, in dem er sich für sein Fehlverhalten entschuldigte. Fassbind zeigte sich am Boden zerstört. Er sei seines Glücks verlustig gegangen und habe durch Gottes Willen sein gesamtes Vermögen und zusätzlich seine Stellung im Kloster verloren. Er bat den Dekan, er möge zusammen mit Abt Niklaus Imfeld versuchen, wenigstens das Frauengut vor dem Zugriff der Gläubiger zu schützen, damit nicht auch seine Ehefrau unter diesem Verlust zu leiden habe. Weiter bat er um ein möglichst günstiges schriftliches Zeugnis, damit er wieder eine Anstellung finden könne.<sup>240</sup>

Am 9. April 1763 berief Abt Niklaus Imfeld das Klosterkapitel ein, um zusammen mit dem Konvent die Aufnahme eines Inventars der Habschaften des abgetretenen Kanzlers, die Versteigerung derselben und das anschliessende Gerichtsverfahren zu planen.<sup>241</sup> Ausnahmsweise war der neu ins Amt getretene Kanzler Felix Ludwig Weber zum Kapitel zugelassen, da er in der bevorstehenden Gerichtsverhandlung den Vorsitz übernehmen sollte. In der Frage um die Zuständigkeit für Fassbinds Prozess vertrat Dekan P. Michael Schlageter zusammen

---

<sup>238</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 12.

<sup>239</sup> Ebd., S. 32.

<sup>240</sup> Ebd., S. 25.

<sup>241</sup> Ebd., S. 20-32.

mit dem Statthalter des Amtes Freudenfels die Meinung, dieser müsse von der Schwyzer Obrigkeit in Schwyz durchgeführt werden, da Fassbind erstens ein Schwyzer sei, zweitens sich im Kloster nicht mehr in Stellung befinde und drittens auch seinen Wohnsitz bereits nicht mehr in der Waldstatt Einsiedeln habe. Diesem Ansinnen widersprach der Abt vehement. Wohl zu recht, denn er gab zu bedenken, laut dem Vertrag zwischen Einsiedeln und Schwyz aus dem Jahr 1645<sup>242</sup>, habe das Kloster für seine Leibbediensteten das Strafrecht auch in Malefizangelegenheiten. Er betonte, es käme einem Präjudiz gleich, wenn das Kloster den Prozess an die Schwyzer delegierte, was in Zukunft grosse Nachteile mit sich brächte. Das klösterliche Gericht müsse unbedingt in der Lage sein, einen solch grossen und komplexen Fall wie den vorliegenden eigenständig zu einem befriedigenden Abschluss zu bringen.

Im Verlauf des Kapitels stellte sich dann noch ein weiteres Problem: Der abgetretene Kanzler war im Besitz verschiedener Reliquien. Bei der bevorstehenden Versteigerung musste deshalb befürchtet werden, dass die verehrten Devotionalien in die Hände der reformierten Gläubiger gelangten. Ebenfalls zu ausführlichen Diskussionen gab der Status des Frauengutes Anlass. Es war allgemein bekannt, dass Margarita Reding eine ansehnliche Mitgift in die Ehe gebracht hatte. Laut Artikel 105 des Waldstattbuches konnte das Frauengut nicht zur Tilgung der Schulden des Ehemannes herangezogen werden.<sup>243</sup> Das Klosterkapitel fasste seinen Entschluss in diesem Sinn, was die Not der quasi zur Witwe gewordenen Frau fürs erste linderte. Dennoch hatte sie später aufreibende Verhöre zu bestehen, da geklärt werden musste, inwieweit die Frau von den riskanten Geschäften ihres Mannes gewusst hatte und ob sie deshalb unter Umständen für das Debakel mitverantwortlich war.

Als Tag der Versteigerung wurde der 26. April 1763 öffentlich in den Kirchen verkündet. Im Mandat des Abtes sind der Zweck der Versteigerung sowie die Bedingungen für die Bieter und Käufer festgehalten. Demnach hatte Abt Niklaus Imfeld zur öffentlichen Bekanntmachung befohlen, «dass weilen uns mit grösstem bedauern der schweren schuldenlast des gewesenen cantzler Thomas Antoni

---

<sup>242</sup> Der Abt weist hier auf den Vertrag zwischen dem Kloster Einsiedeln und Schwyz hin, der als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen Abt Plazidus Reimann und der Schwyzer Obrigkeit bezüglich der Frage der Kriegssteuer ausgehandelt wurde. Ein Original der Urkunde liegt im Staatsarchiv Schwyz, Archiv 1, Urkundensammlung, Sig. 1368.

<sup>243</sup> Wörtlich lautet der Artikel 105 wie folgt: «Es mag keiner seiner ehelichen frawen gut angreifen noch verthun dann so vil er ihero wider zuerlegen hat, es sey dann dass einer zu iherer beder nothurfft angreifen wolt, sonst hat es nit krafft wann dass ein fraw oder ihre freund das allwegen wol wenden mögen ohngefährlich», Zit. nach: Waldstattbuch von 1572, DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 78.

Fassbinden ist vorgelegt worden, dass inventarium von seiner in hier hinterlassenen mobilien auf unseren befelch und aber aus seiner uns bekannten umständen für ohnumbgänglich erachtet auch dahin befohlen, dass auf den 26ten dies monaths ein öffentliche gandt seiner mobilien halber in hier [...] solle gehalten werden.»<sup>244</sup> Die Versteigerung sollte nach den allgemein geltenden Regeln durchgeführt werden, was vor allem bedeute, dass Ware nur gegen Barbezahlung ausgehändigt wurde. Als der Termin für die öffentliche Versteigerung in Zürich bekannt wurde, zeigten sich laut P. Gallus von Sayler, dem damaligen Vorsteher der Propstei Fahr, einige Gläubiger nicht bereit, die ihnen durch den Kanzler entstandenen Verluste einfach ohne weiteres hinzunehmen.<sup>245</sup> Deshalb sprachen am 17. April 1763 vier anspruchsberechtigte Personen beim Kleinen Rat von Zürich vor und baten, es möge ein obrigkeitliches Schreiben an das Kloster Einsiedeln gesandt werden, um damit das Kloster für das Verhalten seines ehemaligen Kanzlers haftbar zu machen. Als Begründung für das Begehren führten die Gläubiger an, Fassbind habe Verträge immer mit dem Namenszusatz «Kanzler» unterzeichnet und somit ihres Erachtens in offizieller Mission des Klosters gehandelt. Dass Fassbind einen Teil seiner Waren jeweils im Einsiedlerhof, dem Amtshaus des Klosters in Zürich, gelagert hatte, trug weiter zu einer dahingehenden Interpretation bei. Wie P. Gallus von Sayler nicht ohne Schadenfreude feststellte, hatte der Kleine Rat von Zürich in dieser Sache jedoch mit verschiedenen formalen Problemen zu kämpfen. Da keiner der beiden Bürgermeister an der besagten Sitzung anwesend war, musste ein Junker Schwerzenbach, ein ehemaliger Landschreiber von Weiningen, den Vorsitz im Rat übernehmen. Zudem standen die vier Bittsteller mit einer so grossen Zahl von Ratsmitgliedern in verwandtschaftlicher Beziehung, dass eine Mehrheit der Anwesenden für die Beratung in den Ausstand treten musste. Schliesslich blieben lediglich sieben stimmberechtigte Ratsmitglieder übrig, und diese sieben entschieden sich gegen das Begehren ihrer Landsleute, indem sie die Gläubiger aufforderten, sie sollten ihr Recht in Einsiedeln suchen. Den Geprellten blieb also nichts anderes übrig, als am 26. April 1763 zur öffentlichen Verhandlung des Falls Fassbind und zur Versteigerung seiner Habschaften in Einsiedeln zu erscheinen.

Am frühen Morgen dieses 26. April liess Kanzler Felix Ludwig Weber alle Mobilien aus dem Kanzlerhaus tragen und nach dem Einsiedler Rathaus transportieren. Dort angekommen, wurden die Habschaften Fassbinds bewacht und

---

<sup>244</sup> Zit. nach: Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 35.

<sup>245</sup> Ebd., S. 32.

ein detailliertes Inventar erstellt. Die für einen Verkauf als problematisch erachteten Reliquien und die Gemälde mit christlichen Motiven nahm das Kloster dabei direkt in Verwahrung. Bereits um acht Uhr Morgens gab der Kanzler den Befehl, alle Gläubiger einzeln namentlich aufzurufen, damit die Verhandlung beginnen konnte. Als erstes musste geklärt werden, ob das von der Frau des Kanzlers in die Ehe eingebrachte Kapital zur Tilgung der Schulden des Mannes herangezogen werden konnte. Verständlicherweise drängten unter anderen die Zürcher Gläubiger auf einen für sie vorteilhaften Entscheid. Sie wurden jedoch erneut enttäuscht, denn das Gericht entschied, das Frauengut sei vollumfänglich vor dem Zugriff der Gläubiger zu schützen.<sup>246</sup> Nun nutzten die Zürcher ihre letzte Chance, wenigstens einen Teil ihres Geldes zurückzuerhalten, indem sie sich mit Kanzler Weber auf eine Regelung zur Ablösung der Guthaben einigten. Demnach verzichteten die namentlich genannten Gläubiger – ein Rittmeister Johann Georg Bürkli, ein gewisser Orell zum Kronentor, Herr Gosswiler zum Brunnen, Postdirektor Hess, Quartierhauptmann Johann Heinrich Schulthess zur Limmatburg sowie ein Herr Heidegger – auf ihre gesamten Forderungen von immerhin ca. 8000 Gulden, als ihnen 50 neue Louisdor<sup>247</sup> bar auf die Hand ausbezahlt wurden.<sup>248</sup> Da Margarita Elisabetha Fassbind quasi ihren Ehemann verloren hatte, setzten die Schwyzer den Bruder der Frau, Hauptmann Theodor Reding, als deren Vogt ein, damit dieser sich um ihre Angelegenheiten kümmerte. Die Reliquien, die Gemälde, die Zinn- und die Silberservice übernahm das Kloster, den Rest der Mobilien trug man ins Haus des Kanzlers zurück und gab es bei der Frau Doktor in Verwahrung. Eine eigentliche Versteigerung fand gar nicht statt, da niemand eine solche verlangt hatte.

Auf Thomas Anton Fassbind selbst warteten ganz unerfreuliche Jahre. Auf Druck v. a. der Zürcher Gläubiger, die sich lautstark über dessen Flucht beschwerten, konnte Abt Niklaus Imfeld seinen ehemaligen Kanzler nicht länger in der Probstei St. Gerold wohnen lassen und musste ihn bereits nach zwei Wochen wieder von dort fortschicken. Fassbind zog ins Tirol, dann nach Innsbruck und schliesslich über die Stadtrepublik Venedig nach Italien. Da er in verschiedenen Gebieten Europas Gläubiger hatte – im Süden bis nach Rom – dürfte er jedoch auch dort kaum zur Ruhe gekommen sein. Sein Schicksal verliert sich für die nächsten

---

<sup>246</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 36.

<sup>247</sup> 50 neue Louisdor entsprachen einem Wert von 600 Gulden. Vgl. dazu die Abrechnung im Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 43.

<sup>248</sup> Ebd., S. 37f.

zehn Jahre im Dunkeln. Immerhin scheint ihm die Rückkehr in die ehrbaren gesellschaftlichen Kreise mit der Zeit wieder gelungen zu sein. Jedenfalls bewarb er sich 1773 in Einsiedeln um die frei gewordene Kanzlerstelle, blieb aber aufgrund seiner vergangenen Verfehlungen ohne Chance auf eine Wahl.<sup>249</sup> P. Michael Schlageters Urteil über den bankrotten Kanzler fiel erwartungsgemäss ungünstig aus: «Ersagte unglückliche Fassbind wahre ein sohn des so berüembten cantzler Fassbind in hier [...] dahingegen der sohn dem gottshaus so grosse schand, schaden, unehr jn als ausser dem land zugefüegt, viler gefahr so wol der rechten als sonderheitlich eigen mittel ausgesetzt.»<sup>250</sup>

**Felix Ludwig Weber (1763-1773).** Am Klosterkapitel vom 21. März 1763 bestimmten die anwesenden Patres den ehemaligen Schwyzer Landammann Felix Ludwig Weber zum Nachfolger des gescheiterten Stiftskanzlers Fassbind. Weber brachte sowohl wegen seiner gesellschaftlichen Stellung als auch wegen seiner Ausbildung und Karriere die allerbesten Voraussetzungen für die Besorgung der Stiftskanzlei und den damit verbundenen Aufgaben mit. Die Familie Weber verfügte in Schwyz und darüber hinaus in der Eidgenossenschaft sowie in Teilen des übrigen Europas über weit verzweigte Beziehungen und grosses Ansehen. Der Vater des neu gewählten Kanzlers, Josef Anton Weber (1685-1728), hatte verschiedene militärische Grade bekleide, war Ratsmitglied in Schwyz, Kriegsrat, Richter, Landesstatthalter und im Jahr 1717, zur Krönung seiner politischen Laufbahn, Landammann in Schwyz. Die Mutter, Maria Regina (1682-1713), stammte aus der nicht minder einflussreichen Schwyzer Familie Reding. Josef Anton und Maria Regina Weber hatten zusammen zwei Söhne und zwei Töchter.

Felix Ludwig Weber wurde am 2. September 1713 in Schwyz geboren. Nach einer wahrscheinlich juristischen Ausbildung, wirkte er in den Jahren 1735-1738 als Schwyzer Landschreiber. 1738 wurde er zum Richter ernannt, 1742-1748 amtierte er als Landessäckelmeister, stieg 1747 zum Statthalter auf und stand dem Stand Schwyz in den Jahren 1759 und 1760 als Landammann vor. In den Jahren 1750 und 1756 sass er zudem als eidgenössischer Landvogt im Thurgau.<sup>251</sup> Verheiratet war Weber mit der in Schwyz geborenen Magdalena Barbara Real. Das Ehepaar hatte

---

<sup>249</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 60 (Jahr 1773), Kopie, S. 4.

<sup>250</sup> Ebd., Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 50.

<sup>251</sup> HBLS, Bd. VII, S. 440 und Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 722.

zwölf Kinder, von denen aber nur drei Söhne und vier Töchter das Erwachsenenalter erreichten. Der eine Sohn, Felix Benedikt, trat ins Kloster Einsiedeln ein und legte als P. Johann Nepomuk am 29. September 1765 die Profess ab.<sup>252</sup> Josef Ludwig stieg wie sein Vater zum Landammann auf. Niklaus machte eine militärische Karriere und wurde Hauptmann.<sup>253</sup> Bis zum Umzug nach Einsiedeln, bewohnte die Familie das Webersche Palais<sup>254</sup> in Schwyz, welches der Bruder des Kanzlers als prunkvolle Residenz erbaut hatte. Die Mittel für eine solch aufwändige Lebensführung bezog die Familie Weber vor allem aus dem Solddienstgeschäft.

Am 30. März 1763 legte Kanzler Weber im Stift Einsiedeln seinen Amtseid ab.<sup>255</sup> Zwar hatten die versammelten Patres am Kapitel vom 21. März gewisse Bedenken geäussert, dass nach nun schon beinahe 60-jähriger Schwyzer Präsenz auf der Kanzlerstelle, erneut ein Vertreter dieses Standes angenommen werden sollte. Die Befürchtung hing noch immer im Raum, die Schwyzer könnten aus dieser lange dauernden Kontinuität ein gewisses Gewohnheitsrecht für sich ableiten. Zudem hatte man mit den Herren Jütz und Fassbind in den zurückliegenden 20 Jahren mehr schlechte als gute Erfahrungen gemacht. Dekan P. Michael Schlageter stellte deshalb zur Diskussion, ob nicht besser ein Mitglied des Konvents mit der notwendigen Ausbildung versehen werden sollte, damit die Stelle in Zukunft intern mit einem Mitglied der Klostersgemeinschaft besetzt werden konnte. Abt Niklaus Imfeld sprach sich jedoch gegen eine klosterinterne Lösung aus und brachte gute Argumente vor, die eben gerade für eine Wahl des Schwyzers Weber sprachen. Zum einen fiel die hohe gesellschaftliche Stellung des Bewerbers ins Gewicht, zum anderen war die Wahl eines Schwyzers aus grundsätzlichen Überlegungen zu befürworten, da man mit Schwyz naturgemäss in vielfacher Weise in Berührung kam. Zudem habe der aus Unterwalden stammende ehemalige Kanzler Lussy dem Abt gegenüber einmal bemerkt, der Verkehr mit den Schwyzer Behörden sei ihm oft schwer gefallen. Ein Schwyzer Kanzler habe in Schwyz wohl den einfacheren Zugang zu den massgebenden Stellen. Aus diesen Gründen sei im Falle einer Wahl Webers eine reibungslose Beziehung mit der Schwyzer Obrigkeit zu erwarten. Die Gefahr, dass sich Schwyz zukünftig auf Gewohnheitsrecht für die Besetzung der

---

<sup>252</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, Nr. 438.

<sup>253</sup> Monika Rhyner hat in ihrer Arbeit zu Spuk und Hexerei im Einsiedler Kanzlerhaus die familiären Verhältnisse und Verbindungen der Webers detailliert dargestellt. Vgl. Rhyner, Monika: Das verhexte Kanzlerhaus, S. 161.

<sup>254</sup> Vgl. dazu: Meyer, André: Die Kunstdenkmäler des Kantons Schwyz, Bd. 1, S. 402-409.

<sup>255</sup> Bestallungsurkunde für Felix Ludwig Weber, StIAE, Sig. A. HO 9. Vgl. auch: Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 26.

Kanzlerstelle berufen könne, bestand nach Ansicht des Abtes nicht, da es genügend Beispiele gäbe, welche die Besetzung der Kanzlerstelle mit Vertretern aus anderen Ständen belegten, was, wie aus dem vorliegenden Überblick über die Einsiedler Stiftskanzler hervorgeht, zweifelsohne der Fall war.<sup>256</sup>

Am 7. Februar 1764 gab Kanzler Weber in Einsiedeln seinen Einstand, indem er auf Kosten des Klosters einen Vespertrunk ausrichtete. Schlageter bemerkte dazu im Diarium: «[...] hat der neüe herr cantzler Weber seinen einstand gegeben zu dem vespertrunkh, so auf vile urgieren endlichen nolens volens von seiten P. Decans jhnen zugstanden worden. Mit vorbehalt ein trunkh und etwann dürre wüerst aufzustellen, so aber nit beobachtet worden, so etwas mehreres geschehen obschon gleichwohl nichts ausserordentliches.»<sup>257</sup> Wie so oft zeigte sich P. Michael Schlageter auch in diesem Fall als besorgter, sparsamer und gleichzeitig nachsichtiger Verwalter der klösterlichen Ökonomie.

### **Der Einsiedler Handel 1764-1766**

Felix Ludwig Weber trat sein Amt im Kloster zu einer Zeit an, in der sich die Innerschweiz in Aufruhr befand. In Zug, Schwyz, Uri, Glarus und Nidwalden regte sich zu Beginn der 60er-Jahre des 18. Jahrhunderts verbreiteter Widerstand der Untertanen gegen die Obrigkeit. Anlass für den öffentlichen Ungehorsam bildeten dabei oft Detailfragen, die sich in der Beziehung zwischen den Herren und den Untertanen ergaben. Die Auseinandersetzungen dürfen allerdings nicht isoliert betrachtet werden. Oft bildeten Sie bloss den entscheidenden Anlass, der die ohnehin stark aufgeheizte Stimmung zum explodieren brachte. In diesen Jahren war die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über das egoistische Gebaren der Eliten weit verbreitet, da die führenden Familien nach wie vor hemmungslos die gesamten Einnahmen aus dem Solddienstgeschäft in die eigenen Taschen steckten, ohne ihre direkt vom Solddienst betroffenen Landsleute daran zu beteiligen. Eine in diesem Zusammenhang stehende Volkserhebung bildete der so genannte «Einsiedler Handel», der in den Jahren 1764-1766 entbrannte und in dessen Verlauf Kanzler Weber gefangen genommen und in Schwyz eingekerkert wurde.<sup>258</sup> Entsponnen hatte sich der Konflikt zwischen Abt Niklaus Imfeld und den Waldleuten, die unter der

---

<sup>256</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 21-24.

<sup>257</sup> Ebd., Sig. A. HB 36 (Jahr 1766), Kopie, S. 16.

<sup>258</sup> Vgl. dazu: Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 620-625; Schilter, Dominik: Geschichte der Linden und Harten, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 21, (1866), S. 345-396 und Bd. 22, (1867), S. 162-208; sowie zuletzt: Brändle, Fabian: Demokratie und Charisma, S. 243-280.



Führung Karl Dominik Pfyls (\*1719) standen. Pfyl, ein Mitglied des Schwyzer Landrates, nutzte die in der Bevölkerung vorhandene revolutionäre Energie für seine Zwecke, indem er sich den unzufriedenen Einsiedlern als Führungsfigur anbot. Pfyl selbst kämpfte wohl in erster Linie in eigener Sache um seine politische Vormachtstellung in Schwyz.

Abt Niklaus hatte an der Maigemeinde vom 7. Mai 1764 vor den anwesenden Waldleuten verkünden lassen, die drei Hauptgewerbe – das Wirten, das Metzgen und das Kramen – dürften in Zukunft nicht mehr gleichzeitig von einer Person betrieben werden. Vor allem der Betrieb einer Gaststätte in Verbindung mit einer Metzgerei war aufgrund der sich ergebenden Synergien allgemein beliebt und wurde auch in Einsiedeln praktiziert. Mit dem Verbot wollte der Abt die klostereigenen Betriebe vor unliebsamer Konkurrenz schützen. In der Folge organisierten die Waldleute mehrere unbewilligte Versammlungen. Sie forderten Einsicht in das Archiv der Waldstatt, die ihnen von den drei Schlüsselverwaltern, dem Vogt dem Statthalter und dem Pannerherr, nach anfänglichem Widerstand auch gewährt wurde. Nach der Lektüre der einschlägigen Urkunden (wohl in erster Linie des Waldstattbuches) stellten die Rädelsführer im Einsiedler Gasthaus «Ochsen» eine Liste mit 18 Klagepunkten zuhanden der Schwyzer Obrigkeit zusammen, mit denen sie gegen das geltende Recht und damit gegen ihre Abhängigkeit vom Kloster Einsiedeln protestierten. Explizit forderten sie ein wirkliches Partizipations- und Mitbestimmungsrecht in der Waldstatt Einsiedeln.

Wie sich herausstellen sollte, gelangte die Liste mit den Klagepunkten – zum Leidwesen des Abtes – nie in die Hände des Schwyzer Rates. Nachdem nämlich Abt Niklaus Imfeld von der Existenz der Liste Wind bekommen hatte, sandte er sofort seinerseits ein Schreiben an Schwyz, mit dem er um den Schutz und die Bestätigung der Herrschaftsansprüche des Klosters über sein angestammtes Territorium und über die Waldleute bat. Die Schwyzer kamen seinem Begehren umgehend nach und versprachen, die Einsiedler Aufwiegler wenn nötig zu bestrafen. Als Vertreter der Waldleute in Schwyz zur Rede gestellt wurden, stritten sie die Urhebererschaft für die 18 Klagepunkte kategorisch ab und es gelang ihnen in der Folge sogar, den Abt bei den Schwyzern als Urkundenfälscher verdächtig zu machen, indem sie behaupteten, dieser habe mit seinem voreiligen und jeder Grundlage entbehrenden Schreiben lediglich eine aktuelle Bestätigung der Rechte und Ansprüche für das Kloster aus Schwyz erschleichen wollen. Nun geriet auch Kanzler Weber in den Strudel der

Revolte. Da Karl Dominik Pfyl in der Zwischenzeit im Schwyzer Rat das Szepter übernommen hatte, konnte das Kloster nicht mehr auf die Rückendeckung des Rats zählen. Im März 1765 wurde Weber zusammen mit Statthalter Auf der Maur gefangen genommen und in Schwyz in Haft gesetzt. Die neuen Machthaber warfen ihm vor, er habe bei der Abfassung der fiktiven 18 Klagepunkte gegen das Kloster mitgewirkt, um diesem damit einen Vorteil zu verschaffen. Zudem habe er, als ehemaliger Landammann von Schwyz, mit der Übernahme des Kanzleramtes eine untergeordnete Stelle angetreten, was gegen Recht und Gewohnheit verstosse und somit ebenfalls zu bestrafen sei.<sup>259</sup> Zwar setzten sich Abt Niklaus Imfeld und die katholische Nuntiatur als Vertreterin des Heiligen Stuhls in Schwyz schriftlich für die beiden Gefangenen ein, die Schreiben wurden jedoch von der unter dem Einfluss Pfyls stehenden Landsgemeinde anfänglich nicht zur Veröffentlichung zugelassen. Im Gegenteil: Weber wurde ohne Anhörung seiner Verteidiger all seiner Ämter enthoben und mit einer hohen Busse belegt.

Damit war Pfyl jedoch zu weit gegangen. Das skrupellose Vorgehen der Aufrührer wurde den Schwyzer Landleuten allmählich zu viel. So erreichte eine kleine Oppositionsgruppe, dass die Schreiben von Abt und Konvent sowie der Nuntiatur öffentlich vorgelesen werden konnten. Weber und Auf der Maur kamen darauf frei, die tatsächlichen Verfasser der 18 Klagepunkte wurden verurteilt und ausserordentlich hart bestraft.<sup>260</sup> Die drei hartnäckigsten Aufrührer aus Einsiedeln, ein gewisser Kälin in der Wähni, Johann Nikodemus Kälin und Nikolaus Benedikt Kälin, bezahlten ihr Engagement für mehr politische Mitbestimmung gar mit dem Tod. Sie wurden im Dezember 1766 mit dem Schwert hingerichtet.<sup>261</sup> Karl Dominik Pfyl setzte sich ins Ausland ab. Seine Spur verliert sich in Deutschland.

### **Hexerei im Kanzlerhaus**

Mit Unbill ganz anderer Art hatte die Familie Weber im Jahr 1772 zu kämpfen. Im März des Jahres machte sich im Kanzlerhaus ein Poltergeist mit Kratzgeräuschen und sonstigem Getöse bemerkbar.<sup>262</sup> Am stärksten hatte die elfjährige Tochter Carolina unter den Nachstellungen der Spukgestalt zu leiden. Der Geist erschien ihr abwechslungsweise als Hund, als Katze oder als Mensch und legte sich zuweilen

---

<sup>259</sup> Brändle, Fabian: Demokratie und Charisma, S. 260f.

<sup>260</sup> Rhyner, Monika: Das verhexte Kanzlerhaus, S. 149, Anm. 4.

<sup>261</sup> Brändle, Fabian: Demokratie und Charisma, S. 268.

<sup>262</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt die detailreiche Darstellung der Geschehnisse bei: Rhyner, Monika: Das verhexte Kanzlerhaus.

sogar zu dem Kind ins Bett. Das Mädchen wurde dabei zerkratzt und es zeigte Bisswunden, die sich nach genauerer Untersuchung als von einem menschlichen Gebiss verursacht herausstellten. Als erste Reaktion rief der Kanzler zwei Patres aus dem Kloster zu Hilfe, da sich die beiden in der Vergangenheit bereits erfolgreich als Exorzisten betätigt hatten. Allein in diesem Fall konnten die Patres sogar mit den grössten Anstrengungen nichts gegen die Plage ausrichten. Ebenso wenig halfen die Ratschläge anerkannter Fachleute der Exorzistik und der Bekämpfung von Hexerei, die bis nach Petershausen bei Konstanz gesucht und um Rat angegangen wurden. Allmählich verbreitete sich die Plage auch ausserhalb des Kanzlerhauses im Dorf, wo Einheimische und Durchreisende von dem Spuk belästigt wurden, was zu einer allgemeinen Angst und Verunsicherung im Dorf führte.

Die Aufregung dauerte bis gegen Ende Juni 1772, als der Spuk allmählich ganz von selber wieder verschwand, nachdem man einen Poltergeist als Übeltäter identifiziert hatte. Ein gewisser P. Theodosius Schelbert legte in einem Brief an den in dieser Angelegenheit ebenfalls stark engagierten Dekan P. Michael Schlageter dar, Poltergeister könnten nicht mit Benediktionen und Weihrauch aus einem Haus getrieben werden. Vielmehr sei den Angriffen und Belästigungen möglichst keine Beachtung zu schenken oder dann sollte dem Geist mit offener Verachtung oder gar Aggression begegnet werden. Scheinbar zeigte diese Kampfaktik Erfolg. Jedenfalls notierte P. Michael Schlageter in der Folge nur noch einzelne Vorkommnisse im Kanzlerhaus, bis diese nach und nach im Juni 1773 ganz ausblieben.

Kanzler Felix Ludwig Weber erlebte das Ende des Spuks selber nicht mehr. Er war im April 1773 an einem Gangrän<sup>263</sup> am Hals verstorben. In seiner Amtsführung scheint Weber im Gegensatz zu seinen Vorgängern keinen Anlass zur Klage gegeben zu haben. Jedoch musste er einige Turbulenzen durchstehen, was P. Othmar Ruepp im Nachruf auf den Verstorbenen lobend erwähnte: «Er vertratt auch seine stelle mit treüe gottesfürchtigkeit und geschicklichkeit gegen 10 jahr. Seine zu Schweiz anno 1765 ausgestandene einthürmung in den leidig dasig landstrublen und einsidler handel um der gerechtigkeit willen und auf hiesiger landsgmeind erhaltene

---

<sup>263</sup> Die in der Quelle mit dem heute noch gebräuchlichen Fachbegriff aus der Pathologie «Gangrän» bezeichnete Gewebeveränderung wird umgangssprachlich oft «Brand» genannt. Es handelt sich dabei um eine wenig differenzierte Sammelbezeichnung für den Zerfall von Körpergewebe, der durch verschiedene Ursachen (Strahlen, Hitze, Säuren, mechanisch herbeigeführte Verletzungen, Sauerstoffmangel) hervorgerufen werden kann und der sich durch schwärzliche Verfärbung des betroffenen Gewebes äussert. Falls Fäulnisbakterien am Prozess beteiligt sind, führt der Zerfall zu feuchten Wunden. Vgl. Springer Lexikon Medizin, Begriffe «Gangrän» und «Nekrose».

wunde am kopf bezeügen von seiner treüe.»<sup>264</sup> Am 18. April 1773 erhielt Felix Ludwig Weber ein ehrenvolles Begräbnis. Vier Patres, vier Fratres und sechs Scholaren überführten die Leiche unter dem Geläute aller Glocken des Klosters vom Kanzlerhaus in die Klosterkirche, wo sie unter grosser Anteilnahme zu Füssen des St. Josef-Altars begraben wurde.<sup>265</sup> Am 11. Juni desselben Jahres zog Webers Ehefrau Magdalena Barbara zusammen mit den Kindern und dem Gesinde zurück nach Schwyz.

**Josef Anton Jütz (1776-1795).** Nach dem Tod Webers blieb die Kanzlerstelle während dreier Jahre unbesetzt, wurde jedoch in dieser Zeit vom damaligen Einsiedler Lehenvogt Augustin Gyr interimistisch mit Hilfe des Sekretärs Kaspar Anton Eberle bestellt. Die jährlichen Einnahmen aus der Kanzlei von ungefähr 1000 Gulden, die eigentlich dem Stiftskanzler zugestanden hätten, flossen in dieser Zeit dem Kloster zu. In früheren Jahren war Gyr im Kloster Pfäfers als Kanzler tätig gewesen, kannte sich in der Kanzleiarbeit also bestens aus.<sup>266</sup> Es bleibt unklar, warum Gyr nicht offiziell zum Kanzler ernannt wurde. Wahrscheinlich stand ihm seine allzu durchschnittliche Abstammung im Weg. Zudem konnte Abt Marian Müller für die Wiederbesetzung der Stelle unter verschiedenen geeigneten Bewerbern auswählen. Im November 1776 entschied er sich für den 33-jährigen Josef Anton Jütz, den ältesten Sohn des ehemaligen Kanzlers Karl Dominik Jütz. Josef Anton war am 8. August 1743 in Schwyz geboren. Er hatte als Landvogt in Gaster geamtet und war Mitglied des Siebnergerichts und des Landrates in Schwyz.<sup>267</sup> Am 14. November 1763 heiratete Jütz Maria Anna Aloisia von Reding. Das Paar hatte 10 Kinder.<sup>268</sup> Josef Anton Jütz besorgte die Kanzleigeschäfte während 19 Jahren zur allgemeinen Zufriedenheit. Jedenfalls äusserte sich der Kanzleisekretär Kaspar Anton Eberle im Jahr 1777 durchaus wohlwollend über seinen Vorgesetzten: «Wirklich ist dieser neue kanzler uns vollkommen anständig. Er ist fromm ein wahrer christ. Gelehrt, arbeitsam, leitsam und brauchbar. Seine guten aufsetz ersetzen die schlechte schrift. Hiemit wir eine gute wahl getroffen»<sup>269</sup>. Seit 1790 scheint Abt Beat Küttel mit den Leistungen seines Kanzlers jedoch zunehmend

---

<sup>264</sup> Nachruf, verfasst von P. Othmar Ruepp, StiAE, Sig. A. HO 10.

<sup>265</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 60 (Jahre 1772-1773), Kopie, S. 39.

<sup>266</sup> Nachruf, verfasst von P. Othmar Ruepp, StiAE, Sig. A. HO 10.

<sup>267</sup> HBLS, Bd. IV, S. 420.

<sup>268</sup> Genealogie Jütz von Peter Inderbitzin.

<sup>269</sup> Zit. nach: Bemerkungen zur Kanzlerstelle von P. Otmar Ruepp, 1777, StiAE, Sig. A. HO 10.

unzufrieden gewesen zu sein. Jedenfalls wollte er sich aus nicht erkennbaren Gründen von diesem trennen, schob auf bitten des Kanzlers die Kündigung vorerst jedoch auf. Am 4. März 1795 starb Josef Anton Jütz nach kurzer Krankheit im Alter von 52 Jahren.<sup>270</sup>

**Karl Dominik Jütz (1795-1798).** Die Nachfolge des im Amt verstorbenen Kanzlers trat dessen Bruder Karl Dominik an. Er wurde am 22. Mai 1751 geboren. In erster Ehe war Jütz mit Magdalena Rosa von Hettlingen verheiratet. Nach deren Tod ging er am 16. November 1789 in Schwyz mit Anna Katharina Hediger, der Witwe des Fürsprechs, Hauptmanns und Ratsherrn Felix Ludwig Hediger, eine zweite Verbindung ein. Nachdem auch diese Ehefrau im Juli 1794 verstarb, verheiratete er sich mit Maria Anna Honegger ein drittes Mal. Alle drei Verbindungen blieben kinderlos.<sup>271</sup>

Vor seinem Amtsantritt konnte Karl Dominik Jütz in Schwyz bereits reiche politische Erfahrung sammeln. Von 1776 bis 1789 war er Mitglied des Siebnergerichts, 1780 amtierte er als Landessäckelmeister, 1785 als Landesstatthalter sowie in den Jahren 1787, 1789 und 1793 als Landammann.<sup>272</sup> Am 11. Mai 1795 erhielt er aus der Hand von Abt Beat Küttel seinen Bestallungsbrief als Kanzler des Klosters. Abt Beat muss viel von den Fähigkeiten des Kanzlers gehalten haben, griff er ihm doch verschiedene Male mit grossen Geldbeträgen unter die Arme, als dieser als Inhaber einer Handelskompanie in Schulden geriet.<sup>273</sup>

Als am 3. Mai 1798 Teile der französischen Armee in Einsiedeln einmarschierten, fand nicht nur die Amtszeit Karl Dominik Jütz' ein abruptes Ende, sondern das Amt des Einsiedler Stiftskanzlers wurde überhaupt aufgehoben. Jütz flüchtete nach Bremgarten, dem Heimatort seiner dritten Frau und blieb dort bis zu seinem Tod am 17. Mai 1808.<sup>274</sup> Laut Joseph Thomas Fassbind war Karl Dominik Jütz ein frommer und gottesfürchtiger Mann, der seine Aufgaben in den höchsten politischen Ämtern zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllte. Mit der Aufnahme in den Kreis der Ritter des Goldenen Sporns wurden ihm auch von kirchlicher Seite die höchste Ehre zuteil. Die Stelle als Kanzler in Einsiedeln soll er nur darum angetreten haben, um sie zur gegebenen Zeit seinem damals noch minderjährigen Neffen Viktor

---

<sup>270</sup> Diarium Abt Beat Küttel, Bd. 5, (Jahr 1790), StiAE, Sig. A. HB 74.

<sup>271</sup> Genealogie Jütz von Peter Inderbitzin.

<sup>272</sup> HBLS, Bd. IV, S. 420.

<sup>273</sup> Diarium Abt Beat Küttel, Bde. 9 und 10, (Jahre 1795 und 1796), StiAE, Sig. A. HB 74.

<sup>274</sup> Genealogie Jütz von Peter Inderbitzin.

Jütz abtreten zu können. Der Einfall der Franzosen in Einsiedeln vereitelte diesen Plan dann jedoch auf unvorhergesehene Weise.<sup>275</sup>

### 6.1.3 Voraussetzungen für die Erfüllung des Amtes

Ein Anwärter auf die Kanzlerstelle musste verschiedene Voraussetzungen erfüllen, damit er für die Verantwortlichen im Kloster wählbar war. Es versteht sich von selbst, dass neben den fachlichen Qualifikationen, die für die Erfüllung der Amtsgeschäfte notwendig waren, einen angemessenen Lebenswandel im Sinn der Römisch katholischen Kirche vorausgesetzt wurde. P. Dekan Beat Küttel nannte in einem Schreiben an Landammann Hedlinger in Schwyz die charakterlichen Eigenschaften, die ein Kanzler nach der Ansicht von Abt und Konvent mitbringen musste, um erfolgreich im Dienste des Klosters wirken zu können: «Niemand wird besser einsehen mögen was für eigenschaften diesen dienst [das Kanzleramt] zu bekleiden erfordert werden, als hochderselbe [Landammann Hedlinger]. Es ist ein klosterdienst und er ist der erste. Diese worte allein, was für nicht gewöhnliche arten von tugenden erfordern sie nicht? Leitbarkeit, demuth, arbeitsamkeit, ein angenehm höfliches betragen und voraus ein religionseifer der nicht allein im herzen verschlossen sich einfindet sondern auch öffentlich andern zum beyspiel geäussert wird. Dieses sind eigenschaften die wir an einem kanzler wünschen.»<sup>276</sup> Neben der religiösen Gesinnung, bildeten die fachliche Qualifikation und die Vernetzung in den richtigen sozialen Kreisen eine wichtige Voraussetzung. Eine angemessene Schulbildung war dabei unabdingbar.

Der für eine Anstellung geforderte Schulsack und der Erfahrungsschatz, den ein Bewerber mitbringen musste, lässt sich zum Teil aus den Biographien der Amtsinhaber erschliessen. Betrachtet man jedoch die Karrieren der einzelnen Stiftskanzler genauer, wird bald klar, dass für den untersuchten Zeitraum kaum allgemeingültige Feststellungen zum Bildungshintergrund gemacht werden können. Ähnlich wie im weltlichen Bereich, veränderten sich auch in der Einsiedler Klosterherrschaft die Anforderungen an die Amtsinhaber im Laufe der Zeit, dies u. a. als Folge der zunehmenden Differenzierung und Professionalisierung der herrschaftlichen Verwaltung und der Kanzleitechnik. Allerdings stiegen die Ansprüche an die Ausbildung der Kanzler nicht unbedingt parallel zur

---

<sup>275</sup> Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 729.

<sup>276</sup> Zit. nach: Brief von Dekan P. Beat Küttel an den Schwyzer Landammann Hedlinger vom 21. Juni 1776, StIAE, Sig. A. HO 10.

Professionalisierung der Verwaltungsführung. Neben dem Faktor Ausbildung, beeinflussten eben auch verschiedene andere soziale und politische Faktoren die Wahl eines Kanzlers.

#### **6.1.4 Exkurs I: Die Ausbildung der Stadtschreiber in der frühen Neuzeit**

In einem ersten Exkurs soll die Aufmerksamkeit den gut untersuchten städtischen Kanzleien gelten, um einen Eindruck vom Bildungshintergrund des damaligen Kanzleipersonals zu gewinnen. Im ausgehenden Mittelalter standen den grossen Stadtkanzleien oftmals promovierte Juristen vor. So hatte z.B. der Berner Stadtschreiber Thüning Fricker im Jahr 1473 an der Universität in Pavia sein Doktorexamen im Kirchenrecht abgelegt.<sup>277</sup> Auch in Augsburg, Freiburg im Breisgau, Strassburg, Ulm, Esslingen und in Schwäbisch-Hall wirkten in dieser Zeit Doktores der Rechte als Vorsteher der städtischen Kanzleien. Bereits im Jahr 1439 hatte die Stadt Antwerpen festgelegt, der Vorsteher ihrer Kanzlei müsse während mindestens dreier Jahre an einer Universität die Rechte studiert haben. Gleiches galt in verschiedenen eidgenössischen Kleinstädten, wo ebenfalls Stadtschreiber tätig waren, die wenigstens eine gewisse Zeit lang an einer Universität studiert hatten, so z.B. die Schreiber von Thun, Biel, Rapperswil, Wil und Arbon. Erstaunlicherweise verfügten deren Nachfolger im 16. Jahrhundert in der Regel nicht mehr über einen vergleichbaren Bildungsrucksack. Nicht in jedem Fall war ein universitäres Rechtsstudium als Voraussetzung für die Erlangung einer Stadtschreiberstelle notwendig. Dennoch stellte auch die Bürgerschaft kleiner Städte durchaus gewisse Erwartungen an den Bildungshorizont ihrer Kanzleiverwalter.<sup>278</sup> Im Ganzen waren universitär gebildete Stadtschreiber im betrachteten Raum und während der betrachteten Zeit jedoch eher die Ausnahme. Lediglich in Bern und Luzern lassen sich vom ausgehenden 13. Jahrhundert an bis ins 16. Jahrhundert eine im Verhältnis wesentliche Zahl an Akademikern auf der obersten Stadtschreiberstelle nachweisen.<sup>279</sup> Wichtiger als universitäre Bildung war praktische Erfahrung im Kanzleiwesen. Diese konnte sich ein junger Mann auf einer Kanzlei oder bei einem Notar erwerben, indem er sich als Gehilfe in Dienst nehmen liess. Bereits im 15. und

---

<sup>277</sup> Zahnd, Urs M.: Studium und Kanzlei, Der Bildungsweg von Stadt- und Ratsschreibern in eidgenössischen Städten des ausgehenden Mittelalters, in: Schwinges, Rainer C. (Hg.): Gelehrte in Reich, Zur Sozial- und Wirkungsgeschichte akademischer Eliten des 14. bis 16. Jahrhunderts, Berlin 1996, (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 18), S. 453-476, hier: S. 453.

<sup>278</sup> Ebd., S. 459f.

<sup>279</sup> So waren z.B. in Luzern von den 19 im Zeitraum zwischen 1285-1537 belegten Stadtschreibern 10 sicher oder doch mit grosser Wahrscheinlichkeit Universitätsabgänger. Vgl. Ebd., S. 462.

16. Jahrhundert sind in den meisten städtischen Kanzleien Lehrlinge belegt, die auf diesem Weg das Kanzleihandwerk zu erlernen suchten. Auf der Einsiedler Kanzlei waren solche als Kanzlisten bezeichnete Substituten in späterer Zeit ebenfalls zahlreich beschäftigt. Das Niveau einer solchen praxisorientierten Kanzleiausbildung konnte dabei ganz beachtlich sein. So hatten die Substituten wohl alle in einer städtischen oder kirchlichen Lateinschule eine gründliche Ausbildung in den Fächern des Trivium erhalten und waren im Rahmen der Rhetorik auch in die Rechtskunde und in die Urkundenlehre eingeführt worden.<sup>280</sup> In der Kanzlei stand dann die praktische Ausbildung im Vordergrund. Anhand lateinischer und später auch deutscher Formularbücher lernten die Substituten durch Abschreiben die unterschiedlichen Schrifterzeugnisse einer Kanzlei oder eines Notariats kennen und handhaben.<sup>281</sup>

Im 17. und 18. Jahrhundert gewann eine angesehene gesellschaftliche Stellung neben einem gut gefüllten Bildungsrucksack zunehmend an Bedeutung. Dies hat im eidgenössischen Kontext mit einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Voraussetzungen zu tun. Hatten die eidgenössischen Kleinstädte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert aufgrund ihrer geografischen Ferne zu den Universitäten, zwangsläufig auf auswärtiges Personal zurückgreifen müssen, da einheimische Bewerber mit einer entsprechenden Ausbildung gar nicht zur Verfügung standen, änderte sich die Situation im 16. und 17. Jahrhundert mit der sich ausbreitenden Alphabetisierung. Zunehmend drängten Vertreter der städtischen Oberschicht in die Stadtkanzleien. Wie Konrad Wanner am Beispiel Luzerns zeigte, stammten diese v. a. aus zwei gesellschaftlichen Gruppen: Zum einen handelte es sich um Söhne und Angehörige gewesener Stadtschreiber, die so zu sagen in die Fussstapfen ihrer Väter traten, zum anderen erkannten die Söhne der politischen Oberschicht das mit den Stadtschreiberämtern verbundene Machtpotential und die guten Aussichten in finanzieller Hinsicht und meldeten darum ebenfalls ihren

---

<sup>280</sup> Zahnd, Urs M.: Studium und Kanzlei, S. 464ff.

<sup>281</sup> Burmeister, Karl Heinz: Anfänge und Entwicklung des öffentlichen Notariats bis zur Reichsnotariatsordnung von 1512, in: Carlen, Louis und Ebel, Friedrich (Hgg.): Festschrift für Ferdinand Elsener zum 65. Geburtstag, Sigmaringen 1977, S. 76-90, hier: S. 81.



Anspruch an.<sup>282</sup> Ein bemerkenswerter Unterschied lässt sich allerdings zwischen den beiden Aspirantengruppen ausmachen: Während die Nachkommen der Schreiber in der Regel realistisch als Substituten den Einstieg in die Kanzlei suchten, strebten die Söhne der politischen Oberschicht ausnahmslos direkt den Stadtschreiberposten an.<sup>283</sup>

### 6.1.5 Exkurs II: Die Ausbildung der Kanzler im kirchlichen Bereich

An der päpstlichen Kurie des Früh- und Hochmittelalters traten die Mitarbeiter der Kanzlei ihr Amt in der Regel bereits in jungem Alter an. Die jungen Männer entstammten meist dem römischen Stadtadel, was ihnen den Umgang mit den höfischen Sitten an der Kurie erleichterte. Die jungen Notare erhielten ihre kirchlichen Weihen mit dem Eintritt in den Dienst der päpstlichen Kanzlei. Ausgebildet wurde der Nachwuchs dann im Rahmen der Tätigkeit auf der Kanzlei.<sup>284</sup> Seit dem 13. Jahrhundert führten alle Kanzleibeamten den Titel eines Magisters, was auf eine höhere Vorbildung schließen lässt. Für die höheren Ämter in der päpstlichen Kanzlei kamen seit dieser Zeit ausschliesslich Personen in Frage, welche eine ausgezeichnete juristische Bildung besaßen. Kenntnisse in beiden Rechten waren bis auf die niedrigste Hierarchiestufe unerlässlich. Der hohen Würde und den ebenso grossen Ansprüchen der Päpste entsprechend, rekrutierte sich das leitende Personal aus dem gesamten europäischen Raum. In jener Zeit fanden sich Mitglieder der gesamten juristisch und humanistisch gebildeten Elite Europas auf der Kanzlei des Heiligen Stuhls zusammen.<sup>285</sup>

Am Sitz der Konstanzer Bischöfe musste der Aufstieg ins Kanzleramt in der Regel durch jahrelange Tätigkeit auf untergeordneten Kanzleiposten erarbeitet werden. Später folgten Kanzler, die zusätzlich zur praktischen Erfahrung akademische Studien vorweisen konnten. Nach der Reformation stiegen dann

---

<sup>282</sup> Christian Hesse weist in seiner Arbeit zum Bildungshintergrund der Verwaltungsbeamten in Hessen und Württemberg im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit ebenfalls darauf hin, dass sich die Amtsträger in der Verwaltung im Laufe der Zeit zwar zunehmend spezialisierten und professionalisierten, was ein gewisses Bildungsniveau auch in den unteren Ämtern der Verwaltung voraussetzte, dass aber gleichzeitig die Herkunft aus einer einflussreichen Familie eine immer wichtigere Rolle spielte. Vgl. Hesse, Christian: Landesherrliche Amtsträger - Artisten im Beruf, in: Rainer C. Schwinges (Hg.): Artisten und Philosophen, Wissenschafts- und Wirkungsgeschichte einer Fakultät vom 13. bis zum 19. Jahrhundert, Basel 1999, (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1), S. 25-51, hier: S. 50.

<sup>283</sup> Wanner, Konrad: Schreiber, Chronisten und Frühhumanisten in der Luzerner Stadtkanzlei des 15. Jahrhunderts, S. 43.

<sup>284</sup> Bresslau, Harry, Handbuch der Urkundenlehre, Bd. 1, S. 198f.

<sup>285</sup> Ebd., S. 322-324.

ausschliesslich noch ausgebildete Juristen ins Kanzleramt auf, die fast ausnahmslos einen Dokortitel meist beider Rechte besaßen. Daneben konnten diese Amtsinhaber jeweils mehrjährige Erfahrung im Dienst der Konstanzer Kurie, als Lehrer an Universitäten, als Richter an hohen Gerichten oder in anderen weltlichen Verwaltungs- oder Ratsämtern vorweisen. Ihre Ausbildung hatten die Kanzler an den europäischen Universitäten v. a. im deutschsprachigen Raum, in Wien, Leipzig, Ingolstadt, Freiburg im Breisgau, Tübingen, Dillingen oder Basel genossen. Ab dem 17. Jahrhundert studierten sie bevorzugt an den katholischen Universitäten Freiburg im Breisgau und Dillingen.<sup>286</sup>

#### **6.1.6 Ausbildung und gesellschaftliche Stellung der Einsiedler Kanzler**

Die Bemerkungen zur Ausbildung und zum Werdegang der Kanzleivorsteher im weltlichen und im kirchlichen Bereich zeigen für die frühe Neuzeit verschiedene Zugangsmöglichkeiten zum Kanzleramt. Tendenziell lässt sich mit der Differenzierung und Professionalisierung der Verwaltung ein Ansteigen der Erwartungen an den Bildungshintergrund der Kanzler feststellen. Dieser Befund lässt sich im Fall von Einsiedeln nur teilweise bestätigen. Hier spielten oft andere Faktoren eine gewichtigere Rolle wenn es um die Neubesetzung der Kanzlerstelle ging. Zwar finden sich die vier Hauptfaktoren, die zum Erreichen des Postens eines Kanzleivorstehers führen konnten – universitäre Bildung, Praxisausbildung auf einer Kanzlei, Beherrschung der wichtigen Fremdsprachen<sup>287</sup> und angesehene gesellschaftliche Stellung – auch in Einsiedeln, allerdings fand hier keine kontinuierliche Entwicklung hin zu einer Akademisierung des Amtes statt. Tatsächlich griff man im Kloster Einsiedeln gerne auf bereits an anderen Orten bewährte Kanzleiverwalter zurück, für welche das Amt im bedeutenden Benediktinerstift offenbar eine interessante und einträgliche Herausforderung darstellte. Für das geografisch und politisch stark mit dem Stand Schwyz verbundene, territorial aber verzettelte Fürstentum Einsiedeln, war ein möglichst reibungsloses Verhältnis zum Stand Schwyz lebenswichtig, vor allem, da es Schwyz im 17. und 18. Jahrhundert

---

<sup>286</sup> Ottnad, Bernd: Zur Geschichte des Kanzleramtes und der Kanzler der Fürstbischöfe von Konstanz (1458-1802), S. 264. Vgl. auch: Ders.: Die Kanzler des Bistums Konstanz, in: *Helvetia Sacra*, hg. v. dem Kuratorium der *Helvetia Sacra*, Begr. von Rudolf Henggeler, weitergeführt von Albert Bruckner, Abt. I, Bd. 2, Zweiter Teil, Basel/Frankfurt am Main 1993, S. 729-764, hier: S. 733f.

<sup>287</sup> So bot sich für die Nachfolge von Kanzler Johann Karl Lussi im Jahr 1664 unter anderen ein gewisser Beat Jakob Zelger mit dem Argument als Kandidat an, er beherrsche Lateinisch und Italienisch «wol fundiert», da er die beiden Sprachen in Rom erlernt habe. Vgl. Konzeptbuch 1660-1665, StIAE, Sig. A. YL 3, S. 331.

immer besser gelang, landeshoheitliche Rechte auf die Waldstatt Einsiedeln auszudehnen. Es erstaunt daher nicht, dass Abt und Konvent ihre Kanzleivorsteher im 18. Jahrhundert ausschliesslich aus der politischen Elite in Schwyz rekrutierten. Insgesamt lassen sich für Einsiedeln die folgenden Faktoren herauskristallisieren, die jeweils, je nach Zeit und Umständen mit unterschiedlichem Gewicht, die Wahl eines Stiftskanzlers beeinflussten.

### **Universitäre Bildung / Lateinschule und Substitut auf einer Kanzlei**

Das Vorhandensein oder das Fehlen universitärer Bildung lässt sich für die Einsiedler Kanzler am schwierigsten belegen, da die Biographien v. a. der frühen Kanzler aufgrund der Quellenlage nur äusserst lückenhaft fassbar sind. Generell darf wohl davon ausgegangen werden, dass eine universitäre Ausbildung für die Inhaber der Einsiedler Kanzlerstelle eher die Ausnahme als die Regel darstellte und dass die Amtsinhaber von Auswärts eher über eine solche verfügten, als jene aus Schwyz oder Einsiedeln, da bei diesen die gesellschaftliche Stellung, die Zugehörigkeit zur richtigen Familie für eine Wahl im Vordergrund stand. Wer aus einer guten Familie stammte, hatte nach dem Besuch einer Lateinschule durchaus die Möglichkeit seine Sporen als Substitut auf einer Kanzlei abzuverdienen und auf diesem Weg zur Kanzlerstelle zu gelangen. Doch gute Leistungen alleine, z.B. als Sekretär und rechte Hand des Kanzlers, genügten nicht, um zu avancieren. Tatsächlich gelang es in Einsiedeln keinem der Kanzleisekretäre auf den Posten des Stiftskanzlers vorzurücken.

Lediglich vier Einsiedler Kanzler kamen sicher oder zumindest sehr wahrscheinlich in den Genuss einer universitären Ausbildung: Der Einsiedler Waldmann Wolfgang Reimann (1609-1620) hatte an der Universität in Freiburg im Breisgau theologische Studien betrieben, bevor er unter seinem Vater in den Dienst der Einsiedler Kanzlei trat. Der Zuger Johann Jakob Weissenbach (1635-1658) soll in Frankreich studiert haben, sein Landsmann Lazarus Heinrich (1663-1693) studierte wohl am Collegium Helveticum in Mailand<sup>288</sup> und Joseph Franz Wüörner (1710-1713) führte den Titel eines Doktors der Medizin. Im letzten Fall hatte die Doktorwürde aber keinen direkten Einfluss auf die Wahl zum Stiftskanzler. Vielmehr scheint es, dass Wüörner als amtierender Einsiedler Hofarzt nach dem Rücktritt Johann Martin Hegners ganz einfach in die Bresche sprang.

---

<sup>288</sup> Sammlung Zurlauben, 142/109.

Die berufliche Karriere Wolfgang Reimanns stellt dagegen einen interessanten Beleg für den Werdegang eines Stiftskanzlers über Studium und Substitut aus dem frühen 17. Jahrhundert dar. Dank dem erfolgreichen Bestreben des Stiftskanzlers Johann Jakob Reimann (1581-1609), seinen Sohn Wolfgang ins Amt zu befördern, sind einige Hinweise zu dessen Werdegang und Amtseinführung überliefert. Demnach setzte sich der Vater persönlich vor dem versammelten Klosterkapitel für seinen Sohn ein. Er legte dem Abt und den Patres dar, er habe Wolfgang «ein guote zyt lang den schuolen zuo erlernung seyner künsten und loblichen sprachen<sup>289</sup> anbevolchen [...]»<sup>290</sup> und sei darum der Meinung, Wolfgang sei gut auf das Kanzleramt vorbereitet. Er bat das Kapitel, den jungen Mann vorerst als Gehilfen in die Kanzlei aufzunehmen, damit er ihn persönlich in die Amtsgeschäfte einzuführen könne. Auf diese Weise bleibe die Kontinuität auf der Stiftskanzlei gewahrt und das Kloster verfüge nach seinem Rücktritt oder Tod unmittelbar wieder über einen voll handlungsfähigen Kanzler.

Die Argumente Johann Jakob Reimanns überzeugten offenbar die Mehrheit der Kapitelsteilnehmer, denn der Sohn wurde als so genannter Coadiutor auf der Kanzlei angestellt. In der Ernennungsurkunde hielt der Abt die von ihm zur Abklärung der Tauglichkeit unternommenen Anstrengungen wie folgt fest: «Dessen wir genuogsamme schriftliche ouch mundtliche erkundigung da wir befinden er zuo disem ambt und damit in der lehr sprachen und anderen nothwendigen sachen genuogsamb erfahren sind noch verners erfahrt wol qualifiziert und thugentlich ist.»<sup>291</sup> Wahrscheinlich hatte Wolfgang Reimann die Hochschulreife an der Klosterschule in Einsiedeln erworben, bevor er sich in Freiburg im Breisgau an der theologischen Fakultät einschrieb. Jedenfalls nahm seit Mitte des 16. Jahrhunderts die Klosterschule auch externe Schüler auf<sup>292</sup> und aus späterer Zeit, vom Ende des 17. Jahrhunderts, ist mit Ludovic oder Ludwig Betschart ein Beispiel vorhanden, das die Anwesenheit des Sohnes eines Stiftskanzlers an der Klosterschule belegt.<sup>293</sup> Aber zurück zu Vater und Sohn Reimann: Noch im selben Jahr trat Johann Jakob Reimann von seinem Amt als Stiftskanzler zurück und mit der Bestallung vom 24.

---

<sup>289</sup> Mit der Bezeichnung «loblichen sprachen» können eigentlich nur die beiden klassischen Sprachen Griechisch und Latein gemeint sein.

<sup>290</sup> Zit. nach: Urkunde von Abt Augustin Hofmann (1600-1629), StiAE, Sig. A. HO 3.

<sup>291</sup> Zit. nach: Ernennungsurkunde für Wolfgang Reimann zum Coadiutor in der Kanzlei, StiAE, Sig. A. HO 3.

<sup>292</sup> Banz, Romuald und Henggeler, P. Rudolf: Kurze Geschichte der Stiftsschule Einsiedeln, Eine Festgabe zu der vor 100 Jahren erfolgten Einführung des Lyzeums, Einsiedeln 1948, S. 16.

<sup>293</sup> Diarium P. Josef Dietrich, StiAE, Sig. A. HB 9, fol. 135v.

April 1609 nahm Abt Augustin den Sohn als neuen Kanzler an.<sup>294</sup> Die so genannte Lehrzeit Wolfgangs war von nur kurzer Dauer. Von einer gründlichen Ausbildung von der Pike auf kann jedenfalls nicht die Rede sein. Vielmehr entsteht der Eindruck, die angekündigte Lehrzeit habe lediglich als Mittel zur Beförderung Wolfgangs ins Kanzleramt gedient.

Im Unterschied dazu machte Karl Dominik Jütz (1732-1754) gut 100 Jahre später eine Karriere innerhalb der klösterlichen Verwaltung und stieg auf diesem Weg ins Kanzleramt auf. Ab 1723 wirkte er während sechs Jahren als Stiftsamtmann für Einsiedeln. In dieser Stellung kam er in direkten Kontakt mit den Bauern der Klosterherrschaft, indem er verantwortlich für den Einzug der bäuerlichen Abgaben war und einmal pro Jahr mit dem Stiftskanzler über die Erträge abrechnete. 1729 wechselte er für drei Jahre die Seiten und verantwortete im Auftrag von Schwyz als Vogt Schirm und Schutz für Einsiedeln. Mit dieser praktischen Vorbildung brachte Jütz die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tätigkeit als Vorsteher der Stiftskanzlei mit.

Wie erwähnt ist aus Einsiedeln kein Fall belegt, in dem die erfolgreiche Tätigkeit in untergeordneter Stellung auf der Kanzlei ausgereicht hätte, um auf den Kanzlerposten vorzurücken. Das Schicksal des Kanzleisekretärs Reding belegt dies auf anschauliche Weise: Als Kanzler Jütz 1755 von der Schwyzer Landsgemeinde buchstäblich von seiner Kanzlerstelle abberufen wurde, entspann sich in Schwyz ein Machtkampf um die Nachfolge zwischen den Familien Jütz und Reding auf der einen und der Familie Fassbind auf der anderen Seite. Im Zuge dieser sechs Monate dauernden Auseinandersetzung gelang es der Familie Reding nicht, ihren bereits seit acht Jahren erfolgreich als Kanzleisekretär tätigen Spross auf die Kanzlerstelle zu befördern. Die Familie Fassbind konnte ihre Ansprüche durchsetzen und setzte den im Kanzleiwesen gänzlich unerfahrenen Thomas Anton Fassbind auf die Kanzlerstelle. Dem unterlegenen Sekretär Reding bot man die finanziell interessante Beförderung zum Lehenvogt an. Dieser zeigte sich jedoch ob der Ränkespiele des Schwyzer Establishments brüskiert, lehnte das Angebot ab und trat gleichzeitig von der Stelle als Sekretär zurück, dies ganz zum Missvergnügen der Familie Reding, die auf diese Weise überhaupt kein Kapital aus dem verlorenen Machtkampf schlagen konnte.<sup>295</sup> Offenbar waren der politische Einfluss und die gesellschaftliche Stellung der Familie Fassbind in diesen Jahren bedeutender als jene der Familien Reding und

---

<sup>294</sup> Bestallung für Kanzler Wolfgang Reimann, StiAE, Sig. A. HO 3.

<sup>295</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 27 (Jahr 1755), Kopie, S. 26.

Jütz. Jedenfalls zeigt das Schicksal Redings mit aller Deutlichkeit, wie dominant der Einfluss der Schwyzer Eliten im Kloster in der Mitte des 18. Jahrhunderts war.

Verhältnismässig gut belegt sind die Bildungswege der Söhne des Josef Anton Jütz (1776-1795). Dieser hatte für die Ausbildung seiner beiden Buben Josef Anton und Victor einen Weltgeistlichen angestellt. Der Lehrer bewies offenbar jedoch wenig pädagogisches Geschick. Er kam mit den beiden Knaben, von denen sich der eine im Alter eines heutigen Kindergartenkindes befand, nicht zurecht, so dass die Mutter, Aloisia von Reding, den Dekan des Klosters um einen Pater als Privatlehrer für ihre Söhne bat. Der Dekan entsprach dieser Bitte.<sup>296</sup> Die weiterführende Ausbildung genoss einer der beiden dann als Substitut auf der Kanzlei des Klosters Salem.<sup>297</sup> Es muss offen bleiben, ob Vater Jütz den Jungen als seinen Nachfolger in Einsiedeln vorgesehen hatte oder ob er ganz einfach grundsätzlich an den Wert der Kanzleiausbildung für das spätere Fortkommen glaubte.

### **Erfahrung als Kanzler/Landschreiber**

Die Klostergemeinschaft konnte das Risiko des Scheiterns seiner Kanzler am einfachsten dadurch minimieren, indem sie Männer für die Leitung der Stiftskanzlei zu gewinnen suchte, die sich bereits andernorts erfolgreich als Kanzleivorsteher bewährt hatten. Konkret sind drei Kanzler belegt, die eindeutig wegen ihrer Erfahrung im Kanzleiwesen nach Einsiedeln berufen wurden. Als erster ist der Schwyzer Karl Dominik Betschart (1693-1699) zu nennen, der vor seiner Berufung als Kanzler im Dienst des Klosters Engelberg stand. Laut P. Josef Dietrich kam Betschart dabei eher zufällig nach Einsiedeln, nachdem Abt Raphael von Gottrau den ins Alter gekommene Kanzler Lazarus Heinrich entlassen hatte. Eine erste schriftliche Berufung an einen gewissen Schultheiss Felber in Kaiserstuhl war unbeantwortet geblieben, was einige der Patres veranlasste, den durch persönliche Kontakte bekannten und geschätzten Kanzler des Klosters Engelberg auf die frei gewordene Einsiedler Stelle hinzuweisen. Betschart reiste umgehend nach Einsiedeln und liess sich durch Bekannte beim Abt empfehlen. Abt Raphael empfing den Bewerber und sagte ihm das Amt sofort zu, nachdem er im Lauf des Gesprächs festgestellt hatte, dass Betschart neben der Erfahrung im Kanzleiwesen noch andere nützliche Kenntnisse mitbrachte: Einerseits scheint Karl Dominik Betschart ein erfahrener und passionierter Jäger gewesen zu sein, andererseits kannte er sich in der

---

<sup>296</sup> Diarium P. Othmar Rruepp, StiAE, Sig. A. HB 67, S. 79 und 172f.

<sup>297</sup> Diarium Abt Beat Küttel, StiAE, Sig. A. HB 74, Kopie, S. 147.

Forstwirtschaft aus. Damit teilte er zwei Steckenpferde des Abtes, was die Zusammenarbeit natürlich wesentlich zu erleichtern versprach.<sup>298</sup>

Karl Dominik Betschart verstarb bereits im Jahr 1699. Abt Maurus von Roll bemühte sich umgehend um einen Nachfolger. Im Konvent standen wiederum verschiedene Namen zur Diskussion. Schliesslich entschied sich Abt Maurus für den Unterwaldner Landschreiber Johann Melchior Remigius Lussi (1699-1703). Es ist aus den Quellen nicht ersichtlich, welche Beweggründe zur Wahl des Landschreibers führten. Da Lussi als Unterwaldner jedoch kaum auf Unterstützung aus Schwyz zählen konnte, waren es wohl in erster Linie seine Fachkenntnisse, die den Ausschlag gaben.

Nach der nur vier Jahre dauernden Amtszeit Lussis wurde im Mai 1703 mit dem 36-jährigen Johann Martin Hegner (1703-1709) der dritte Kanzler in Folge berufen, der bereits andernorts als Kanzleivorsteher in Stellung war. Hegner hatte ab 1688 in Lachen für mehrere Jahre auf der Kanzlei der Landschaft March gedient und war dort zum Landschreiber aufgestiegen. Bereits sein Vater, Johann Rudolf Hegner, hatte in den Jahren 1642-1667 das Amt des Landschreibers inne gehabt.<sup>299</sup> Nach dem Abgang Hegners 1709 blieb die Einsiedler Kanzlerstelle für kurze Zeit verwaist. Die Geschäfte besorgte interimistisch wohl der Kanzleisekretär Franz Iten. 1710 übertrug Abt Maurus die Verantwortung dann dem amtierenden Hofarzt Joseph Franz Wüörner. Es ist gut möglich, dass in der Zwischenzeit nach einem Nachfolger mit Erfahrungen als Kanzleiverwalter gesucht wurde, da man mit den drei verfloßenen Amtsinhabern, die eben eine solche Vorbildung mitgebracht hatten, ganz zufrieden gewesen war.

### **Politische Ämter als alternative Art der Vorbildung**

Die Liste der Stiftskanzler, die vor oder sogar während ihrer Tätigkeit für das Kloster ein politisches oder militärisches Amt ausübten, ist lang und soll hier nur anhand der prägnantesten Beispiele dargelegt werden. Das häufige Auftreten von Politikern auf der Kanzlerstelle beruht dabei auf zwei sich unterstützenden Voraussetzungen: Einerseits bildete die Erfahrung in einem politischen Amt eine im Kloster willkommene Qualifikation, andererseits beeinflusste die Ausübung des Kanzleramtes die spätere politische Karriere offenbar positiv. So stieg beispielsweise Johann Jakob Weissenbach (1635-1658) nach seiner Zeit auf der Einsiedler Kanzlei

---

<sup>298</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Juni 1693, StIAE, Sig. A. HB 8, fol. 78rv.

<sup>299</sup> HBLS, Bd. IV, S. 112f.

zum Schultheiss des Standes Zug auf. Auch Johann Melchior Remigius Lussi (1699-1703) startete nach seinem Rücktritt als Stiftskanzler in Nidwalden eine fulminante politische Karriere, indem er bis zu seinem Tod im Jahr 1743 insgesamt zehn Mal als Landammann amtierte. Joseph Anton Fassbind (1713-1732) war vor seiner Wahl Mitglied des Gesessenen Rates in Schwyz. Als Fassbind im Kloster als Kanzler angenommen wurde, stellte Abt Maurus von Roll das Gesuch in Schwyz, man möge diesem doch seinen Sitz im Rat belassen. Am 3. August 1713 antwortete der Landrat in positiver Weise, so dass Fassbind während der gesamten 19 Jahre dauernden Amtszeit Mitglied in der einflussreichsten politischen Behörde in Schwyz bleiben konnte.<sup>300</sup> Selbstverständlich war ein Interesse an dieser Ämterkumulation auf beiden Seiten vorhanden. Das Kloster wusste sich seinem oftmals ungeliebten, aber starken Partner verbunden und die Schwyzer konnten sich in Gegenzug eines bedeutenden Einflusses im Herrschaftsbereich des Klosters sicher sein. Jedenfalls drückte der Gesessene Rat im Antwortschreiben explizit seine Genugtuung über die Wahl eines Schwyzers aus: «Unser seiths wird dieser promotion [zum Einsiedler Kanzler] für ein absönderliche prob undt kennzeichen der gegen uns erhehndt hoher affection undt wohlgewogenheit auf undt angenommen [...]»<sup>301</sup> Gleichzeitig versichert der Rat dem Abt, Schwyz werde auch in Zukunft dem Kloster jede Unterstützung zukommen lassen: «[...] mithin eure fürstliche gnaden zuo versichern dass wir unser dankbahrliche entprechung vermittels nachparlich aufrichtigen dienstfertigkeiten fürnemlich gegen dero hohen person selbstn auch zuomahlen dero hochfürstlichen gottshaus bey all ergebenden occasionen mit all zuolänglicher beliebigkeit in wahrer realitet gebührendt bezeugen werden.»<sup>302</sup>

Felix Ludwig Weber (1763-1773) schliesslich, hatte bereits eine glänzende politische Karriere hinter sich, als er am 30. März 1763 als Stiftskanzler vereidigt wurde. Bereits zu Beginn seiner Laufbahn im Jahr 1735, konnte er im Alter von 22 Jahren die Stelle als Schwyzer Landschreiber übernehmen. Danach amtierte er während vier Jahren als Richter, während sechs Jahren im bedeutenden Amt des Landessäckelmeisters, dann als Landesstatthalter und schliesslich 1759-1760 als Landammann. Daneben bewegte er sich souverän auf dem eidgenössischen Parkett, beispielsweise 1750 und 1756 als Landvogt im Thurgau. Weber hatte wohl eine geruhsame, gut bezahlte Stellung mit hohem Prestige angestrebt, als er das Amt im

---

<sup>300</sup> Akten des Kanzlers, StIAE, Sig. A. HO 6.

<sup>301</sup> Zit. nach: Akten des Kanzlers, StIAE, Sig. A. HO 6.

<sup>302</sup> Zit. nach: Ebd.



Kloster antrat und kaum damit gerechnet, dass er in so grosse Wirren geraten würde, wie sie dann der Einsiedler Handel auf politischer und die ganze Angelegenheit um die Hexereivorfälle im Kanzlerhaus im privaten Bereich mit sich brachten.

### **Gesellschaftliche Stellung und Beziehungen**

Während der hier betrachteten drei Jahrhunderte stammten die Stiftskanzler ausnahmslos aus adligen oder patrizischen Familien. Kamen im 16. und 17. Jahrhundert v. a. Bewerber aus Gebieten ausserhalb des Landes Schwyz zum Zug, wurde die Herkunft aus einer regimentfähigen Schwyzer Familie im 18. Jahrhundert zur unabdingbaren Voraussetzung.<sup>303</sup> Diese Entwicklung hat zwei Gründe: Einerseits war die Alphabetisierung der Oberschicht im Land Schwyz bis ins 18. Jahrhundert so weit vorangeschritten, dass sich genügend taugliche einheimische Kandidaten für die Kanzlerstelle fanden. Andererseits darf die Tatsache nicht ausser Acht gelassen werden, dass das Fürstentum Einsiedeln im Laufe der Zeit zunehmend unter den politischen Einfluss und damit in die Abhängigkeit von Schwyz geraten war. Zwar führten einzelne Vertreter des Klosters den Kampf um die Erhaltung einer möglichst grossen Unabhängigkeit gegenüber Schwyz mit Leidenschaft und teilweise auch mit Erfolg. Im Ganzen betrachtet war die Intensivierung der Schwyzer Landesherrschaft aber nicht aufzuhalten, was sich eben auch in der personellen Besetzung der Einsiedler Kanzlerstelle zeigte. Abt und Konvent befanden sich diesbezüglich in einem unlösbaren Dilemma. Zwar lief man mit einem Schwyzer Kanzler Gefahr, als blosses Filiale des mächtigen Standes Schwyz behandelt und verwaltet zu werden. Auf der anderen Seite hätte man mit einem auswärtigen Kanzler riskiert, den dringend benötigten Rückhalt aus dem immerhin katholischen Schwyz zu verlieren. Der drohende Verlust der Eigenständigkeit stand der Furcht vor Aufruhr der Untertanen im Innern und vor der Gefährdung der römisch-katholischen Religion durch Übergriffe aus der reformierten Eidgenossenschaft entgegen. Aus der Sicht der Klostergemeinschaft gab es unter diesen Voraussetzungen keine Alternative zur engen Zusammenarbeit mit Schwyz. Besonders deutlich tritt diese Ambivalenz in den Überlegungen zu Tage, die im Verlauf des Verfahrens zur Wiederbesetzung der Kanzlerstelle angestellt wurden, nachdem Felix Ludwig Weber am 18. April 1773 im

---

<sup>303</sup> Konrad Wanner weist in seinem Artikel zu den Luzerner Stadtschreibern auf dasselbe Phänomen hin. Allerdings vollzog sich der Wechsel von den auswärtigen zu den einheimischen Stadtschreibern in Luzern bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Vgl. dazu: Wanner, Konrad: Schreiber, Chronisten und Frühhumanisten in der Luzerner Stadtkanzlei des 15. Jahrhunderts, S. 43.

Amt verstorben war. Die folgenden Personen hatten sich um die Nachfolge beworben:

1. Joseph Anton Jütz, der Sohn des amtierenden Schwyzer Landammanns und ehemaligen Stiftskanzlers. Zur Zeit seiner Bewerbung war Joseph Anton Mitglied des Siebnergerichts in Schwyz.
2. Ratsherr und Archivar des Standes Schwyz, genannt der Kleine Yberger.
3. Der ehemalige Kanzler Thomas Anton Fassbind, der 1763 wegen seiner Schulden vor den Gläubigern hatte ins Ausland fliehen müssen.
4. Der Einsiedler Lehenvogt und ehemalige Kanzler von Pfäffikon, Gyr.
5. Statthalter Wyrsh aus Unterwalden.
6. Ein ehemaliger Landvogt von Unterwalden Namens Zelger.
7. Der erst 25-jährige Sohn des verstorbenen Kanzlers Weber.
8. Und schliesslich der amtierende Einsiedler Kanzleisekretär Reding.

P. Michael Schlageter bemerkte zu diesem Bewerberfeld: «Under allen disen aber vorgedachten competenten wahre keiner so man zulänglich qualificiert anerkennte, ausser herr statthalter Wyrsh von Unterwalden, demnach man sonders bedenken machte pro hic et nunc einen zu ernambsen, lieber keinen als einen unfähigen ja gantz unerfahrenen unbekannten allzujungen cantzler auch ohne erforderliche praesumption, ansehen.»<sup>304</sup> Zwar sei im Kloster ein gewisser Gasser aus Schwyz im Gespräch gewesen, der aufgrund seiner Qualifikationen und seines Ansehens sehr wohl als Kanzler in Frage gekommen wäre. Nur habe sich dieser nicht beworben und es sei wohl auch aus politischen Gründen nicht sinnvoll, diesen nach Einsiedeln zu berufen. Am besten wäre es, so sinnierte Schlageter weiter, man nähme einen Kanzler von ausserhalb des Landes Schwyz, da sonst die Gefahr bestehe, dass sich das Kloster mit der einen oder anderen Fraktion in Schwyz überschlage. Da ein solches Manöver aber aus den dargelegten grundsätzlichen Überlegungen ebenfalls ungeschickt gewesen wäre, verzichtete Abt Marian Müller vorerst ganz auf die Ernennung eines Kanzlers. Erst 1776 entschied er sich für Joseph Anton Jütz, den Sohn des einflussreichen Schwyzer Ex-Kanzlers.

---

<sup>304</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 60 (Jahr 1773), Kopie, S. 3f.

## Herkunft und persönliche Voraussetzungen

Der chronologische Überblick über die Inhaber der Einsiedler Kanzlerstelle zwischen 1495 bis 1798 sowie die Ausführungen zur Ausbildung und zur gesellschaftlichen Stellung der Kanzler zeigen deutlich, dass ein Bewerber Voraussetzungen und Qualifikationen verschiedener Art erfüllen musste, damit er für Abt und Konvent als Kanzler in Frage kam. Ein Kanzler sollte «[...] nit allein sins schrybens und wolsezens halben, sondern ouch sines thun und lassens [...]»<sup>305</sup> wegen angestellt werden. Man war sich im Kloster durchaus bewusst, dass ein Fehlverhalten des Kanzlers unweigerlich dem Ansehen der gesamten Gemeinschaft Schaden zufügen musste, da dieser Mann die Klostergemeinschaft oft nach aussen vertrat und zu vielfältigen Gelegenheiten als deren Gesicht und Stimme auftrat. Ein Bewerber musste darum: «[...] from, redlich, uffrecht, warhaftig, verschwygen [sein], nit falscher noch liechter wortten nach reden [...]»<sup>306</sup>. Sein Streben nach diesen Eigenschaften und seine Treue zum Kloster hatte er bei Antritt des Amtes feierlich mit einem Eid, mit der zum Schwur erhobenen Hand, vor Gott und den Heiligen zu geloben.<sup>307</sup>

Selbstverständlich musste auch ein Einsiedler Kanzler lesen und schreiben können und Kenntnisse in den beiden alten Sprachen Griechisch und Latein waren obendrein wohl unabdingbar. Im Gegensatz zu den gut untersuchten Stadt- und Ratsschreibern im eidgenössischen und oberdeutschen Raum der Frühen Neuzeit, deren wohl gefüllter Bildungsrucksack als wichtigste Voraussetzung für die Besetzung einer Schreiber- oder Kanzlerstelle galt, standen im Kloster Einsiedeln die Herkunft sowie die gesellschaftliche Stellung und Reputation eines Bewerbers zu gewissen Zeiten eindeutig auf den obersten Plätzen im Anforderungskatalog. Dies einerseits, weil das Kloster bis ins 16. Jahrhundert als reines Adelskloster funktionierte, in dem Männer aus den übrigen gesellschaftlichen Schichten keine Aufnahme fanden. Selbstverständlich wurde in dieser Phase der Klostergeschichte das wichtige Amt des Kanzleivorstehers mit einem Vertreter aus denselben gesellschaftlichen Kreisen besetzt, aus denen der Abt und die Konventualen

---

<sup>305</sup> Zit. nach: Bestallung eines Kanzlers, StiAE, Sig. A. GO 1, fol. 59v.

<sup>306</sup> Zit. nach: Ebd.

<sup>307</sup> Der Amtseid gehört in die Kategorie der promissorischen Eide. Im Gegensatz zum assertorischen Eid, mit dem eine bereits gemachte Aussage, z.B. vor Gericht, als richtig beschworen wird, ist der Amtseid in die Zukunft gerichtet. So gelobt der Kanzler bei Amtsantritt, er werde sein Amt den Bestimmungen der Bestallung entsprechend versehen werde. Vgl. dazu: Holenstein, André: Die Huldigung der Untertanen: Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800-1800), Stuttgart/New York 1991, S. 12-40.

stammten. Zudem kamen wohl aus ganz praktischen Gründen ausschliesslich Bewerber aus der gesellschaftlichen Elite für das Amt in Frage, denn einerseits verfügten im Ancien Régime lediglich die Mitglieder dieser Schicht über die notwendige Ausbildung, andererseits konnte nur ein Vertreter einer Magistratenfamilie auf Augenhöhe mit den politischen Partnern und Kontrahenten des Fürstentums kommunizieren. So stammte der früheste als Kanzler des Stifts identifizierbare Johann Ort aus einem der ältesten Adelsgeschlechter der Stadt Schaffhausen.<sup>308</sup> Sein Nachfolger Konrad Oechslin trug einen im Land Schwyz weit verbreiteten Namen und mit Ulrich Oechslin ist aus diesem Geschlecht für das Jahr 1536 ein Schwyzer Landschreiber belegt, was eine hohe Gesellschaftliche Stellung zumindest gewisser Teile dieser Familie in jener Zeit belegt.<sup>309</sup>

Für das 18. Jahrhundert sind weitere Beispiele vorhanden, welche die Bedeutung der gesellschaftlichen Stellung und der Herkunft aus einer politisch massgebenden Familie verdeutlichen. So trat Kanzler Thomas Anton Fassbind 1755 seine Stelle in Einsiedeln ohne jede Erfahrung im Kanzleiwesen an, und dies, obwohl der amtierende Sekretär Reding sein Amt seit 8 Jahren zur Zufriedenheit aller versehen hatte und sich deswegen als Nachfolger geradezu aufdrängte. Es waren eindeutig ausserfachliche Kriterien, die gegen eine Wahl Redings sprachen. Offenbar fehlte der an sich bedeutenden Familie Reding im fraglichen Moment der notwendige Einfluss. Jedenfalls erscheinen die Argumente, die zur Wahl Thomas Anton Fassbinds führten, keineswegs hieb- und stichfest: Allein die Empfehlung des abtretenden Kanzlers Jütz, der sich überdies anschickte, in Schwyz in die höchsten politische Ämter aufzusteigen, und die Tatsache, dass der Vater des Bewerbers, Josef Anton Fassbind, bereits erfolgreich als Kanzler des Klosters gewirkt hatte, reichten aus, um dem Sohn diesen wichtigen Posten zu übertragen. Dass der junge Fassbind vermeintlich keine Nebengewerbe betrieb, sich folglich voll und ganz dem Kanzleramt widmen konnte, erscheint unter diesem Gesichtspunkt bloss noch als erwünschter Zufall und nicht mehr als notwendige Voraussetzung für eine Wahl. Im Gegensatz dazu hatte der Kanzleisekretär Reding seine fachlichen Fähigkeiten und seine tadellose Arbeitshaltung während der turbulenten Amtszeit des Kanzlers Jütz zur genüge unter Beweis gestellt. Er hätte mit viel grösserer Wahrscheinlichkeit als der unerfahrene Fassbind die von allen Seiten gewünschte Kontinuität auf der fürstlichen Kanzlei garantieren können. Dennoch veranlassten die genannten

---

<sup>308</sup> HBLS, Bd. V, S. 357.

<sup>309</sup> Ebd., S. 333.

«weichen» Faktoren den Abt und den Konvent zur Wahl Fassbinds.<sup>310</sup> In gleicher Weise wurde nach dem Tod Felix Ludwig Webers dessen Sekretär wiederum mit Namen Reding als Nachfolger übergangen. Diesmal blieb die Kanzlerstelle sogar für volle drei Jahre, bis 1776, unbesetzt.<sup>311</sup>

### 6.1.7 Bewerbung und Auswahlverfahren

Um die Nachfolge auf der Einsiedler Kanzlerstelle entspann sich regelmässig ein mehr oder weniger grosses Gerangel. Im 16. und 17. Jahrhundert besetzte der Abt die Stelle – immer nach vorgängiger Beratung im Klosterkapitel – in eigener Kompetenz nach den Bedürfnissen des Klosters, so dass sich Bewerber aus dem gesamten Gebiet der Zentralschweiz Hoffnung auf eine Wahl zum Stiftskanzler machen konnten. Tatsächlich trafen bis ins späte 18. Jahrhundert bei jeder Vakanz Bewerbungen aus allen dem Fürstentum Einsiedeln benachbarten Gebieten ein. Jeweils die Mehrheit der Bewerber stammte aus den Ländern Schwyz, Zug, und Glarus sowie aus der March und aus der Herrschaft Rapperswil. Daneben kam es wiederholt zu Bewerbungen aus Unterwalden, so aus Stans und aus Engelberg, da Einsiedeln mit dem Kloster Engelberg und damit mit dem gesamten Unterwaldner Gebiet relativ eng verbunden war. Interessanterweise fehlen Bewerbungen aus den ebenfalls katholischen Ständen Luzern und Uri ganz. Möglicherweise rechneten sich Bewerber aus Luzern von vornherein keine Chancen auf eine Wahl aus, da das Kloster mit einem Luzerner nichts gewinnen konnte und sich lediglich den Groll der Nachbarn zugezogen hätte. Zudem wäre mit Luzern, mit dem verhältnismässig mächtigen städtischen Zentrum, ein weiterer einflussreicher, unliebsamer Mitspieler im Kampf um Macht und Einfluss im Fürstentum Einsiedeln hinzugetreten. Über die Gründe für das Ausbleiben von Bewerbungen aus Uri lässt sich nur spekulieren. Waren in Uri jeweils keine genügend gut ausgebildeten Personen vor Ort oder bestand in Uri selbst grösserer Bedarf an solchen Kräften oder hatten die Urner Magistraten mit dem lukrativen Söldnerwesen ganz einfach eine noch einträglichere Beschäftigung gefunden?

Sicher ist, dass das Einsiedler Kanzleramt im 18. Jahrhundert zunehmend zum alleinigen Spielball der Schwyzer Eliten geriet, welche die Stelle recht eigentlich als Pfründe betrachteten. Auseinandersetzungen zwischen den einflussreichen Schwyzer Familien um die Nachfolge auf der Einsiedler Kanzlei waren darum in

---

<sup>310</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 26 (Jahr 1754), Kopie, S. 22.

<sup>311</sup> Ebd., Sig. A. HB 60 (Jahr 1772), Kopie, S. 2-6.

dieser Zeit die Regel. Unter solchen Voraussetzungen ist es verständlich, dass Abt und Konvent regelmässig unter grossen Druck gerieten, wenn es galt einen Kanzler zu ernennen. Der Wunsch nach Berücksichtigung der Begehren möglichst aller Einflussnehmer, konnte im Extremfall sogar zu einer Pattsituation führen, die eine Entscheidung für den einen oder anderen Bewerber unmöglich machte, da in jedem Fall mit Unbill aus dem unterlegenen Lager zu rechnen war.

Einen ersten anschaulichen Beleg eines Bewerbungs- und Auswahlverfahrens lieferte P. Josef Dietrich in seinem Diarium. Nachdem Karl Dominik Betschart am 12 April 1699 gestorben war, notierte Dietrich unter dem 15. April: «Es seynd den tag vile schreiben und intercessionen kommen umb die cantzler-stell gewüsse herren zu procurieren, auch herr Brandenburg von gewüssen herren zu Zug allhero gesandt worden umb herrn hauptmann Knopflin<sup>312</sup> zu dieser ehren-stell zu recommendieren. Was nur er und andere auch ausgerichtet, hab ich dato noch nit vernemmen können. Wirdt sich bald dervorthuen.»<sup>313</sup> Am Ostermontag, dem 20. April 1699, also bloss eine gute Woche nach dem Tod Betscharts, fand bereits die Wahl des neuen Kanzlers statt. Der Abt hatte auf eine möglichst baldige Wahl gedrängt, da er in dieser Sache von verschiedener Seite unter starkem Druck stand: «Ihre fürstlichen gnaden [...] wollten dis ampt nit gern langer vacieren lassen. Theils weilen er anderwerts von den petenten stark urgiert worden theils auch weilen deren immer andere mit starken recommendationibus einlangten welchen negativam zu geben zimmlich bedenklich ware.»<sup>314</sup> Die Mehrheit der Kapitulare hätte gerne den erwähnten Zuger Hauptmann Bonaventura Knopflin als Kanzler gesehen. Abt Maurus von Roll entschied sich jedoch für Johann Melchior Lussi (1699-1703), den ebenfalls bestens qualifizierten Landschreiber aus Unterwalden. Warum sich der Abt gegen die Mehrheit des Konvents durchsetzte, ist nicht überliefert.

Zu einer höchst problematischen Kanzlerwahl kam es gut 50 Jahre später. Thomas Anton Fassbind (1755-1763) konnte seine Stelle auf der Stiftskanzlei ja erst antreten, als sich seine Familie erfolgreich gegen die ebenfalls Anspruch erhebende Familie Jütz durchgesetzt hatte. In diesem Zusammenhang ist besonders interessant, dass P. Michael Schlageter den Kampf der beiden Schwyzer Familien um das Amt explizit benannte: «Endlichen ist nach halbjährigen vacierender

---

<sup>312</sup> Hauptmann Bonaventura Knopflin war 1690 Hauptmann in königlich Spanischen Diensten in Mailand, danach Kanzleiverwalter der Landschreiberei im Thurgau, 1705 Ratsherr der Stadt Zug und danach Kornherr, Vgl. Leu-Lexikon, Bd. 5, S. 147.

<sup>313</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, StIAE, Sig. A. HB 11, fol. 56r.

<sup>314</sup> Zit. nach: Ebd., fol. 58rv.

kantzlerstell herr landshaubtman in Einsidlen Thomas Fassbind von Schweiz zu einem kantzler benambset worden. Weswegen seine hochfürstlichen gnaden indessen von einigen parteyen als Reding und Jütz mit interessierten ahnverwanten dergestalt oft und vil schriftlich teils persöhnlich incommodiert worden dass hochdieselbe allerdings fast nit willkhürlich disfahls, wenigst nit ohne sondere offension eint als anderen disponieren kunten [...]»<sup>315</sup> Die allzu intensiven Versuche um Einflussnahme für einen Kandidaten aus der eigenen Familie, hatten Abt Niklaus Imfeld dazu gebracht, auf einen dritten, ausserhalb der direkten Konkurrenz stehenden Bewerber, den Einsiedler Landeshauptmann Fassbind, zurückzugreifen. Es versteht sich von selbst, dass v. a. die Familie Reding den abschlägigen Bescheid aus dem Kloster ganz und gar nicht goutierte, da ihr Sprössling dadurch aus ihrer Sicht in schnöder Weise übergangen wurde.

Auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts blieb das Amt durchaus begehrt. Die Liste der Bewerber, die sich im März 1763 um die Nachfolge des gescheiterten Kanzlers Fassbind bewarben, enthält wiederum Namen von Mitgliedern angesehener Familien:

«[...]

1. Herr ratsherr und haubtmann auch altlandvogt Felix Müller von Glarus.
2. Herr landvogt Zelger würkhlicher landvogt zu Bellenz von Unterwalden.
3. Herr Reding von Schweiz ehemaliger secretari in hier.
4. Würkhliche herr cantzler in pfefferts herr Niderist von Schweiz.
5. Ein junger herr Herring von Brunnen.
6. Herr stattschreiber Helbling zu Rapperschwill ehemalige secretari in hier.
7. Würkhliche herr cantzler zu Engelberg herr Lussi von Underwalden.
8. Untervogt Schnorpf von Baden durch recommendation herrn legaten.
9. Herr Schmid von Baar Zuger canton würkhliche secretari in Kreützingen.
10. Pannerherr und brigadier Fraüler von Glarus.
11. Herr Felix landamman Weber von Schweiz, ehemaliger landvogt im Turgau.
12. Herr landamman Jütz von Schweiz vor seinen Sohn.»<sup>316</sup>

Soweit es sich anhand der von P. Michael Schlageter festgehaltenen Notizen zu den Bewerbern beurteilen lässt, waren die zwölf Herren allesamt bestens qualifiziert und standen mehrheitlich in angesehenen Stellungen. Es war dann auch nicht der

---

<sup>315</sup> Zit. nach: Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 27 (Jahr 1755), Kopie, S. 26.

<sup>316</sup> Zit. nach: Ebd., Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 221.

Mangel an geeigneten Bewerbern, der die Patres beschäftigte, als sie sich am 21. März 1763 zum Klosterkapitel versammelten. Vielmehr stellte sich die zentrale Frage, ob nach einer nun bereits 60 Jahre dauernden, ununterbrochenen Präsenz von Schwyzern auf der Kanzlerstelle, nicht wieder einmal die Zeit für einen Auswärtigen gekommen sei. Offensichtlich herrschte unter den Kapitelsteilnehmern ein allgemeines Unbehagen über die zunehmende Abhängigkeit des Klosters von Schwyz. Dekan P. Michael Schlageter stellte den Vorschlag zur Diskussion, ob die Stelle nicht besser intern mit einem Mitglied des Konvents besetzt werden sollte, um sich damit von Schwyz unabhängiger zu machen. Die beiden letzten Kanzler hätten ihre Arbeit oft nachlässig ausgeführt. So seien beim Ausstellen von Altgülden sowie beim Protokollieren viele Fehler gemacht worden, die für das Kloster nachteilig gewesen seien. Er selbst habe die ungenügende Leistung der beiden Kanzler – die erste Zeit als Statthalter, danach als Dekan – aus nächster Nähe mitverfolgt. Jetzt biete sich die Gelegenheit, einen fähigen Mann aus den eigenen Reihen für den Kanzleidienst auszubilden und als Kanzler einzusetzen. Schliesslich komme eine geordnete Kanzleitätigkeit allen zugute und nütze auch dem Archivar, da dieser ja immer wieder Dokumente in die Kanzlei liefern müsse. In der Vergangenheit seien solche Archivdokumente oft in der Kanzlei verlegt worden und damit für das Archiv verloren gegangen. Offenbar war der Dekan bemüht, Unterstützung von Seiten des Pater Archivars für seine Idee zu finden.

Abt und Kapitel nahmen Schlageters Vorschlag zwar zur Kenntnis, entschieden sich aber doch für den Schwyzer Landammann Felix Ludwig Weber, nachdem Abt Niklaus Imfeld seinerseits die bereits bekannten Argumente für die Wahl eines Schwyzers als Vorsteher der Stiftskanzlei dargelegt hatte. Mit Felix Ludwig Weber stand ein äusserst bewährter, integrierter und angesehener Mann zur Verfügung. Mit ihm als Kanzler musste kaum befürchtet werden, dass sich die Querelen, die man mit Karl Dominik Jütz (1732-1754) und Thomas Anton Fassbind (1755-1763) erlebt hatte, wiederholen würden.<sup>317</sup>

Kanzler Felix Ludwig Weber verstarb im April 1773, nachdem er sein Amt während zehn Jahren zur Zufriedenheit aller ausgeübt und damit, wie allseits erwartet worden war, für eine merkliche Beruhigung auf der Stiftskanzlei gesorgt hatte. Die Regelung seiner Nachfolge gestaltete sich wiederum schwierig. Die Korrespondenz zwischen dem damaligen Dekan und nachmaligen Abt Beat Küttel

---

<sup>317</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 21-24.



und dem Landammann von Schwyz, Ittal Hedlinger, legen davon beredtes Zeugnis ab: Laut Küttel hatten sich wiederum viele Auswärtige um das Amt beworben. Abt Marian Müller bestand jedoch auf einem Schwyzer als Kanzler. Als Wunschkandidaten hatte man einen Gesandten Gasser im Auge, der das Amt aber nicht antrat. Darauf wählte das Kapitel einen Hauptmann Betschart, der ebenfalls nicht in Einsiedeln erschien. Der dritte Bewerber, Hauptmann Bühler, trat die Stelle zwar an, zeigte sich laut Küttel aber als unfähig und ganz ungeeignet für diese Tätigkeit, so dass er den Dienst freiwillig quittierte und nach Schwyz zurückkehrte.

Laut der Darstellung von P. Otmar Ruepp, konnten die drei Herren v. a. wegen bevorstehenden Kriegsdiensten das Amt nicht annehmen: «Herr hauptmann Betschart, herr hauptmann Bühler und herr gesandter Gasser waren nach und nach taugliche competenten, aber auch wegen kriegsdienst oder unschlüssigkeit eines seiner frau standen sie alle ab.»<sup>318</sup> Gut möglich, dass sich im Solddienst in diesen Jahren mehr Geld verdienen liess, als dies in Einsiedeln mit voraussichtlich 1000 Gulden pro Jahr möglich war. In dieser Situation wandte sich Dekan Beat Küttel an den Schwyzer Landammann Hedlinger, indem er ihn anfragte, ob nicht er selbst die Kanzlerstelle in Einsiedeln übernehmen könnte, und falls ihm dies nicht möglich sei, er einen geeigneten Kandidaten kenne.<sup>319</sup> Hedlinger bedankte sich in seinem Antwortschreiben vom 27. Juni höflich für die ihm erwiesene Ehre, lehnte das Angebot jedoch mit der Begründung ab, er betrachte sich für diesen Dienst als nicht tauglich. Als mögliche Kandidaten für das Kanzleramt schlug er deshalb die folgenden Herren vor:

1. Den zwar ins Alter gekommenen, aber erfahrenen Landeshauptmann und Archivar des Landes Shwyz ab Yberg.
2. Ludwig Weber, Landvogt in Gaster und Sohn des verstorbenen Kanzlers Felix Ludwig Weber.
3. Josef Anton Jütz, gewesener Landvogt in Gaster und Mitglied des Siebnergerichtes, Sohn des vormaligen Stiftskanzlers Karl Dominik Jütz und Schwager der Tochter von Landammann Hedlinger. Diesen noch jungen Mann empfahl Hedlinger besonders warm.<sup>320</sup>

---

<sup>318</sup> Zit. nach: Bemerkungen zur Kanzlerstelle von P. Otmar Ruepp, 1777, StIAE, Sig. A. HO 10.

<sup>319</sup> Brief von Dekan P. Beat Küttel an den Schwyzer Landammann Ittal Hedlinger, 21. Juni 1763, StIAE, Sig. A. HO 10.

<sup>320</sup> Brief des Schwyzer Landammanns Ittal Hedlinger an Dekan P. Beat Küttel, 27. Juni 1763, StIAE, Sig. A. HO 10.

4. Als weiterer Bewerber meldete sich unabhängig von Landammann Hedlinger ein gewisser Theodor Reding.

Die Einsiedler Patres zeigten sich von diesen Vorschlägen wenig begeistert. Der gleichsam wild kandidierende Theodor Reding hatte wohl von Anfang an keine Chance auf die Wahl, da ihm die Unterstützung des Schwyzer Landammanns fehlte. Das Klosterkapitel bemerkte dazu lediglich, Reding sei ein Staatsmann und kein Jurist und darum für das Kanzleramt nicht geeignet. Aber auch die übrigen Vorschläge mochten nicht zu überzeugen: «Allein [...] der zweite [ab Yberg] gar zu alt, viele kinder und in schulden, daher uns noch mehr verdrisslichkeiten zuwachsen könnten [...]. Der dritte [Ludwig Weber] würde es unfehlbar geworden sein wenn er nicht so jung, mehr erfahrenheit [...] gehab hätte [...].»<sup>321</sup>

Als Ausweg bot sich die seit längerem hängige Bewerbung des Engelberger Kanzleiverwalters Wyrsh aus Stans an. P. Othmar Ruepp bezeichnete diesen Mann als «vortreffliches Subject» und Dekan Beat Küttel hatte dessen Bewerbung ebenfalls bereits vor drei Jahren, damals noch zuhänden von Abt Nikolaus Imfeld, zur Annahme empfohlen. «Doch vergebens. Dies gerücht merkten die von Schwyz und fiengen an heimlich zu treuen [drohen] wenn Einsidlen keinen Schweizer zum kantzler machen sollte. Besonders da dahsiger herr sibner Joseph Anton Jütz, sohn unseres ehemaligen canzler Jütz oft eben um den kanzler dienst sich meldete.»<sup>322</sup> Gerade dieser Joseph Anton Jütz jedoch war den Patres alles andere als genehm. Bereits Abt Niklaus Imfeld hatte sich ganz und gar nicht für den jungen Mann erwärmen können und auch der seit 1773 regierende Abt Marian Müller hatte Jütz bereits mündlich seine Vorbehalte mitgeteilt. Als Grund für die allgemeine Ablehnung nannte Ruepp zwei Umstände: Zum einen hatte sich Jütz während seiner Zeit als Landvogt in Gaster unkorrekt gegenüber Abt Niklaus Imfeld verhalten, als dieser mit der Bitte um Vermittlung in einer nicht näher bezeichneten Angelegenheit in Kaltbrunn an den jungen Offizier herantreten war. Jütz hatte schriftlich in ablehnender Weise geantwortet und dies in äusserst flapsiger Art, indem er bemerkte, er habe im Moment keine Zeit und Möglichkeit sich um die Angelegenheit zu kümmern, da er weder über einen Bediensteten noch über eine Schreibfeder verfüge. Mit dieser despektierlichen Behandlung des ehrwürdigen Abts kam er im Kloster verständlicherweise schlecht an. Als zweiten Vorbehalt hegte man Bedenken bezüglich der richtigen katholischen Einstellung und Lebensführung des Bewerbers,

---

<sup>321</sup> Zit. nach: Bemerkungen zur Kanzlerstelle von P. Otmar Ruepp, 1777, StIAE, Sig. A. HO 10.

<sup>322</sup> Zit. nach: Ebd.

da einigen im Kloster zu Ohren gekommen war, Jütz sei dem Geldspiel verfallen und betrage sich auch sonst nicht, wie es sich für einen anständigen Katholiken gehöre. Nichts desto trotz musste nach der bereits drei Jahre dauernden Vakanz endlich wieder ein Kanzler bestimmt werden. Zu diesem Zweck versammelte Abt Marian Müller die Patres zum Kapitulum. Noch einmal wurde eingehend über die Bewerber gesprochen. Zwar wurden auch diesmal Stimmen laut, die sich von Schwyz nichts vorschreiben lassen wollten und gerade deshalb die Wahl des auswärtigen Bewerbers Wyrsh bevorzugten. Aber wie so oft, wählten die Patres auch dieses Mal den pragmatischen Weg. Abt Marian beruhigte seine Mitbrüder und erklärte, man werde sich mit Joseph Anton Jütz auf der Kanzlerstelle eben arrangieren müssen. Die Verfehlungen der Vergangenheit seinen in erster Linie auf dessen damaliges jugendliches Alter zurückzuführen. Jütz habe in der Zwischenzeit seine Fehler eingesehen und ihm, dem Abt gegenüber sein Bedauern ausgesprochen. Die gewichtigsten Argumente für eine Wahl Jütz' jedoch nannte P. Otmar Ruepp: Erstens war ein harmonisches Verhältnis mit Schwyz für das Kloster von grösster Wichtigkeit, zweitens hätte ein auswärtiger Kanzler im Umgang mit der Schwyzer Obrigkeit grosse Widerstände erwarten müssen und drittens hatte Schwyz seit Jahrhunderten als verlässlicher Schutzherr für das Kloster gewirkt. Deshalb wurde Joseph Anton Jütz, wie Ruepp es in seinem Bericht ausführte, «ad delendam vexam et evitanda maiora mala», durch das Kapitel zum neuen Kanzler bestimmt.

Zusammenfassend können für Kanzlerwahlen im Kloster Einsiedeln gewisse Regelhaftigkeiten festgehalten werden: Nach dem Rücktritt oder nach dem Tod eines Amtsinhabers bewarb sich regelmässig eine ansehnliche Zahl von fachlich meist gut qualifizierten Männern aus den der Klosterherrschaft benachbarten Gebieten um die frei gewordene Stelle. Nach der Beratungen mit dem Konvent entschied sich der Abt mehr oder weniger autonom für einen der Bewerber, denn die Verantwortung für die Wahl lag in letzter Instanz bei ihm. Trotzdem war der Abt in seiner Entscheidung keineswegs frei. Vielmehr galt es, verschiedene Aspekte wie z.B. die Befindlichkeiten und die Druckversuche der Nachbarn, die Ansprüche des Schirmherren Schwyz und die herrschenden Machtverhältnisse in eben diesem Stand Schwyz gegen die eigenen Bedürfnisse abzuwägen. Im 18. Jahrhundert begehrten die Patres in der Diskussion im Kapitulum regelmässig gegen das im Laufe der Zeit immer stärker ins Gewicht fallende Gewohnheitsrecht der Schwyzer auf. Der Abt entschied sich

schliesslich aber mit eben solcher Regelmässigkeit aufgrund der Faktenlage für einen Schwyzer Kandidaten.

### 6.1.8 Bestallung und Amtseinführung

War ein neuer Kanzler gewählt und hatte der betreffende seine Wahl angenommen, wurde er im Kloster ins Amt eingeführt. Das dazu notwendige mehr oder weniger aufwändige Zeremoniell lässt sich anhand der Quellen erst im 18. Jahrhundert fassen. Es darf jedoch mit gutem Grund angenommen werden, dass ein neu eintretender Kanzler zu jeder Zeit wenigstens einen Amtseid vor dem Abt zu leisten hatte, da die Eidleistung die übliche Form zur Begründung eines solchen Dienstverhältnisses darstellte. Aus der Zeit Abt Placidus Reimanns (1630-1670) ist ein erstes undatiertes Formular überliefert, das als Vorlage für die Bestallung der Kanzler gedient haben dürfte. Die Leistung des Amtseides bildet dort einen, wie es scheint, ganz selbstverständlichen Bestandteil bei der Amtseinführung eines Kanzlers.<sup>323</sup> Neben der feierlichen Vereidigung gehörte die Übergabe der Bestallung – in heutiger Terminologie könnte man dieses Schriftstück als Arbeitsvertrag und Pflichtenheft bezeichnen – zum festen Bestandteil des Zeremoniells. Von einem neu eintretenden Kanzler wurde in der Regel erwartet, dass er von seiner Bestallung eine eigenhändige Abschrift anfertigte. Mit dieser durchaus symbolträchtigen Handlung signalisierte er, dass er die für seine Arbeit geltenden Bestimmungen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern im Prozess des Abschreibens geradezu verinnerlicht hatte.

Eine erste detailliertere Beschreibung einer Amtseinführung stammt aus dem Diarium von P. Josef Dietrich. Dieser berichtete über die Einsetzung von Johann Melchior Lussi aus Unterwalden. Lussi hatte sein Amt am 3. Mai 1699 anlässlich des Maigerichtstages angetreten, indem er von den Waldleuten «[...] die huldigung und den eyd der treüe [...]»<sup>324</sup> entgegennahm. Am nächsten Tag reiste Lussy nach Stans zurück und bereitete dort seinen Umzug nach Einsiedeln vor. Am 19. Mai kam er mit Frau, Kindern und Hausrat in Einsiedeln an: «Auf den abend ist unser neüwer herr cantzler Lussy mit sambt seiner frau gemahlin ankommen demme auch sein hausgerath mit zugeführt worden. Sie seynd dermahlen auf die wöschhutten accommodiert worden und dort tractiert weilen das haus noch nit ausgerüstet und

---

<sup>323</sup> Bestallungsformular, undatiert, StiAE, Sig. A. HO 4.

<sup>324</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, StiAE, Sig. A. HB 11, fol. 67r.

versehen war»<sup>325</sup>. Seinen Eid leistete Lussi wahrscheinlich im Rahmen einer kurzen Zeremonie beim Abt oder, da in Einsiedeln Jahrgerichtstag war, sogar in Anwesenheit der versammelten Waldleute. Zwei Wochen später zog er zusammen mit seiner Familie ganz ohne Pomp in Einsiedeln ein. Für die erste Zeit musste die Familie sogar im Waschhaus absteigen, da das eigentliche Kanzlerhaus offenbar noch nicht fertig hergerichtet war.

Thomas Anton Fassbind (1755-1763) leistete den Eid zusammen mit dem aus Rapperwil stammenden, gleichzeitig neu angestellten Kanzleisekretär Helbling. Dazu erwartete Abt Niklaus Imfeld die beiden Neuankömmlinge in seinem Audienzzimmer, begleitet vom Dekan, dem Statthalter, dem Küchenmeister und dem Archivar. Nachdem sich der neue Kanzler und der Sekretär vor den Anwesenden aufgestellt hatten, verlas der damalige Stiftsarchivar P. Lukas von der Weid die Bestellungen. Darauf leistete der Kanzler mit erhobenen Schwurfingern seinen Amtseid, bedankte sich für die erhaltene Bestallung und küsste dem Abt die Hand. Zusätzlich versprach er seinem neuen Vorgesetzten, sich treu an die alten Gebräuche des Klosters zu halten.<sup>326</sup>

Felix Ludwig Weber (1763-1773) empfing seinen Bestallungsbrief am 30. März 1763 ebenfalls aus der Hand des Abtes, wiederum in Anwesenheit der genannten Klosteroberen. Im Unterschied zu Fassbind hatte Weber seine Bestallung bereits einige Tage vor der Vereidigung ausgehändigt bekommen, mit dem Auftrag, das Stück eigenhändig abzuschreiben. Laut P. Michael Schlageter erledigte er den Auftrag aber nur teilweise. Offenbar war Weber durch dringende Geschäfte von einer vollständigen Abschrift abgehalten worden. Zum Auftakt der Vereidigungszeremonie las der Archivar P. Bonaventura Müller dem neuen Kanzler die Bestallung vor. Danach leistete Weber seinen Amtseid und unterzeichnete das Schriftstück eigenhändig.<sup>327</sup> Weiter berichtet P. Michael Schlageter von einem Umtrunk, welchen der neue Kanzler zur Feier seiner Wahl zur Vesper habe offerieren wollen. Bis es soweit kam, verstrich jedoch beinahe ein Jahr. Dies wohl darum, weil nicht von vornherein klar war, wer die Kosten übernehmen musste. Aus Sicht des Dekans war ein solcher Umtrunk nämlich nicht notwendig und verursachte lediglich eine unnötige Geldauslage. Sein Einverständnis zur Übernahme der Kosten durch das Kloster gab er darum ungern und erst nach mehrmaligem Ansuchen Webers.

---

<sup>325</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, StiAE, Sig. A. HB 11, fol. 78v.

<sup>326</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 27 (Jahr 1755), Kopie, S. 28.

<sup>327</sup> Ebd., Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 26.

Einen ungleich grossartigeren Empfang bereitete Abt Marian Müller dem im Jahr 1776 nur widerwillig ins Amt eingesetzten Joseph Anton Jütz. Der damalige Sekretär der Stiftskanzlei, Caspar Anton Eberle, verfasste einen ausführlichen Bericht über die Ankunft der Familie Jütz in Einsiedeln, über die Vereidigung und die anschliessenden Feierlichkeiten zu Ehren des Kanzlers.<sup>328</sup> Jütz traf am frühen Abend des 5. November 1776 von Schwyz her kommend zusammen mit seiner Ehefrau und den Kindern in Einsiedeln ein. Frau und Kinder waren in der Sänfte des Abtes in Schwyz abgeholt worden. Im Gefolge der Sänfte ritten hoch zu Pferd der neu gewählte Kanzler in Begleitung zweier Brüder, dem Siebnerrichter und Ratsherrn Karl Dominik und dem Leutnant Urs Viktor Jütz sowie dessen Schwager Säckelmeister Bonifaz von Reding. In Einsiedeln angekommen stieg die Gesellschaft im Kanzlerhaus ab und nahm es in Beschlag. Noch am selben Abend machte Jütz beim Abt einen Antrittsbesuch und meldete diesem seine glückliche Ankunft. Betrachtet man die Zusammensetzung des Begleittrosses des Kanzlers, wird deutlich, dass Abt Marian Müller wohl tatsächlich keine Alternative zur Wahl Joseph Anton Jütz' zum Stiftskanzler hatte. Jütz wusste mit seiner eigenen Familie und mit der Familie Reding, aus der seine Ehefrau Maria Anna Aloisia stammte, die beiden einflussreichsten Schwyzer Geschlechter jener Zeit in seinem Rücken. Die Stellung und die Würde seiner Begleiter unterstrichen seinen Anspruch auf das Amt deutlich, in einer für alle ersichtlichen Art.

Am folgenden Tag, dem 6. November, baten die beiden Brüder zusammen mit dem Schwager um eine Audienz beim Abt. Marian Müller empfing die drei Herren mit allen Ehren, indem er sie zum Mittagessen an seinen Tisch bat. Nach dem Essen verabschiedeten sich die Begleiter höflich von der Klostersgemeinschaft und ritten gegen Abend zurück nach Schwyz. Tags darauf fand die eigentliche Vereidigung des Kanzlers statt. Im Audienzzimmer des Abtes war dazu ein so genannter Kredenz Tisch aufgestellt worden. Auf dem Tisch befand sich ein Kruzifix, umrahmt von zwei brennenden Kerzen. Der Abt sass in einem Lehnssessel beim Tisch, zu seiner Rechten stand der damalige Dekan P. Beat Küttel, zu seiner Linken Statthalter P. Beda Müller, Küchenmeister P. Martin Schuler und Archivar P. Othmar Ruepp. «Bey dem eintritt in das fürstliche vorzimmer machte der neü erwöhlte herr kanzler gegen seiner hochfürstlichen gnaden, herrn decan und übrigen hochwürdigen herre seiner

---

<sup>328</sup> Bericht von Caspar Anton Eberle, StIAE, Sig. A. HO 10. Der Originaltitel des Berichts lautet: «Kurz gefasster entwurf von der ankunft des neü erwöhlten herrn kanzlers Jos. Anton Jüz und des darauf erfolgten ceremonien-acts bey ablegung seines amtseydes so vorgegangen den 7. Novembr. 1776.»

tieffsten reverenz und hielt in einer kurzen sauberen anrede um die kanzlerstelle gezimmd an. Seine hochfürstlichen gnaden aber stellte dem herr kanzler in einem kurzen begriff die absichten dieses vorzunehmenden acts vor, worauf der hiez zu bestimmte secretaire Caspar Ant. Eberle dem herrn kanzler den bestallungsbrief von puncten zu puncten ablesen musste, der alle die pflichten in sich enthielt, welche ein jeweiliger kanzler genau zu observieren und zu vollziehen hatte. Deme allem getreulich und ohne alle gefärde nachzukommen herr kanzler das jurament mit aufgehobenen schwerfingern und mit gelehrten worten seiner hochwürden herrn statthalter Beda Müller nachgesprochen.»<sup>329</sup> Im Anschluss an die Eidleistung überreichte Jütz dem Abt eine eigenhändig abgeschriebene Bestallung und bedankte sich für die ihm erwiesene Gunst. Der Abt seinerseits wünschte dem neuen Kanzler alles Gute bei der Ausübung des Amtes und beendete die offizielle Zeremonie. Das festliche Mittagessen fand aus Rücksicht auf die Begleiterinnen der geladenen Gäste im so genannten Weibersaal des Klosters statt, denn im Speisesaal des Konvents waren keine Frauen zugelassen. Neben dem Abt, dem Kanzler und dessen Frau, waren die Oberen des Klosters, der Hofarzt mit Frau, der Stiftsamman mit Frau und Mutter, der Sekretär mit Frau, zwei Appellationsräte und alt Lehenvogt Gyr zum reichhaltigen, viergängigen Mittagsmahl geladen.

### 6.1.9 Der Status des Kanzleramtes

Während das Kloster die Kanzlerstelle im 16. und 17. Jahrhundert mit fachlich gut qualifizierten Auswärtigen oder dann mit Personen aus der eigenen Untertanenschaft besetzte, um damit ein Gegengewicht zum im Verhältnis mächtigen Land Schwyz zu schaffen, rekrutierte es die Kanzler ab 1710 ausschliesslich noch aus den Kreisen der Schwyzer Magistratenfamilien. Ein für das Kloster bedeutsames und in der Eidgenossenschaft angesehenes Amt gelangte damit zunehmend unter die Kontrolle von Schwyz, indem es entweder von ambitionierten Vertretern der Schwyzer Oberschicht auf ihrem Weg zu Ansehen und Reichtum als sehr gut bezahlte Stelle besetzt wurde oder, wie im Fall von Felix Ludwig Weber geschehen, im Anschluss an eine politische Karriere als eine Art einträgliche Alterspfründe übernommen wurde. Diese Veränderung des Status des Einsiedler Kanzleramtes geht einher mit dem Zerfall des politischen Gewichts des Fürstentums vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Im Laufe dieser drei Jahrhunderte verlor das Kloster

---

<sup>329</sup> Zit. nach: Bericht von Caspar Anton Eberle, StIAE, Sig. A. HO 10.

zwar langsam, aber stetig an Selbständigkeit, politischer Bedeutung und Einfluss. Der schleichende Zerfall und die damit verbundene zunehmende Monopolisierung des Amtes durch die Schwyzer Eliten, änderte jedoch nichts an der Bedeutung des Kanzleramtes für die klösterliche Wirtschaft und Politik. Der Kanzler war und blieb die rechte Hand des Abtes. Entsprechend der einflussreichen Stellung innerhalb des Fürstentums und aufgrund der Herkunft der Kanzler aus den höchsten gesellschaftlichen Schichten, genossen die Inhaber des Amtes zusammen mit ihren Angehörigen prinzipiell grosses Ansehen, was mit einem repräsentativen Wohnsitz und einem angemessenen Zeremoniell bei allen sich bietenden Gelegenheiten sichtbar unterstrichen wurde.

Die Waldleute nahmen den Kanzler ebenfalls als rechte Hand des Abtes und damit als einen der am höchsten gestellten Vertreter ihrer Obrigkeit wahr. So war es der Kanzler, der die Jahrgerichtstage als Stellvertreter des Abtes leitete, der die Anordnungen und Wünsche der Oberen des Klosters verkündete, allfällige Diskussionen leitete und im Namen oder auf Anweisung des Abtes über die Begehren der Untertanen entschied. Das Verwaltungspersonal der Klosterherrschaft hatte dem Kanzler jährlich Rechenschaft über ihre Wirtschaftsführung abzulegen und über die für das Klosters eingezogenen Abgaben der Bauern, Handwerker und Krämer abzurechnen. Diese beiden Anlässe, Jahrgericht und Jahrrechnung, boten viele Gelegenheiten, den hohen Status des Amtes mit dem entsprechenden Zeremoniell zu unterstreichen.

Ein Anlass, bei dem die herausragende Stellung einer Person besonders gut öffentlich dargestellt werden kann, bildet deren Begräbnis. Je bedeutender und angesehener ein Mensch zu Lebzeiten war, umso grösser und oft aufwändiger wird sein Begräbnis zelebriert und umso grösser ist die Schar derjenigen, die der oder dem Verstorbenen mit ihrer Anwesenheit die letzte Ehre erweisen. Es waren wiederum die beiden gewissenhaftesten Klosterchronisten, P. Josef Dietrich und P. Michael Schlageter, die in ihren Diarien Berichte über Begräbnisse von Stiftskanzlern überlieferten. P. Josef Dietrich berichtete im April 1699 sehr ausführlich vom Sterben und vom Begräbnis des Kanzlerehepaares Betschart. Die Exaktheit der Beschreibung verdanken wir dabei wahrscheinlich der besonderen Tragik des Ereignisses. Denn im April 1699 wurde Karl Dominik Betschart (1693-1699) zusammen mit seiner Ehefrau von einem nicht näher bestimmbaren Fieber erfasst und im Abstand von nur zwei



Tagen wurden die beiden dahingerafft.<sup>330</sup> Am 11. April nachmittags um ein Uhr verstarb zuerst die Frau, Maria Viktoria, geborene Lussi. Die betrübliche Nachricht von deren Tod enthielten die Beteiligten dem ebenfalls sterbenskrank daniederliegenden Kanzler vor, um diesen nicht zusätzlich zu belasten. Stattdessen wartete man die Nacht ab, brachte dann den Leichnam der Frau aus dem Kanzlerhaus und trug den Sarg wahrscheinlich in eine der sechs Rosenkranzkapellen auf dem Brül.<sup>331</sup> Tags darauf wurde der Leichnam nach der Primesse feierlich mit grossem Gefolge in die als Begräbniskapelle beim Friedhof erbaute St. Benediktskapelle überführt. Dabei folgten dem Leichnam verschiedene Bruderschaften mit ihren Fahnen, einige Patres und vier Schüler der Stiftsschule, unter denen sich auch ein Sohn der Verstorbenen befand. Im Weiteren begleiteten alle Hofbediensteten, Vertreter des Gerichts, verschiedene Amtleute und ein Grossteil der übrigen Angehörigen der Waldstatt Einsiedeln den Sarg zum Friedhof. Während die Zeremonie für die Frau Kanzler von statten ging, hielten ein Pfarrer, verschiedene Patres, weltliche Amtleute sowie die meisten Nachbarn am Bett des sterbenden Kanzlers Wache und standen diesem mit ihren Gebeten bei. «Endlich ist er ohngefahr umb 8 uhren seelig verscheiden. Wie einem dis sein hinscheiden männiglich schmerzlich und betrüblich vorkommen ist nit zu beschreiben. Dann er war gar sittsamber, fried- und gerechtigkeit liebender herr, liebrich von worten, gantz höflich in gebärden, fründtlich gegen iedermann, in seinen consilyls klueg und vorsichtig, in dem reden bedachtsamb und verständtlich, in der feder und hand uber die massen beliebt: Summa ein ganz beliebter herr.»<sup>332</sup>

Der Schreck über den so plötzlichen Verlust des Kanzlerehepaares sass bei den Paters, die sich am Sterbebett des Kanzlers eingefunden hatten, offenbar tief. Sie fassten den Beschluss, die restlichen Mitglieder des Konvents nicht mehr am selben Abend mit der betrüblichen Nachricht zu belastet, sondern erst am folgenden Morgen zu informieren. Dies geschah dann mit einem schriftlichen Aushang, damit es jeder erfuhr und im Gebet des Verstorbenen gedenken konnte. Am Morgen des 13. April verkündete Abt Maurus von Roll seinen Beschluss, der Leichnam des Kanzlers sei in der Klosterkirche vor dem Ölbergaltar zu begraben, was eine besondere Ehre für den Verstorbenen darstellte. Noch in der Nacht hatte man Boten

---

<sup>330</sup> Diarium P. Josef Dietrich, StIAE, A. HB 11 fol. 53-56.

<sup>331</sup> Vgl. dazu: Oechslin, Werner und Buschow Oechslin, Anja: Die Kunstdenkmäler des Kantons Schwyz, Neue Ausgabe, Band III. II, S. 248-256.

<sup>332</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, StIAE, A. HB 11 fol. 53v.

nach Schwyz und nach Unterwalden losgeschickt, um die Verwandten des Verstorbenen zu informieren.

Nachmittags um drei Uhr läuteten die Kirchenglocken und die Menschen der Waldstatt versammelten sich zum Begräbnis. Wiederum erschienen die am Ort ansässigen Bruderschaften mit ihren Fahnen und führten den Leichenzug an. Die Leiche wurde von den ältesten Richtern und den Appellationsräten auf den Schultern getragen. Dahinter gingen acht Patres, brennende Kerzen in ihren Händen tragend. Dann folgte der Pfarrer und hinter diesem alle Hofbediensteten. Den Schluss des Zuges bildeten die Oberen des Klosters, die dem Anlass mit der Rezitation verschiedener Gebete einen würdigen Rahmen verliehen. Unter dem Geläute aller Glocken des Dorfes, begab man sich vom Kanzlerhaus zur Klosterkirche. Dort, bei der Kirchenpforte, erwarteten die restlichen Mitglieder des Konvents den Leichnam, ebenfalls brennende Kerzen in den Händen haltend. Der Sarg wurde vor den Ölbergaltar getragen und dort unter verschiedenen Gesängen und Gebeten ins Grab gelegt. P. Ignaz Stadelmann hielt eine Leichenpredigt, in der er ein letztes Mal die vorzüglichen Eigenschaften und Verdienste des Verstorbenen würdigte. Alle Mitglieder des Konvents besprengten darauf nacheinander das Grab mit Weihwasser, begaben sich in den Chor und verrichteten in gewohnter Weise das Salve Regina-Gebet.

Ein ebenfalls aussergewöhnlich ehrenvolles Begräbnis erhielt Maurus Jütz, der Sohn des Kanzlers Karl Dominik Jütz, der am 10. Dezember 1753 im Alter von 14 Jahren verstorben war. Der Leichnam des Kindes wurde auf dem Weg zum Grab von einer Bruderschaft mit Bruderschaftsfahnen, von zwei Patres, zwei Scholaren und etlichen Klosterfrauen begleitet. P. Michael Schlageter bemerkte dazu, er erachte Stand und Zahl der Begleiter und Begleiterinnen für das Begräbnis eines Kindes als übertrieben, da solche Ehren normalerweise erwachsenen Personen von Rang und Namen vorbehalten waren.<sup>333</sup>

Kanzler Felix Ludwig Weber verstarb am 18. April 1773. Nachmittags um drei Uhr verkündete die grosse Glocke die Todesnachricht im Dorf. Am Tag darauf zelebrierten die Patres im Anschluss an die Prim eine heilige Messe, die von P. Nepomuk, einem Sohn des Verstorbenen, gesungen wurde. Zusätzlich läuteten alle Glocken der Kirche, wie das sonst nur beim Tod eines Mitglieds des Konvents üblich war. Am Nachmittag begaben sich vier Patres, vier Fratres und sechs Scholaren zum

---

<sup>333</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 26 (Jahre 1753-1754), Kopie, S. 32.

Haus des Kanzlers, holten dort die Leiche ab und begleiteten sie bis in die Klosterkirche. Getragen wurde der Sarg auch diesmal von Richtern und Appellationsräten. Am Begräbnis selbst nahmen sämtliche am Ort ansässigen Bruderschaften, der gesamte Konvent, Abt Niklaus Imfeld, das gesamte Hofpersonal und eine grosse Zahl von Menschen aus der Einsiedler Dorfbevölkerung teil. Felix Ludwig Weber fand unter dem St. Josef-Altar in der Klosterkirche seine letzte Ruhestätte.<sup>334</sup>

Zwischen dem ersten Bericht von P. Josef Dietrich aus dem Jahr 1699 und dem Begräbnis von Felix Ludwig Weber liegen mehr als 70 Jahre. Zwar unterscheiden sich die Zeremonien teilweise, was Personal und Ablauf betrifft. Es kommt jedoch deutlich zum Ausdruck, dass die Einsiedler Stiftskanzler unter aussergewöhnlichen Ehrenbezeugungen zu Grabe getragen wurden. Die Kanzler standen dabei grundsätzlich auf derselben Stufe wie die Mitglieder des Konvents. Es wird anschaulich klar, welche aussergewöhnliche Stellung die Kanzler auch im Gefüge der Klostersgemeinschaft einnahmen. Tatsächlich wirkten sie als eigentliche Verbindungsglieder zwischen der geistlichen Klostersgemeinschaft und der Welt draussen, ohne die man im Kloster aus ökonomischen Gründen nicht auskam. In vielen Dingen wurde der Kanzler gleich wie die Mitglieder des Konvents wahrgenommen und entsprechend behandelt, andererseits wirkte er in einer Umgebung, für die man sich im Kloster nicht in jedem Fall bereit und kompetent fand. Noch deutlicher zum Ausdruck kommt dieser Umstand in der Beziehung zwischen dem Kanzler und dem Abt.

#### **6.1.10 Kanzler und Abt**

In einem Schreiben vom 26. Februar 1693 an den Statthalter von Stadt und Amt Zug in den Freien Ämtern, bezeichnete Abt Raphael von Gottrau (1692-1698) seinen Kanzler Lazarus Heinrich als seinen «Sekretario».<sup>335</sup> Er machte damit deutlich, wie sich das Verhältnis zwischen Abt und Kanzler idealerweise gestaltete. Für die Führung der Klosterherrschaft war der Kanzler ein unverzichtbarer Mitarbeiter, der dem Abt die Last der eigentlichen Herrschaftsverwaltung weitgehend abnahm. Während sich der Abt seiner Bestimmung gemäss, in Zusammenarbeit mit dem Dekan und dem Statthalter, hauptsächlich um die Leitung der geistlichen Klostersgemeinschaft kümmerte, fällt er bezüglich der weltlichen Herrschaft und

---

<sup>334</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 60 (Jahre 1772-1773), Kopie, S. 38-40.

<sup>335</sup> Sammlung Zurlauben, 43/70.

Wirtschaft lediglich die wesentlichen Entscheidungen und überliess deren praktische Umsetzung dem Kanzler. Dieser erhielt dadurch Einblick in die intimsten Bereiche der klösterlichen Organisation, was ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Abt und Kanzler voraussetzte. Verschiedene, fest in den Tages- und Jahreslauf integrierte Rituale sollten dieses Vertrauensverhältnis fördern und waren andererseits dazu gedacht, die Einigkeit von Abt und Kanzler nach aussen für alle sichtbar zum Ausdruck zu bringen. So begleitete der Kanzler den Abt so oft wie möglich zu Tisch und nahm in der Regel auch die Mahlzeiten zusammen mit seinem Vorgesetzten ein.<sup>336</sup> An Sonn- und Feiertagen schritten die beiden gemeinsam in die Kirche und traten nach der Messe wieder gemeinsam aus der Kirche heraus. Mit diesen und weiteren Ehrendiensten, wie z.B. dem Kredenzen an hohen kirchlichen Feiertagen, demonstrierte der Kanzler seine Verbundenheit mit dem Abt und unterstrich damit seine Autorität gegenüber Dritten.

Hie und da wurde die besondere Verbundenheit zudem mit der Knüpfung familiärer Bande unterstrichen. Konkret sind zwei Fälle belegt, in denen der Abt die Patenschaft für ein Kind der Kanzlerfamilie übernahm: Als Kanzler Lazarus Heinrich am 8. Januar 1684 Vater eines Sohnes wurde, übernahm Abt Augustin Reding die Patenschaft für den kleinen Knaben. Zu Ehren des Abtes erhielt das Kind übrigens den Vornamen Augustin Lazarus.<sup>337</sup> Im Jahr 1717 erwies Abt Thomas Schenklin (1714-1734) seinem Kanzler dieselbe Ehre. Auch dieser am 8. August geborene Knabe erhielt als ersten Namen jenen seines Taufpaten. Der Fürst beschenkte seinen Neffen reichlich: «Die 2 gold- und das silberstukh machen zusammen 70 Pfund» wurde in die Rechnung des Abtes eingetragen.<sup>338</sup>

#### **6.1.11 Tätigkeitsfeld I: Führen, Herrschen und Verhandeln**

Die Hauptaufgabe der Kanzler bestand in der Leitung der Geschäfte der Stiftskanzlei und in der Führung des dort beschäftigten Personals. Als Hüter des Kanzleisiegels war der Kanzler für dessen rechtmässige und korrekte Verwendung verantwortlich. Ebenfalls verantwortlich zeichnete er für die vorschriftsgemässe formale und inhaltliche Abfassung aller Schrifterzeugnisse, die in den verschiedenen Bereichen der Klosterherrschaft und -wirtschaft benötigt wurden. Überdies kam der Kanzler in allen Bereichen zum Einsatz, in denen das Kloster als Herrschaftsträger in

---

<sup>336</sup> Siehe dazu z.B. die Bestallung eines Kanzlers, o. J., StiAE, Sig. A. GO 1, fol. 60v.

<sup>337</sup> Diarium P. Josef Dietrich, StiAE, Sig. A. HB 4, unpag.

<sup>338</sup> Rechnungsbuch von Abt Thomas Schenklin, StiAE, Sig. A. TP 16, fol. 454.

Erscheinung trat. Er leitete die Sessionen – also die Versammlungen der Vertreter der Drei Teile –, stand den Jahrgerichten vor, führte das Protokoll anlässlich der Gerichtsverhandlungen, verfasste Urteilsschriften, Schiedssprüche und Uhrfehdebrieft, leitete zusammen mit dem Abt Appellationsverhandlungen, kommunizierte mit den Schirmherren des Klosters in Schwyz, verfasste Ordnungen aller Art, führte die Mehrheit der Rechnungsbücher, rechnete mit den Amtmännern ab und bezahlte die Löhne des Dienstpersonals. Als Notar errichtete er alle gängigen Verträge, an denen man in Einsiedeln Bedarf hatte, verfasste Personenstands- und Ausweispapiere, errichtete Bestallungen für die Angestellten des Klosters und wirkte daneben als Bote und Gesandter des Abtes. Als juristisches Gewissen des Klosters bewegte sich der Kanzler an den Schaltstellen der klösterlichen Herrschaft, nahm dessen herrschaftlichen Rechte und Freiheiten wahr und hatte diese, wo immer notwendig, zu verteidigen. Darum bildete die möglichst genaue Kenntnis der Rechte und der Ansprüche der Einsiedler Grundherrschaft eine notwendige Voraussetzung für die adäquate Erfüllung des Amtes. Dementsprechend hatte sich ein Kanzler laufend um die Aneignung dieser rechtlichen Grundlagen zu bemühen: «Zum vierten soll er mithin des gozhuss fryheit recht und gerechtigkeiten, es sigent brief rödel oder ander gewarsaminen, flysig erlesen und erlernen, sy sigent im ampt wo sy wellend, damit wann es von nöthen er solliches wüss anzuzeigen.»<sup>339</sup>

Im vorliegenden Kapitel werden jene Tätigkeitsfelder beleuchtet, welche die Kanzler neben der eigentlichen Kernaufgabe, der Schriftgutproduktion, im Dienste des Klosters wahrgenommen haben. Die Herstellung des Herrschafts- und Verwaltungsschriftgutes ist an separater Stelle weiter unten dargestellt.

### **Die Leitung der Stiftskanzlei**

Jeden Morgen nach sechs Uhr, nachdem der Abt von der heiligen Messe zurückgekehrt war, sprach der Kanzler beim Abt vor, um von diesem die Aufträge für den Tag entgegenzunehmen. Innerhalb der Kanzlei hatte er dafür zu sorgen, dass die ihm Untergebenen, der Sekretär und die als Kanzlisten oder Substituten bezeichneten Schreiber, die anstehenden Arbeiten sorgfältig und gewissenhaft ausführten. Gab es nichts zu tun, sollte das Personal zu Übungszwecken und zur Bestückung der Archive in den verschiedenen auswärtigen Ämtern, ausgewählte Dokumente abschreiben. Ausdrücklich ist in den Bestallungen festgehalten, im

---

<sup>339</sup> Zit. nach: Bestallung eines Kanzlers, StiAE, Sig. A. GO 1, fol. 61r.

Kanzleizimmer seien keinerlei Gelage oder Zechereien erlaubt: «Zum sechsten soll er inn der canzlei weder von frömbden noch heimbschen, geistlichen noch weltlichen, kein gasteri noch zechen nit haben [...] und die substituten darzu halten, das sölliches von inen ouch nit fürgenomen werde.»<sup>340</sup> Gegenüber den Kanzleischreibern war der Kanzler ausdrücklich berechtigt, Strafen für ungebührliches Verhalten zu verhängen.<sup>341</sup>

Für die Dokumentation der Tätigkeiten als Notar und als Gerichtsschreiber sollte in der Kanzlei ein Geschäftsbuch geführt werden. Der Hauptzweck dieser Bücher war wirtschaftlicher Natur, indem das Kloster damit die Unterschlagung von Ehrschatzzahlungen zu verhindern suchte.<sup>342</sup> Als Hüter des Kanzleisiegels oblag dem Kanzler spätestens seit 1759 zusätzlich die Aufsicht über die Siegel der Amtsmänner des Klosters. Neben dem Kanzler führten nämlich auch diese ihre eigenen Siegel, mit denen sie als Bevollmächtigte rechtsgültig siegeln konnten. Als der Amtmann Joseph Anton Fuchs am 19. Mai 1759 verstarb, gab Abt Niklaus Imfeld seinem Kanzler deshalb den Auftrag, er solle das Siegel des Verstorbenen an sich nehmen, damit es nicht liederlichen Leuten in die Hände falle und kein Unfug damit getrieben werde. Gleichzeitig ordnete er an, es sei in die Bestallung des neu zu ernennenden Amtmanns die Bestimmung aufzunehmen, die Amtssiegel verstorbener Amtmänner seien in jedem Fall dem Kloster zu übergeben. Bereits in der Bestallung des nachfolgenden Amtmanns Dominik Gyr wurde dieser Anordnung des Abtes Rechnung getragen.<sup>343</sup>

Wie die folgenden Beispiele zeigen, waren die Befürchtungen des Abtes durchaus nicht unbegründet. So gelang es einigen «unbekannten Spitzbuben» im Januar 1762 mit einem gefälschten Siegel der Einsiedler Kanzlei an verschiedenen Orten der Herrschaft beachtliche Summen Geld zu ertrügen. Der Amtmann in Zürich hatte den Betrügern 2500 Gulden ausgehändigt, der Statthalter in Sonnenberg zwischen 300 und 500 Gulden.<sup>344</sup> Im Februar 1762 machte der Statthalter von Freudenfels ein an ihn gerichtetes Schreiben des Hofmeisters Forster von Diessenhofen bekannt, mit dem der Hofmeister seinen Amtskollegen über ähnliche Betrugsfälle im Gebiet seiner Herrschaft informierte und um Auskunft über die

---

<sup>340</sup> Zit. nach: Bestallung eines Kanzlers, StiAE, Sig. A. GO 1, fol. 61r.

<sup>341</sup> Ebd., fol. 60v.

<sup>342</sup> Ebd., fol. 61r. Die den Ehrschatz in Einsiedeln betreffenden Amtsbücher (1620-1797) finden sich im Stiftsarchiv unter der Signatur A. WM 7 bis 11.

<sup>343</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 31, (Jahr 1759), Kopie, S. 40f. und S. 62.

<sup>344</sup> Ebd., Sig. A. HB 34, (Jahr 1762), Kopie, S. 1f.

vorgefallenen Betrugsfälle in der Einsiedler Herrschaft bat. Gemäss dem Bericht des Hofmeisters war es einem Betrüger gelungen, mit einem gefälschten Siegel in Schafhausen 1000 Gulden zu erhalten. Der Hofmeister hatte sich der Sache persönlich angenommen und verfolgte den Übeltäter nun bereits seit Tagen, bisher jedoch ohne Erfolg. Er bat deshalb den Statthalter in Freudenfels um Schriftproben des Einsiedler Betrügers, damit herausgefunden werden könne, ob es sich dabei um ein und dieselbe Person handle. Weiter fragte er seinen Amtskollegen an, ob es wahr sei, dass das Kloster Einsiedeln seinem Amtmann in Zürich den Verlust von 2500 Gulden ersetzt habe und fügte hinzu, falls dem so sei, wäre damit ein nachteiliges Präjudiz geschaffen worden, da in Zukunft wohl alle Geschädigten von ihren Dienstgebern Schadenersatz verlangen würden.

Zumindest für den letzten Punkt konnte der Freudenfelser Statthalter seinen Kollegen beruhigen: «Betreffend den ersatz erlitenen schaden vorgedachten einsidlerischen ambtmans in Zürich ist von seiten hier demselben an die 2500 gl ausgelegten gelder gegen falsche handschriften nichts bonificiert noch restituiert worden, auser auf wehmütige klagen dessen nach langem jhme endlichen ein praesent von neügräflicher wein gemacht worden [...]»<sup>345</sup> Ersatz für den erlittenen Verlust erhielt der Zürcher Amtmann demnach keinen, jedoch wurde er vom Kloster mit einem Wein-Präsent getröstet.

## **Gericht und Appellation**

Das Kloster Einsiedeln übte die niedere Gerichtsbarkeit und die daraus resultierende Appellations-Gerichtsbarkeit über seine Untertanen aus. Im Rahmen der klösterlichen Judikative nahmen die Kanzler verschiedene Funktionen wahr. Beispielsweise vertrat am 21. Februar 1526 Kanzler Johann Ort den damals bereits betagten Abt Konrad von Hohenrechenberg in Fahr bei einer Schiedsgerichtsverhandlung, an welcher über die offenbar umstrittene Höhe der Entlohnung des Leutpriesters in Weiningen zu entscheiden war.<sup>346</sup> In diesem Bereich gehörte die Errichtung der Urteilsschriften für das fürstliche Gericht zu den Haupttätigkeiten der Kanzler. Bereits der dritte belegte Kanzler, Georg Dietschi (1560-1571), betätigte sich 1560 als Verfasser von Gerichtsurteilen.<sup>347</sup> Auch Wolfgang Reimann (1609-1620) amtierte 1616 und 1619 als Leiter des

---

<sup>345</sup> Zit. nach: Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 34, (Jahr 1762), Kopie, S. 17.

<sup>346</sup> Pfrundakten Weiningen, StAZH, Sig. E. I. 30.137.

<sup>347</sup> Urteilsschriften des fürstlichen Gerichts in Einsiedeln, StAE, Sig. A. QM 2 und 3.

Appellationsgerichtes,<sup>348</sup> ebenso dessen Nachfolger Johann Oswald Kuechli (1620-1635) am 13. Februar 1620.<sup>349</sup>

Aus den 1620er-Jahren hat sich im ersten Formularbuch der Kanzlei die Abschrift der Eröffnungsrede des Kanzlers an einen Appellanten erhalten. Der Text gewährt einen anschaulichen Einblick in ein Appellationsverfahren, da neben dem eigentlichen Redetext, Hinweise zu den für die Erreichung einer Appellation erforderlichen Schritten, sowie zum ordentlichen Ablauf einer Verhandlung, festgehalten sind. Demnach hatte die Beschwerde führende Partei persönlich auf der Kanzlei zu erscheinen, musste dort formell die Appellation verlangen und eine Gebühr in der Höhe eines Guldens entrichten. Am Tag der Verhandlung versammelte sich der Abt zusammen mit je einem Beisitzer aus dem geistlichen und dem weltlichen Stand sowie der Kanzler als Leiter des Verfahrens im Verhandlungszimmer, worauf auch die streitenden Parteien den Raum betreten durften. Der Kanzler begrüßte die Appellanten: «Frommen, ersamen, lieben und guten fründen. Es ist dem hochwürdigen fürsten und herren Augustino abte [Abt Augustin Hofmann von Baden, Abt 1600-1629] diss würdigen gottshus alhie zu Einsidlen angebracht worden, dass jr jn ettwass rechtvertigung gegen einanderen standen und deswegen vor einem ersamen gricht alhie gewesen die jres recht gutbedunkens ein urteil geben. Der beschwerte theil selbige für [vor] jr fürstliche gnaden appellations wys gezogen. Dieser ursach jst ir fürstliche gnaden sambt dero geistlich und weltlich bysitzer zugegen, die wellend üchrer beschwerden anhören. So üch deswegen etwas anleg werden, jr selbiges kurtz substanzlich und bescheydenlich fürbringen werden. [...]»<sup>350</sup> Von Mitte des 18. Jahrhundert ist ein noch erweitertes Zeremoniell für die Gerichtssitzungen belegt. Demnach erschien der Kanzler zu den Gerichtsverhandlungen immer in Begleitung des Sekretärs, damit dieser das Protokoll führte. Damit der Herr Kanzler und der Sekretär die schweren Gerichtsbücher nicht selber in die Gerichtsstube zu tragen brauchten, wurden sie von einem Weibel auf der Kanzlei abgeholt und nach Abschluss der Verhandlungen wieder dorthin zurück begleitet.<sup>351</sup>

Auf solche oder ähnliche Weise hatten die Kanzler bei allen vom Kloster zu bestreitenden Gerichtsverhandlungen ihren festen und wichtigen Platz. Anlässlich

---

<sup>348</sup> Appellationsbücher, StiAE, Sig. A. QL 1, fol. 36r und 40r.

<sup>349</sup> Ebd., fol. 46r.

<sup>350</sup> Zit. nach: Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 146.

<sup>351</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 4.



des ordentlichen Waldstattgerichts oder, wie dargestellt, an Appellationsverhandlungen spielte der Kanzler eine Zentrale Rolle als Leiter des Verfahrens und als Verfasser der Urteilsschriften. Daneben holte er bei Bedarf auf der Suche nach Beweisen, zur Bestätigung von alt hergebrachtem Recht oder zur Regelung einer Auseinandersetzung vor Ort Kundschaften ein, sowohl innerhalb des eigenen Herrschaftsbereichs als auch in benachbarten Herrschaften und verfasste die daraus resultierenden Protokolle und Berichte oder er liess die streitenden Parteien einen durch die Kundschaft festgestellten Sachverhalt mit einem Eid beschwören. So musste Kanzler Karl Dominik Jütz am 25. September 1746 in Begleitung eines Weibels nach Siebnen in die Landschaft March verreisen, um dort in Anwesenheit eines gewissen Landammanns Brun und dessen Brüder, zwischen denen es zu Streitigkeiten um eine Grenze zwischen zwei Weiden gekommen war, Kundschaft aufzunehmen. Neben den genannten Personen waren zwei Richter anwesend, die in dieser Sache als Zeugen auftraten.<sup>352</sup>

Die Reihe der Beispiele für die Mitwirkung der Kanzler im Justizwesen des Klosters liesse sich bis zum letzten Amtsträger am Ende des 18. Jahrhunderts fortschreiben, denn die herrschaftlichen Rechtssprechung bildete zu jeder Zeit einen Kernbereich ihrer Tätigkeit.

### **Vertretungen und Gesandtschaften innerhalb der Einsiedler Herrschaft**

Oft waren die Kanzler als Gesandte oder als Boten des Abtes unterwegs und traten dabei als Repräsentanten des Klosters auf. Gerade deshalb war der Klostergemeinschaft viel an einem tadellosen Verhalten und an grösstmöglicher Reputation ihrer Kanzler gelegen: « [...] diewyl ein cantzler von desselbigen wegen vil hin und har in und usserhalb der eydtgnosschaft geschiekt und zue erzichten bevolchen wirth. Derowegen hochlich vonnötten das er from redlich uffrecht warhaftig verschwigen nit falscher noch liechter worten nach reden weder im gotzhus noch usserhalb sige. Dann so sölliche böse falsche dürk, ring und leichte worte an jme erfunden, wurde es nit allein seiner person nach sonder auch dem würdigen gotzhus nachtheilig vermisslich und spettlich sin.»<sup>353</sup> Die Reisetätigkeit bildete einen derart zentralen Bestandteil des Amtes, dass Reitstiefel und Sporen «[...] nach notturfft genuog [...]»<sup>354</sup> laut den Bestellungen des 16. und 17. Jahrhunderts als fester

---

<sup>352</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 19/1 (Jahr 1746), Kopie, S. 159.

<sup>353</sup> Zit. nach: Bestallung eines Kanzlers, StIAE, Sig. A. GO 1, fol. 59v.

<sup>354</sup> Zit. nach: Ebd., fol. 61v.

Bestandteil der Jahresentschädigung vom Kloster zur Verfügung gestellt wurden. Gesandtschaften und Botengänge hatte der Kanzler dabei unverzüglich und ungesäumt in Angriff zu nehmen. Die entsprechende Bestimmung ist in den Bestellungen so nachdrücklich formuliert, dass sich die Vermutung aufdrängt, nicht jeder Kanzler habe sich in dieser Beziehung tadellos verhalten. Tatsächlich sind ja aus dem 18. Jahrhundert verschiedene Fälle überliefert, da sich die jeweiligen Amtsträger als nicht besonders zuverlässig erwiesen. Natürlich ging man im Kloster davon aus, dass die Kanzler die Geschäfte des Klosters mit derselben Gewissenhaftigkeit betrieben, welche sie auch für ihre persönlichen Angelegenheiten anwendeten und in der Regel wurden die Kanzler diesen Erwartungen auch gerecht.

Es gab viele Anlässe und Gründe, die Kanzler auf Reisen zu schicken. Innerhalb des Herrschaftsbereichs oblag dem Kanzler die Kontrolle der Amtsmänner. In Fällen, in denen Fehler oder Versäumnisse in deren Amtsführung festgestellt wurden, war der Kanzler gehalten, beim Abt in Einsiedeln Meldung darüber zu erstatten, damit dieser die notwendigen Massnahmen treffen und Korrekturen anordnen konnte. Der Kanzler selbst war nicht berechtigt, Sanktionen gegen fehlbare Amtsmänner zu ergreifen. Kontrollaufgaben dieser Art waren natürlich eine delikate Angelegenheit, die nicht jeder Kanzler mit demselben Fingerspitzengefühl ausführte, denn nicht jeder Kanzler fand den angemessenen Ton im Umgang mit den Bauern. Beispielsweise beschwerte sich im August 1749 der Reichenburger Vogt Sebastian Wilhelm beim Abt über Kanzler Karl Dominik Jütz. Dieser sei mit seiner Aufsichts- und Kontrolltätigkeit in Reichenburg zu weit gegangen und habe sich gegenüber den Leuten im Ton vergriffen. Die Klage aus Reichenburg erschien in Einsiedeln aus zwei Gründen plausibel und erlangte deshalb ein gewisses Gewicht: Erstens hatte Sebastian Wilhelm sein Amt als Reichenburger Vogt bereits seit 30 Jahren stets zur vollen Zufriedenheit des Klosters ausgeübt und in dieser Zeit nie Anlass zu Klagen gegeben und zweitens war der beschuldigte Kanzler für sein oft allzu lockeres Mundwerk bekannt, was sowohl im Konvent wie beim Dienstpersonal bereits verschiedene Male zu Zwietracht Anlass gegeben hatte.<sup>355</sup> Leider ist der weitere Verlauf dieser Auseinandersetzung nicht überliefert. Der Abt hielt den Kanzler wohl zu einem vorsichtigeren Umgang mit den Reichenburger Untertanen an. Die Frage, ob er mit seinen Bedenken beim umtriebigen Kanzler auf Verständnis stiess, muss jedoch unbeantwortet bleiben.

---

<sup>355</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 21 (Jahr 1749), Kopie, S. 100.

Ein weiteres, regelmässig wiederkehrendes Geschäft bildeten die mit den Begriffen «Marchung» oder «Untergang» bezeichneten Bestätigungen oder Neuverhandlungen von Grenzverläufen. Den Gebräuchen der Zeit entsprechend, wurden solche Verhandlungen meist an Ort und Stelle im Gelände vorgenommen, was alle beteiligten Personen zu kürzeren oder längeren Reisen zu Fuss oder zu Pferd zwang. Im Einsiedler Herrschaftsbereich fanden die Verhandlungen unter der Leitung und der Aufsicht des Kanzlers statt, beispielsweise zwischen zwei oder mehreren Bauern, deren Grundstücke aneinander grenzten. So nahm am 6. Mai 1704 der damalige Stiftskanzler Johann Martin Hegner im Amt Kaltbrunn die Bereinigung der Grenzen der Zehntgebiete vor, da diese seit bald 100 Jahren nicht mehr überprüft worden waren.<sup>356</sup> Auch mit anderen Herrschaftsträgern galt es von Zeit zu Zeit den Verlauf der Grenzen von aneinander stossenden Herrschaftsbereichen zu überprüfen oder neu zu verhandeln.

P. Michael Schlageter berichtet mehrmals ausführlich über Marchungen, da er in den meisten Fällen in seiner Funktion als Statthalter und später als Dekan persönlich in die Geschäfte involviert war. Im Oktober 1743 war er beispielsweise als Vertreter des Klosters an einer Grenzbegehung zwischen dem Kloster und Schwyz im oberen Sihltal beteiligt. Beide Parteien waren zur Ansicht gelangt, im betreffenden Gebiet seien verschiedene Grenzsteine nicht mehr am richtigen Ort platziert und müssten darum neu gesetzt werden. Dazu reisten aus Schwyz Landesseckelmeister Weber und Landschreiber Inderbitzi ins Sihltal, von Seiten des Klosters erschienen der genannte Statthalter P. Michael Schlageter sowie Kanzler Karl Dominik Jütz. Da der Verlauf der Grenze unbestritten war, konnte das Werk innerhalb eines Tages zur Zufriedenheit aller vollendet werden. Zum Verhalten der Schwyzer bemerkte der Statthalter lediglich, der Landschreiber habe die Sache sehr ernst genommen und pingelig darauf geachtet, dass die Steine genau am richtigen Ort und mit der richtigen Ausrichtung gesetzt wurden.<sup>357</sup>

Der rituelle Charakter solcher Grenzbegehungen kommt bei den Grenzverhandlungen zwischen dem Vorderen Hof Pfäffikon und dem Kloster Einsiedeln vom 12. September 1752 besonders deutlich zum Ausdruck. Alle zehn Jahre versammelten sich in Pfäffikon Vertreter des Klosters, der Waldstatt Einsiedeln und der Hofstatt Pfäffikon zur feierlichen Bestätigung des Grenzverlaufs um das Gebiet des Vorderen Hofes Pfäffikon. Als Vertreter des Klosters reisten auch diesmal

---

<sup>356</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 13, StiAE, Sig. A. HB 13, fol. 41rv und 43r.

<sup>357</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, A. HB 16 (Jahr 1743), Kopie, S. 60.

Statthalter Schlageter, Kanzler Jütz, der Sekretär und ein Weibel an. Von Seiten der Waldstatt waren der Vogt, der Statthalter, ein gewisser Rechner, der Säckelmeister und der Waldstattschreiber anwesend. Von Seiten der Hofstatt Pfäffikon hatte P. Michael Schlageter neben dem Amtmann und dem Schreiber eigentlich den dortigen Statthalter erwartet. Dieser lag aber schwer krank im Bett und musste sich darum von einer Hilfskraft vertreten lassen. Der Untergang startete unter Begleitung vieler Dorfbewohner in Pfäffikon, führte über Hoch Etzel und die Entzenau an die Sihl und wieder zurück nach Pfäffikon, wo die Teilnehmer als Höhepunkt gemeinsam ein ausgedehntes Mahl genossen. Mit dem gemeinsamen Abschreiten der Grenzen liess die Obrigkeit die Untertanen den Grenzverlauf geradezu physisch erfahren. Damit geriet eine an sich wenig sinnliche Rechtshandlung zu einem rituellen Akt von ansehnlicher Dauer und mit Beteiligung der gesamten Dorfschaft. Zu den Kosten, die dem Kloster wegen dem gemeinsamen Essen entstanden, bemerkte der jederzeit kostenbewusste Statthalter Schlageter, er habe Essen und Getränke lediglich für sich und für die Amtleute des Klosters bezahlt. Der Vogt und die übrigen Teilnehmer mussten demnach ihre Auslagen selber bestreiten.<sup>358</sup>

Oft wurden die Kanzler zur Klärung von Missverständnissen oder zur Schlichtung verschiedener kleinerer Auseinandersetzungen und Streitigkeiten innerhalb des klösterlichen Herrschaftsbereichs ausgesandt oder dann von den streitenden Parteien als Vermittler angefordert. Am 2. Juli 1562 – um ein frühes Beispiel zu nennen – meldete sich Kanzler Georg Dietschi aus Pfäffikon bei Abt Joachim Eichhorn, die dortigen Hofleute seien in Aufruhr. Grund für den Aufenthalt des Kanzlers in Pfäffikon war, dass dieser als Vermittler in einem Streit um Ehrschatzzahlungen zwischen einem Grundbesitzer und dem im Auftrag des Klosters handelnden Amtmann gerufen worden war.<sup>359</sup> Knapp zwei Jahrhunderte später, am 16. September 1746, begab sich Kanzler Karl Dominik Jütz zusammen mit dem Dekan, dem Statthalter und einem Kanzleischreiber für einen so genannten Augenschein auf die Kistler-Alp in der Herrschaft Reichenburg.<sup>360</sup> Einige Alpgenossen hatten sich beim Kloster beschwert, ihre Kollegen hätten im betreffenden Gebiet zu viel Wald gerodet. Vor Ort bestätigte sich der Sachverhalt, da auch in jenen Bereichen der Alp Holz geschlagen worden war, die offensichtlich zur

---

<sup>358</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, A. HB 24 (Jahr 1752), Kopie, S. 155.

<sup>359</sup> Tschudi, Raimund: Das Kloster Einsiedeln unter den Äbten Ludwig II. Blarer und Joachim Eichhorn 1526-1569, Einsiedeln 1946, 28f.

<sup>360</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, A. HB 19/1 (Jahr 1746), Kopie, S. 153-155.

Anlage von Weideflächen für das Vieh ungeeignet waren. Die beschuldigten Bauern rechtfertigten ihr Tun gegenüber den Gesandten mit einem Passus im Alpbrief, nachdem sie berechtigt waren, im Gebiet der Alp überall dort Holz zu schlagen, wo es ihnen «füeglich und nützlich» erscheine. Selbstverständlich bezog sich der zitierte Passus lediglich auf Rodungen zur Gewinnung von Weidefläche, und nicht, wie unter den Bauern allgemein vermutet wurde, zur Deckung des Holzbedarfs im Tal. Wie oft, zeigten sich die Bauern auch in diesem Fall aussergewöhnlich begriffsstutzig. Durch die absichtliche Falsch- oder Überinterpretation des Alpbriefes wollten sie sich Vorteile verschaffen. Im vorliegenden Fall kam sie ihr Ansinnen jedoch ziemlich teuer zu stehen, denn die Schuldigen mussten den Kanzler, den Dekan, den Statthalter und den Kanzleischreiber für den vorgenommenen Augenschein je mit einer Duplone entschädigen. Zusätzlich hatten die fehlbaren Alpgenossen den durch ihr Tun auf der Alp entstandenen Schaden zu erstatten.

### **Gesandtschaften in Angelegenheiten mit Schwyz**

Im Zentrum der auswärtigen Tätigkeit der Kanzler standen Botengänge zum Nachbarn und Schirmherren Schwyz sowie die Teilnahme an Verhandlungen und Besprechungen mit den Vertretern der Schwyzer Obrigkeit auswärts. In der Bestallung des Zuger Kanzlers Johann Martin Hegner vom 27. Mai 1703 steht sogar explizit festgehalten, bei Bedarf habe dieser an den Ratssitzungen in Schwyz teilzunehmen.<sup>361</sup> Die beiden Herrschaftsträger standen seit langer Zeit in vielfältiger Weise miteinander in Verbindung. Gleichzeitig verfolgten beide jedoch nachdrücklich ihre eigenen Interessen, was oft zu kleineren oder grösseren Spannungen Anlass gab. Kommt dazu, dass, wie dargelegt, vor allem im 18. Jahrhundert starke personelle Verflechtungen mit Schwyz bestanden, weswegen die Schwyzer Inhaber des Kanzleramtes wohl hie und da in Interessenskonflikte gerieten. Denn neben ihren eigenen privaten Geschäften, die bekanntlich bereits grossen Raum einnehmen konnten, galt es, die Interessen von Schwyz, wo die eigene Familie ansässig war, und jene des Klosters unter einen Hut zu bringen, was nicht immer gelang.

Am einfachsten scheinen sich die Beziehungen zwischen Schwyz und Einsiedeln immer dann gestaltet zu haben, wenn Einsiedeln in Schwyz in der Rolle des dem Schutz der Schwyzer Obrigkeit anbefohlenen Bittstellers auftrat.

---

<sup>361</sup> Akten des Kanzlers, StiAE. Sig. A. HO 5.

Beispielsweise sandte Abt Niklaus Imfeld seinen Kanzler Karl Dominik Jütz im Juni 1743 wegen der Einsiedler Krämerordnung zum Landammann und zum Säckelmeister nach Schwyz. Laut P. Michael Schlageter machte im Einsiedler Detailhandel jeder was er wollte. Die bestehende Krämerordnung wurde kaum beachtet und jeder verkaufte, was er gerade anzubieten hatte, entweder direkt vor dem eigenen Haus oder dann als wilder Händler unterhalb des Klosters auf dem Klosterplatz. Nach der Meinung Schlageters war es deshalb an der Zeit, dass Schwyz seiner Rolle als Schirmherr des Klosters gerecht wurde und in Einsiedeln in dieser Beziehung Ordnung schaffte.<sup>362</sup>

Schwieriger gestaltete sich die Beziehung zwischen dem Kloster und Schwyz, wenn sich die beiden bezüglich der Herrschaftsansprüche oder in wirtschaftlichen Belangen in die Quere kamen. So geschehen, als im August 1749 ein Knecht, der im Schloss Pfäffikon im Dienst gestanden hatte, wegen nicht näher genannten Vergehen vor Gericht gezogen werden sollte. Sowohl Abt Niklaus Imfeld, als auch die Schwyzer Obrigkeit waren der Meinung, das Gerichtsverfahren gehöre in ihren Zuständigkeitsbereich und könne ohne Beteiligung des anderen durchgeführt werden. Um Zeit zu gewinnen, liess vorerst jede Partei im eigenen Archiv nach Dokumenten suchen, die den behaupteten Anspruch auf die Gerichtsherrschaft in Pfäffikon belegten. Im Kloster stieg der Kanzler persönlich ins Archiv, um geeignetes Material zu finden. In Schwyz nutzte man die Gelegenheit offenbar dazu, bei der Durchsicht der Dokumente auch nach anderen Ansprüchen gegenüber dem Kloster zu fahnden, die unter Umständen in der Vergangenheit in Vergessenheit geraten waren. Jedenfalls tauchte in der Folge in Einsiedeln unvermittelt ein Schwyzer Gesandter auf, der behauptete, laut Dokumenten im Schwyzer Archiv, müsse jeweils einer der drei vorhandenen Schlüssel zum Opferstock der Klosterkirche in Schwyz aufbewahrt werden und dies sei momentan nicht der Fall. Laut P. Michael Schlageter hätten besagte Dokumente aus dem Schwyzer Archiv «[...] einigen unverständigen [diese] impression gemacht, jedoch [sei diese] von verständigen gänzlich widerlegt worden [...]».<sup>363</sup> Vermutlich setzten die Schwyzer ihre Forderung nach einem Schlüssel zum Einsiedler Opferstock – was einen unerhörten Eingriff in die Finanzhoheit des Klosters dargestellt hätte – als Druckmittel ein, um damit ihre Position in der strittigen Frage um die Gerichtsherrschaft in Pfäffikon zu stärken. Wie oft, so lässt uns der Chronist Schlageter leider auch in diesem Fall über den Ausgang

---

<sup>362</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 16 (Jahr 1743), Kopie, S. 34.

<sup>363</sup> Zit. nach: Ebd., Sig. A. HB 21 (Jahr 1749), Kopie, S. 98.

der Auseinandersetzung im Ungewissen. Dennoch zeigt das Beispiel, in welcher Weise von Schwyz aus versucht wurde, Spannungen mit dem Kloster zu bewältigen und mit welchem Nachdruck der im Verhältnis mächtige Stand Schwyz seinen Einfluss im Herrschaftsgebiet des Klosters zu vergrössern suchte.

Dass der Druck und die Versuche um Einflussnahme aus Schwyz im Kloster nicht erst im 18. Jahrhundert als konstante Belastung wahrgenommen wurden, zeigt exemplarisch der Steuerstreit zwischen Schwyz und Abt Placidus Reimann in der Zeit des Dreissigjährigen Krieges, welcher in der vorliegenden Arbeit unten im Abschnitt zum Stiftsarchiv ausführlich beschrieben ist. Daneben werden beim Studium des einschlägigen Archivmaterials laufend kleinere Ereignisse sichtbar, deren genauer Sachverhalt oft nicht mehr zu rekonstruieren ist, die aber deutlich zeigen, wie stark das Kloster im Wettstreit mit Schwyz stand und dazu oftmals Hilfe von aussen beanspruchen musste. So hatte sich Kanzler Johann Melchior Lussi schon bald nach seinem Amtsantritt mit derartigen Geschäften zu befassen: «Heüt morgen [am 26. Januar 1700] ist herr cantzler Lussy nacher Lutzern verschickt worden, by herr nuncio apostolico in forderist und dann auch by herrn schultheiss Dürler rath und hilf zu nehmen wider die gar zu scharpfen proceduren deren von Schweitz gegen unserem gottshaus, welches alles herr cantzler zum möglichsten zu verrichten auf sich genommen.»<sup>364</sup> Am 28. Januar kehrte Kanzler Lussi aus Luzern zurück und berichtete dem Abt über die Ergebnisse seiner Unterredung mit dem Schultheiss und dem Apostolischen Nuntius.<sup>365</sup> Der Inhalt seines Berichtes ist leider nicht überliefert.

Als Belege für die oft belastete Beziehung des Klosters mit Schwyz liessen sich viele weitere Beispiele anführen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Kanzler insgesamt oft in Schwyz weilten, um Verhandlungen über die verschiedensten Gegenstände zu führen. In jenen Fällen, in denen die Schwyzer zu keinem Kompromiss Hand boten oder ihre Hilfe verweigerten, suchten die Kanzler auswärts Rat und Hilfe. Die Beziehung zu Schwyz gestaltete sich im betrachteten Zeitraum jederzeit kompliziert und es finden sich im Klosterarchiv für diese Zeit kaum wohlwollende Bemerkungen zum ungeliebten Schirmherrn. Dennoch war man sich im Kloster bewusst, dass sich die Beziehung zu Schwyz in der Vergangenheit summa summarum als Segen für das Kloster erwiesen hatte.

---

<sup>364</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 12, StAE, Sig. A. HB 12, fol. 22r.

<sup>365</sup> Ebd., fol. 25rv und 27r.

## **Gesandtschaften ausserhalb des Herrschaftsgebietes**

Das Kloster Einsiedeln stand jedoch nicht ausschliesslich mit Schwyz in Kontakt. Als geistliches Fürstentum war das Kerngebiet der Einsiedler Herrschaft von Nachbarn umgeben, die miteinander in der Schweizer Eidgenossenschaft verbunden waren. Entsprechend wurde der Einsiedler Abt regelmässig zu den Tagsatzungen der eidgenössischen Orte eingeladen oder er liess seinen Kanzler dort vorsprechen, um Hilfe und Unterstützung zu erbeten. Bereits Stiftskanzler Johannes Ort brachte im Juni 1499 ein Anliegen des Klosters vor die Versammlung der damaligen VII-örtigen Eidgenossenschaft: Am 25. November 1494 hatte das Kloster Besitzungen des Klosters Pfäfers in Männedorf gekauft. Nachträglich stellte sich heraus, dass das Zehntrecht an diesem Besitz sowie ein Teil der landwirtschaftlichen Erträge, einem gewissen Gebhard von Hinwil für 50 Gulden verpfändet waren. Die Versammlung der VII Orte amtierte in dieser Angelegenheit als Schiedsgericht und entschied, Einsiedeln solle den Inhaber des Zehntrechtes mit 50 Gulden entschädigen und dürfe seinerseits mit einer Forderung in derselben Höhe an das Kloster Pfäfers gelangen.<sup>366</sup>

Am 29. April 1574 reiste Kanzler Walter Schiesser nach Luzern an die Konferenz der V katholischen Orte, um sich dort im Namen des Abtes zu beschweren, da sich das nunmehr reformierte Zürich in Angelegenheiten des Klosters einmischte. Zwar hatte die Reformation in Einsiedeln, v. a. mit der Hilfe und Unterstützung aus Schwyz abgewendet werden können, da aber der Grundbesitz des Klosters teilweise sehr kleinteilig und weit verzweigt war, kam es da und dort zu Friktionen mit reformierten Herrschaftsträgern. So auch in Stein am Rhein, wo sich einige Bürger weigerten, den Lehnseid auf die nunmehr strikt abgelehnten Heiligen zu schwören. Da sich die fraglichen Güter in der klostereigenen Herrschaft Eschenz befanden, war das Kloster durchaus berechtigt, diesen Eid von seinen Bauern zu fordern. Da die Güter jedoch gleichzeitig im Einflussbereich Zürichs lagen, hatte Zürich den Eschenzern die Eidleistung zuvor ausdrücklich verboten, was unweigerlich zum Konflikt mit Einsiedeln führen musste.<sup>367</sup>

Im Februar 1743 reiste Kanzler Karl Dominik Jütz ebenfalls nach Zürich um dort vor dem Rat vorzusprechen. Anlass dazu hatte gegeben, dass die Schiffsleute die Preise für den Transport von landwirtschaftlichen Produkten des Klosters auf dem Zürichsee scheinbar ohne Grund erhöht hatten. Bemerkenswert ist dabei die

---

<sup>366</sup> Amt Männedorf, Der grosse Zehnten, StiAE, Sig. O. P 1.

<sup>367</sup> Eidgenössische Abschiede, IV/a, Sp. 535.



Preispolitik der damaligen Zürcher Schiffshalter. So verlangten sie beispielsweise unterschiedliche Preise für den Transport von Getreide, je nachdem, ob das Getreide dem Kloster als Zehntabgabe geliefert wurde oder ob es das Kloster auf dem Markt für den Eigenbedarf gekauft hatte. Für die sog. Zehntenfrüchte waren neu 14 Pfennige pro Mütt zu entrichten, für zugekauftes Getreide betrug der Schifferlohn dagegen lediglich 5 Rappen pro Mütt.<sup>368</sup>

Interessanterweise zählten Botengänge zum Bischof von Konstanz offenbar nicht zu den Aufgaben der Kanzler. Während diese in politischen oder wirtschaftlichen Angelegenheiten beinahe ununterbrochen unterwegs waren, scheinen der Abt, der Dekan und in späterer Zeit der Subprior Verhandlungen, die den kirchlichen Bereich betrafen, immer selbst geführt zu haben.

### **6.1.12 Tätigkeitsfeld II: Repräsentieren und Beraten**

In und um Einsiedeln oblagen dem Kanzler verschiedene Repräsentationspflichten. Regelmässig wirkte er als Begleiter und Vertreter des Abtes im Verkehr mit den Wald- und Gotteshausleuten, daneben war er oft die erste Ansprechperson für hochgestellte auswärtige Besucher des Klosters.

### **Huldigung**

Nach dem Tod oder der Demission eines Abtes, wählte die Klostersgemeinschaft aus ihren Reihen einen Nachfolger. In der Zeit vor 1798 gehörte es für den neu gewählten Abt zum festen Bestandteil des Inaugurationszeremoniells, in Einsiedeln sowie in allen übrigen Ämtern des Fürstentums die Huldigung seiner Untertanen entgegenzunehmen.<sup>369</sup> Dazu begab er sich zusammen mit seinem Kanzler in jene Dörfer und zu jenen Höfen, von denen aus die Verwaltung der entsprechenden Herrschaftsteile ausgeübt wurde. Im Rahmen des eigentlichen Huldigungsaktes sprach der Kanzler den versammelten Gotteshausleuten den Eid vor. Mit der Leistung des Eides, anerkannten diese den Abt und das Kloster als rechtmässigen Herrn über Land und Leute. Der Kanzler wies die Gotteshausleute an, die Schwurfinger der rechten Hand zu erheben und das Gehörte Wort für Wort nachzusprechen.<sup>370</sup> Zum 16. August 1700 notierte P. Josef Dietrich: «Under der

---

<sup>368</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 16, (Jahr 1743), Kopie, S. 13.

<sup>369</sup> Zum Akt der Huldigung an sich und zu dessen Bedeutung für die mittelalterliche und frühneuzeitliche Herrschafts- und Rechtskultur vgl.: Holenstein, André: Die Huldigung der Untertanen. Speziell für die Huldigung in Klosterherrschaften, siehe S. 257-261.

<sup>370</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 12, StiAE, Sig. A. HB 12, fol. 137r.

vesper verreiste ihre fürstliche gnaden in aufwart herrn P. subprioris, herrn cantzlers, herrn secretary, herrn cammerdieners, margstallers und uberreüters auf Pfäffikon, und hernach St. Johann auf Veldkirch, und endlich auf St. Gerold, dorten die underthanen in die huldigung zu nehmen.»<sup>371</sup> Wie üblich, wenn er die mehr oder weniger weit entfernten Gebiete der Klosterherrschaft besuchte, reiste der Abt mit einem stattlichen Gefolge.

## Jahrgericht

Die Jahrgerichte wurden zwei Mal pro Jahr, im Frühling gegen Ende April und im Spätherbst um Martini, in Einsiedeln und an den Zentralorten der verschiedenen Ämter der Klosterherrschaft abgehalten. Die Versammlungen dienten in erster Linie der Kommunikation zwischen der Herrschaft, den Untertanen und der Schirmherrschaft. In jenen Gebieten, in denen das Kloster die niedere Gerichtsbarkeit ausübte, wurden an diesen Tagen zusätzlich die ordentlichen Gerichtstage abgehalten. Das Recht des Klosters auf die Durchführung der Jahrgerichtstage und die Verpflichtung der Untertanen an diesen Versammlungen teilzunehmen, war für Einsiedeln im Waldstattbuch und für die übrigen Ämter der Herrschaft in den jeweiligen Hofrechten festgeschrieben.

Den Termin der Jahrgerichtsversammlung legte der Abt fest. Der Kanzler oder einer seiner Mitarbeiter verfasste darauf mehrere Aushangzettel, mit denen die Leute in den betreffenden Ämtern über die anstehende Versammlung orientiert und zur Teilnahme aufgefordert wurden. Für das Amt Pfäffikon ist die Vorlage zu einem solchen Aushang im Formularbuch der Kanzlei aus dem ersten Viertel des 17. Jahrhunderts überliefert. Es heisst dort:

«Es hat der hochwirdig fürst und herr, herr Augustin  
Abt des wirdigen gottsus Einsidlen und mein gnädiger fürst  
und herr das gewonliche gricht zu Pfäffikon ze  
halten angesechen uff nächstkommenden X tag. Des  
wägen alle die jenigen so siben schuch erdterich  
für sich oder hinder sich, in ir fürstlichen gnaden gericht zu=  
mässen haben, sollen uff selbigen tag by dem Meyen- oder Herpst  
gricht zu Pfäffikon erscheinen by gesetzter buoss  
des hofrodels. Cantzly Einsiedlen»<sup>372</sup>

---

<sup>371</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 12, StIAE, Sig. A. HB 12, fol. 132r.

<sup>372</sup> Zit. nach: Konzeptbuch, StIAE, Sig. A. YL 2, S. 39.

Solche oder ähnlich lautende Zettel wurden rechtzeitig in den Kirchen in Freienbach, Feusisberg, Richterswil und Wollerau ausgehängt, damit sich jeder Untertan vor oder nach dem Kirchenbesuch über das Aufgebot informieren konnte. Als Aushangorte wurden Kirchen gewählt, damit niemand behaupten konnte, er hätte Ort und Zeit der Versammlung nicht gekannt, denn gleich wie die Teilnahme an den Gerichtstagen, war auch der Kirchenbesuch zu dieser Zeit obligatorisch. An der eigentlichen Jahrgerichtsversammlung hatte der Kanzler seinen festen Platz im Zeremoniell. Meistens stand er den Versammlungen sogar vor, da die Äbte kaum einmal persönlich erschienen. So berichtete P. Josef Dietrich am 10. April 1684, Kanzler Lazarus Heinrich habe in Reichenburg das Maigericht gehalten. Die Anwesenheit des Abtes erwähnt er dagegen mit keinem Wort.<sup>373</sup> In den Präsenzlisten der seit dem Jahr 1657 erhaltenen Jahrgerichtsprotokollen fehlen die Namen der Äbte ebenfalls meistens.<sup>374</sup>

In der Regel sandte der Abt den Kanzlers nicht alleine zu den Jahrgerichten, sondern stellte dazu eine der Bedeutung des Anlasses angemessene Gesandtschaft zusammen. Aus den 1620er-Jahren ist im ersten erhaltenen Formularbuch die Zusammensetzung einer solchen Delegation ersichtlich. Neben dem Kanzler Johann Jakob Reimann waren Dekan P. Augustin Hoffmann als Vertreter des Konvents sowie Ritter, alt Landammann und Pannerherr Christof Schorno als Vertreter des Schirmherren Schwyz mit von der Partie. Je nach Art der Verhandlungsgegenstände, konnte eine solche Delegation jedoch aus weiteren Interessenvertretern bestehen.<sup>375</sup>

Ebenfalls aus dieser Zeit ist im Formularbuch ein Konzept zu einer Rede überliefert, die der Kanzler anlässlich des Jahrgerichts im Amt Menzingen an die versammelten Gotteshausleute richtete. Er begrüßte die Herren Ratsgesandten der Stadt Zug, die als Inhaber der Vogteirechte über Menzingen zum Jahrgericht erschienen waren. Anschliessend hiess er die Gotteshausleute willkommen und verkündete, er sei im Auftrag des Abtes zusammen mit Statthalter P. Johann Wolfgang Müller zu ihnen nach Menzingen gekommen, um die Maigerichtsversammlung abzuhalten. Der Abt lasse sie alle herzlich willkommen heissen und entbiete den Herren seinen Gruss und den Gotteshausleuten seinen Gruss und seinen Willen. Bereits mit den ersten Worten der Ansprache stellte der Kanzler damit klar, auf welcher Stufe in der gesellschaftlichen Hierarchie sich die

---

<sup>373</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 4, StIAE, Sig. A. HB 4, unpag.

<sup>374</sup> Protokolle der Jahrgerichte, StIAE, Sig. A. BM, A. CM und A. DM.

<sup>375</sup> Konzeptbuch, StIAE, Sig. A. YL 2, S. 4.

Anwesenden befanden. Die Herrschaften aus Zug standen auf Augenhöhe mit dem Abt von Einsiedeln, der auf deren Schirm und Schutz angewiesen war. Ihnen hatte das Kloster nichts zu befehlen, darum genügte die Mitteilung eines Grusses. Anders verhielt es sich bei den Gotteshausleuten. Diesen liess der Abt nicht bloss seinen Gruss, sondern ausdrücklich auch seinen Willen mitteilen. Dann dankte der Kanzler den Herren und Oberen wie auch den anderen anwesenden Ehrenpersonen, dass sie dieses Gericht gemäss altem Brauch besuchten und bat sie, sie möchten der Versammlung den gebührenden Schutz und Schirm gewähren und zudem die Gotteshausleute in der Gunst und im Guten Willen gegenüber dem Kloster erhalten. Der Abt seinerseits lasse ausrichten, er sei gerne gewillt, seinen Untertanen die alten Bräuche, Freiheiten und Gerechtigkeiten zu garantieren. Er erbierte sich, den Herren und Oberen und den anderen Ehrenpersonen Freundschaft und nachbarliche Gunst zu erweisen und den Gotteshausleuten seinen gnädigen Willen zu erzeigen. Man werde nun, nach altem Brauch, den Hofrodel vorlesen. Die Gotteshausleute sollten dabei gut zuhören, damit sie sich dem Gehörten entsprechend zu verhalten wüssten.

Anschliessend begrüusste der Amtmann die Gesandten des Klosters im Namen der Gotteshausleute und verlas den Hofrodel und den Text des Treueeides, den die Gotteshausleute nachzusprechen hatten: «Eyd daruff dass mir da vorgelesent ist und der hofrodel us wyst und zeigt, dem will ich trüwlich nachkommen, wahr und ernst halten trüwlich ohn alle bose geferden, so wahr mir gott helff und alle sine heiligen.»<sup>376</sup> Falls es anschliessend keine besonderen Geschäfte zu verhandeln gab, wurde sogleich mit der Abrechnung der Ehrschatzzahlungen begonnen.<sup>377</sup> Wie üblich endete die Versammlung mit einem Umtrunk auf Kosten des Klosters.

Die Mai- und Herbstgerichtstage verliefen zwar in allen Ämtern der Herrschaft nach dem eben dargelegten Schema, im Detail zeigen sich aber verschiedene, für jedes Amt spezifische Ausprägungen des Zeremoniells. So traf sich der Kanzler beispielsweise vor dem Jahrgericht in Weiningen, dem Zentralort des Amtes Fahr, vor Beginn der eigentlichen Versammlung im Kloster Fahr mit dem Probst und der Priorin um sich mit diesen über die anstehenden Geschäfte zu beraten und gemeinsam mit ihnen zu bestimmen, welche Männer aus der Herrschaft als Richter für die Dauer eines Jahres eingesetzt werden sollten. Denn laut dem Fahrer Hofrodel mussten die sechs Richterstellen jedes Jahr neu besetzt werden. Das Frauenkloster Fahr war gemäss den Vorgaben der Stifter als Filiale des Klosters Einsiedeln nach

---

<sup>376</sup> Zit. nach: Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 41.

<sup>377</sup> Ebd., S. 31-32.

1130 gegründet worden.<sup>378</sup> Darum setzte der Einsiedler Abt die Priorin ein und der aus dem Konvent des Klosters Einsiedeln abgeordnete Probst wohnte als Priester für die Frauengemeinschaft und als Vertreter des Mutterhauses im Kloster. Nach der Begrüssung, dem Verlesen der Offnung und nach der Eidleistung der Gotteshausleute, übertrug der Kanzler den Vorsitz der Versammlung an die «junckherren»<sup>379</sup>, womit in diesem Fall wohl jene Vertreter der lokalen Eliten gemeint sind, welche im Amt Fahr die Vogteirechte ausübten. Der Kanzler entliess die sechs bisherigen Richter, schlug den versammelten Bauern sechs neue vor und liess diese, falls von Seiten der Versammelten keine Einwände laut wurden, den Richtereid schwören.<sup>380</sup> Nach Abschluss des Gerichtstages setzten sich die Vertreter des Klosters mit der weltlichen Obrigkeit zu einem Trunk zusammen. Auch die Bauern «liessen us gnaden und nit us schuldigkeit»<sup>381</sup> um einen Trunk bitten, wie aus dem Formular für das Jahrgericht in Weiningen zu erfahren ist. Der Probst des Klosters Fahr gewährte ihnen zwei Köpfe<sup>382</sup> Wein. Im Anschluss an den Trunk bedankten sich die Junker bei der Delegation des Klosters für die Durchführung des Jahrgerichtes und verkündeten, sie wollten die Auslagen für den eben genossenen Wein aus ihrer Tasche bezahlen. Wie viel Wert auf die korrekte Einhaltung des Zeremoniells gelegt wurde, beweist eine feinsinnige Bemerkung des Formular-Verfassers. Dieser vergass nämlich nicht darauf hinzuweisen, die Junker hätten der Tradition gemäss am Morgen des Jahrgerichtstages im Kloster Fahr ein Mahl genossen. Es sei darum «[...] jn der ersten red [der Junker] zeachten ob sy deswegen auch etwas danken.»<sup>383</sup>

Im ältesten Formelbuch der Kanzlei sind Instruktionen von Abt Augustin Hoffmann an den damaligen Kanzler Wolfgang Reimann (1609-1620) für die Durchführung einer ordentlichen Gerichtssitzung überliefert.<sup>384</sup> Demnach sandte der Abt seinen Kanzler zusammen mit dem Weibel nach Reichenburg, damit er daselbst für das Gebiet des gleichnamigen Amtes den Maigerichtstag abhalte. Nach der Begrüssung des Vogtes, der Richter und der Hofleute, schritt der Kanzler zu den Traktanden. Er sollte «[...] das meyen gricht nach altem bruch halten, die richter

---

<sup>378</sup> Salzgeber, P. Joachim: Einsiedeln, S. 525.

<sup>379</sup> Zit. nach: Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 43.

<sup>380</sup> Ebd., S. 44.

<sup>381</sup> Zit. nach: Ebd., S. 45.

<sup>382</sup> Der Kopf war ein v. a. im Glarnerland verbreitetes Hohlmass für Getreide oder Flüssigkeiten. 1 Kopf beinhaltete 2 Mass. Nimmt man das Einsiedler Mass (für klaren Wein = 1.83 Liter), dann meinte der Schreiber mit einem Kopf die Menge von 3.66 Litern Wein. Vgl. dazu: Dubler, Anne-Marie: Masse und Gewichte im Staat Luzern und in der alten Eidgenossenschaft, Luzern 1975, S. 45.

<sup>383</sup> Zit. nach: Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 45.

<sup>384</sup> Ebd., S. 1f.

setzen und daran verrichten was nottürttig und billich sin er befinden wirt.»<sup>385</sup> Hofleute, die im Laufe des Jahres gegen Regeln der Herrschaft verstossen hatten, mussten vor den Richtern erscheinen, damit die gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen verhandelt werden konnten. Dazu gab der Abt seinem Kanzler unmissverständliche Instruktionen: «Finden wir etwar unschuldig, die unser gebot nit übersächen, so soll inen wie billich nützit abgeforderet wärden. Ob aber einer als mehre sonst hartnäckig sin wurden, soll inen die vollkommen buoss abgenommen werden und verners unsere straff inen uffzulegen vorbehalten sin, damit meniglich spüren möge wie derglychen ungehorsame nit mer zugestatten gesinet.»<sup>386</sup> Für die meisten Vergehen wurden Geldbussen ausgesprochen. Erst wer sich wiederholt gegen die Regeln des Klosters auflehnte, musste mit weitergehenden Strafen rechnen.

Im zweiten Teil des Gerichtstages kamen all jene Angelegenheiten zur Sprache, die in irgendeiner Form das Funktionieren der Ökonomie und der Herrschaft betrafen: Die Beziehungen der Herrschaft zu den Untertanen, die Beziehungen der Untertanen untereinander, aber auch das Verhältnis zwischen Schirmvogt, Herrschaft und Untertanen.

Das Herbstgericht-Protokoll vom 29. Oktober 1685 zeigt exemplarisch den Verlauf einer ordentlichen Versammlung in der Waldstatt Einsiedeln, die ohne Störungen durchgeführt werden konnte.<sup>387</sup> Ort der Versammlung war der Hofsaal des Klosters Einsiedeln. Neben den Waldleuten nahmen von Seiten des Klosters der Dekan P. Adelrich Suter, Statthalter P. Joseph Dietrich, Pfarrer Columban Summerer, Kanzler Lazarus Heinrich, Ammann Rudolf Wegmann, Sekretär Reding und der Weibel Zacharias Birchler teil. Die weltliche Obrigkeit war durch Vogt Georg Zehnder vertreten. Zu Beginn verlas der Kanzler den Ruefrodel. Es handelte sich dabei um einen eigentlichen Appell, mit dem kontrolliert wurde, ob alle aufgebotenen Untertanen vollzählig erschienen waren. Nicht Anwesende wurden im Ruefrodel vermerkt und später gebüsst, falls sie ihre Abwesenheit nicht zufriedenstellend begründen konnten.<sup>388</sup> Als erster Verhandlungsgegenstand kamen Verstösse gegen das Nachtruhegebot, wie es im 57. Artikel des Waldstattbuches festgehalten steht, zur Sprache, denn offenbar waren solche in letzter Zeit vermehrt vorgekommen:

---

<sup>385</sup> Zit nach: Konzeptbuch, StiAE, A. YL 2, S. 1.

<sup>386</sup> Zit nach: Ebd., S. 2.

<sup>387</sup> Vgl. zum Folgenden: Protokolle der Jahrgerichte, StiAE, Sig. A. DM 1, S. 243-247.

<sup>388</sup> Protokoll des Herbstgerichtes vom 29. Mai 1685, StiAE, Sig. A. DM 1, S. 243.

«Item welcher nachts auf der strassen oder in wirtshäuseren juchsete, schreite, in schimpf zuckte oder umbgieng und ein unrühwig wesen führte, es wäre mit geschenden, worten oder wercken [...]»<sup>389</sup>, der sollte mit einer Busse von drei Pfund belegt werden.<sup>390</sup> Der Kanzler forderte die anwesenden Waldleute auf, die einschlägige Bestimmung zum Nachtruhegebot zur Kenntnis zu nehmen und zu bekräftigen. Jeder, der in Zukunft dagegen verstosse, werde ohne Gnade mit der angedrohten harten Geldbusse bestraft. Als Zweites bekräftigte der Kanzler das Verbot des Tabakrauchens und rügte die nachlässige Haltung der Feuerwächter im Dorf. Er forderte die Wächter auf, dass, wer sein nächtliches Amt nicht selber erfüllen könne, wenigstens für einen zuverlässigen Stellvertreter Sorge.

Unter Punkt fünf kam das Zugrecht der als Gülten bezeichneten Grundpfandtitel zur Sprache. Dabei handelte es sich um ein aus heutiger Sicht reichlich kompliziertes Problem, für dessen eingehende Erörterung hier nicht der richtige Ort ist. Im Wesentlichen ging es darum, einen Artikel im Waldstattbuch zu ändern, da sich dieser in der Vergangenheit für die Grundbesitzer der Waldstatt nachteilig ausgewirkt hatte. Gemäss der geltenden Bestimmung galten Gülten, die ausserhalb des Herrschaftsgebietes vergeben wurden, nach 12 Jahren als ersessen und konnten vom Grundeigentümer nicht mehr abgelöst werden, was für diesen ungünstig war. Die Bestimmung war Ursprünglich erlassen worden, um die dauerhafte Abwanderung von Kapital zu verhindern. Wer Geld auf sein Grundstück oder auf sein Haus aufnehmen wollte, sollte dies in der Waldstatt Einsiedeln suchen und entsprechend auch dort verzinsen. In der Zwischenzeit hatte es sich jedoch eingebürgert, dass Gülten zur Beschaffung von Kapital für längere Zeit auch ausserhalb der Herrschaft verzinst wurden. Die geltende Bestimmung war deshalb schlecht für die Einsiedler Grundeigentümer, da sie Gefahr liefen, Teile ihres Grundbesitzes nach einer Dauer von zwölf Jahren faktisch zu verlieren. Verständlicherweise lag dies auch nicht im Interesse des Klosters. Der Artikel wurde deshalb unter allgemeiner Zustimmung so geändert, dass den Gülten das allgemeine Zugrecht zugebilligt wurde, was deren Ablösung unbeschränkt für jedermann möglich machte.

Unter Punkt sechs wurde dem Weibel aufgetragen, fremde Familien, die ohne Bewilligung in der Waldstatt wohnten, unter Gewährung einer Frist von 14 Tagen zum Wegzug aufzufordern. Auch solle er die geltende Bettelordnung mit grösserer

---

<sup>389</sup> Zit. nach: Waldstattbuch 1572, DAE, Litt. K, S. 71.

<sup>390</sup> Die Bussgelder wurden zu gleichen Teilen unter den Gliedern der Drei Teile aufgeteilt.

Konsequenz als bisher durchsetzen. Als siebtes Geschäft trug ein gewisser Meinrad Schönbächler ein privates Begehren vor. Sein Wohnhaus war zu eng geworden und er wollte es deshalb vergrössern. Dazu benötigte er Bauland. Der Kanzler überwies das Geschäft zur Detailbehandlung an den Ausschuss der Drei Teile mit der vorausgreifenden Bewilligung des Jahrgerichts, da niemand gegen eine solche Erweiterung Einsprache erhob. Das achte Traktandum galt der elterlichen Aufsicht über die Kinder. Der Kanzler forderte die Eltern auf, ihre Kinder dazu anzuhalten, in den Gassen des Dorfes kein so übles Geschrei mehr zu veranstalten, wie es in letzter Zeit öfters vorgekommen sei. Kinder bis zum 16. Altersjahr seien verpflichtet, regelmässig die Kinderlehre und das Rosenkranzgebet zu besuchen und hätten auf der Strasse nichts zu suchen. Im Namen des Abtes redete er den Eltern obendrein ins Gewissen, sie möchten ihre Kinder strenger zur Andacht anhalten.

Weiter kam der allgemeine Mangel an Einstreumaterial für das Vieh zur Sprache. Auch dieses Geschäft wurde an den Ausschuss zur Erledigung delegiert, unter Beizug von je zwei Vertretern aus jedem Waldstattviertel. Zusätzlich sollten in einem ersten Schritt alle bis anhin nicht bewirtschafteten Parzellen auf den Allmenden ausfindig gemacht werden, die sich für die Anlage von Streuwiesen eigneten. Für die Pflanzung von Streugras mussten die Wiesen mit Zäunen von der übrigen Allmend abgetrennt werden, damit das Vieh die jungen Pflanzen nicht laufend abgraste. Der Kanzler versicherte den Bauern, sobald das zusätzlich produzierte Streu nicht mehr benötigt werde, würden die Zäune wieder abgebrochen, die Wiesen wieder der Allmend zugeschlagen und für die Allgemeinheit als Weideland wieder zur Verfügung gestellt. Zum Schluss der Verhandlung ermahnte der Kanzler die Schwendmeister zu einer besseren Pflege der Wälder. Die meisten Wälder seien derart mit Fallholz verstellt, dass weder Vieh noch Menschen durch sie hindurch gehen könnten. (Diese Bemerkung ist übrigens recht erstaunlich, da in der frühen Neuzeit im Allgemein doch eher ein Mangel an Brennholz zu beklagen war. Von ungenutztem Fallholz wird dagegen kaum einmal berichtet.)

Das Protokoll vom Einsiedler Jahrgerichtstag vom 29. Oktober 1685 vermittelt einen zwar subjektiven, jedoch vielfältigen Einblick in eine ordentliche Jahrgerichtsversammlung. Neben eigentlichen Weisungen des Abtes zuhanden der Untertanen, wie z.B. die Bekräftigung des Rauchverbotes, wurden individuelle Begehren Einzelner, wie die Vergrösserung eines Grundstückes auf Kosten der Allmend, im Plenum der versammelten Waldstattbewohner zur Sprache gebracht und



beraten. Komplexere Geschäfte entschieden die versammelten Waldleute lediglich im Grundsatz und überwiesen sie für die detaillierte Ausarbeitung der notwendigen Verträge an den Ausschuss der Drei Teile. Die Errichtung und Besiegelung solcher Verträge lag dann in der alleinigen Kompetenz der Stiftskanzlei.

Aussergewöhnliches berichtete P. Michael Schlageter über das Einsiedler Herbstgericht vom 7. Oktober 1751. An diesem Tag musste die Versammlung für einmal nämlich ohne den viel beschäftigten Kanzler und Seidenhändler Karl Dominik Jütz auskommen, da dieser gerade in eigenen Geschäften in Mailand unterwegs war. Laut dem Chronisten war es bis zu diesem Tag noch nie vorgekommen, dass der Stiftskanzler an einem Jahrgericht nicht teilgenommen hatte. In die Lücke sprang der Einsiedler Amtmann. Dem Wunsch des Statthalters entsprechend, trug der Amtmann den versammelten Gotteshaus- und Waldleuten diejenigen Passagen aus dem Hofrodel vor, die normalerweise bei einer Huldigung vorgelesen wurden, da der regierende Abt Niklaus Imfeld bereits seit 17 Jahren im Amt war und deshalb zu vermuten war, dass viele der jungen Männer die einschlägigen Bestimmungen bezüglich Treue- und Gehorsamspflicht noch gar nie gehört hatten. Die Verbreitung und Aktualisierung dieses Wissens war deshalb aus der Sicht des Statthalters angezeigt.<sup>391</sup>

An Jahrgerichtstagen bestand ein breites Spektrum an Kommunikationsebenen zwischen Herrschaft und Untertanen. Neben Weisungen, mit denen der Abt in erster Linie die herrschende Hierarchie zum Ausdruck brachte, und die beachten musste, wer keine Busse bezahlen wollte oder konnte, kam es zu mehr oder weniger gleichberechtigten Beratungen über Sachgeschäfte zwischen den Herrschenden und den Beherrschten. Es würde zu weit führen, wollte man diese Organisationsform als protodemokratisch bezeichnen. Es wird jedoch deutlich, in welch hohem Mass das Kloster auf die konstruktive Mitarbeit seiner Untertanen angewiesen war, um die Verfügungsgewalt in seinem Bereich behaupten und wirtschaftlich überleben zu können. Diese Art der kooperativen Herrschaftsausübung ist typisch für geistliche Herrschaften jener Zeit. Die Organisation und das Funktionieren des Fürstentums Einsiedeln, einschliesslich all seiner Satelliten, musste in einem immerwährenden Prozess laufend neu ausgehandelt werden. Nur so konnte sich die kooperative Koexistenz von Herrschenden und Untertanen zum

---

<sup>391</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 23, (Jahr 1751), Kopie, S. 156. Der Text des Einsiedler Hofrodels ist im zweiten Band der Documenta Archivii Einsidlensis in gedruckter Form vorhanden, vgl. DAE, Bd. 2, Litt. K, S.58-63.

Vorteil beider Seiten entwickeln. Deshalb zeigten die Jahrgerichtsversammlungen im weitesten Sinn den Charakter heutiger Gemeindeversammlungen, mit zwar erheblich eingeschränktem – jedoch immerhin vorhandenen – Mitbestimmungsrecht der Untertanen. Zwar wurde am Jahrgericht die hierarchische Struktur der Gesellschaft bewusst inszeniert, für den Grossteil der Sachgeschäfte strebte man jedoch partnerschaftlich Lösungen an. Das enge rechtliche und wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis zwischen Herrschaft und Untertanen zwang die Herrschaft zur kooperativen Zusammenarbeit mit ihren Krämern und Bauern. Wohl nicht zuletzt deshalb kam im 17. Jahrhundert zunehmend der demokratisch anmutende Terminus «Gemeinde» zur Bezeichnung der Jahrgerichte auf.<sup>392</sup>

Die Organisation und die Durchführung der Jahrgerichtsversammlungen bildete eine Kernaufgabe des jeweiligen Stiftskanzlers. Hier vertrat er seine Rolle als weltlicher Vertreter des Abtes und oberster Beamter des Klosters für alle sichtbar. Wohl nicht zufällig erscheinen verschiedene Kanzler gerade in den Jahrgerichtsprotokollen zum ersten Mal namentlich. So z.B. Karl Dominik Betschart am Einsiedler Maigericht vom 19. April 1694, als er den Befehl des Abtes verkündete, Zins-, Urteil-, Kauf-, und Testamentbriefe dürften ausschliesslich in der fürstlichen Kanzlei hergestellt und besiegelt werden.<sup>393</sup> Auch Karl Dominik Jütz trat am Jahrgericht vom 18. November 1732 erstmals als Kanzler des Klosters in Erscheinung.<sup>394</sup>

Oft zwangen die Jahrgerichtstermine die Kanzler auf Reisen. Immerhin umfasste die Einsiedler Herrschaft rund 20 Ämter, die bekanntlich bis nach Süddeutschland und Vorarlberg verstreut lagen. Pro Jahr und Amt sollte in der Regel mindestens ein Gerichtstag abgehalten werden, was einen wesentlichen Teil der zur Verfügung stehenden Zeit der Kanzler in Anspruch nahm. Entsprechend oft waren die Kanzler von Einsiedeln abwesend. Es konnte darum leicht passieren, dass Nachrichten über bedeutende Ereignisse diese weit entfernt von Zuhause erreichten. So bemerkte P. Josef Dietrich zum Tod des erstgeborenen Sohnes des Kanzlers Lazarus Heinrich: «Allein es [der Tod des Söhnchens] ist geschehen und müsste herr canzler diese traurige zeitung zu Reichenburg vernemmen, wo er der gewohnheit nach das meyengericht haltete.»<sup>395</sup>

---

<sup>392</sup> Vgl. dazu z.B. Protokolle der Jahrgerichte, StiAE, Sig. A. DM 1, 2. Dezember 1685.

<sup>393</sup> Diarium P. Josef Dietrich, StiAE, A. HB 8, fol. 171v-172v.

<sup>394</sup> Protokolle der Jahrgerichte, StiAE, Sig. A. DM 4, fol. 105.

<sup>395</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, StiAE, Sig. A. HB 4, 11. April 1664.

## Session

Als Session wurden ab dem Jahr 1657 einerseits die Versammlungen des Ausschusses der Drei Teile und andererseits die Drei Teile als Behörde selbst bezeichnet. In moderner Terminologie würde die Sessionsversammlungen wohl am ehesten die Bezeichnung «Kommission» tragen. Das Gremium bestand im Herrschaftsbereich des Klosters nur in der Waldstatt Einsiedeln, was wohl durch die relative Grösse dieser Einheit und der damit verbundenen grösseren Zahl an abhängigen Leuten zu erklären ist. Im Sessionsrat, wie die Session zuweilen auch genannt wurde, regelten Vertreter der Drei Teile einerseits das Tagesgeschäft, welches sich im Rahmen der Klosterherrschaft ergab. Daneben führte der Sessionsrat Detailverhandlungen zu Geschäften, die diesem aus den Plenarversammlungen der Mai- und Herbstgerichte überwiesen wurden und erarbeitete Entwürfe zu Verträgen. Die Versammlungen fanden in der Regel auf der «Hofstuben» im Kloster statt. Im Unterschied zu den Jahrgerichtstagen, durften Sessionen jederzeit einberufen werden, was normalerweise auch mehrmals pro Jahr geschah. Da die Verhandlungen im kleinen Kreis stattfanden, wurde auf eine ausgeprägte Inszenierung der Hierarchien verzichtet. Von Seiten des Klosters erschienen meistens der Dekan, der Statthalter, der Kanzler mit Sekretär und der Amtmann.<sup>396</sup> Die Waldeute sandten ihrerseits Repräsentanten der sieben Viertel der Waldstatt (aus dem Flecken Einsiedeln selbst, aus Trachselau, aus Benau, aus Etzel und Egg, aus Willerzell, aus Eutal und aus Gross) zusammen mit ihrem Schreiber.<sup>397</sup> Die Schirmherrschaft war durch den Vogt und den Weibel vertreten. Auch in diesem Fall führte der Kanzler den Vorsitz. Er waltete als Vertreter des Abtes und gab dessen Meinung, Wünsche und Ermahnungen an die Anwesenden weiter.

Wie den Protokollen zu entnehmen ist, wurde an den Sessionen hie und da ebenfalls zu Gericht gesessen. Dabei liess der Abt durch den Kanzler die Urteile verkünden, ermahnte Delinquenten zur Besserung und gab die von ihm gewünschten allgemeinen Verhaltensregeln bekannt. Beispielsweise ermahnten der Dekan und der Kanzler an der Session vom 22. Februar 1690 einen Jüngling Namens Mathis Schönbächler, weil sich dieser gegenüber seiner Mutter wiederholt ungehorsam gezeigt hatte. Der Abt konnte nicht tolerieren, dass er «[...] denen benachbarten leüthen in die gärten steige, rüeble und dergleichen daraus stähle und was das meiste seye, bey so jungen jahren bereits sich so liederlich verhalte, in

---

<sup>396</sup> Protokolle der Jahrgerichte, StIAE, Sig. A. DM 1, 16. Juni 1657.

<sup>397</sup> Ebd., Sig. A. DM 2, 16. Januar 1719.

wirths= und schenkhaüsern auch anderen schleüpfwinkhln beständig stekhe [...].»<sup>398</sup>. Die beiden Klostervertreter ermahnten den jungen Mathis zur Besserung, ansonsten er für alle begangenen Taten bestraft werde. Darüber hinaus hatte er innert Wochenfrist seine Beichte abzulegen und zuhanden der Drei Teile eine entsprechende Bestätigung einzureichen. Als letzte Massnahme wurde der Weibel angewiesen, «denen wirthen und weinschenkhen zue verdeüten, dass sie dem delinquenten fürbas [...] keinen tropfen wein nicht mehr geben sollten»<sup>399</sup>.

Zu Hauptsache diene die Session jedoch der Vorbereitung der Jahrgerichte. An der Session vom 19. November 1694 wurde das folgende Geschäft verhandelt: Ein Vertreter der Waldleute klagte, einzelne Waisenvögte bereicherten sich immer wieder auf Kosten ihrer Mündel. Nach Rücksprache mit dem Abt machte der Statthalter den Vorschlag, zur Lösung des Problems solle eine Truhe angeschafft werden, die über zwei Schlösser mit unterschiedlichen Schlüsseln verfüge. In dieser Truhe könnten Kapitalbriefe und Gülden – aus deren Erträgen der Lebensunterhalt der Mündel bestritten werden musste – wie auch die Rechnungsbücher der Waisenvögte sicher aufbewahrt werden. Der Statthalter sah vor, die Truhe im Kloster oder im Rathaus an einem sicher scheinenden Ort zu verwahren. Die Schlüssel zu den beiden Schlössern der Truhe seien auf zwei Vogteirechner zu verteilen, um zu gewährleisten, dass die Truhe nur in Anwesenheit beider Schlüsselhalter geöffnet werde. Zudem sei darauf zu achten, dass die Weisenvögte ihre Rechnungen in jedem Fall schriftlich und unter Aufsicht der Vogteirechner ablegten. Der Vorschlag stiess auf allgemeine Zustimmung. Der Vogt wies darauf hin, es seien im Rathaus in Schwyz bereits zwei eingemauerte Truhen vorhanden, die sich für diesen Zweck eigneten. Gleichzeitig beantragte er, die neue Regelung solle am kommenden Herbstgerichtstag vorgelesen und publiziert werden, was am 22. November 1694 dann auch tatsächlich geschah.<sup>400</sup>

## Empfänge

Beim Empfang hochgestellter Gäste im Kloster war der Kanzler immer zugegen, falls er in Einsiedeln weilte. Im Namen des Abtes hiess er die hohen Gäste willkommen und reichte ihnen einen Begrüssungstrunk. Gleich ob der Botschafter des französischen Königs Ludwig XIV. für die Eidgenossenschaft den Abt in

---

<sup>398</sup> Zit. nach: Protokolle der Jahrgerichte, StIAE, Sig. A. DM 2, S. 151.

<sup>399</sup> Zit. nach: Ebd.

<sup>400</sup> Ebd., S. 226-233.

politischen Angelegenheiten besuchte oder ob Erzherzog Leopold von Österreich samt Gemahlin auf der Durchreise einen Halt zum Gebet und zur Fürbitte bei der Schwarzen Madonna von Einsiedeln einlegte. Der Kanzler hatte mit einem kleinen Gefolge an der Klosterpforte zu stehen, die Gäste gebührend zu begrüßen und ihnen und ihrem Gefolge ein Glas Wein zu reichen.<sup>401</sup> Am 10. Juni 1701 traf die Herzogin von Neuenburg zusammen mit zwei Jesuiten und einem Gefolge, für dessen Transport 40 Pferde nötig waren, in Einsiedeln ein, um der Schwarzen Madonna ihre Aufwartung zu machen. Zum Empfang der Dame stellte der Abt den Pater Statthalter zusammen mit dem Hofarzt, weitere Hofbedienstete und eben den Herrn Kanzler Melchior Lussi ab.<sup>402</sup> Am 24. Oktober 1704 hiess Johann Martin Hegner den Grafen von Trautmannsdorf, der als kaiserlicher Gesandter in der Eidgenossenschaft weilte, in Einsiedeln willkommen.<sup>403</sup> Am 17. Juni 1749 bat Abt Niklaus Imfeld den sich ebenfalls auf der Durchreise befindenden Prinzen August von Baden-Baden zum Mittagessen ins Kloster. Zu diesem Mahl versammelten sich die folgenden Personen im Speisesaal: Der genannte Prinz August zusammen mit seinem Hofdekan und einem Offizier, Abt Niklaus Imfeld, Patres aus St. Gallen, die sich zufällig zur selben Zeit im Kloster aufhielten, der Schwyzer Landammann Reichmut, Stiftsstatthalter P. Michael Schlageter, P. Bonifazius d'Anethan, der in der besonderen Gunst des Abtes stand, der Arzt und selbstverständlich Kanzler Joseph Anton Jütz, insgesamt also elf Personen. Dem Kanzleisekretär fiel die Aufgabe zu, die Gesellschaft zu bedienen. Wie Michael Schlageter berichtete, tranchierte er unter anderem das Fleisch auf einem Beistelltisch. Im Anschluss an das Mahl spielte eine Musikkapelle für die Gäste auf. Nach dem Essen begleitete der Abt den Prinzen und dessen Begleiter zur Hofpforte, um diesen zu verabschieden. Unterwegs, beim Waschhäuschen im Klosterhof, erwarteten 26 Personen, darunter einige Mitglieder des Konvents, den Gast und erwiesen ihm damit die Referenz.

Einen besonders feierlichen Anlass bildete jeweils der Empfang der Schwyzer Obrigkeit im Kloster. Als Beispiel dafür ist aus der Amtszeit von Abt Augustin Hofmann (1600-1629) die Beschreibung des Zeremoniells sowie die vom Stiftskanzler zu haltende Rede beim Empfang eines neu eingesetzten Obervogtes aus Schwyz im Schloss Pfäffikon überliefert. Demnach zogen Kanzler Johann Oswald Küechli (1620-1635) und der damalige Statthalter P. Maurus Hofmann der

---

<sup>401</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 589-591.

<sup>402</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 12, StiAE, Sig. A. HB 12, fol. 236r.

<sup>403</sup> Ebd., Bd. 13, StiAE, Sig. A. HB 13, fol. 62vr-63r.

aus Schwyz in Pfäffikon eintreffenden Gesellschaft bis in die Mitte des zum Schloss führenden Stegs entgegen und begrüßten den Obervogt den Gepflogenheiten der Zeit entsprechend wortreich: «Hochgeachte edle fromme erenfeste fürsichtige fürnämme und wysse besonders hocherende liebe herren diss wirdigen gotshus, liebe herren fründt und getrüwe schirm väter, erstlich die abgeordneten herren rathsgesandten und mitbringenden nüwen herrn obervogt zu beiden höff Pfäffikon und Wolrouwe sambt überig miträthen und gemeinen landtlüthen. Hiemit alle diejenigen gemeint so disem uffrith und harbegleitung des herrn obervogt zue gfallen us loblich orth Schwytz alher kommen sind.»<sup>404</sup> Abt Augustin habe dem Statthalter und all seinen Amtleuten befohlen, den neuen Obervogt mit seinem Gefolge freundlich zu empfangen. Er wünsche dem Obervogt in seinem neuen Amt Gottes Gnade und Segen, viel Glück und bitte ihn, er möge sein Amt in göttlichem Wohlgefallen ausüben und dem Kloster die althergebrachten Rechte und Freiheiten bewahren. Als Gegenleistung biete der Abt den Schirmherren Freundschaft, Wohlgefallen und seinen guten Willen an.

Einmal im Jahr fand die Schwyzer Landeswallfahrt nach Einsiedeln statt. Der Landammann zog zusammen mit den übrigen Landesbeamten und den Amtleuten zur Madonna von Einsiedeln, um dort für das persönliche Wohlergehen und für das Wohlergehen des Standes Schwyz zu beten. Nach einer zusammen mit Vertretern des Klosterkonvents abgehaltenen feierlichen Prozession, lud der Kanzler die Gäste im Namen des Abtes zu einem Trunk im Kloster: «Wir derowägen anbefollen sy selbiger gantz fründtlich zuo begrüssen und heissen willkommen sin und hieby sonderlich dem landtaman, statthalter sambt übrigen uffs hürig jare nüwerwelten amtslüthen zuo jro vertrauten ehren ambteren vil glückh und heyl zewünschen, gott bitend das sy denselbigen jnen selbst zuo lob und ehr dem vatterlandt und gemeinen nutz zu sonderer wohlfart und gute vile jare vorston können [...]»<sup>405</sup>

Bei Empfängen wirkte der Kanzler als Vermittler zwischen der geistlichen und der weltlichen Obrigkeit. Aus heutiger Sicht mutet es befremdlich an, dass der Abt die politische Elite aus Schwyz nicht persönlich begrüßte. Offenbar hielt er sich als geistlicher Führer der Klostergemeinschaft ganz bewusst aus dem politischen Zeremoniell heraus, um damit seine problembehaftete Doppelfunktion, einerseits als Vorsteher eines geistlichen Zentrums und andererseits als Oberhaupt einer weltlichen Herrschaft, durch seinen persönlichen Auftritt nicht zusätzlich ins Licht zu

---

<sup>404</sup> Zit. nach: Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 49.

<sup>405</sup> Zit. nach: Ebd., S. 608.

rücken. Aus der Sicht des Abtes war für die wirtschaftliche und politische Verwaltung der Klosterherrschaft eindeutig der Kanzler zuständig, selbstverständlich in enger Zusammenarbeit mit ihm und unter seiner Aufsicht.

## **Beraten**

In herrschaftlichen und politischen Angelegenheiten wirkten die Kanzler als Berater der Äbte. Da solcher Art Gespräche normalerweise mündlich und wohl unter vier Augen stattfanden, bestehen kaum schriftliche Zeugnisse über die Qualität dieser Beziehung. Sicher ist jedenfalls, dass die Kanzler in engem Kontakt mit dem jeweils amtierenden Abt und der Klostergemeinschaft standen. Entsprechend gelangten sie zu vielen Informationen, die interne Angelegenheiten der Klostergemeinschaft betrafen. Die Kanzler waren deshalb gehalten, alles, was sie offiziell oder inoffiziell im Kloster zu hören oder zu lesen bekamen, streng für sich zu behalten. In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist ein zeitgenössischer Passus zur Wirkkraft der Eide, die eine Person gegenüber verschiedenen Obrigkeiten geleistet hatte und die sie gleichzeitig zu halten verpflichtet war. In allen untersuchten Bestellungen steht dazu ausdrücklich festgehalten, der Kanzler dürfe keine Interna an weltliche oder geistliche Personen weitergeben: «[...] ob er glich by dem eyd, so er der weltlichen oberkeit thun hette, gefraget wurde, soll er by dem eyd, so er dem gozhus und prelatten gethan, schwygen [...]»<sup>406</sup> Der Eid vor Gott und den Heiligen als Mittel zur Bekräftigung einer Abmachung zwischen zwei Parteien genoss in der Frühen Neuzeit einen grossen Stellenwert. Die damit verbundene Konjunktur von Eidesleistungen konnte einen Menschen in schwerwiegende Gewissenskonflikte bringen, wenn verschiedene, im Widerspruch zueinander stehende Bestimmungen eidlich beschworen werden mussten. Deshalb steht in den Bestellungen der Kanzler die Rangfolge der Wirkkraft geleisteter Eide festgeschrieben, um die Amtsträger im schlimmsten Fall vor der ewigen Verdammnis oder zumindest vor der Angst davor zu bewahren. Selbstredend galt ein gegenüber dem Abt geleisteter Eid als gewichtiger, als alle anderen Eide, welche ein Mensch möglicherweise in früherer Zeit geleistet hatte. Es musste sich deshalb niemand sorgen, falls ein solch untergeordneter Eid bei der Ausübung eines Amtes im Dienste des Klosters gebrochen werden musste.

Umgekehrt waren die Kanzler gehalten, jede Neuigkeit, die ihnen von aussen zugetragen wurde und die für das Kloster von Bedeutung sein konnte, unverzüglich

---

<sup>406</sup> Zit. nach: Bestallung eines Kanzlers, StiAE, Sig. A. GO 1, fol. 60v.

dem Abt mitzuteilen. Überhaupt war eine offene und gut funktionierende Kommunikation zwischen Abt und Kanzler unerlässlich, da letzterer die meisten politischen Verhandlungen führte und eben auch das politische Zeremoniell beinahe ausschliesslich in seinen Händen lag.

### 6.1.13 Tätigkeitsfeld III: Der kirchliche Bereich

Über die Tätigkeiten der Kanzler im kirchlichen Bereich gibt der Kalender der Kanzlei aus den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts Auskunft.<sup>407</sup>

Interessanterweise betreffen die meisten Einträge im Kalender Aufgaben der Kanzler ausserhalb ihrer Kerntätigkeit in der Kanzlei. Von den insgesamt 48 Einzeleintragungen beziehen sich lediglich zwölf direkt auf die Verwaltung der Klosterwirtschaft. Die restlichen drei Viertel verweisen auf repräsentative Auftritte des Kanzlers im Rahmen kirchlicher Feiern und auf Wallfahrten, die verschiedene Personengruppen aus nah oder fern gelegenen Regionen der Eidgenossenschaft zur Schwarzen Madonna von Einsiedeln unternahmen.<sup>408</sup> Die Hauptaufgabe der Kanzler bei solchen Anlässen bestand in der Begrüssung der Wallfahrtsteilnehmer an der Klosterpforte und in der Darreichung eines Willkommenstrunkes. Der Kanzler nahm als Mitglied des Hofstaates an der eigentlichen Prozession kaum teil. Wahrscheinlich begrüsst er die Wallfahrer in Begleitung einer kleinen Delegation von Konventualen nach der Prozession an der Hofpforte und bat zum traditionellen Umtrunk in einem Saal des Klosters.

Eine weitere Aufgabe der Kanzlerr bildete das so genannte Kredenzen. Laut Duden muss darunter das feierliche Darbieten oder Darreichen von beispielsweise Getränken verstanden werden. Im Fall des Einsiedler Kanzlers ist jedoch die Darreichung von Wasser an den Abt, zur rituellen Waschung der Hände während der Feier des Hochamtes zu verstehen, wie sie im Kalender unter dem 24. Dezember detailliert beschrieben ist. Demnach schritt der Abt am Morgen von Heiligabend

---

<sup>407</sup> Konzeptbuch, StIAE, Sig. A. YL 2. Der Kanzleikalender auf den ersten Seiten des Bandes ist nicht paginiert.

<sup>408</sup> Die folgenden Wallfahrten sind im Kalender aufgeführt: Am Ostermontag die Leute aus Weesen (Kanton St. Gallen), am 29. April jene aus Hitzkirch (Kanton Luzern), am 30. April jene aus der March, von den Höfen und aus Reichenburg (Kanton Schwyz), am ersten Montag des Mai jene aus Frauenfeld (Kanton Thurgau), am 10. Mai jene aus Glarus, am Auffahrtstag jene aus Stadt und Amt Zug, am Tag danach jene aus Küssnacht (Kanton Schwyz) und aus Rot (Kanton Luzern), am Pfingstmontag jene aus Stadt und Landschaft Uznach (Kanton Zürich), am Tag danach jene aus Gaster und Kaltbrunn (Kanton Schwyz), am Mittwoch darauf jene aus dem Toggenburg (Kanton St. Gallen), an Mariae Heimsuchung (2. Juli) zum zweiten Mal jene aus der March und am 4. Juli jene aus Rapperswil (Kanton St. Gallen). Alle Wallfahrer brachten ein oder mehrere grosse Kreuze nach Einsiedeln mit, wo sie eine Prozession um die Kirche, um das Kloster oder um das Dorf abhielten.



zusammen mit seinem Hofstaat und dem Konvent in einer Prozession durch den Kreuzgang des Klosters in die Marienkapelle, wo er das Hochamt zelebrierte. Dabei reichten ihm der Kanzler und der Amtmann der Waldstatt Einsiedeln mehrmals Wasser für die Handwaschung. Erstmals nach dem Singen des Credo, ein weiteres Mal «wann man jr fürstl. gnaden die silberj blaten zu den ringen anenhebt»<sup>409</sup> und schliesslich nach der Feier der Eucharestie. Eine spätere Hand brachte dazu im Kalender Ergänzungen an. Demnach sollte ebenfalls Wasser gereicht werden «wann sich ijr fürstl. gnaden abzogen haben»<sup>410</sup> und «wann sich jr fürstl. gnaden anlegen wellen»<sup>411</sup>, also vor Beginn und nach dem Ende des Hochamtes. Neben Heiligabend und Weihnachten versah der Kanzler diesen Ehrendienst am St. Meinradstag (21. Januar), an Ostern, an Pfingsten und an Fronleichnam, also am Namenstag des Klosterpatrons und an den wichtigsten kirchlichen Feiertagen.

Übers Jahr nahm der Kanzler an verschiedenen Prozessionen teil, so an Lichtmess zusammen mit den Kanzleischreibern und dem Kämmerling an der Prozession durch den Kreuzgang. Zu diesem Anlass trug jeder Teilnehmer eine brennende Kerze in der Hand. Am 23. April – um noch ein anderes Beispiel zu nennen – fand eine Prozession zur Erinnerung an den Dorfbrand vom 24. April 1577 statt, die rund um das Dorf Einsiedeln und um die Klosterkirche führte und bei der die Reliquien des heiligen Meinrad mitgetragen wurden. Da die Prozession als Bittgang für den Schutz vor weiteren Bränden gedacht war, fand sie einen Tag vor dem eigentlichen Jahrestag des Ereignisses statt und entsprechend der Bedeutung des Ereignisses nahmen viele Einsiedler Dorfbewohner daran teil. Auch an allen anderen wichtigen kirchlichen Festen fanden kleine oder grössere Prozessionen statt. Alles Gelegenheiten, an denen der Kanzler durch seine Teilnahme die Zugehörigkeit zum Hofstaat und seine Verbundenheit mit dem Abt zum Ausdruck bringen konnte.<sup>412</sup>

---

<sup>409</sup> Zit. nach: Kanzleikalender, 24. Dezember, StiAE, Sig. A. YL 2.

<sup>410</sup> Zit. nach: Ebd.

<sup>411</sup> Zit. nach: Ebd.

<sup>412</sup> Laut Kalender wurden folgende weitere Prozessionen abgehalten: an Palmsonntag durch den Kreuzgang in den Chor; in der Osternacht mit dem heiligen Sakrament vom Chor in die Marienkapelle; am Ostermorgen mit dem Sakrament und zusammen mit dem Volk rund um das Kloster und nach der Predigt in die Marienkapelle; am ersten Sonntag im Mai, nach der Predigt und vor der Maiengemeinde, rund um das Münster; an Pfingsten durch den Kreuzgang bis in den Chor; an Fronleichnam nach der Predigt mit dem Sakrament um das Münster (gleichzeitig sollte von allen Türmen mit Gewehren in die Luft geschossen werden); am Donnerstag in der Oktav mit dem Sakrament unter dem Baldachin in die Marienkapelle; am Abend vor Heilig Kreuz-Tag und am Heilig Kreuz-Tag in die Marienkapelle; an St. Mauritustag (Patron der Klosterkirche neben Maria und Meinrad) mit den Reliquien um das Münster; am Tag des St. Gallus durch den Kreuzgang, im Rahmen der Feier der Jahrzeit der Prälaten; am Abend vor Allerseelen und an Allerseelen durch den Kreuzgang und an Weihnachten durch den Kreuzgang.

#### 6.1.14 Besoldung der Kanzler

Die Bestimmungen zur Besoldung der Kanzler machten im Laufe der Zeit auffällige Entwicklungen durch. Der markanteste Schnitt lässt sich am Übergang vom 17. zum 18. Jahrhundert feststellen. Eines blieb jedoch während drei Jahrhunderten unverändert: Das Kanzleramt war zu jeder Zeit finanziell sehr einträglich und allein schon deshalb erstrebenswert. Im 16. und im 17. Jahrhundert erhielten die Kanzler als Teil ihrer Jahresentschädigung Reitstiefel und Sporen zur Verfügung gestellt. Ebenso «[...] gibt man ime jerlichen hofbekleidungen, wie anderen ouch geben worden.»<sup>413</sup> Daneben erhielt der Kanzler 40 Gulden als Fixlohn, und was er an Kanzleitägen einnahm, konnte er insgesamt für sich verwenden. Im Gegenzug mussten die Kanzler für das in der Kanzlei benötigte Pergament und Schreibpapier aufkommen. Die dafür aufzuwendenden Geldbeträge konnten bedeutend sein, war Pergament doch immer ein ausserordentlich kostspieliger Beschreibstoff.

Auf die Alte Fastnacht war es Brauch, dass der Kanzler, «ein blaten mit küöchlj und ein kopf feltliner uff jr fürstl. gnaden tafel verehrt und zwo blaten mit küöchlj und zwen köpf feltliner jn das convent, alles des allersüssesten besten feltliners»<sup>414</sup>. Es handelte sich dabei wahrscheinlich um eine Art Rekognitionsgabe, mit welcher der Kanzler seine Zugehörigkeit zur klösterlichen Gemeinschaft bekräftigte. Denn gleich wie ein Bauer seinen Hof, so hatte der Kanzler sein Amt von Abt und Konvent verliehen erhalten und war dafür, wenn auch auf stark symbolischer Ebene, abgabepflichtig.

Neben den Geldeinnahmen, bildete das freie Wohnrecht im stattlichen Kanzlerhaus einen weiteren Bestandteil des Lohns. Das Kloster besorgte den baulichen und betrieblichen Unterhalt des Hauses. Der Brunnen im Garten des Hauses konnte kostenlos genutzt werden und Brennholz lieferte das Kloster kostenlos. Dazu genoss der Kanzler freie Verpflegung am Herrentisch, also Speis und Trank als Tischgenosse des Abtes. Falls er durch Geschäfte an der Teilnahme am Mahl im Konvent verhindert war, erhielt er ein Mass Wein und ein Brot aus der Klosterküche in sein Haus geliefert. Falls er wegen privater Geschäfte verhindert war, wurde immerhin die halbe Menge Wein und Brot geliefert. Das gemeinsame Essen von Abt und Kanzler war ausdrücklich erwünscht, weil damit die Verbundenheit und

---

<sup>413</sup> Zit. nach: Bestallung eines Kanzlers, StIAE, Sig. A. GO 1, fol. 61v.

<sup>414</sup> Zit. nach: Kanzleikalender, 12. Februar, StIAE, Sig. A. YL 2.

die Vertrautheit zwischen den beiden einflussreichsten Personen im Kloster gestärkt und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht werden konnte.<sup>415</sup>

Im Jahr 1703 wurde die Besoldung anlässlich eines Wechsels auf der Kanzlerstelle neu geregelt. In der Bestallung für Kanzler Johann Martin Hegner ist die neu zusammengesetzte Jahresbesoldung wie folgt festgehalten:<sup>416</sup> An Naturalien erhielt der Kanzler jährlich sechs Mütt<sup>417</sup> Weissmehl, sechs Eimer<sup>418</sup> Wein, 150 Pfund<sup>419</sup> Schmalz, 4 Laibe Käse, 12 Klafter Holz sowie freie Verpflegung an der fürstlichen Tafel für seine Person. Im Jahr 1755 wurde dann die zugeteilte Menge an Brennholz in der Bestallung für Thomas Fassbind auf 20 Klafter erhöht.<sup>420</sup> An Geld bezog er 200 Kronen plus neu nur noch die Hälfte der Kanzleitäxen. Ausgenommen von dieser Bestimmung waren die Einnahmen, die aus dem Lehenschilling resultierten und die Abgaben für das Pergament. Beide flossen direkt in die Klosterkasse. Dies weist darauf hin, dass nach der Neufestlegung der Besoldung, der Kanzler das Pergament nicht mehr auf eigene Rechnung beschaffen musste, sondern der Pergamenteinkauf vom Kloster besorgt wurde. So lässt es sich auch erklären, warum die Einnahmen für Pergament zurück in die Klosterkasse fliessen mussten.

In Jahren mit starker Teuerung, beispielsweise infolge von Erntausfällen, wurden die Naturalleistungen an Mehl und Wein durch Geldzahlungen ersetzt. Das Mütt Mehl wurde mit sechs Kronen, der Eimer Wein mit drei Kronen abgegolten. Laut einer Bemerkung von P. Michael Schlageter aus dem Jahr 1772, betrugen die Einnahmen aus der Kanzleitäxe jährlich mindestens 100 Gulden. Insgesamt, so rechnete Dekan Schlageter vor, konnte ein Kanzler unter Anrechnung aller Naturalleistungen mit einem Jahreseinkommen von rund 1000 Gulden rechnen,<sup>421</sup> was einen stattlichen Betrag darstellte, wenn man bedenkt, dass die durchschnittlichen staatlichen Ausgaben beispielsweise des Standes Uri in den

---

<sup>415</sup> Bestallung eines Kanzlers, StAE, Sig. A. GO 1, fol. 61v.

<sup>416</sup> Bestallung für Kanzler Johann Martin Hegner aus dem Jahr 1703, StAE, Sig. A. HO 5.

<sup>417</sup> 1 Mütt entspricht 4 Vierteln; 1 Viertel entsprach in Einsiedeln 20.7 Liter; 1 Mütt also 82.8 Liter, vgl. Dubler, Anne-Marie: Masse und Gewichte, S. 38.

<sup>418</sup> 1 Eimer entspricht in Einsiedeln 25 Mass; 1 Mass Wein entspricht 1.83 Liter; 1 Eimer Wein also 45.75 Liter, vgl. Dubler, Anne-Marie: Masse und Gewichte, S.45.

<sup>419</sup> 1 Altes Zürcher Pfund entspricht 528 Gramm, vgl. Dubler, Anne-Marie: Masse und Gewichte, S. 48f.

<sup>420</sup> Bestallung für Kanzler Thomas Anton Fassbind vom 22. Juli 1755, StAE, Sig. A. HO 8.

<sup>421</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 60, (Jahr 1772), Kopie, S. 41f. Dieselbe Summe nennt Dekan P. Beat Küttel in einem Schreiben an den Schwyzer Landammann Hedlinger vom 21. Juni 1776, StAE, Sig. A. HO 10.

Jahren 1755-1796 rund 20'000 Gulden pro Jahr betrugen.<sup>422</sup> Zu den Naturalleistungen gehörte in diesen Jahren neben dem bereits genannten Getreide, Käse, Wein und Fett, täglich ein Mass Milch und während der Fastenzeit ausreichend Fassmis<sup>423</sup>, eine gängige Fastenspeise, bestehend aus einer Mischung verschiedener Getreide.<sup>424</sup>

#### **6.1.15 Der Sekretär**

In der Klosterkanzlei war als Stellvertreter und rechte Hand des Kanzlers ein Sekretär angestellt. Zusammen mit den Kanzleischreibern besorgte dieser die Alltagsgeschäfte, da der Kanzler selber oft abwesend war. Die Liste der Kanzleisekretäre lässt sich nicht ganz so lückenlos rekonstruieren wie jene der Stiftskanzler. Immerhin sind im Archiv 14 Bestellungen vorhanden, die ein anschauliches Bild der Tätigkeiten, Verpflichtungen und der Besoldung dieser Beamten zeigen. Der Sekretärsposten war mit vergleichsweise wenig Prestige besetzt, obwohl gerade dort wertvolle Arbeit für das Kloster geleistet wurde. Sowohl klosterintern wie extern traten die Sekretäre selten in Erscheinung. Während die Kanzler bei öffentlichen Anlässen als oberste Vertreter des Klosters auftraten, wirkten die Sekretäre meist im Hintergrund. Wenn ein Sekretär einmal dennoch öffentlich auftrat, dann als Rechte Hand des Kanzlers oder ausdrücklich in dessen Vertretung.

---

<sup>422</sup> Kälin, Urs: Salz, Sold und Pensionen. Zum Einfluss Frankreichs auf die politische Struktur der innerschweizerischen Landsgemeindedemokratien im 18. Jahrhundert, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 149, (1996), S. 105-124, hier: S. 114.

<sup>423</sup> Schweizer Idiotikon, Bd. 4, Sp. 491.

<sup>424</sup> Im Kloster Einsiedeln stellte man das Fassmis aus je einem Viertel Weizen, Hafer, Roggen und Erbsen her. Vgl. das Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 60, (Jahr 1772), Kopie, S. 41f.

**Tabelle 1:** Die Inhaber der Sekretärsstelle:<sup>425</sup>

Name und Herkunft (falls bekannt)	Amtszeit
Bartholomäus Schnider	8.5.1632-??
Karl Bonaventura Knöpflin	um 1690
Franz Iten von Ägeri	1707
Andreas Brunegger	19.11.1713-??
Fridolin Leonz Hauser von Glarus	10.10.1742-1745
Melchior Stadlin von Zug	20.8.1745-1749
Josef Anton Reding von Schwyz	19.11.1749-1755 und 27.4.1764-1767
Josef Konrad Helbling von Rapperswil	23.7.1755-1758
Jakob Josef Zelger von Unterwalden	28.10.1758-1764
Niklaus Anton Maria Imfeld von Unterwalden ob dem Kernwald	6.3.1767-1769
Franz Xaver Reding	19.8.1769-1775
Kaspar Anton Eberle von Einsiedeln	16.12.1775-1783
Josef Bernhard Eberle von Einsiedeln	18.8.1783-??

Laut der frühesten im Stiftsarchiv erhaltenen Bestallung, die für einen Bartholomäus Schnider im Jahr 1632 ausgestellt wurde, leistete auch ein neu ins Amt tretender Sekretär dem regierenden Abt einen Treueeid. Fachlich hatte sich ein Bewerber in allen Bereichen des Kanzleiwesens auszukennen, «[...] es seye mit schryben oder abschryben, item ouch in vertütschung der brieffen [...]», was unter anderem Fremdsprachenkenntnisse voraussetzte.<sup>426</sup> Selbstverständlich wurde von einem Sekretär strengste und lebenslange Verschwiegenheit über interne Angelegenheiten verlangt. Innerhalb der Klostersgemeinschaft und im Kreis der Angestellten sollte er zurückhaltend mit seinen Kenntnissen über die Verhältnisse im Kloster umgehen, damit keine Unruhe oder gar Zwietracht aufkam.

Sekretär Bartholomäus Schnider leistete seinen Amtseid am Samstag dem 8. Mai 1632 in der Hofstube des Klosters in Anwesenheit von Subprior P. Martin Kachler und seinem zukünftigen Vorgesetzten, Kanzler Johann Oswald Küecli, der

<sup>425</sup> Bestallungen und Akten des Sekretärs, StiAE, Sig. A. LO 1-14.

<sup>426</sup> Zit. nach: Bestallung des Sekretärs Bartholomäus Schnider, StiAE, Sig. A. LO 1.

dem neu eintretenden Mitarbeiter den geforderten Eid zum Nachsprechen vorlas. Zu den Aufgaben der Sekretäre zählte die Führung des Protokolls an Jahrgerichtsversammlungen und Sessionen. Sekretär Karl Bonaventura Knöpflin verfasste beispielsweise am Einsiedler Maigericht vom 24. Mai 1690 das Protokoll.<sup>427</sup> Da naturgemäss die protokollführende Partei bei der schriftlichen Fixierung mündlich vorgetragener Voten und der gefassten Beschlüsse über einen gewissen Interpretationsspielraum und damit über die Möglichkeit zur Zurechtbiegung des Gesagten verfügte, beharrte das Kloster stark auf dem Recht zur Protokollierung und war bemüht, keine anderen Protokollanten zuzulassen. Der Einsiedeler Dorfschreiber genoss zwar sporadisch das Recht im Auftrag der Wald- und Gotteshausleute schriftliche Notizen zu machen. Diesen Aufzeichnungen kam jedoch lediglich informeller Wert zu und sie wurden vom Kloster im Streitfall ausdrücklich nicht als Beweismittel gegen einen im Protokoll des Sekretärs festgehaltenen Beschluss zugelassen. Im Jahr 1707 verbot das Kloster dem Schreiber der Waldleute die Teilnahme an den gemeinsamen Versammlungen dann sogar ganz und stellte als Ersatz eine kostenlose Abschrift des offiziellen Protokolls zur Verfügung.<sup>428</sup>

Dennoch erschien am 27. August 1750 Augustin Gyr, der eben das Amt als Schreiber der Waldstatt Einsiedeln angetreten hatte, zu der an diesem Tag stattfindenden Sessionsversammlung und setzte sich neben den Kanzleisekretär an den Tisch, um ein Protokoll der Verhandlungen zuhanden der Gotteshaus- und Waldleute aufzunehmen. Auf diese demonstrative Geste reagierten die Vertreter des Klosters ungehalten und tadelten den Dorfschreiber. Sie argumentierten zurecht, es sei nicht Brauch, dass der Waldstattschreiber bei den Sessionsverhandlungen anwesend sei. Falls er jedoch auf eine Teilnahme bestehe, könne ihm höchstens gestattet werden, sich mit Bleistift und Papier bewehrt in eine Ecke des Zimmers zu stellen und dort seine Notizen zu machen. Einen Rechtsanspruch könne aufgrund dieser Notizen, wie bis anhin, jedoch nicht erhoben werden.<sup>429</sup>

Die Sekretäre beteiligten sich auch regelmässig an Einsätzen der Kanzlei im Feld, beispielsweise Kanzleisekretär Melchior Stadlin<sup>430</sup> als Protokollführer

---

<sup>427</sup> Jahrgerichtsprotokolle, StIAE, Sig. A. DM 2, S. 169.

<sup>428</sup> Vgl. dazu z.B. die Abschrift des Vertrages zwischen dem Kloster und der Waldstatt Einsiedeln bezüglich des Kanzleirechtes vom 31. Mai 1707, StIAE, Sig. A. XL 9.

<sup>429</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 85f.

<sup>430</sup> P. Michael Schlageter stellte Melchior Stadlin ein leidlich gutes Zeugnis aus. Zwar habe er sich in der Besorgung der Kanzlei einige Mühe gegeben. Es seien aber immer wieder Fehler in den Protokollen und in Verträgen zu beklagen gewesen. Siehe dazu: Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 21 (Jahre 1749), Kopie, S. 156.

zusammen mit dem Kanzler und dem Statthalter von Pfäffikon anlässlich einer Grenzfestlegung in einem als Selisbachegg bezeichneten Wald im Grenzgebiet zwischen der Waldstatt und der March. Am 24. Oktober 1747 nahm wiederum Sekretär Stadlin als Vertreter der Stiftskanzlei am grossen, alle sechs Jahre stattfindenden Bruderschaftsboot der Einsiedler St. Meinradsbruderschaft teil. Kanzler Jütz war am Anlass ebenfalls anwesend. Da er jedoch als Vertreter des Schwyzer Siebnergerichts eingeladen worden war, liess er sich in seiner Funktion als Stiftskanzler von seinem Sekretär vertreten. P. Michael Schlageter war mit dieser Regelung übrigens durchaus einverstanden. Explizit bezeichnete er Stadlin als Vizekanzler: «[...] so oft ein jeweiliger cantzler ohne dem under einem andern titel als namens der cantzley disem bott beywohnet solle alsdan ein jeweiliger secretari [als] dessen vices in namen und under dem titel wegen der cantzley versehen.»<sup>431</sup>

Offenbar waren es hie und da gerade die Sekretäre, die als einzige den Überblick über die Geschäfte und die Dokumente der Kanzlei bewahrten. Dies zeigt sich beispielhaft in einer Episode aus dem Jahr 1746: Als P. Michael Schlageter im Februar dieses Jahres die Rechnung der Statthaltereirei vorbereitete, verlangte er bei Abt Niklaus Imfeld die Rechnungen der Ämter Lachen und Menzingen. Der Vorschrift entsprechend, hätte der Kanzler die Jahrrechnungen aller Ämter unmittelbar im Anschluss an die Bartholomäusrechnung, die zuletzt im August des Jahres 1745 stattgefunden hatte, an den Abt weiterleiten müssen. Anlässlich der Anfrage Schlageters, konnte Abt Niklaus die besagten Rechnungen bei sich jedoch nicht finden und auch der in dieser Sache befragte Kanzler Karl Dominik Jütz wusste keine Angaben zum Verbleib der Dokumente zu machen. Erst als sich Schlageter anschickte, Abschriften der Rechnungen von den beiden zuständigen Amtsmännern anzufordern, bekam der Kanzleisekretär von der entstandenen Verwirrung zu hören und händigte darauf dem Statthalter die vermissten Stücke umgehend aus.<sup>432</sup> Zwar müssen die Äusserungen P. Michael Schlageters über Kanzler Karl Dominik Jütz mit einer gewissen Vorsicht genossen werden, da P. Michael offenbar stark am Pflichtbewusstsein und an den Fähigkeiten des damaligen Kanzlers zweifelte und darum keine Gelegenheit ausliess, über Missstände auf der Kanzlei wortreich zu berichten. Dennoch zeigt das Beispiel deutlich, dass, zumindest im geschilderten Fall, der Sekretär und nicht der Kanzler den Überblick über Gang und Stand der Geschäfte hatte.

---

<sup>431</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 19/2 (Jahre 1747), Kopie, S. 194.

<sup>432</sup> Ebd., Sig. A. HB 19/1 (Jahre 1746), Kopie, S. 24.-25.

40 Jahre früher hatte Hauptmann Franz Iten von Ägeri die Kanzlei während zweier Jahre sogar ganz selbständig besorgt. Iten hatte am 18. Januar 1707 seinen Amtseid geleistet.<sup>433</sup> Als Kanzler Johann Martin Hegner seinen Posten ein Jahr darauf verliess, weil er in Lachen zum Landammann der March gewählt worden war, blieb die Kanzlei bis ins Jahr 1710 ohne Kanzler.<sup>434</sup> In dieser Zeit führte der Sekretär Franz Iten die Geschäfte, durchaus zur Zufriedenheit des Klosters. Am doch recht überstürzten Abgang seines Vorgesetzten war Iten übrigens nicht ganz unschuldig. Im Juni 1708 war im Kloster bekannt geworden, dass Iten mit einer Tochter des Kanzlers, einem Mädchen Namens Magdalena, vertrauten Umgang pflegte. In den Augen Hegers stand sogar zu befürchten, dass die beiden ernsthafte Heiratspläne verfolgten, was ihm, dem Kanzler, ganz und gar nicht behagte. Für seine Tochter hatte er eine bessere Partie im Sinn und sowieso war er der Meinung, das Mädchen sei zum Heiraten noch zu jung. Allein die Tochter zeigte sich für die Ratschläge des Vaters nicht empfänglich und drohte, falls sie den Franz Iten nicht heiraten dürfe, werde sie überhaupt gar nie heiraten. Die kecken Äusserungen der Tochter versetzten den Kanzler derart in Wut, dass er verschiedene Male tätlich gegen sie vorging und ihr einmal sogar ein blaues Auge beibrachte, worauf sich die Tochter aus lauter Angst ins Haus einer Freundin flüchtete. Als der Kanzler ihre Flucht bemerkte, packte ihn die Angst. Er befürchtete, seine Tochter könnte bereits über alle Berge und auf nimmer Wiedersehen verschwunden sein. Darum schickte er seine Magd auf die Suche nach Magdalena. Die Affäre zog in der Folge immer weitere Kreise. Zuerst zog die Magd den Statthalter P. Josef Dietrich als Vermittler zwischen Tochter und Vater bei, später wurde zusätzlich der Schwyzer Landvogt Schmidig in die Sache involviert, indem er für Magdalena in Schwyz eine Bleibe organisieren sollte, wo sie, weit entfernt von Einsiedeln und Franz Iten, zur Vernunft kommen könnte.<sup>435</sup> Leider lässt uns P. Josef Dietrich über den Ausgang der Affäre im Unklaren. Auffällig ist jedoch, dass Kanzler Hegner noch in demselben Jahr zum Landammann der March avancierte, was ihm die Entfernung der Tochter aus Einsiedeln auf elegante Art ermöglichte. Bedenkt man, mit welcher grossen Hartnäckigkeit er die unstandesgemässe Heirat der Tochter zu verhindern suchte, ist ihm ein solches, wohl nicht ganz einfach zu bewerkstelligendes und mit einigem finanziellen Aufwand verbundenes Manöver ohne weiteres zuzutragen.

---

<sup>433</sup> Diarium der Statthalterei, StIAE, Sig. A. HB 78, S. 56.

<sup>434</sup> Salzgeber, P. Joachim: Stiftskanzler, in: Einsiedler Anzeiger Nr. 11, 1979.

<sup>435</sup> Diarium P. Josef Dietrich, StIAE, Sig. A. HB 13, S. 123-127.



Am 23. Oktober 1749 trat mit Josef Anton Reding ein Spross einer bedeutenden Schwyzer Magistratenfamilie als Sekretär unter Kanzler Karl Dominik Jütz in die Stiftskanzlei ein.<sup>436</sup> Reding war dem Kloster von Landammann Reding von Schwyz und anderen einflussreichen Freunden mehr oder weniger aufgedrängt worden. Abt Niklaus Imfeld hatte sich deswegen über ein Jahr lang Zeit gelassen, bevor er diese zusätzliche Stelle bewilligte. Dabei genoss er die volle Unterstützung des Konvents, denn die meisten Patres waren der Meinung, in Zukunft sollte sich der Abt solchen erbettelten Anstellungen widersetzen. Im Übrigen sei dieser Fall besonders heikel, da man bisher noch nie, oder wenigstens seit Menschengedenken nicht mehr, einen Sekretär aus Schwyz gehabt habe. Man müsse aufpassen, dass sich keine neue Tradition entwickle, wie dies zuvor bereits mit der Kanzlerstelle geschehen sei.<sup>437</sup> Allen Unkenrufen zum Trotz, bewährte sich Josef Anton Reding als tüchtige Kraft auf der Kanzlei und wurde als Unterstützung für den amtierenden, aber scheinbar wenig begabten und darum mangelhaft arbeitenden Zuger Sekretär Melchior Stadlin bald hoch geschätzt. Stadlins Amtsführung hatte wiederholt zu Klagen Anlass gegeben. Zum ersten Mal berichtete der Statthalter im Mai 1748 über die Unzulänglichkeiten des Sekretärs, als dieser anlässlich der Revision eines Wegrodels der Waldstatt, Wege und Strassen fehlerhaft verzeichnet hatte, was das Kloster zusätzlich für 12,5 Klafter Strassen unterhaltungspflichtig machte. Der Unterhalt von Fahrstrassen und Wegen war schon damals eine sehr aufwändige und kostenintensive Angelegenheit. Es wäre dem Kloster deshalb ein bedeutender Schaden entstanden, wäre dieser Fehler verborgen geblieben. Der Statthalter griff jedoch korrigierend ein und bewahrte das Kloster vor unnötigen Ausgaben. Als P. Michael Schlageter den Sekretär zur Rede stellte, wies dieser die Schuld von sich und versuchte den Fehler auf Kanzler Karl Dominik Jütz zu schieben. Schlageter anerkannte zwar, dass Jütz seine Aufsichtspflicht zu wenig wahrnahm, da er eben oft in seinen eigenen Geschäften von Einsiedeln abwesend war. Als Entschuldigung für die nachlässige Arbeitsweise Stadlins, liess er dies jedoch nicht gelten. «Dergleichen fehler habe ich meinerteils schon vilfältig erfahren zue meinem verdruss, allein wahre sich nit zu verwundern weilen der cantzler wegen eigen geschäften und gewürben wenig der cantzley sorgete, der secretari aber schluderisch und ungeschikht. Folgsam zu förchten, dass seiner zeit nambhaft fehler zu schlechter reputation des

---

<sup>436</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 21 (Jahre 1749), Kopie, S. 146 sowie die Bestallung, Sig. A. LO 6.

<sup>437</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 21 (Jahre 1749), Kopie, S. 134f.

gottshauses sich zeigen werde, dessen ich keine schuld zu haben vermeine weilen öfters darwider geredt ja anfänglich des secretari sonderlich untauglich erkannt und ich darwider wahre über das und in gleichen des cantzlers sorglosigkeit und eigen geschäften mäniglich bekannt.»<sup>438</sup> Mit diesen deutlichen Worten hielt der Statthalter seine Meinung betreffend den Fähigkeiten und der Arbeitsweise des Sekretärs fest. Melchior Stadlin quittierte auf Ende 1749 seinen Dienst. P. Michael Schlageter attestierte ihm ein zwar sonniges Gemüt, für seine Amtsführung konnte er jedoch kein gutes Wort finden. Stadlin habe beim Protokollieren und beim Abfassen von Verträgen wiederholt Fehler begangen und es stehe zu befürchten, dass in Zukunft noch etliche weitere ans Licht kämen. Anschliessend führte der bereits seit mehr als einem Jahr im Dienst stehende Sekretär Josef Anton Reding die Geschäfte der Kanzlei weiter und legte am 20. November 1749 definitiv seinen Amtseid ab.

Sekretär Josef Anton Reding versah sein Amt zur allgemeinen Zufriedenheit. Dennoch durfte er nicht auf den Posten des Kanzlers nachrücken, als dieser 1755 frei wurde. Wahrscheinlich verhinderten politische Gründe diese Sukzession. An seiner Stelle wählten Abt und Konvent 1755 den Schwyzer Thomas Anton Fassbind zum Kanzler, was Reding zum sofortigen Rücktritt vom Sekretärsposten bewog und dessen Familie in grosse Wut auf die Verantwortlichen im Kloster versetzte.<sup>439</sup> Neun Jahre später, am 27. April 1764, trat dann derselbe Josef Anton Reding erneut als Sekretär in den Dienst der Kanzlei.<sup>440</sup> Welche Umstände ihn zu diesem Schritt bewogen, sind nicht bekannt.

Der unvermittelte Abgang Redings hatte im Jahr 1755 die Wahl eines neuen Sekretärs nötig gemacht. Gefunden wurde dieser in der Person Josef Konrad Helblings aus Rapperswil. Zusammen mit dem neu eintretenden Kanzler Fassbind legte Helbling am 23. Juli 1755 im Audienzzimmer vor den anwesenden Vertretern des Klosters den Amtseid ab. Der damalige Archivar P. Lukas von der Weid sprach dabei den beiden neu eintretenden Beamten den Eid vor.<sup>441</sup> Im Jahr 1763 erwähnt P. Michael Schlageter Helbling dann als Stadtschreiber von Rapperswil.<sup>442</sup> Offenbar hatte die Tätigkeit Helblings auf der Stiftskanzlei lediglich eine Etappe in dessen beruflicher Karriere dargestellt.

---

<sup>438</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 20 (Jahre 1748), Kopie, S. 98f.

<sup>439</sup> Ebd., Sig. A. HB 27 (Jahre 1755), Kopie, S. 26.

<sup>440</sup> Bestellungen und Akten des Sekretärs, StiAE, Sig. A. LO 10.

<sup>441</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 27 (Jahre 1755), Kopie, S. 28.

<sup>442</sup> Ebd., Sig. A. HB 35 (Jahre 1763), Kopie, S. 21.

Am 16. Dezember 1775 legte Kaspar Anton Eberle aus Einsiedeln seinen Eid als Kanzleisekretär ab. Eberle verfasste später einen anschaulichen Bericht über die Einführung des Schwyzers Joseph Anton Jütz ins Kanzleramt.<sup>443</sup> Eberle war wahrscheinlich der erste Sekretär, der aus Einsiedeln selbst stammte. Hatte man solche Fachleute in früherer Zeit auswärts in Glarus, Zug oder Rapperswil rekrutieren müssen, fanden sich im Lauf des 18. Jahrhunderts zunehmend fähige Leute in der näheren Umgebung, zuerst in Schwyz, dann unmittelbar vor der Klosterpforte im Dorf Einsiedeln. Zwar zeigten sich die Klosteroberen zu Beginn skeptisch gegenüber dem Gedanken, dass nun ein Waldmann den Dienst auf der Kanzlei verrichtete und bewilligten diesem die Stelle bloss befristet für vier Jahre. Da sich Kaspar Anton Eberle jedoch bestens bewährte, verlängerte der Abt nicht nur das Engagement um weitere vier Jahre, sondern nahm später sogar dessen ältesten Sohn Josef Bernhard als Nachfolger auf der Sekretärsstelle an.

In der Bestallung von Josef Anton Reding aus dem Jahr 1749 wurden die Aufgaben der Sekretäre genauer beschrieben, als dies bis dahin der Fall gewesen war. Ganz offensichtlich trägt die 1749er-Bestallung deutlich die Handschrift des Statthalters P. Michael Schlageter, der die inhaltlichen Änderungen und Präzisierungen wohl als Reaktion auf die mangelhaften Leistungen Melchior Stadlins veranlasste. Als erste Massnahme wurde der Sekretär neben dem Kanzler zusätzlich der Aufsicht des Statthalters unterstellt. Bei Gericht und Appellation hatte der Sekretär das Protokoll zu führen und die notwendigen Urteilsschriften zu verfassen. Zudem war ausdrücklich darauf zu achten, dass bei Erbgängen oder bei der Übertragung von Gütern von den Eltern auf die Kinder, die Fallabgabe vorschriftsgemäss eingezogen wurde. Ebenfalls ausdrücklich legte man dem Sekretär ans Herz, er solle das Dorf Einsiedeln im Allgemeinen und dessen Wirtshäuser im Besonderen meiden und damit den Kanzleischreibern ein gutes Beispiel geben. Zudem sollte er unverzüglich Meldung machen, wenn einer der Kanzleischreiber Verbote missachte.

Über die Besoldung der Sekretäre gibt zuerst eine anonyme Bestallung aus dem Jahr 1691 Auskunft,<sup>444</sup> 1749 wurde diese angepasst. Demnach genoss der Sekretär spätestens seit 1691 das Recht, unentgeltlich an der Tafel des Abtes zu speisen. Anlässlich der Umgeld- und der Säckelrechnung erhielt er eine Krone

---

<sup>443</sup> Bestallungen und Akten des Sekretärs, StiAE, Sig. A. LO 13; Bericht: Akten des Kanzlers, Sig. A. HO 10.

<sup>444</sup> Bestallungen und Akten des Sekretärs, StiAE, Sig. A. LO 2.

Münzgeld und beim Einzug der Lehenzinse eine halbe. Für jeden Bestallungsbrief, den er für Vögte, Amtmänner und dergleichen verfasste, war als Gebühr ein Taler fällig. Für Urteilsschriften bei Gerichts- oder Appellationsverhandlungen stand den Sekretären die Hälfte der Kanzleitaxe zu. Immer wenn der Abt dem Kanzleipersonal Wein schenkte, hatte der Sekretär diesen zu gleichen Teilen mit den Kanzleischreibern zu teilen. Ab 1749 erhielten die Sekretäre zusätzlich zu den variablen, auf Auftragsbasis erwirtschafteten Lohnbestandteilen, jährlich einen Pauschalbetrag von 50 Gulden zugesprochen. Gleichzeitig sollten sie nun für alle ausgefertigte Schriftstücke generell die halbe Kanzleitaxe erhalten.<sup>445</sup>

Das Amt des Kanzleisekretärs war begehrt, wohl v. a. darum, weil im vergleichsweise kleinen Fürstentum Einsiedeln Erfahrungen in allen Bereichen des Kanzleiwesens gesammelt werden konnten, was gute Voraussetzungen für eine spätere Karriere in einer grösseren Verwaltung z.B. in Schwyz oder Zug schuf. Andererseits besass Einsiedeln als Wallfahrtsort und geistiges Zentrum der Region einen klangvollen Namen, was der Karriere eines Angestellten des Klosters wohl ebenfalls zuträglich war. Jedenfalls bekundete das Kloster bei der Rekrutierung der Kanzleisekretäre zu keiner Zeit Mühe.

#### **6.1.16 Die Kanzleischreiber (Substituten, Kanzlisten)**

Neben dem Kanzler und dem Sekretär waren jeweils zwei bis vier Kanzleischreiber angestellt, die in den Quellen als Substituten oder häufiger als Kanzlisten bezeichnet werden. Über die Ausbildung der Kanzleischreiber lässt sich kaum etwas in Erfahrung bringen. Ähnlich wie die Sekretäre, werden sie in Klosterschulen oder dann an städtischen Schulen Lesen und Schreiben gelernt haben. Meist befanden sich die Kanzlisten in noch jugendlichem Alter und die Anstellung im Kloster dauerte in der Regel bloss wenige Jahre, denn der Dienst als Schreiber auf der Kanzlei einer Herrschaft stellte normalerweise lediglich eine erste Station in der beruflichen Karriere eines in diesem Bereich tätigen jungen Mannes dar. Bei Talent und Eignung stand einem Aufstieg in höhere Chargen im Kanzleidienst oder dann der Übernahme einer Dorf- oder Amtsschreiberstelle nichts im Weg. Aber auch als Grundlage für eine politische Karriere, waren die Kenntnisse und Erfahrungen geschätzt, die auf der Klosterkanzlei erworben werden konnten. So

---

<sup>445</sup> Vgl. dazu auch: Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 21 (Jahre 1749), Kopie, S. 146.

hatten Landammann und Pannerherr Reding von Schwyz<sup>446</sup>, Landammann Hauser von Glarus<sup>447</sup>, Landammann Zelger von Unterwalden<sup>448</sup> sowie höchste Vertreter anderer Stände ihre berufliche Karriere als Schreiber auf der Einsiedler Klosterkanzlei begonnen.<sup>449</sup>

Weiter bestand die Möglichkeit, im Anschluss an ein Substitut im Dienst des Klosters eine Stelle in der Verwaltung eines ausserhalb des Kerngebiets der Einsiedler Herrschaft liegenden Amtes zu übernehmen. So bewarb sich im Dezember 1750 der Sohn des amtierenden Weibels von Reichenburg um die dortige Schreiberstelle. Der junge Mann hatte seit einigen Jahren auf der Klosterkanzlei seine Sporen abverdient und erhielt die Stelle vom Abt deshalb ohne weiteres zugesprochen. Frei geworden war der Posten in Reichenburg, nachdem der damalige Amtsinhaber vom Abt zum Nachfolger des verstorbenen Amtsvogts bestimmt worden war.<sup>450</sup>

Ein gewisser Hans Jörg Schmid ist der früheste namentlich fassbare Kanzleischreiber im Kloster Einsiedeln. Schmid stammte aus der Grafschaft Thurgau und hatte in den Jahren 1605 bis 1610 auf der Klosterkanzlei gedient. Laut dem im Formularbuch der Kanzlei erhaltenen Abschied, verrichtete Schmid seinen Dienst zur Zufriedenheit des Klosters.<sup>451</sup> Seine Stelle verliess er – so die Begründung im Abschied – weil er wieder in seine Heimat zurückkehren und sich dort um eine Anstellung bemühen wollte. Allerdings könnte es sich dabei um einen Topos handeln, da derselbe Grund in genau derselben Formulierung im Abschied für einen anderen Substituten ebenfalls auftaucht.<sup>452</sup> Immerhin scheint es wahrscheinlich, dass Hans Jörg Schmid den Dienst im Kloster freiwillig verliess, denn die von Abt Augustin Hofmann unterzeichnete Bestätigung ist von durchaus positivem Inhalt und war wohl dazu gedacht, Schmidts Suche nach einer neuen Anstellung als Kanzleibediensteter in seiner Heimat oder anderswo zu erleichtern. Ein nächster namentlicher Hinweis auf einen Schreiber findet sich erst wieder aus dem Jahr 1707. Am 18. Januar dieses Jahres wurden Beat Leonz Ziegler von Rapperswil und Leonz Anton Weber von Zug

---

<sup>446</sup> Wohl Josef Nazar von Reding aus Schwyz (Lebensdaten: 1711-1782). Er amtierte in den Jahren 1773-1776 als Landammann des Standes Schwyz, vgl. HBLS, Bd. 5, S. 554.

<sup>447</sup> Balthasar Joseph Hauser von Näfels (Lebensdaten: 1728-1794). Hauser war in den Jahren 1774-1776 und 1784-1786 Landammann von Glarus, vgl. HBLS, Bd. 4, S. 91.

<sup>448</sup> Michael Jakob Zelger vom Waltersberg (Lebensdaten: 1691-1764), Landammann von Nidwalden 1740, 1744, 1748, 1753, 1757, 1760 und 1761, vgl. HBLS, Bd. 7, S. 636.

<sup>449</sup> *Diarium* P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 60 (Jahre 1772-1773), Kopie, S. 2.

<sup>450</sup> Ebd., Sig. A. HB 22 (Jahre 1750), Kopie, S. 128.

<sup>451</sup> Konzeptbuch, StAE, Sig. A. YL 2, S. 396.

<sup>452</sup> Ebd., S. 397.

ab der Sihlbrücke als Kanzleischreiber vereidigt. Den Eid las ihnen dabei Kanzler Johann Martin Hegner vor, weiter waren der Abt, der Statthalter und der Küchenmeister an der Zeremonie zugegen.<sup>453</sup>

Laut einer Bestallung für die Kanzleischreiber<sup>454</sup> gestaltete sich der Tagesablauf dieser Gehilfen in engen Bahnen und war stark reglementiert. Die Klostersgemeinschaft verlangte von ihren Substituten einen beinahe monastischen Lebenswandel. Morgens um halb sechs Uhr war Tagwache. Nach dem Morgengebet begann der Tag um sechs Uhr mit der Frühmesse. Anschliessend sollten sich die Kanzlisten in die Kanzlei begeben, um sich dort bei ihrem Vorgesetzten nach den Aufgaben für den Tag zu erkundigen. An normalen Tagen wurde um sieben Uhr in der Hofstube eine Morgensuppe als Frühstück serviert. Die Kanzlisten waren gehalten, die Mahlzeit zügig hinter sich zu bringen, damit sie danach ungesäumt die Arbeit in der Kanzlei aufnehmen konnten. Während der Fastenzeiten verzichtete die Klostersgemeinschaft einschliesslich aller Bediensteter entsprechend der benediktinischen Regel jedoch ganz auf diese erste Mahlzeit des Tages. Bis kurz vor Mittag verrichteten die Kanzlisten ihren Dienst auf der Kanzlei. Dann mussten sie bei der Vorbereitung für das Mittagessen auf der Hofstube mithelfen. Sie deckten die Tische und bedienten die Paters und die Oberen des Klosters an den Tischen mit Speis und Trank. Nachdem sie ihr eigenes Mittagsmahl beendet hatten, räumten sie die Tische ab, spülten das Geschirr und schlossen das Silber im Geschirrschrank wieder ein.

In der freien Zeit, vor dem Beginn der nachmittäglichen Arbeit, war es den Kanzlisten erlaubt, auf dem Brüel<sup>455</sup> oder anderswo in der Umgebung des Klosters einen kurzen Spaziergang zu machen. Bereits um 13 Uhr mussten sie die Schreibarbeiten jedoch wieder aufnehmen und, unterbrochen um 15 Uhr vom Salvegebet, bis zum Nachtessen weiterführen. Nach dem Nachtessen hatten die Kanzlisten frei, mussten sich aber bis spätestens viertel vor acht wieder in der Kanzlei einfinden, um gemeinsam mit den Kollegen die «Litanei unserer lieben Frau für ein seliges Ende» zu sprechen. Gleich wie der Tag begonnen hatte, sollte er abends von jedem einzelnen mit einem stillen Gebet in der Zelle beschlossen werden. Weiter waren die Kanzlisten gehalten, am Ende jedes Tages eine heilige

---

<sup>453</sup> Diarium der Statthalterei, 1694-1725, StiAE, Sig. A. HB 78, S. 56.

<sup>454</sup> Kanzleiordnung für die Substituten, StiAE, Sig. A. NO 1.

<sup>455</sup> Als Brüel wird der Hügelzug unmittelbar nördlich der heutigen Klostermauern bezeichnet. Vgl. dazu: Oechslin, Werner und Buschow Oechslin, Anja: Die Kunstdenkmäler des Kantons Schwyz, Neue Ausgabe, Band III. II, Der Bezirk Einsiedeln II, Dorf und Viertel, Bern 2003, hier: Karte, S. 133.

Messe zu hören und mindestens einmal im Monat die Beichte abzulegen. Auch für die Kanzlisten galt die absolute Schweigepflicht bezüglich der Geschäfte der Kanzlei gegenüber Dritten innerhalb und ausserhalb der Klostermauern, gleich, wie sie von allen in diesem Bereich Tätigen erwartet wurde.

Ab 1747 leisteten die Kanzleischreiber die Alternative Prokura<sup>456</sup>. Offenbar waren sie seit dieser Zeit in irgendeiner Form an den Appellationsverhandlungen vor dem äbtischen Gericht beteiligt. Der Vorschlag zur Verwendung der Kanzleischreiber für diese Tätigkeit kam vom Dekan, nachdem ein vierter Schreiber auf der Kanzlei angestellt worden war. Denn mit dem Sekretär und vier Schreibern war die Kanzlei personell endgültig überdotiert, was die Erschliessung neuer Tätigkeitsfelder für diese Bediensteten notwendig machte.<sup>457</sup> Anlässlich der Vereidigung der beiden neu in den Dienst tretenden Kanzleischreiber, einem gewissen Reding aus Shwyz und einem Gruber aus Lachen am 20. Februar 1746, teilte ihnen Statthalter P. Michael Schlageter mit, sie hätten gemäss der Weisung des Abtes, in Zukunft Alternative Prokura beim Appelationsgericht zu leisten. Bereits am 26. Februar kamen die beiden Neuen zu ihrem ersten Einsatz in dieser Funktion. Schlageter notierte das Datum als historisches Ereignis in sein Diarium und es scheint, dass der Schritt von der Klostersgemeinschaft allgemein als bemerkenswert wahrgenommen wurde. Der Abt war jedoch nicht bereit, die Kanzleischreiber zur Würdigung des Ereignisses zum Essen an seinen Tisch zu bitten. Dies mit der Begründung, es sei besser, sie am Schreibertisch speisen zu lassen, damit keine neue Sitte in Übung komme.<sup>458</sup>

Neben ihrer eigentlichen Tätigkeit im Dienst der Kanzlei, nahmen die Substituten zusammen mit dem Kanzler in verschiedener Weise am Hofzeremoniell teil. So begleiteten sie den Abt zur Messe beim Einzug in die Kirche und nach der Messe wieder beim Auszug aus der Kirche. Denselben Dienst leisteten sie dem Abt anlässlich der Mahlzeiten, indem sie ihn zum Essen in die Hofstube und anschliessend wieder zurück in seine Gemächer begleiteten. Zudem trugen die Kanzlisten den Wein aus, wenn der Abt beispielsweise jemanden im Dorf oder einen Gast des Klosters mit einem solchen Geschenk bedachte.

---

<sup>456</sup> Wahrscheinlich führten die Kanzlisten als Stellvertreter des Kanzlers die Appellationsverhandlungen des äbtischen Gerichts. In diesem Sinn ist auch die Bemerkung zu verstehen, die Kanzleischreiber sollten trotz ihrer neuen Aufgabe nicht zum Essen an den Herrentisch gebeten werden. Offensichtlich handelte es sich um eine Tätigkeit, die normalerweise den hochgestellten Vertretern des Klosters vorbehalten war. Vgl. dazu das Stichwort Prokurator, in: Deutsches Rechtswörterbuch, Bd. X, Sp. 1355-1356.

<sup>457</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 19/2 (Jahr 1746), Kopie, S. 32f.

<sup>458</sup> Ebd., Kopie, S. 35.

Wie erwähnt, handelte es sich bei den Kanzlisten meistens um Männer in jugendlichem Alter, die sich, als weltliche Bedienstete des Klosters, nicht in jedem Fall an die bezüglich Sitte und Anstand strengen Grundsätze der monastischen Lebensweise halten wollten oder konnten. Diesem Umstand trägt die hier referierte Bestallung mehrfach Rechnung, indem sie explizite Gebote und Verbote enthält. So ist bereits in den Bestimmungen zum Morgenessen die Bemerkung enthalten, die Kanzlisten sollten sich nicht zu lange in der Hofstube beim Essen verweilen. Wahrscheinlich war der Drang zur Kanzleiarbeit nicht immer und nicht bei allen gleich gross, so dass das Frühstück zuweilen zu lange in den Morgen hinein ausgedehnt wurde. Ebenfalls verboten war es, zwischen Frühstück und Mittagessen in die Hofstube oder in die Küche zurückzukehren, um den Koch um eine Zwischenverpflegung zu bitten. Zwar waren Spaziergänge nach dem Mittagessen und nach dem Abendessen ausdrücklich erlaubt, die Männer durften sich dabei aber nicht zu weit vom Kloster entfernen. Namentlich verbotene Reviere waren das Waschhaus auf dem Klosterareal sowie das Dorf Einsiedeln im Allgemeinen. Zu meiden waren dort insbesondere die Kramgasse, die Wirtshäuser sowie alle übrigen Plätze und Gesellschaften, die dem Ruf einer Person schaden konnten, wie es in der Bestallung verklausuliert heisst. Ebenfalls ausdrücklich nicht erlaubt war die Konversation und der Umgang mit Frauen. Unvermeidbare Besuche im Dorf mussten vorgängig vom Statthalter des Klosters bewilligt werden.

Wenn die Kanzlisten mit einem Weingeschenk ausgesandt wurden, hatten sie nach der Ablieferung des Weines unverzüglich wieder ins Kloster zurückkehren und durften sich vom Beschenkten keinesfalls zu einem Trunk einladen lassen. Überhaupt sollte der Konsum von Alkohol in Grenzen gehalten werden. Ebenfalls zu unterlassen waren jegliche Klagen über Art und Menge der zur Verfügung gestellten Mahlzeiten: « [...] nit wenig sollen sich canzley verwandte und substituten der nüechterkeit befeissen heimliche und überflüssige trünkh vermeiden und sich mit spyss und trankh so jhnen über disch gereicht wirdt ohne muren begnüögen.»<sup>459</sup> Als Strafe bei Zuwiderhandlung gegen diese Weisungen und Gebote, war als erste Massnahme die Streichung der täglichen Ration Wein vorgesehen. Wahrscheinlich gingen die Verantwortlichen im Kloster davon aus, dass damit die als lebenslustig geltenden jungen Männer am härtesten getroffen werden konnten. Darüber hinaus verhängte der Statthalter weitere Strafen nach seinem Ermessen.

---

<sup>459</sup> Zit. nach: Kanzleiordnung für die Substituten, StIAE, Sig. A. NO 1.



Die Bedenken bezüglich des Betragens der Kanzleischreiber waren selbstverständlich keineswegs aus der Luft gegriffen. So berichtet der zu dieser Zeit als Dekan amtierende P. Michael Schlageter vom Hofapotheker Ignaz Fuchs. In dessen Haus sei anlässlich der Fasnacht des Jahres 1746 viel zu lange in die Nacht hinein, ja die ganze Nacht hindurch, getanzt worden. Unter den Gästen des Apothekers befanden sich unter anderen der Kanzleisekretär Stadlin, die Kanzleischreiber Gruber und Schmid sowie der Hofbarbier Leonz Bodenmüller. Da der Abt die Niedergerichtsbarkeit über alle Angestellten des Klosters ausübte,<sup>460</sup> mussten die Fehlbaren vor Abt Niklaus Imfeld erscheinen um sich für die begangenen Verfehlungen zu verantworten. Der Apotheker hatte als Gastgeber und somit Hauptverantwortlicher für die übertriebene Lustbarkeit zwei Kronen an Busse zu bezahlen. Zusätzlich musste er zusammen mit den übrigen involvierten Bediensteten des Klosters eine Wallfahrt ins nahe gelegene Euthal zu der Schmerzhafte Mutter unternehmen, um damit auch im religiösen Sinn Busse zu leisten.<sup>461</sup>

Erneuten Anlass zur Klage gab der Lebenswandel der Kanzleischreiber im Herbst 1763. Die jungen Herren hatten nämlich das Kloster verschiedentlich nachts verlassen, waren zusammen mit dem Kammerdiener des Abtes nächtelang in den Wirtshäusern im Dorf gesessen und hatten daneben ihre Arbeit auf der Kanzlei ganz unordentlich und unzuverlässig verrichtet. P. Michael Schlageter warf darum die Frage auf, ob es nicht zweckmässiger wäre, die Zahl der Kanzleischreiber auf zwei zu reduzieren. Offensichtlich war er der Meinung, der Hang der Männer zur Ausschweifung werde in erster Linie durch Unterforderung und Unterbeschäftigung im Kanzleidienst ausgelöst.

Im November 1763 erliess der Abt deshalb eine neue Ordnung für die Kanzleischreiber. Neben den oben bereits genannten Bestimmungen, enthält die neue Fassung punktuelle Ergänzungen. So steht nun explizit festgehalten, die Substituten hätten sich im Sommerhalbjahr um neun Uhr und im Winterhalbjahr bereits um acht Uhr in ihre Zellen zum Schlafen zu begeben. Zudem sollten die Schreiber sich fortwährend in der Übung einer korrekten Orthografie befleissen, das Schriftgut der Kanzlei jederzeit in guter Ordnung halten und vor allem den Schlüssel zur Kanzlei an niemanden weitergeben. Ausdrücklich waren die Schreiber nun der Aufsicht des Statthalters unterstellt, der seinerseits genau auf die Einhaltung der

---

<sup>460</sup> Vgl. dazu: Vertrag zwischen dem Kloster Einsiedeln und dem Land Schwyz vom 21. Juni 1645, Art. 5, StAE, Sig. A. NK 34.

<sup>461</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 19/1 (Jahr 1746), Kopie, S. 73 und 136.

Regeln achten und Fehlbare nach einer ersten Verwarnung unverzüglich aus dem Dienst entlassen sollte.<sup>462</sup>

Unruhe grösseren Ausmasses entstand auf der Klosterkanzlei im Jahr 1748 im Zusammenhang mit dem oft für eigene Geschäfte abwesenden Kanzler Karl Dominik Jütz. Die fehlende Führung auf der Kanzlei machte sich u. a. durch eine ausserordentlich grosse Fluktuation der Kanzleischreiber bemerkbar. So berichtete P. Michael Schlageter am 20. Juni 1748, es sei erneut ein Kanzleischreiber im Kloster angekommen und in Stellung genommen worden, obwohl bereits drei Schreiber auf der Kanzlei beschäftigt seien. Jedoch sei die Kanzlei trotz des hohen Personalbestandes schlecht bestellt, was sich negativ auf das Kloster auswirke. Insbesondere habe die Kanzlei zur Zeit weit herum einen schlechten Ruf.<sup>463</sup> Bereits am 24. September desselben Jahres trafen mit einem gewissen Herrn Grob aus dem Toggenburg und einem Herrn Ulrich aus Steinen wiederum zwei Kanzlisten im Kloster ein. Offensichtlich hatten zuvor zwei Schreiber den Kanzleidienst verlassen.<sup>464</sup>

Einen kleinen Einblick in die aus heutiger Perspektive als sonderbar zu bezeichnenden Zustände im Umfeld der damaligen Kanzleischreiber, gewährt uns P. Michael Schlageter mit einer Bemerkung vom 30. September 1748. Dort berichtet er, die Kanzleischreiber hätten ihren zweiten bediensteten Burschen auf Anweisung des Abtes wieder entlassen müssen, da dieser den Aufwand für dessen Verpflegung als nicht mehr tragbar erachtet habe. Offenbar hatten die Kanzleischreiber einen Burschen als so genannten Tischtrager angestellt, der an ihrer Stelle für die Bedienung der Paters und der Kanzleischreiber bei den Mahlzeiten zuständig war. Da sich der Bursche für die Arbeit nicht eignete, stellten die Kanzleischreiber kurzerhand einen zweiten Burschen an, der die Aufgaben des unfähigen Tischtragers erledigte. Wie selbstverständlich nahmen die Schreiber die Mahlzeiten zusammen mit ihren Bediensteten auf Kosten des Klosters am Schreibertisch in der Hofstube ein, was dem Abt verständlicherweise zu weit ging und zur Entlassung des zweiten Stellvertreters der Kanzleischreiber führte.<sup>465</sup>

Die Herkunft der Kanzleischreiber wurde im Kloster ebenfalls oft diskutiert. Die Klostersgemeinschaft war sich ihrer Abhängigkeit von Schwyz wohl bewusst. Darum

---

<sup>462</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 35 (Jahr 1763), Kopie, S. 75 und 98f.

<sup>463</sup> Ebd., Sig. A. HB 20 (Jahr 1748), Kopie, S. 117.

<sup>464</sup> Ebd., S. 156.

<sup>465</sup> Ebd., S. 158.

blieb es, wie bereits mehrfach zum Ausdruck kam, während des gesamten untersuchten Zeitraums ein wesentliches Bestreben der Klosteroberen, sich von personellen Verflechtungen mit Schwyz so gut wie möglich fernzuhalten, um sich damit wenigstens eine gewisse Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit zu erhalten. Wie ebenfalls bereits mehrfach deutlich wurde, gelang die Durchsetzung dieses Anspruchs im Laufe der Zeit immer schlechter. Sogar bezüglich der Kanzleischreiber lässt sich diese Tendenz beobachten. Beispielsweise wurde im April 1750 bekannt, Ratsherr Hedlinger von Schwyz versuche mit allen Mitteln seinen Sohn als Schreiber auf der Klosterkanzlei unterzubringen. Hedlinger erwartete, dass der junge Mann – als Sohn aus dem Haus eines Schwyzer Magistraten – standesgemäss am Tisch des Abtes speisen dürfe. P. Michael Schlageter überlieferte in seinem Diarium einen Brief, den der damals amtierende Kanzleisekretär Jost Anton Reding von seiner Mutter in dieser Sache erhalten hatte. Darin legte die Frau dar, wie sie, als Angehörige des Schwyzer Establishments, den Fall beurteilte. Unter anderem gab sie zu bedenken, falls der Abt dem Ansinnen Hedlingers statt geben sollte, werde es soweit kommen, dass alle Schwyzer Kanzlisten, egal ob sie Abkömmlinge von Magistraten oder Bauern seien, auf dieselbe Weise behandelt werden wollten und einen Platz am Tisch des Abtes begehrten. Polemisch fügte die Reding hinzu, im Fall der Familie Hedlinger bestehe obendrein die begründete Annahme, der Junge werde auch an einem weniger ehrenvollen Platz am Tisch der Kanzleischreiber um einiges besser gehalten sein, als dies momentan in seinem Elternhaus der Fall sei.<sup>466</sup> Am 28. Februar 1751 leistete der junge Josef Hedlinger in der Statthalterei seinen Amtseid als neuer Kanzleischreiber.<sup>467</sup> An welchem Tisch er seine Mahlzeiten fortan einnehmen durfte, muss im Dunkeln bleiben.

In den folgenden Jahren wurden wiederholt Kanzleischreiber aus Schwyz oder aus der March angenommen. Am 1. Juli 1750 legte ein Kanzleischreiber namens Rodlin im Kloster den Amtseid ab,<sup>468</sup> am 17. August 1752 wurde ein gewisser Herr Abegg aus Schwyz in dieser Funktion in Stellung genommen<sup>469</sup> und im Juli 1762 traten gleich zwei Männer aus den eigentlich gemiedenen Gebieten, ein Jenziner aus Lachen und ein Abegg aus Schwyz, in den Dienst des Klosters.<sup>470</sup> 1772 wurde im Kloster die Diskussion lanciert, ob die Stellen der Kanzleischreiber ganz abgeschafft

---

<sup>466</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 36f.

<sup>467</sup> Ebd., Sig. A. HB 23 (Jahr 1751), Kopie, S. 23.

<sup>468</sup> Ebd., Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 64.

<sup>469</sup> Ebd., Sig. A. HB 24 (Jahr 1752), Kopie, S. 138.

<sup>470</sup> Ebd., Sig. A. HB 34 (Jahr 1762), Kopie, S. 70.

werden sollten. Anlass dazu bildeten verschiedene Klagen der Waldeute über die mit Schreiberstellen verbundene unerwünschte Zuwanderung von Schwyzern in die Waldstatt. Innerhalb kurzer Zeit hatten sich nämlich drei Schwyzer Kanzleischreiber mit Frauen aus der Waldstatt verheiratet und sich dadurch Partizipationsrechte unter anderem an der Allmend erworben. Diese Entwicklung wurde in Einsiedeln nicht gerne gesehen. Aus Sicht des Klosters war der Umstand wichtiger, dass durch die Verbindung zwischen der Waldstatt und Schwyz vielfältige Händel zu erwarten waren, da die Kanzlisten verschiedentlich unanständige Sitten gezeigt hatten, indem sie sich beispielsweise anlässlich von Weinschenkungen unangebracht gebärdet und riskante Reden geführt hatten. Zudem hätten sie verschiedene Male im Kontakt mit hochgestellten Schwyzern die Stimme sogar gegen die Rechte des Klosters erhoben. Die Kanzleischreiber seien sich heute nicht mehr bewusst, so Schlageter, dass sie mit ihrer Anstellung im Kloster eine grosse Chance für ihre weitere Karriere erhielten. Sie seien untereinander zerstritten und machten mit ihrer Amts- und Lebensführung dem Kloster keinerlei Ehre. Die Aufgaben der Kanzleischreiber sollte der Lehenvogt übernehmen. Für die Darreichung von Weingeschenken und die Bedienung der Herren während dem Essen schlug P. Michael Schlageter den Hofchirurg, den Apotheker oder den Kanzleisekretär vor.<sup>471</sup>

Ob die Kanzleischreiber im Jahr 1772 tatsächlich endgültig entlassen und die Stellen abgeschafft wurden, lässt sich nicht eruieren. Faktum ist, dass in den verbleibenden Jahren bis zu den revolutionären Umwälzungen und der damit verbundenen weitgehenden Aufhebung der Grundherrschaft von diesen Bediensteten im Kloster nicht mehr die Rede ist.

## **6.2 Die Schriftgutproduktion**

Das Kerngeschäft der Kanzlei bildete die Ausarbeitung und Herstellung von Schriftgut für Herrschaft, Wirtschaft und Verwaltung des Klosters. In diesem Kapitel finden die verschiedenen Typen von Schriftgut nähere Betrachtung, wie sie sich im grossen Formularbuch der Kanzlei präsentieren. Als Arbeitsinstrumente spielten Formularbücher in der Einsiedler Kanzlei mindestens zeitweise eine bedeutende Rolle. Zur Einführung seien deshalb einige allgemeine Bemerkungen zur Entstehung und zum Gebrauch von Formularbüchern in den abendländischen Kanzleien erlaubt.

---

<sup>471</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 60 (Jahre 1772-1773), Kopie, S. 2f.

Als Formulare werden im Allgemeinen all jene Aufzeichnungen einer Kanzlei verstanden, die, ohne selbst einen expliziten rechtlichen Wert zu besitzen, als Muster oder als Vorlage für die Abfassung von Urkunden oder anderem Verwaltungsschriftgut bestimmt sind.<sup>472</sup> Sammlungen dieser Art sind im Gebiet der heutigen Schweiz zum ersten Mal aus dem 9. Jahrhundert überliefert, und zwar im Kloster St. Gallen und im Kloster Reichenau.<sup>473</sup> Dabei handelt es sich jedoch lediglich um unsystematische, mehr oder weniger zufällig zusammengestellte Sammlungen von Briefmustern und Vorlagen zu einzelnen Königsurkunden. Von einer systematischen Anlage von Formularsammlungen kann sowohl im kirchlichen wie im weltlichen Bereich erst seit der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert gesprochen werden. Aus der päpstlichen Kanzlei ist als frühes Beispiel die als *summa dictaminis* bezeichnet Sammlung Thomas von Capuas zu nennen, oder die spätere des Marinus von Eboli, welche als umfangreichste Sammlung des Mittelalters gilt. Marinus von Eboli amtierte zwischen 1244 und 1251 als Vizekanzler auf der päpstlichen Kanzlei. Er war eine massgebende politische Persönlichkeit der Zeit, die das Vertrauen des Papstes genoss. In seinem Werk präsentierte er neben den rund 2700 Formularen, eingehende theoretische Darlegungen über die formale Gestaltung von Papsturkunden sowie über rechtliche Fragen, welche den Kanzleibereich betrafen. Benutzungsspuren an den Bänden der überlieferten Handschrift lassen darauf schliessen, dass die Formulare in der päpstlichen Kanzlei rege benutzt wurden, bevor sie ausser Gebrauch kamen und den Weg ins Archiv oder in die Bibliothek fanden. Die Praxis der geregelten Kanzleitätigkeit, wie sie seit Innocenz III. funktioniert, schlug sich dann im *liber cancellariae* nieder.<sup>474</sup> Auch am Hof Kaiser Friedrich II. entstanden zur gleichen Zeit Formularsammlungen. Als bekannteste sei hier etwa die unter dem Autorennamen Petrus von Vinea geführte Sammlung erwähnt.<sup>475</sup>

### 6.2.1 Die Formular- oder Konzeptbücher der Einsiedler Kanzlei

Die Einsiedler Kanzlei produzierte im 17. Jahrhundert eine Vielzahl verschiedener Typen von Schriftgut. Um eine gewisse formale Einheitlichkeit innerhalb der einzelnen Schriftgutkategorien gewährleisten zu können, legte der

---

<sup>472</sup> Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre, Bd. 2, S. 226.

<sup>473</sup> Ebd., S. 238.

<sup>474</sup> Schillmann, Fritz: Die Formularsammlung des Marinus von Eboli, Rom/Leipzig 1929, hier: S. 2-47.

<sup>475</sup> Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre, Bd. 2, S. 271f.

Kanzler oder sein Personal zu Beginn dieses Jahrhunderts das erste eigentliche Formularbuch an, in das Konzepte oder Abschriften von exemplarischen Schriftstücken als Vorlagen eingetragen wurden.<sup>476</sup> Der erste, in den Archivfindmitteln unter der Bezeichnung Konzeptbuch geführte Band, stammt aus den Jahren 1561-1576.<sup>477</sup> Er enthält ausschliesslich Konzepte für Grundpfandtitel oder dann Abschriften solcher meist als Gültbriefe bezeichneter Urkunden. Die einzelnen Stücke wurden in späterer Zeit, möglicherweise erst im Rahmen der Reorganisation des Archivs im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts in chronologischer Reihenfolge zusammengebunden.

Der zweite Band, das erste Formularbuch, welches von den Zeitgenossen für diesen Zweck angefertigt wurde, stammt in seinen Anfängen höchstwahrscheinlich aus den 1620er-Jahren, jedenfalls erscheint die Jahreszahl 1620 in der Eintragung zu einer Dienstenrechnung im einleitenden Kanzleikalender und viele Datierungen der Beispieltex-te liegen in diesem zeitlichen Bereich.<sup>478</sup> Der umfangreiche Band in Folio-Format zählt über 600 Papierseiten, die in einen nachträglich montierten Kartoneinband eingebunden sind. Die Seiten sind nicht lückenlos fortlaufend nummeriert, so dass zwischen den gezählten Seiten mehrere Male ungezählte, unbeschriebene Blätter vorkommen. Mit derselben Signatur A. YL 2 findet sich im Archiv ein schmaler Band von rund 90 Seiten Umfang, mit der Bezeichnung «Konzepte unter Abt Placidus» (gemeint ist Abt Placidus Reimann). Auch dieser Band enthält eigentliche Formulare. Das jüngste stammt aus dem Jahr 1724. Es ist nicht ersichtlich, in welcher Beziehung die beiden Bücher zueinander stehen und welche Überlegungen den damaligen Archivaren veranlassten, beide Bände mit derselben Signatur zu versehen.

Daneben werden im Stiftsarchiv 19 weitere Bände mit der Bezeichnung Konzeptbuch geführt. Zwölf davon decken die Zeit zwischen 1660 und 1764 in chronologischer Folge mehr oder weniger lückenlos ab. Im Gegensatz zu den älteren Büchern enthalten diese Bände neben Abschriften von ausgegebenem Schriftgut auch solche von Eingangsschriftgut. Da es sich beim eingetragenen Schriftgut jedoch beinahe ausschliesslich um Korrespondenz mit verschiedenen Adressaten

---

<sup>476</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2; Im Einsiedler Stiftsarchiv werden die Bände mit der Signatur A. YL konsequent unter der Bezeichnung «Konzeptbuch» geführt. Damit keine Begriffsverwirrungen entstehen, werden diese Bücher in der vorliegenden Arbeit ebenfalls konsequent mit dieser Bezeichnung zitiert, ohne Rücksicht darauf, ob es sich beim zitierten Band um das Formularbuch oder um die eher als Register oder *Copie de Lettres* anzusprechenden Bände handelt.

<sup>477</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 1.

<sup>478</sup> Ebd., Sig. A. YL 2.

handelt, dürfte hier streng genommen nicht von Formularbüchern gesprochen werden. Viel eher handelt es sich um Korrespondenzverzeichnisse, sog. Copie de Lettres.<sup>479</sup> Die restlichen vier Bände scheinen Dokumenten-Zusammenstellungen aus verschiedenen Jahren zu sein, welche ebenfalls erst im Rahmen der Neuorganisation des Archivs im 18. und 19. Jahrhundert aus formalen Gründen zusammengefasst wurden.<sup>480</sup> So besteht der Band mit der Signatur A. YL 15 aus ca. 100 Blättern, die in der Zeit vom 16. bis ins 18. Jahrhundert entstanden sein dürften und deren Zusammenbindung keiner nachvollziehbaren Logik folgt.

Obwohl also in der Kanzlei des Klosters Einsiedeln bis auf eine Ausnahme keine im eigentlichen Sinn als Formularsammlungen zu bezeichnende Bücher vorhanden sind, verdienen die oben beschriebenen Bände aus verschiedenen Gründen dennoch eine genauere Betrachtung: Einerseits lässt sich die Vielfalt der Schriftgutproduktion der Kanzlei sowie die formale Gestaltung der einzelnen Schriftstücke und damit die konkrete Schreibarbeit der Kanzler und ihrer Mitarbeiter anhand der Eintragungen anschaulich studieren. Andererseits gewährt der aus den 1620er-Jahren stammende Kanzleikalendar am Anfang des grossen Formularbuches einen Einblick in die vom Kanzler geschuldeten Leistungen ausserhalb der Schreibstube, welche er als Mitglied des weltlichen Hofstaates des Fürstabtes zu versehen hatte. Denn im Gegensatz zu den in der Literatur beschriebenen Formularbüchern, hält dieser Band, neben den eigentlichen Urkunden- und Briefvorlagen, auch checklistenartige Abläufe von Zeremonien und Festanlässen fest. Es handelt sich dabei nicht um Vorlagen für die Schriftgutproduktion im eigentlichen Sinn, sondern um schematisierte Aufzeichnung von Abläufen kirchlicher oder weltlicher Anlässe. Die späteren Konzeptbücher mit den Briefabschriften geben zwar keinen Aufschluss über die Entwicklung der Kanzleitechnik, bieten aber reichhaltiges Material zur Geschichte des Klosters und zur Geschichte seiner damaligen Partner, Freunde und Gegner.

## 6.2.2 Der Kalender der Kanzlei

Die ersten Seiten des Formularbuches enthalten den Kalender<sup>481</sup> der fürstlichen Kanzlei. P. Odilo Ringholz transkribierte diesen im Jahr 1908 und versah

---

<sup>479</sup> Konzeptbücher, StiAE, Sig. A. YL 3- A. YL 14.

<sup>480</sup> Ebd., Sig. A. YL 15- A. YL 19.

<sup>481</sup> Der Kalender trägt den Titel: «Callender und memorial. Was das gantz jar jn der cantzly zeschaffen», in: Ebd., Sig. A. YL 2.

die Transkription mit kenntnisreichen Erläuterungen, die viel zum Verständnis der einzelnen Kalendereintragungen beitragen.<sup>482</sup>

Die erste Fassung des Kalenders ist durchgehend von einer Hand geschrieben. Zwischen den einzelnen Eintragungen hat der Schreiber für die noch nicht belegten Tage reichlich Raum frei gelassen, was spätere Nachträge einfach möglich machte. Tatsächlich brachte in späterer Zeit eine zweite Hand verschiedene Ergänzungen und Präzisierungen an. Obwohl Formularbücher in herrschaftlichen Kanzleien des Mittelalters und der frühen Neuzeit weit verbreitet waren, stellt sich für Einsiedeln die Frage, warum gerade in den genannten Jahren mit der Anlage einer solchen Sammlung begonnen wurde, nachdem das Kloster bereits seit mehreren Jahrhunderten als Herrschaftsträger in der Region agierte. Als Einflussnehmer bieten sich verschiedene Faktoren an. So kann im 17. Jahrhundert generell im gesamten abendländischen Bereich ein Bestreben zur Normierung der Herrschafts- und Verwaltungstätigkeit festgestellt werden. Für das Kloster Einsiedeln im Speziellen fällt dabei die damalige Gründung der Schweizerischen Benediktinerkongregation ins Gewicht. Abt Augustin I. Hofmann von Baden (1600-1629) war Mitbegründer dieser 1602 etablierten Vereinigung, einem Zusammenschluss der meisten Schweizer Benediktinerklöster. Zweck des Zusammenschlusses war die Reform des Ordenslebens, in erster Linie die Hebung der Ordenszucht.<sup>483</sup> Gut vorstellbar, dass der Abt im Zuge dieser allgemeinen Reformbestrebungen zu einer Normierung der Schriftgutproduktion in der klösterlichen Kanzlei drängte. Als weiterer Beweggrund kommt der in dieser Zeit mehr oder weniger stetig als Bedrohung wahrgenommene Dreissigjährige Krieg (1618-1648) in Frage. Aufgrund der kriegerischen Ereignisse im Norden der damaligen Eidgenossenschaft herrschte oft eine akute Bedrohungslage und es fand rege Korrespondenz zwischen den davon betroffenen Herrschaften statt.

Zu den einflussreichen Herrschaftsträgern der Zeit ist neben den eidgenössischen Ständen auch das Klosters Einsiedeln zu zählen. Es gab deshalb im Kloster viel zu Schreiben in jener Zeit. Dabei war es natürlich von Bedeutung, dass die offiziellen Schriftstücke formal richtig abgefasst waren, damit keine Konflikte um die Interpretationen beispielsweise von Rechtstexten entstanden. Die späteren langwierigen Auseinandersetzungen zwischen Abt Placidus Reimann und den Schwyzern um Steuerfragen führen eindrücklich vor Augen, wie schwerwiegend sich ein solcher Konflikt auswachsen konnte. Weiter kommt dazu, dass es gerade um

---

<sup>482</sup> Ringholz, Odilo: Der Kalender der ehemaligen fürstbischöflichen Kanzlei in Einsiedeln, S. 143-154.

<sup>483</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 116f.



1620 zu einem personellen Wechsel auf der Kanzlei kam. Kanzler Wolfgang Reimann aus Einsiedeln, der als Nachfolger seines Vaters das Amt im Jahr 1609 übernommen hatte, erscheint 1619 zum letzten Mal als Mitglied des Appellationsgerichtes. Bereits im Februar 1620 zeichnete dann Johann Oswald KÜechli (1620-1635) in dieser Funktion. Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, dass der neu eintretende Kanzler KÜechli den entscheidenden Anstoss zu einer Normierung der Schriftgutproduktion auf der Klosterkanzlei gab und, getragen vom Reformgeist des amtierenden Abtes, das erste Formularbuch inklusive Kalender anlegte oder anlegen liess.<sup>484</sup>

Nun zum Inhalt des Kalenders: Dem Lauf des Kirchenjahres entsprechend, war die klösterliche Wirtschaft zirkulär organisiert. Das Jahr wurde von den Jahreszeiten und durch die verschiedenen kirchlichen Feste fein strukturiert. Dementsprechend kannte die Herrschafts- und Wirtschaftsführung Fixpunkte, an denen beispielsweise gesät, abgerechnet, Zinse bezahlt oder Gericht gehalten wurde. Als zentrale Stelle der klösterlichen Wirtschaft und Herrschaft verrichtete die Kanzlei ihre Tätigkeit zwangsläufig innerhalb dieses Systems. Der Festkalender der römisch katholischen Kirche fungierte dabei als wegweisender Taktgeber. In diesem Kalender werden die Tage des Jahres mit den Namen derjenigen Heiligen bezeichnet, deren Namenstag jeweils gefeiert wird. Gemäss dieser Typologie, wurde z.B. die Prozession «in unser lieben frouwen-cappell» zwar unter dem 21. Januar vermerkt, gleichzeitig benannte der Schreiber diesen Tag aber ganz selbstverständlich als «S. Meinrathstag», denn es waren die Feierlichkeiten zum Namenstag des Klosterpatrons, in deren Rahmen die Prozession abgehalten wurde.<sup>485</sup>

### 6.2.3 Schriftgutproduktion in Herrschaft und Verwaltung

Die meisten Einträge im Kalender betreffen Ereignisse, an denen das Personal der Kanzlei nicht schreibend in Erscheinung trat. Von insgesamt 48 Einzeleintragungen beziehen sich lediglich deren zwölf direkt auf die Verwaltung der Klosterwirtschaft. Die restlichen drei Viertel verweisen auf repräsentative Auftritte des Kanzlers im Rahmen von Wallfahrten und anderen kirchlichen Feiern. Dieses Ungleichgewicht darf jedoch nicht falsch interpretiert werden. Selbstverständlich war der Kanzler als gut bezahlter Fachmann in erster Linie für die Organisation und

---

<sup>484</sup> Verzeichnis der Stiftskanzler, StiAE, Sig. A. HO 1

<sup>485</sup> Kanzleikalender, in: Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2.

Abwicklung einer effizienten Verwaltung der Klosterherrschaft zuständig, sei es als Notar, als Korrespondent oder als Protokollführer. Diese Tätigkeiten musste jedoch permanent wahrgenommen werden, da sie zur Sicherung und Durchsetzung der Herrschaftsansprüche und als Einnahmequelle eine wichtige Rolle spielten, unabhängig vom Lauf des Kirchenjahres und von der Jahreszeit. Eintragungen zu diesen Tätigkeiten waren im Kanzleikalender deshalb gar nicht notwendig.

### **Rechnungstermine**

Als Fixpunkte der Verwaltungstätigkeit nehmen die Rechnungstermine im Kalender einen wesentlichen Platz ein, waren sie doch für das wirtschaftliche Gedeihen des Klosters von grosser Bedeutung. Nur auf diesem Weg konnten die oft mühsam verteidigten Herrschaftsrechte über Land und Leute in bare Münze umgewandelt werden. Die Führung der Rechnungsbücher stellte darum eines der Kerngeschäfte der Kanzlei dar. Hier liefen die Einnahmen des Klosters in Form von Abgaben, Zinsen, Zehnten und Stiftungen ein und hier wurden die Löhne abgebucht, die für die zahlreichen Angestellten auszubezahlen waren, abgebucht. Überdies beaufsichtigte der Kanzler die Jahresrechnung der Statthalterei, welche für die finanziellen Belange der klösterlichen Hauswirtschaft verantwortlich war. Dies ist vor allem deswegen bemerkenswert, weil in diesem Fall für einmal ein weltlicher Angestellter den Statthalter, der ein hochgestelltes Mitglied des Konvents war, bei der Rechnungslegung kontrollierte. Normalerweise wurde die Hierarchie im Kloster genau umgekehrt gelebt. Es erstaunt deshalb nicht, dass Statthalter P. Michael Schlageter diese unglückliche Umkehrung der Hierarchien im Diarium unter dem 20. Dezember 1749, anlässlich der in dieser Woche gehaltenen Statthaltereirechnung, beklagte. Der Kanzler hatte nämlich, da er sich zur Kontrolle der Rechnung auf der Statthalterei aufhielt, Bauern dorthin bestellt, damit sie ihre Schulden beglichen. Schlageter bemerkte, es werfe ein schlechtes Licht auf die Statthalterei und damit auf den Konvent, wenn Bauern vor dem Statthalter zu erscheinen hätten, während dieser vom Kanzler kontrolliert werde.<sup>486</sup>

---

<sup>486</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 21 (Jahr 1749), Kopie, S. 153.

## Bartholomäusrechnung

Einmal im Jahr im August, am Montag nach St. Bartholomäus<sup>487</sup>, fand in Einsiedeln die als Bartholomäusrechnung bezeichnete Jahresrechnung des Klosters statt. Die Einsiedler Amtleute aus Zürich, Menzingen, Männedorf, Gachnang, Eschenz, Reichenburg, der March, Sursee, Stäfa und Kaltbrunn<sup>488</sup> erstatteten an diesem Tag die Rechnung über den Gang der Wirtschaft in den von ihnen verwalteten Klosterämtern und lieferten die für das Kloster im Laufe des Jahres erwirtschafteten Erträge ab. Die Amtmänner trafen bereits am Sonntagabend vor dem Tag der Abrechnung in Einsiedeln ein, damit am Montag zügig mit den Geschäften begonnen werden konnte. Der Stiftskanzler erledigte im Auftrag des Abtes mit den Amtleuten die eigentlichen Abrechnungen. Der Fürstabt selber beaufsichtigte zusammen mit Vertretern des Schirmherren Schwyz das Geschehen und erteilte den Amtmännern nach gehörter Rechnung sein Einverständnis mit dem Gehörten und entlastete sie.

Für die Organisation des Anlasses war die Stiftskanzlei zuständig. Vor dem Rechnungstermin mussten die Einladungen an die Amtmänner und an die Schirmherren von Schwyz verfasst und die Rechnungsblätter für jedes einzelne Amt so weit vorbereitet werden, dass bei der eigentlichen Abrechnung lediglich noch die Zahlen eingetragen werden mussten. Interessanterweise enthielten die Abrechnungsblätter bloss eine Zusammenstellung des Bargeldes und der Feldfrüchte – also vornehmlich Kernen, Roggen, Hafer, Gersten und Bohnen – die der Amtmann dem Kloster laut Urbar hätte abliefern sollen, aber nicht liefern konnte, aus der Sicht des Klosters also schuldig blieb.<sup>489</sup> Die tatsächlich gelieferten Naturalien und das Bargeld verzeichneten die Schreiber der Kanzlei nur im Rechnungsbuch des Klosters. Zusätzlich zu den für jedes Amt separat angefertigten Abrechnungsblättern erstellte der Kanzler eine Zusammenstellung der insgesamt geschuldeten Güter. Die Abrechnungsblätter waren wohl als Gedankenstütze für die Amtmänner gedacht und wurden diesen ausgehändigt, die Zusammenstellung diente dagegen dem Kanzler zur Übersicht.

---

<sup>487</sup> Das Fest des heiligen Bartholomäus wird am 24. August gefeiert.

<sup>488</sup> Die Liste der zur Jahrrechnung aufzubietenden Amtmänner, wie auch die Angaben zum Verlauf der Bartholomäusrechnung stammt aus dem ersten Formularbuch der Kanzlei. Diese Notizen repräsentieren den Stand der Dinge, wie er sich in den 1620er-Jahren präsentierte. Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 67.

<sup>489</sup> Ebd., S. 68.

Nach der Jahrrechnung offerierte das Kloster ein Festmahl, das Bartholomäusmahl. Darauf bedankte sich der Kanzler bei den Anwesenden, namentlich bei der Delegation aus Schwyz und entschädigte die Schwyzer Ratsherren mit je zehn Schillingen und jeden Diener mit fünf Schillingen für ihre Anwesenheit.<sup>490</sup>

Zwei Anekdoten aus der Mitte des 18. Jahrhunderts erhellen das Zeremoniell der Bartholomäusrechnung in besonderer Weise: Am 31. August 1750 amtete Kanzler Karl Dominik Jütz anlässlich der Rechnung in einer Doppelfunktion, einerseits als Kanzler des Klosters und andererseits als Gesandter des Standes Schwyz, da er bekanntlich während 24 Jahren als Ratsherr in Schwyz tätig war. Zur Verdeutlichung dieses Seitenwechsels musste Jütz für das Bartholomäusmahl am Tisch der Vertreter von Schwyz, zusammen mit dem Landesstatthalter und dem Säckelmeister Platz nehmen und nicht, wie es für den Kanzler eigentlich vorgesehen war, am Tisch des Abtes.<sup>491</sup> Die Begebenheit verdeutlicht zum wiederholten Mal den grossen Stellenwert, der dem gemeinschaftlichen Essen im Rahmen des Zeremoniells beigemessen wurde. Es war von besonderer Wichtigkeit, dass jeder Teilnehmer an dem ihm zustehenden Tisch Platz nahm und damit die Zugehörigkeit zu seiner Gruppe manifestierte und seine Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie repräsentierte.

Die zweite Anekdote: Anlässlich der Bartholomäusrechnung im Spätsommer 1756 erschien der damals amtierende Schwyzer Landammann Ceberg in Begleitung seiner Ehefrau in Einsiedeln, was durchaus nicht üblich war. Das Ehepaar quartierte sich im Kloster ein und die Frau nahm an der eigentlichen Jahrrechnung wie am anschliessenden Mahl an der Seite ihres Ehemanns wie selbstverständlich teil. Laut P. Michael Schlageter war man nicht bloss im Kloster über das unangemessene Verhalten des Landammann-Ehepaares erstaunt, sondern es wurden sogar innerhalb der Schwyzer Delegation irritierte Stimmen laut. Wahrscheinlich ging dem Ehepaar im Laufe des Anlasses ebenfalls ein Licht auf. Jedenfalls betonte die Frau während des Bartholomäusmahls ausdrücklich, es sei ja von je her üblich gewesen, dass der Schwyzer Landammann zusammen mit seiner Frau an diesem Anlass erscheine. Wahrscheinlich spekulierte die Frau auf die benediktinische Zurückhaltung der anwesenden Patres und Fratres und wollte sich auf diese Weise aus der Affäre ziehen. Ihre Rechnung ging auf, denn ihre Aussagen blieben gänzlich

---

<sup>490</sup> Konzeptbuch, Sig. A. YL 2, S. 75.

<sup>491</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 22 (Jahr 1750), Kopie, S. 87.

unwidersprochen, was ihre Anwesenheit dann wenigstens einigermaßen legitimierte.<sup>492</sup>

### **Jahrrechnung in Einsiedeln und Pfäffikon**

Die Jahrrechnung mit den Waldleuten wurde in der Fronfastenwoche, also um Mitte Dezember, gehalten. Den genauen Termin verkündete der Weibel des Klosters im Dorf Einsiedeln und auf den umliegenden, von Gotteshaus- oder Waldleuten bewirtschafteten Höfen. Die Jahrrechnung in Pfäffikon fand jeweils in der ersten Adventswoche statt und wurde wie der Termin des Jahrgerichts mit einem Aushang in den Kirchen in Freienbach, Wollerau, Feusisberg und Richterswil angekündigt: «Uff künfftigen zinstag mitwuchen und donstag hat jr fürstliche gnaden die gewonliche jarrechnung zu Pfäffikon zu halten angesehen, desswägen sollen alle jenige so daselbst zurechnen haben by guoter zyth jm schloss erscheinen, wo aber einer oder ander usblibe, wirt man nüe und alte schulden zesammen rechnen und selbige unverzogenlich einziehen. Cantzly Einsidlen.»<sup>493</sup> Bei der Bemerkung am Schluss handelt es sich um eine recht harte Drohung, für den Fall, dass ein Aufgebotener nicht zur Rechnung erscheinen sollte. Denn so wie sich die Situation präsentiert, stand beinahe jeder zinspflichtige Bauer in der Schuld des Klosters. Jedenfalls war die schriftliche Aufzeichnung der Schulden der Bauern und Amtsmänner auf der Kanzlei Einsiedeln stark standardisiert, was auf häufige Übung dieses Verfahrens schliessen lässt. Hätte das Kloster die über Jahre aufgerechneten Schulden auf einmal einziehen wollen, hätte das für einen betroffenen Bauern wohl den finanziellen Ruin bedeutet. Die Zinspflichtigen taten also gut daran, zum festgelegten Termin auf Schloss Pfäffikon zu erscheinen.

In vergleichbarer Weise hielt der Kanzler jeweils im Januar in Pfäffikon die Vogtkinderrechnung. Das genaue Datum verkündeten die Pfarrer an den Sonn- und Feiertagen vor dem Termin in den Kirchen von Freienbach und Feusisberg. Die entsprechenden Verkündigungsschreiben wurden auf der Einsiedler Kanzlei verfasst und von da an die Pfarrherren versandt. Als Vorbereitung auf die Abrechnung, musste das Kanzleipersonal die Rechnungs- und Zinsbücher korrigieren und ins Reine schreiben, damit zum Rechnungstermin die aktuell gültigen Zahlen zur Verfügung standen. Zusätzlich stellte die Kanzlei eine Liste zur Verfügung, aus der die geltenden Preise für Feldfrüchte zu erfahren waren. An den Rechnungstagen

---

<sup>492</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StAE, Sig. A. HB 28 (Jahr 1756), Kopie, S. 39f.

<sup>493</sup> Zit. nach: Konzeptbuch, StAE, Sig. A. YL 2, S. 99.

wurde diese Liste öffentlich ausgehängt, damit jeder Zinser erfahren konnte, wie viel Geld seine in Form von Naturalien geleisteten Abgaben Wert waren. Die Rechnungen selbst schrieb der Kanzler in Pfäffikon und in Einsiedeln in das jeweilige Rechnungsbuch. Daneben führte die Kanzlei den sog. Restanzen- oder Einzugrodel, in den die Schuldner und die geschuldeten Beträge eingetragen wurden.<sup>494</sup>

### **Gestlingsberg-, Allmend-, Spital-, und Beinhausrechnung**

In der letzten Woche des Novembers oder in der ersten Woche des Dezembers wurde die Rechnungen für den Gästlingsberg<sup>495</sup>, die Allmend, den Spital und für das Beinhaus gehalten. Dazu hatten die als Vögte oder Pfleger bezeichneten verantwortlichen Verwalter im Kloster zu erscheinen. In Anwesenheit des Abtes, der Grundpfandinhaber oder Gläubiger und Vertretern der Wald- und Gotteshausleute, mussten die beiden Pfleger des Gästlingsbergs auf der Kanzlei ihre Einnahmen, Ausgaben und Schulden ausweisen. Den Gläubigern und Grundpfandinhabern wurden die Schuldzinse ausbezahlt und gleichzeitig die Verwalter für ihre Dienste entlohnt. Die schriftlichen Rechnungen führte die Kanzlei mindestens dreifach aus, damit jeder Partei – den Gläubigern, dem Kloster und den Waldleuten – ein Exemplar ausgehändigt werden konnte.<sup>496</sup>

### **Dienstenrechnungen und Abschiede**

Im Jahr 1620 waren im Kloster mehr als dreissig Bedienstete angestellt. Zwei Mal im Jahr, am Tag der heiligen Gertrud (17. März) und am St. Gallustag (16. Oktober) wurde mit diesen Angestellten Rechnung gehalten, sprich, deren Löhne ausbezahlt. Laut einem Eintrag im Formularbuch hatte die Abrechnung um sieben Uhr in der Früh «jn der nüwen stuben»<sup>497</sup> zu beginnen. Dazu verfasste die Kanzlei drei Zusammenstellungen: Als erstes eine Liste, welche die Namen der Bediensteten, deren Funktion und den Betrag des Halbjahreslohnes zuhanden des Abtes enthielt, als zweites eine Art Lohnzettel, der als Quittung für die Empfänger des Geldes diente. Schliesslich mussten die Beträge der einzelnen Zahlungen noch

---

<sup>494</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 100-102.

<sup>495</sup> Als Gästlingsberg wurde ein Bauernhof des Klosters bezeichnet, der von zwei aus dem Kreis der Waldleute rekrutierten so genannten Pflegern bewirtschaftet und verwaltet wurde. Die Pfleger wurden für die Dauer von drei Jahren ernannt und erhielten ihren Lohn vom Kloster, mussten dafür jedoch die produzierten Güter und das erwirtschaftete Bargeld ans Kloster abliefern. Einmal im Jahr rechneten sie mit dem Kloster über ihre Wirtschaftsführung ab. Vgl dazu: Ebd., S. 85-91.

<sup>496</sup> Ebd., S. 79-84.

<sup>497</sup> Zit. nach: Ebd., S. 107.

ordentlich in das Rechnungsbuch der Kanzlei eingetragen werden.<sup>498</sup> Im Einzelfall konnte die Abrechnung durchaus individuell, ausserhalb der beiden traditionellen Rechnungstermine gehalten werden. So wurde ein Hofschneider am 4. Juni des Jahres 1618 ausbezahlt. Für dessen Rechnung berücksichtigte der Kanzler die Periode eines Jahres, vom 12. April 1617 bis zum 12. April 1618. Vom Lohn abgezogen wurde, «[...] was er an gelt und wyhn empfangen, wie auch sechs wuchen lang dass er nit getienet [...]»<sup>499</sup>. Es bleibt unklar, warum gerade der 12. April als Stichtag für die Abrechnung gewählt wurde. Möglicherweise kam das Datum in grosszügiger Interpretation des eigentlichen Rechnungstermins vom 17. März zustande. Jedenfalls deutet eine Bemerkung am Schluss der Rechnung auf diese Lesart hin, denn dort heisst es, das neue Rechnungsjahr beginne am 12. April 1618. Der Hofschneider blieb folglich in Stellung.

Selbstverständlich musste mit den Bediensteten immer dann abgerechnet werden, wenn sie ihre Anstellung in Einsiedeln unzeitig verliessen. In diesen Fällen stellte die Kanzlei ein Arbeitszeugnis, den sog. «abscheyt» oder Abschied aus. Darin gab der zuständige Vorgesetzte Auskunft über die Art und die Dauer der Anstellung sowie über die Leistung und das Betragen des austretenden Mitarbeiters. Beispielsweise bestätigte im Abschied vom 21. November 1619 Statthalter P. Heinrich Russi dem Küchenjungen Bath Graf, dieser habe im Dienste des Klosters gestanden und «[...] sich in der kuchi hat lassen für ein kuchi jung bruchen [...]»<sup>500</sup>. Er habe sich stets gottesfürchtig und ehrlich gehalten, begehre nun aber an einem anderen Ort nach einer Anstellung zu suchen. Im Abschied bat der Statthalter zukünftige Arbeitgeber um gute Behandlung des Jungen. In Fällen, in denen es sich wie beim genannten Küchenjungen, lediglich um einen Gehilfen handelte, stellte die Kanzlei den Abschied im Namen des Statthalters aus und dieser siegelte das Papier mit seinem Siegel. Handelte es sich um einen Angestellten in verantwortungsvollerer Position, z.B. einen Meisterkoch, zeichnete der Abt persönlich den Abschied und siegelte diesen mit dem Abteisiegel.<sup>501</sup>

---

<sup>498</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 107.

<sup>499</sup> Zit. nach: Ebd., S. 108.

<sup>500</sup> Zit. nach: Ebd., S. 109.

<sup>501</sup> Ebd., S. 109-110.

## **Zehntrechnung**

Die meisten Gebiete der Einsiedler Grundherrschaft gehörten auch in kirchlicher Hinsicht zum Einsiedler Sprengel. Die nördlich des Zürichsees gelegenen Gemeinden Meilen, Männedorf, Hombrechtikon und Stäfa bildeten in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die Angehörigen dieser Pfarreien waren deshalb zur Leistung des Zehnten<sup>502</sup> an das Kloster verpflichtet. Traditionsgemäss wurde die Zehntabgabe als eine Naturalgabe geleistet. Aus praktischen Gründen hatte darum das Kloster die Nutzung des Zehntrechts an die jeweiligen Dorfgemeinden verliehen und liess sich dafür mit regelmässigen Geldzahlungen entschädigen. Einmal im Jahr, jeweils im Juli, setzte der Statthalter des Amtes Pfäffikon, zusammen mit dem Stiftskanzler und einem Weibel von Pfäffikon aus mit einem Boot über den Zürichsee, um vor Ort mit den Vertretern der vier Gemeinden abzurechnen. Dabei zogen die Männer des Klosters die ihnen zustehenden Geldbeträge ein und verliehen den Gemeinden das Nutzungsrecht für ein weiteres Jahr.

Im Formularbuch der Kanzlei ist die entsprechende Rechnung für das Jahr 1610 enthalten.<sup>503</sup> Demnach trug der Kanzler den Wert für das erhaltene Geld sowie die verbliebenen Schulden in das Rechnungsbuch des Amtes Pfäffikon ein. Zuhanden der Verwalter in den Gemeinden stellte er eine Quittung aus, auf der neben den Namen der Zeugen, dem Geldbetrag sowie den Schulden, das Flächenmass der auf dem Gebiet der jeweiligen Gemeinden bewirtschafteten Äcker eingetragen waren. Mit diesem Papier hatten die Verwalter nicht nur einen Beleg für die geleisteten und geschuldeten Abgaben zur Hand, sondern es war darin zusätzlich ersichtlich, auf welchen Grundlagen die erhobenen Abgaben berechnet worden waren.<sup>504</sup>

## **Schriftlichkeit an Jahrgerichtstagen**

Die Jahrgerichtstage waren wichtige Fixpunkte für die Kommunikation zwischen dem Grundherren und den Untertanen. Im Kalender der Kanzlei sind die beiden Jahrgerichte unter dem 1. Mai und unter dem 25. Oktober eingetragen. Während der Kanzler diese Versammlungen in der Regel leitete, die Leute im Namen

---

<sup>502</sup> Der Zehnt musste als kirchliche Abgabe von jedermann an den zuständigen Pfarrherren geleistet werden, unabhängig davon, wer im betreffenden Gebiet Grundherr war. Vgl. zum Zehnt allgemein: LexMA, Bd. 9, Sp. 499-502.

<sup>503</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 23-27.

<sup>504</sup> Beispielsweise wurden in der Gemeinde Stäfa im Jahr 1610 185 Jucharten Korn und 64 Jucharten Hafer angebaut. Im Einflussgebiet der Stadt Rapperswil mass eine Juchart 32,31 Aren. (Dubler, Anne-Marie: Masse und Gewichte, S. 30).



des Abtes begrüßte, das Hofrecht vorlas und den zu leistenden Treueeid vorsprach, hatten die Mitarbeiter der Kanzlei als Schriftgutproduzenten wenig zu tun. Einzig der Sekretär war mit seinen Notizen für das Protokoll beschäftigt.

## Gericht

Bei Bedarf sass der zuständige Amtmann zusammen mit dem Kanzler an den Jahrgerichtstagen zu Gericht. Der Amtmann leitete die Verhandlungen, hörte die Argumente der streitenden Parteien und derer Fürspreche an, befragte die Zeugen und sprach am Ende das Urteil. Damit die Prozesse jeweils formal richtig durchgeführt wurden, war der Ablauf einer Gerichtsverhandlung im Formularbuch der Kanzlei Punkt für Punkt beschrieben, einschliesslich verschiedener Hinweise auf regionale Besonderheiten.<sup>505</sup> Die anlässlich einer Gerichtsverhandlung getätigten Zeugenaussagen, wurden als so genannte Kundschaften verschriftlicht und mit dem Kanzleisiegel versehen.<sup>506</sup> Im Anschluss an eine Verhandlung stellten die Angestellten der Kanzlei die Urteilsschriften aus und der für das jeweilige Gebiet zuständige Amtmann setzte sein Siegel darunter.<sup>507</sup> War eine Partei mit einem Urteil des fürstlichen Gerichts nicht einverstanden, bestand die Möglichkeit, mit der Bitte um Appellation an den Abt zu gelangen. Dem Appellationsgericht sass der Abt persönlich vor, sekundierte von einem geistlichen und einem weltlichen Beisitzer. In diesem Fall begrüßte der Kanzler die Parteien, leitete die Verhandlung und verfasste im Namen des Abtes die Urteilsschrift.

Abschliessend sind der Vollständigkeit halber aus dem gerichtlichen Bereich die so genannten Urfehdebrieve und die als Kanzleizettel bezeichneten Schiedssprüche des Abtes als Produkte der Stiftskanzlei zu erwähnen. Die Kanzleizettel wurden zum Transport von kurz gefassten Entscheiden oder Befehlen des Abtes verwendet, wenn etwa Gotteshausleute in einer geringfügigen, meist innerfamiliären Angelegenheiten den Abt um Unterstützung oder um einen Schiedsspruch baten oder wenn der Abt Befehle an seine Untergebenen erteilte, um sie damit an ihre Verpflichtungen gegenüber dem Kloster zu erinnern.<sup>508</sup>

Mit der unter Eid geleisteten, schriftlich festgehaltenen Urfehde, verzichteten Personen, die auf irgendeine Art mit dem Justizapparat einer Obrigkeit in Kontakt

---

<sup>505</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 113-120.

<sup>506</sup> Ebd., S. 125-130.

<sup>507</sup> Ebd., S. 134f.

<sup>508</sup> Ebd., S. 435.

gekommen waren, vor ihrer Freilassung oder vor ihrer Bestrafung, auf jede Form der Rache gegenüber der Obrigkeit und akzeptierten damit das über sie gefällte Urteil. Urfehdeleistungen waren in der frühen Neuzeit gängig. Praktisch keine in Haft genommene Person wurde ohne schriftlich geleistete Urfehde bestraft oder freigelassen. Der Grund für diese Massnahme lag im Bestreben der Obrigkeiten nach richterlicher Autonomie. Mit der Ausstellung der Urfehde-Urkunde sollte in erster Linie verhindert werden, dass bestrafte oder freigelassene Personen bei einem anderen Territorialherrn Rechtsansprüche gegen die ausstellende Obrigkeit geltend zu machen versuchte.<sup>509</sup>

#### **6.2.4 Die Ad-hoc-Schriftgutproduktion**

Neben den periodisch wiederkehrenden Terminen, anlässlich derer die Stiftskanzlei ihre Aktivitäten entwickelte, entstand Schriftlichkeit jederzeit bei Bedarf, unabhängig vom grundherrschaftlichen Jahreskalender. Im Folgenden werden die verschiedenen ad hoc produzierten Schriftgutttypen kurz dargestellt und mit einigen konkreten Beispieltexen illustriert. Dabei besteht nicht der Anspruch, den jeweiligen Schriftgutttyp in all seinen möglichen Ausprägungen wiederzugeben und schon gar nicht können Veränderungen im Lauf der Zeit dokumentiert werden. Die Beispiele zeigen Momentaufnahmen und dienen der Veranschaulichung.

#### **Quittungen**

Quittungen wurden auf der Einsiedler Kanzlei im Allgemeinen als «Recipisen» bezeichnet und im Rahmen verschiedener Geschäfte ausgestellt. Das Personal stellte die meist sehr kurz gehaltenen Bescheinigung als Bestätigungen für den Erhalt von Zinsen, für erhaltene Geschenke und Opfer, als Bestätigung für die Errichtung von Messstiftungen oder für ausserordentliche Zuwendungen im Rahmen einer Erbschaft aus. Schriftlich festgehalten wurden die Namen der Quittungsempfänger, der einbezahlte Betrag oder eine kurze Beschreibung des als Geschenk ans Kloster übertragenen Gutes sowie Ort und Datum der Ausstellung.<sup>510</sup>

---

<sup>509</sup> Vgl. dazu den Artikel Urfehde in: LexMA, Bd. 8, Sp. 1294. Zwei Beispiele für Einsiedler Urfehde-Urkunden aus den Jahren 1584 und 1658 findet sich im Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 161-163.

<sup>510</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 427-430.

## Verträge

Im Bereich des Vertragswesens trat die Stiftskanzlei in zwei verschiedenen Funktionen auf: Einerseits handelte sie stellvertretend für das Kloster als Vertragspartei, wenn Verträge zwischen dem Kloster und Dritten geschlossen wurden, andererseits fungierte die Kanzlei als eigentliches Notariat, wenn Verträge zwischen Parteien geschlossen wurden, von denen mindestens eine in Abhängigkeit des Klosters stand, oder wenn es sich beim Vertragsgegenstand um Güter handelte, die zur Grundherrschaft des Klosters gehörten. Ein besonders anschauliches, leider undatiertes Beispiel einer einfachen Güterübertragung zwischen zwei Bauern der Waldstatt, ist im Formularbuch der Kanzlei festgehalten. Demnach verkaufte ein gewisser Vogt Ludwig Öchslin einem Hans Kälin zwei Kühe und eine Triste Streugras für den Betrag von 50 Pfund Münze. Die beiden erschienen auf der Klosterkanzlei, um daselbst vom Kanzler einen besiegelten Vertrag für das Geschäft errichten zu lassen. Neben dem Verkäufer, dem Käufer und dem Kanzler waren auf der Kanzlei der Einsiedler Amtmann sowie ein Fürsprech als juristisch gebildeter Vertreter des Verkäufers anwesend. Das Zeremoniell dieses Rechtsaktes ist dabei Schritt für Schritt festgehalten und zeigt einen stark ritualisierten Ablauf:

«Ammann: «Der verkäufer begert eines fürsprechen. Der wirt jmme erloubt und ernembt der käufer denselbigen.»

Fürspräch: «Jch loos jm wie recht ist und beheb jm woderzue er recht hat.»

Ammann: «Jch erloub dir das rächt und verbüt dir das unrecht.»

Fürsprech: «Welte got jch könnts.»

Ammann fragt was er habe.

Fürspräch: «Er will fergen. Herre wennd jr losen.»

Ammann: «Ja, es losend die richter und die es anträffen wirt.»

Fürspräch: «Es kombt Ludwig Öchslin und will ferggen nach hoffs und der waldtstath recht. Herre jch lon ein recht darumb.»

Ammann: «Ertheil darumb was dich recht dunckt.»

Fürspräch: «So ertheil ich unnd dunckt mich nun recht das sy einanderen den kouff und merckt woruff unnd so sy dann des kouff und merckts eins wol und gut, wo nit dass dann aber umb die sach geschechen was recht sy.»

Fürsprech fragt den verkäufer, wie jst der merckt ergangen.

Verkäufer: «Umb 50 gulden geld ein ku sambt anderem cc.»

Fürspräch: «Herr sy fragend wyth was recht ist»

Ammann: «So ertheil was dich recht dunckt.»

Fürsprech: «So ertheil ich und dunckt mich nun rächt diewyll sy des kouff und merckts eins des sich der verkäufer des merckts entzieche und den käuffer gelichen werd als von der leechen handt allen rächten ohn schädlich.»

Ammann ervorderet von dem verkäufer die hannd und spricht: «du entziechst dich hie diss merckts wie urtheil und rächt geben hat.»

Verkäufer: «Ja.»

Ammann ervorderet des käuffers hand und spricht: «Hie lych jch dir was jch dir wegen des gotshuses lychen soll dem gotzhus an sinem fryheiten unnd grechtigkeiten ohn schädlich.»

Fürspräch: «Herre wir fragend wyth was rächt ist.»

Ammann: «So ertheil was dich rächt dunckt.»

Fürspräch: «So ertheil jch und dunckt mich nun rächt diewyll sich Ludwig Öchslin des merckts entzogen und Hans Kälin gelichen als von der leechen handt das nun der kouff und merckt uffgegebt sy mit allen worten und thaten und so sy sigel und brieff darumb begeren das es jnen zegeben jn dem urtheil sölle vergriffen sin.»<sup>511</sup> Im Anschluss an dieses Zeremoniell errichtete der Kanzler den Kaufvertrag und setzte das Siegel der Kanzlei darunter.

Offensichtlich führte der Einsiedler Amtmann als Vertreter des Abtes die beiden Vertragsparteien durch das Geschäft. Der Kanzler nahm dabei lediglich die Funktion eines Zeugen ein. Der Verkäufer liess sich durch einen wie auch immer juristisch geschulten Fürsprech vertreten, damit sichergestellt war, dass die Rechtshandlung formal korrekt durchgeführt wurde. Ebenfalls anschaulich klar wird, dass zwar die beiden Vertragsparteien Güter und Geld austauschten, dass aber das Kloster oder genauer der Abt als Vertreter des Klosterpatrons formell den Anspruch auf das Eigentum der gehandelten Güter geltend machte. Damit dieser Umstand für alle Anwesenden deutlich zum Ausdruck kam, musste der Verkäufer in einem ersten Schritt formell auf seinen Lehnsanspruch an den verkauften Gütern verzichten, damit der Kanzler als Vertreter der Herrschaft anschliessend den Käufer neu mit den gehandelten Gütern belehnen konnte. Diese beiden eigentlich abstrakten Rechtsakte, bildeten den Hauptgrund für das unnachgiebige Beharren des Klosters auf seinem Kanzleirecht. Vornehmlich aus diesem Grund musste jeder Handel von

---

<sup>511</sup> Zit. nach: Konzeptbuch, StIAE, Sig. A. YL 2, S. 121-122.

beweglichen Gütern, Immobilien oder Grundstücken auf der Stiftskanzlei mit einem Vertrag besiegelt werden. Es ging dem Kloster dabei nicht in erster Linie um die Kanzleitägen, denn diese flossen, wenn nicht vollständig, so doch zu einem grossen Teil in die Taschen des Kanzlers. Das Kloster hatte ein grundlegendes, existenzielles Interesse daran, dass Käufer und Verkäufer die im täglichen wirtschaftlichen Verkehr kaum mehr sichtbaren, jedoch formal existierenden Eigentumsverhältnisse anerkannten. Unter allen Umständen musste verhindert werden, dass die belehnten Gotteshausleute die von ihnen bewirtschafteten Güter und deren Erträge als ihr privates Eigentum betrachteten. Nur wenn das Kloster als Grundherr allgemein anerkannt war und es damit in seinen Gebieten als uneingeschränkter Eigentümer fungierte, konnte es Steuern und andere Abgaben erheben und einziehen. Diese Einkünfte bildeten die wirtschaftliche Grundlage der Klostergemeinschaft, darauf konnten der Abt und der Konvent nicht verzichten.

Die Vielfalt der auf der Stiftskanzlei errichteten Verträge war gross. Neben Kaufverträgen von der oben dargestellten Art, stellte die Kanzlei Gültbriefe (Grundpfandtitel), einfache Darlehensverträge, Verträge zur Verpfändung beweglicher Güter und Erbverträge aus. Für die Festlegung der wirtschaftlichen Beziehungen der Klostergemeinschaft mit Dritten errichteten der Kanzler und sein Personal zudem die Lehenverträge sowie die Stiftungs- und Pfrundbriefe der Einsiedler Herrschaft. Grundsätzlich wurden alle in der Kanzlei hergestellten Vertragswerke, je nach ihrer Tragweite oder Bedeutung, mit dem Siegel der Kanzlei oder dann mit jenem der Abtei versehen.

## **Ordnungen**

Als Grundherr organisierte das Kloster die Nutzung und die Pflege des Raumes, der den Klosterangehörigen zur Nutzung zur Verfügung stand und stellte die Regeln auf, an die sich diese zu halten hatten. Beispielsweise wachte das Kloster über den Unterhalt des Weg- und Strassennetzes oder legte die Rahmenbedingungen fest, innerhalb derer die als Allmenden ausgeschiedenen Landwirtschaftsflächen von den Angehörigen der Waldstatt bewirtschaftet werden durften. Eine jener Flächen, die zu bestimmten Zeiten des Jahres der Allgemeinheit als Weidefläche zur Verfügung stand, war das unmittelbar im Norden des Klosters gelegene Brüel. Die Heuernten dieser Wiesen benötigte das Kloster zur Fütterung der eigenen Tiere. In der Zeit nach den Heuernten bis zum Einzug des Winters hatte

jedoch jeder Waldmann und Beisässe das Recht, sein Vieh auf diese Weide zu treiben. Ende des 16. Jahrhunderts missbrauchten einige wohlhabende Bauern dieses Recht zu ihren Gunsten, indem sie das Brüel als Pferdeweide nutzten. Pferde galten einerseits als Statussymbole, die nur halten konnte, wer sich um den Grundbedarf an Nahrungsmitteln keine Sorgen zu machen brauchte, andererseits liess sich mit Pferden gutes Geld verdienen, da sie für den Kriegsdienst unentbehrlich waren und darum eine begehrte Handelsware darstellten. Mit ihrem Verhalten konkurrierten die reicheren Bauern mit den ärmeren Leuten, welche oft bloss eine einzige Kuh zur Deckung des eigenen Nahrungsmittelbedarfs besaßen, um eine wichtige Weidefläche. Abt Ulrich Wittwiler wollte diesen Missstand nicht länger dulden. Am 13. Juli 1583 erliessen darum die Drei Teile auf seine Veranlassung hin eine «Brüöls Ordnung»<sup>512</sup> mit der sie festlegten, dass in Zukunft jeder Waldmann bloss noch drei Pferde und jeder Beisässe bloss noch ein Pferd auf die Brüelweide treiben dürfe, solange sich Kühe auf der Weide befänden. Ausgestellt wurde diese Ordnung selbstverständlich auf der Klosterkanzlei.

Im Weiteren wachte das Kloster über die Gewerbetreibenden im eigenen Herrschaftsbereich, insbesondere in der Waldstatt Einsiedeln. Dazu erliess es Ordnungen für die verschiedenen Gewerbe, für die Metzger<sup>513</sup>, die Krämer<sup>514</sup>, die Wirte und die Bettler<sup>515</sup>, welche der Auffassung der Zeit entsprechend ja auch bloss ihrem Gewerbe nachgingen, zumal während der Pilgersaison, wenn viel fremdes Volk in Einsiedeln weilte. Wer als Wirt, Metzger, Krämer oder eben Bettler in der Waldstatt tätig sein wollte, brauchte dafür die Bewilligung des Klosters und musste vor dem Abt mit einem Eid beschwören, dass er oder sie sich an die vom Kloster erlassenen Ordnungen und Weisungen halten wollte.

Laut der Wirteordnung, die Abt Augustin Hofmann am 16. Mai 1621 erlassen hatte, durften Wirtinnen und Wirte in der Waldstatt Einsiedeln Wein nur dann verkaufen, wenn die entsprechenden Fässer vom einen Amtmann des Klosters angezapft wurden und dieser den Inhalt für gut befand. Auf diese Weise versuchte das Kloster die Qualität des Weines in den Einsiedler Wirtshäusern zu kontrollieren, damit die Gäste ausschliesslich frischen, unverschnittenen Wein erhielten, was für die Reputation eines Pilgerortes von Bedeutung war. Damit sich niemand mit der

---

<sup>512</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 193f.

<sup>513</sup> Ebd., S. 181-183.

<sup>514</sup> Ebd., S. 189-191.

<sup>515</sup> Ebd., S. 185-188 und S. 471f.

Ausrede behelfen konnte, sein Fass sei leer und der Amtmann zum Öffnen eines neuen nicht greifbar gewesen, waren die Wirte ausdrücklich verpflichtet, die Amtleute rechtzeitig im Voraus über die anstehende Öffnung eines Fasses zu informieren. Wer sich nicht an die Bestimmung hielt, musste eine Busse von drei Schillingen bezahlen. Zudem waren die Wirtinnen und Wirte verpflichtet, das Umgeld, also die dem Kloster geschuldete Alkoholsteuer, den Verkäufen entsprechend abzurechnen und ans Kloster abzuliefern.

Während der Wallfahrtsaison sollten die Gasthäuser zu den Mahlzeiten «[...] ein guotten uslendischen wyhn oder guotten schaffhuser ufftragen [...]»<sup>516</sup> Für eine Mahlzeit inklusive Wein hatte ein Mann in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts 20 Schillinge zu bezahlen, eine Frau kam mit 18 Schillingen davon. Wenn hochgestellte und vornehme Gäste bedient werden konnten, durften die Wirte keine höheren Preise als für normale Gäste verlangen. Wie der Ordnung zu entnehmen ist, hätte es das Kloster gerne gesehen, wenn die exklusive Kundschaft in den Gasthäusern sogar ganz gratis gepflegt worden wäre, dies wohl ebenfalls, um den guten Ruf und das Ansehen des Wallfahrtsortes zu fördern. Für Fütterung und Unterbringung der Pferde verlangten die Wirte eine Gebühr, die je nach Art des Pferdes variierte. Ein Reitpferd wurde mit sechs Schillingen berechnet, ein Saumpferd mit acht. Grundsätzlich mussten Wirtinnen und Wirte jedermann als Gast in ihr Haus aufnehmen, auch dann, wenn ein Gast einen ärmlichen Eindruck machte und kaum grosser Gewinn zu erwarten war. Strengstens verboten war es den Wirtinnen und Wirten, sich in ruhigeren Zeiten zwischen den Wallfahrtssaisons gegenseitig Gäste abzuwerben.

Mit dem Erlass von Ordnungen und Weisungen übte das Kloster seine Herrschaft über Land und Leute ganz direkt aus. Wie weit die Verantwortlichen im Kloster die Lebensgestaltung der Untertanen tatsächlich bis ins Detail zu regeln im Stande waren, muss jedoch offen bleiben. Überliefert sind lediglich die schriftlichen Erlasse des Klosters und sicher ist zudem, dass der Stiftskanzlei im Bestreben zur Regelung und Normierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens als Schriftgutproduzentin eine zentrale Rolle zukam.

---

<sup>516</sup> Zit nach: Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 172.

## Bestallungen

Im 17. und 18. Jahrhundert wies der Einsiedler Klosterkonvent eine beachtliche Grösse auf. Jeweils rund 60 Patres und Fratres wohnten, beteten und arbeiteten im Kloster. Zwar besorgten die Mitglieder des Konvents die für das Funktionieren des Klosterlebens notwendigen Arbeiten teilweise selbst, es bestand jedoch Bedarf an verschiedenen Spezialisten, die von ausserhalb rekrutiert und gegen Bezahlung angestellt werden mussten. Als Reichsfürst und als Herr eines doch beachtlich grossen und im eidgenössischen Kontext bedeutenden geistlichen Fürstentums, benötigte der Abt einerseits einen Beamtenstab für die Verwaltung der Herrschaft, andererseits mussten die Äbte einen ihrer gesellschaftlichen Stellung entsprechenden Lebensstil pflegen. Unter diesem Gesichtspunkt waren der Kämmerling, der Kellermeister und der Marschall unverzichtbare Hofbedienstete im Kloster<sup>517</sup>.

Allen Klosterämtern gemeinsam war, gleich ob die Stellen nun mit Paters, Brüdern oder eben mit besoldeten weltlichen Bediensteten besetzt wurden, dass die Aufgaben, Zuständigkeiten, Pflichten und Kompetenzen jedes Amtsträgers mit einer schriftlich abgefassten Arbeitsvorschrift, einer so genannten Bestallung geregelt wurden. Für jeden Bediensteten stellte die Kanzlei jeweils eine persönliche Bestallung aus. Zu Beginn des Arbeitsverhältnisses las der Kanzler dem neuen Angestellten diesen Vertrag in Anwesenheit des Statthalters und eventuell des zukünftigen direkten Vorgesetzten vor. Der Amtsträger musste bestätigen, dass er das Gehörte verstanden habe und mit der Leistung des Eides versprechen, dass er sich an die Anweisungen und Vereinbarungen halten wolle.<sup>518</sup> Im Anschluss an die Vereidigung händigte der Kanzler die Bestallung als Arbeitsvertrag aus, was erklärt, warum im Stiftsarchiv kaum originale Bestallungen vorhanden sind.

Weiter besass das Kloster im Bereich seiner Herrschaft das Kollaturrecht, d.h., dem Abt kam das Recht zu, die Pfarrherren einzusetzen. Gleich wie die weltlichen Angestellten, erhielten auch die Pfarrherren eine Bestallung ausgehändigt, die ihnen

---

<sup>517</sup> Marschall und Kämmerling bildeten zwei der vier Hofämter des hochmittelalterlichen Königshofs und waren deshalb für die Darstellung des ständischen Status des Abtes von grosser symbolischer Bedeutung. Vgl. allgemein zu den Hofämtern: LexMA, Bd. 5, Sp. 67f.

<sup>518</sup> Eine Sammlung von Vorlagen für Bestallungen für geistliche und weltliche Ämter ist im Stiftsarchiv unter der Signatur A. GO zusammengestellt. Dort finden sich Bestallungen für den Dekan, den Subprior, die Statthalter, den Küster, den Konventkeller, die Ammänner, die Weibel, den Kanzler, die Kämmerlinge, den Marschall, den Koch, den Fischer, den Werkmeister, den Säumer, die Beschliesserin, den Sigristen, den Bäcker, den Sihltalbauern und die Sennen, StiAE, A. GO 1. Vgl. zu den weltlichen Angestellten des Klosters auch: Moritzi, Claudia: Arbeiten im Dienst des Klosters: Die weltlichen Angestellten des Stifts Einsiedeln 1580-1700, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Zürich 2004.



anlässlich ihres Antrittsbesuches im Kloster vom Abt übergeben wurde. Die Bestellungen für die mit Konventsmitgliedern besetzten Ämter, z.B. des Statthalters oder des Archivars, sind im erwähnten Bestallungsbuch aufgezeichnet. Es wird aufgrund der Überlieferungssituation nicht klar, ob die geistlichen Amtsträger ebenfalls eine persönliche Bestallung ausgehändigt bekamen. Einerseits liegt die Vermutung nahe, dass eine solche als eine Art Ernennungsurkunde abgegeben wurde, andererseits hat sich im Stiftsarchiv keine einzige originale Bestallung für einen internen Amtsträger erhalten, was erstaunt, da doch verschiedene schriftliche Nachlässe von Konventsangehörigen den Weg ins Stiftsarchiv gefunden haben.

### **Personenstand / Pässe**

Im untersuchten Zeitraum bewegte sich die Verwaltungsdichte in den verschiedenen Herrschaftsbereichen der Eidgenossenschaft auf noch recht bescheidenem Niveau. Dies gilt auch für die Einsiedler Herrschaft. Aus wirtschaftlichen Gründen hatte das Kloster zwar ein grundlegendes Interesse an der Kontrolle über die Zahl und die Identität seiner fallpflichtigen Untertanen<sup>519</sup>. Bis in die 20er-Jahre des 17. Jahrhunderts gab es jedoch keine regelmässigen Zählungen. Unweigerlich zur Zählung der Untertanen kam es, wenn ein neuer Abt sein Amt antrat oder dann, wenn ganze Herrschaftsteile gekauft oder an einen anderen Herrn veräussert wurden. Nach 1620 intensivierte das Kloster die Kontrolle, indem es die Amtsmänner anwies, die Listen der Fallpflichtigen in den von ihnen verwalteten Gebieten jährlich zu aktualisieren.<sup>520</sup> Wollte eine fallpflichtige Person den Einsiedler Herrschaftsbereich verlassen, tat sie gut daran, sich auf der Stiftskanzlei einen sog. Mannrechts- und Geburtsbrief ausstellen zu lassen, der über die Identität, den Leib- und Schirmherrn sowie den Leumund Auskunft gab. Im Formularbuch hat sich die Abschrift eines solchen Papiers aus der Regierungszeit Abt Placidus Reimanns (1629-1670) erhalten. Es diente dem Inhaber gleichzeitig als Geburtsschein und als Leumundszeugnis, indem der Abt bestätigte, der Träger des Briefs sei von ehelicher Geburt und ein Angehöriger der Einsiedler Herrschaft, der sich jederzeit ehrenhaft und fromm betragen habe. Mannrechts- und Geburtsbriefe trugen das Siegel der Kanzlei.<sup>521</sup>

---

<sup>519</sup> Der Fall oder Todfall musste beim Tod einer abhängigen Person an den Herrn geleistet werden, meist als Besthaupt – also durch Übergabe des besten Stücks Vieh – oder dann mit der Abgabe des besten Kleidungsstücks, dem sog. Gwandfall. LexMA, Bd. 1, Sp. 2071f.

<sup>520</sup> Vgl. zur Einsiedler Leibherrschaft ausführlich: Sablonier, Roger: Leibherrschaft, S. 171.

<sup>521</sup> Konzeptbuch, StIAE, Sig. A. YL 2, S. 375.

Wer sich von der Leibeigenschaft und damit von der Fallpflicht befreien wollte, hatte dem Kloster eine entsprechende Auskaufsumme zu bezahlen und erhielt dafür einen Auskaufbrief. Darin bestätigte der Abt, die betreffende Person sei aus der Fallpflicht entlassen und stehe nicht mehr unter dem Schutz und Schirm des Klosters. Dasselbe galt für alle Nachkommen, falls diese nicht zusammen mit einer Leibeigenen des Klosters gezeugt wurden, was sozusagen automatisch zur Rückkehr unter die Fittiche des Klosters führte.<sup>522</sup>

Als eine seiner letzten Amtshandlungen überhaupt stellte das Personal der Einsiedler Kanzlei Reisepässe für die Mitglieder des Konvents aus, unmittelbar bevor Teile der französischen Armee am 3. Mai 1798 in Einsiedeln einmarschierten. Als die Truppen in Einsiedeln ankamen und das Kloster mit Plünderung und Verheerung überzogen, waren der Abt und die Mitglieder des Konvents längst geflohen. In ihren Taschen führten die Patres und Fratres «Pass-Zädel» mit sich, welche sie als Angehörige des Einsiedler Klosterkonvents auswiesen.<sup>523</sup> Bereits früher hatte die Kanzlei Pässe an Angehörige der Herrschaft ausgestellt, die aus geschäftlichen oder anderen Gründen den Einsiedler Herrschaftsbereich verlassen mussten, oder dann an Bedienstete des Klosters, die als Boten etwa ins Schloss Pfäffikon reisten.<sup>524</sup>

## **Begrüssungen und Darreichungen**

Neben Vorlagen zu den verschiedenen Schriftgutttypen, enthält das Konzeptbuch Vorschriften und Anweisungen für die Durchführung von Anlässen und Zeremonien, welche die Kanzlei federführend organisierte. In diesem Bereich diente das Konzeptbuch als eigentliches Handbuch für das Kanzleipersonal. Der Empfang hochgestellter Persönlichkeiten im Kloster bildete dabei eine der wichtigsten Repräsentationsaufgaben. Auf verschiedenen Formularen ist der korrekte Ablauf eines solchen Empfangs sowie die dafür angemessenen Worte festgehalten. Sei es, dass sich der Gesandte des französischen Königs für die Eidgenossenschaft im Kloster angemeldet hatte oder, dass die politische Elite aus Schwyz anlässlich der Landeswallfahrt im Kloster eintraf oder, dass sich Angehörige dieser Schwyzer Eliten in der Klosterkirche trauen liessen: Sie alle mussten zusammen mit ihrem Gefolge im

---

<sup>522</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 367.

<sup>523</sup> Vgl. dazu: Salzgeber, Joachim: Stiftskanzler sowie Henggeler, Rudolf: Das Stift Einsiedeln und die französische Revolution, Ein Beitrag zur Einsiedler Klostergeschichte von 1790-1808, Einsiedeln 1924 (Feierstunden 8, Beilage zum Einsiedler Anzeiger).

<sup>524</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 459.

Kloster gebührend empfangen werden.<sup>525</sup> Einen wesentlichen Programmpunkt im Empfangszeremoniell bildete jeweils die Darreichung eines Willkommenstrunks an die Gäste unmittelbar nach der Ankunft im Kloster, meist in Form eines guten Tropfen Weins. Bei seiner Begrüssungsansprache hatte der Kanzler auf die Nennung der richtigen Titel zu achten. Den Gepflogenheiten der Zeit entsprechend, war beispielsweise in den 1620er-Jahren der französische Gesandte mit der folgenden Anrede zu begrüßen: «Wolgeborner und gnediger herr, herr Ruprecht von Mirun, dess aller durchlüchtigsten grossmechtigsten aller christenlichsten und unüberwindlichsten fürsten und herren, herren Ludwigen künigs zu Franckrych und Navara und unsers aller gnedigsten herren geheimer rat und ambassador jn loblicher Eidtgnossenschaft.»<sup>526</sup> Es leuchtet ein, dass solch ausgedehnte Begrüssungsformeln schriftlich festgehalten werden mussten, wollte man nicht riskieren, bereits zu Beginn eines Treffens die Etikette zu verletzen. Besonders, da in jener Zeit hoher Besuch im Kloster zwar regelmässig eintraf, aber dennoch nicht so häufig war, dass Empfänge zur Tagesordnung gehörten. Aus späterer Zeit, aus dem 18. Jahrhundert, sind im Klosterarchiv zwei Titularbücher erhalten. Solche Bücher waren in jener Zeit weit verbreitet und hatten ausschliesslich den Zweck, die korrekten Anredeformeln für alle denkbaren Würdenträger – begonnen mit der Anrede für den Papst und für den deutschen Kaiser – schriftlich festzuhalten.<sup>527</sup>

Eine schriftlich festgehaltene Checkliste bestand auch für die Durchführung des Engelweihefestes, besonders, da das Fest, im Gegensatz zu heute, damals nicht jedes Jahr begangen wurde, sondern nur in solchen Jahren stattfand, in denen der Tag der Kreuzerhöhung (14. September) auf einen Sonntag fiel, was naturgemäss nur alle fünf bis sieben Jahre der Fall ist. Das Engelweihefest geht auf eine bekannte Legende zurück. Demnach schickte sich Konrad, der damalige Bischof von Konstanz, im Jahr 948 an, die wieder errichtete Einsiedler Gnadenkapelle am Tag der Kreuzerhöhung zu weihen. In der Nacht vor dem Festtag wurde der Bischof im Kloster von seltsam schwirrenden Stimmen aus dem Schlaf gerissen. Als er sich am folgenden Morgen zur Weihe der Kirche aufmachen wollte, vernahm er in seinem Kopf die Worte: «Halt ein, Bruder, Gott selbst hat die Kapelle durch seine heiligen Engel bereits geweiht».

---

<sup>525</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 589-609.

<sup>526</sup> Zit. nach: Ebd., S. 589.

<sup>527</sup> Das eine Titularbuch ist undatiert, stammt aber wahrscheinlich aus dem 18. Jahrhundert, StiAE, Sig. A. YL 20, das andere ist mit der Jahreszahl 1747 datiert, StiAE, Sig. A. YL 21.

Am Beginn des mehrtägigen Festes liess der Abt in der Klosterkirche vor versammelter Pilgerschar die Messe. Im Anschluss machte der Kanzler die Leute mit den während des Festes zu befolgenden Regeln und Geboten bekannt. Er forderte die Pilger auf, sie sollten umgehend Meldung erstatten, falls sie in einem Gasthaus ungebührlich behandelt würden oder der Wirt einen übertrieben Preis für die Unterkunft verlange. Jedermann solle zur Kenntnis nehmen, dass allen Pilgern zu jeder Zeit freies und sicheres Geleit von und nach Einsiedeln gewährt werde. Weiter wies er die Pilger auf die «Bruderschaft unserer lieben Frau» hin und lud alle ein, dieser beizutreten. Dann mahnte er die Menschen zur Vorsicht. Nicht alle Menschen seien mit guten Absichten nach Einsiedeln gekommen. Er forderte deshalb die Pilger auf, gut auf ihr Geld und ihre Kleider zu achten, damit ihnen nichts abhanden komme. Während dem Fest, so der Kanzler weiter, werde aufgrund der grossen Pilgerzahl, täglich zwei Mal in der Kirche gepredigt, so dass alle die Möglichkeit bekämen, an einer Predigt teilzuhaben. In der Kirche solle niemand zu nahe an die Beichtiger herantreten, damit diese ihre Beichte ungestört ablegen könnten. Zum Schluss der Rede gab der Kanzler das Jahr des nächsten Engelweihfestes bekannt.<sup>528</sup>

### **6.3 Das Kanzleirecht des Klosters Einsiedeln – ein oft bestrittenes Recht**

Während dem gesamten hier betrachteten Zeitraum gelang es dem Kloster immer nur mangelhaft, sein Kanzleirecht durchzusetzen. Regelmässig widersetzten sich die Waldeute den Weisungen ihres Grundherrn, indem sie Verträge, die sie untereinander oder mit Auswärtigen schlossen, ausserhalb der Klosterkanzlei von einem Einsiedler Dorfschreiber errichten und vom Vogt der Waldstatt besiegeln liessen. Ihr Widerstand richtete sich dabei vor allem gegen die von der Stiftskanzlei erhobenen Gebühren und nicht grundsätzlich gegen die Herrschaftsansprüche des Klosters. Oft wurden Verträge in Gaststuben oder Hinterzimmern von Wirtshäusern geschlossen, was die Interventionsmöglichkeiten für das Kloster stark einschränkte. Verstösse, die dennoch ans Licht kamen, wurden von den Oberen des Klosters zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich konsequent geahndet, was die Entstehung einer allgemeingültigen Doktrin erst recht verhinderte. Art und Ausmass der Zugeständnisse von Seiten des Klosters an die Waldeute waren dabei wesentlich

---

<sup>528</sup> Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2, S. 195f.

vom Selbstverständnis und vom Temperament des amtierenden Abts sowie von der politischen und wirtschaftlichen Grosswetterlage abhängig. Mit einer gewissen Regelmässigkeit stand in der Waldstatt die Frage zur Diskussion, welches Ausmass oder welche Bedeutung ein Rechtsgeschäft aufzuweisen hatte, damit es zwingend auf der Klosterkanzlei errichtet werden musste.

An vorderster Front der Opposition gegen das klösterliche Kanzleirecht standen jeweils die Einsiedler Vögte. Da sie selbst aus dem Kreis der Waldleute stammten, waren sie von den Bestimmungen des Kanzleirechts direkt mitbetroffen. Als Bewohner der Waldstatt pflegte der jeweilige Vogt zudem mit den Leuten täglichen Umgang, war mit diesem oder jener verwandtschaftlich verbunden und fühlte sich darum seinen Dorfgenossen wohl grundsätzlich stärker verpflichtet als dem Kloster. Kommt dazu, dass der Vogt in seiner Rolle als Siegelführer seine Stellung und Bedeutung in der Waldstatt umso mehr erhöhen konnte, je mehr Leute ihm in irgend einer Weise zu Dank verpflichtet waren. Nicht zuletzt brachte ihm die Siegeltätigkeit einen willkommenen finanziellen Zustupf.

### **6.3.1 Rechtliche Grundlagen**

Als Grund- und Gerichtsherr hatte das Kloster das Recht eine eigene Kanzlei zu führen. Dieses Recht bildete einerseits ein wesentliches Instrument für die Leitung, Verwaltung und Kontrolle der Klosterherrschaft, andererseits warf die Kanzlei nicht geringe Einnahmen in Form von Gebühren ab. Im Zuge des allgemeinen Niedergangs des Klosters in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, bedingt einerseits durch die selbst auferlegte Einschränkung, dass ausschliesslich adlige Konventualen in die Gemeinschaft aufgenommen wurden und, stärker noch, durch die im Gang sich befindliche Reformation, war es den Waldleuten gelungen, das Recht auf die Verschriftlichung von Urteilen der Niedergerichtsbarkeit, sowie für Kauf- und Zinsbriefe vom Kloster in die eigene Kompetenz zu übernehmen. Aus diesem Grund amtierte im Dorf Einsiedeln ein vom Kloster unabhängiger professioneller Schreiber. Dieser errichtete Verträge, denen der Einsiedler Vogt anschliessend mit seinem Siegel Rechtsgültigkeit verlieh.

Als im Jahr 1544 Abt Joachim Eichhorn sein Amt antrat, zählte der Konvent aus den genannten Gründen gerade noch vier Mitglieder. Die Schwyzer Obrigkeit betrachtete sich als eigentlicher Herr über die Klosterherrschaft, was sich jeweils mit aller Deutlichkeit äusserte, wenn der Abt die Rechnung des Klosters einmal im Jahr

der Schwyzer Obrigkeit zur Kontrolle vorlegen musste. Abt Joachim brachte jedoch bald frischen Wind ins Kloster. Bereits 1547 verweigerte er den Schwyzern die Rechenschaftspflicht und pochte auf seinen verbrieften Herrschaftsanspruch, wonach das geistliche Fürstentum Einsiedeln direkt dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und damit ausschliesslich dem deutschen Kaiser unterstellt war. In seiner weiteren Amtszeit erwies sich Abt Joachim dann als eigentlicher Reformierender. Er liess die Urbare der einzelnen Herrschaftsteile von seinem Kanzler neu schreiben und versuchte damit, die Klosterherrschaft wieder vollständig unter seine Kontrolle zu bringen.<sup>529</sup> Ebenfalls in diesem Zusammenhang steht das im Folgenden dargestellte Schiedsgerichtsverfahren, welches sich 1562 um das Kanzleirecht entspann.

### **Der «Kanzleibrief» aus dem Jahr 1562**

Als Quellen für das Schiedsgerichtsverfahren um das Kanzleirecht des Klosters sind einerseits das Schiedsgerichtsurteil von Landammann und Rat von Schwyz<sup>530</sup>, der sog. Kanzleibrief, überliefert und andererseits die protokollartig abgefasste so genannte «Instruction». Der Kanzleibrief erscheint dabei inhaltlich stringenter formuliert und besser strukturiert, als die «Instruction».<sup>531</sup> Eigentliche Grundlage für das klösterliche Kanzleirecht bildet Artikel 3 des Hofrodels.<sup>532</sup> Abt und Konvent beriefen sich wiederholt auf diesen zwar recht allgemein gehaltenen, in Bezug auf die herrschaftlichen Ansprüche aber umfassend formulierten Artikel, so auch in der Argumentation im Rahmen der hier geschilderten Schiedsgerichtsverhandlung. Abt und Konvent verwalteten «[...] gericht, zwing und bänn und alle herlligkeit in der waldtstatt Einsidlen ihrem gottshaus zugehöre, laut des geschwornen und ewigen hoffrodels, allein die hoch oberkeit ausgenommen und vorbehalten, in welche sie gantz nichts redt und kein eingriff zuthun begehre.»<sup>533</sup>

Wie erwähnt, wurde das Kanzleirecht des Klosters von den Waldleuten in der Praxis nur mangelhaft respektiert. Die diesbezüglichen Auseinandersetzungen

---

<sup>529</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 107.

<sup>530</sup> Schiedsgerichtsurteil von Schwyz betreffend die Kanzlei in Einsiedeln von 1562 (Kanzleibrief), StIAE, Sig. A. XL 2, (Vgl. auch: «Spruch-Brieff von verordneten von Schweytz umb die schreiberey zu Einsidlen», DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 113-118.)

<sup>531</sup> «Instruction wegen und wider die waldeüth zu Einsidlen die schreyberey daselbst belangend», StIAE, Sig. A. XL 1.

<sup>532</sup> «Die gerichte, zwing und bänn, auch alle herrligkeit als weyl den die waldtstatt Einsidlen begreiff gehören einem herrn und abbt auch dem obgenanten gottshaus Einsidlen zu und hat auch ein jeklicher herr und abbt desselben gottshaus und all sachen zurichten ohne allein düb und fräffel, die gehören einem vogt zu Einsidlen zu.», Zit. nach: Einsiedler Hofrodel, DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 59.

<sup>533</sup> Zit. nach: Schiedsgerichtsurteil von Schwyz betreffend die Kanzlei in Einsiedeln von 1562 (Kanzleibrief), StIAE, Sig. A. XL 2, (vgl. auch: DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 113f)

zwischen dem Einsiedler Vogt und den Waldleuten auf der einen und dem Kloster auf der anderen Seite hatten Mitte des 16. Jahrhunderts bereits über Jahre gedauert und zu derart verhärteten Fronten geführt, dass eine Einigung ohne die Vermittlung einer dritten Partei nicht mehr möglich war. In dieser Situation nahm Abt Joachim das Heft in die Hand. Am Maigericht von 1558 gelang es ihm, die Waldleute für eine grundsätzliche Diskussion über das Kanzleirecht zu gewinnen. Die Resultate dieser Debatte sind in einer «Deductio» festgehalten. Dort heisst es: «Ist wegen dem schreiberei rechte von gesambten waldlütthen an gehaltenem meyengericht erkhent worden dass dis geschäft auf der jahrrechnung dene herren von Schweytz vorgetragen werden, jeder theil brief und sigill aufweiste und sich in gütlichkeit vergleichen solle.»<sup>534</sup> Wahrscheinlich brachte diese erste Unterredung mit den Vertretern aus Schwyz keine Einigung. Jedenfalls fehlen weitere Nachrichten dazu. Immerhin war der erste Schritt zu einer künftigen Regelung durch die Kontaktnahme mit den Schirmherren von Schwyz getan. Es dauerte jedoch ganze vier Jahre, bis der Rat von Schwyz dem Wunsch aus Einsiedeln entsprach. Am 15. Januar 1562<sup>535</sup> fanden sich der damalige Landammann Christoph Schorno zusammen mit fünf seiner Ratskollegen und dem Schwyzer Landschreiber bei Abt Joachim Eichhorn, Stiftskanzler Georg Dietschi, dem Einsiedler Vogt und den Vertretern der Waldleute in der «Convent-Stuben» im Kloster Einsiedeln zur Verhandlung der Angelegenheit ein. Als Erstes legte Abt Joachim seine Sicht der Dinge dar, indem er erklärte, vor 50 oder 60 Jahren habe es in der Waldstatt noch wenig zu schreiben gegeben. Kaufverträge und dergleichen seien zwischen Angehörigen der Waldstatt in der Regel mündlich abgeschlossen worden. In den letzten Jahrzehnten seien die Leute jedoch dazu übergegangen, auch kleinere Geschäfte und Verträge schriftlich abzuschliessen, was zu einer immer stärkeren Belastung der fürstlichen Kanzlei und damit zu aufwändigeren Verfahren für die Vertragsparteien geführt habe. Vor diesem Hintergrund seien die Waldleute vor mehr als 20 Jahren an ihn, den damals mit 26 Jahren noch jugendlichen und eben erst ins Amt gewählten Abt, mit der Bitte herangetreten, er möge den Waldleuten erlauben, für ihre eigenen Angelegenheiten ihren eigenen Schreiber zu verwenden. Begründet hatten die Leute ihr Begehren damit, dass ja sowieso grundsätzlich alle Güter der Waldstatt sowie die

---

<sup>534</sup> Zit. nach: «Deductio des schreiberei rechtens eines hochfürstlichen gottshauses zu dem Einsiedeln», StIAE, Sig. A. XL 6.

<sup>535</sup> St. Sebastian-Tag ist am 20. Januar. Im Jahr 1562 war der Donnerstag vor St. Sebastian-Tag demnach der 15. Januar. Vgl. Grotefend, H.: Zeitrechnung des deutschen Mittelalters und der Neuzeit, Hannover 1891.

Niedergerichtsbarkeit dem Kloster gehörten. Es spiele deshalb für das Kloster keine Rolle, wer aus dem Kreis der Waldleute der Besitzer von Grundstücken, Rechten oder Sachen sei. Es gäbe daher keinen Grund, der gegen die Verwendung ihres eigenen Schreibers für interne Angelegenheiten spreche. Solange Kaufverträge, Altgülden und dergleichen lediglich zwischen Angehörigen der Waldstatt geschlossen würden, verliere das Kloster ja nichts von seinem Besitz.

Mit diesem unbestreitbar guten und geschickt zu den eigenen Gunsten ausgelegten Argument, hatte die Waldleute Abt Joachim damals überzeugen können und er entsprach ihrem Begehren. Gegenüber dem Schiedsgericht begründete er seinen damaligen Entscheid mit seiner jugendlichen Unerfahrenheit. Zudem bemerkte er einschränkend, mit der Erlaubnis zur Verwendung des Dorfschreibers, habe er dem Vogt in keiner Weise ein Siegelrecht im Namen des Klosters erteilt. Vielmehr sei er der Meinung gewesen, dieses Recht verbleibe beim Kloster, so dass der zuständige Amtmann weiterhin für die Besiegelung der wichtigen Urkunden zuständig geblieben wäre und damit das Kloster die Kontrolle über alle Handänderungen sowie die übrigen güterrechtlichen Veränderungen in der Waldstatt behalten hätte. Die Waldleute interpretierten jedoch die Zusage des Abtes dahingehend, dass sie fortan Gerichtsurteile, Kauf- und Zinsbriefe von ihrem eigenen Schreiber errichten und vom Vogt der Waldstatt besiegeln lassen durften, ohne den zuständigen Amtmann darüber in Kenntnis zu setzen. So, als ob die Güter ihnen gehörten und sie obendrein als Gerichtsherren auftreten könnten, wie der Abt dazu während der Verhandlung mit offensichtlicher Irritation bemerkte.

Abt Joachim machte im Laufe seiner Argumentation eine bemerkenswerte Feststellung, indem er die förmlich explodierende Verschriftlichung im Bereich der Verwaltung im 15. und 16. Jahrhundert, wie sie uns heute anhand der in dieser Zeit sprunghaft zunehmenden Überlieferungsdichte begegnet, bereits selber als solche wahrnahm. Wörtlich hielt der Abt fest: «Wie sich jetzunder by etwas jaren diser faal [die Verschriftlichung von Verträgen] anderst zuetragen und schier umb allerlei händel, köüff und zins, derglychen an dem grichten urttel und ander brief gemacht und genommen worden sind.»<sup>536</sup> Wohl deshalb waren die Waldleute an den Abt herangetreten, denn offenbar war die Abwicklung von Geschäften und Gerichtsverfahren für sie in jener Zeit sehr umständlich und wahrscheinlich auch teuer geworden, dies als direkte Folge der zunehmenden Verschriftlichung der

---

<sup>536</sup> Zit. nach: Instruktion für die Waldleute betreffend die Kanzlei von 1562, StAe, Sig. A. XL 1.



Verwaltung. Was früher mündlich und per Handschlag abgemacht worden war, erforderte heute einen schriftlichen Vertrag, für dessen Errichtung die Stiftskanzlei entsprechende Gebühren erhob.

Die Waldleute ihrerseits hatten sich in den vergangenen Jahrzehnten an das Privileg eines eigenen Schreibers gewöhnt. Sie wollten vom erreichten Status quo nicht mehr ablassen und zeigten sich in der Verhandlung entsprechend hartnäckig. So machten sie altes Herkommen als Rechtfertigung für ihr Kanzleirecht geltend, indem sie darauf hinwiesen, bereits der Vater und der Grossvater ihres derzeitigen Schreibers Öchslin hätten als Schreiber der Waldstatt geamtet. Kauf- und Zinsbriefe würden deshalb bereits länger als das Gedächtnis eines Menschen in die Vergangenheit zurückreiche, von den Schreibern der Waldleute errichtet und vom Vogt besiegelt. Es sei deshalb nur richtig und gerecht, wenn diese Praxis auch in Zukunft beibehalten werde.

Als Gegenleistung akzeptierten die Waldleute das Kloster als Gerichtsherrn. Ihrer Ansicht nach sollte in Zukunft ausschliesslich die Stiftskanzlei für die Führung der Protokolle und die Ausfertigung der entsprechenden Urteile zuständig sein. Gerade in diesem Bereich sah jedoch der Abt für den Dorfschreiber eine gewisse Existenzberechtigung, indem er ihm gestatten wollte, als Protokollführer bei Gerichtsverhandlungen zu wirken. Die Waldleute ihrerseits entgegneten, mit einer solchen Massnahme würden ihrem Schreiber die Einkünfte und damit die Existenzgrundlage entzogen. Denn bisher habe Schreiber Öchslin pro Kauf- oder Zinsbrief immerhin einen Schilling eingenommen. Ohne diese Einkünfte, könne er kein Auskommen finden, was unweigerlich dazu führe, dass sie, die Waldleute, in Zukunft auf einen eigenen Schreiber verzichten müssten. Schliesslich erinnerten sie den Abt an sein Versprechen, welches er ihnen anlässlich seines Amtsantritts geleistet habe. Er habe ausdrücklich zugesagt, er wolle die Waldleute bei ihren alten Bräuchen belassen. Mit diesem Einwand zückten die Waldleute ihren letzten Trumpf, um das Schiedsgericht zu überzeugen und die Dinge in ihrem Sinn zu beeinflussen.

Der Abt gab sich jedoch nicht geschlagen. Auf das Votum der Waldleute entgegnete er, es gehe ihm keineswegs darum, angestammtes Recht der Waldleute zu beschneiden. Im Stiftsarchiv lägen jedoch überlieferte Urkunden und Verträge, anhand derer leicht festzustellen sei, dass diese niemals von einem Schreiber der Waldleute errichtet und auch niemals vom Vogt besiegelt worden seien. Vielmehr habe dies in der Vergangenheit jeweils ein Schreiber oder ein Amtmann des Klosters

übernommen. Abt Joachim gab zwar zu, der Vater des derzeitigen Schreibers Öchslin habe Urkunden des Klosters besiegelt. Öchslin habe jedoch während vieler Jahre als Amtmann im Dienste des Klosters gestanden und in dieser Funktion als Schreiber und Siegler für das Kloster gewirkt. In den seither vergangenen 40 Jahren habe wiederum der Amtmann und nicht der Vogt den grössten Teil der in Frage stehenden Urkunden besiegelt. Aus diesem Grund lasse sich aus der Tätigkeit des Schreibers der Waldleute, wie sie dieser in den letzten Jahren ausgeübt habe, kein althergebrachtes Recht ableiten. Schliesslich erinnerte der Abt die Waldleute seinerseits an den ihm gegenüber geleisteten Eid, mit dem das Kloster bei seinen angestammten Rechten belassen werden sollte. Im Übrigen wies er die Waldleute auf die diesbezügliche Praxis in den anderen Ämtern der Herrschaft hin. Auch dort sei jeweils ein auf das Kloster geschworener Schreiber für die Errichtung der Urkunden zuständig und der Amtmann des Klosters führe das Siegel. Es müsse auch im Interesse der Waldleute liegen, dass eine zentrale Stelle die Verwaltung der Herrschaft wahrnehme. Denn nur so könnten die rechtmässigen Ansprüche von Besitzern an Grundstücken und Immobilien auf Dauer gewahrt bleiben.<sup>537</sup>

Das Urteil der Schwyzer fiel schliesslich ganz im Sinne des Abtes aus: «Namblich und des ersten so sollen alle schreiberey in der waldtstatt Einsidlen dem würdigen gottshaus daselbs heim dienen und hiemit zubekent seyn [...]».<sup>538</sup> Die Kanzleitaxen wurden dabei wie folgt festgelegt: Für Zinsbriefe mussten die Parteien bis zu einem Wert von neun Pfund eine Taxe von zehn Schillingen entrichten. Für jedes weitere Pfund kam ein Schilling dazu und für das Pergament zwei Batzen. Kaufverträge mussten bis zu einem Betrag von 100 Gulden mit zehn Schillingen abgegolten werden. Für jeweils weitere 100 Gulden waren jedes Mal zehn Schillinge fällig. Alle übrigen Urkunden kosteten pauschal zehn Schillinge, Kundschaften deren fünf. Tatsächlich wurde der Schreiber der Waldleute durch den Schiedsspruch aus Schwyz seines Einkommens beraubt. Landammann Christoph Schorno und sein Gefolge forderten den Abt deshalb auf, er solle den Waldleuten 12 Pfund zur Verfügung stellen, damit sie aus den daraus anfallenden Zinsen ihren Schreiber bezahlen könnten. Der Abt stimmte diesem Vorschlag zu. Damit jedoch kein erneutes Präjudiz geschaffen wurde, steht im Kanzleibrief ausdrücklich festgehalten, das Kapital zugunsten des Schreibers sei «[...] aus keiner gerechtigkeit, sonder allein

---

<sup>537</sup> Schiedsgerichtsurteil von Schwyz betreffend die Kanzlei in Einsiedeln von 1562, StIAE, Sig. A. XL 2, (vgl. auch. DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 114-116).

<sup>538</sup> Zit. nach: Ebd., S. 117.

von bits wegen unserer herren und oberen [...] und aus gnaden [...]»<sup>539</sup> vom Kloster zur Verfügung gestellt worden. Zur Kompensation musste der Dorfschreiber dem Abt bei Bedarf jederzeit zu Diensten stehen.<sup>540</sup>

Das Kanzleirecht des Klosters Einsiedeln wurde damit auf ein neues, rechtlich solides und v. a. schriftlich festgehaltenes Fundament gestellt. Dem Abt war es mit der Unterstützung aus Schwyz – dem anderen Herrschaftsträger der Region, der selbstverständlich ebenfalls an geordneten und stabilen Verhältnissen in Einsiedeln interessiert war – gelungen, seine Forderungen vollumfänglich durchzusetzen. Die Waldleute hatten einen weiteren Versuch unternommen, wirtschaftlich und rechtlich grössere Autonomie vom Kloster zu erlangen. Der Auffassung der Zeit entsprechend widersprach ihr Begehren jedoch jeder guten Ordnung. Die unterlegene Partei hatte in dieser Situation keine Möglichkeit, sich dem Spruch aus Schwyz zu widersetzen und stimmte der Vereinbarung wohl ohne grossen Enthusiasmus zu. Als kleiner Trost wurde den Waldleuten das Recht auf einen eigenen Schreiber bestätigt, auch wenn dessen Entfaltungsmöglichkeiten in Zukunft stark eingeschränkt waren. Da jedoch der Kanzleibrief von 1562 dem Kloster das alleinige Kanzleirecht zusprach und keine Ausnahmen duldete, konnte eine buchstabengetreue Durchsetzung der Bestimmung von vornherein nicht erwartet werden. Wenn sich die Waldleute nämlich vollumfänglich an die Vorschriften gehalten hätten, hätte wirklich jede Kaufquittung auf der Kanzlei bestellt werden müssen. Diese Überregulierung begünstigte den sowieso weit verbreiteten Hang zur Unterwanderung des Kanzleirechts in besonderem Mass.

### 6.3.2 Angriffe auf das Kanzleirecht

Obwohl das exklusive Recht des Klosters auf die Führung einer Kanzlei mit dem Schiedsgerichtsurteil aus Schwyz eine solide Grundlage erhalten hatte, wurde es von den Waldleuten schon bald wieder regelmässig missachtet. Die Umstände, welche zu einem solchen Vergehen führten, lassen sich in der Regel nur in groben Umrissen rekonstruieren. In den meisten Fällen ist lediglich das Ergebnis als Bemerkung in den Jahrgerichtsprotokollen oder als Notiz in den Akten zum Kanzleirecht festgehalten.

---

<sup>539</sup> Zit. nach: Schiedsgerichtsurteil von Schwyz betreffend die Kanzlei in Einsiedeln von 1562, in: DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 117.

<sup>540</sup> Ebd., S. 117f.

In der ersten Zeit nach dem Schiedsspruch aus Schwyz scheinen sich die Waldleute recht gut an die Bestimmungen gehalten zu haben. Jedenfalls werden in den Akten der folgenden drei Jahrzehnte keine Bemerkungen zu derartigen Verstössen laut. Erst am Herbstgerichtstag vom 17. November 1598 ermahnte Kanzler Johann Jakob Reimann die anwesenden Waldleute wieder einmal, sie sollten sich besser an die Bestimmungen des Kanzleibriefes halten, denn zur Zeit werde dieser mehr schlecht als recht beachtet. Die Waldleute gelobten Besserung.<sup>541</sup> Am Jahrgericht vom 26. Mai 1614 drohte der Kanzler, das fürstliche Gericht werde in Zukunft auf Klagen und Appellationsbegehren nicht mehr eintreten, falls ein zu verhandelnder Gegenstand auf Verträgen beruhe, die ausserhalb der Klosterkanzlei errichtet worden seien.<sup>542</sup> Tatsächlich wurde mit Urteil vom 4. Dezember 1617 eine Grundpfandverschreibung von 10 Pfund für ungültig erklärt, da sie nicht der Form entsprechend, will heissen, nicht in der fürstlichen Kanzlei errichtet worden war. Der Schuldner Hans Zingg musste dem Gläubiger Konrad Zangger den besagten Betrag samt Zinsen zurückbezahlen. In gleicher Weise wurde am 7. September 1619 ein Kaufvertrag zwischen einer Dorothea Albeger und einem Heinrich Benziger aufgehoben, da die Frau den entsprechenden Vertrag von ihrem schreibkundigen Sohn hatte errichten lassen.<sup>543</sup> Damit traf das Kloster die Waldleute an einer empfindlichen Stelle, denn tatsächlich bildete das fürstliche Gericht die einzige Instanz, an die sich die Waldleute im Falle einer Auseinandersetzung wenden konnten. Als Untertanen des Klosters waren sie von diesem in jeder Beziehung abhängig und es existierte für sie keine andere Gerichtsinstanz. Verträge, welche das fürstliche Gericht nicht als rechtsgültig anerkannte, waren daher wertlos.

Für Schuldbriefe galt dasselbe. Wer keine Schulden machen konnte, hatte bloss sein eigenes Geld für wirtschaftliche Investitionen zur Verfügung. Bargeld war jedoch bei den Bauern und Gewerbetreibenden des agrarisch geprägten Einsiedler Fürstentums nur in beschränktem Mass vorhanden. Die wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen hing daher in grossem Mass von der Möglichkeit ab, fremdes Kapital aufzunehmen. Wenn das Kloster sein Kanzleirecht rigoros durchsetzte, gab es für die Waldleute nur einen Weg an solches Geld zu gelangen und dieser führt über die Stiftskanzlei.

---

<sup>541</sup> Deductio, StiAE, Sig. A. XL 6.

<sup>542</sup> Ebd.

<sup>543</sup> Ebd.

## **Weisungen Abt Placidus Reimanns zur Kanzlei aus dem Jahr 1650**

Möglicherweise zeigte das oben beschriebene harte Durchgreifen des Klosters für eine gewisse Zeit Wirkung. Jedenfalls scheint das Leben in Einsiedeln in den Jahren zwischen 1619 und 1650 in dieser Beziehung ruhig verlaufen zu sein. In Zusammenhang mit einem Streit um Grundpfandrechte ist dann aus dem Jahr 1650 wieder eine Quelle überliefert, die Einblick in den Umgang der Waldleute mit dem ungeliebten Kanzleirecht gewährt: In einem Auszug aus dem Protokoll des fürstlichen Appellationsgerichts vom 28. November ist ein Streit zwischen Martin und Franz Öchslin aus der Waldstatt Einsiedeln beschrieben. Die beiden Kontrahenten hatten gegen das Urteil des fürstlichen Gerichts beim Rat in Schwyz appelliert, was dazu führte, dass beide dort erst einmal in Haft gesetzt wurden. Darauf machte sich der Schwyzer Landesstatthalter Gilg Betschart zusammen mit dem Ratsherrn Balthasar auf der Maur nach Einsiedeln auf, um daselbst Erkundigungen über den Fall einzuholen. Im Kloster angekommen, verlangten die Schwyzer Einsicht in die Kanzleiregister, besonders in jenes, in dem die Grundpfandtitel, die sog. Gülten, registriert wurden. Offenbar zeigte sich, dass die umstrittene Gülte tatsächlich nicht in der Klosterkanzlei errichtet worden war, jedenfalls fand sich im Register kein Eintrag dazu. Die beiden Gesandten belehrten den Abt, abgelöste Gülten müssten physisch, z.B. durch Zerschneiden, ausser Kraft gesetzt werden. Dies geschehe in Einsiedeln momentan nicht in jedem Fall, was zu Rechtsstreitigkeiten und grosser Verwirrung führe. Abt Placidus Reimann handelte umgehend. Am 23. November 1650 berief er den Rat ein, der verbindliche Vorschriften zum Umgang mit Altgülden festlegte und anlässlich des Herbstgerichtes vom 28. November 1650 verkündete Kanzler Weissenbach den anwesenden Waldleuten die folgende Verordnung:<sup>544</sup>

Als erstes wurde der Grundsatz bestätigt, nachdem alle Verträge, die in irgendeiner Weise die Waldstatt Einsiedeln betrafen, auf der Klosterkanzlei errichtet werden mussten. Zu den Grundpfandtiteln im Speziellen liess er die folgenden Punkte vor den versammelten Angehörigen der Waldstatt verkünden:

1. mussten abgelöste, d.h. zurückbezahlte Gülten irreversibel kraftlos und ungültig gemacht werden. Dazu sollten die Siegel abgeschnitten werden.
2. durften Gülten laut dem Schiedsgerichtsurteil von 1562 ausschliesslich in der Klosterkanzlei errichtet werden. Dazu sollten beide Parteien beim Amtmann vorsprechen und zusammen mit diesem auf der Kanzlei erscheinen. Falls ein

---

<sup>544</sup> Ordnung für die Kanzlei von Abt Placidus Reimann vom 28. November 1650, Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 6.

Grundpfandgeschäft Anspruch auf Rechtmässigkeit erheben konnte, wurde in der Kanzlei eine Gülte errichtet, besiegelt und in das sog. Gültprotokoll, also in das entsprechende Kanzleiregister, eingetragen.

3. sollten Gülten, die ausserhalb der Kanzlei errichtet wurden, im Streitfall vor Gericht in Zukunft bloss wie «gemeine Geldschulden» behandelt werden.

4. sollte es jedermann frei stehen, ob er auf seinen Grundbesitz eine Gülte errichten lassen wollte oder nicht.

5. mussten auf der Kanzlei in Auftrag gegebene Gülten innert Monatsfrist abgeholt und bezahlt werden, ansonsten sie für kraftlos erklärt wurden, ohne das die geschuldete Kanzleitaxe vererfiel.

Offensichtlich wurden diese Weisungen als Reaktion auf konkretes Fehlverhalten erlassen. Offenbar wurden Gülten nach der Ablösung vom Grundbesitzer nicht in jedem Fall zerstört, sondern bei Bedarf erneut in Umlauf gesetzt. Auf diese Weise konnte zwar die Kanzleitaxe gespart werden, die Kontrolle über die sich im Umlauf befindlichen Titel ging der Kanzlei jedoch verloren. Wie oben dargelegt, wurden in anderen Fällen Altgülden ausserhalb der Klosterkanzlei z.B. vom Schreiber der Waldleute errichtet, was den Bestimmungen des Kanzleibriefes von 1562 klar widersprach. Laut Punkt vier der Weisungen, kamen Gülten offenbar zum Teil auf Druck von aussen zustande, z.B. indem jemand die finanzielle Notlage eines anderen ausnutzte. Schliesslich wird deutlich, dass bestellte Gülten oft lange auf der Kanzlei liegen blieben. Mit diesem Trick konnten Schuldner und Gläubiger bei Bedarf auf die Gülte zurückgegriffen, ohne bis dahin die Kanzleitaxe zu entrichten. Wie dreist die Waldleute in gewissen Fällen die Rechte des Klosters untergruben, zeigt ein Beispiel, das ebenfalls am Herbstgericht vom 28. November 1650 zu Sprache kam. Diesmal protestierte der Abt gegen das Zustandekommen eines Gegenrechtsvertrags zwischen der Waldstatt Einsiedeln, Glarus und dem Rheintal. Die Waldleute hatten den Vertrag von ihrem eigenen Schreiber errichten lassen und mit einem alten Vogtsiegel besiegelt. Mit gutem Recht ermahnte der Abt die Leute und erinnerte sie daran, Aussenbeziehungen seien Sache der drei Teile und entsprechende Verträge müssten auf der Klosterkanzlei errichtet und vom Abt besiegelt werden.<sup>545</sup>

Beiden Beispiele zeigen deutlich, wie wenig gefestigt die Herrschaft des Klosters in der Mitte des 17. Jahrhunderts war. Von staatlicher Souveränität im

---

<sup>545</sup> Ordnung für die Kanzlei von Abt Placidus Reimann vom 28. November 1650, Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 6.

heutigen Sinn kann keine Rede sein. Vielmehr musste der Abt täglich um seine Ansprüche als Herr über das geistliche Fürstentum kämpfen, nicht zuletzt gegen die Waldleute, die formal zwar als leibeigene Untertanen galten, in der Praxis jedoch als partizipierende Partei der Drei Teile ihren Anspruch auf Mitbestimmung und möglichst weit gehende Autonomie durchzusetzen versuchten.

### **Weitere Verstösse gegen das Kanzleirecht**

Weitere Fälle von Verstössen gegen das Kanzleirecht wurden am Herbstgericht vom 22. November 1661 öffentlich gerügt. Laut Kanzler Heinrich hatten Kaufverträge, die ausserhalb der Stiftskanzlei errichtet worden waren, wiederholt zu komplizierten Rechtshändeln geführt. Im Auftrag des Abtes verkündete er darum zum wiederholten Mal, solche unrechtmässigen Verträge hätten vor dem fürstlichen Gericht keine Gültigkeit. Als Exempel erklärte er zwei auf die genannte Weise zustande gekommene Geburtsurkunden öffentlich für ungültig und ersetzte sie durch rechtmässige Urkunden aus der Klosterkanzlei.<sup>546</sup> Am 31. März 1685 bekräftigte Kanzler Lazarus Heinrich vor dem Ausschuss der drei Teile die Bestimmung erneut und präziserte, aus der Sicht des Klosters, sei es dem Schreiber der Waldleute lediglich erlaubt, Protokolle und Urteile des Malefizgerichtes zu errichten, da nur dieses Gericht in der Zuständigkeit des Schirmherrn liege.<sup>547</sup> Da der Schreiber der Waldleute jedoch seit jeher das Protokoll an Jahrgerichten zuhanden der Waldleute führte, sollte ihm dies auch weiterhin erlaubt bleiben. Seit 1672 ein gewisser Josef Kuriger das Amt des Dorfschreibers angetreten hatte, lag aus der Sicht des Klosters in dieser Beziehung einiges im Argen. So führte Kuriger bei Zusammenkünften der Ausschüsse ein eigenes Protokoll, was zuvor nie vorgekommen war.<sup>548</sup> Überhaupt scheint der neue Schreiber, der übrigens gleichzeitig im Dorf Einsiedeln ein Wirtshaus betrieb<sup>549</sup>, das Kanzleirecht des Klosters nicht sehr ernst genommen zu haben. Denn bereits anlässlich einer Zusammenkunft von Gesandten des Schwyzer Rates mit Vertretern des Klosters und dem Vogt der Waldleute am 6. April 1685, kam ein Fehlverhalten des Schreibers zur Sprache:<sup>550</sup> Kuriger hatte einem gewissen Joseph Tschümperlin, einen Schwyzer Beisassen, eigenmächtig einen schriftlichen Beschluss zukommen lassen, demzufolge er kein Angehöriger der Waldstatt sei und

---

<sup>546</sup> Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 6 und Jahrgerichtsprotokolle, StiAE, Sig. A. DM 1.

<sup>547</sup> Ebd.

<sup>548</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 5, April 1685, StiAE, Sig. A. HB 5, fol. 32v.

<sup>549</sup> Jahrgerichtsprotokolle, StiAE, Sig. A. DM 1, 3. Juni 1685.

<sup>550</sup> Ebd., 6. April 1685.

deshalb gleich wie ein Fremder behandelt werden müsse. Tschümperlin war mit diesem Verdikt ganz und gar nicht einverstanden, da er mit dem Status eines Fremden in der Waldstatt nur geringe Partizipationsrechte genoss. Insbesondere war ihm die Nutzung der Allmende verboten, was einem Bauern unter Umständen die Existenzgrundlage entziehen konnte. Tschümperlin sprach deshalb bei den Schwyzer Behörden vor und protestierte gegen die Verfügung Kurigers. Auch diesmal begaben sich Vertreter der Schwyzer Obrigkeit nach Einsiedeln, um vor Ort zu klären, welcher Art der geltenden Status von Schwyzer Beisässen in der Waldstatt Einsiedeln sei. Gleichzeitig kam das Verhalten Kurigers zur Sprache.

Kanzler Heinrich legte vor den versammelten Herren dar, der Fall Tschümperlin sei bereits am vergangenen 31. März vor den Ausschüssen zur Sprache gekommen. Der Allmendvogt Martin Gyr habe damals gefragt, wie er mit Tschümperlin, der um die Nutzung der Allmende nachgefragt habe, verfahren solle. Heinrich gab zu, die Ausschüsse seien der Meinung gewesen, es wäre das Beste, wenn Tschümperlin zum freiwilligen Verlassen der Einsiedler Herrschaft gebracht werden könnte, da damit eine langwierige Diskussion um die Frage des rechtlichen Status der Schwyzer Beisässen in der Waldstatt Einsiedeln vermieden werden könnte. Da Tschümperlin sich jedoch nicht vertreiben liess, wurde vorgesehen, die Sache an der nächsten ordentlichen Landsgemeinde in Schwyz zur Sprache zu bringen. An besagtem 31. März sei jedoch nie die Rede davon gewesen, Tschümperlin offiziell zum Fremden zu erklären. Kanzler Heinrich betonte, Schreiber Kuriger habe sich mit seinem Verhalten weit jenseits der Grenzen seiner Kompetenzen bewegt und sein Verhalten sei auch für das Kloster inakzeptabel. Es wurde beschlossen, Vogt Kälin solle umgehend nach Schwyz aufbrechen, um die dortige Obrigkeit von diesem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen. Dazu liess der Statthalter ein Pferd aus dem Stall bringen und versorgte den Vogt mit Proviant für die Reise, damit er unverzüglich in Richtung Schwyz aufbrechen konnte.<sup>551</sup> Für den fehlbaren Schreiber scheint der Vorfall keine Konsequenzen gehabt zu haben, jedenfalls erscheint er in späteren Jahrgerichtsprotokollen noch verschiedene Male in seiner Funktion und sorgte darüber hinaus für weitere Unruhe.

Der Fall zeigt mit aller Deutlichkeit, wie berechtigt die Sorge des Abtes um Rechtssicherheit und Stabilität im Fürstentum Einsiedeln war. Tatsächlich führte das eigenmächtige Vorgehen des Schreibers zu höchst unangenehmen Problemen für

---

<sup>551</sup> Diarium P. Josef Dietrich, Bd. 5, April 1685, StiAE, Sig. A. HB 5, fol. 33r.



das Kloster. Das komplexe Herrschaftsgefüge, repräsentiert durch das Institut der Drei Teile, war kaum jemals stabil und höchst anfällig. Versuche von Kompetenzerweiterung und Machtkumulation von jeder der beteiligten Parteien schufen komplizierte rechtliche Probleme, die nur schwierig im Rahmen der bestehenden grundherrlichen Ordnung gelöst werden konnten.

Ungeachtet dessen stiftete Kuriger bereits am 3. Juni 1685, also nur zwei Monate später, erneut grosse Verwirrung, was den Abt veranlasste, eine ausserordentliche Versammlung der Waldleute einzuberufen.<sup>552</sup> Dazu zog der Weibel durch alle Viertel der Waldstatt, von Haustüre zu Haustüre und kündigte den Bewohnern die bevorstehende Versammlung an. Einziges Traktandum bildete die Aufnahme eines gewissen Niklaus Inment als Beisässe. Da dieser in Einsiedeln ein nicht näher bezeichnetes Gewerbe betrieb, wollte er sich in der Waldstatt einkaufen. Der Fall scheint die Waldleute stark interessiert zu haben, denn obwohl viele dem Weibel auf dessen Ankündigung antworteten, sie wollten der Veranstaltung fernbleiben, da ausserordentliche Versammlungen von Schwyz aus verboten seien, erschienen sie zum festgesetzten Termin zahlreich. Der Kanzler eröffnete die Versammlung, indem er einen vom Gesessenen Rat in Schwyz getroffenen Beschluss verkündete, wonach Inment als ein in der Waldstatt angenommener Beisässe zu gelten habe, da Schreiber Kuriger diesem bereits einen Beisässenbrief ausgestellt habe. Zu den Aktivitäten des Schreibers äusserte sich der Rat in Schwyz ausdrücklich nicht, da Kuriger sein Tun vor dem Abt und den Waldleuten zu verantworten habe. Kuriger selber gab zu Protokoll, er habe mit der Ausstellung des Beisässenbriefes keineswegs eigenmächtig gehandelt, sondern sei vor ungefähr 14 Tagen vom Weibel beauftragt worden, eine entsprechende Urkunde auf den Namen Inments auszustellen, worauf er sich sogleich an die Arbeit gemacht habe. Gegen Abend desselben Tages sei aus Schwyz ein Schreiben eingetroffen, mit dem er nach Schwyz zum Landammann bestellt worden sei. Da er am folgenden Tag in seinem Wirtshaus zu einer Hochzeit habe den Brautwein ausrichten können, sei es ihm erst Tags darauf möglich gewesen, der Aufforderung aus Schwyz nachzukommen. Er sei also nach Schwyz geritten und habe den von ihm errichteten Beisässenbrief Landammann Erler vorgelegt, worauf dieser ihm untersagt habe, die Urkunde an Inment auszuhändigen. Die auf Kurigers Darlegungen folgende Diskussion drehte sich v. a. um die Frage, ob Inment überhaupt nach den Regeln des Waldstattbuches

---

<sup>552</sup> Jahrgerichtsprotokolle, StiAE, Sig. A. DM 1, 3. Juni 1685.

als Beisässe angenommen worden sei. Laut dem Waldstattbuch war es nämlich notwendig, dass alle Drei Teile die Aufnahme bestätigten. Zudem hatte der Antragsteller ein Pfand in der Höhe von 100 Gulden zu hinterlegen und zusätzlich 20 Pfund als Aufnahmegebühr zu entrichten.<sup>553</sup> Da die Meinungen über die Rechtmässigkeit des Verfahrens unter den Waldleuten auseinander gingen, konnte zum Fall Inment kein abschliessender Entscheid gefasst werden. Nach weiteren Verhandlungen und nach der Berufung des Dreifachen Rates aus Schwyz als Schiedsgerichtsinstanz, konnte an einer ausserordentlichen Gemeinde am 2. Dezember 1685 der Beschluss der Schwyzer verlesen werden. Niklaus Inment hatte die Waldsatt Einsiedeln bis zum folgenden St. Gallus-Tag mit Frau, Kindern und allen Angehörigen zu verlassen.<sup>554</sup> Erneut hatte Kuriger also seine Kompetenzen überschätzt und überschritten. Nach den Bestimmungen des Kanzleibriefes von 1562 war Kurigers Urkunde für Inmet vollständig wertlos. Interessanterweise hielt sich das Kloster aus der Auseinandersetzung um die Aufnahme Inments weitgehend heraus. Mit der Begründung, das Kloster sei an der Aufnahme Inments nicht interessiert, überliess der Abt die Entscheidung den Waldleuten. Erst als keine Einigung zustande kam, wurde der Schwyzer Rat als Schiedsgerichtsinstanz eingeschaltet. Immerhin entschied dieser dann ganz im Sinne des Abtes, indem er den Beisässenbrief aus der Feder Kurigers für ungültig erklärte.

Fünf Jahre später, am Maigerichtstag vom 4. April 1690,<sup>555</sup> musste Kanzler Heinrich auf Geheiss Abt Augustin Redings den versammelten Waldleuten wieder einmal den Kanzleibrief von 1562 von Anfang bis zum Schluss vorlesen. Gleichzeitig machte der Kanzler eine erstaunliche Anordnung bekannt. Abt Augustin Reding liess mitteilen, er wolle die Waldleute keineswegs verpflichten, Kaufverträge, Schuldbriefe und dergleichen in der Klosterkanzlei errichten zu lassen. Durch die Verwendung der verschiedenen Schreiber, die offensichtlich in jener Zeit im Dorf aktiv waren, werde dem Betrug jedoch Tür und Tor geöffnet. Auf lange Sicht sei dadurch die Rechtssicherheit in der Waldstatt gefährdet. Auf sicherem Boden bewege sich nur, wer seine Rechtsgeschäfte auf der Stiftskanzlei erledige, da nur diese die hierfür notwendige Kontinuität garantiere. Auf der Stiftskanzlei werde jeder errichtete Vertrag in ein Register eingetragen, was der Nachvollziehbarkeit einer Rechtshandlungen diene, da damit die Existenz eines Vertrages jederzeit und für alle Zukunft

---

<sup>553</sup> Waldstattbuch, Art. 68, in: DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 73.

<sup>554</sup> Jahrgerichtsprotokolle, StiAE, Sig. A. DM 1, 3. Juni – 2. Dezember 1685, S. 226-255.

<sup>555</sup> Ebd., Sig. A. DM 2, 4. April 1690, S. 161-163.

nachgewiesen und belegt werden könne. Anders verhalte es sich mit jenen Verträgen, die aus einer der Dorfschreibereien stammten: «[...] zuedemem sollten die waldtleuth wol in bedenken ziechen und in obacht nehmen dass so sich begeben dass die in einem von dem schreiber in dem dorf geschribenen kauffzedel cc. angezogenen zeügen mit todt abgangen wären und dan sich dises brieffes halber streitt anhebt, alsdan satsamer zedel wegen abgang lebendiger zeügen für nichts mehr geachtet werden könne und solle.»<sup>556</sup> Natürlich beabsichtigte Abt Augustin Reding die Waldleute für die Klosterkanzlei zu gewinnen. Dazu pochte er jedoch nicht auf sein verbrieftes Recht, sondern versuchte die Leute mit vernünftigen Argumenten zu überzeugen.

Am 24. Mai 1690 versammelten sich Vertreter der Drei Teile im Hofsaal des Klosters zu einer Beratung. Hauptgegenstand bildete die Erörterung von Massnahmen zur Bekämpfung unbewilligter Krämerstände im Dorf Einsiedeln. Da das Geschäft eindeutig in die Kompetenz der Drei Teile fiel, machte Kanzler Heinrich im Laufe der Verhandlung einige grundsätzliche Bemerkungen zum Vorgehen bei der Beschlussfassung dieser Instanz. Offenbar war ihm zu Ohren gekommen, der Vogt habe in letzter Zeit verschiedene Male mit den Waldleuten Beratungen geführt und Beschlüsse gefasst, ohne eine Vertretung des Klosters daran zu beteiligen. Im Protokoll steht dazu vermerkt: «Der cantzler erinnert die ambleuth das weilen er verneme dass die rath vil und oft wegen bettlens, der allmende und andere für die 3 theil gehörige sachen beratschlagen, sie jhr hierüber abfastendes guetbefinden durch jhren schreiber in jhr protocoll nit als einen völligen schluss nit einsetzen lassen sollen, sondern vorhin auch des fürstlichen gottshauses meinung vernehmen sollend umb alle streitigkeiten so hiervon erfolgen möchten zue verhüeten.»<sup>557</sup> An der Session vom 3. April 1690 hatten die Vertreter der Waldleute nach kurzer Beratung den Anträgen des Kanzlers zugestimmt und versichert, sie wollten in Zukunft ihren Einfluss bei den Waldleuten geltend machen, damit die Bestimmungen des Kanzleibriefs eingehalten würden. Zudem akzeptierten sie – wie schon so oft zuvor – die Bestimmung, nach der die fürstlichen Gerichte für unrechtmässig ausgestellte Verträge nicht zuständig seien, ja solche Verträge sogar annulliert würden.<sup>558</sup> Die Beteuerungen der Waldleute zeigten jedoch auch dieses Mal nicht die

---

<sup>556</sup> Zit. nach: Jahrgerichtsprotokolle, StiAE, Sig. A. DM 2, 4. April 1690, S. 162.

<sup>557</sup> Zit. nach: Ebd., 24. Mai 1690., S. 170.

<sup>558</sup> Vgl. dazu: Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 5 und die Jahrgerichtsprotokolle vom 3. und 6. April 1693, StiAE, Sig. A. DM 2, S. 209-211.

erwünschte Wirkung, so dass wiederum drei Jahre später, am Maigericht von 1693 sowie ein Jahr darauf am Maigericht vom 19. April 1694, der Kanzleibrief vorgelesen werden musste.<sup>559</sup>

An der Session vom 19. April 1698 brachte der Kanzler vor, einige Waldleute seien an ihn gelangt, die gerne zusätzliches Geld auf ihre Güter aufgenommen hätten. Da die Güter bereits mehrfach mit Gülten belastet waren, war laut Artikel 81 des Waldstattbuches eine weitere Belastung nicht mehr möglich. Jedoch hatte der betreffende Artikel in der Vergangenheit nie Beachtung gefunden. Der Rat kam deshalb zum Schluss, die bisher geübte Praxis, also die Möglichkeit, Güter mit mehreren Gülten zu belasten, solle beibehalten werden, damit weiterhin Kapital für Investitionen aufgenommen werden könne. Mit dem Artikel 81 hatte das Kloster ursprünglich zu verhindern versucht, dass Kapitalien der Gläubiger in kleinste Tranchen zersplittert, auf viele verschiedene Güter verteilt, vor dem Kloster versteckt werden konnten.<sup>560</sup> Da die Bestimmung jedoch notwendige Investitionen behinderte, beharrte das Kloster nicht auf der Einhaltung des fraglichen Artikels.

In gleichen Jahr, am Herbstgericht vom 17. November 1698, protestierte der Kanzler erneut in scharfem Ton gegen die Schreibstuben im Dorf: «Zue fordern thate hl. kantzler auch wegen eingreifung der kantzley sachen kreftigsten anzug. Dass man allzeit vernommen habe dass in dem dorf kantzley gebührende sachen man expediere. Nun aber habe jhr fürstl. gnaden dise resolution gefasst dass wofern dergleichen schriften als kauff-, verträgnus-, urtel- und gültbrief auch andere der kantzley allein zustehende sachen [...] von den waldleuthen ze Schwyz und vor gericht, appellation oder anderstwo ufgelegt wurde, selbige ohngelesen verreissen zue lassen, könn sich also ein iedtweder dahin richten.»<sup>561</sup> Der Konflikt spitzte sich in der Folge zu, so dass P. Benno Zimmermann auf den 3. Februar 1699 eine ausserordentliche Session in dieser Sache einberief, nachdem Vogt Wissmann und verschiedene andere an ihn herangetreten waren. Pater Benno, der als Probst in St. Gerold eingesetzt war, weilte zu dieser Zeit gerade in Einsiedeln, da er mit dem Verkauf der Herrschaft Ittendorf beschäftigt war.<sup>562</sup> Die ausserordentliche Session diente der Aussprache unter allen beteiligten Personen.

---

<sup>559</sup> Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 5 und das Jahrgerichtsprotokoll vom 19. April 1694, StiAE, Sig. A. DM 2, S. 222-225.

<sup>560</sup> Jahrgerichtsprotokolle, StiAE, Sig. A. DM 2, 19. April 1698, S. 5-8.

<sup>561</sup> Ebd., 17. November 1698, S. 17.

<sup>562</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 314.

Als erster ergriff Vogt Melchior Wissmann das Wort für die Waldleute. Er behauptete, kanzleifremde Urkunden seien bereits seit Generationen vor Gericht und Appellation zugelassen worden. Es sei damals – und diese Feststellung gelte bis heute – für die Waldleute viel zu teuer gewesen, wegen jedem unbedeutenden Vertragswerk auf der Klosterkanzlei vorzusprechen. Falls beispielsweise jeder Erbteilungsvertrag auf der Kanzlei errichtet werden müsste, würde das seiner Ansicht nach zu sehr vielen Beschwerden führen. Anstelle einer Antwort, las Probst Zimmermann den Anwesenden den Kanzleibrief von 1562 vor und erläuterte die damit verbundenen Ansprüche des Klosters. Im Prinzip, so hielt er fest, liege das Kanzleirecht alleine beim Kloster. Lediglich für Schriftgut, das im Zusammenhang mit der hohen Gerichtsbarkeit stehe, sei der Vogt als Vertreter der Schwyzer Obrigkeit zuständig. Da jedoch die Waldleute von alters her bei Versammlungen und Jahrgerichten ihr eigenes Protokoll führten, solle ihnen dies auch in Zukunft erlaubt bleiben. Vogt Wissman erwiderte, er sei während seinen Nachforschungen in dieser Sache in der Archivlade der Waldleute auf Dokumente gestossen, die im Verlauf einer ähnlichen Auseinandersetzung zwischen dem Kloster und den Waldleuten um das Kanzleirecht im Jahr 1589 entstanden seien. Als Ergebnis der damaligen Auseinandersetzung sei den Waldleuten zugestanden worden, Kaufverträge und Urkunden, die nicht besiegelt werden mussten, in eigener Kompetenz zu errichten. Der Standpunkt der Waldleute konnte im weiteren Verlauf der Besprechung nicht mit jenem des Klosters zur Deckung gebracht werden und so kam man zu keinem Ergebnis. Immerhin versprach der Vogt, er bringe das Traktandum an der nächsten Ratsversammlung erneut zur Sprache.<sup>563</sup>

### **Dorfschreiber Josef Kuriger erörtert die Stellung der Einsiedler Kanzlei**

Im gleichen Zusammenhang steht ein undatiertes Brief des bereits genannten Dorfschreibers Josef Kuriger an den damaligen Statthalter des Klosters P. Ambros Püntener.<sup>564</sup> Im Klosterarchiv wurde das undatierte Schreiben auf die Jahre 1706 oder 1707 datiert. Zwei gewichtige Gründe sprechen jedoch für eine Datierung in die Jahre 1699 oder 1700: Erstens übte P. Ambros Püntener das Amt des Statthalters in Einsiedeln nur während wenig mehr als einem Jahr aus (5. 12. 1698-25. 2. 1700)<sup>565</sup>

---

<sup>563</sup> Jahrgerichtsprotokolle, StiAE, Sig. A. DM 2, 3. Februar 1699, S. 18-20, Vgl. dazu auch: Diarium P. Josef Dietrich, StiAE, Sig. A. HB 11, Februar 1699, S. 111-112.

<sup>564</sup> Brief von Schreiber Kuriger an Statthalter P. Ambros Püntener, Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 10.

<sup>565</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 347.

und zweitens äusserte sich Kuriger im Brief ausdrücklich zu den Beweggründen, die ihn veranlassten, seine Beobachtungen nicht mündlich, sondern eben auf schriftlichem Weg vorzubringen: «[...] Warumb aber ich ihro hochwürde solches schrift und nit mundlich überbringe da ich nit gern vil im kloster herumlaufe das ich als ein ohren trager ausgeschreit werde, wie dan unsere Einsidler geschwind etwas über einen sagen können.»<sup>566</sup> Kuriger wendet sich hier ausdrücklich an den Statthalter in Einsiedeln, was im Falle Pünteners eben nur in den Jahren 1698-1700 möglich war. Nach dem 25. Februar 1700 weilte P. Ambros Püntener als Probst in Bellinzona.

Im Brief äusserte sich Kuriger ausführlich zur Art und Weise, wie in jener Zeit im Dorf Einsiedeln Verträge geschlossen wurden. Konkret schilderte er, wie ihm der Auftrag zur Errichtung eines Vertrages zum Verkauf einer Wiese erteilt worden sei. Er sei dazu von den Parteien ins Dorf ins Wirtshaus Adler bestellt worden. In der Gaststube wurde er vom Verkäufer der Matte, einem gewissen Dominik Kälin und dem Käufer mit Namen Josef Schönbächler erwartet. Die beiden befanden sich in Begleitung Vogt Wissmanns. Kuriger wies die Anwesenden darauf hin, es sei ihm verboten, Verträge dieser Art zu errichten, da für solche Geschäfte alleine die Klosterkanzlei zuständig sei. Vogt Wissmann erwiderte darauf lapidar, falls Kuriger nicht schreiben wolle, übernehme er diese Arbeit eben selbst. Seines Erachtens könne Kuriger den Vertrag getrost aufsetzen, denn der Abt habe doch vor kurzem erklärt, er wolle niemanden zu einem Gang auf die Kanzlei zwingen. Überhaupt seien aus der Vergangenheit genügend Gerichtsfälle bekannt, in denen Verträgen aus der Hand von Dorfschreibern solchen aus der Klosterkanzlei der Vorzug gegeben worden sei. Im Brief erläutert Kuriger im Folgenden die Hintergründe für diese Ansicht Wissmanns: Demnach hatte es vor wenigen Jahren, noch unter der Herrschaft Abt Augustin Redings (1670-1692), tatsächlich einen Gerichtsfall gegeben, in dem ein aus der Hand des Waldleute-Schreibers stammender Vertrag gegen eine fälschlicherweise errichtete Gülte aus der Klosterkanzlei obsiegte. Damals hatte Josef Kuriger, diesmal als Vertragspartei, zusammen mit einem Miteigentümer das Wirtshaus zum Sternen gegen eine Wiese eines gewissen Hans Jörg Kälin getauscht. Da das Wirtshaus mehr Wert war als die Wiese, blieb Kälin dem Kuriger und dessen Partner 17 Pfund Geld und 30 Kronen für eine festgesetzte Zeitdauer schuldig. Da Hans Jörg Kälin seinerseits einem Anton Helbling 80 Pfund

---

<sup>566</sup> Zit. nach: Brief von Schreiber Kuriger an Statthalter P. Ambros Püntener, Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 10.

schuldete, sprach er kurz darauf zusammen mit Helbling auf der Klosterkanzlei vor und liess eine Gülte in der Höhe dieses Betrages auf den Sternen errichten, ohne zu erwähnen, dass ihm der Sternen noch nicht vollständig gehörte. Als Kuriger von diesem Handel erfuhr, fürchtete er wohl um sein Geld und protestierte bei Helbling gegen die seiner Ansicht nach unrechtmässig errichtete Gülte. Helbling zog darauf Kuriger vor Gericht, in der Meinung, mit seiner Gülte aus der Klosterkanzlei werde er die Sache zu seinen Gunsten entscheiden können. Dem war aber nicht so. Helbling verlor sowohl vor der ersten Instanz wie auch bei der Appellation. Zu offensichtlich lag das Recht auf der Seite Kurigers, als dass der Abt mit gutem Gewissen nach dem Buchstaben des Kanzleibriefes hätte urteilen können. Für die Sache des Klosters waren solche Entscheide jedoch fatal, da sie vom Vogt und den Waldleuten bei nächster Gelegenheit als Präjudiz in die Waagschale geworfen werden konnten.

Laut Kuriger nannte Vogt Wissmann im Wirtshaus noch weitere Gründe, die für seine Sicht der Dinge sprachen. Seines Erachtens enthielten nämlich verschiedene Jahrgerichtsprotokolle der Waldleute<sup>567</sup> die Erlaubnis des Klosters an den Schreiber der Waldleute, Kaufverträge zu errichten. Laut Kuriger lag hier jedoch ein Irrtum Wissmanns vor, da die vom Vogt erwähnten Notizen aus dem Jahr 1672 stammten, also aus jenem Jahr, in dem er, Kuriger, zum Schreiber der Waldstatt ernannt worden war. Aufgrund dieses Wechsels hatten die Amtleute alle hinterlassenen Schriften der beiden Vorgänger Kurigers, Oswald und Kälin, an sich genommen und im Haus Vogt Wissmanns zusammengetragen. Dort habe man das Schriftgut studiert und daraufhin ihn, Kuriger, beauftragt, ausgewählte Dokumente und Notizen ins Protokollbuch einzutragen. Im Rahmen dieser Aktion sei auch die von Wissmann zitierte Bemerkung zu der vom Kloster geübten liberalen Praxis zur Errichtung von Kaufverträgen ins Protokollbuch gelangt und basiere damit nicht auf einem Beschluss des Jahrgerichts. Kuriger hatte mit dem Eintrag ins Protokollbuch also gewissermassen eine schriftliche Grundlage geschaffen, mit der eine seit langem geübte Praxis legitimiert werden sollte. Verschriftlichungen solcher Art waren in der Frühen Neuzeit gang und gäbe und weisen nicht zwangsläufig auf rechtswidrige Absichten der Schreibenden hin. Auf ein genügend lange ersessenes Recht konnte sehr wohl Anspruch erhoben werden. Aus der Sicht Kurigers sprach also nichts dagegen, solche Ansprüche schriftlich festzuhalten.

---

<sup>567</sup> Es handelt sich hier wahrscheinlich um die Sammlung der Waldleute, da Wissmann auf die Protokolle des Klosters wohl keinen Zugriff hatte.

Weiter analysierte Kuriger ein aus seiner Sicht grundlegendes Problem: «Zum driten disputiren seye der posses von noch neulich abgelesenem brief, also das vor vilen und hundert jaren diese schon in strit gewesen, die waldluth haben ja solches niemalen nach geben, wilen seye ieder zit fortgefahren und die HH. Itel Reding und seine mithaffte haben kein gwelt gehabt welches in der güötigkeit zuo schlichten, auch unsrer damalige in geschribene ambt luth haben kein gwelt gehabt welches in der güötigkeit zuo überlassen und obschon diser struches brief also aufgerichtet worden, habent die waltluth niemalen angenommen dan seye schon zuo vor und darnach zuo ieden end allen ziten mit schriben fortgefahren [...]»<sup>568</sup> Zieht man die bisher geschilderten Auseinandersetzungen um das Kanzleirecht in Betracht, so lässt sich Kurigers hier gemachte Feststellung durchaus bestätigen. Tatsächlich sei es aber so, fuhr Kuriger fort, dass Abt Augustin Reding (1670-1692) vor allen anderen das Kanzleirecht des Klosters zu wenig konsequent durchgesetzt habe. Kuriger selbst sei während seiner 17-jährigen Tätigkeit als Schreiber der Waldeute vom damaligen Kanzler Lazarus Heinrich mindestens fünf Mal beim Abt verklagt worden, er greife mit seiner Tätigkeit in die Rechte des Klosters ein. «Man hat den guoten cantzler lassen klagen, dan er als ein Zuger nit fast angehört worden sundern man hat durch die finger geschauet und uns fortfarem lassen.»<sup>569</sup>

Die Schilderung Kurigers gewährt einen detaillierten Einblick in die Mühen und Nöte, welche der jeweils amtierende Abt zusammen mit seinem Kanzler bei der Durchsetzung des klösterlichen Kanzleirechtes hatte. Einerseits galt es verwickelte und darum schwer aufzulösende Fälle zu lösen, wie jener des beschriebenen, unvollständig durchgeführten Tauschhandels. Solche Ränkespiele konnte der Abt unter seinen Untertanen nicht zulassen. Deshalb anerkannte er den unrechtmässig errichteten Tauschvertrag des Dorfschreibers. Dies wiederum benutzte ein paar Jahre später Vogt Wissman als Vorwand um in einem anderen Fall einen Kaufvertrag wiederum ausserhalb der Klosterkanzlei errichten zu lassen.

Es liegt in der Natur dieser Quellengattung, dass Konfliktfälle überproportional überliefert sind. Die einwandfrei erledigten Arbeiten der Kanzlei tauchen jedoch kaum einmal auf. Dennoch bestätigt sich beim Studium der Akten die oft vernommene Klage, die Angestellten der Klosterkanzlei hätten ihre Aufgabe oft nicht mit der nötigen Sorgfalt erledigt. Hätte der Kanzler oder sein Sekretär im

---

<sup>568</sup> Zit. nach: Brief von Schreiber Kuriger an Statthalter P. Ambros Püntener, Kanzleirechte, StIAE, Sig. A. XL 10.

<sup>569</sup> Zit. nach: Ebd.



geschilderten Fall beispielsweise vor der Ausstellung der Gülte auf das Wirtshaus Sternen von Hans Jörg Kälin einen gültigen Kaufvertrag verlangt oder einen Blick in das Kanzleiregister getan, hätten sie leicht festgestellt, dass Kälin nicht nach den Regeln des Kanzleibriefes von 1562 in den Besitz des Wirtshauses gelangt war, womit die weiteren Fehler hätten vermieden werden können. Andererseits wurde das Kanzleirecht offenbar nicht von jedem Abt gleich konsequent durchgesetzt. So hatte Abt Augustin Reding offensichtlich nicht den Willen oder die Möglichkeit, die von seinem Zuger Kanzler Lazarus Heinrich gemeldeten Verstösse gegen die Leute in der Waldstatt adäquat zu ahnden.

### **Chronologie des Widerstandes**

Am Maigericht vom 11. Juni 1699 stand das Kanzleirecht wieder einmal auf der Traktandenliste. P. Josef Dietrich berichtete im Diarium ausführlich über die Diskussionen, welche er in diesem Zusammenhang mit den Waldleuten führte. Sein Bericht lässt unter anderem die Gemütslage der Waldleute in dieser Sache erkennen: «Nach mittag hab ich vernommen dass sonderlich wegen der schribery vile seye geredt auch der schribery brief aus dem getrukten archyvio wird auf ein neüeres abgelesen worden, auch jedermann ermahnet dass wann einer etwas zu verschreiben hebe sich darumben in der canzly anmelden und dorten alle verschriben lassen. Es waren die meisten willig dazu, vile aber verstunden es ganz ubel und vermeinten disere brief were gemeinen waldleüten sehr beschwärllich. Jch habe selbst in dem spaziren nach mittag mit dreyen ab der Trachslaub geredt die sich sehr darüber gerümpft, widerstand, dass wann einer dem anderen im früeling ein huhn verkaufe, mit andingen solche auf dem herbst mit parem geld zubezalten und darüber ein hundschwifflin begehrte das er das geld gewüss sollte zu erhaben haben cc. umb dass paggetell sollte in die canzly laufen und derten ein brief darumben machen lassen.

Jch antwortete dass sie den handel letz verstunden, und seye nit also gemeint sunder es verstande sich dahin, dass wann einer ein ligend gut verkauff, vertauschet cc. soll der kauf in der canzly verschriben werden. Jtz wann einer dem anderen gelt leihet auf gewüsses ligend underpfand. Jtz so einer ein gült aufrichten will cc. oder auch einer dem anderen gelt in namhafter summa ausleichen cc. und es kraft haben soll, soll es in der canzly verschriben werden und dergleichen. Darzu das beste were wann solche gültenkäufe und schuldbrief vor dem richter selbst geschehen,

massen es im Turgeuw brüchlich, und angegeben müssten werden so könnte alsdann nit so leichtlich etwas fehlers mitlaufen, wie es dato vill fähler gegeben. Als sie diss gehört sagten sie als ia das auf die manier sich niemand zu klagen hette und der gemeine waldtmann es nit aso verstanden habe sonsten were idermann darmit wohl zufriden gewesen. Diss ware vast namhafte puncte by denen man sich lang aufgehalten cc.»<sup>570</sup> Im Gespräch mit P. Josef Dietrich zeigen sich die Bauern auffällig Begriffsstutzig. Nach all den vorbereitenden Diskussionen, die im Kreis der Waldleute geführt worden waren, scheinen ihre Äusserungen kaum glaubhaft. Die bewusste Fehl- und Überinterpretation der Bestimmungen des Kanzleibriefes bildete wohl einen Teil der Verhandlungs- und Widerstandstaktik. Indem sie vorgaben, sie hätten die Forderungen des Abtes nicht richtig verstanden, konnten sie weiterhin dagegen verstossen, ohne als ungehorsam oder gar rebellisch zu gelten. Es ist die sprichwörtliche Bauernschläue, die in diesem Fall zum Ausdruck kommt. Während der Auseinandersetzung kokettieren die Bauern mit dem Klischee der in solchen Dingen unverständigen Bauern, um ihren Widerstand zu kaschieren und sich vor einer allfälligen Strafe zu schützen.

In den folgenden Jahren zeigen die aktiven Angriffe und die passiven Verstösse gegen das Kanzleirecht des Klosters jeweils mehr oder weniger ähnliche Sachverhalte, wie die bisher geschilderten Fälle. Es ist deshalb nicht sinnvoll, diese einzeln ausführlich darzulegen. Der Vollständigkeit halber und um das Ausmass des Widerstandes zu dokumentieren, sind sie jedoch in der folgenden Tabelle 2 zusammengefasst.

**Tabelle 2:** Anfechtungen des Kanzleirechts durch die Waldleute

Datum	Vorfall
29. Mai 1702	Der Statthalter las am Maigericht den Kanzleibrief von 1562 vor und erklärte detailliert dessen Inhalt. Grund dafür war, dass in letzter Vergangenheit verschiedene Verträge aufgetaucht waren, die nicht aus der Klosterkanzlei stammten. Die Waldleute scheinen den Vortrag des Statthalters und die damit verbundene Ermahnung ohne Widerspruch entgegen genommen zu haben. <sup>571</sup>

<sup>570</sup> Zit. nach: Diarium P. Josef Dietrich, StIAE, Sig. A. HB 11, Juni 1699.

<sup>571</sup> Kanzleirechte, StIAE, Sig. A. XL 5, 29. Mai 1702.

29. Oktober 1706	<p>Abt Maurus von Roll sandte Kanzler Johann Martin Hegner mit einem Empfehlungsschreiben nach Schwyz, damit er dort Landammann Johann Sebastian Wüörner um die Bestätigung des Kanzleibriefes von 1562 bat.<sup>572</sup> Mit der Urkunde vom 31. Mai 1707 bestätigte Landammann Wüörner das exklusive Kanzleirecht des Klosters in der Waldstatt, nahm jedoch einige Änderungen an der Bemessung der Kanzleitaxen vor.<sup>573</sup> Zudem sollten alle bis dato ausserhalb der Kanzlei errichteten Verträge ihre Gültigkeit behalten. Wie in der Urkunde aus Schwyz festgehalten steht, hatte das Kanzleirecht «[...]bis dahin vil jahr in dem streith gestanden [...]».<sup>574</sup> Wahrscheinlich war der Abt die dauernden Auseinandersetzungen mit den Vögten und den Waldleuten leid und bemühte sich deshalb um eine Bestätigung des Kanzleibriefes aus Schwyz. Die Waldleute ihrerseits waren an eine hochobrigkeitliche Ehrendeputation gelangt, bestehend aus einem Altlandammann, dem Landessäckelmeister, einem Land- und einem Talvogt sowie dem Landschreiber von Schwyz. Sie ersuchten das Gremium, den Abt dazu zu bewegen, die Bestimmungen des Kanzleibriefes von 1562 wenigstens partiell zugunsten der Waldleute zu lockern. Wie am Beispiel der Kanzleitaxen ersichtlich ist, reichte der Abt und mit ihm der Landammann die Hand zum Kompromiss und bewilligte darüber hinaus weitere Verbesserungen für die Waldleute. So durften fortan einfache, nur für kurze Zeit laufende Darlehensverträge und dergleichen, ausserhalb der Klosterkanzlei errichtet werden. Zudem wurde das Verfahren zur Protokollierung der</p>
------------------	--

<sup>572</sup> Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 7.

<sup>573</sup> Für Kauf-, Tausch-, und Teilungsverträge konnten neu die folgenden Taxen erhoben werden:

1-10 Pfund:	10 Schillinge
11-100 Pfund:	1 Schilling pro Pfund
über 100 Pfund:	100 Schillinge

Falls nicht in Pfund-Geld (Rechnungseinheiten) sondern in realen Geldwerten gehandelt wurde, war pro Pfund 5 Kronen Taxe zu verrechnen. Kapital- und Zinsbriefe sollten in der Kanzlei weiterhin nach den Bestimmungen von 1562 entschädigt werden.

<sup>574</sup> Zit. nach: Abschrift der Bestätigungsurkunde vom 31. Mai 1707, Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 9.

	<p>Jahrgerichts- und Sessionsversammlungen neu geregelt, indem die Waldleute in Zukunft kostenfrei Abschriften derjenigen Protokolle erhalten sollten, welche Angelegenheiten der drei Teile betrafen. Diese Zugeständnisse wollte der Abt jedoch keinesfalls als rechtmässigen Anspruch der Waldleute verstanden wissen, sondern als «gütigkeit und gnad»<sup>575</sup> des Klosters. Er behielt sich deshalb ausdrücklich vor, umgehend zu den Bestimmungen des Kanzleibriefes von 1562 zurückzukehren, sollten sich die Waldleute nicht an die in ihrem Sinn gelockerten Bestimmungen halten.<sup>576</sup></p>
20. März 1719	<p>Eine Delegation der Waldleute erschien zusammen mit dem Stiftskanzler Josef Anton Fassbind vor Dominik Anton Schnüriger, Amtsstatthalter und Landrat in Schwyz. Die Delegation der Waldleute, bestehend aus den beiden Statthaltern Rudolf Fuchs und Josef Zingg, zwei Richtern und dem Schreiber, behaupteten, sie hätten das Recht, schriftliche Verträge in eigener Kompetenz zu errichten und zu besiegeln. Mit dem Verweis auf die beiden Verträge zum Kanzleirecht des Klosters aus den Jahren 1562 und 1707, bestätigt der Amtsstatthalter dem Kanzler das alleinige Kanzleirecht des Klosters.<sup>577</sup></p>
Januar 1743	<p>Der seit zwei Jahren als Stiftsstatthalter wirkende P. Michael Schlageter notierte im Diarium, der vom Jahrgericht beschlossene Artikel, nachdem innerhalb von zwei Jahren alle Gülden und die übrigen Darlehensverträge aus der Waldstatt auf der Stiftskanzlei verschriftlicht und besiegelt werden müssten, sei nun weitgehend umgesetzt. Der Amtmann als Siegler und die Kanzlei hätten dabei gute Geschäfte gemacht. Der Amtmann habe für die Besiegelung pro Papierurkunde 12 Schillinge und für eine Pergamenturkunde 20 Schillinge erhalten und dadurch</p>

<sup>575</sup> Zit. nach: Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 9.

<sup>576</sup> Ebd.

<sup>577</sup> Ebd., Sig. A. XL 13.

	insgesamt rund 400 Gulden eingenommen. Der Betrag lässt in etwa erahnen, wie gross die Zahl der im Nachhinein herzustellenden Urkunden gewesen sein muss. <sup>578</sup>
Januar 1752	Ein Schreiber im Dorf Einsiedeln errichtete für einen Gotteshausmann aus Lachen einen nicht näher bezeichneten Vertrag. Dieser Umstand irritierte im Kloster umso mehr, als offenbar erst wenige Monate zuvor öffentlich auf das Kanzleirecht des Klosters hingewiesen worden war. Umgehend wurde der Amtmann von Lachen angewiesen, besagten Vertrag einzufordern und diesen nach Einsiedeln zu senden. Das Kanzleirecht wurde für das kommende Jahrgericht erneut auf die Traktandenliste gesetzt. <sup>579</sup>
Mai 1752	Vogt Kälin beklagte sich im Kloster über die Bestimmungen des Kanzleibriefs. In Anwesenheit des Schwyzer Landsstatthalters liess er verlauten, seiner Meinung nach hätten die Waldeute das Recht, Kaufverträge für bewegliche Güter und dergleichen ohne Einbezug der Stiftskanzlei zu errichten. Zudem sei er der Meinung, es sei dem Schreiber der Waldstatt erlaubt, bei den Sessionssitzungen neben dem Sekretär des Klosters ein eigenes Protokoll zu führen. Auf die Frage P. Michael Schlageters an den Landesstatthalter, wie er sich zu dieser Forderung des Vogtes stelle, versicherte dieser, man werde den Prahler bei geeigneter Gelegenheit zurechtweisen. Die Kanzlei des Klosters allein sei für alle entsprechenden Belange in der Waldstatt zuständig. Es sei dem Waldstattschreiber noch nie erlaubt gewesen, bei Sessionen das Protokoll zu führen, dieses Recht stehe ihm nur an Jahrgerichten zu. Wie bisher solle es dem Waldstattschreiber jedoch erlaubt bleiben, an einem Nebentisch, z.B. in einem Sessel neben dem Weibel, zu sitzen und Notizen zuhanden der Waldeute zu machen.

<sup>578</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 16, (1743), Kopie, S. 6f.

<sup>579</sup> Ebd., Sig. A. HB 24, (1752), Kopie, S. 11f.

	Eine Beglaubigung könne er für diese Aufzeichnungen jedoch nicht erhalten. <sup>580</sup>
11. November 1752	Der Landesstatthalter brachte das Thema Kanzleirecht an der Herbstgerichtsversammlung vor. Er bemerkte, es sei ihm zugetragen worden, in der Waldstatt werde oft gegen das Kanzleirecht verstossen. Er ermahnte die Wald- und Gotteshausleute, sie sollen sich in Zukunft wieder an die Regeln halten, worauf sich Vogt Josef Anton Kälin im Namen der Wald- und Gotteshausleute entschuldigte und versprach, man werde in Zukunft wieder auf die Einhaltung des Kanzleirechtes achten. <sup>581</sup>
19. Dezember 1752	An der Sessionssitzung protestierte P. Michael Schlageter gegen das nach wie vor übliche «clandestine Verschreiben» im Dorf. Es sei von besonderer Wichtigkeit, dass man den noch jungen und unerfahrenen Dorfschreiber Augustin Gyr frühzeitig auf die richtige Bahn lenke und entschieden gegen seine unerlaubte Schreibtätigkeit einschreite. Zum Beweis seiner Anschuldigungen verlass der Statthalter zwei unrechtmässig errichtete Verträge, die in seine Hände gelangt waren. Es blieb dem Vogt darauf nichts anderes übrig, als sich zu entschuldigen. Er betonte, es sei nicht die Absicht der Waldeleute, in die Rechte des Klosters einzugreifen. <sup>582</sup>
8. Februar 1778	Laut Artikel 25 des Waldstattbuches durfte ein Waldmann sein im Laufe des Lebens erwirtschaftetes Gut ganz nach Belieben vererben. An der Session vom 8. Februar stand nun zur Diskussion, den Artikel 25 dahingehend abzuändern, dass zumindest ein gewisser Teil des Vermögens ausschliesslich den direkten Nachkommen vererbt werden musste. Der Statthalter, der Amtmann und der Kanzler stellten je einen Vorschlag zur Diskussion. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag des Statthalters

<sup>580</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 24, (1752), Kopie, S. 74f.

<sup>581</sup> Jahrgerichtsprotokolle, StiAE, Sig. A. DM 5, S. 11.

<sup>582</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 24, (1752), Kopie, S. 182f.

	interessant, mit dem er Testamente zu begünstigen suchte, die auf der Kanzlei errichtet und besiegelt worden waren, indem diese ihre Gültigkeit auch nach der nun in Aussicht genommenen Änderung des entsprechenden Artikels behalten sollten. Denn je nach Vorschlag sollte in Zukunft bloss noch ein Drittel oder ein Viertel des Vermögens frei vererbbar sein, was die Handlungsmöglichkeiten der Wald- und Gotteshausleute natürlich entsprechend einschränkte. <sup>583</sup>
10. November 1778	Anlässlich der Session beklagt sich der Stiftstatthalter, in der Waldstatt würden, teils aus Unbedacht teils mit Absicht, viele Kauf- und Tauschverträge sowie Lehensverträge ausserhalb der Klosterkanzlei errichtet. Nicht selten entstehe deswegen Unordnung und Streit. Alle sollten sich wieder einmal bewusst machen, dass solche Verträge vor den äbtischen Gerichten nicht als Beweismittel anerkannt würden. <sup>584</sup>
20. Oktober 1785	Der Stiftsstatthalter beklagte sich am Herbstgericht, man halte sich in der Waldstatt sehr nachlässig an die Bestimmungen des Kanzleirechts. Handänderungen von Immobilien müssten zwingend binnen eines Jahres vom Käufer und Verkäufer auf der Kanzlei des Klosters beurkundet werden. Offensichtlich hatte sich die Praxis etabliert, Kaufverträge für Immobilien nicht auf der Klosterkanzlei errichten zu lassen. Mit diesem Verhalten beabsichtigten die Parteien wohl die von der Kanzlei zu dieser Zeit erhobenen Gebühren von 20 Gulden pro Person und Handel zu sparen. <sup>585</sup>

<sup>583</sup> Jahrgerichtsprotokolle, StiAE, Sig. A. DM 8c, S. 659f.

<sup>584</sup> Ebd., S. 688f.

<sup>585</sup> Ebd., Sig. A. AM 6, S. 45.

## 7. Das Stiftsarchiv Einsiedeln

Klosterarchive sind aufgrund der in Klöstern seit langem gepflegten Überlieferungstradition für die Archivgeschichtsschreibung besonders interessant, denn oft lassen sich verschiedene zeitlich meist weit auseinander liegende Entwicklungsstufen der Archivordnung vergleichend untersuchen. Dies gilt auch für das Einsiedler Stiftsarchiv, dessen Überlieferung in der Mitte des 10. Jahrhunderts einsetzt. Wahrscheinlich bestanden bereits früh zumindest rudimentäre Ordnungssysteme, wie einzelne bis heute bestehende frühe Signaturen im Bereich der Dorsualnotizen<sup>586</sup> auf Urkunden erkennen lassen. Die erste gut dokumentierte Archivordnung schuf Abt Placidus Reimann (1629-1670) in den dreissiger Jahren des 17. Jahrhunderts. Die zweite, in den Grundzügen bis heute gültige Neuordnung, nahm der Konvent im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts in Angriff. Die Arbeiten daran zogen sich bis ins 20. Jahrhundert hin. In der Zeit dazwischen entbrannte um 1730 eine Auseinandersetzung um die Frage, in welcher Ordnung die Archivalien des Klosters zu verwahren seien. Der Streit dauerte – mehr oder weniger heftig geführt – mehr als 40 Jahre und konnte erst 1773, mit dem Erlass einer verbindlichen Archivverordnung endgültig beigelegt werden. Der damalige Dekan P. Michael Schlageter überlieferte in seinem Diarium, neben eigenen Notizen zum Thema, verschiedene Korrespondenz, die im Rahmen der Auseinandersetzung entstand und sorgte damit für ausserordentlich wertvolle Quellen zur Geschichte des Stiftsarchivs, wie sie in diesem Umfang und in dieser Qualität andernorts kaum zu finden sein werden. Aufgrund der günstigen Quellenlage richtet sich der Fokus dieses Abschnittes auf die Geschichte des Einsiedler Stiftsarchivs im 17. und 18. Jahrhundert. Ausgehend von der Prämisse, dass die im Archiv zur Anwendung kommenden Ordnungsprinzipien kulturell und damit auch zeitlich bedingt sind, soll einerseits die formale Archivorganisation dargestellt und andererseits das Ringen um das richtige oder gute Ordnungsprinzip sichtbar gemacht werden.

---

<sup>586</sup> Als Dorsualnotizen werden die bereits im 9. Jahrhundert in den Archiven auftauchenden Vermerke bezeichnet, welche direkt auf den Archivdokumenten angebracht wurden. Sie können entweder vom Aussteller einer Urkunde, gleichsam als Empfängeradresse stammen, oder sie wurden vom Empfänger eines Dokuments angebracht, bieten eine kurze Inhaltsangabe und sind in diesem Fall im Rahmen einer ersten einfachen Archivordnung entstanden. Vgl. dazu: Peyer, Hans Conrad: Das Archiv der Feste Baden, in: Festgabe Hans von Greyerz zum sechzigsten Geburtstag, Bern 1967, S. 685-698, hier: S. 692-698. Die Dorsualnotizen auf den Einsiedler Urkunden untersuchte Stefan Kwasnitza im Rahmen seiner Lizentiatsarbeit zum Burkardenbuch. Seine Ergebnisse sind verfügbar in: Kwasnitza, Stefan: Der Streit um Klostervogtei und Engelweiheablass, Zürcher Prokuratoren des Klosters Einsiedeln vor Kaiser, Papst und Konzil, in: Niederhäuser, Peter und Meyerhans, Andreas (Hgg.): Äbte, Amtsleute, Archivare, S. 79-90, hier: S. 85-88.



## 7.1 Das Stiftsarchiv im 17. Jahrhundert

Abt Placidus Reimann begann nach seinem Amtsantritt mit einer grundlegenden Neuordnung des Archivs. P. Marian Müller geizte in seiner kurzen Archivgeschichte aus dem Jahr 1773 nicht mit Lob für die Leistungen des berühmten Abtes: «Alle die verstand und einsicht in dergleichen sachen besitzen, bekennen einstimmig, das nichts kürzers und bessers, nichts deütlicher und richtigers hätte können ausgedacht werden.»<sup>587</sup> Tatsächlich handelt es sich bei dieser Ordnung um die erste umfassende Bestandesaufnahme und Gliederung der Archivalien des Stiftsarchivs. Zwar lassen sich anhand des unter der Bezeichnung Burkhardenbuch bekannten Kopialbuches aus dem 15. Jahrhundert zwei frühere Signatursysteme erkennen.<sup>588</sup> Das ältere der beiden Systeme muss dabei bereits vor der Herstellung des Burkhardenbuches bestanden haben, da es für die Identifikation der Dokumente im Buch diente. Das jüngere System stammt aus dem 15. Jahrhundert, lässt eine Ämterverfassung erkennen und besteht aus einer Kombination von Buchstaben und römischen Zahlen,<sup>589</sup> die direkt von der Ordnung der Dokumente im Burkhardenbuch bestimmt wird. Entsprechend erfasste diese Ordnung lediglich die im Burkhardenbuch vorhandenen Dokumente.<sup>590</sup> Die beiden alten Systeme sind weder vom Umfang noch von der Komplexität her mit der späteren Ordnung Reimanns vergleichbar. Das Burkhardenbuch war Archivordnung, Kopialbuch und Findmittel in einem und war gar nie dazu angelegt, die Archivbestände integral zu erfassen.

### 7.1.1 Die politischen Vorbedingungen: Auseinandersetzungen mit Schwyz

Placidus Reimann wurde 1594 als Spross einer alteingesessenen Einsiedler Familie geboren. 1611 legte er die Profess im Kloster ab und nahm, wie es damals für angehende Paters in Einsiedeln üblich war,<sup>591</sup> sein Studium an der Jesuitenuniversität in Dillingen an der Donau auf. Nachdem er im Kloster verschiedene Ämter bekleidet hatte – unter anderem amtierte er als Kustos und als Novizenmeister – wirkte er für kurze Zeit als Statthalter. Am 9. März 1629 wurde er

---

<sup>587</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 3, S. 198.

<sup>588</sup> Burkhardenbuch, 2 Bände, um 1430, StAE, Sig. A. II 1 und A. II 2.

<sup>589</sup> Die Kopien der Dokumente für das Amt Einsiedeln sind z.B. mit dem Amtsbuchstaben A und den römischen Zahlen I-XXIII fortlaufend nummeriert. Im weiteren sind im 2. Band die Ämter Pfäffikon, Reichenburg, Rapperswil, Neuheim, Wald, Meilen, Stäfa, Kempten, Kaltbrunn, St. Gerold, Brütten, Eschenz, Zürich, Ettiswil und Riegel im Breisgau aufgeführt.

<sup>590</sup> Meyer, Bruno: Das habsburgische Archiv in Baden, in: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte 23, Heft 2 (1943), S. 169-200, hier: S. 180, Anm. 40.

<sup>591</sup> Böck, Hanna: Einsiedeln, Das Kloster und seine Geschichte, Zürich/München 1989, S. 89f.

vom Kapitel in geheimer Wahl zum Abt erhoben.<sup>592</sup> Die 40 Jahre, in denen Reimann als Abt amtete, erwiesen sich für die Klostersgemeinschaft als ausserordentlich turbulente Zeit. Im Zentrum standen lange dauernde Auseinandersetzungen mit Schwyz, die mit der Wahl Placidus' ihren Anfang nahmen. Diese Händel stehen in engem Zusammenhang mit den Aktivitäten des Abtes im Archiv. Kurz zusammengefasst ging es um folgendes:

Als Reichskloster war das Kloster Einsiedeln nur dem Reich, sprich, dem deutschen Kaiser verpflichtet und besass somit das Privileg der freien Abtwahl. Die Klostersgemeinschaft war dem Zugriff und der Mitsprache der Landesfürsten sowie anderer Herrschaftsträger entzogen. Dass der Abt im 13. Jahrhundert selber zum Reichsfürsten erhoben worden war, stärkte seine Stellung als Herr über die Besitzungen und Untertanen der klösterlichen Herrschaft zusätzlich und vergrösserte seine Autonomie. Als Folge der Reformation beanspruchte das Land Schwyz seit 1526 ein Mitspracherecht bei der Abtwahl. Nachdem das Kloster verschiedene Krisen erfolgreich überwunden hatte und zu neuer Blüte gekommen war, stellte es dieses Mitspracherecht jedoch zunehmend in Frage. Aus diesem Grund hielt der Konvent den Tod Abt Augustin Hofmanns (1600-1629) geheim und wählte unter Ausschluss der Schwyzer Obrigkeit P. Placidus Reimann zu dessen Nachfolger. Damit wollten sich die Schwyzer jedoch nicht abfinden und es entbrannte in der Folge ein lange dauernder Streit zwischen den beiden Parteien, in dessen Verlauf Schwyz mehrmals einen Landvogt für Einsiedeln einsetzte und im Gegenzug der in Luzern residierende päpstliche Nuntius mit der Exkommunikation des Vogtes und der Schwyzer Obrigkeit drohte. Die Frage, ob den Schwyzern bei der Wahl des Abtes ein Mitspracherecht zukomme, bildete dabei nur das auslösende Moment für den Konflikt. Im Grund rangen die beiden Kräfte um die Gerichtsbarkeit und die Vorherrschaft über die im Gebiet des Standes Schwyz gelegenen Besitzungen des Stiftes.

Bereits ein Jahr nach Amtsantritt widersetzte sich der Abt einem Wehrdienstaufgebot aus Schwyz für seine Gotteshausleute.<sup>593</sup> Als im September 1633 schwedische Truppen in den Thurgau einmarschierten und die Stadt Konstanz von eidgenössischem Gebiet aus belagerten, zogen die katholischen Stände Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug mit 3000 Soldaten nach Wil, um die Eidgenossenschaft und vor allem das Kloster St. Gallen vor den Schweden zu

---

<sup>592</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 120f.

<sup>593</sup> Ebd., S. 122.

schützen. Der Einsiedler Abt lieh den Schwyzern 3000 Gulden zur Finanzierung der Unternehmung, liess sich aber ausdrücklich versichern, dass es sich dabei um ein Darlehen und nicht um eine Kriegssteuer handelte. Offenbar reichte das Geld nicht lange und die Schwyzer Obrigkeit erhob 1634 eine allgemeine Kriegssteuer, welche auch das Kloster und die Waldleute betraf. Abt Placidus suchte die Stellung der Abtei als reichsunmittelbares Kloster um jeden Preis zu verteidigen und weigerte sich, die auferlegte Steuer zu entrichten. Dass es nicht in erster Linie finanzielle Überlegungen waren, die ihn zu seiner Weigerung bewogen, belegt das zuvor gesprochene Darlehen. Abt Placidus Reimann störte sich an der Begrifflichkeit, er weigerte sich Steuern an die Schwyzer zu bezahlen, da er das Stift von Schwyz als vollständig unabhängig betrachtete. Die Schwyzer reagierten umgehend und setzten noch im gleichen Jahr Konrad Heinrich ab Yberg als Landvogt für Einsiedeln ein.<sup>594</sup>

Placidus Reimann scheint ein energischer Mann gewesen zu sein. Auch deshalb war seine Amtszeit von Beginn weg durch Konflikte mit Schwyz gekennzeichnet. Auf der anderen Seite trugen die Verantwortlichen im Stand Schwyz ebenfalls ihren Teil bei, denn absolutistische Tendenzen lassen sich in dieser Zeit auch in Schwyz beobachten. Jedenfalls pochte der junge, juristisch gebildete Abt von Anfang an auf die Rechte des Stifts und verwendete viel Energie darauf. Marian Müller zeigte sich später erstaunt darüber, wie Abt Placidus neben seiner «[...] mit den grössten geschäften und misslichsten händeln untermengten regierung [...]»<sup>595</sup> zusätzlich die Neuordnung des Archivs bewältigen konnte. Aus heutiger Sicht erscheint sein Handeln jedoch folgerichtig, nahm er die Ordnung des Archivs doch nicht trotz, sondern gerade wegen diesen Händeln in Angriff, da er seinen Gegnern Beweismaterial für die Ansprüche des Klosters vorlegen musste. Abt Placidus hatte die wichtige Rolle erkannt, welche die im Archiv lagernden Dokumente für seine Politik spielten und machte sich daran, diese in eine gute Ordnung zu bringen, um bei Bedarf schnell auf die entsprechenden Schriftstücke zugreifen zu können.

---

<sup>594</sup> Vgl. dazu: Josef Thomas Fassbind 1755-1824, Schwyzer Geschichte, Bd. 2, S. 495-497; Henggeler, P. Rudolf: Fürstabt Placidus Reimann von Einsiedeln, 1629-1670, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 57, (1964), S. 8-110, hier: S. 23 sowie zuletzt: Krauss, Tobias: «Villerhandt missverstentnusen und unwillen» - Streit um Steuern und Hoheit in Einsiedeln zwischen dem Kloster Einsiedeln und dem Stand Schwyz, 1633-1645, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 98, (2006), S. 135-164.

<sup>595</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 1, S. 197.

### 7.1.2 Abt Placidus Reimanns Archivordnung

Die nach 1630 entstandene Archivordnung Reimanns stellte die Grundlage für die bis heute gültige Ordnung dar. Die spätere Neuordnung von 1773 lehnte sich stark an jene Reimanns an, beseitigte jedoch einen entscheidenden Mangel des Systems, welcher die systematische Ergänzung der Bestände mit der Zeit verunmöglicht hatte. In diesem Abschnitt wird die Gliederung und die Ordnung des Archivs, wie sie unter Abt Placidus Reimann errichtet wurde, dargestellt und diskutiert. Die Grobstruktur des Archivplans, wie sie sich anhand der Summarien<sup>596</sup> und der *Documenta Archivii Einsidlensis*<sup>597</sup> erschliessen lässt, ist in Tabelle 3 zusammengestellt.

### Die Struktur der Archivordnung

Abt Placidus Reimanns Ordnung ist nach territorialen und sachlichen Kriterien gegliedert.<sup>598</sup> Das Vorbild für das zwar nicht ganz zu Ende gedachte, aber doch bemerkenswert elaborierte System, muss im Dunkeln bleiben. In der Einsiedler Bibliothek findet sich jedenfalls keines der einschlägigen archivtheoretischen Werke der Zeit, obwohl Abt Placidus eine aussergewöhnlich umfangreiche juristische Bibliothek besass.<sup>599</sup> Allerdings fehlt es im Raum Innerschweiz nicht an geeigneten praktischen Vorbildern. So hatte beispielsweise Renward Cysat, als er im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts das Luzerner Stadt- und Staatsarchiv neu ordnete, bereits das doppelte Alphabet für die Signatur der Dokumente verwendet.<sup>600</sup> Zudem waren die Grundzüge dieses Ordnungsprinzips im kirchlichen Bereich des 17. Jahrhunderts durchaus üblich, und es ist wohl nicht falsch, wenn Adolph Brenneke bemerkte, dass diese Art der Archiveinrichtung damals «durchaus in der Luft»<sup>601</sup> lag.

---

<sup>596</sup> Summarium von Abt Placidus Reimann, 5 Bände, StAE, ohne Signatur.

<sup>597</sup> Documenta Archivii Einsidlensis (DAE), 14 Bände, StAE, ohne Signatur.

<sup>598</sup> Brenneke, Adolf: Archivkunde, S. 28.

<sup>599</sup> Elsener, Ferdinand: Die Jurisprudenz in der Stiftsbibliothek Einsiedeln vom 16. bis ins 18. Jahrhundert, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 111 (1958), S. 93.

<sup>600</sup> Gössi, Anton: Archivordnungen und Kanzleiregistraturen in Luzern bis ins 18. Jh., in: Mitteilungen der Vereinigung schweizerischer Archivare 27 (1976), S. 3-25, hier: S. 10.

<sup>601</sup> Zit. nach: Brenneke, Adolf: Archivkunde, S. 49.

**Tabelle 3:** Die Struktur der Archivordnung des Klosters Einsiedeln aus dem Jahr 1630.<sup>602</sup>

Buchstabe	Amt	Capsula	Classes	Individualzahlen
A	Einsiedeln	I	I-VI	I-LXVI
B	"	II	I-V	I-LV
C	"	III	I-VIII	I-XLVI
D	"	IV	I und V	I-III und LXXXV-LXXXVI
E	"	V	-	-
F	"	VI	I-VI	I-LXVIII
G	"	VII	I-IV	I-LVI
H	"	VIII	I-IV	I-XXXIII
J	"	IX	I-V	I-LXXIII
K	Distrikt Einsiedeln	X	I-VIII	I-CXIII
L	"	XI	I-IV	I-XLIX
M	"	XII	I-VII	I-CXXIII
N	"	XIII	I-III	I-CCXXIV
O	"	XIV	I-V	I-LXXVII
P	St. Gerold	XV	I-X	I-CXIV
Q	"	XVI	I-IV	I-XLI
R	Kloster Fahr	XVII	I-X	I-CXX
S	"	XVIII	I-II	I-XCII
T	"	XIX	I-III	I-LIX
W <sup>603</sup>	Herrschaft Pfäffikon	XXI	I-VIII	I-CLX
X	"	XXII	I-V	I-XCVIII
Y	"	XXIII	I-IV	I-CCCV
Z	Neuheim, Menzingen, Ägeri	XXIV	I-VIII	I-CXVI
AB	March	XXV	I-VII	I-L
BC	Reichenburg	XXVI	I-IX	I-LXXXIX
CD	Kaltbrunn	XXVII	I-VII	I-LXXXII
DE	Rapperswil mit Wangen	XXVIII	I-VII	I-XXIII
EF	Stäfa	XXIX	I-VI	I-XCVI
FG	"	XXX	I-IV	I-XXXVII
GH	Männedorf	XXXI	I-VIII	I-XLV
HJ	Meilen	XXXII	I-V	I-XLVII
JK	Erlenbach	XXXIII	I-VI	I-XXXIV
KL	Schwerzenbach, Illnau, Rümlang	XXXIV	I-VII	I-LXIV
LM	Brütten	XXXV	I-VIII	I-LXII
MN	Zürich, Höngg, Wädenswil	XXXVI	I-VIII	I-LXXII
NO	Sarmenstorf	XXXVII	I-IV	I-LXVII
OP	"	XXXVIII	I-III	I-XXI
PQ	Sursee	XXXIX	I-VII	I-IC
QR	"	XL	I-III	I-XXXV
RS	Herrschaft Eschenz	XLI	I-V	I-CXXIX
ST	"	XLII	I	I-XXXV
TV	"	XLIII	I-IV	I-XXXI
VW	"	XLIV	I	I-XXV
WX	"	XLV	I	I-XXXVI
XY	"	XLVI	I-V	I-XLII
YZ	"	XLVII	I-V	I-XXV
ZA	"	XLVIII	I-IV	I-LIV
AC	Herrschaft Gachnang	XLIX	I-VI	I-LI
BD	"	L	I-II	I-XL
CE	"	LI	I-III	I-XXXV
DF	Syrenz, Riegol, Kienberg	LII	I-II	I-XX und XL-XLV
Aa	Herrschaft Ittendorf	I	I-III	I-LVII
Bb	"	II	I-V	I-LVI
Cc	"	III	I-II	I-XXXIV

<sup>602</sup> Die Tabelle stützt sich auf die Angaben zur Ordnung der Bestände unter Placidus Reimann in: Flüeler, P. Norbert: Stiftsarchiv, S. 7-43.

<sup>603</sup> Der Buchstabe U bezeichnet die Akten zu Münsterlingen. Da aber sowohl der entsprechende Documenta-Band, wie auch die Summariumeinträge fehlen, lässt sich dessen Gliederung nicht erschliessen. Vgl. dazu: Brun, Peter et al.: Repertorien und Findmittel im Stiftsarchiv Einsiedeln, S. 6.

Marian Müller fasste das Ordnungssystem seines Vorgängers im archivgeschichtlichen Teil seiner Archivverordnung von 1773 sehr knapp wie folgt zusammen: «Er sönderte jedes amt von dem andern ab, er theilte das abgesönderte in so viele capslen oder grosse laden, diese aber in ihre gehörige classen, er bezeichnete die laden durch das alphabet. Die briefe der classen numerierte er durch die römische zahl.»<sup>604</sup> Demnach wurde für die erste grobe Unterteilung der Archivalien die territoriale Pertinenz der Schriftstücke – im Fall von Einsiedeln die Ämter - berücksichtigt. Die Ursprünge dieser Ämterverfassung – also die interne Unterteilung des Grundbesitzes in geographisch geschlossene Verwaltungseinheiten – lassen sich nicht sicher bestimmen. Sicher ist sie alt, denn eine ähnliche Gliederung der Archivbestände lässt sich beispielsweise im Kloster St. Gallen bereits zu Beginn des 10. Jahrhunderts nachweisen.<sup>605</sup> Offenbar erwies sich eine derart klar strukturierte Verwaltungsorganisation als Vorteil, da es damit den Grundherren gelang, ihre Interessen bei den Untertanen besser durchzusetzen.<sup>606</sup>

Die 1630er-Archivordnung beginnt mit den Archivalien des Amtes Einsiedeln (Buchstaben A-O), gefolgt von den Ämtern St. Gerold (Buchstaben P und Q), dem Kloster Fahr (R-T), Pfäffikon (W-Y) usw. Jeder Buchstabe bezeichnete eine Lade im Archiv, gab also den physischen Aufbewahrungsort der Schriftstücke wieder. Durch die nach Ämtern getrennte Aufbewahrung der Archivalien entstanden damit mehrere isolierte Archivalienkorpora, die bei Bedarf mühelos ergänzt oder als Ganzes aus dem Archiv entfernt werden konnten. Der Grund für diese Art der Aufbewahrung dürfte, neben der dadurch erreichten Übersichtlichkeit, auch in den Gebräuchen der Zeit zu suchen sein. Wenn nämlich Grundbesitz erworben oder verkaufte wurde, kamen die dazu gehörenden Archivalien in der Regel zusammen mit den Eigentumsrechten vom alten an den neuen Eigentümer.<sup>607</sup> So geschehen, als das Kloster Einsiedeln Ländereien in Ittendorf erwarb: Als Abt Placidus Reimann diese

---

<sup>604</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 2, S. 198.

<sup>605</sup> Largiadère, Anton: Schweizerisches Archivwesen, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Erg. Bd. 2, Wien 1949, S. 23-53, hier: S. 26; vgl. dazu auch: Peyer, Hans Conrad: Das Archiv der Feste Baden, S. 693f.

<sup>606</sup> Vgl. dazu z. B.: Zangger, Alfred: Spätmittelalterliche Grundherrschaft und Bauern im Zürcher Oberland, in: Tanner, Albert und Head-König, Anne-Lise (Hgg.): Die Bauern in der Geschichte der Schweiz, Zürich 1992, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 10), S. 41-52, hier: S. 45.

<sup>607</sup> Behne, Axel Jürgen: Geschichte aufbewahren, Zur Theorie der Archivgeschichte und zur mittelalterlichen Archivpraxis in Deutschland und Italien, in: Rück, Peter (Hg.): Mabillons Spur, Zweiundzwanzig Miscellen aus dem Fachgebiet für historische Hilfswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, Zum 80. Geburtstag von Walter Heinemeyer, Marburg 1992, S. 277-297, hier: S. 277ff.

nördlich des Bodensees, in der Grafschaft Baden gelegene Herrschaft im Jahr 1650 erwarb, kamen die zugehörigen Archivalien nach Einsiedeln und wurden ins Klosterarchiv eingegliedert. Wie in der Zusammenstellung ersichtlich ist, weichen diese Signaturen von der sonst üblichen Norm ab (Aa-Cc). Offenbar übernahm der Abt die bestehenden Signaturen der Ittendorfer Bestände in sein Archiv. In diesem Fall bewies er damit eine besonders glückliche Hand, denn bereits 1693 verkaufte Abt Raphael die Herrschaft Ittendorf wieder. Dem Archivpersonal blieb also eine Menge unnötiger Arbeit erspart.<sup>608</sup>

Die zweite Hierarchiestufe bilden die *Capsulae*. Es bleibt fraglich, welchem Zweck diese zweite Gliederungsstufe dienen sollte. Sie unterteilt die Archivalien nämlich nicht weiter, sondern ordnet jeder Lade und damit auch jedem Buchstaben zusätzlich eine römischen Zahl zu. Reimann hätte ganz einfach auf die Capsula-Einteilung verzichten können oder aber, was deutlich zur Übersichtlichkeit beigetragen hätte, jedem Amt einen Buchstaben und jeder Lade eine römischen Zahl zuteilen können. Diese unmittelbar ins Auge fallende Doppelspurigkeit legt die Vermutung nahe, Abt Placidus habe seine Ordnung auf einem bestehenden System aufgebaut. Diese Vermutung wird durch die auf der Rückseite einiger der älteren Dokumente angebrachten Notizen, wie z.B. «Gehört in die Pfäffiker Trucken» gestützt.<sup>609</sup> Ob und wenn ja, wie diese «Trucken» bezeichnet waren, lässt sich allerdings nicht rekonstruieren.

Im Archivplan nimmt das Amt Einsiedeln eine Sonderstellung ein. Die Unterscheidung zwischen *Ecclesiastica* und *Temporalia*<sup>610</sup> wird nicht, wie bei den übrigen Ämtern, erst auf der Stufe der *Classes* vorgenommen, sondern bereits auf der Stufe des Amtsbuchstabens. Die Massnahme hängt sicher mit der grossen Archivalienmenge zusammen, die aus dem Amt Einsiedeln bereits damals vorhanden waren. Die Gruppe der *Ecclesiastica* (Buchstaben A-J) umfasst jene Dokumente, die mit der besonderen Stellung des Herrschaftsträgers als kirchliche Institution in Zusammenhang stehen. Hier wurden all jene Dokumente zusammengeführt, die entweder im Kloster von besonderer Bedeutung waren, wie etwa die päpstlichen Bullen oder die Archivalien zur Engelweihe, oder aber jene Schriftstücke, die nur in einer kirchlichen Institution anfielen, wie die

---

<sup>608</sup> Flüeler, P. Norbert: Stiftsarchiv, S. 5.

<sup>609</sup> Ebd., S. 3.

<sup>610</sup> Unter den Begriffen *Ecclesiastica* und *Spiritualia* wurde Schriftgut eingeordnet, welches das Kloster in seiner Rolle als kirchliche Institution produzierte oder empfing. Die als *Temporalia* bezeichneten Dokumente stellten dagegen Produkte der grundherrlichen und politischen Tätigkeit dar.

Stiftungsurkunden. Die zweite Gruppe bildeten die Kaiser- und Fürstenurkunden, die ihre hervorragende Stellung im Archivplan der Würde ihrer Aussteller verdankten. Unter dem Titel «Distrikt Einsiedeln» sind dann die *Temporalia* vereinigt. Diese Unterlagen dokumentieren die konkrete weltliche Herrschaftsausübung und die wirtschaftliche Tätigkeit.

Die dritte Hierarchieebene bilden die *Classes*. Abt Placidus gliederte auf dieser Ebene die Dokumente innerhalb einer Lade zu eigentlichen Faszikeln. Das territoriale Pertinenzprinzip wurde zugunsten einer sachbezogenen Einteilung durchbrochen, wobei auch sachbezogen-territoriale Klassen vorkommen. Als Beispiel dient die in Tabelle 4 aufgeführte *Capsula XVII* (Buchstabe R).<sup>611</sup> Es handelt sich um Archivalien, die das Kloster Fahr betreffen.

**Tabelle 4:** Die Struktur der *Capsula XVII*, Buchstabe R (Fahr) der Archivordnung des Klosters Einsiedeln aus dem Jahr 1630.

Classis	Titel	Individualzahlen	Zeitraum der Archivalien
I	Stiftung des Klosters Fahr und andere den Propst und die Klosterfrauen betreffende Sachen	I-XXIII	1130-1595
II	Parochia et Religio in Weiningen	XXIV-XXXVI	1224-1631
III	Jurisdictio temporalis	XXXVII-LXI	1284-1630
IV	Fischenzen	LXII-LXXI	1324-1500
V	Eigene Leute, Fall	LXXII-LXXXII	1308-1630
VI	Zehnden	LXXXIII-XCI	1426-1620
VII	Ehrschatz	XCII-XCV	1591-1619
VIII	Die Mühle zu Fahr	XCVI-XCVII	1502-1536
IX	Wuhren an der Limmat	XCVIII-CII	1594-1601
X	Gemeine Sachen	CIII-CXX	1556-1625

Die *Classes* sind mit sachbezogenen Titeln überschrieben und weisen nur teilweise zusätzlich einen territorialen Bezug auf. Die Klassen I und II beinhalten die *Ecclesiastica* des Klosters Fahr. Wie oben erwähnt, wurde diese Unterteilung für alle Ämter, ausser für das Amt Einsiedeln, erst auf dieser Hierarchieebene vorgenommen. Schon die Klasse II weist neben den Sachbezeichnungen (*Parochia et Religio*) zusätzlich noch eine territoriale Bezeichnung (Weiningen) auf. Die Klassen III-VII sind mit reinen Sachbezeichnungen betitelt, VIII und IX entsprechen wieder dem gemischten Typ. Die Klasse X zeigt eine weitere Eigenheit dieses

<sup>611</sup> Flüeler, P. Norbert: Stiftsarchiv, S. 21f.



Ordnungssystems. Zwar enthalten auch moderne Registraturpläne oft einen Titel, der mit *Miscellanea* oder *Verschiedenes* überschrieben ist. Unter diesem Titel werden normalerweise Archivalien verzeichnet, die als archivwürdig betrachtet werden, vom Aktenumfang her aber die Errichtung eines separaten Sachtitels nicht rechtfertigen. Bei Placidus Reimann erfüllte die Klasse der gemeinen Sachen zwar ebenfalls diese Funktion, musste daneben aber all jene Dokumente aufnehmen, die nicht mehr ordentlich ins Archiv eingereiht werden konnten. Er äusserte sich in der Vorrede zu seinem Generalindex selbst dazu: «[...] andere aber welche keine indictis classibus begriffene materias tractieren dessgleichen auch die brief so man nach vollendter registratur gefunden oder aufgericht ultima oder communi classi zue getheilt worden. Und zwar diss so vill möglich gewesen secundum seriem annorum.»<sup>612</sup>

Die einzelnen Schriftstücke, die zusammen in einer Lade aufbewahrt wurden, waren in chronologischer Reihenfolge, beginnend mit dem ältesten Dokument der Klasse I, mit römischen Zahlen bezeichnet. Hier liegt nun der entscheidende Fehler, der für die spätere grosse Unordnung im Archiv verantwortlich ist. «Der fehler bestehet in diesem, das nämlich die römische zahl von einer classe in die andere durch die ganze lade fortlaufft und folglich, wo ein neüer brief zu dieser oder jener materie sollte eingeruckt werden, findet man den platz gespert.»<sup>613</sup> In der Tat konnten keine neuen Dokumente der Archivordnung entsprechend eingereiht werden. So waren beispielsweise unter dem Titel «Ehrschatz» vier Dokumente verzeichnet (Individualzahlen XCII-XCV). Diesem Titel konnte kein weiteres Dokument mehr zugeordnet werden, da die folgende Zahl XCVI bereits für ein Dokument unter dem Titel «Die Mühle zu Fahr» verwendet wurde. Darum auch stammt die jüngste Archivalie in der Lade R aus dem Jahr 1631. Das Archivgut wurde zusammengetragen, geordnet und verzeichnet. Danach war nur noch die letzte Klasse der gemeinen Sachen ergänzbar. Es scheint, als ob sich Placidus dieses Mangels anfänglich nicht bewusst gewesen war, hat er doch im Summarium nach der Verzeichnung jeder Klasse einige Seiten frei gelassen, damit später hinzukommende Dokumente an der richtigen Stelle hätten eingerückt werden können. Da jedoch keine freien Signaturen mehr zur Verfügung standen, kam es nicht dazu. Immerhin erlaubte die Massnahme, die Ablage aller Archivalien eines Amtes in der richtigen Lade. Dies behob den Fehler zwar nicht, schob die

---

<sup>612</sup> Zit. nach: Index generalis archivii Einsidlensis, Des gottseeligen fürst Placidi eigene handschrift 1630, Abschrift von 1696, StIAE, ohne Signatur, Vorwort.

<sup>613</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 4, S. 199.

Notwendigkeit einer Lösung aber für 100 Jahre hinaus. Erst als viele der Laden mit Dokumenten voll gefüllt waren, sah sich das Archivpersonal vor Probleme gestellt. Dieser Zustand war um 1730 erreicht und löste die weiter unten dargestellten Auseinandersetzungen um die Reorganisation des Archivs aus. «Dieses beweiset auch hier, das auch den grössten geistern bey der ersten erfindung etwas zu entzwischen pflege.»<sup>614</sup>, kommentierte P. Marian Müller mit der ihm eigenen optimistischen Haltung einen Fehler, der schliesslich eine Neuordnung des Archivs nötig machen sollte.

### Die Signatur der Dokumente

Der Registraturplan mit seinen vier Hierarchiestufen – Amtsbuchstabe, *Capsula*, *Classis* und Individualzahl – würde eigentlich eine vierteilige Signatur für jedes einzelne Dokument erwarten lassen. Dem ist aber nicht so. Abt Placidus Reimann äusserte sich wiederum im Generalindex zu dieser Frage: «Demnach hat man jeder laden einen sonderbahren buchtaben angeschriben und zugleich auch mit dem selbigen alle darinnen begriffene brief bezeichnet auch mit der ziffer numerirt und alwegen 10 brief der zahl nach aufeinanderen gebunden und die letste und erste auswendig gethan.»<sup>615</sup> Der Abt beschrieb hier eine zweiteilige, alphabetisch-numerische Signatur, bestehend aus einem oder zwei Amtsbuchstaben und der Individualzahl (z.B. R. XXIII für das jüngste Dokument aus der Klasse I der mit dem Buchstaben R bezeichneten Lade). Diese Art Signatur war bereits im 14. Jahrhundert in der Zisterzienserabtei Kappel<sup>616</sup> und zu Beginn des 15. Jahrhunderts in Savoyen verwendet worden und fand im monastischen Bereich weite Verbreitung. Ein Vorteil dieser Signatur besteht darin, dass auf einfache Art mindestens zwei wesentliche Daten an gleicher Stelle erfasst werden können, ein anderer liegt in der faktischen Unbegrenztheit des Systems. So wurden in Archiven bis zu siebstellige Reihen mit Buchstaben gebildet (z.B. aaaaaaa).<sup>617</sup> Daneben gründete das Signatursystem auf rational weniger nachvollziehbaren, zeitbedingten Ordnungsvorstellungen. So ist die Bezeichnung «Amtsbuchstabe» für das erste Glied der Signatur im Grunde irreführend. Wie aus dem obigen Zitat deutlich hervorgeht, bezeichnete dieser Buchstabe in erster Linie eine Schublade oder eine Kiste im Archiv und verwies erst

---

<sup>614</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 4, S. 199.

<sup>615</sup> Zit. nach: Index generalis archivii Einsidlensis, Vorwort.

<sup>616</sup> Peyer, Hans Conrad: Das Archiv der Feste Baden, S. 694f.

<sup>617</sup> Rück, Peter: Die Ordnung der herzoglich savoyischen Archive unter Amadeus VIII. (1398-1451), in: Archivalische Zeitschrift, Bd. 67, (1971), S. 11-101, hier: S. 98f.

in zweiter Linie auf ein Amt der Herrschaft, das aber nur auf dem Umweg über eine Konkordanz erschlossen werden konnte, die ihrerseits jeden Buchstaben einem Amt zuwies. Placidus Reimann behob diesen Mangel, indem er auf jedes Dokument zusätzlich zur Signatur den Namen des Amtes notierte, aus dem das betreffende Stück stammte.<sup>618</sup> Verzeichnungssysteme dieser Art sind Ausdruck des Strebens nach einer ideal-topographischen Archivordnung, in der die Signatur den physischen Aufbewahrungsort eines Dokuments in den Archivräumlichkeiten wiedergeben sollte. Eine solche Ordnung liess sich praktisch zwar kaum vollständig verwirklichen, ist aber v.a. in Archiven mit erhaltenen mittelalterlichen Strukturen als Zielvorstellung sehr oft erkennbar.<sup>619</sup> Es ist deshalb durchaus wahrscheinlich, dass sich Reimann am Signatursystem des Burkhardenbuches orientierte, da dort ebenfalls diese Form verwendet wurde.<sup>620</sup>

Die Capsula-Bezeichnung fand nicht Eingang in die Signatur, und dies erstaunt nicht, da sie ja keinerlei Zusatzinformationen enthält. Zudem scheint die Orientierung innerhalb einer Lade auch dann möglich gewesen zu sein, wenn die Klassenbezeichnung aus der Signatur nicht direkt ersichtlich war. Die Klassenbezeichnung leitete den Archivbenutzer bei der Suche nach einem bestimmten Dokument im Summarium, war aber zur Auffindung des Stücks im Archiv nicht notwendig, da die Zahl der Dokumente wohl noch nicht sehr gross war und das Archiv mit der Laden-Einteilung bereits eine genügend feine Gliederung aufwies. Den Inhalt einer Lade verschnürte Abt Placidus jeweils zu Bündeln von zehn Dokumenten, in der Reihenfolge ihrer Individualzahl. Indem er das erste und das letzte Stück jedes Bündels mit der Signatur nach aussen wendete, war dessen Inhalt leicht erkennbar.

## **Die Summarien und der Generalindex**

Die Führung eines Archivs ist nur dann sinnvoll, wenn die in ihm gelagerten Archivalien zielgerichtet und innerhalb nützlicher Frist aufgefunden werden können. Um die Auffindbarkeit der Dokumente zu ermöglichen, braucht ein Archiv geeignete Findmittel. Diese eigentlich triviale Feststellung zielt bis heute in den Kern der Tätigkeit jedes Archivars und jeder Archivarin. Aus der Gesamtheit des im Archiv eingehenden Schriftgutes wird das archivwürdige vom wertlosen Material getrennt.

---

<sup>618</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 30, S. 218f.

<sup>619</sup> Rück, Peter: Die Ordnung der herzoglich savoyischen Archive, S. 95.

<sup>620</sup> Meyer, Bruno: Das habsburgische Archiv in Baden, S. 180, Anm. 40.

Das archiwürdige Material wird anschliessend sinnvoll geordnet, verzeichnet und über Findmittel zugänglich gemacht. In dieser Beziehung hat sich die Archivarbeit bis heute kaum verändert. Es erstaunt deshalb ebenfalls nicht, dass sich die Form der Archivfindmittel bis in die jüngste Vergangenheit kaum veränderte. Placidus Reimann hatte im 17. Jahrhundert Summarium-Bände und einen Generalindex als Findmittel verfasst. Die Summarien werden heute zwar meist als Repertorien oder Inventare bezeichnet, der Generalindex als Generalregister. Zudem kamen im Laufe der Zeit oft Findmittel dazu, mit denen ein Archiv nach thematischen Kriterien durchsucht werden kann. Grundsätzlich veränderte sich die Form der Findmittel in den letzten 400 Jahren aber kaum. Erst die elektronischen Datenbanken der Gegenwart lösen die klassischen Arbeitsinstrumente langsam ab und erleichtern mit ihren Suchfunktionen den Zugang zu den Archivbeständen.

Das von Placidus Reimann verfasste Summarium besteht aus fünf Bänden.<sup>621</sup> Sie werden heute im Stiftsarchiv unter der Bezeichnung «Altes Summarium» geführt. Der erste Band enthält die Buchstaben A-U der Archivordnung, der zweite W-DE, der dritte EF-QR, der vierte RS-DF und der fünfte EG-CG. Der Verfasser notierte zu jedem Dokument eine kurze Inhaltsangabe (Regest) sowie die Archivsignatur des Originaldokuments. Die Summarien erfüllten ihren Zweck bestens, in dem mit ihrer Hilfe thematisch nach Archivalien gesucht werden konnte. Die Regesten vermittelten einen ersten Eindruck vom Inhalt eines Dokuments, ohne dass ein Original aus den Beständen herausgesucht werden musste. Daneben leisteten diese kurzen Inhaltsangaben in der Ausbildung angehender Statthalter offenbar gute Dienste. So konnte sich ein Pater, bevor er ein Statthalteramt antrat, im entsprechenden Summarium bequem über die Rechte und Ansprüche informieren, welche mit der von ihm verwalteten Besitzung verbunden waren.<sup>622</sup>

Marian Müller erwähnte in der Archivverordnung, das Alte Summarium sei auf der Grundlage der weiter unten beschriebenen *Documenta Archivii Einsidlensis* erarbeitet worden. Er kam zu diesem Schluss, weil sich im Summarium genau die Einteilung der Documenta widerspiegelt.<sup>623</sup> Meines Erachtens muss man sich den Herstellungsablauf aber gerade in umgekehrter Reihenfolge vorstellen. Die Summarien dienten wohl einer ersten Bestandesaufnahme der verzeichneten und

---

<sup>621</sup> Die Handschriften sind formal detailliert beschrieben in: Brun, Peter et al.: Repertorien und Findmittel im Stiftsarchiv Einsiedeln, S. 10-13.

<sup>622</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 29, S. 217f.

<sup>623</sup> Ebd., Abs. 2, S. 198.

geordneten Archivalien. Auf dieser Grundlage wurden dann die Documenta zusammengestellt. Es scheint schwer nachvollziehbar, dass über wohl geordnete, teilweise sogar im Druck vorliegende Kopialbücher, in denen sich die Dokumente in ihrer vollen Länge als Abschriften finden, zusätzlich noch ein Summarium verfasst wurde. Zudem stütz Placidus Reimann im Vorwort zum Generalindex die Vermutung des Verfassers, indem er erwähnt, nachdem die Archivalien in Ämter und Klassen eingeteilt worden seien, «[...] dan drittens [...] die summaria eines jeden briefs ausgezogen und wo diss nothwendig gewesen in mehr articul abgetheilt worden[...]»<sup>624</sup>.

Der Generalindex bildete eine wertvolle Ergänzung zum Summarium, da der Index die Schlagworte alphabetisch auflistete und damit einen einfachen ersten Zugang zum Archiv ermöglichte. Abt Placidus bemerkte dazu: «Weilen auch ethliche brief und büecher solche sachen begriffen welche unterschiedlicher ämpter gemein aber nur an einem orth oder in dess einen ampts=laden zu finden seindt, also ist zu besserem nachricht diser gegenwärtige index generalis aus den summariis registratura gemacht worden [...]»<sup>625</sup> Damit benannte er einen weiteren Vorzug dieses Findmittels: Im Generalindex bot sich die Möglichkeit, an mehreren Stellen auf dasselbe Dokument zu verweisen und so die Auffindbarkeit eines Stücks von verschiedenen Ausgangspunkten her zu ermöglichen. Zudem weist jeder Eintrag einerseits die entsprechende Archivsignatur auf, andererseits wird der Benutzer mit einer zusätzlichen Eintragung auf den entsprechenden Artikel in den Summarien verwiesen. Demnach hatte sich Placidus Reimann die Benutzung seiner Findmittel wie folgt vorgestellt: Der Benutzer sollte im Generalindex den gesuchten Gegenstand nachschlagen. Dort wurde er auf die entsprechenden Einträge in den Summarien verwiesen und konnte sich im Summarium, ohne die Originaldokumente hervorsuchen zu müssen, einen ersten Überblick verschaffen und so die zu einem bestimmten Fall in Frage kommenden Dokumente eingrenzen. Die Verwendbarkeit dieser Findmittel war natürlich stark von der Detailgenauigkeit des Generalindexes und von der Relevanz der Inhaltsangaben in den Summarien abhängig. Für beides bekam Placidus von Marian Müller nur Bestnoten: «Man hat zu allen zeiten diese summarien und den generalindex für so viele meisterstücke gehalten und mit recht behauptet, das man die kunstreiche einfalt, die saftigen kernhaften auszüge, die so

---

<sup>624</sup> Zit. nach: Index generalis archivii Einsidlensis, Vorwort.

<sup>625</sup> Zit. nach: Ebd.

verständlich als kurze zusammenfassung und die genauigkeit und vorsichtige anmerkung der kleinsten dingen nicht höhertreiben könne.»<sup>626</sup>

### 7.1.3 Die Documenta Archivii Einsidlensis (DAE)

Als *Documenta Archivii Einsidlensis*<sup>627</sup> werden im Stiftsarchiv die im 17. Jahrhundert unter der Leitung von Abt Placidus Reimann zusammengestellten Kopialbücher bezeichnet.<sup>628</sup> Die insgesamt 15 Bände enthalten alle damals als wichtig erachteten Dokumente des Archivs in integralen Abschriften. Die Herstellung dieser sehr umfassenden Archivaliensammlung im Folioformat stellte wohl das aufwendigste Projekt dar, welches in dieser Zeit im Stiftsarchiv ausgeführt wurde. Fünf der im Übrigen als Handschriften vorliegenden Bände kamen – in der klostereigenen Druckerei hergestellt – zwischen 1665 und 1681 als Drucke heraus.<sup>629</sup> Der erste Band enthält einen Teil der Dokumente zu Einsiedeln und war wohl eines der ersten Bücher überhaupt, das in der im Jahr 1664 eingerichteten Druckerei hergestellt wurde.<sup>630</sup> Ursprünglich war die Drucklegung sämtlicher Documenta-Bände geplant, die Herstellung der Drucke kostete jedoch so viel Geld, dass das Unternehmen nach Vollendung des fünften Bandes aufgegeben werden musste.<sup>631</sup>

Kopialbücher oder Kartulare lagen in den kirchlichen Archiven des 17. Jahrhunderts durchaus im Trend.<sup>632</sup> Beispielsweise gab das Kloster St. Gallen in dieser Zeit seine merowingischen und karolingischen Privaturkunden in gedruckter Form heraus,<sup>633</sup> ebenso entstanden im Bischöflichen Archiv in Chur – hier unter der Aufsicht eines tatkräftigen Bischofs, der kurz zuvor sein Amt angetreten hatte – im

---

<sup>626</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 3, S. 198f.

<sup>627</sup> Den barocken Gepflogenheiten entsprechend lautet der vollständige Titel: *Documenta Archivii Einsidlensis digesta labore et industria Reverendissimi et Illustrissimi S.R.I. Principis Domini, Domini Placidi, Eiusdem Monasterii Abbatis, Ac iurium qua prudentia qua constantia propugnatoris ad perpetuum in posteris gloriam cedro dignissimi, Typis eiusdem Principalis Monasterii Einsidlensis.*

<sup>628</sup> Kopialbücher sind in Buchform angelegte Abschriften von Archivalien (meist Urkunden) verschiedener Aussteller für einen Empfänger bzw. dessen Rechtsnachfolger. Synonym werden auch die Begriffe Chartular, Kartular und Kopial verwendet. Vgl. LexMA, Bd. V, Sp. 1026f.

<sup>629</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 130.

<sup>630</sup> Benziger, Karl, J.: Geschichte des Buchgewerbes im fürstbischöflichen Benediktinerstifte U.L.F. von Einsiedeln, Einsiedeln/Köln/Waldshut 1912, S. 148.

<sup>631</sup> Kälin Björn: Die Jugendzeit der Schrift im Einsiedler Stift, Schriftlichkeit im Kloster Einsiedeln im 15. Jahrhundert, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Historisches Seminar der Universität Zürich 1996, S. 23.

<sup>632</sup> Delsalle, Paul (Hg.): *La recherche historique en archives du Moyen Âge*, Paris 1995, (Collection Documents et Histoire), S. 133.

<sup>633</sup> Largiadère, Anton: Schweizerisches Archivwesen, S. 26.

Zeitraum von 1603 bis 1650 eine ganze Anzahl Kopialbücher.<sup>634</sup> Die Bedrohung des Dreissigjährigen Krieges und die zunehmende Machtentfaltung der weltlichen Landesherren dürften die wesentlichen Auslöser für die intensive Ordnungs- und Abschreibetätigkeit in den kirchlichen Archiven dargestellt haben. Für die heutige Forschung stellen diese Archivalien-Kompilationen einen Glücksfall dar, denn hier überdauerte viel Quellenmaterial die Zeit, das im Original heute verloren ist. In Tabelle 5 sind die einzelnen Bände der *Documenta Archivii Einsidlensis* zusammengestellt.

Die Herstellung der Kopialbücher war im Fall des Klosters Einsiedeln mit einem immensen Arbeits- und Kostenaufwand verbunden. Zum einen war die Menge der im Archiv lagernden Materialien bereits im 17. Jahrhundert recht gross, so dass entsprechend viele Dokumente für die Publikation in Frage kamen, die der Archivschreiber alle von Hand abschreiben musste. Zum anderen ist es leicht vorstellbar, dass die Drucklegung mit den damaligen Mitteln einen zusätzlichen, aufwändigen Arbeitsschritt darstellte, der Monate bis Jahre in Anspruch nehmen konnte. Die für den Druck notwendigen Materialien, wie Papier und Druckfarben wurden in der Ostschweiz und im süddeutschen Raum bezogen und kosteten, unter anderem bedingt durch die langen Transportwege, entsprechend viel Geld. Zudem waren in der Druckerei neben den Patres und Fratres immer auch eine gewisse Anzahl an fachkundigen Druckern und Setzern beschäftigt, die nicht dem Konvent angehörten und deshalb für ihre Arbeit einen Lohn bezogen.<sup>635</sup>

---

<sup>634</sup> Hübscher, Bruno: Das bischöfliche Archiv in Chur, in: Schwarz, Dietrich und Schnyder, Werner (Hgg.): *Archivalia et historica*, Arbeiten aus dem Gebiet der Geschichte und des Archivwesens, Zürich 1958, S. 33-50, hier: S. 39.

<sup>635</sup> Benziger, Karl, J.: *Geschichte des Buchgewerbes*, S. 156-168.

**Tabelle 5:** Überblick über die Bände der Documenta Archivii Einsidlensis.

Band	Amt	Buchstaben	Druck/Handschrift	Jahr
1	Einsiedeln	A-G	Druck	1665
2	Einsiedeln	G-O	Druck	1670
3	St. Gerold	P-Q	Druck	1695
4a	Fahr	R-T	Handschrift	1660
4b	Münsterlingen	U	Handschrift	Der Band ist im Archiv nicht vorhanden
5	Pfäffikon	W-Y	Druck	1674
6	March, Reichenburg, Kaltbrunn, Rapperswil mit Wangen	AB-DE	Handschrift	1646
6a	Neuheim, Menzingen, Ägeri	Z	Handschrift	1660
7	Stäfa, Männedorf, Meilen, Erlenbach	EF-IK	Handschrift	1646
8	Schwerzenbach, Illnau, Rümlang, Brütten, Zürich, Höngg, Wädenswil	KL-MN	Handschrift	1646
9	Sarmensdorf, Sursee	NO-QR	Handschrift	1646
10	Eschenz	RS-TV	Handschrift	1647
11	Eschenz	VW-YZ	Handschrift	1647
12	Eschenz, Gachnang, Syrenz, Riegel, Kienberg u.a.	ZA-DF	Handschrift	1648
13	Dieser Band entspricht nach Flüeler, Stiftsarchiv, S.41, dem Band 6a	Z	Handschrift	1660
14	Ittendorf	Aa-Cc	Druck	nicht vor 1681

Für die Zeitgenossen bestanden jedoch ganz praktische Gründe, die einen solch grossen Aufwand für den Druck der Bände rechtfertigten. So verfügte der Konvent mit den Kopialbüchern über ein handliches und repräsentatives Medium, das bei Bedarf einfach transportiert werden konnte. Die wichtigsten Dokumente waren übersichtlich geordnet und als gut lesbare Kopien jederzeit zur Hand, wenn sie beispielsweise als Beweismittel vorgelegt werden mussten. Zudem konnten die oft vom Alter gezeichneten Originale geschont werden.<sup>636</sup> Gerade die einfache Verfügbarkeit ist einer der Vorteile, den auch Marian Müller zugunsten der Documenta anführte: «Über jedes amt wurde ein copialbuch, darin nach der ordnung des alphabets und der zahlen die abschriften der wesentlichen documenten ohne das original hervorsuchen auf jeden nothfall vor augen liegen, verfertigt.»<sup>637</sup> Unter diesem Aspekt betrachtet, genossen offenbar die gedruckten Bände die grösste Wertschätzung. «Wahrscheinlicher weise aber waren auch alle übrigen copial bücher zum drucken bestimmt und möchte es doch geschehen seyn, denn alles andern

<sup>636</sup> Michael Giesecke spricht in diesem Zusammenhang von einem gemeinsamen Wissensraum, der, auf den vorliegenden Fall angewendet, zwischen der Schwyzer Obrigkeit und dem Konvent durch die leichte Zugänglichkeit der im Druck vorliegenden Dokumente geschaffen wurde. Vgl. Giesecke, Michael: Der Buchdruck in der frühen Neuzeit, Frankfurt am Main 1991, S. 255.

<sup>637</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 2, S. 198.



nuzens zu geschweigen, so ist die läsbarkeit der uralten urkunden durch dieses mittel verewiget worden».<sup>638</sup>

#### 7.1.4 Die *Libertas Einsidlensis*

Durch die Neuordnung des Archivs kannten die an diesen Arbeiten beteiligten Mitglieder des Konvents die Bestände genau und entsprechend schlagkräftig wussten sie die Archivalien zu ihren Gunsten zu verwenden. Archivalien wurden und werden ja nicht um ihrer selbst willen aufbewahrt, sondern erfüllen immer einen bestimmten Zweck.<sup>639</sup> Heute stehen einerseits die Gewährleistung der Rechtssicherheit und die Nachvollziehbarkeit des Handelns einer Körperschaft, andererseits die Befriedigung des Interesses der Gesellschaft an der Vergangenheit im Vordergrund. Im 17. und 18. Jahrhundert verfolgten die archivführenden Körperschaften in erster Linie handfeste Herrschaftsinteressen. Im Rahmen einer Archivgeschichte müssen deshalb neben den Ordnungs- und Aufbewahrungstechniken auch die kommunikativen und propagandistischen Aspekte der Archivhaltung betrachtet werden. Unter Abt Placidus entstanden mehrere Schriften, die diesen Zweck verfolgten. Die wichtigste und umfangreichste unter ihnen ist die *Libertas Einsidlensis*.

Die Klostersgemeinschaft reagierte auf die Einsetzung eines Landvogtes durch Schwyz ganz den damaligen Konventionen entsprechend, indem sie als Erstes beim päpstlichen Nuntius und bei den katholischen Orten der Eidgenossenschaft um Unterstützung nachsuchte. Daneben legten die Mönche ihre Rechtsstandpunkte der Öffentlichkeit in Form von juristischen Deduktionen und Traktaten vor. Als Beispiel sei hier die früheste dieser Schriften zum Thema genannt mit dem Titel «Kurtzer und grundtlicher bericht welcher gestalt das fürstliche gottshaus Einsidlen von disen schirmvögten wider habendes recht angefochten und darumb nothgetrungen das liebe recht anzuerueffen»<sup>640</sup>. Mit Traktaten dieser Art wurden Inhalte von Urkunden, Bullen und Verträgen aus einem Archivbestand verbreitet und damit öffentlich zugängliche schriftliche Belege für die postulierten Ansprüche und Rechte vorgelegt.<sup>641</sup> Bei der *Libertas Einsidlensis*<sup>642</sup> handelt es sich ebenfalls um eine solche

---

<sup>638</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 2, S. 198.

<sup>639</sup> Head, Randolph C.: Abbildungen von Herrschaft, S. 114.

<sup>640</sup> Die Handschrift aus dem Jahr 1637 befindet sich im Stiftsarchiv Einsiedeln, Sig. A. LK 3.

<sup>641</sup> Merten, Thomas: Die *Libertas Einsidlensis*, Eine juristische Deduktion des 17. Jahrhunderts, Zugleich ein Beitrag zur Rechtsgeschichte des Klosters Einsiedeln, Zürich 1978, S. 11f.

Deduktion, die allerdings um einiges umfangreicher geriet, als es normalerweise der Fall war.<sup>643</sup> Der Konvent liess die Schrift von Johann Heinrich von Pflummern,<sup>644</sup> einem Juristen aus Überlingen, zusammenstellen und verfassen und gab sie im Jahr 1640 in einer Auflage von 700 Stück heraus.<sup>645</sup> Den Druck besorgte Johann Geng, der fürstliche Buchdrucker in Konstanz.<sup>646</sup> Die Namen des Verfassers und des Druckers werden in der Schrift selbst nicht erwähnt, da die beiden wahrscheinlich vor Repressionen aus Schwyz geschützt werden sollten.

Der 400 Seiten starke Band besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen. Der erste Teil umfasst sieben Kapitel, in denen in einer Art fiktiven Disputation die Argumente des Konventes jenen der Schwyzer Obrigkeit gegenübergestellt werden. Die so genannten Einwürfe der Schwyzer werden, mit Hinweisen auf die einschlägigen Archivdokumente, jeweils umgehend widerlegt. Im zweiten Teil sind all jene Urkunden und Verträge teilweise oder gar vollständig enthalten, die im ersten Teil für die Argumentation herangezogen wurden. Placidus Reimann liess über den Zweck der Publikation keine Zweifel aufkommen. Das im folgenden auszugsweise zitierte Vorwort zeigt deutlich, welche Ziele das Kloster mit dieser beeindruckenden Propagandaleistung verfolgte. Demnach sei das Traktat verfasst worden, da «standt und freyheit»<sup>647</sup> des Klosters zur Zeit von «den Herren von Schwyz» angefochten worden sei und diese «zu Einsidlen und in dem umbgelegenen Territorio (so man die Waldstatt nennet) Landt und Oberherren seyn wollen.» Damit ist der Grundstreitpunkt zwischen Schwyz und dem Gotteshaus genannt: Die Herren von Schwyz beanspruchten in den Augen des Konvents die Landesherrschaft über die Waldstatt Einsiedeln und somit über das Kloster und seine Untertanen. Der Abt aber stand, vom deutschen Kaiser mehrmals schriftlich bestätigt, in der Stellung eines Reichsfürsten und betrachtete sich deshalb als alleiniger Herr über die

---

<sup>642</sup> *Libertas Einsidlensis* oder begründeter kurzer Bericht und Beweis dass das fürstliche Gotteshaus Einsidlen in freyem Standt gestiftet noch jemal einem Landtherren underworfen sonder mit seinem selbst aigen Gerichten Regalien Ober- und Landtsherrlichkeit versehen gewest und billich noch seyn solle. Mit beygesetzten etlichen solchem Beweis dienlichen Documenten. Aus etlichen besondern zu end vermeldten Ursachen in offnen Truck gegeben, Einsiedeln 1640.

<sup>643</sup> Die *Libertas Einsidlensis* stellt in ihrer Art keinen Einzelfall dar. Ende des 16. und im Laufe des 17. Jahrhunderts erschienen vor allem im Gebiet des heutigen Deutschland und vereinzelt auch in der Schweiz eine ganze Anzahl solcher Deduktionen, die sich mit territorialstaatsrechtlichen Fragen auseinandersetzten. Vgl. Merten: *Die Libertas Einsidlensis*, S. 72f.

<sup>644</sup> Henggeler, Rudolf: Fürstabt Placidus Reimann, S. 39, setzte Abt Placidus selbst als den Verfasser der Schrift ein. Thomas Merten legt in seiner Arbeit aber überzeugende Quellen vor, die Johann Heinrich von Pflummern als Verfasser sehr wahrscheinlich machen (S. 20-23).

<sup>645</sup> Merten, Thomas: *Die Libertas Einsidlensis*, S. 19-22.

<sup>646</sup> Benziger, Karl, J.: *Geschichte des Buchgewerbes*, S. 130.

<sup>647</sup> Alle Zitate dieses Abschnitts sind dem Vorwort der *Libertas Einsidlensis*, S. I-IV, entnommen.

Gotteshausleute und die Besitzungen des Klosters. In diesem Zusammenhang muss die Inhaltsangabe zum ersten Titel der Libertas gelesen werden: Es werde «[...] ausgeführt und bewiesen dass ermeldtes Territorium oder Waldstatt Einsidlen vom Anfang an des Gottshaus bis anhero nie keinen anderen Herren und Oberkeit gehabt als das Gottshaus und dessen jederweilen regierende fürstliche Praelaten.» Und obwohl die Schwyzer laut einer Urkunde von Kaiser Sigismund aus dem Jahr 1433 «[...] die Kastvogtey zu Einsidlen innwendig und die Vogtey auswendig haben sollen [...]», werde unter dem zweiten Titel bewiesen, dass «[...] denen von Schwyz dadurch kein Oberkeit sonder nur der Schutz und Schirmb überlassen worden seye.» Im Wesentlichen dreht sich die Frage hier um die Unterscheidung der Begriffe *Kastvogt*, *Vogt* und *Obrigkeit*. Grundsätzlich wurde der Vogt von der Obrigkeit eingesetzt, welche die Territorialherrschaft ausübte. Er übernahm den Schutz von gar nicht oder nur teilweise wehr- und fehdefähigen Leuten. Zu diesen Leuten gehörten vor allem die Bauern, deren Wehrfähigkeit zumindest eingeschränkt war, und eben auch die Kleriker, die aus kirchlich-theologischen Gründen auf Gewaltübung verzichteten.<sup>648</sup> Die Unterscheidung zwischen dem Kastvogt (Altarvogt) und dem Vogt wird im Allgemeinen so vorgenommen, dass der Kastvog die Schutzfunktion für ein einzelnes Kloster inne hatte. Die Zuständigkeit eines Vogtes oder Bezirksvogtes erstreckte sich dagegen über ein bestimmtes Territorium. Er war der Schutzherr über ein Gebiet und es spielte dabei keine Rolle, wie viele schutzbedürftige kirchliche Institutionen sich darin befanden.<sup>649</sup> Dem Modell entsprechend, stand der Vogt der als Grundherr auftretenden Klostergemeinschaft bewaffnet zur Seite und schützte deren Rechte.<sup>650</sup> In diese Rechte eingeschlossen waren die hohe und niedere Gerichtsbarkeit. Da aber das hohe Gericht oft gewalttätige Strafen verhängte, delegierte der Konvent diese Gerichtsbarkeit üblicherweise an den Vogt.<sup>651</sup> In diesem Zusammenhang muss das folgende Zitat gelesen werden: «Obwohlen sie auch bishero in der Waldtstatt

---

<sup>648</sup> Simon, Thomas: Grundherrschaft und Vogtei, Eine Strukturanalyse spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Herrschaftsbildung, Frankfurt am Main 1995, (Ius Commune, Sonderheft 77), S. 30. Vgl. dazu auch: Brunner, Otto: Land und Herrschaft, Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Oesterreichs im Mittelalter, Wien <sup>5</sup>1965, S. 238 und 253.

<sup>649</sup> Simon, Thomas: Grundherrschaft und Vogtei, S. 36-40. Vgl. dazu auch: Eugster, Erwin: Adlige Territorialpolitik in der Ostschweiz, Kirchliche Stiftungen im Spannungsfeld früher landesherrlicher Verdrängungspolitik, Zürich 1991, S. 72-84.

<sup>650</sup> Das Modell muss im Einzelfall keineswegs der Realität entsprechen. Die Begriffe lassen sich, wenn überhaupt, nur sehr selten so klar definieren und unterscheiden sich sowohl in synchroner Perspektive, zum Beispiel regional, wie in diachroner Perspektive. Das Verhältnis zwischen Vogt und Grundherr war stetem Wandel unterworfen und wurde, wie im vorliegenden Fall, laufend neu ausgehandelt. Vgl. Simon, Thomas: Grundherrschaft und Vogtei, S. 36.

<sup>651</sup> Simon, Thomas: Grundherrschaft und Vogtei, S. 173.

Einsidlen die hohe Malefiz Oberkeit mit gewisser Mass exercirt und exequiert, wirdt jedoch beim vierdten Titel bewehrt dass solches nicht aus Kraft habender Landesherrlichkeit sonder nur in Verwaltungs weiss geschehen gleich wie vor Jahren die Geistliche Praelaten gemeinlich durch ihre Schirmvogt den Blutbann verweesen lassen. Und zu dessen mehrer Bestättigung wird mit dem fünften Titel beygebracht und erlutert was massen alle Gerichtsherrlichkeit und Oberkeit dem Gottshaus allein zustendig.»

Doch zurück zum Ausgangspunkt der Auseinandersetzung. Es stellte sich ja die Frage, ob der Stand Schwyz berechtigt sei, vom Kloster und seinen Untertanen eine Kriegssteuer einzufordern. Dass es sich dabei nur um eine individuelle Ausprägung der oben diskutierten Grundfrage handelte, spricht der Verfasser bereits im Vorwort explizit an: «So dann weilen der erste Anfang dis jetzigen Strittwesens dahero gerührt dass die Herren von Schwyz die Gottshaus= und Waldtleuth als ihre Underthanen mit einer newen Landt= oder Kriegs Steur belegen wollen als volgt underm sechsten Titel der bericht von der mannschaft und zu letst von der Steur.» Am Schluss des Vorwortes werden die für die Argumentation wichtigen Dokumente erwähnt, um damit die Relevanz und das Gewicht der Schrift zu erhöhen: «Und wirdt bey jedem Titel nicht nur des Gottshaus befugsambe mit authentischen Brief und Sigeln viler Kayser und Königen und deren von Schwyz selbst Verschreibungen Verträgen Erkandtnussen und andern nachgetruckten Documenten gleich paar belegt sonder auch die Antwort auf ihre Gegenwurf und vermeinte Behelf (so vil sie noch zur Zeit in ihren Schriften und sonderlich in einer den 4. 5. 6. 7. Juni Anno 1637 zu Lucern gehaltner Taglaistung<sup>652</sup> auf die Bann gebracht) darbey gesetzt damit der verständige Leser beeder Thailen Argumenta zusammen halten und sein Urthel ohne Passion daruber fellen möge.»

Bemerkenswerterweise wurden den 16 lateinischsprachigen Dokumenten zum Teil integrale, zum Teil summarische deutsche Übersetzungen beigelegt. Die Übersetzung der Texte ist dabei mit grosser Genauigkeit erfolgt und lässt in editorischer Hinsicht kaum kritische Bemerkungen zu.<sup>653</sup> Offenbar beabsichtigte der Konvent diese Archivalien nicht bloss für Juristen zugänglich zu machen. Die relativ

---

<sup>652</sup> Konferenz der katholischen Orte in Luzern. Sowohl die Vertreter der Schwyzer, wie die des Klosters wiesen Belege für die von ihnen behaupteten Rechte vor. Als die Delegation aus Schwyz gewahrt wurde, dass die Patres im Besitz von weit gewichtigeren Dokumenten waren als sie selber, erklärte sie sich für nicht verhandlungsfähig. Sie seien nicht als Verhandlungspartei nach Luzern geschickt worden, sondern lediglich als Beobachter. Vgl. Henggeler P. Rudolf, Fürstabt Placidus Reimann, S. 23-24.

<sup>653</sup> Merten, Thomas: Die Libertas Einsidlensis, S. 67.

grosse Auflage von 700 Exemplaren spricht ebenfalls für die Absicht, das Werk möglichst breit zu streuen, damit es von der alphabetisierten Öffentlichkeit gelesen werden konnte.

Insgesamt sind in der *Libertas Einsidlensis* 58 Archivdokumente enthalten, die mehr oder weniger gewichtige Belege für die Sicht des Klosters im oben geschilderten Streit darstellten. Selbstverständlich sind nur jene Dokumente vorhanden, die der Sache des Stifts dienlich waren. Es wäre interessant zu wissen, welche Dokumente bewusst nicht in den Band aufgenommen wurden. Die 58 Positionen umfassen 56 Urkunden, ein juristisches Gutachten und ein summarisches Verzeichnis verschiedener Straffälle. In Tabelle 6 sind die einzelnen Positionen zu thematischen Gruppen zusammengefasst.<sup>654</sup>

**Tabelle 6:** Die Dokumente der *Libertas Einsidlensis*, thematisch gegliedert.

Anzahl Dokumente	Bezeichnung und Zeitraum
2	Papsturkunden (964-1290)
17	Kaiserliche Privilegienerteilungen und Schenkungen, sowie deren Konfirmationen (965-1608)
4	Urkunden im Zusammenhang mit der Konfirmation kaiserlicher Privilegien (1559-1566)
8	Urkunden im Zusammenhang mit dem Marchenstreit zwischen Schwyz und dem Kloster Einsiedeln (1311-1350)
11	Urkunden im Zusammenhang mit der Übertragung der Vogtei an Schwyz und dem späteren Streit um die Landeshoheit (1424-1629)
3	Reversbriefe der Grafen von Rapperswil, bzw. der Grafen von Habsburg über das Vogteilehen (1261-1348)
1	Auszug aus dem habsburgischen Urbar: Gefälle der Vogtei Einsiedeln (1281-1311)
2	Hofrechte für Einsiedeln
2	Urkunden über die Stiftung des Spitals in Einsiedeln (1353-1497)
3	Urkunden die Erbfälle in Einsiedeln betreffen (1514-1581)
1	Schirmbrief Herzog Leopolds von Österreich (1377)
1	Konfirmation der alten Rechte des Klosters Einsiedeln durch Schwyz (1559)
1	Urkunde über die Verleihung der Vogtei über das Kloster Fahr (1306)
1	Summarisches Verzeichnis einiger Straffälle
1	Juristisches Gutachten über den Streit um die Landesherrlichkeit

<sup>654</sup> Merten, Thomas: Die *Libertas Einsidlensis*, S. 65-66.

Im Zentrum der im Buch versammelten Urkunden stehen, neben den beiden Papstbulen, die Urkunden der deutschen Kaiser. Sie sind zahlenmässig am stärksten vertreten, da der hohe Rang der Aussteller ihnen besonderes Gewicht verlieh. Die Kaiserurkunden reichen von Otto I., der dem Kloster das Recht auf freie Abwahl zusicherte und die Immunität für die Besitzungen verlieh, bis zu Rudolf II., der 1608 die Privilegien des Klosters bestätigte. Natürlich drängt sich die Frage nach der Echtheit der Urkunden auf. Sie spielt im Rahmen der hier behandelten Fragestellung jedoch eine untergeordnete Rolle. Wichtig ist das symbolische Gewicht der Dokumente, mit dem der Konvent die Meinung der massgebenden Öffentlichkeit zu seinen Gunsten zu beeinflussen versuchte. Dieses Gewicht würde durch den Nachweis, dass einschlägige Stücke erst nachträglich im Kloster hergestellt wurden, nicht geschmälert, da Fragen dieser Art für die Zeitgenossen offenbar nicht in dem Ausmass relevant waren, wie wir das heute erwarten.

Die übrigen Schriften berühren im Grossen und Ganzen die Rechte des Grundherrn und die Vogteirechte. Aus heutiger Sicht kommt diesen in einem rechtlichen Konflikt grössere Aussagekraft zu, da sie zum einen meist jüngeren Datums sind und zum anderen eher den Charakter ausgehandelter gegenseitig anerkannter Verträge aufweisen. Dass dies im 17. Jahrhundert eben nicht im gleichen Sinn zutraf, lässt sich an der *Libertas Einsidlensis* exemplarisch zeigen. Entscheidend waren das politische Gewicht und die Würde des Ausstellers sowie das Alter einer Urkunde. Wer ein Recht schon seit langer Zeit beanspruchte und es von höchster Stelle verliehen bekommen hatte, legitimierte damit seinen Anspruch.

Das Buch verfehlte die angestrebte Wirkung nicht. Es erregte in den katholischen Ständen grosses Aufsehen und entzog den Schwyzern, die das Werk als sophistisches Buch bezeichneten, viele Sympathien.<sup>655</sup> Sogar der im Übrigen eher den Standpunkt der Schwyzer vertretende Johann Baptist Kälin urteilte 1882 in seinem Aufsatz über die Kastvogtei: «Der unparteiische Prüfer wird in dem Buche eine im Grossen und Ganzen vortrefflich ausgeführte, gelungene Zurückweisung der meisten Schwyzerischen Prä tensionen finden.»<sup>656</sup> Wohl nicht zuletzt darum gelang es dem Abt mit der Zeit, die Gemüter der Schwyzer versöhnlich zu stimmen. So einigten sich die beteiligten Parteien im Juni 1645 auf einen *Modus Vivendi*, indem sie die zentrale Frage nach der Oberherrschaft über die Besitzungen des Klosters

---

<sup>655</sup> Henggeler, P. Rudolf: Fürstabt Placidus Reimann, S. 39.

<sup>656</sup> Zit. nach: Kälin, Johann Baptist: Die Schirm- und Kastvogtei über das Gotteshaus Einsiedeln, in: Mitteilungen des Historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 2, (1882), S. 79.

ausser Acht liessen.<sup>657</sup> Damit war der Konflikt zwar nicht gelöst, die Bedrohung, welche von den Schwyzern ausgegangen war, schien aber vorerst abgewendet.

Normalerweise war das Archiv des Klosters Einsiedeln jedoch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Der Konvent achtete peinlich genau darauf, dass keine Unbefugten Zutritt zu den Archivräumlichkeiten erhielten und keine Dokumente unbeabsichtigt an die Öffentlichkeit gelangten. Die *Libertas Einsidlensis* läuft diesem Prinzip nun aber diametral entgegen, indem das Buch grösstmögliche Verbreitung finden sollte. Ziel war es, eine grosse Wissensgemeinschaft herzustellen, die aus der Sicht des Klosters notwendig war, um die eigenen Ansprüche durchzusetzen.<sup>658</sup> Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass in diesem Fall Archivdokumente sehr selektiv veröffentlicht wurden. Der Konvent zeichnete mit seinen Archivalien genau jene rechtliche Realität, welche er seinen Gegnern und der Öffentlichkeit vermitteln wollte. Eingeschränkt lässt sich diese Feststellung übrigens auch für die *Documenta Archivii Einsidlensis* machen. Auch diese Zusammenstellung bildet nicht das Archiv des Klosters Einsiedeln ab, sondern zeigt jene Teile, die für die Nachwelt unbedingt erhalten werden sollten.

## 7.2 Der Konflikt um die Neuordnung des Archivs im 18. Jahrhundert

Nachdem Placidus Reimann im Jahr 1670 gestorben war, wurde das Archiv von den Nachfolgern vorerst in seinem Sinne weitergeführt. Dies scheint anfänglich mehr oder weniger problemlos möglich gewesen zu sein. Mit der Zeit und mit der Zunahme der Archivalien schwollen jedoch die Miscellanea-Faszikel mehr und mehr an. Es fiel den Archivaren zunehmend schwer, den Überblick über die Flut von ungeordneten Dokumenten zu behalten. Das Problem wurde durch häufige Personalwechsel im Archiv noch verstärkt. Zwischen 1670 und 1730 amtierten nachweisbar mindestens zwölf, tatsächlich wohl aber wesentlich mehr Patres als Archivare.<sup>659</sup> Eine solch starke Fluktuation verhinderte eine konsequente und kontinuierliche Führung des Archivs natürlich weitgehend. Dies führte mit der Zeit zu einer Unordnung, deren Behebung sich kaum jemand mehr zutraute. Aus diesem

---

<sup>657</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch Einsiedeln, S. 121-124.

<sup>658</sup> Johanek, Peter: Methodisches zur Verbreitung und Bekanntmachung von Gesetzen im Spätmittelalter, in: Paravicini, Werner und Werner, Karl Ferdinand (Hgg.): *Histoire comparée de l'administration (IVe-XVIIe siècle)*, Zürich/München 1980, S. 88-101, (Beihefte der Francia 9), hier: S. 89-93.

<sup>659</sup> Verzeichnis der Archivare des Einsiedler Stiftsarchivs, masch., ohne Jahr, StiAE, ohne Signatur.

Grund beschloss der Konvent am Kapitulum des Jahres 1730, das Archiv müsse grundlegend neu geordnet werden. Aus der Diskussion um die neue Ordnung entspann sich in der Folge eine lange dauernde Auseinandersetzung, die erst im Jahr 1771 zum Abschluss kommen sollte.

### 7.2.1 Das Archiv in den Jahren 1670 bis 1730

Für die Jahre zwischen 1670 und 1730 sind nur wenige Quellen vorhanden, welche einen Einblick in die Bemühungen um das Stiftsarchiv gewähren. Im Diarium von P. Josef Dietrich finden sich einige Bemerkungen, die das Geschehen wenigstens punktuell erhellen. So berichtete er Ende 1688, er sei als Statthalter nach Freudenfels berufen worden. Darum habe er die Führung seines Diariums dem damaligen Stiftsarchivar Dionys Hartmann übertragen.<sup>660</sup> Als Dietrich 1690 nach Einsiedeln zurückkehrte, wurde er zum Archivar und Kapitelsekretär ernannt.<sup>661</sup> Unter dem 13. März 1692 steht zu lesen, nach dem Tod des Abtes Augustin Reding (1670-1692) sei die Türe zur Abtei verschlossen worden. Sie blieb so lange verriegelt, bis der Konvent den Nachfolger des Verstorbenen gewählt hatte. Der Schlüssel zur Türe und das Siegel der Abtei wurden während dieser Zeit im Archiv verwahrt, da die Archivräumlichkeiten als besonders sicherer Ort galten.<sup>662</sup> Der letzte Hinweis auf das Archiv aus P. Josef Dietrichs Feder stammt vom 28. August 1695: Da zwischen Schwyz und Zürich grosse Kriegsgefahr bestand, wurde im Kloster mit dem Verpacken der Schätze der Sakristei und der Archivalien begonnen. Es kam nicht zum Krieg und so wurde beides, die Schätze und die Archivalien, später wohl wieder ausgepackt.<sup>663</sup>

Die wenigen Bemerkungen liefern einige interessante Hinweise auf die Funktion des Archivars und der von ihm betreuten Institution am Ende des 17. Jahrhunderts. So scheint der Archivar neben seinem Amt meist noch andere Aufgaben wahrgenommen zu haben. Beispielsweise sollte P. Dionys Hartmann P. Josef Dietrichs Diarium während dessen Abwesenheit weiterführen und Dietrich selbst musste neben der Archivarbeit zusätzlich die Arbeiten des Kapitelsekretärs

---

<sup>660</sup> Tagebuch des Einsiedler Konventuals P. Josef Dietrich 1681-1692 unter Fürstabt Augustin Reding, Bearbeitet von Magnus Helbling, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, dreiundzwanzigstes Heft (1913), S. 71-207, hier: S. 176.

<sup>661</sup> Ebd., S. 184.

<sup>662</sup> Ebd., S. 196.

<sup>663</sup> Tagebuch des Einsiedler Konventuals P. Josef Dietrich (†1704) unter den Fürstäbten Raphael und Maurus 1692-1704, Bearbeitet von Magnus Helbling, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 73 (1918), S. 63-176, hier: S. 86.



verrichten. Die Archivräumlichkeiten galten generell als sicherer Aufbewahrungsort. Dass die Archivalien in einem anderen Fall gleichzeitig mit den materiell und kunsthandwerklich wertvollen Schätzen der Sakristei verpackt wurden, wirft ebenfalls ein Licht auf deren Bedeutung.

P. Marian Müller erwähnte einen Ordnungsversuch, der offenbar im Laufe der 60 Jahre zwischen 1670 und 1730 unternommen wurde. Der damalige Archivar legte zwei Registerbücher an, von denen er das eine mit dem Titel *Registratura Superioris Archivii*<sup>664</sup> und das andere mit dem Titel *Registratura Inferioris Archivii* bezeichnete. Die Funktion dieser Zweiteilung lässt sich nicht mehr erschliessen, wohl darum, weil die *Registratura Inferioris Archivii* heute nicht mehr vorhanden ist. Die *Registratura Superioris Archivii* ist als eigentliche Neuordnung angelegt, in der an erster Stelle, unter dem Titel *Curia Romana*, die Papsturkunden und an zweiter Stelle, unter dem Titel *Curia Imperialis*, die Urkunden der deutschen Kaiser verzeichnet sind. Im Ganzen zeigt sich die Ordnung aber recht undurchsichtig, indem sachliche und lokale Kategorien mehr oder weniger willkürlich zusammengestellt wurden, was nicht zuletzt auf eine ziemlich konfuse Einbindung zurückzuführen ist.<sup>665</sup> Marian Müller berichtete, der Verfasser des Werkes habe die ungeordnet im Archiv vorhandenen und die neu eingehenden Schriftstücke in der Reihenfolge, in der sie ihm in die Hand gekommen seien, verzeichnet und nicht versucht, was Müller beklagt, wenigstens eine chronologische Ordnung der Dokumente herzustellen. Zudem habe er das gesamte eingehende Schriftgut ins Archiv aufgenommen, ohne zuvor die wertlosen Dokumente auszusondern, was die Archivalienmenge innerhalb weniger Jahre stark anschwellen liess.<sup>666</sup> P. Marians Feststellungen lassen sich in den vorhandenen Bänden nicht nachvollziehen. Möglicherweise beziehen sich seine Äusserungen auf die verlorene *Registratura Inferioris Archivii*. Im Ganzen scheint es aber schwer vorstellbar, dass die bestehende Unordnung mit diesem neuen System hätte behoben werden können. Es handelt sich vielmehr um einen Versuch, der die Verwirrung im Archiv wohl noch vergrössert hätte, wenn er tatsächlich umgesetzt worden wäre.

---

<sup>664</sup> *Registratura Superioris Archivii Einsidlensis*, Pars prior und Pars posterior, ohne Jahr, StiAE, ohne Signatur.

<sup>665</sup> Vgl. dazu auch die detaillierte Zusammenstellung in: Brun, Peter et al.: Repertorien und Findmittel im Stiftsarchiv Einsiedeln, S. 15f.

<sup>666</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 5, S. 199f.

### 7.2.2 Das Kapitel von 1730 und die Folgen

Im Jahr 1730 berief der Abt ein Kapitel ein, in dem das Vorgehen zur Reorganisation des Archivs diskutiert und beschlossen werden sollte. Neben dem damaligen Abt Thomas Schenklin (1714-1734), dem Dekan, dem Subprior, dem Kanzler und anderen nahm auch der Konventbeichtvater P. Meinrad Brenzer teil, der sich offenbar bereits intensiv mit möglichen Archivierungssystemen auseinandergesetzt hatte.<sup>667</sup> Die Kapitelsteilnehmer fassten den Beschluss, jeder an der Frage interessierte Konventual solle einen Entwurf zur Neuordnung des Archivs ausarbeiten. Der juristisch gebildete P. Meinrad Brenzer verfasste darauf einen Ordnungsvorschlag,<sup>668</sup> der die bestehende Ämtereinteilung beibehielt. Er wies jedem Amt einen Buchstaben zu, bezeichnete die Faszikel mit dem doppelten Alphabet und die Einzeldokumente mit einer Individualzahl.<sup>669</sup> Damit legte er den Grundstein für das Ordnungssystem, dass dann ab 1771 verwirklicht wurde. Denn die Einteilung der Dokumente nach Ämtern, die Bezeichnung der Faszikel mit Buchstaben und die Individualzahl zur zweifelsfreien Identifikation der Schriftstücke, führte zu einer dreiteiligen Signatur, die derjenigen von 1771 zumindest nahe kam.

P. Meinrad Brenzers Entwurf leuchtete den Verantwortlichen im Kloster ein, fand eine Mehrheit im Konvent und wurde zur Umsetzung empfohlen. Jedoch machte sich niemand an die Arbeit. Dies erstaunt umso mehr, da P. Meinrad Brenzer ab 1735 bis zu seinem Tod 1765 ununterbrochen als Stiftsarchivar amtierte. Allerdings oblag ihm wohl lediglich die Oberaufsicht über wechselnde Mitarbeiter, denn neben ihm wirkten in jenen Jahren noch verschiedene andere Akteure im Archiv. So berichtete beispielsweise P. Michael Schlageter im März 1747, der aus Schwaben stammende Registrator und Kammerdiener Leopold Spindler sei verstorben und mit allen Ehren auf dem Kirchhof bei der St. Benediktskapelle begraben worden. Laut Schlageter hatte sich Spindler während langer Jahre sehr in der Archivarbeit engagiert<sup>670</sup>. Daneben wirkten während der 30 Jahre, in denen P. Meinrad Brenzer die Aufsicht über das Archiv hatte, noch vier weitere Patres als Archivare, unter ihnen P. Lucas von der Weid und P. Bonaventura Müller, die sich beide im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung besonders engagiert um das Schicksal des Archivs kümmerten. Den Mangel an Führung sah P. Marian Müller als Hauptgrund für das

---

<sup>667</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 34 (Jahr 1762), Kopie, S. 25.

<sup>668</sup> Brief von P. Lucas von der Weid, 24.11.1758.

<sup>669</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 5, S. 199f.

<sup>670</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 19/2 (Jahr 1747), Kopie, S. 50.

Scheitern des Ordnungsversuchs: «[...] die ausführung [des Plans] lies man so zu sagen dem willkürlichen gutbefinden eines jeden archivisten anheim gestellt. [...] Die zerschiedenen signaturen mit vielerley farben, mit röteln, mit bleyweis, womit die documenten unverantwortlich überstrichen und verderbt sind, zeigen noch heüt zu tagen, auf was für rätzelhafte entwürfe man müsse verfallen seyn.»<sup>671</sup> Die Unordnung im Archiv konnte durch solche zwar sicher gut gemeinte, aber zu wenig zielgerichtete Anstrengungen natürlich nicht behoben werden. Vielmehr steht zu vermuten, dass sich die Unübersichtlichkeit durch die verschiedenen, nicht zu Ende geführten Versuche noch vergrösserte, zumal dieser Zustand während mehr als 20 Jahren andauerte.

### 7.2.3 Exkurs III: Die archivtheoretische Literatur der Zeit (16. - 18. Jahrhundert)

Archivtheoretische Literatur ist aus dem kirchlichen Bereich im hier betrachteten Zeitraum keine vorhanden. Demnach haben die in Klosterarchiven entwickelten theoretischen Überlegungen keine grössere Verbreitung gefunden. Im säkularen Bereich beschäftigten sich die Staatsdiener, als Folge der sich ausweitenden und verfestigenden staatlichen Administration, ab der Mitte des 16. Jahrhunderts mit den Fragen der Archivtheorie. Das erste gedruckte deutschsprachige Werk stammt aus dem Jahr 1571, aus der Feder von Jakob von Rammingen, dem damaligen Verwalter des Württembergischen Staatsarchivs.<sup>672</sup> Seiner Meinung nach stellte das Archiv ein grundlegend notwendiges Regiment innerhalb der Behördenorganisation dar. Mit seinen Worten ausgedrückt, war das Archiv das Fundament, das Herz und der Trost jeder Obrigkeit oder Herrschaft.<sup>673</sup> Mit der Beschreibung der Tätigkeiten und Aufgaben des Archivars lieferte er zugleich eine ganz brauchbare Definition für die Institution Archiv. Der Beruf des Archivars ist demnach:

«[...] ein Kunst und Fleiss, Briefe und briefliche Urkunden, die in offener Form besiegelt oder sonst authentisiert und glaubwürdig aufgerichtet und gemacht sind und sonst andere Schriften eines Herrn oder Obrigkeit zu versammeln und [...] in einem bleiblichen,

---

<sup>671</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 6, S. 200f.

<sup>672</sup> Rammingen, Jacob von: Von der Registratur und jren Gebäuwen und Regimenten, dessgleichen von jhren Bawmeistern und Verwaltern und jren qualificationen und habitibus. Und dann was für grosser vilfältiger Nutzbarkeit auss einer wol angestellten und künstlich erbawten Registratur entspringen und erfolgen. Ein lustiger oder methodischer Ausszug deren Bücher welche der Edel hochgelehrt und vest Herr Jacob von Rammingen, von und in Lüblachsparg der älter, von der Kunst der Registratur geschriben, Heidelberg 1571, dem Kurfürsten Friedrich gewidmet.

<sup>673</sup> Wencker, Jacob: Apparatus et instructus archivorum ex nostri temporis vulgo Von Registratur und Renovatur, Strassburg 1715, S. 13.

unzerrütteten Wesen und Stand lange Zeit zu konservieren, zu behalten und zu verwahren. Und dann aus solcher Briefe und Schriften Inhalt das Argument und Summarium [...] zu ziehen und dasselbe mit wenig Worten und sonst den Inhalt und die Meinung solcher Briefe und Schriften in die dazu verordneten Register und Bücher verzeichnen und einschreiben, dass man's nicht alleine habe zu ewigem Angedenken, sondern ihres Inhalts und Vermögens einen ewigen Bericht habe und Unterricht haben möge.»<sup>674</sup>

Das Archivgut unterteilte von Rammingen rudimentär in zwei Hauptkorpora: Das *Cartophilacium* beinhaltete die eigentlichen Archivalien und die Register waren dem *Tabularium* zugeordnet. Die Archivalien ordnete er sachbezogen in die drei Kategorien *Causae Domini* [Akten des Herrschaftsträgers], *Causae Subditorum* [die Untertanen betreffende Akten] und in die *Causae Extraneorum* [Auswärtiges].<sup>675</sup> Auf dieser Grundlage entwickelte sich ein eigentlicher Traditionsstrang in der Archivtheorie, der stetig weiter entwickelt wurde und mindestens bis zum Ende des 18. Jahrhunderts verfolgt werden kann.

Neben von Rammingens Standartwerk, sind mindesten drei weitere Werke von Bedeutung, die sich nicht explizit auf die genannte Tradition stützen: Im Jahr 1632 brachte der in Venedig als Professor für Zivilrecht wirkende Balthasar Bonifacius seine Schrift mit dem Titel *De archiviis liber singularis* heraus. Zum ersten Mal in der Literatur erscheint hier die hierarchische Untergliederung der Archivalien und zwar nach Ort, Sache und Zeit. Diese Art der Gliederung war im kirchlichen Bereich seit langer Zeit verbreitet, stellte jedoch für den staatlichen Bereich eine Innovation dar. Bemerkenswert an Bonifacius' Werk ist denn auch nicht unbedingt der Inhalt, sondern der Umstand, dass in Venedig Archivwissenschaft bereits im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts auf universitärer Stufe betrieben wurde. Nördlich der Alpen sind solche Anstrengungen erst am Anfang des 18. Jahrhunderts festzustellen.<sup>676</sup>

Dreissig Jahre nach Bonifacius erschien Ludwig von Seckendorffs *Teutscher Fürstenstaat*.<sup>677</sup> Das juristische Lehrbuch zur Organisation und Verwaltung der deutschen Fürstentümer enthält im zweiten Teil Beschreibungen derjenigen Ämter, die in einem gut organisierten, funktionsfähigen Staat mit tüchtigen Leuten zu besetzen waren. Im Artikel 15 heisst es: «Daneben bestellt man auch einen

---

<sup>674</sup> Zit. in: Kaiser, Hans: Aus der Entwicklung der Archivkunde, in: Archivalische Zeitschrift, Bd 37 (1928), S. 98-109, hier: S. 99.

<sup>675</sup> Ebd., S. 100.

<sup>676</sup> Vismann, Cornelia: Akten, S. 120.

<sup>677</sup> Seckendorff, Veit Ludwig von: Teutscher Fürstenstaat, Zum drittenmahl übersehen und aufgelegt, Frankfurt am Main 1665 (1. Auflage 1660).

Archivarium oder Vorsteher des Briefs-Gewölbes [...].»<sup>678</sup> Die Aufgabe dieses Beamten war es, die Urkunden der Landesregierung geordnet und wieder auffindbar aufzubewahren. Zu diesem Zweck sollten die eingehenden Archivalien in einem Register verzeichnet, beschädigte Stücke kopiert und auf den zusammengefalteten Dokumenten eine Dorsualnotiz angebracht werden, woraus deren Inhalt summarisch erfasst werden konnte. Mehr zum Archiv lässt sich aus Seckendorffs Werk nicht erfahren. Seine Leistung besteht in erster Linie darin, dass er als erster Aussenstehender das Amt des Archivars im Gefüge einer staatlichen Organisation festhielt.

Neue Gesichtspunkte lieferte im Jahr 1664 der fürstliche schwarzenburgische Kanzler Ahasver Fritsch mit seinem Buch *Tractatus de iure archivi et cancellariae*.<sup>679</sup> Er setzte sich theoretisch mit dem Archivbegriff und praktisch mit dem Nutzen und der Notwendigkeit der Archive auseinander, erörterte darüber hinaus aber auch Fragen rund um das Archivrecht. Dazu hielt er fest, wer seiner Ansicht nach überhaupt berechtigt war, ein Archiv zu führen und kam dabei zu heute schwer nachvollziehbaren Ergebnissen. Gemäss Fritsch war das Archivrecht auf die Landeshoheit gestützt und stand damit im Prinzip nur dem Kaiser, den Reichsfürsten und den von diesen abhängigen Personen und Städten zu. Explizit von diesem Recht ausgenommen waren Universitäten, Kollegien und kirchliche Institutionen.<sup>680</sup> Die damalige enge Beschränkung der Archivberechtigten zeigt anschaulich, welche Macht und Wirkung den Archivalien zugetraut wurde. Die Kirche und die Universität waren beide auf ihre Art mächtige Institutionen, von denen den regierenden Eliten Konkurrenz erwachsen konnte. Diese mussten deshalb in möglichst grosser Abhängigkeit gehalten werden, was unter anderem mit dem Verbot zur Führung von Archiven erreicht werden sollte.

Georg Aebbtlin nahm im Jahr 1669 die von Jacob von Rammingen begründeten Regeln für die Archivarbeit wieder auf und entwickelte sie punktuell weiter. In der Vorrede zu seinem Buch<sup>681</sup> benannte er das in der Zeit des Dreissigjährigen Krieges in Vergessenheit geratene Werk von Rammingens explizit als seine Vorlage:

---

<sup>678</sup> Zit. nach: Seckendorff, Veit Ludwig von: Teutscher Fürstenstaat, S. 115.

<sup>679</sup> Fritsch, Ahasver: *Tractatus de iure archivi et cancellariae*, Jena 1664.

<sup>680</sup> Kaiser, Hans: *Aus der Entwicklung der Archivkunde*, S. 100f.

<sup>681</sup> Aebbtlin, Georg: *Tractatio de archivis atque registraturis vulgo Anführung zu der Registraturkunst*, Ulm 1669.

«Es ist ausser allem Zweiffel männiglichen bekandt, dass ich bald nach Antretung meines Diensts-Verwaltung bei dem löblichen Kirchen-Bau-Pfleg-Ampt des Heiligen Römischen Reichs Stadt Ulm, sonderbare Lust und Neigung zu der Registratur gewonnen [...]. Da mir dann Anfangs zimlich lang an dem Methodo gemangelt [...] welches mir die Sach manchmalen so schwer und saur gemacht, dass ich an Vollbringung derselben zum offeren desperirt habe, bis mir mitler Zeit aus einem kurzen Bericht weyland Herrn Jacobs von Rammingen [...] ein besserer Behelff ungefehr an Hand gestossen [...].»<sup>682</sup>

Eine Weiterentwicklung der Rammingschen Grundlagen stellte beispielsweise die Forderung nach einer Dreiteilung des Archivalienbestandes dar. Die Archivalien sollten in ein Urkundenarchiv, *Archivum* genannt, und in einen unter der Bezeichnung *Cartophylacium* geführten Archivteil geschieden werden. Als dritter Teil beherbergte die *Registratura* die Findmittel. Im Weiteren sind Aebbtins Überlegungen in konservatorischer Hinsicht erwähnenswert. So forderte er, die wichtigsten Urkunden sollten zum Schutz vor unnötiger Verunreinigung in einer Papiermappe aufbewahrt werden, auf die auch die Signatur und die Dorsualnotiz angebracht werden konnten.<sup>683</sup>

Die Schrift des Strassburger Archivars Jacob Wencker aus dem Jahr 1715 stellt im Wesentlichen eine Kompilation früherer Werke dar.<sup>684</sup> Im Zentrum des Interesses stand dabei eindeutig Aebbtins Buch, welches Wencker integral in sein Werk aufnahm. Seinen eigenen kreativen Beitrag leistete er, indem er Aebbtins theoretische Abhandlung mit praktischen Beispielen aus seinem Strassburger Archiv ergänzte. Seine Ausführungen verleihen dem Werk grosse Anschaulichkeit und Praxisnähe und machten es wohl deshalb für lange Zeit zu der grundlegenden Abhandlung über die Archivkunde.<sup>685</sup>

Jede der erwähnten Schriften lieferte da und dort Ansätze und Theorien, die in Einsiedeln im 17. und 18. Jahrhundert, zumindest ihrem Inhalt nach, nicht ganz unbekannt waren. Offensichtlich repräsentierten diese Traktate den Stand der damals allgemein akzeptierten und praktizierten Methoden. Sie müssen als Produkte einer sich langsam vollziehenden, allgemeinen Veränderung der kollektiven Vorstellungswelt betrachtet werden, denn alle Werke dokumentieren die neu entstandenen Ordnungsvorstellungen lediglich, sie lösten diese nicht aus. Johann

---

<sup>682</sup> Zit. in: Wencker, Jacob: *Apparatus et instructus archivorum ex nostri temporis vulgo Von Registratur und Renovatur*, Strassburg 1715, S. 4.

<sup>683</sup> Kaiser, Hans: *Aus der Entwicklung der Archivkunde*, S. 101.

<sup>684</sup> Wencker, Jacob: *Apparatus et instructus archivorum ex nostri temporis vulgo Von Registratur und Renovatur*, Strassburg 1715.

<sup>685</sup> Kaiser, Hans: *Aus der Entwicklung der Archivkunde*, S. 102.

Stephan Pütters Schrift «Anleitung zur juristischen Praxis» bildet in dieser Beziehung keine Ausnahme.<sup>686</sup> Sein Werk steht klar in der Tradition von Rammingens, Aebbtins und Wenckers, was ein Blick in Pütters Bibliographie bestätigt.<sup>687</sup> In Bezug auf das Archiv in Einsiedeln sind seine Äusserungen zur Bewertung des eingehenden Materials und zur Faszikeleinteilung besonders bemerkenswert. Das Problem der Bewertung beschrieb er wie folgt: «Die Absicht aller Archive gehet auf künftigen Gebrauch, der in so weit unbestimmt und unumschränkt ist, als man zum voraus nicht wissen kann, ob und was noch künftig zu gebrauchen seyn und in wie kurzer oder langer Zeit dasselbe geschehen möge.»<sup>688</sup> Ganz ähnliche Gedanken äusserte P. Marian Müller in der Archivverordnung von 1773. Dort heisst es: «Es muss sich nämlich der archivist in die zukünftigkeit setzen und alsdann bey sich entscheiden ob der abgang der jetzt nichtswertig scheinenden schrift jemals möchte nachtheilig sein.»<sup>689</sup> Das Zitat liefert noch keinen Beleg dafür, dass Pütters Werk in Einsiedeln tatsächlich gelesen wurde. Einen weit deutlicheren Hinweis dafür geben die Bemerkungen zur Faszikeleinteilung:

«[...] so lässt sich die vollkommenste Einrichtung eines ganzen Archivs bey nahe in einer einigen [sic] General-Regel zusammenfassen: Dass man nemlich nur jedes individuum unter seine speciem bringe und mit den übrigen individuis, so zu eben der specie gehören, zusammen an einen Ort lege, auch so wieder jede speciem unter ihr genus bringe und auf gleiche Art immer weiter damit verfare, bis man ad genus generalissimum kömmt, von dem man also auf gleiche Art a genere ad speciem und immer weiter so herunter bis zu jedem individuo zurück kommen kann.»<sup>690</sup>

Die Begriffe *genus*, *species* und *individuum* verwendete P. Bonaventura Müller in seinem Ordnungsversuch, den er um das Jahr 1756, also nur drei Jahre nach dem Erscheinen von Pütters Buch, unternommen hatte, im exakt gleichen Zusammenhang. Meines Erachtens darf ohne weiteres angenommen werden, dass zumindest der juristisch gebildete P. Bonaventura Müller Pütters Schrift kannte. Die staatliche archivtheoretische Literatur spielte in den Überlegungen der Patres also durchaus eine Rolle, auch wenn sich heute keines der erwähnten Werke in der Stiftsbibliothek findet und sich zum Schluss keines der erwähnten Systeme durchsetzen konnte. Die noch jungen staatlichen Theorie vermochte die im Stift seit langem gepflegte Archivtradition verständlicherweise nur marginal zu beeinflussen.

---

<sup>686</sup> Pütter, Johann Stephan: Anleitung zur juristischen Praxis, Göttingen <sup>3</sup>1765 (1. Auflage 1753).

<sup>687</sup> Ebd., S. 266.

<sup>688</sup> Zit. nach: Ebd., S. 268.

<sup>689</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 26, S. 215f.

<sup>690</sup> Zit. nach: Pütter, Johann Stephan: Anleitung zur juristischen Praxis, S. 276f.

#### **7.2.4 Der Prior der Kartause Ittingen soll helfen (1756)**

Zu Beginn des Jahres 1756 hatte die Verwirrung im Archiv einen solch hohen Grad erreicht, dass der Konvent beschloss, das Problem sei nicht mehr intern im Kloster zu lösen. Aus diesem Grund gelangte man an Karl Fanger, den damaligen Prior der Kartause Ittingen und bat diesen um Unterstützung. 1743 war das Ittinger Archiv unter der Leitung Fangers grundlegend reorganisiert worden. Abt Niklaus Imfeld vermutete deshalb, bei diesem Mann müsse das Wissen um die richtige Durchführung eines solchen Projekts vorhanden sein. Karl Fanger traf im Januar 1756 im Stift ein und brachte das Register seines Archivs zur Begutachtung mit.<sup>691</sup> In Einsiedeln bestand die Hoffnung, die Archivordnung aus Ittingen lasse sich direkt auf das Einsiedler Archiv übertragen. Während Fanger das Einsiedler Archiv mehrere Tage lang untersuchte und sich ein Bild über dessen Zustand zu machen versuchte, studierten die interessierten Patres die Ittinger Ordnung und berieten, ob diese in Einsiedeln angewandt werden könnte. In Tabelle 7 ist die Archivordnung der Kartause Ittingen aus dem Jahr 1743 zusammengefasst.<sup>692</sup>

---

<sup>691</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 28 (Jahr 1756), Kopie, S. 4f.

<sup>692</sup> Repertorium des Klosterarchivs Ittingen 1743, Sig. StaTG 7'42'31.



**Tabelle 7:** Die Struktur der Archivordnung der Kartause Ittingen aus dem Jahr 1743.

Lade	Titel
A	Freiheiten der Kartause, deren Offnungen, Landfrieden, Burgerrecht, Befreiungen vom Zoll und vom Schirmgeld
B	Kauf und Tauschbriefe derjenigen Güter, die von der Kartause selbst bewirtschaftet werden
C	Zehntbriefe von Abgabepflichtigen, über welche die Kartause keine Gerichtsbarkeit ausübt
D-I	Lehen in den Gemeinden Ischlingen (D und E), Buoch (F), Hültweilen (G), Warth (H) und Weiningen (I)
K	Lehen, von denen die Kartause nur hin und wieder etwas empfangen hat
L	Dokumente und Rödel über die Leibeigenen der Kartause
M-P	Dokumente zu den Kirchen in den Gemeinden Ischlingen, Hültweilen, Buoch und Warth
Q-X	Ablösbare Kapital- und Schuldbriefe der Gemeinden Ischlingen (Q und R), Buoch (S), Hültweilen (T), Warth (V) und Weiningen (W)
Y- D <sup>693</sup>	Fallimenter der Gemeinden Ischlingen (Y und Z), Buoch (A), Hültweilen (B), Warth (C) und Weiningen (D)
E - K	Teilungen, Inventare, Testamente und Auskäufe der Gemeinden Ischlingen (E und F), Buoch (G), Hültweilen (H), Warth (I) und Weiningen (K)

Die Ordnung des Ittinger Archivs unterscheidet sich auf den ersten Blick wesentlich von der Ordnung, die Placidus Reimann in Einsiedeln verwirklicht hatte. Für die erste grobe Unterteilung der Dokumente hatte Reimann konsequent geographische Kriterien verwendet, indem ihm die Ämtereinteilung als massgebendes Unterscheidungskriterium diente. Sachbezogene Kriterien kamen erst auf der zweiten Strukturebene zum Tragen. Die Ittinger Ordnung ist gerade in umgekehrter Reihenfolge aufgebaut: Erstes Kriterium bildeten Sachtitel. Die geographische Dimension kam erst innerhalb dieser Sachtitel zum Tragen, indem thematisch gleichartige Dokumente aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Organisationseinheiten der Herrschaft – in Ittingen Gemeinden genannt – in einzelne Laden eingeteilt wurden. Innerhalb einer Lade waren die Dokumente nach einzelnen Höfen in Faszikel gegliedert, die mit einer arabischen Zahl bezeichnet waren. Die Notwendigkeit, jedes Dokument mit einer Individualzahl eindeutig identifizierbar zu machen, scheint in Ittingen nicht bestanden zu haben, denn innerhalb eines Faszikels waren die Dokumente chronologisch geordnet und dadurch leicht auffindbar.

<sup>693</sup> Ab hier wird das Alphabet wiederholt. Die wiederholten Buchstaben sind mit einem Kreis umgeben.

Nach eingehender Prüfung und Diskussion des Ittinger Systems, kamen die Patres zum Schluss, dieses sei nicht auf das Einsiedler Archiv übertragbar. Die eher rudimentäre Gliederung des kleinen Ittinger Archivs sei dem grossen Umfang des Stiftsarchivs nicht angemessen. Vor allem die fehlende Individualzahl erregte grösseren Widerstand. Aber auch die übrigen Teile der Signatur vermochten die Patres nicht zu überzeugen: «[...] dortige signatur selbstens verdiene schlechten beifall denn die römische<sup>694</sup> zahl statt des alphabets wie es in dem Ittingischen gepflogen wird für den fascickel buchstaben auf die briefe zu setzen scheine ungereimt [...].»<sup>695</sup> Es leuchtet auch aus heutiger Sicht unmittelbar ein, dass die Ittinger Ordnung bei den Patres keinen Beifall finden konnte. Zwar wurden sowohl in Ittingen als auch in Einsiedeln territoriale und geographische Kriterien für die Kategorisierung der Archivalien herangezogen, jedoch in genau umgekehrter Reihenfolge, was die beiden Systeme inkompatibel machte. Auf der Grundlage der Ordnung Reimanns aufbauend, hätte es einen ungleich grösseren Aufwand bedeutet, das System aus Ittingen in Einsiedeln zu adaptieren, als einfach das alte System den zeitgenössischen Anforderungen anzupassen. Zudem war die traditionelle Ämterverfassung des Klosters Einsiedeln wohl zu tief in den Köpfen verankert und dazu auch zu nützlich, als dass man sie ohne triftigen Grund aufgegeben hätte.

Die Diskussion der Frage, ob für die Faszikelbezeichnung Zahlen oder Buchstaben verwendet werden sollten, mag erstaunen. Es könnte die Vermutung aufkommen, sie sei ein Auswuchs des theorieverliebten 18. Jahrhunderts, zumal dieses Motiv, vor allem im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung, hier und da als Erklärung nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Der Entscheid für die Buchstaben und gegen die Zahlen hatte jedoch einen ganz pragmatischen Grund: In Einsiedeln dienten Zahlen bereits zur individuellen Markierung der Schriftstücke und standen somit für die Faszikelbezeichnung gar nicht zur Verfügung. Diese Form der Signatur hatte in Einsiedeln Tradition und davon wollte aus verständlichen Gründen niemand abrücken.

Karl Fanger war während seines Aufenthalts in Einsiedeln nicht untätig geblieben. Er hatte den Zustand des Archivs begutachtet und äusserte auf Wunsch des Abtes seine Meinung darüber. Er hielt fest, das System Reimanns sei aufgrund

---

<sup>694</sup> P. Marian Müller unterlief hier ein Fehler. In Ittingen wurden arabische Zahlen zur Bezeichnung der Faszikel verwendet.

<sup>695</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 7, S. 201f.

des darin enthaltenen Fehlers schon vor Jahren an seine Grenzen gestossen und deshalb nur mit allergrösstem Aufwand weiterzuführen. Das von Meinrad Brenzer entworfene System leuchtete Fanger ein. Er schlug vor, auf der Basis dieses Entwurfs weiterzufahren, *Miscellanea* müssten jedoch so weit als möglich vermieden werden. Es sei in jedem Fall besser, eine grössere Zahl an Hauptfaszikeln zu kreieren, als eine Menge ungeordneter und unübersichtlicher *Miscellanea* zu verwalten. Zudem müsse in jedem Faszikel unbedingt genügend freier Platz gelassen werden, damit auch zukünftige Dokumente am richtigen Ort abgelegt werden könnten.<sup>696</sup> Im darauf folgenden Klosterkapitel beschlossen die Patres, es solle im Archiv eine dreiteilige Signatur verwendet werden, bestehend aus Amtsbuchstabe, Faszikelbuchstaben und Individualzahl. Der Abt beauftragte die Patres Matthäus Ruoff, Bonaventura Müller und Thomas Jann mit den Arbeiten. Damit Erfahrungen mit dem neuen System gesammelt werden konnten und in kurzer Zeit erste Ergebnisse vorlagen, sollte mit der Ordnung des kleinen Amtes Kaltbrunn begonnen werden.<sup>697</sup>

Zwar berichtet P. Michael Schlageter, einige Patres hätten bereits bei den Beratungen im Kapitel ihr Unbehagen gegenüber dem beschlossenen neuen System geäussert. Die eine Fraktion hätte gerne das alte System Reimanns mit einem neuen Zusatz weitergeführt, die andere bezog gerade gegen eine solche Lösung resolut Stellung. Aus der Sicht Schlageters hatte der Abt unter diesen Umständen richtig entschieden, als er den Vorschlägen des unabhängigen Karl Fanger folgte.<sup>698</sup> Beim gefassten Beschluss handelte es sich um einen Kompromiss, der allerdings im Konvent und besonders bei denjenigen Patres, welche die neue Ordnung hätten verwirklichen sollen, zu wenig abgestützt war. Trotzdem nahm der Archivar P. Matthäus Ruoff zusammen mit P. Thomas Jann und P. Bonaventura Müller die Arbeiten in Angriff und machte schnell gute Fortschritte, bis P. Matthäus Ruoff am 18. Dezember 1756 ganz unerwartet im Alter von erst 42 Jahren an einem Schlaganfall starb. Sein Tod war für das Archivprojekt ein herber Schlag, da P. Matthäus als einziger den Plan zur Umsetzung des neuen Systems genau gekannt hatte.

Bevor es im Archiv erneut zu einer Unordnung kommen konnte, zog Abt Niklaus Imfeld deshalb die Notbremse und sandte Pater Lucas von der Weid mit St. Gerolder Akten, die aus irgend einem Grund nach Einsiedeln gelangt waren, nach St.

---

<sup>696</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 28 (Jahr 1756), Kopie, S. 4f.

<sup>697</sup> Diarium P. Gallus von Saylern, 22.1.1756, StiAE, Sig. A. HB 77.

<sup>698</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 28 (Jahr 1756), Kopie, S. 4f.

Gerold, damit er dort im Kleinen, mit der Gesamtheit der dorthin gehörenden Akten, die Neueinrichtung des Archivs ausprobieren konnte, um später mit den gesammelten Erfahrungen auch die Archive der übrigen Herrschaftsteile in die neue Ordnung zu bringen.<sup>699</sup> In St. Gerold eingetroffen, kam P. Lucas von der Weid mit den Arbeiten bald gut voran. Das System der kleinen Schritte schien sich zu bewähren, so dass der Abt im Mai desselben Jahres P. Bonaventura Müller mit dem gleichen Auftrag nach Freudenfels schickte.<sup>700</sup> Müller scheint allerdings nicht viel vom vorgeschlagenen Ordnungssystem gehalten zu haben. Als er seine Arbeit in Freudenfels aufnahm, bediente er sich nämlich seines eigenen Systems, das bis anhin noch überhaupt nicht zur Sprache gekommen war, im weiteren Verlauf aber Anlass zu kontroversen Diskussionen geben sollte. Im April 1758 beendete P. Lucas von der Weid die Arbeiten in St. Gerold.

Wie weit das Projekt zur Herstellung eines Kopialarchivs bereits umgesetzt war und ob es überhaupt je in Angriff genommen wurde, geht aus den Quellen nicht hervor. Jedenfalls hatte ursprünglich der Plan bestanden, von jeder Archivalie eine Abschrift herzustellen. Ein auf diese Weise entstandenes Kopialarchiv hätte dann in Einsiedeln aufbewahrt werden sollen, damit, falls sich an einem Ort eine Feuersbrunst oder eine sonstige Katastrophe ereignete, die Archivbestände am anderen Ort wenigstens als Kopien in Sicherheit waren.

Sicher ist, dass Abt Niklaus Imfeld den arbeitsamen Pater Lucas nach Abschluss der Arbeiten in St. Gerold umgehend mit der Ordnung der Bestände aus Sonnenberg und Gachnang beauftragte und ihn dazu auf Schloss Sonnenberg schickte. Auf diese Weise sollte nach und nach das gesamte Archiv der Einsiedler Herrschaft instand gestellt werden. P. Michael Schlageter registrierte seine ersten Erfolge in dieser Sache mit Genugtuung und bemerkte, diese Schritte hätten bereits vor 20 Jahren getan werden sollen.<sup>701</sup> P. Thomas Jann, der dritte im Bunde, taucht im Verzeichnis der Archivare erst ab Dezember 1767 wieder auf. Wahrscheinlich hat P. Bonaventura Müller nach seiner Rückkehr aus Freudenfels im Jahr 1758 als Stiftsarchivar gewirkt.

---

<sup>699</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 29 (Jahr 1757), Kopie, S. 4.

<sup>700</sup> Ebd., S. 37.

<sup>701</sup> Ebd., Sig. A. HB 30 (Jahr 1756), Kopie, S. 50.

### 7.2.5 Der Konflikt zwischen P. Bonaventura Müller und P. Lucas von der Weid

P. Bonaventura Müller nahm in Freudenfels als erstes eine Dreiteilung des gesamten Archivbestandes vor. Zwar behielt er die Einteilung nach Ämtern bei, bezeichnete jedoch die den *Ecclesiastica* zugeteilten Dokumente mit kleinen Amtsbuchstaben (z.B. a) und die *Temporalia* mit Grossbuchstaben (z.B. A). Als dritte schuf er die Kategorie der *Feudalia*, deren Dokumente er unter der modifizierten alten Signatur Placidus Reimanns weiterführte. Diese Gruppe umfasste die Rödel, Urbare usw., also Schriftgut, das im Rahmen der Verwaltung der Grundherrschaft anfiel.<sup>702</sup> Für die einzelnen Archivdokumente verwendete P. Bonaventura Müller eine vierteilige Signatur, bestehend aus dem Amtsbuchstaben (für die *Temporalia* des Amtes Eschenz z.B. den Buchstaben C), dem *Signum Genericum* (für die Gerichtsakten z.B. den Buchstaben I), dem *Signum Specificum* (für die Gerichtsakten der Höfe Stein und Eschenz z.B. die mit einem Kreis umgebene arabische Zahl ①) und für die einzelnen Dokumente innerhalb dieser Kategorie arabische Zahlen als Individualzahl, beginnend beim ältesten Dokument mit der 1.<sup>703</sup> Die Buchstaben und Zahlen hat Bonaventura Müller in der Archivordnung und wohl auch auf den Dokumenten mit Stempeln angebracht. Zumindest in dieser Beziehung hatte er sich von den Vorschlägen Karl Fangers inspirieren lassen, da dieser zuvor in Ittingen, soweit sich dies an den eingestempelten Signaturen erkennen lässt, genau dieselbe Art von Stempeln benutzt hatte.

Der erste Teil der Signatur wurde somit durch ein geographisches, der zweite durch ein sachbezogenes und der dritte wiederum durch ein geographisches Kriterium bestimmt. Theoretisch sprach nichts gegen diese doch recht komplexe Struktur. Die praktische Umsetzung im Archiv scheint aber einige Schwierigkeiten bereitet zu haben. Jedenfalls konnten weder das Amt Freudenfels, welches Müller als erstes nach diesem Plan geordnet hatte, noch das Amt Eschenz konsequent in *Genera* und *Species* unterteilt werden.<sup>704</sup> Dennoch fand diese Art der Verzeichnung die Zustimmung von Abt Nikolaus Imfeld, da Bonaventura Müller seine Ordnung erst aufzeichnete, nachdem, wie er im Vorwort betonte, der Abt diese «[...] als die

---

<sup>702</sup> Zur Begrifflichkeit vgl. Sablonier, Roger et al.: Inventar spätmittelalterlicher Wirtschafts- und Verwaltungsquellen im Staatsarchiv des Kantons Zürich, Historisches Seminar der Universität Zürich 1990, Vorwort, S. IV.

<sup>703</sup> Summarium über die *Ecclesiastica* der Kirchen Eschenz und Burg, ohne Jahr, StAE, ohne Signatur, hier: Vorwort. Vgl. zu diesem Ordnungsversuch auch: Index alphabeticus über die *Ecclesiastica* beyder kirchen Eschenz und Burg, ohne Jahr, StAE, ohne Signatur, und das Summarium über das Amt Eschenz, unvollständig, ohne Jahr, StAE, ohne Signatur.

<sup>704</sup> Brief von Anselm Müller, 29.5.1771, Eingebunden im Diarium von Michael Schlageter, Bd.63, StAE, Sig. A. HB 63, S. 19-24, hier: S. 19f.

füglichste erachtet [...]»<sup>705</sup> habe. Die wohlwollende Meinung des Abtes bezüglich des Systems wurde jedoch nicht von allen Patres geteilt. P. Marian Müller z.B. lehnte den Vorschlag im Rückblick mit ungewohnt scharfen Worten ab: «Diese logicalische thorheit von welcher kein archiv in der welt was weisst und auch keines von 4 signaturen zu finden seyn wird, ware eigentlich ersonnen das ganze archiv in eine räthsel kammer zu verwandlen.»<sup>706</sup> Mit ungleich differenzierteren Argumenten begegnete P. Lucas von der Weid dem seiner Meinung nach untauglichen System. Von der Weid war unter der Leitung von P. Meinrad Brenzer vom November 1750 bis im November 1755 im Stiftsarchiv tätig. In diesen fünf Jahren hatte er die Archivalien des Amtes Eschenz so weit in die von Brenzer vorgeschlagene neue Ordnung gebracht, dass nur noch die definitive Signierung der Dokumente ausstand. P. Lucas von der Weid hatte sich dabei wohl genau an die Vorgaben Brenzers gehalten und die schon mehrmals erwähnte dreiteilige Signatur verwendet, denn immerhin nannte er P. Meinrad Brenzer in einem Brief seinen «oft belobten Lehrmeister».<sup>707</sup>

Durch seine anschliessende länger dauernde Tätigkeit in den Archiven von St. Gerold und Sonnenberg, verfügte P. Lucas von der Weid über einige Erfahrung in der praktischen Archivarbeit und schaltete sich darum wiederholt in die Diskussion um das Stiftsarchiv ein. Drei seiner diesbezüglichen Briefe an P. Michael Schlageter, den damaligen Dekan in Einsiedeln, sind als Einlagen in dessen Diarium erhalten geblieben. Sie gewähren einen guten Einblick in die Details der Auseinandersetzung und lassen den Grad der Emotionalität erahnen, mit welcher der Streit ausgetragen wurde. Im ersten erhaltenen Brief vom 24. November 1758 berichtete von der Weid, er sei vor kurzem in Freudenfels gewesen, wo er «[...] etwan eine viertel stund lang [...]»<sup>708</sup> das von Bonaventura Müller in der Zwischenzeit nach dessen System und mit der vierteiligen Signatur eingerichtete Archiv habe besichtigen können. Als Grund für den nur kurzen Aufenthalt im Archiv gab von der Weid an, P. Anton Huber, der damalige Statthalter in Freudenfels, habe ihm nicht erlaubt, eine Inspektion durchzuführen; er habe seine Untersuchung deshalb im Geheimen vornehmen müssen. Überhaupt war er auf P. Anton Huber schlecht zu sprechen und erhob schwere Vorwürfe gegen ihn. P. Lucas behauptete, P. Anton Huber trage die Hauptverantwortung an der im Einsiedler Archiv herrschenden Unordnung. Denn

---

<sup>705</sup> Zit. nach: Summarium über die Ecclesiastica der Kirchen Eschenz und Burg, Vorwort.

<sup>706</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 8, S. 202.

<sup>707</sup> Brief von P. Lucas von der Weid an den Decan P. Michael Schlageter in Einsiedeln vom 24.11.1758, Beilage im Diarium P. Michael Schlageter, Bd.30, StiAE, Sig. A. HB 30, S. 3.

<sup>708</sup> Zit. nach: Brief von P. Lucas von der Weid, 24.11.1758, S. 1.

Huber habe, als er Dekan in Einsiedeln war (1730-1741), die Archivare jeweils nach kurzer Zeit wieder von ihrem Amt abberufen und zudem das Amt des Archivars oft an Patres übertragen, die für solche Arbeiten vollständig ungeeignet gewesen seien. Das Ordnungssystem P. Bonaventuras fand bei P. Lucas sowieso keine Gnade: «Will dorueben nichts melden von dem ihren leichten systema welches in einigen dingen zu der bekanten neüwen ringli signatura auch annoch die alte signatura bey behaltet. Es ist ein gar ordentliches gemisch gmasch [...]». <sup>709</sup> Im Übrigen hielt sich P. Lucas mit konkreten Einwänden in diesem ersten Brief noch zurück. Für eine differenzierte Argumentation scheint er viel zu erregt gewesen zu sein. Immerhin kritisiert er, P. Bonaventura Müller habe die alten Dorsualnotizen auf den Dokumenten mit seiner neuen Signatur überschrieben. Er befürchtete, Müller werde denselben Fehler auch mit den Schriftstücken des Amtes Eschenz machen, welche er, von der Weid, bereits fertig geordnet, aber noch nicht signiert hatte. <sup>710</sup>

Seit P. Meinrad Brenzers Ordnungssystem als verbindlich beschlossen war, arbeitete P. Lucas von der Weid nach diesen Vorgaben. Er zeigte sich deshalb grundsätzlich befremdet darüber, dass ein ihm praktikabel erscheinendes System nicht von allen beteiligten in gleicher Weise umgesetzt wurde. Mit seinem Brief beauftragte von der Weid den Dekan P. Michael Schlageter deshalb, er solle doch die Gegner um eine Prüfung seiner bisherigen Arbeit bitten. Immerhin habe er bereits die Ämter Eschenz, St. Gerold, Sonnenberg, Meilen und Gachnang neu geordnet und dabei mit Brenzers System nur gute Erfahrungen gemacht. Die Gegner aber sollten ihre Einwände schriftlich darlegen, damit er wenigstens die Gelegenheit erhalte, diesen zu begegnen. Zur Inspektion eigne sich das Archiv des Amtes Meilen am besten, da dies vollständig fertig geordnet und seines Erachtens am besten gelungen sei. <sup>711</sup> Als P. Lucas von der Weid die im Brief erwähnte Reise nach Freudenfels unternahm, war er in Sonnenberg gerade mit der Verzeichnung der Archivalien des Amtes Gachnang beschäftigt. Überhaupt reiste er zu dieser Zeit wiederholt zu verschiedenen Statthaltereien des Klosters. Als Grund für seinen Aufenthalt in Freudenfels gab er an, er habe einem geschätzten Mitbruder zu dessen Namenstag gratulieren wollen. In seinem Schreiben lassen sich aber zwei weit triftigere Gründe für den Aufenthalt ausmachen: Einerseits interessierte er sich natürlich für das von P. Bonaventura Müller neu geordnete Archiv, andererseits

---

<sup>709</sup> Zit. nach: Brief von P. Lucas von der Weid, 24.11.1758, S. 1.

<sup>710</sup> Ebd., S. 6.

<sup>711</sup> Ebd., S. 5.

brachte er Dokumente nach Freudenfels, die er bei den Archivalien des Amtes Gachnang gefunden hatte und die seiner Meinung nach nach Freudenfels gehörten. Im Gegenzug hoffte er in Freudenfels Dokumente zu finden, die aufgrund ihrer Provenienz besser in den Bestand des Amtes Gachnang passten. Seine Reisen scheint P. Lucas mehr oder weniger systematisch unternommen zu haben, um in den Besitz möglichst aller Archivalien zu kommen, die seiner Ansicht nach einem von ihm bearbeiteten Amt zugeteilt werden mussten. Jedenfalls erwähnte er im gleichen Brief, er habe auch P. Bonaventura Müller in Einsiedeln um Dokumente des Amtes Gachnang gebeten. Übrigens war sein Unterfangen weder in Freudenfels noch in Einsiedeln von Erfolg gekrönt. P. Anton Müller erklärte, er habe die gewünschten Schriftstücke bereits nach Einsiedeln geschickt und P. Bonaventura hatte offenbar überhaupt keine Dokumente des Amtes Gachnang in seinem Archiv gefunden.<sup>712</sup> Jedenfalls waren die geschilderten Bemühungen P. Lucas von der Weids dafür verantwortlich, dass er mit der definitiven Signierung der Dokumente des bereits vollständig geordneten Amtes Eschenz zugewartet hatte: «Meine meinung ist klar wohl gewesen die unzeitige signaturen annoch in so weit zu verschieben das selbige nit actualiter auf die documenta geschriben werden aus vernünftiger beysorg es möchten noch etwan hin und her acta sich befinden und verlegt worden seyn [...]»<sup>713</sup>

Beeindruckend an diesen Schilderungen ist, wie systematisch von der Weid bei der Arbeit vorging. Er scheute keinen Aufwand, um der Ordnung im Stiftsarchiv dienlich zusein. Daneben erstaunt, wie sorglos die Patres mit den Archivalien in gewissen Situationen umgingen. P. Lucas von der Weid versuchte einen eigentlichen Tauschhandel mit Archivdokumenten zu organisieren. Dazu mussten diese oft und über weite Strecken transportiert werden. Wenn man bedenkt, dass den Archivalien, neben ihrem Wert als Träger der klösterlichen Tradition, auch handfeste wirtschaftliche Bedeutung zukam, bargen solche Transporte immer ein gewisses Risiko. Dies scheint in der Mitte des 18. Jahrhunderts aber eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Immerhin bestand das Projekt, das gesamte Klosterarchiv nach Sonnenberg zu transportieren, damit sich P. Lucas dort mit der Neuordnung beschäftigen konnte. Der Grund für diese Massnahme lässt sich nur erahnen. Wahrscheinlich wollte der Abt die Kontrahenten P. Lucas von der Weid und P. Bonaventura Müller nicht beide in Einsiedeln haben, damit sich die stark erhitzten

---

<sup>712</sup> Brief von P. Lucas von der Weid, 24.11.1758, S. 6.

<sup>713</sup> Zit. nach: Brief von P. Lucas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter in Einsiedeln vom 3.1.1759, Beilage im Diarium P. Michael Schlageter, Bd. 30, StiAE, Sig. A. HB 30, S. 1.



Gemüter – genügend weit entfernt voneinander – abkühlen konnten. Der ursprüngliche Zweck solch ausgelagerter Neuordnungen war allerdings ein anderer. Es bestand nämlich die durchaus begründete Hoffnung, dass die Bestände am Ort ihrer Provenienz am einfachsten in die richtige Ordnung zu bringen waren, da der Statthalter, der das von ihm verwaltete Gebiet besonders gut kannte, dem Archivar mit seinen Kenntnissen wesentlich behilflich sein konnte. Diesen Nutzen verneinte P. Lucas von der Weid jedoch deutlich: «[...] zum andren hab ich erfahren das die herren statthälter einem gar nichts können darzu helfen dan was sie wüssen, wüssen sie ex quottidiano usu was aber selten zum vorschein kombt wüssen sie viel weniger als einer der das archiv under sich hat und könten von deme vil lehren wan sie wollten [...]». <sup>714</sup> Er bat deshalb den Dekan, dieser möge sich beim Abt dafür einsetzen, dass er die weiteren Teile des Archivs in Einsiedeln bearbeiten könne, da er viel effizienter arbeite, wenn er das gesamte Archiv zur Verfügung habe.

Im eben betrachteten ersten Brief schlug P. Lucas von der Weid einen sehr forschenden Ton an. Er bezeichnete seine Gegner als «Archivstümpfer» und «Lehrlinge» und deren Arbeit unter anderem als «herumtappende Lehrstücke». Seine Erregung lässt sich zum Teil mit einer persönlichen Verletztheit erklären. <sup>715</sup> Dies hat mit dem hier behandelten Thema nichts zu tun und muss daher nicht im Detail ausgebreitet werden. Was aber daneben zu seiner Verstimmung beitrug, hat sehr wohl direkt mit dem Schicksal des Archivs zu tun: Die Diskussion um die richtige Ordnung hatte bereits beinahe 30 Jahre gedauert und eine baldige definitive Entscheidung in der Sache war noch immer nicht in Sicht. Pater Lucas bat darum den Dekan mit Nachdruck, er solle den Abt zu einer umgehenden, für alle bindenden Entscheidung drängen. Er war sich der Gefahren für das Archiv bewusst, die durch das zögerliche Verhalten der Entscheidungsträger nicht kleiner wurden und vertrat die Meinung, der Abt könne nicht jeder Partei teilweise recht geben und alle ihren eigenen Weg verfolgen lassen. <sup>716</sup> «Mich betreffend will ich lieber den namen tragen gar nichts nuzliches gearbeitet, als des gottshaus kostbahrkeiten verdorben zu haben.» <sup>717</sup> Im Brief wird

---

<sup>714</sup> Zit. nach: Brief von P. Lucas von der Weid, 24.11.1758, S. 8.

<sup>715</sup> Ebd., S. 5f.

<sup>716</sup> Ebd., S. 4, vgl. dazu auch das folgende Zitat aus dem Brief vom 4.10. 1759, S. 3f: «Man wird entlichen müssen eine resolution abfassen seye es was für eine es immer seye, dan also kann es nit bestehen, das man einem jeden willfahren dan es gefalt einen jeden seine selbsteigene kappen und wile seinen sinn behaubten, allein sollte es jedem nach seinem sinn ausfallen so wurde es ein sehr wunder artiges archiv abgeben da herr statthalter zu Freudenfels das seinige, der herr statthalter von Sonnenberg auch ein anderes und ich auch ein eigenes gebrauchen wurde und villeicht, so man anderen befragte, widerumb ein anders systema auf die ban kommen wurde cc.»

<sup>717</sup> Brief von P. Lucas von der Weid, 24.11.1758, S. 7.

zwar deutlich, dass P. Lucas von der Richtigkeit des Brenzer'schen Systems überzeugt war und dieses verteidigte. Grundsätzlich lag ihm aber das Schicksal des Archivs am Herzen. Dafür legte er sich nicht nur mit seinen Mitbrüdern an, sondern kritisierte sogar schriftlich den Abt. Das alles zeigt den grossen Stellenwert, den das Archiv zumindest bei den interessierten Personen des Konvents genoss, auch wenn im praktischen Umgang mit den Dokumenten eine gewisse Gelassenheit herrschte.

Den Gegnern P. Lucas von der Weids muss der Zustand des Archivs nicht weniger wichtig gewesen sein. Sie waren wohl ebenso überzeugt wie er, den richtigen Weg für die Lösung des Problems zu kennen. P. Michael Schlageter fasste die drei Hauptmeinungen in seinem Tagebuch zusammen, wie sie sich im Dezember 1758 gegenüberstanden: Die eine Partei setzte sich für die vierteilige Signatur ein, während die andere lediglich eine dreiteilige haben wollte. Die Hauptvertreter dieser beiden Richtungen sind bekannt. Daneben muss es aber noch eine dritte Gruppe gegeben haben, die unbedingt das System Abt Placidus Reimanns beibehalten wollte. Wer dieses System verteidigte und mit welchen Argumenten dies geschah, erwähnt P. Michael Schlageter nicht. Überhaupt scheint er sich mehrheitlich aus der Diskussion herausgehalten zu haben. In erster Linie betätigte er sich als Chronist und versuchte, zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln. Immerhin wandte er sich an den Abt indem er ihn bat, die verschiedenen Vorschläge eingehend auf ihre Tauglichkeit prüfen zu lassen und dann eine endgültige Entscheidung zu treffen. In der Zwischenzeit sollte die alte Signatur beibehalten und weitergeführt werden. Er schlug vor, die Dokumente könnten provisorisch mit Bleiweiss signiert werden, da sich diese Farbe später besonders gut entfernen lasse.<sup>718</sup>

Um eine objektive Beurteilung der verschiedenen Systeme zu ermöglichen, bat P. Michael Schlageter Lucas von der Weid um eine Stellungnahme zum System P. Bonaventura Müllers, in der er seine Einwände konkret formulieren sollte. Dieser Aufforderung folgte P. Lucas im Brief vom 3. Januar 1759.<sup>719</sup> Gleich zu Beginn des Schreibens machte er Zugeständnisse, indem er einräumte, auch das System P. Bonaventuras behebe den Fehler des alten Systems, da es ebenfalls unendlich ergänzt werden könne. Diese Anforderung erfülle jedoch auch das von ihm verwendete System. Zudem sei seine nur dreiteilige Signatur übersichtlicher und schon darum einer vierteiligen vorzuziehen. Da die vierteilige Signatur aus zwei

---

<sup>718</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 30 (Jahr 1758), Kopie, S. 149.

<sup>719</sup> Die folgenden Einwände P. Lucas von der Weids stammen alle aus seinem Brief vom 3.1.1759. S. 2f.

arabischen Zahlen bestehe, sei es unvermeidlich, dass identische Zahlenkombinationen auf verschiedenen Dokumenten auftauchten, was zu einer unnötigen Verwirrung führe. Zudem lasse die Unterteilung in *Genera* und *Species* sehr grosse Faszikel entstehen, was ebenfalls zur Unübersichtlichkeit beitrage: «Hat fasciculos wie heüwburden in welchem allerley titul in hoc genere zwar befindlich welche wan sie nit in die trucken mögen so muss man das heüthor vergrössern oder die burdin verkleinern und wan man ein gewüsses kraütel daraus wil muss man die heüburdin auflassen und durchsuchen.»<sup>720</sup>

Daneben bemängelte P. Lucas von der Weid die Abtrennung der *Ecclesiastica* von den *Temporalia*. Eine solche Unterteilung lasse sich in der Praxis gar nicht konsequent durchführen, und falls dies doch möglich sein sollte, stifte die Unterscheidung der beiden Klassen durch Klein- oder Grossbuchstaben zusätzliche Verwirrung. Auch die Schaffung der Klasse der *Feudalia* vermehre die Signaturen unnötig. Was bisher eine Einheit gebildet habe, zerfalle in drei Teile, was keineswegs erstrebenswert sei. Weiter negativ an der vierteiligen Signatur sei, dass sie in keiner Weise mit der alten Signatur korrespondiere. Die mit grossem Aufwand angefertigten Kopialbücher würden dadurch unbrauchbar, da die darin enthaltenen Dokumente nicht mehr aufgefunden werden könnten. «Nimbt mich sehr wunder wer sich einbilden könne das dises systema des fürst Placidi seinem ähnlich seye? Mich gedunkt es so ähnlich als ein esel einem leüw.»<sup>721</sup> Dass zudem P. Bonaventura Müller ganz auf einen Generalindex und die Regesten im Summarium verzichten wolle, hielt P. Lucas für unverantwortbar. Überhaupt habe ja P. Bonaventura die von P. Lucas erstellte Ordnung im Amt Eschenz beinahe identisch übernommen und lediglich sein Signatursystem der bestehenden Ordnung aufgedrückt. Schon diese Tatsache alleine zeige deutlich, dass P. Meinrad Brenzers System im Grunde das tauglichere sei. Die Abtrennung der *Feudalia* von den übrigen Dokumenten sei nur deshalb notwendig geworden, weil sonst der Buchstabenteil der Signatur mit dem doppelten Alphabet hätte weitergeführt werden müssen, so aber das einfache Alphabet im doch recht grossen Amt Eschenz ausgereicht habe.

Tatsächlich argumentierte P. Lucas von der Weid in diesem zweiten Brief viel konkreter und deutlich weniger emotional als im ersten und anerkannte sogar die Praktikabilität des Systems P. Bonaventuras. Aus seiner Sicht bestanden jedoch einfach zu viele gute Gründe, die für seine dreiteilige Signatur sprachen. Er hielt das

---

<sup>720</sup> Zit. nach: Brief von P. Lucas von der Weid, 3.11.1759, S. 3.

<sup>721</sup> Zit. nach: Ebd.

kritisierte Ordnungssystem für ein zu stark auf der Theorie basiertes Konstrukt, das in der Praxis nur schwer oder gar überhaupt nicht umsetzbar war. Seine Einwände sind zum grossen Teil nachvollziehbar. P. Lucas zeigt sich als ein in der Archivarbeit geübter Praktiker. Denn tatsächlich birgt eine allzu differenzierte Gliederung die Gefahr, dass die Zuordnung einzelner Stücke oder Dossiers in die durch mehrere Kriterien definierten Faszikel und ihre Unterfaszikel kaum zu vollziehen ist. Je enger der Inhalt eines Titels innerhalb eines Faszikels definiert ist, desto mehr verschiedene Titel müssen geschaffen werden, um jedes Dokument am richtigen Ort im Faszikel und damit im Archiv einordnen zu können. Eine derartige Vermehrung der Titel führt unweigerlich zu einer schwierig durchschaubaren Ordnung, deren einzelne Dokumente sehr ähnliche Signaturen aufweisen, was natürlich Anlass zur Verwirrung geben kann. Der Grund für die Entstehung solch komplexer Systeme ist dabei allein in der Form der Signatur zu suchen. Wenn P. Bonaventura eine viel abstraktere Signatur verwendet hätte – er hätte die Dokumente z.B. einfach fortlaufend nummerieren können – wäre sein System viel weniger angreifbar gewesen. Eine solche Möglichkeit wurde in Einsiedeln zwischen 1730 und 1771 aber überhaupt nie diskutiert. Dies hat seinen Grund, denn damals hatte die Organisation des Archivs die herrschende Vorstellung der politischen Ordnung zu repräsentieren und die hierarchische Struktur der Gesellschaft abzubilden.<sup>722</sup> Im Laufe des 18. Jahrhunderts verlor das Streben nach solch einer ideal-topographischen Archivordnung an Bedeutung und wurde in Einsiedeln schliesslich aufgegeben. Am geografisch-hierarchischen Prinzip hielt man jedoch eisern fest.

Die Auseinandersetzung zwischen P. Lucas von der Weid und P. Bonaventura Müller trug unmittelbar nicht zur Lösung der Probleme im Archiv bei. Im letzten erhaltenen Brief vom 4. Oktober 1759 stellte von der Weid resigniert fest: «Ich hab wie bewusst das Gachnanger ambt schon das verwichne jahr fertig und begehrt es niemand zu sehen, ist verwunderlich!»<sup>723</sup> Vergeblich waren die Bemühungen aber dennoch nicht, da auf diese Weise die Probleme, die es im Archiv zu bewältigen galt, sachlich dargelegt und diskutiert werden konnten. Als P. Marian Müller dann im Jahr 1771 seine verbindliche Archivverordnung verfasste, konnte er sich auf die Ergebnisse dieser Diskussion stützen, was ihm, wie es im historiographischen Teil der Ordnung zum Ausdruck kommt, die Entscheidung für ein System erleichterte. Bis

---

<sup>722</sup> Head, Randolph C.: Abbildungen von Herrschaft, S. 114. Vgl. dazu auch: Rück, Peter: Die Ordnung der herzoglich savoyischen Archive, S. 93.

<sup>723</sup> Zit. nach: Brief von P. Lucas von der Weid, 4.10.1759, S. 2.

es aber so weit kommen konnte, wurden die Bemühungen um eine Reform für weitere 10 Jahre eingestellt. Inzwischen sollte das System Abt Placidus Reimanns weitergeführt werden. Um grösseren Schaden zu verhindern, wurde die Signatur aber nur provisorisch mit Bleiweiss auf den Dokumenten angebracht.<sup>724</sup>

### **7.2.6 Der Fragenkatalog von P. Thomas Jann und die Entscheidung**

Im Oktober 1767 verstarb P. Bonaventura Müller und im November desselben Jahres wurde P. Thomas Jann zum Archivar ernannt. Jann hatte sich wohl vorgenommen, endlich eine Lösung für das Archiv zu finden. Der Tod P. Bonaventuras erleichterte dieses Vorhaben, da nun eine Entscheidung gegen dessen System möglich wurde, ohne ihn zu brüskieren. Zu Beginn des Jahres 1768 verfasste P. Thomas Jann deshalb zuhanden von Abt Nikolaus Imfeld einen schriftlichen Bericht, in dem er die bisher vorgeschlagenen Projekte, unter Einbezug des Systems Abt Placidus Reimanns, zusammenfasste und einen Fragenkatalog entwarf, in dem er die noch strittigen Fragen zusammenstellte. Der Bericht selbst ist nicht überliefert, den Fragenkatalog aber hat P. Michael Schlageter zusammen mit den Antworten des Abtes summarisch in sein Diarium aufgenommen.<sup>725</sup> Demnach war Abt Nikolaus dafür, P. Lucas von der Weids System für das Archiv zu übernehmen, um damit die leidige Archivfrage endlich zu einem Ende zu bringen.

1769 präsentierte sich die Situation jedoch bereits wieder anders. Der Abt berief nämlich ein Kapitel ein,<sup>726</sup> an dem unter anderen P. Thomas Jann teilnahm. Es wurde der ganz unerwartete Beschluss gefasst, das Archiv müsse nach dem Vorbild der Ämter Freudenfels und Eschenz, also gemäss dem Vorschlag P. Bonaventura Müllers, geordnet werden. Die Ausführung des Projektes wurde ausgerechnet an P. Lucas von der Weid übertragen. Da dieser noch immer in Sonnenberg weilte, sollten ihm die Archivalien nach Bedarf dorthin geliefert werden.<sup>727</sup> Es lässt sich anhand der Quellen nicht nachvollziehen, wie es zu diesem abrupten Meinungswechsel kam. Jedenfalls entschieden die Kapitelsteilnehmer in diesem Sinn und beauftragten zudem den entschiedensten Gegner der vierteiligen Signatur mit der Umsetzung des Projektes. Zusätzlich ignorierte das Kapitel dessen seit mehr als zehn Jahren

---

<sup>724</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 63 (Jahr 1773), Kopie, S. 6.

<sup>725</sup> Ebd., S. 3-5. Der Fragenkatalog ist zusammen mit den dazugehörigen Antworten von Abt Niklaus Imfeld und von P. Anselm Müller im Anhang B der vorliegenden Arbeit in paraphrasierter Form wiedergegeben.

<sup>726</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 9, S. 202f.

<sup>727</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 59 (Jahr 1771), S. 26.

geäusserte Bitte um Rückkehr nach Einsiedeln. P. Lucas von der Weid konnte diese Entscheidung nur schlecht akzeptieren und zögerte den Beginn der Arbeiten für weitere drei Jahre hinaus. P. Michael Schlageter versuchte in dieser Zeit noch einmal in der Sache zu vermitteln und bat von der Weid, er solle doch einlenken und mit der Arbeit beginnen, da zum einen das System P. Bonaventuras gar nicht so schlecht sei und zum andern im Archiv mehr Schaden entstehe, wenn gar nichts gemacht werde.<sup>728</sup> Im Rahmen dieser Bemühungen sandte P. Michael Schlageter den Fragenkatalog P. Thomas Janns nach Sonnenberg, damit der dortige Statthalter P. Anselm Müller und mit ihm natürlich P. Lucas von der Weid zu den Fragen Stellung nehmen konnte.

Abt Nikolaus Imfeld vertrat nun mehrheitlich die Haltung P. Bonaventura Müllers. Er befürwortete die vierteilige Signatur und beharrte auf einer Archivneuordnung nach dem Vorbild des von P. Bonaventura geordneten Amtes Eschenz. Im Ganzen liess er jedoch eine fundierte Sachkenntnis in Archivfragen vermissen. Dies lassen seine oft vage formulierten Antworten erkennen, mit denen er nicht wirklich Stellung bezog, sondern lediglich die unterschiedlichen Meinungen der einzelnen Parteien rekapitulierte oder aber bemerkte, der Statthalter habe gegen einen Vorschlag Janns nichts einzuwenden. Zudem war ihm nicht bekannt, dass bereits Abt Placidus Reimann ein Summarium angelegt hatte. Auch die Bemerkung, Miscellanea seien vollständig zu vermeiden, zeigen, dass der Abt nicht über praktische Erfahrung in der Archivarbeit verfügte. Hier liegt wohl der Hauptgrund für die doch ausserordentlich lange Dauer der Auseinandersetzung um das Archiv. Die Entscheidungsträger im Kloster hatten aus nachvollziehbaren Gründen weder die Musse noch das Interesse, sich in die Details der Archivproblematik einzuarbeiten. Der dadurch entstandene Mangel an Führung verhinderte hauptsächlich eine konsequente Umsetzung eines einmal beschlossenen Archivprojekts. Marian Müller benannte diesen Sachverhalt in seinem gewohnt verdichtenden Stil: «Die oberen, denen es nicht zuzumuthen, das sie durch persönliche einsicht und eigene vertiefung in das innre und wesentliche des archivs das beste ohne rathgeber selbst zu wählen fähig seyn sollen [...]»<sup>729</sup>

P. Anselm Müller war wohl ebenfalls kein Spezialist in Archivfragen, genoss aber den Vorteil, einen in solchen Dingen erfahrenen Mann an seiner Seite zu haben. Er erwähnte in seinem Brief explizit, er habe den Fragenkatalog mit P. Lucas

---

<sup>728</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StIAE, Sig. A. HB 59 (Jahr 1771), S. 25f.

<sup>729</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 10, S. 203f.

von der Weid diskutiert. Es erstaunt daher nicht, dass er mehr oder weniger ungefiltert dessen Meinung wiedergab. So lehnte er die vierteilige Signatur ab, immerhin mit dem Zugeständnis, das bereits fertig geordnete Amt Eschenz könne in seinem Zustand belassen werden. Die Vorschläge Müllers lassen die Erfahrung von der Weids deutlich erkennen. Das Archiv sollte möglichst einfach und überschaubar, aber konsequent nach einem einzigen System geordnet werden. Zudem stellten die Summarien und das Generalregister in einem grossen Archiv für die Benutzer und für das Archivpersonal damals ein notwendiges Findmittel dar. Auch die kaum vermeidbar anfallenden Miscellanea wurden auf einfache Art ins Archiv integriert und gaben zu keinen weiteren Problemen Anlass. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es P. Lucas von der Weid gelungen war, den Statthalter in Sonnenberg von seinem System zu überzeugen. Dazu waren wohl einige Diskussionen notwendig, denn Müller hatte diesen Standpunkt nicht schon immer so nachdrücklich vertreten.

In den Briefen vom 29. März<sup>730</sup> und vom 5. Mai 1771<sup>731</sup> beklagte P. Anselm Müller vor allem die lange Dauer der bereits seit mehr als 30 Jahren geführten Diskussion um die richtige Ordnung des Archivs. Aus seiner Sicht spielte es eine untergeordnete Rolle, ob das System P. Bonaventuras oder jenes von P. Lucas umgesetzt wurde, da ihm beide Systeme als weitgehend identisch erschienen. «Hier frage ich ist dann zwischen diesen beyden systemata ein wesentlicher unterschied? Nein ich behaupte es seye keiner [...].»<sup>732</sup> Er forderte deshalb dazu auf, endlich mit der Reorganisation zu beginnen: «Warumb gehet man nicht einmal zu werkh? Warumb macht man von dieser einrichtung nicht einmahl den anfang?»<sup>733</sup> Zwar favorisierte er schon zu diesem Zeitpunkt die Vorschläge von der Weids. Diese Haltung lag aber ausschliesslich in der Tatsache begründet, dass P. Bonaventura Müller bereits vor mehr als drei Jahren verstorben war. Darum sollte seiner Ansicht nach das Archiv an P. Lucas von der Weid übergeben werden, da er offenbar der einzige war, der ein taugliches System vorgeschlagen hatte und über genügend Kenntnisse in der Archivarbeit verfügte: «[...] so rathe ich auf alle weis das man das archiv dem herrn Lucas übergeb und dasselb nach seinem systema einrichten lasse.

---

<sup>730</sup> Brief von P. Anselm Müller, 29.3.1771, Beilage im Diarium P. Michael Schlageter, Bd.63, StIAE, Sig. A. HB 63.

<sup>731</sup> Brief von P. Anselm Müller, 5.5.1771, Eingebunden im Diarium P. Michael Schlageter, Bd.63, StIAE, Sig. A. HB 63, S. 17-18.

<sup>732</sup> Zit. nach: Brief von P. Anselm Müller, 29.3.1771, S. 1.

<sup>733</sup> Zit. nach: Brief von P. Anselm Müller, 5.5.1771, S. 18.

Gschicht die einrichtung nicht durch ihn so fürchte ich sie werde zu unseren lebzeiten niemahl geschehen dann anderen fehlt es theils an fähigkeit theils an der erfahrenheit theils an der zeit.»<sup>734</sup>

Die Positionen von Abt Nikolaus Imfeld und P. Anselm Müller lagen zum Teil sehr weit auseinander. In gewissen Fragen stimmten sie jedoch überein und dies, obwohl weder der Abt noch P. Anselm Müller in Archivfragen besonders bewandert war. Es scheint mir deshalb durchaus zulässig, in diesen Übereinstimmungen einen im Konvent verankerten Grundkonsens zu Wert und Aufgaben des Stiftsarchivs zu vermuten. Dieser Konsens äussert sich beispielsweise in einer gewissen Geringschätzung des Geschäftsschriftgutes und der gleichzeitigen Wertschätzung von Stiftungsurkunden sowie von alten Dokumenten im Allgemeinen. Abt Niklaus Imfeld äusserte sich wie erwähnt oft vage zu Fragen der Archiveinrichtung. Die Frage jedoch nach der richtigen Aufbewahrungsart der Stiftungsurkunden beantwortete er nicht nur klar und deutlich, sondern ergänzte die Antwort sogar mit einem Vorschlag. Für ihn bestand kein Zweifel, dass diese Dokumente nicht nur in separaten Kisten, sondern auch an einem besonderen, sicheren Ort aufbewahrt werden mussten. Die Haltung Müllers zu dieser Frage, kann auf einem Umweg ebenfalls erschlossen werden. Er wollte das Geschäftsschriftgut in separaten Kisten aufbewahrt wissen, damit die anderen, wichtigeren Dokumente von diesen Papieren nicht verdrängt würden. Abt Imfeld schrieb dem Geschäftsschriftgut offenbar ebenfalls keine besondere Bedeutung zu und fand es sogar überhaupt nicht notwendig, dieses dauerhaft ins Archiv aufzunehmen. Einen interessanten Hinweis zur Bedeutung des Alters von Archivalien lieferte P. Anselm Müller mit der Bemerkung, Urbare sollten besser nicht abgeschrieben werden, da dadurch ihre Authentizität verloren gehe.<sup>735</sup> Als Letztes sei hier noch die von beiden geäusserte Forderung nach einer eindeutigen Bezeichnung jedes einzelnen Archivdokumentes erwähnt. Offenbar war beiden klar, dass ein Archiv nur dann gut zu bewirtschaften ist, wenn die im Einzelfall benötigten Dokumente innert nützlicher Frist auffindbar sind. Zur Diskussion stand lediglich das System, welches diese gute Ordnung garantieren sollte.

Zwischen 1769 und 1771 wurde für die Reorganisation des Archivs gar nichts unternommen: «Man betrachtete unser archiv nunmehr als einen kranken an dessen aufkommen keiner nicht zweifeln sollte.»<sup>736</sup> P. Marian Müller stellte den Abschluss

---

<sup>734</sup> Zit. nach: Brief von P. Anselm Müller, 5.5.1771, S. 18.

<sup>735</sup> Vgl. dazu: Sablonier, Roger: Verschriftlichung und Herrschaftspraxis, S. 108.

<sup>736</sup> Zit nach: Archivverordnung 1773, Abs. 10, S. 204.



der Auseinandersetzung in der Folge als ein eher zufälliges Ereignis dar. Der im Jahr 1756 gefasste Beschluss sei 1771 wieder zum Vorschein gekommen und habe die Beteiligten angespornt, sich erneut für die Sache des Archivs einzusetzen. Wie die Korrespondenz zwischen Sonnenberg und Einsiedeln aber belegt, kam die Diskussion um das Archiv bis 1771 überhaupt nie zur Ruhe. Zudem enthielt der Beschluss von 1756 ja nichts anderes, als die Entscheidung für das von P. Meinrad Brenzer ausgearbeitete und von P. Lucas von der Weid seit Jahren verteidigte System. Es scheint daher unwahrscheinlich, dass allein das Auftauchen dieses Papiers eine Lösung ermöglichte. Jedenfalls berief Abt Nikolaus Imfeld im Jahr 1771 erneut ein Kapitel ein, in dem die im Archiv bestehenden Probleme erörtert und einer Lösung zugeführt werden sollten. «Man stellte nachdrücklich vor, der einzige weg dem ubel zu steüren<sup>737</sup> wäre übrig wenn man die ursache des ubels selbstn recht einsehen und heben würde.»<sup>738</sup> Als grösstes Problem erkannten die Kapitelteilnehmer die bisher nicht konsequent durchgezogene Umsetzung eines einmal beschlossenen Archivierungssystems. Es sei darum in Zukunft nötig, den Pater Archivar an eine gültige Vorschrift zu binden, von der er unter keinen Umständen abweichen dürfe. Als Grundlage für diese Vorschrift sollte der bereits im Jahr 1756 beschlossene Plan P. Meinrad Brenzers dienen. Der damalige Subprior P. Marian Müller wurde zum Archivar ernannt und mit der Ausarbeitung der Vorschrift betraut.<sup>739</sup> Als Resultat der Bemühungen Müllers entstand die in der vorliegenden Arbeit breit diskutierte und zitierte Archivverordnung aus dem Jahr 1773. Der Autor der Ordnung ging mit seiner Arbeit einen Schritt über das Geforderte hinaus und setzte an den Anfang der eigentlichen Archivvorschrift eine kleine Archivgeschichte, mit der er den Gang der Auseinandersetzungen resümierte. Die Gründe, die ihn zu diesem Schritt bewogen, fasste er am Schluss seiner Schilderungen zusammen: «Man hat eben darum diese kleine archivgeschichte voraus zu setzten für nöthig erachtet damit ein jeder aus den verderbten abweichungen denen unser archiv ein halbes jahrhundert preisgegeben ward klug werde sich beruhige und festiglich glaube das keiner ohne aüsserste vermessenheit wagen werde von dem so reiflich überlegten und aus eignem schaden für den best erkannten plan entweders sich zu entfernen oder einen bessern zu erfinden sich träumen zu lassen.»<sup>740</sup>

---

<sup>737</sup> «steüren» bedeutet hier: Einhalt gebieten, Abhilfe schaffen, wehren. Vgl. Deutsches Wörterbuch von Jakob und Wilhelm Grimm, Bd.10, Sp. 2653.

<sup>738</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 10, S. 204.

<sup>739</sup> Ebd., S. 203ff.

<sup>740</sup> Zit. nach: Ebd., Abs. 12, S. 206.

Die detaillierten Schilderungen Müllers bieten neben den Standpunkten der Kontrahenten in sachlichen Fragen Hinweise zum Stellenwert, den diese dem Archiv und seinen Beständen beimassen. Es ist immerhin erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit die an der Sache interessierten Patres ihre Meinungen vertraten und sich in entscheidenden Fragen kaum kompromissbereit zeigten. Das Archiv bildete in den Augen dieser Patres offenbar eine für das Kloster unverzichtbare Existenzgrundlage, die unbedingt funktionsfähig erhalten werden musste. Daneben wird jedoch ebenfalls deutlich, dass nicht der gesamte Konvent diese Auffassung teilte. Zwar bestand ein gewisser Grundkonsens über die Ziele, die mit den Archivalien erreicht werden sollten. Dass Rechtssicherheit und Traditionsbildung aber nur mit einem gut geordneten und jederzeit verfügbaren Archiv zu erreichen waren, scheinen insbesondere die Entscheidungsträger des Klosters zu wenig ernst genommen zu haben. Es lässt sich nicht sicher feststellen, ob mangelnde Kompetenz oder fehlendes Interesse an den Detailfragen den damaligen Abt an einer endgültigen Entscheidung und deren Durchsetzung hinderte. Jedenfalls bildete genau diese mangelnde Entscheidungsfreudigkeit, neben der Hartnäckigkeit der an Archivfragen besonders interessierten Patres, eine wesentliche Ursache für die lange Dauer des Konfliktes. Jedoch konnte der Abt keineswegs als allmächtiger Regent über die Mitglieder des Konvents verfügen und er bemühte sich deswegen um einen möglichst breit abgestützten Konsens. Dies gilt es bei der Analyse der Leistung des Abtes zu berücksichtigen. Seinen Beschlüssen und Anordnungen zur Führung des Archivs blieben ja wiederholt ohne Wirkung und P. Lucas von der Weid harnte zwar wider seinen Willen jahrelang in Sonnenberg aus, verzögerte jedoch den Beginn der Arbeit an einer Neuordnung des Archivs so lange, bis die Oberen des Klosters auf ihren Beschluss zurückkamen und die Dinge in seinem Sinne änderten.

Der Abt musste über viel diplomatisches Geschick verfügen. Der Beizug Karl Fangers als neutralen Begutachter der zerfahrenen Situation macht sein Streben nach einem Ausgleich zwischen den einzelnen Parteien deutlich sichtbar. Das Archiv war ein sehr sensibler, wenn nicht gar intimer Bereich des Klosters. Es war deshalb nicht möglich, das traditionelle Ordnungssystem einfach durch ein neues, fremdes zu ersetzen. P. Marian Müller bestätigte diese Haltung, als er am Schluss seiner Archivgeschichte erwähnte, er habe verschiedene andere Archive besichtigt und sei deshalb umso mehr von den Vorzügen der neuen Einsiedler Ordnung überzeugt. Einschränkend hielt er jedoch fest: «Man ist hier keineswegs gesinnt in eine

ruhmsichtige vergleichung betadlung frömden archiven einzutretten. Ein jeder stehet für sein haus und findet da seine zufriedenheit.»<sup>741</sup>

### 7.3 Die Neuordnung des Klosterarchivs

Die in diesem Kapitel dargestellten Ergebnisse stützen sich zum einen auf die heutige Ordnung des Archivs und die darüber von P. Norbert Flüeler in den 20er-Jahren des 20. Jahrhunderts verfasste Zusammenstellung, zum anderen auf die Archivvorschrift P. Marian Müllers, in der neben dem formalen Ordnungssystem auch die praktischen Abläufe einer solchen Neuordnung beschrieben sind. P. Marian Müller gliederte seine Archivvorschrift in sechs Absätze, in denen er nacheinander die Einteilung der Archivalien in Ämter und Faszikel, das Verfassen der Summarien, das Signatursystem, die Herstellung der Register sowie die Besonderheiten des an Archivalien besonders reichen Amtes Einsiedeln behandelte. Im sechsten Absatz formulierte er Ratschläge für die Archivare und nannte mögliche Projekte für die Zukunft.

P. Marian Müller verfasste seine Schrift als Leitfaden für die Reorganisation des Archivs, wollte sein Werk darüber hinaus jedoch als verbindliche Vorschrift für die zukünftige Archivarbeit verstanden wissen. Die Neuordnung eines solch umfangreichen und reichhaltigen Archivs, wie es das Stiftsarchiv darstellt, liess sich allerdings nicht in kurzer Zeit realisieren. Das Unternehmen startete unmittelbar nach der Ernennung Müllers zum Archivar, also im Jahr 1771. Als vorläufiger Endpunkt der Arbeiten steht der jüngste datierte Band des Summariums aus dem Jahr 1798.<sup>742</sup> Die Arbeiten erstreckten sich also über beinahe 30 Jahre und es kann deshalb nicht erstaunen, dass die resultierende Ordnung keine buchstabengetreue Umsetzung der Vorschrift von 1773 darstellte. Einerseits lehnt sich das neue System stark an Abt Placidus Reimanns Ordnung an, weist im Detail jedoch bemerkenswerte Unterschiede auf. Gerade anhand dieser Unterschiede lassen sich Veränderungen im Selbstverständnis des Konvents herausarbeiten. Diese Analyse bildet einen weiteren Bestandteil dieses Abschnitts.

---

<sup>741</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 12, S. 206.

<sup>742</sup> Brun, Peter et al.: Repertorien und Findmittel im Stiftsarchiv Einsiedeln, S. 20.

### 7.3.1 Die Struktur der neuen Ordnung

Amtsbuchstabe	Amt	Classes	Faszikel
A	Einsiedeln	I-XLIII	A-OS
B	Pfäffikon	I-XVII	A-SH
C	Eschenz und Freudenfels	-	A-GH
D	Fahr	-	A-ZD
E	Gachnang	-	A-OC
F	St. Gerold	-	A-ZD
G	Sonnenberg	-	A-QC
H	Kaltbrunn	-	A-GB
I	Reichenburg	I-VII	A-HA
K	Zürich	-	A-FA
L	Erlenbach	-	A-O
M	Schwerzenbach	-	A-K
N	Stäfa	-	A-FB
O	Männedorf	-	A-LA
P	Meilen und Rossbach	-	A-NB
Q	Brütten	-	A-BA
R	Lachen	-	A-O
S	Rapperswil	-	A-GA
T	Sarmenstorf	-	A-MB
V	Sursee	I-II und I-IV	A-TT spez
W	Neuheim, Menzingen, Ägeri	-	A-Y
X	Bellenz	-	A-DB

**Tabelle 8:** Struktur der Archivordnung des Klosters Einsiedeln aus dem Jahr 1773.<sup>743</sup>

Als P. Marian Müller im Jahr 1773 seine Vorschrift verfasste, waren die Archivalien der Ämter Meilen, Männedorf, Stäfa und Kaltbrunn bereits nach dem neuen System geordnet. Wie während der Auseinandersetzung um das Archiv von verschiedenen Seiten gefordert worden war, wurde das System vorerst an diesen vier Ämtern auf seine Tauglichkeit erprobt, bevor es als definitiv verbindliche Ordnungsvorschrift Geltung erlangte. P. Lucas von der Weid weilte in diesem Jahr in Sonnenberg und hatte die undankbare Aufgabe übernommen, das von ihm zuerst vorgeordnete, dann von P. Bonaventura Müller umgeordnete und mit der vierteiligen Signatur versehene Amt Eschenz wiederum in den ehemaligen Zustand zu bringen.<sup>744</sup>

P. Marian Müller beschrieb die erste Unterteilung der Archivalien wie folgt: «Die gute ordnung erfordert es, das die zwey und zwanzig ämter, aus welchen das

<sup>743</sup> Die Tabelle stützt sich auf die Angaben zur Einrichtung und Ordnung der Bestände des Stiftsarchivs in: Flüeler, P. Norbert: Stiftsarchiv, S. 53-176.

<sup>744</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 14, S. 207.

weitschichtige archiv unsers gottshaus hauptsächlich bestehet, von einander abgesöndert werden.»<sup>745</sup> Als Grundlage der Ordnung diente wie bis anhin das lokale Pertinenzprinzip. Der Archivar teilte jedem Amt einen Buchstaben des Alphabets zu, wobei kleinere Besitzungen mit weniger umfangreichem Material unter einem Buchstaben zusammengefasst wurden. Abt Placidus Reimann hatte diese Ämtereinteilung ebenfalls vorgenommen: Der erste Buchstabe seiner Signatur verwies allerdings auf eine Schublade im Archiv, so dass die Dokumente eines Amtes unter verschiedenen Buchstaben gesucht werden mussten. Dieser auf den ersten Blick wenig relevante Systemwechsel, lässt bei genauer Betrachtung einen bemerkenswerten Wandel der Ordnungsvorstellungen erkennen. Placidus Reimann war bestrebt, eine ideal-topographische Archivordnung zu erreichen und verzichtete deswegen auf eine möglichst einfache Abbildung der Ämterverfassung. Für ihn war es wichtig, dass sich der Archivplan anhand der physischen Präsenz der Kisten und Schubladen nachvollziehen liess. Das neue System setzte die Prioritäten gerade umgekehrt. Hier wurden die Dokumente jedes Amtes unter einem Buchstaben zusammengefasst und mussten darum aufgrund ihrer Menge im Archiv auf verschiedene Behältnisse verteilt werden. Diese Massnahme führte zwangsläufig zu einer Archivordnung mit höherem Abstraktionsgrad, indem der Archivplan anhand der physischen Archiveinrichtung nicht mehr nachvollzogen werden konnte. Dieser Wandel – von Streben nach einer ideal-topographischen Ordnung hin zu einer abstrakt-hierarchischen Gliederung – lässt sich keineswegs nur in Einsiedeln beobachten, sondern bildete im 17. und 18. Jahrhundert sowohl im kirchlichen wie im säkularen Bereich die Regel.<sup>746</sup> Der Wandel ist das Produkt eines neuen Geistes, der wesentlich von Ideen der Aufklärung und dem damit verbundenen zunehmenden Interesse an den Wissenschaften beeinflusst wurde.<sup>747</sup> Der Wille und die Fähigkeit zur Abstraktion war im 18. Jahrhundert unter den Menschen grösser und verbreiteter als in den Jahrhunderten zuvor.

Der Tradition folgend, beginnt die Ordnung mit den Archivalien des Amtes Einsiedeln unter dem Buchstaben A. Unter diesem Buchstaben sind zudem die Dokumente der 1693 verkauften Herrschaft Ittendorf und weiterer ehemaliger Besitzungen,<sup>748</sup> die Akten zur Schweizerischen Benediktiner-Kongregation und, aus

---

<sup>745</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 15, S. 208.

<sup>746</sup> Head, Randolph C.: Abbildung von Herrschaft, S. 121.

<sup>747</sup> Vgl. dazu z.B. Capitani, François de: Beharren und Umsturz (1648-1815), in: Imhof, Ulrich et al.: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel 1986, S. 447-526, hier: S. 493.

<sup>748</sup> Flühler, P. Norbert: Stiftsarchiv, S. 53.

neuerer Zeit, die Unterlagen zu den Klostergründungen in Indiana (St. Meinrad) und Arkansas (New-Subiaco) eingereiht.<sup>749</sup> In Abweichung von P. Marian Müllers Vorschlägen, tragen alle genannten Archivteile den Amtsbuchstaben A. Müller wollte sie, da es sich ja eigentlich um amtfremde Bestände handelt, unter dem Titel *Extera* zwar auch dem Einsiedler Amt einverleiben, diese aber statt mit dem Amtsbuchstaben mit einem Stern bezeichnen.<sup>750</sup> Die Dokumente der ersten vier Ämter sind, wie schon bei Abt Placidus Reimann, in *Spiritualia* und *Temporalia* unterteilt. In den meisten übrigen Ämtern werden die *Spiritualia* zwar ebenfalls vor den *Temporalia* aufgeführt, erscheinen aber nicht unter einem speziellen Titel zusammengefasst. P. Marian Müller wollte auch die Einsiedler *Spiritualia* speziell, mit einem Kreuz anstelle des Amtsbuchstabens, bezeichnet wissen.<sup>751</sup> Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht in die Tat umgesetzt und so tragen sämtliche Dokumente einheitlich den Amtsbuchstaben A.

Die in den Ämtern Einsiedeln, Pfäffikon, Reichenburg und Sursee vorgenommene Einteilung in *Classes* war in der Vorschrift von 1773 ebenfalls nicht vorgesehen. Die *Classes* der neuen Ordnung fassen thematisch ähnliche Faszikel unter einem Sachtitel zusammen. Abt Placidus hatte die Archivalien ebenfalls in *Classes* eingeteilt. Diese bildeten in seiner Ordnung die eigentlichen Faszikel, sind also auf einer anderen Hierarchieebene angesiedelt und stimmen deshalb nicht mit den *Classes* der neuen Ordnung überein. Es stellt sich die Frage nach dem Sinn dieser zusätzlichen Gliederung. Für die Ämter Einsiedeln und Pfäffikon könnte der grosse Umfang der Archivalien eine zusätzliche Unterteilung notwendig oder wünschenswert gemacht haben, für die beiden kleinen Ämter Reichenburg und Sursee bestand in dieser Hinsicht sicher kein Bedarf. Es bleibt somit unklar, welchem Zweck die *Classes* der neuen Ordnung dienen sollten und warum diese zusätzliche Gliederung gerade in den genannten vier Ämtern besteht.

Nach der ersten Unterteilung der Archivalien nach Ämtern, folgte die Unterteilung in Faszikel. Müller betrachtete diese Arbeit als sehr wichtig und besonders anspruchsvoll: «Denn an dieser [Faszikeleinteilung] ist beynahn das meiste gelegen und wann sie wohl gelingt so ist das hauptwesen gethan. Allein zu dieser Arbeit braucht es nebst langer archivs betretung eine ausserordentliche uberlegung und aufmerksamkeit die sich mit andern zerstreungen nicht fügen

---

<sup>749</sup> Zu diesen Kloster-Neugründungen vgl. Böck, Hanna: Einsiedeln, S. 178.

<sup>750</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 47, S. 228f.

<sup>751</sup> Ebd., Abs. 44, S. 226f.

lässt.»<sup>752</sup> Damit der Archivar überhaupt mit dieser Arbeit beginnen konnte, musste er möglichst alle vorhandenen Archivalien eines Amtes zu Verfügung haben. Dazu sollte er beim Abt, auf dem Dekanat, in der Statthalterei, in der Kanzlei und an allen anderen Orten, wo Aktenmaterial vermutet werden konnte, vorstellig werden. Aus diesem Grund schien es P. Marian Müller sehr von Vorteil, wenn der Archivar die Dokumente eines Amtes direkt am Sitz der jeweiligen Statthalterei ordnete, da er dort das meiste Schriftgut zur Verfügung hatte.<sup>753</sup> Die eigentliche Sortierung der Dokumente wurde mit Hilfe eines in verschiedene Fächer unterteilten Regals vorgenommen. Jedes Fach des Regals war mit einem Buchstaben oder einer Buchstabenkombination bezeichnet. Der Archivar konnte so jedem Fach einen Faszikeltitel zuordnen und diesen auf einer Liste notieren, was ihm den Überblick über sein Werk jederzeit ermöglichte, ohne dass er die Dokumente provisorisch mit einer Signatur versehen musste. Zur Veranschaulichung ist die Faszikeleinteilung des Amtes Männedorf (Amtsbuchstaben O) in Tabelle 9 dargestellt.<sup>754</sup>

Die Archivalien des Amtes Männedorf hatte P. Lucas von der Weid 1773 bereits fertig geordnet und verzeichnet. P. Marian Müller verfasste die Archivvorschrift auf der Grundlage dieser Ordnung. Die Faszikel sind fortlaufend mit einem Buchstaben des Alphabets oder mit einer Buchstabenkombination bezeichnet. Bei den Buchstabenkombinationen bleibt der zweite Buchstabe fest und der erste variiert in der Reihenfolge des Alphabets.

Die geforderte Unterteilung des Archivgutes in *Spiritualia* und *Temporalia* wurde gerade in diesem Amt nicht ganz konsequent eingehalten, lässt sich eingeschränkt aber dennoch feststellen. Die drei ersten Faszikel waren, auf Grund ihrer Bedeutung für das Kloster, für Schriftstücke reserviert, die den grundlegenden Anspruch des Klosters an den Besitzungen in der Gemeinde Männedorf belegten und deren Verwaltung regelten. Erst die folgenden Faszikel lassen sich, je nach Massstab, mehr oder weniger zweifelsfrei den *Spiritualia* zuordnen. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch unmittelbar die Frage nach den für die Unterteilung massgebenden Kriterien. Die Sachtitel der Faszikel D bis K bezeichnen eindeutig Gegenstände aus dem kirchlichen Bereich und es wäre daher möglich, nach dem Faszikel K die Grenze zwischen den *Spiritualia* und den *Temporalia* zu setzen.

---

<sup>752</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abse. 15 und 16, S. 208.

<sup>753</sup> Ebd., Abs. 16, S. 208f.

<sup>754</sup> Die Tabelle stützt sich auf die Angaben zur Einrichtung und Ordnung der Bestände des Stiftsarchivs in: Flüeler, P. Norbert: Stiftsarchiv, S. 156f.

Meines Erachtens lässt sich diese Grenze aber nicht ohne weiteres vertreten, denn die meisten übrigen Faszikel enthalten Dokumente, die sich auf verschiedene, vom Kloster geforderte Zehnten beziehen. Der Zehnt bildet nun aber wiederum eindeutig eine kirchliche Abgabe.<sup>755</sup> Wenn also die Dokumente zu den Zehnten ebenfalls zu den *Spiritualia* gerechnet werden, so lässt sich überhaupt keine sinnvolle Grenze festlegen.

---

<sup>755</sup> Vgl. dazu den entsprechenden Artikel in: LexMA, Bd. 9, München 1998, Sp. 499-502.



**Tabelle 9:** Faszikeleinteilung des Amtes Männedorf (Amtsbuchstabe O) in der Archivordnung des Klosters Einsiedeln aus dem Jahr 1773, inkl. Nachträge.

Faszikel- buchstaben	Titel	Zeitraum der Dokumente
A	Der Hof Männedorf kommt an das Gotteshaus Einsiedeln	972-1772
B	Des Ammans zu Männedorf Bestallung und Revers	1550-1570
C	Offnung, Hofrödel und Hofrecht betreffend	-1597
D	Jus patronatus, incorporatio beneficii, solutio annatae et quartae	1381-1846
E	Einkünfte und Verbesserung der Pfarrpfund	1494-1827
F	Prädikant zu Männedorf, seine Bestallung und Reverse	1534-1807
G	Das Pfrundhaus und dessen Gebäulichkeiten	1541-1823
H	Prädikanten werden von Einsiedeln beurlaubt, wie auch von Zürich abgesetzt	1574-1764
I	Siegrist zu Männedorf	1609-1676
K	Chorerweiterung und Auskauf des Chores	1642-1665
L	Schulmeister und arme Leute zu Männedorf	1654-1825
M	Letziwein der Gemeinde Männedorf	1526-1709
N	Eigene Leute und Fallgerechtigkeit zu Männedorf	1449-1749
O	Pfarreizehnden und Gerichtsmarken zu Männedorf	1487-1732
P	Der grosse Zehnden zu Männedorf	1499-1853
Q	Neugruth-Zehnden	1644-1821
R	Reblauben- und Allmeindzehnden	1494-1676
S	Grosser Streithandel über den Zehnden des Köllikerhofes, sonst auf der Issleren genannt	1710-1773
T	Trottenhaus, Hofreuti, Reben, und Infang zu Männedorf	1405-1833
V	Den Emmer-Frucht-Zehnden und die deswegen entstandenen Streitigkeiten und deren Beilegung betreffend	1743-1744
W	Der kleine Zehnden und dessen Auskauf	1494-1532
X	Untreue in der Lieferung des Weinzehnden wird gestraft	1650-1806
Y	Holzrecht des Gotteshauses Einsiedeln zu Männedorf	1494-1532
Z	Fertigung und Ehrschatz zu Männedorf	1400-1645
AA	Zehnden-Mandate	1699-1747
BA	Verlehnung und Ertragenheit des Fruchtzehnden zu Männedorf	1599-1832
CA	Zinsbriefe zu Männedorf von Fisch, Geld und Kernen	1276-1581
DA	Mittelwies, die Zehndenfuhr durch dieselbe betreffend	1760-1762
EA	Gnadensteuer der Gemeinde Männedorf erwiesen	1764
FA	Erkenntnisse über einige Streitigkeiten der Männedörfler unter sich selbst	1696-1738
GA	Amtsbuch von Männedorf und Erlenbach	1556-1635
HA	Urbarien und Rödel zu Männedorf	1400-1863
IA	Gütlicher Vertrag wegen dem Wildbach im Kirchentobel	1755-1763
KA	Akten der Schindlerischen Schuld zwischen Einsiedeln und dem Bürgermeister Hirzel	1666-1679
LA	Revolutionsakten	1798-1799

Natürlich sind diese Argumente ziemlich konstruiert. Sie zeigen aber, dass die Zuordnungsschwierigkeiten mit jeder zusätzlich eingeführten Hierarchieebene

zunehmen. Diese Tatsache war P. Lucas von der Weid aufgrund seiner Erfahrung in der praktischen Arbeit bewusst. Wohl deshalb trat er so vehement für ein möglichst einfaches Ordnungssystem ein.

Aus rein formalen Gründen wurden die Urbare, die meist in Buchform angelegt waren, am Schluss eines jeden Faszikels eingeordnet. Möglicherweise sollten sie ausserhalb der Schubladen aufbewahrt werden, damit für die losen Schriftstücke mehr Raum blieb. P. Marian Müller bemerkte dazu, es genüge vollauf, wenn immer nur die jüngste Abschrift eines Urbars in die Verzeichnisse aufgenommen werde. Die übrigen sollten ohne Signatur auf das «[...] ladengestelle hinauf [...]»<sup>756</sup> geschafft werden.

Die Diskussion um die Zuordnung der Faszikel zu thematischen Gruppen lässt die Schwierigkeiten erkennen, die sich dem Archivpersonal stellten. Sie zeigt, dass die Ordnungskriterien innerhalb des vorgegebenen groben Rasters jederzeit individuell interpretierbar blieben. So stimmten P. Marian Müller und P. Lucas von der Weid in den grundsätzlichen Fragen durchaus überein, kamen im Detail jedoch zu unterschiedlichen Lösungen. Immerhin lässt sich das für die Klosterarchive des 14. und 15. Jahrhunderts festgestellte Ordnungsprinzip, nach dem die Präzedenz des Geistlichen vor dem Weltlichen eine unverrückbare Voraussetzung bildete, in Einsiedeln eingeschränkt auch noch im 18. Jahrhundert erkennen. Das «spannungsvolle Wechselverhältnis zwischen geistiger und materieller Kultur»,<sup>757</sup> welchem das Kloster in seiner Doppelfunktion als religiöse Institution und als Herrschaftsträger unterlag, hatte noch immer Bestand. Am Beispiel der Ordnung des Amtes Männedorf zeigt sich jedoch, wie die wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse die geistlichen überlagerten und hie und da sogar dominierten.<sup>758</sup>

Die Zuordnung der Archivalien zu den Faszikeln setzte gute Planung voraus. «Was der natürliche zusammenhang der sache erfordert mus man beysammen lassen und nicht aus einer nebensache ein fascickel schmieden wollen wodurch eine hauptsache verstümpelt wird.»<sup>759</sup> Dass dies in der Praxis nicht in jedem Fall ohne Schwierigkeiten möglich war, wusste P. Marian Müller genau. Ganz allgemein musste darauf geachtet werden, dass einerseits der Umfang eines einzelnen

---

<sup>756</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 22, S. 212.

<sup>757</sup> Zit. nach: Schreiner, Klaus: Verschriftlichung als Faktor monastischer Reform, Funktionen von Schriftlichkeit im Ordenswesen des hohen und späten Mittelalters, in: Keller, Hagen et al. (Hgg): Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter, Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen, München 1992 (Akten des Internationalen Kolloquiums 17.-19. Mai 1989), S. 37-76, hier: S. 42.

<sup>758</sup> Rück, Peter: Die Ordnung der herzoglich savoyischen Archive, S. 93.

<sup>759</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 18, S. 210.

Faszikels nicht zu gross wurde und andererseits galt es ebenfalls, eine zu grosse Zahl von Faszikeln zu vermeiden. Neben sachlichen Kriterien unterliegt die Faszikeleinteilung auch subjektiven Entscheidungen. Deshalb war es wünschenswert, dass diese Arbeit von nur einer Person geleistet wurde, um eine gewisse methodische Konstanz zu gewährleisten. Im Übrigen konnte – so die Meinung P. Marian Müllers – nur die durch Übung erlangte Erfahrung und Klugheit und das von Placidus Reimann geschaffene Vorbild dem registrierenden Archivar den richtigen Weg weisen.<sup>760</sup>

Parallel mit der Faszikeleinteilung musste das Schriftgut bewertet, d. h. das archivwürdige Material vom archivunwürdigen getrennt werden. Die Nachfolger Abt Placidus Reimanns hatten diese Arbeit oft vernachlässigt, indem sie ganz einfach alle ins Archiv eingehenden Akten für archivwürdig erklärten, was zu den grossen und unübersichtlichen *Miscellanea*-Faszikeln führte. Müller betonte darum die Wichtigkeit einer konsequent vorgenommenen Bewertung und wollte *Miscellanea* in der Regel ganz vermieden wissen. Wenn ein Dokument als archivwürdig bewertet werde, müsse es einem bestimmten Faszikel zugeordnet werden oder, falls das nicht möglich sei, solle ein neuer Faszikel geschaffen werden, dem sich das Dokument zuordnen lasse. Die Bezeichnung *Miscellanea* war nur ausnahmsweise für Archivalien zulässig, die aufgrund ihrer Pertinenz gar nicht zum eigentlichen Archivkorpus gehörten, da sie in keiner direkten Beziehung zum Kloster standen, vom Inhalt her aber dennoch überlieferungswürdig schienen.<sup>761</sup> Ausschliesslich in solchen Fällen durfte ein Dokument «[...] unter jenen haufen geworfen werden die man peregrina oder wenn man es so haben will auch miscellanea nennen kann».<sup>762</sup> In der Regel sollten solche Schriftstücke jedoch vernichtet werden. «Man kann höchstens im dem summario an gehörigem orte eine kurze meldung geschichtsweise davon machen, die schriften aber ins feüer werfen.»<sup>763</sup> Müller nannte zwei Gründe, die eine Protokollierung des vernichteten Schriftgutes rechtfertigten: Die Sicherung der Rechte und Ansprüche des Klosters und das Interesse zukünftiger Generationen an den historischen Zeugnissen.

Offenbar verfügte P. Marian Müller über ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis. So mahnte er beispielsweise den Archivar gerade in Fragen der

---

<sup>760</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 18, S. 210.

<sup>761</sup> Ebd., Abs. 20, S. 211.

<sup>762</sup> Zit. nach: Ebd., S. 211.

<sup>763</sup> Zit. nach: Ebd.

Archivalienbewertung zur Vorsicht. Falls er unsicher sei, ob ein Dokument vernichtet werden könne oder nicht, solle er es sicherheitshalber vorerst ohne Signatur aufbewahren und «[...] in die untersten trucken des innern archiv, wo andre ihres gleichen bereits vorhanden, hinab werfen.»<sup>764</sup> Unter dem Aspekt der Rechtssicherheit waren die Archivbestände von ausserordentlicher Bedeutung und mussten unter allen Umständen geschützt werden. Dafür nahm Müller die ungeordneten Dokumentenhaufen in Kauf und war bereit, die vorgängig erlassenen, eng gefassten Auswahl- und Ordnungskriterien punktuell wieder zu lockern.

P. Marian Müller verfügte jedoch ebenso über ein starkes historisches Bewusstsein. So benannte er explizit den von ökonomischen und politischen Überlegungen unabhängigen Wert gewisser Dokumente. «Viele [Schriftstücke] sollen oft nur darum beybehalten werden weil sie bey einem geführten rechtshandel ein hystorisches licht der nachkommenschaft darreichen.»<sup>765</sup>

Das in der Archivverordnung von 1773 beschriebene und in der Folge mehrheitlich umgesetzte Ordnungssystem besticht vor allem durch eine klare, einfache und schnörkellose Gliederung. P. Marian Müller beseitigte den barocken Ballast der alten Ordnung weitgehend, auch wenn der Respekt vor Abt Placidus Reimann noch zu gross war, als dass die neue Ordnung ganz konsequent losgelöst von dessen Werk hätte ausgearbeitet werden können. Die erstrebte Unterteilung der Archivalien in *Spiritualia* und *Temporalia*, aber auch die Einteilung in Klassen stellen meines Erachtens solche Referenzen dar. In der Praxis erwies sich das neue System v. a. darum als tauglich, weil es im Prinzip unendlich ergänzbar war. So liessen sich beispielsweise im Amt Männedorf (Tabelle 9) die Revolutionsakten von 1798-1799 ohne logische Probleme später ins Archiv eingliedern.

### 7.3.2 Die Signatur der Dokumente

Das Signatursystem der neuen Ordnung wurde im Rahmen der Darstellung der Auseinandersetzung um das Archiv bereits detailliert besprochen. Es soll deshalb hier nur ganz knapp zusammengefasst werden. Die neue, bis heute verwendete Signatur besteht aus drei Teilen: Der erste Teil, der Amtsbuchstabe, weist ein Schriftstück den Archivalien eines Amtes zu. Der zweite Teil bezeichnet wiederum mit einem Buchstaben einen Faszikel. Falls ein Amt mehr als 24 Faszikel aufweist, wurde ab dem 25. Faszikel das doppelte Alphabet verwendet und zwar indem der

---

<sup>764</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 21, S. 212.

<sup>765</sup> Zit. nach: Ebd., Abs. 26, S. 215.

zweite Buchstabe für die nächsten 24 Faszikel unverändert stehen blieb und der erste in der Reihenfolge des Alphabets variierte (z.B. AA, BA, CA, usw.). Der dritte Teil der Signatur ist eine arabische Zahl. Sie wurde für jedes Dokument individuell vergeben und beginnt in jedem Faszikel beim ältesten Dokument mit der Zahl 1, da die Dokumente innerhalb eines Faszikels in chronologischer Reihenfolge eingeordnet sind.<sup>766</sup> Für das erste Dokument des ersten Faszikels im Amt Männedorf ergibt sich demnach die Signatur O. A 1. Im Gegensatz zur Ordnung Abt Placidus Reimanns besteht dadurch in der neuen Ordnung die Möglichkeit, jeden Faszikel unbeschränkt zu ergänzen. Besonders grosse Faszikel, wie sie etwa im Amt Einsiedeln vorkommen, wurden unterteilt und die einzelnen Teilfaszikel mit einem Exponenten versehen (z.B. A. Y<sup>2</sup>).<sup>767</sup>

Die mehrfachen Versuche einer Neuordnung hatten auf gewissen Dokumenten zu einer verwirralichen Fülle von Signaturen geführt. Deshalb sollte sich die neue Signatur optisch deutlich von allen anderen unterscheiden. P. Marian Müller liess deshalb in der Buchdruckerei grosse Bleilettern herstellen, die der Archivar wie einen Stempel in der Hand halten und damit die Signatur auf die Dokumente anbringen konnte. Als Druckfarbe diente «die rothe als die merkbarste und schönste farb».<sup>768</sup> Die Farbe wurde in der Klosterküche aus Zinnober<sup>769</sup> und Leinöl gemischt und gekocht.<sup>770</sup> Die dreiteilige Signatur wurde auf jedes einzelne Dokument aufgestempelt, damit eine allfällig entstehende Unordnung unter den Dokumenten jederzeit ohne grosse Mühe behoben werden konnte. Anschliessend band der Archivar alle Dokumente eines Faszikels oder Teilfaszikels in einer Mappe zusammen, druckte auf die Faszikelmappe in der linken, oberen Ecke den Amtsbuchstaben und setzte im Zentrum die Faszikelbuchstaben dazu.<sup>771</sup> Die Mappen wurden dann der Reihe nach zur Aufbewahrung in die bereits bekannten Schubladen gelegt. Jede Schublade ist mit dem Amtsbuchstaben sowie dem ersten und letzten Buchstaben der in ihr enthaltenen Faszikel bezeichnet.<sup>772</sup>

---

<sup>766</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 22, S. 212f.

<sup>767</sup> Summarium des Amtes Einsiedeln, verfasst von P. Sebastian Imfeld, Bd.1, 1797, StiAE, ohne Signatur, Hier: Vorwort.

<sup>768</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 31, S. 219.

<sup>769</sup> Zinnober (Quecksilber-II-Sulfid) ist ein intensiv rotes Salz, das dem Leinöl als Pigment zugesetzt wurde. Durch längeres Kochen bei 140-150°C verwandelte sich das Gemisch in eine homogene, schnelltrocknende rote Farbe. Vgl. dazu: Römp, Chemielexikon, Bd. 4, Stuttgart <sup>8</sup>1979, S. 1291.

<sup>770</sup> Benziger, Karl, J.: Geschichte des Buchgewerbes, S. 152.

<sup>771</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 32, S. 220.

<sup>772</sup> Ebd., Abs. 33, S. 220f.

### 7.3.3 Die Summarien und die Register

P. Marian Müller beschrieb die Herstellung der Summarien und Register als mehrstufigen Prozess: Nachdem alle archivwürdigen Dokumente eines Amtes in befriedigender Weise einem Faszikel zugeteilt waren, solle mit der Herstellung der Regeste der Einzeldokumente begonnen werden. Als Vorbilder hatten dabei, wie Müller mit Nachdruck betonte, die von Abt Placidus verfassten Regeste zu dienen. Regeste aus der Hand Placidus Reimanns mussten aufgrund ihrer Qualität unverändert in die neue Ordnung übernommen werden.

Die Kunst des Regeste-Verfassens besteht darin, alle wesentlichen inhaltlichen Aspekte eines Dokuments in möglichst kurzer Form zusammenzufassen. Alle Regeste eines Faszikels wurden darauf, zusammen mit den Regesten der zwar erwähnenswerten, aber nicht archivwürdigen Dokumente, in chronologischer Reihenfolge in einen so genannten *Status Actorum* übertragen. Dieser bildete eine Art Entwurf des Summariums, an dem bei Bedarf noch letzte Korrekturen vorgenommen werden konnten. Nachdem für jeden Faszikel eines Amtes ein *Status Actorum* bestand, konnten diese nacheinander ins Summarium übertragen werden. Nach dem letzten Eintrag in jedem Faszikel musste genügend Platz frei gelassen werden, damit die zukünftig anfallenden Dokumente an der richtigen Stelle nachgetragen werden konnten.<sup>773</sup> Tabelle 10 bietet einen Überblick über die Summarien, wie sie heute im Stiftsarchiv vorhanden sind.<sup>774</sup>

Die Archivneuordnung und damit auch die Herstellung der Summarien geschah in zwei Phasen. In den Jahren 1771 und 1772 waren die Ämter Stäfa, Männedorf, Meilen und Kaltbrunn versuchsweise neu geordnet worden. Danach scheinen die Arbeiten kontinuierlich bis ins Jahr 1798 fortgesetzt worden zu sein, bis sie durch die Wirren der Revolution für einige Jahre unterbrochen wurden. Der Registerband zum Amt Einsiedeln ist auf das Jahr 1818 datiert. Spätestens in diesem Jahr kamen die Arbeiten in beschränktem Umfang also wieder in Gang. Die Summarien zu den Ämtern Bellenz, Rapperswil und Neuheim, Menzingen und Ägeri stammen aus dem 20. Jahrhundert und stellen im Wesentlichen ein Werk von P. Norbert Flüeler dar.

---

<sup>773</sup> Archivverordnung 1773, Abse. 23 und 24., S. 213f.

<sup>774</sup> Die Tabelle stützt sich auf die Zusammenstellung der Summarien in: Brun, Peter et al.: Repertorien und Findmittel im Stiftsarchiv Einsiedeln, S. 20.

**Tabelle 10:** Die Summarien und Register zur Archivordnung des Klosters Einsiedeln aus dem Jahr 1773.

Amtsbuchstabe	Amt	Bände	Jahr	Register
A	Einsiedeln	21	ab 1797	1 Band
B	Pfäffikon	3	ohne Jahr	in Bd. 1
C	Eschenz und Freudenfels	4	1778	in Bd. 1
D	Fahr	4	1776	in Bd. 1
E	Gachnang	1	1774	im Band
F	St. Gerold	4	1777	in Bd. 1
G	Sonnenberg	1	1798	separat
H	Kaltbrunn	1	1773	im Band
I	Reichenburg	1	ohne Jahr	separat
K	Zürich	1	1773	im Band
L	Erlenbach	ungebunden	ohne Jahr	-
M	Schwerzenbach	ungebunden	ohne Jahr	-
N	Stäfa	1	1772	im Band
O	Männedorf	1	1772	separat
P	Meilen und Rossbach	1	1772	im Band
Q	Brütten	1	1773	im Band
R	Lachen	1	1776	im Band
S	Rapperswil	1	1929	-
T	Sarmenstorf	1	1780	im Band
V	Sursee	1	ohne Jahr	-
W	Neuheim, Menzingen, Ägeri	1	1930	-
X	Bellenz	1	1918	-

Nachdem die Dokumente ihre definitive Signatur erhalten hatten und das Summarium fertiggestellt war, konnte der Archivar mit dem Abfassen des Registers beginnen. Auch dazu empfahl P. Marian Müller den Generalindex von Abt Placidus Reimann als Vorbild, besonders, weil er sich mit den Versuchen aus späterer Zeit keineswegs einverstanden erklären konnte: «Ein lehrling dem auch die archivsgegend vollends unbewusst, wird sich getrauen in einem tage einen solchen [Index] herzuschmirren.»<sup>775</sup> Für die Herstellung des Registers genüge es eben nicht, die Faszikeltitel einfach ein zweites Mal, in alphabetischer Reihenfolge, abzuschreiben. Müller erinnerte daran, dass die Register dem Benutzer den ersten Zugang zum Archiv ermöglichen müssten. Aus diesem Grund sei auf deren Ausarbeitung besondere Sorgfalt zu verwenden.<sup>776</sup> Damit aus dem Register ein

<sup>775</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 35, S. 222.

<sup>776</sup> Ebd., Abs. 36, S. 222.

brauchbares Werkzeug wurde, mussten darin im Prinzip die wesentlichen Schlagworte jedes einzelnen Dokuments in alphabetischer Reihenfolge aufgenommen werden. Dazu waren faszikelübergreifende Querverweise und die Aufnahme von im Faszikeltitel unerwähnten Gegenständen unerlässlich. Nur so hatte der Benutzer die Möglichkeit, alle ihn interessierenden Archivalien zu einem bestimmten Thema im Archiv zu finden.<sup>777</sup> Wie der Tabelle 10 zu entnehmen ist, haben sich die Nachfolger Müllers die Ratschläge zu Herzen genommen. Für die meisten Summarium-Bände wurde nämlich ein Register hergestellt und oft nachträglich in den betreffenden Band miteingebunden. Die Entscheidung, ob in der Zukunft die Herstellung eines neuen Generalregisters in Angriff genommen werden sollte oder nicht, überliess Müller den zukünftigen Archivaren.<sup>778</sup> Für ein solches Werk scheint dann kein Bedarf bestanden zu haben, denn es wurde nie realisiert.

Beim Vergleich der neuen Findmittel mit denjenigen von Abt Placidus Reimann, fällt in erster Linie der viel grössere Umfang des neuen Werks auf. Abt Placidus hatte die Regesten zum Archiv in fünf Bänden untergebracht, das neue Summarium dagegen besteht aus 52 Bänden und einigen ungebundenen Regestensammlungen. Diese Zunahme kann unmöglich alleine mit dem Anwachsen des Archivgutes erklärt werden und muss systembedingte Gründe haben. Tatsächlich hatte Abt Placidus ausschliesslich wirtschaftlich und politisch verwertbare Dokumente in die Ordnung aufgenommen. Diarien oder Werke, die der Kontemplation dienten, sucht man in seinen Findmitteln vergebens. Im Hinblick auf das Archiv dachte und wirkte Abt Placidus Reimann als Jurist, der die politische und wirtschaftliche Stellung des Klosters gegen Fremdansprüche zu verteidigen hatte oder zu erweitern suchte. Das in der Archivvorschrift von P. Marian Müller zum Ausdruck kommende historische Bewusstsein, welches von einem von wirtschaftlichen und politischen Zielen unabhängigen Interesse an der Vergangenheit zeugt, lässt sich in der Ordnung Reimanns nicht erkennen. Allerdings darf daraus nicht einfach geschlossen werden, der Konvent und mit ihm der Abt hätten sich im 17. Jahrhundert überhaupt nicht um ausserjuristische Aspekte der Vergangenheit gekümmert, da doch die Pflege und Wahrung der Tradition seit je ein zentrales

---

<sup>777</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 38, S. 223.

<sup>778</sup> Ebd., Abs. 43, S. 226.



Element in den monastischen Gemeinschaften darstellte. Das Archiv war für Abt Placidus ganz einfach nicht der richtige Ort, um solche Interessen zu verfolgen.<sup>779</sup>

### 7.3.4 Projekte für die Zukunft

Die Erfahrungen, die P. Marian Müller zusammen mit P. Lucas von der Weid bei der Neuordnung der Unterlagen der Ämter Meilen, Männedorf, Stäfa und Kaltbrunn gesammelt hatte, ermöglichten es ihm, Regeln für viele Aspekte der praktischen Archivarbeit festzulegen. Dennoch befanden sich die Arbeiten am grossen Projekt der Neuordnung im Jahr 1773 noch immer in der Anfangsphase, weshalb P. Marian viele Entscheidungen in die Zukunft hinausschieben musste. Gerade diese für die Zukunft gedachten Anregungen verdienen hier besondere Beachtung, denn die auf Erfahrungswerten beruhenden Regeln wurden wesentlich durch die damaligen materiellen und technischen Möglichkeiten bestimmt und gleichzeitig auch beschränkt. Die Projekte für die Zukunft unterlagen diesen Beschränkungen in weit geringerem Mass. Sie zeigen, was in den Augen Müllers für ein tadellos organisiertes Archiv wünschenswert erschien. Die Verwirklichung konnte er dabei getrost seinen Nachfolgern überlassen.

Das erste und wohl wichtigste Projekt aus dieser Reihe galt den Stiftungsurkunden der deutschen Kaiser und den Papsturkunden, die P. Marian Müller als «[...] das geheiligte kleinod und der eigentliche archivsschatz [...]»<sup>780</sup> bezeichnete. Diese Urkunden genossen aufgrund ihres hohen Alters und der hervorragenden Stellung ihrer Aussteller im Kloster besondere Wertschätzung. Sie galten dem Konvent als wichtigste Legitimationsbasis für alle Rechte und Ansprüche des Klosters. Sie mussten besonders geschützt werden und sollten deshalb in Zukunft, bei der Neuordnung der Dokumente des Amtes Einsiedeln, aus dem Archivkorpus entfernt und in das «[...] besondere kleine gewölbe welches an das laboratorium anstosst übersetzt und über das in eignen leichtern schachteln abgetheilt werden [...]».<sup>781</sup> In diesen nicht näher bezeichneten kleinen Raum gehörten nach Müllers Vorstellung auch die wichtigsten Urkunden der übrigen Ämter.

---

<sup>779</sup> Erst die in der Mitte des 18. Jahrhundert im akademischen Unterricht aufkommende Diplomatik förderte das Interesse an den historisch aussagekräftigen Inhalten von Urkunden. Die juristisch verwertbaren Inhalte blieben zwar nach wie vor von Interesse, wurden aber durch die neue, historische Perspektive ergänzt. Vgl. dazu: Burkardt, Johannes: Die Historischen Hilfswissenschaften in Marburg, (17.-19. Jahrhundert), Marburg an der Lahn 1997, (elementa diplomatica 7), S. 57.

<sup>780</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 45, S. 227.

<sup>781</sup> Zit. nach: Ebd., S. 227.

Die in den Faszikeln entstehenden Lücken, sollten mit auf Pergament gedruckten, vidimierten<sup>782</sup> Abschriften der Originale gefüllt werden.<sup>783</sup>

Ein weit aufwändigeres Projekt stellte die Schaffung topografischer Karten der einzelnen Herrschaften dar.<sup>784</sup> P. Marian Müller hatte im Rahmen der Auseinandersetzung um die neue Ordnung des Archiv der Kartause Ittingen besichtigt und zeigte sich von den dort vorhandenen Karten sehr beeindruckt. «Nicht nur in grossen charten sondern sogar in foliantbüchern sieht man jeden meyerhof der anstössen mit beygefügter erklärang nach dem geometrischen fusse im kleinen abgerissen.»<sup>785</sup> Solche Werke seien für die Statthalter von grossem Nutzen, da sie damit ein Mittel in die Hand bekämen, mit dem sie viele Streithändel schon im Ansatz schlichten könnten. Müller dachte hier wohl in erster Linie an Grenzstreitigkeiten. Besonders interessant sind in dieser Beziehung die Bemerkungen vom P. Michael Schlageter zum Thema. Laut seinen Notizen dienten solche Karten nämlich nicht in erster Linie der Orientierung im Gelände, sondern beanspruchten durchaus rechtsetzenden Charakter, ähnlich einer Urkunde. Als nämlich im April 1760 der Statthalter von Eschenz die durch einen Bruder Lorenz von Rheinau neu angefertigten Landkarten von Freudenfels und Eschenz in Einsiedeln ablieferte, bedauerte P. Michael Schlageter sehr, dass den Karten die Beglaubigungen der Nachbarherrschaften fehlten. Ohne diese Beglaubigungen sei ein solches Werk nicht vollständig und könne den vorgesehenen Zweck, nämlich die Verteidigung territorialer Ansprüche im Streitfall, nicht vollumfänglich erfüllen.<sup>786</sup> Der verstorbene P. Anton Huber habe das Werk für die Besitzungen des Klosters Einsiedeln bereits in Gang gesetzt, indem er die Karten der Herrschaften Eschenz und Freudenfels durch

---

<sup>782</sup> Der Begriff «Vidimus» bezeichnet die beglaubigte Abschrift einer Urkunde. Synonym dazu werden auch die Begriffe «Insert» oder «Transsumpt» verwendet. Vgl. LexMA, Bd. 8, Sp. 1636f.

<sup>783</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 45, S. 227.

<sup>784</sup> Zu den historischen Karten im Stiftsarchiv vgl.: Bersorger, Walter und Sanders, Rebecca: Historische Karten- und Plandokumente aus dem Kloster Einsiedeln, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 99, (2007), S. 17-46; Zur Landvermessung im süddeutschen Benediktinerkloster Ottobeuren vgl.: Pfeifer, Wolfgang: Landvermessung im Territorium des ehemaligen Reichsstifts Ottobeuren und daraus resultierende Karten des Territoriums, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige, Bd. 118, (2007), S. 269-282.

<sup>785</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 229, S. 52.

<sup>786</sup> Diarium P. Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 32 (Jahr 1760), Kopie, S. 59.

Bruder Lorenz Baumgarten<sup>787</sup> aus der Abtei Rheinau habe zeichnen lassen.<sup>788</sup> Die Karten des Zehntbezirks Wangen und des Frauwinkels in Pfäffikon stammten ebenfalls aus der Hand dieses Laienbruders, der im Jahr 1769 auf Schloss Pfäffikon verstorben war. Jedenfalls scheint das Projekt in dieser Zeit mit einigem Enthusiasmus vorangetrieben worden zu sein. So war der Zehntbezirk des Amtes Männedorf bereits vollständig vermessen und P. Anselm Müller hatte als Statthalter von Sonnenberg die Karten der Herrschaft Gachnang ausgearbeitet. P. Marian Müller zeigte sich überzeugt, dass mehrere seiner Mitbrüder die Lust und Fähigkeit für solche Arbeiten besaßen und deshalb die Arbeiten noch wesentlich hätten beschleunigt werden können. Es brauche dazu lediglich einen Wink der Oberen, wie er bemerkte.<sup>789</sup> Das Projekt wurde wohl niemals zu Ende geführt. Jedenfalls sind heute im Klosterarchiv nur wenige topografische Karten erhalten. Möglicherweise sind die restlichen im Laufe der Zeit abhanden gekommen oder vernichtet worden, wahrscheinlich haben sie jedoch gar nie existiert.

Das Kopial-Archiv, in dem vidimierte Abschriften aller wesentlichen Urkunden enthalten sein sollten, blieb ein ebenso nie erfüllter Wunsch P. Marian Müllers, obwohl er von dessen Nutzen vollständig überzeugt war. Ein solches Archiv müsse hergestellt werden, «[...] damit es an zwey zerschiedenen orten zur sicheren rettung aufbehalten werden möchte und sonderheitlich die entlegnern herrschaften nicht gezwungen seyen bey jedem anlass von dem hauparchiv den schriften und ergangenheiten auf eine für sich mühsame und für die urkunden selbst höchst schädliche weise nachzuforschen.»<sup>790</sup> Er nannte hier den eigentlichen Zweck seines Vorhabens: Jeder Statthalter sollte die Archivalien der durch ihn verwalteten Herrschaft zur Verfügung haben, damit er nicht bei jeder Streitigkeit auf die in Einsiedeln lagernden Originale zurückgreifen musste. Zudem wäre dadurch jeder Archivteil in zweifacher Ausführung vorhanden gewesen und hätte an zwei verschiedenen Orten aufbewahrt werden können, was die Sicherheit erheblich erhöht hätte. Müller schlug deshalb vor, das Kopial-Archiv des Amtes Einsiedeln an einen

---

<sup>787</sup> Henggeler, P. Rudolf: Professbuch der Benediktinerabteien Pfäfers, Rheinau, Fischingen, Zug 1931, S. 319f.

<sup>788</sup> Bruder Lorenz hat die einzelnen Höfe der Herrschaften Eschenz und Freudenfels vermessen und die Daten in einem Buch zusammengestellt. Vgl. dazu: Tabella oder kurtzer und succincter Begriff aller deren in dem geometrischen Grundt-Riss der Einsiedlischen Herrschaften Eschenz und Freudenfels, verfasst von Lorenz Baumgarten von Rheinau. Sig. C. NB 12. Dass die Grundstückskarten jemals ausgeführt wurden, muss bezweifelt werden, da sich heute keine einzige im Stiftsarchiv befindet.

<sup>789</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 48, S. 229f.

<sup>790</sup> Zit. nach: Ebd., Abs. 50, S. 231.

möglichst weit entfernten Ort, z.B. nach St. Gerold, zu verlegen. Die Herstellung eines solchen Archivs sollten die Archivschreiber während der Neuordnung der einzelnen Ämter übernehmen, indem sie Abschriften der wichtigen Urkunden verfassten.<sup>791</sup> Auch dieses Projekt wurde offenbar in Angriff genommen. Jedenfalls stösst der heutige Archivbenutzer oft auf die Produkte dieser nie zu Ende geführten Unternehmung, denn viele Dokumente finden sich in doppelter oder dreifacher Ausführung in den Archivmappen.

Als letzte Massnahme schlug Müller bauliche Veränderungen an den Archivräumen vor. Im Lauf der Jahre war die Aufnahmekapazität der Räumlichkeiten an ihre Grenzen gestossen. Man sollte darum «[...] zuerst den archivs platz mit zusetzung der an die innere eiserne thür stossenden kleinen hofzimmern vergrössern [...]».<sup>792</sup> Mit der Lage des Archivs im inneren Bereich, gegen den Hof des Klosters war P. Marian zufrieden. Die Räume grenzen zwar nicht direkt an eine Kirche oder Kapelle, wie es in Klosterbauten des Mittelalters noch üblich war,<sup>793</sup> befinden sich jedoch immerhin im Klausurbereich, was den Zutritt für Aussenstehende erschwert. Wie dargelegt hatte das Klosterarchiv im 18. Jahrhundert seine sakrale Dimension eben bereits weitgehend eingebüsst. Zufrieden war P. Marian Müller mit der Bausubstanz der Archivräume: «Die starken kleinen gewölbe die überall auf hauptmauren ruhen und innert welchen unser archiv eingeschlossen ist scheinen freylich wohl der ersten gefahr entgegen zu stehen.»<sup>794</sup> Probleme befürchtete er eher, falls das Archiv, beispielsweise im Fall eines Brandes, schnell weggebracht werden musste. Für solche Fälle schlug er den Bau eines Kanals vor, der direkt in den Keller führte und durch den die Archivkisten im Notfall hätten hinuntergeworfen werden können. Es deutet jedoch nichts darauf hin, dass ein derartiges Projekt je in Angriff genommen wurde.

All die in der Archivverordnung vorgeschlagenen Projekte verfolgen im Grunde ein Ziel: Die Rechte und Ansprüche des Klosters an seinen Besitzungen sollten mit der Sicherung von Beweismitteln gewahrt werden. Die Forderung nach dem Kanal in den Keller bildet dabei nur einen, wenn auch den ausgefallensten Baustein für das angestrebte Sicherheitskonzept. Eine hervorragende Stellung nahmen die von Kaiser und Papst verliehenen Urkunden ein und mussten besonders geschützt werden. Die

---

<sup>791</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 50, S. 231.

<sup>792</sup> Zit. nach: Ebd., Abs. 46, S. 228.

<sup>793</sup> Clanchy, Michel: From Memory to Written Record, S. 156.

<sup>794</sup> Zit. nach: Archivverordnung 1773, Abs. 49, S. 230.

nach hierarchischen Gesichtspunkten organisierte Aufbewahrung des Archivgutes wurde, v.a. in den staatlichen Archiven der Neuzeit, zunehmend durch eine «[...] gleichwertige Nebeneinanderstellung der einzelnen Gruppen [...]»<sup>795</sup> abgelöst. Im Kloster Einsiedeln jedoch, wie überhaupt im klösterlichen Bereich, stellten die Archivalien oftmals das einzige Mittel zur aktiven und von staatlicher Hilfe unabhängigen Verteidigung gegen aussen dar. Die als besonders wichtig erachteten Stücke wurden deshalb mit besonderer Vorsicht behandelt und aufbewahrt. In die gleiche Richtung zielte der Wunsch nach einem Kopial-Archiv.

Im Gegensatz zu den bereits vorhandenen schriftlichen Unterlagen, mussten die Pläne und Karten der Besitzungen als neue Archivdokumente erst hergestellt werden. Die Vermessungstechnik hatte im 18. Jahrhundert ein Niveau erreicht, welches die Herstellung von ziemlich genauen, massstabgetreuen Landkarten und Plänen ermöglichte. Die Kartographie erlebte in diesem Jahrhundert ganz allgemein einen bedeutenden Aufschwung. Für die Klöster waren die neu entstandenen Möglichkeiten vor allem deshalb interessant, weil sie dadurch in den Besitz von massstabgetreuen Grenz- und Gemarkungskarten gelangen konnten, die im Fall von Streitigkeiten auch als Beweismittel ihren Wert hatten.<sup>796</sup> Die Kartenwerke der Kartause Ittingen wie auch der Wunsch nach solchen Werken in Einsiedeln, sind Ausdruck dieser allgemeinen Entwicklung.

## 7.4 Das Archivpersonal

Die gute Ordnung im Archiv und die Sicherheit der Archivalien sollte im Stift Einsiedeln ab dem Jahr 1773 durch die Umsetzung der oben dargestellten Archivverordnung gewährleistet werden. Damit die Verordnung die angestrebte Wirkung entfalten konnte, musste das Archivpersonal diese bei all seinen Tätigkeiten als Reglement konsequent anwenden. Die grundlegenden Aufgaben von Archivarinnen und Archivaren bilden das Erfassen von Archivgut, dessen Bewertung, die Entfernung der wertlosen sowie die Verzeichnung und geordnete Aufbewahrung der archivwürdigen Dokumente.<sup>797</sup> Wer im Archiv arbeitet, muss darum gewisse persönliche und fachliche Voraussetzungen erfüllen, um gewinnbringend wirken zu können. Im Gegensatz zu heute, wurden im 17. und eingeschränkt auch noch im 18.

---

<sup>795</sup> Zit. nach: Gössi, Anton: Archivordnungen und Kanzleiregistraturen in Luzern, S. 12.

<sup>796</sup> Franz, Eckhart G.: Einführung in die Archivkunde, fünfte, aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999 (1. Auflage 1974), hier: S. 60.

<sup>797</sup> Booms, Hans: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung, S. 3.

Jahrhundert die Archive sowohl weltlicher als auch kirchlicher Institutionen oft von Juristen betreut.<sup>798</sup> Abt Placidus Reimann kann als exemplarischer Vertreter dieser Archivarengeneration gelten. Er war juristisch gebildet, versah sein Amt hingebungsvoll, mit Fleiss und Akribie und verfolgte mit seinem Tun als oberstes, wenn nicht gar einziges Ziel die Wahrung der Rechte des Klosters. Diese fachlichen Qualitäten waren auch gegen Ende des 18. Jahrhunderts durchaus noch gefragt. «Man will nicht sagen das der archivist ein förmlicher rechtsgelehrter seyn müsse wohl aber das er einen eindringlichen und zulänglichen begriff von den übungen, gewohnheiten, rechtsamten des orts und des lands haben müsse.»<sup>799</sup> Das Stiftsarchiv hatte seine Funktion als Herrschaftsinstrument noch nicht verloren, die Notwendigkeit der unmittelbar nach aussen gerichteten Verteidigung war aber nicht mehr ganz so akut, wie sie es noch zu den Zeiten des Dreissigjährigen Krieges gewesen war. Auf eidgenössischem Gebiet waren die religiös motivierten Konflikte nach dem Zweiten Villmerger Krieg im Jahr 1712 zum Erliegen gekommen. Die Zeit zwischen 1712 und 1798 bildete deshalb in der gesamten Eidgenossenschaft eine eher ruhige Phase,<sup>800</sup> in der sich die Patres die lange dauernde Auseinandersetzung um das Archiv, aber auch die Entwicklung und die Pflege eines historischen Interesses leisten konnten.

Neben fachlichen Qualifikationen, musste ein angehender Archivar besondere charakterliche Eigenschaften mitbringen. Dazu gehörten ein beträchtliches Mass an Geduld und Ausdauer sowie Bescheidenheit. Denn obwohl das Archiv in der Arbeitsvorschrift für den Archivar als «[...] totius monasterii medulla et praecipuum thesaurum [...]»<sup>801</sup> bezeichnet wird, scheint der Archivarbeit selbst jeglicher Glanz und damit auch die gesellschaftliche Anerkennung gemangelt zu haben. Marian Müller nannte sie «[...] die an sich so mager, trocken und verdriessliche archivsarbeit, [der] nichts glänzendes, nichts dem menschlichen auge gross scheinendes [...]»<sup>802</sup> anhaftete. Er führte diese Bewertung auf den Umstand zurück, dass Archivare ihre Arbeit einerseits verborgen vor der Öffentlichkeit verrichteten und andererseits die unter grossen Mühen erzielten Ergebnisse für die Allgemeinheit kaum sichtbar

---

<sup>798</sup> Franz, Eckhart G.: *Archivkunde*, S. 73.

<sup>799</sup> Zit. nach: *Archivverordnung 1773*, Abs. 16, S. 208.

<sup>800</sup> Peyer, Hans Conrad: *Verfassungsgeschichte*, S. 100.

<sup>801</sup> Zit. nach: *Instructio pro P. Archivista vel Archivario*, in: *Instructiones Speciales pro Officialibus nostri Monasterii*, § 7, StAE, Sig. A. EC 14, hier: *Praefatio*.

<sup>802</sup> Zit. nach: *Archivverordnung 1773*, Abs. 51, S. 233.

sein.<sup>803</sup> Das lässt sich kaum bestreiten. Allerdings scheint die Klage über die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz des Berufs ein konstitutives Element für den Berufsstand zu sein, ebenso, wie die aus Einsiedeln oft gehörte und in der Literatur wiederholt auftauchende Klage über die im Archiv herrschende Unordnung. So berichtete z.B. der Archivar des Geheimen Staats- und Cabinets-Archivs zu Berlin, Christoph Schönbeck, das Archiv habe sich bei seinem Amtsantritt im Jahr 1640 «in einer exquisiten Unordnung»<sup>804</sup> befunden. An anderer Stelle bemerkte Raumer zum selben Thema: «Das Amt [des Archivars] gehörte damals nicht zu den erfreulichen. Das Archiv war in Unordnung, fast alles unrichtig [...] und Schönbeck mag wohl recht haben, dass ihm bei dessen Übernahme all seine Bekannten condoliert hätten, es sei gleichsam ein perpetuus carcer ohne Gage und spes fortunae.»<sup>805</sup> Schönbecks Vorgänger hatte diese Befindlichkeit sogar soweit verinnerlicht, dass er sie in einem Vierzeiler verarbeitete:

«Wer nicht will Noth und Kummer leiden,  
wer Taubheit will im Alter meiden,  
wer will behalten sein Gesicht,  
der werde Registrator nicht.»<sup>806</sup>

Eine ebenso oft geforderte wie unabdingbare Tugend der Archivare bildete die Verschwiegenheit.<sup>807</sup> Denn Archivare und ihre Gehilfen hatten bei ihrer Tätigkeit Einblick in viele sensible Bereiche ihres Archivsprengels. Auch im Kloster Einsiedeln liefen die Informationen über alle in irgend einer Form schriftlich festgehaltenen Handlungen schliesslich im Archiv zusammen und folgerichtig wurden sowohl der Archivar in der für ihn bestimmten Instruktion, wie auch der Archivschreiber in der Bestallung<sup>808</sup> auf die Schweigepflicht aufmerksam gemacht. Für den Archivar lautet diese Passage unter Absatz sieben wie folgt: «Denique necesse est, ut pater archivista de omnibus, quae legit, vel in consiliis aut aliis locis audivit, exactissimum

---

<sup>803</sup> Archivverordnung 1773, Abs. 51, S. 231ff.

<sup>804</sup> Zit. nach: Raumer, Georg Wilhelm: Geschichte des Geheimen Staats- und Cabinets-Archivs zu Berlin bis zum Jahre 1820, hg. v. Eckhart Henning, in: Archivalische Zeitschrift, Bd. 72, (1976), S. 30-75., hier: S. 44.

<sup>805</sup> Ebd., S. 42.

<sup>806</sup> Zit. nach: Ebd., S. 52.

<sup>807</sup> Ottnad, Bernd: Das Berufsbild des Archivars vom 16. Jh. bis zur Gegenwart, in: Richter, Gregor (Hg.): Aus der Arbeit des Archivars, Festschrift für Eberhard Gönner, Stuttgart 1986, (Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 44), S. 1-22, hier: S. 4.

<sup>808</sup> Instruction für den Archiv-Scribenten Wolfgang Dietelin, 1756, StAE, Sig. A. NO 3.

observet silentium, nec ullibi quicquam pandat aut evulget, nisi in loco ordinato, et quantum ab ipso exigitur.»<sup>809</sup> Zudem sollte der Archivar seine Aufgabe mit ganzem Eifer, mit Entschlossenheit und Vorsicht wahrnehmen.

Die Tätigkeitsfelder der Archivarinnen und Archivare können mit den Schlagworten Erfassen, Bewerten, Verzeichnen und Erhalten umschrieben werden. Die meisten der in der Instruktion für den Stiftsarchivar beschriebenen Tätigkeiten lassen sich diesen Kategorien zuordnen, sind jedoch wesentlich konkreter formuliert. So sollte der Archivar mit Eifer darauf bedacht sein, in den Besitz möglichst aller nicht mehr für das Tagesgeschäft benötigter Dokumente zu kommen.<sup>810</sup> Auf dem Amtsinhaber lastete demnach eine eigentliche Holschuld, die ihn zur Beschaffung des Archivmaterials verpflichtete. Daneben war eine profunde Bestandeskenntnis erforderlich, damit bei Bedarf möglichst unmittelbar Auskunft geben werden konnte, ob zu einem anstehenden Geschäft relevante Unterlagen im Archiv vorhanden waren. Die Kenntnis möglichst aller Rechte und Ansprüche des Klosters ermöglichten es daneben, die Handlungen der Oberen des Klosters beratend zu begleiten. «Quodsi inaudierit, ab officialibus contra privilegia, iura, pacta, transactiones monasterii committi, permitti vel omitti, tunc modeste tales admonet, vel secundum exigentiam melius informet aut si opus sit, abbatem certiores reddat, ut cum maiori efficacia errata corrigantur.»<sup>811</sup> Der Stiftsarchivar hatte einen besonders verantwortungsvollen Posten, da er nicht nur die juristisch relevanten Dokumente der Abtei aufbewahrte und verwaltete, sondern auch darüber zu wachen hatte, dass dieses festgehaltene Recht im täglichen Geschäft tatsächlich eingehalten wurde.

Im Übrigen gab es vielfältige Arbeiten im Archiv zu erledigen. Das eingehende Schriftgut musste bewertet, verzeichnet und einer sauberen Aufbewahrung zugeführt werden.<sup>812</sup> Unterlagen mussten ausgeliehen werden, wenn sie aus irgendeinem Grund wieder gebraucht wurden. Einsicht durfte dabei nur erhalten, wer vorgängig die Erlaubnis des Abtes eingeholt hatte. «Der archivist soll ein jedes document welches aus dem archiv getragen wird in seinem handbüchlein fleissig aufzeichnen und wem er es gegeben anmerken damit er wisse von wem man es bey erheischenden umständen zurückfordern müsse.»<sup>813</sup> In der Regel sollten

---

<sup>809</sup> Zit. nach: Instructio pro P. Archivista vel Archivario, Abs. 7.

<sup>810</sup> Ebd., Abs. 3.

<sup>811</sup> Zit. nach: Ebd., Abs. 6.

<sup>812</sup> Ebd., Abs. 3.

<sup>813</sup> Zit. nach Archivverordnung 1773, Abs. 51, S. 231.



ausgeliehene Dokumente nach Gebrauch umgehend wieder an den für sie bestimmten Ort im Archiv zurückgelegt werden.<sup>814</sup> Die Sorge um die Sicherheit der Archivalien stellte die Hauptaufgabe des Archivars dar, jedenfalls nehmen die Anweisungen zu diesem Bereich in der Instruktion den grössten Raum ein. So durften ohne die Erlaubnis des Abtes keine Dokumente weggeworfen werden. Bei einer jährlich stattfindenden Revision sollte der Zustand des gesamten Archivs überprüft und allenfalls festgestellte Mängel behoben werden.<sup>815</sup> Bei drohender Gefahr musste sich der Pater Archivar um sein Archiv kümmern und alles Notwendige veranlassen, damit die Bestände als Ganzes erhalten bleiben konnten. Vor allem sollte er in Notsituationen die Archivkisten so vorbereiten, dass sie bei Bedarf sicher weggebracht werden konnten.<sup>816</sup> Das Archiv war von Staub und Ungeziefer freizuhalten, damit die Dokumente nicht dem Mottenfrass zum Opfer fielen.<sup>817</sup>

Die Archivschreiber waren dem Archivar unterstellt. Die im Stiftsarchiv vorhandene Bestallung ist auf den Namen Wolfgang Dietelin ausgestellt. Dietelin stammte aus Frauenfeld und wurde am 8. März 1756 im Kloster angestellt. Seine Lebensdaten und die Dauer seiner Anstellung lassen sich nicht genau bestimmen. Sicher stand er aber im Jahr 1780 noch immer im Dienst des Klosters. Unter der Leitung P. Lucas von der Weids arbeitete Dietelin im Archiv und verfasste die meisten Summarien zu der neuen Ordnung. Als bezahlter Angestellter genoss er neben 20 Kronen Jahresgehalt freie Unterkunft und Verpflegung im Kloster. Sein Arbeitstag begann morgens um sechs Uhr und dauerte, mit einer Stunde Unterbruch für das Mittagessen, bis zum Abendtisch. In dieser Zeit hatte er die ihm übertragenen Arbeiten ordentlich und fleissig zu erledigen. Damit er seine Arbeit bereits so früh am Morgen aufnehmen konnte, war er im Besitz eines Archivschlüssels. Strengstens verboten war es ihm, anderen Personen Einlass in die Archivräumlichkeiten zu gewähren. Unter keinen Umständen durfte er Schriftstücke aus dem Archiv heraustragen und musste überhaupt über Archivangelegenheiten absolutes Stillschweigen bewahren. An Sonn- und Feiertagen hatte er frei. Es bestand jedoch die Erwartung, dass er an diesen Tagen den Gottesdiensten beiwohnte und sich in der verbleibenden Freizeit im Schreiben übte. Natürlich erwartete der Konvent von

---

<sup>814</sup> Instructio pro P. Archivista vel Archivario, Abs. 2.

<sup>815</sup> Ebd., Abs. 4.

<sup>816</sup> Ebd., Abs. 1.

<sup>817</sup> Ebd., Abs. 3.

ihm im Ganzen einen gottgefälligen Lebenswandel. So sollte er jeden Morgen, vor Beginn der Arbeit, eine Messe anhören und sich obendrein gegen alle Patres und Fratres respektvoll betragen wie auch sonst zu jedermann höflich sein.<sup>818</sup>

Aus dem konkreten Alltag der Archivschreiber lässt sich aus den Quellen beinahe nichts erfahren. Einzig zu einem gewissen Leopold Spinnler sind wenige über den Inhalt der Bestallung hinausführende Nachrichten vorhanden: P. Michael Schlageter berichtete unter dem 20. März 1747, Leopold Spinnler aus Schwaben, der im Kloster als Registrator und Kammerdiener angestellt war, sei im Alter von 52 Jahren verstorben. Laut Schlageter hatte dieser bereits unter Abt Thomas Schenklin (1714-1734) gedient und sich besonders als Archivschreiber grosse Verdienste erworben. Zu Grabe getragen wurde Spinnler von den Kanzleischreibern und den Barbieren. Bei der Beerdigung waren verschiedene Patres und Fratres als Vertreter des Klosters anwesend.<sup>819</sup>

Bei all dem gilt es zu beachten, dass Bestallungen einen stark normativen Quellentypus darstellen. Die aufgeführten Bestimmungen dürften wohl nicht in jedem Fall ganz buchstabengetreu umgesetzt worden sein. Vor allem die Vorschriften für die Schreiber muten spartanisch an, indem sie ein ausschliesslich auf Arbeit und Spiritualität ausgerichtetes Leben beschreiben. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung, gewähren die Arbeitsvorschriften jedoch einen wertvollen Einblick in die Tätigkeit des Archivpersonals.

## **7.5. Ausblick: Das Stiftsarchiv zur Zeit der Helvetischen Republik**

Nach einer lange dauernden Auseinandersetzung wurde für das Stift Einsiedeln schliesslich eine neue Archivvorschrift gefunden. Wie die Datierungen der Summariumbände zeigen, scheinen die Arbeiten im Archiv vor allem in den 70er-Jahren des 18. Jahrhunderts zügig vorangekommen zu sein. Noch vor dem endgültigen Abschluss des Projektes, wurde das Kloster und mit ihm auch das Archiv, durch die auf das Gebiet der Schweiz übergreifenden Revolution, jedoch in seinen Grundfesten erschüttert. Am 5. Mai 1798 marschierten französische Truppen in Einsiedeln ein und plünderten und verwüsteten das Kloster.<sup>820</sup> Die meisten Patres

---

<sup>818</sup> Dieser ganze Abschnitt stützt sich auf: Instruction für den Archiv-Scribenten Wolfgang Dietelin, 1756.

<sup>819</sup> Diarium Schlageter, StAE, Sig. A. HB 19/2 (Jahr 1747), Kopie, S. 50.

<sup>820</sup> Flüeler, P. Norbert: Stiftsarchiv, S. 177.

und Fratres hatten das Kloster bis zum 2. Mai bereits in Richtung St. Gerold verlassen.<sup>821</sup> Mit der Plünderung sollte der Konvent vorgeblich für die der Gemeinschaft zur Last gelegten antirevolutionären Haltung bestraft werden. Dass der Abt und der Konvent den Ideen der Revolutionäre aus Frankreich nicht wohl gesinnt waren, steht ausser Zweifel. Immerhin hatten die neue französische Staatsführung und die Verfechter der Helvetischen Republik den Klöstern ihre Existenzberechtigung längst abgesprochen. Das Kloster Einsiedeln arbeitete deshalb auch seit längerem ganz offensichtlich gegen diesen Umsturz. So hatten seit 1794 gegen 2000 Flüchtlinge aus Frankreich im Kloster Aufnahme gefunden und obendrein hatte der Abt den österreichischen Kaiser, den Feind Frankreichs und der Revolution, mit zwei grossen Geldanleihen unterstützt.<sup>822</sup>

Die französischen Truppen und die helvetische Regierung waren vorerst vor allem an den Vermögenswerten des Klosters interessiert. Auch die Bestände des Archivs werden aus diesem Grund seit Beginn der Besatzung von Interesse gewesen sein. Quellen, die dieses Interesse belegen, finden sich ab dem Jahr 1801.<sup>823</sup> In einem Brief vom 12. Februar dieses Jahres berichtete der Regierungsstatthalter des damaligen Kantons Waldstätte an den Finanzminister der helvetischen Regierung, die Einsiedler Archivkisten würden in Zug aufbewahrt. Tatsächlich waren irgendwann vor diesem Datum 56 Feuerkisten<sup>824</sup> des Einsiedler Archivs nach Zug auf den Dachboden des Gemeindehauses Nr. 15 verschleppt worden.<sup>825</sup> Scheinbar hatte der Regierungsstatthalter Truttmann im Archiv nach Plänen des Klosters gesucht, denn noch immer vermutete er verborgene grosse Schätze in geheimen Gewölben der Anlage. Da er sich im Archiv jedoch nicht zurecht fand, schlug er Bernard Eberle als

---

<sup>821</sup> Henggeler, P. Rudolf: Das Stift Einsiedeln und die französische Revolution, S. 80.

<sup>822</sup> Böck, Hanna: Einsiedeln, S. 176.

<sup>823</sup> Flüeler, P. Norbert: Stiftsarchiv, S. 177.

<sup>824</sup> Bis zur jüngst in Angriff genommenen Reorganisation befanden sich 69 Feuerkisten mit je zwei Schubladen in den Räumlichkeiten des Klosterarchivs. Davon tragen 50 Kisten erkennbar das Siegel der Stadt Zug. Keine Siegel tragen die Kisten mit Akten jüngeren Datums (9 Kisten) und die unten aufgeführten Kisten mit wichtigem altem Material, die wahrscheinlich von den Konventualen vor ihrer Flucht beiseite geschafft und im Keller des Stifts eingemauert, später aber dennoch entdeckt wurden. (Vgl. dazu: Flüeler, Norbert: Stiftsarchiv, S. 178):

3 Kisten Spiritualia Einsiedeln A. A-U, A. W-WA, A. XA-LC

1 Kiste Kaiserliche Freiheitsbriefe und Privilegien, A. BI 1-28

1 Kiste A. BI 29-33, A. XI 4 und 9, A. YI 2 Kaiserliche Privilegien (Schublade 1) und Schirmbriefe und A. MI 1-31 Fürstentitel und Regalien (Schublade 2)

3 Kisten Temporalia Einsiedeln Sig: A. YK-FM, A. GN-NM, A. CQ-DR

1 Kiste Temporalia Pfäffikon Sig: B. NG-AH

1 Kiste Temporalia Fahr Sig: D. AA-DB

<sup>825</sup> Verbalprozess über die Obsignatur des unter der Verwaltung und Verantwortlichkeit des Herrn Verwalters Eberle stehenden Archivs des löblichen Klosters Einsiedeln vom 24.9.1802, StIAE, Sig. A. OS 11.

Archivverwalter vor.<sup>826</sup> Eberle hatte vor der Revolution während 16 Jahren als geheimer und öffentlicher Sekretär des Klosters geamtet.<sup>827</sup> Truttmann konnte deshalb annehmen, dieser kenne sich sowohl im Kloster als auch im Archiv bestens aus. Unter dem Datum vom 3. März 1801 findet sich Eberles Ernennungsurkunde, ausgestellt von Regierungsstatthalter Truttmann. Es ist erstaunlich, wie wenig sich diese Urkunde inhaltlich von der aus dem Stift stammenden Bestallung des Archivars unterscheidet. So heisst es z.B. unter Punkt eins der Instruktionen: «Sie werden vor allem andern jene Mittel ergreifen die das Einsiedlersche Archiv vor Fäulnis und Moder, deme es der Unverstand hingab, retten können.»<sup>828</sup> Der Geheimhaltung der Archivalien wurde ebenfalls grosse Bedeutung beigemessen: «Sie werden das Archiv mit der grössten Verheimlichung, ohne alle Begleitung und mit Ausschluss aller Individuen in seine Ordnung bringen. Sie werden die Akten mit strengem Geheimnisse umgeben; ohne meine besondere Hand Erlaubnis werden sie alle Besuche ausschlagen.»<sup>829</sup>

Die französischen Truppen und die helvetische Verwaltung gingen zwar mit dem Eigentum des Stiftes nicht eben respektvoll um. Die Beschaffung von Geldmitteln stand im Vordergrund. Der über das Materielle hinausreichende kulturelle Wert des Stiftsarchivs war Truttmann und seinen Mitstreitern jedoch durchaus bewusst, was z.B. die Anweisungen zur Konservierung des Archivgutes belegen. Archivverwalter Eberle war angehalten ein Tagebuch zu führen, in welches er besondere Entdeckungen eintrug. Von Zeit zu Zeit hätte er dann dem Regierungsstatthalter Bericht über diese Entdeckungen erstatten sollen. Eberle zeigte sich allerdings als wenig fleissiger Archivar und liess das Archiv, wohl nicht zuletzt aus Loyalität gegenüber seinen früheren Arbeitgebern den Klosterangehörigen, mehr oder weniger unberührt. Zudem wechselten die politischen Verhältnisse schnell in jener turbulenten Zeit. Bereits am 15. Dezember 1801 beauftragte Meinrad Suter, Regierungsstatthalter des inzwischen wieder hergestellten Kantons Schwyz, den Kantonsrichter Zay mit der Revision des

---

<sup>826</sup> Brief des Regierungsstatthalters Truttmann an den Finanzminister, 12.2.1801, Zentralarchiv der Helvetischen Republik, 1798-1803, Band 2557, S. 222, Schweizerisches Bundesarchiv, Bern.

<sup>827</sup> Brief von Beat Steinauer, Verwalter der Besitzungen des Klosters, an den Finanzminister, 4.2.1801, Zentralarchiv der Helvetischen Republik, 1798-1803, Band 2557, S. 220, Schweizerisches Bundesarchiv, Bern.

<sup>828</sup> Zit. nach: Ernennungsurkunde für Bernard Eberle zum Verwalter des Einsiedler Stiftsarchivs, 3.3.1801, StAe, Sig. A. OS 1.

<sup>829</sup> Zit. nach: Ebd.

Archivs.<sup>830</sup> Zay wollte das Archiv zu sich nach Arth bringen lassen, was Eberle aber aus Kosten- und Sicherheitsgründen ablehnte und erfolgreich verhinderte.<sup>831</sup> Im November 1801 konnten die Patres wieder nach Einsiedeln zurückkehren; das Archiv blieb vorerst aber in Zug. Am 5. Oktober 1802 wurden die Kisten in Gegenwart von Zeugen an Pater Markus Landtwing zurückgegeben und wieder nach Einsiedeln zurückgebracht.<sup>832</sup>

## 8. Schlusswort

Die Geschehnisse und Entwicklungen in der Kanzlei und im Archiv des Klosters Einsiedeln stehen in engem Zusammenhang mit der vom Kloster beherrschten, verwalteten und genutzten geistlichen Grundherrschaft. Als Stellvertreter der Äbte betätigten sich die Stiftskanzler an vorderster Front in der grundherrschaftlichen Wirtschaft und Politik. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde mehrfach deutlich, dass den Äbten und den Patres das Geschäft der Herrschaftsübung, der Politik und der Verwaltung nur ausnahmsweise wirklich lag. In der Regel empfanden sie diesen Bereich der klösterlichen Pflichten als Belastung. Dies erstaunt nicht, denn nach der Reformation im 16. Jahrhundert, war die Epoche endgültig vergangen, als die Klöster in erster Linie als Versorgungsstätte für den überzähligen adligen Nachwuchs gedient hatten. Das Kloster Einsiedeln öffnete sich breiteren Kreisen und es werden in erster Linie spirituelle Gründe gewesen sein, die einen Mann zum Eintritt in die Gemeinschaft der Pateres und Fratres bewogen. In der klösterlichen Gemeinschaft fielen jedoch immer wieder Einzelne durch ausserordentliche Tatkraft im säkularen Bereich auf. Zu diesen gehörte beispielsweise Abt Placidus Reimann, der sowohl über die nötige juristische Ausbildung, als auch über persönliche Entschlossenheit, Durchsetzungskraft und Führungsstärke verfügte, um Herrschaftsansprüche gegenüber den Untertanen und gegenüber konkurrierender Herrschaftsträger zu behaupten. Die meisten Äbte hielten sich in diesem Bereich jedoch eher zurück. Umso wichtiger war es für das Gedeihen des Klosters, über einen engagierten und einflussreichen Kanzleivorsteher zu verfügen. Deshalb besetzten die Oberen des Klosters im 16. und 17. Jahrhundert die

---

<sup>830</sup> Brief des Regierungsstatthalters des Kantons Schwyz an den Bürger Kantonsrichter Zay, 15.12.1801, StIAE, Sig. A. OS 8.

<sup>831</sup> z. B. Brief des Verwalters des Einsiedler Archivs an Bürger Suter, Regierungsstatthalter des Kantons Schwyz, 20.12.1801, StIAE, Sig. A. OS 9.

<sup>832</sup> Übergabeprotokoll für das Archiv des Klosters Einsiedeln, 5.10.1802, StIAE, Sig. A. OS 11.

Kanzlerstelle vornehmlich mit fachlich gut qualifizierten Auswärtigen oder dann mit Personen aus der eigenen Untertanenschaft und schufen damit ein Gegengewicht zum im Verhältnis mächtigen Land Schwyz. In dieser Zeit stammten die Kanzler aus Zug, Glarus, Unterwalden oder dann aus Einsiedeln oder der Landschaft March. Kanzler aus den ebenfalls nahe liegenden katholischen Ständen Luzern und Uri fehlen dagegen ganz. Die Gründe, die zu dieser selektiven Rekrutierung führten, lassen sich nur erahnen. Während das Kloster im Fall von Luzern wohl vermeiden wollte, sich mit der vergleichsweise mächtigen und zentralistisch agierenden Stadt einzulassen, lässt sich die Absenz der Urner eigentlich nur damit erklären, dass das vergleichsweise kleine Land Uri die wenigen Personen, die über die notwendige Ausbildung verfügten, für eigene Zwecke benötigte, beispielsweise für die Verwaltung der eigenen Untertanengebiete südlich des Gotthard.

Im 18. Jahrhundert gelang es Schwyz immer besser, seine landsherrschaftlichen Ansprüche durchzusetzen und damit seinen Einfluss in Einsiedeln geltend zu machen. Ab 1710 rekrutierte das Kloster die Kanzler deshalb ausschliesslich noch aus den Kreisen des Schwyzer Patriziats. Dies geschah keineswegs vollständig freiwillig, sondern zeigte sich im Falle einer Vakanz regelmässig als einzig gangbarer Weg, wollte man nicht den immer mächtiger und einflussreicher werdenden Verbündeten verlieren. Damit geriet ein für das Kloster bedeutsames und in der Eidgenossenschaft angesehenes Amt zunehmend unter die Kontrolle der Schwyzer Oberschicht, indem es entweder von ambitionierten Vertretern dieser Oberschicht auf ihrem Weg zu Ansehen und Reichtum als sehr gut bezahlte Stelle besetzt wurde oder, wie im Fall von Felix Ludwig Weber geschehen, im Anschluss an eine politische Karriere als einträgliche Alterspfründe übernommen wurde. Es darf jedoch bei allen Vorbehalten gegenüber dem Gebaren der damaligen Schwyzer Obrigkeit nicht vergessen werden, dass das Kloster unter dem Strich von der Zusammenarbeit mit dem ungeliebten Partner profitierte. Das Handeln und Versagen einzelner Schwyzer Paradiesvögel auf der Kanzlerstelle darf in diesem Zusammenhang nicht überbewertet werden. Mit Schwyz verfügte das Kloster über einen sowohl geografisch als auch religiös-ideologisch nahe stehenden Verbündeten. Und tatsächlich stand Schwyz zum Kloster, wenn es notwendig war, und schützte sowohl die religiösen Entfaltungsmöglichkeiten als auch die Handlungsfähigkeit im Bereich der Herrschaft. Den Preis für diese Unterstützung bezahlte das Kloster in Form personeller und politischer Verflechtung mit Schwyz.

Trotz allen standesmässigen und regionalpolitischen Vorbehalten, legten die Oberen des Klosters Wert auf eine solide Ausbildung ihres Kanzlers. Grundsätzlich standen dabei einem Anwärter verschiedene Zugangsmöglichkeiten zum Amt offen. Nur ausnahmsweise verfügten die Kanzler über eine universitäre Ausbildung und es lässt sich auch keine Akademisierung des Amtes im Laufe der Zeit feststellen, wie es etwa im Bereich der Stadtkanzleien im gleichen Zeitraum offensichtlich zu Tage tritt. Anstelle eines universitären Abschlusses stand in Einsiedeln praktische Erfahrung im Vordergrund, im Idealfall auf einer Klosterkanzlei oder dann im Bereich anderer herrschaftlicher Verwaltung. Eine angemessene gesellschaftliche Stellung der Bewerber konnte dabei quasi stillschweigend vorausgesetzt werden, da es überhaupt nur den sozial höher gestellten Schichten möglich war, einen entsprechenden Bildungsstand zu erreichen. Für die Auswahl eines Kanzlers aus den Schwyzer Bewerbern war zusätzlich die jeweils herrschende politische Wetterlage in Schwyz massgebend. Entscheidend waren dabei in erster Linie die Kräfteverhältnisse zwischen den führenden Familien, die wesentlich darüber entschieden, ob im Kloster ein Bewerber aus der einen oder der anderen Familie berücksichtigt wurde.

Für die Stiftskanzlei Einsiedeln und damit auch für die klösterliche Grundherrschaft, lassen sich in den hier betrachteten drei Jahrhunderten kaum aussergewöhnliche, unzeitgemässe Ereignisse oder Entwicklungen feststellen. Die Kanzlei funktionierte im Rahmen und auf einem Niveau, wie es für jene Zeit erwartet werden kann. Eine nähere Betrachtung der damaligen Kanzleien der eidgenössischen Länderorte würde wohl einen ähnlichen Organisationsstand zu Tage fördern. Die Auseinandersetzung mit Schwyz um die Steuerpflicht des Klosters in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts kann dabei noch am ehesten als singuläres Ereignis gelten und steht in Zusammenhang mit den Schwyzer Bemühungen um die Ausdehnung der Landesherrschaft. Die Erhebung der Untertanen in den 1760er-Jahren scheint dagegen eine allgemeine Erscheinung im eidgenössischen Gebiet dargestellt zu haben, die mehr mit den geltenden Herrschaftsverhältnissen und den damit verbundenen sozialen Spannungen, als mit spezifischen Einsiedler Entwicklungen in Zusammenhang standen. Die mehr oder weniger konstant schwelende Auflehnung der Waldeute gegen das Kanzleirecht des Klosters richtete sich dagegen nicht grundsätzlich gegen das geltende Herrschaftssystem. Vielmehr versuchten die Einsiedler Bauern und Krämer aus

ihrem Verhalten wirtschaftliche Vorteile zu ziehen, dies im vollen Bewusstsein, dass sie damit im Prinzip geltendes Recht verletzten. Begünstigt wurde ihr Verhalten einerseits durch die im Allgemeinen noch wenig gefestigte herrschaftliche Durchdringung und Kontrolle und andererseits durch die speziellen Voraussetzungen, die ein geistliches Fürstentum bot, indem der Abt über keinerlei eigene Gewaltmittel verfügte, mit denen er herrschaftliche Ansprüche direkt hätte durchsetzen können. Die Abhängigkeit von Schwyz in dieser Beziehung, öffnete der Entstehung von komplexen und ineffizienten Abläufen in der Herrschaftsübung Tür und Tor und begünstigte damit das subversive Verhalten der Untertanen, da zwischen Schwyz und dem Kloster eben zu keiner Zeit blosser interessensloser Zuneigung herrschte.

Aus diesem Grund war das Kloster in hohem Mass auf die konstruktive Mitarbeit seiner Untertanen angewiesen, damit es die Verfügungsgewalt in seinem Bereich behaupten und selbst wirtschaftlich überleben konnte. Tatsächlich funktionierte die kooperative Herrschaftsausübung in Einsiedeln im betrachteten Zeitraum, mit Ausnahme der Unruhen in den 1760er-Jahren, gut. Es versteht sich von selbst, dass die Organisation und das Funktionieren der Herrschaft einschliesslich aller Satelliten laufend neu ausgehandelt werden musste. Nur so konnte sich die Koexistenz von Herrschenden und Untertanen zum Vorteil beider Seiten entwickeln. Schliesslich funktioniert Politik auch unter den veränderten Voraussetzungen von heute noch auf dieselbe Weise. Ohne das Bild einer paradiesischen direktdemokratischen Vergangenheit beschwören zu wollen, kann festgestellt werden, dass die Einsiedler Jahrgerichtsversammlungen im weitesten Sinn den Charakter heutiger Gemeindeversammlungen zeigten. Das Mitbestimmungsrecht der Untertanen war jedoch erheblich eingeschränkt und die hierarchische Struktur der Herrschaft wurde gerade an Jahrgerichtstagen bewusst inszeniert. Für den Grossteil der Sachgeschäfte strebte man jedoch kooperative Lösungen an.

Zwischen der Kanzlei und dem Archiv kam es weder organisatorisch noch im Rahmen des Tagesgeschäfts im grösseren Ausmass zur Zusammenarbeit. Vielmehr funktionierten sowohl die Kanzlei als auch das Archiv relativ autonom, was doch erstaunt. Als Erklärung bietet sich als wahrscheinlichster Grund die diametral verschiedene Orientierung der beiden Institutionen an. Die Kanzlei war der Domäne der Welt, der Wirtschaft und der Politik zugeordnet, während sich das Archiv, das



sich räumlich im Bereich der klösterlichen Klausur befand und damit per Definition von aussen unzugänglich war, unter der Kontrolle der monastischen Gemeinschaft stand und ganz in deren Domäne gehörte.

Über den Zustand und die Entwicklung des Einsiedler Stiftsarchivs ist für die Zeit vor 1630 nur wenig bekannt. Fest steht, dass sich die Ordnung zur Aufbewahrung der Urkunden und Akten schon früh an der Ämterorganisation der Grundherrschaft orientierte. Eine erste Reorganisation zumindest des Urkundenbestandes lässt sich, ohne dass Details erkennbar werden, anhand unterschiedlicher Signatureintragungen im Burkardenbuch feststellen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit fand diese erste Neuordnung im 15. Jahrhundert statt. Ganz anders präsentiert sich die Quellenlage für die Zeit nach 1630. Der Steuerstreit mit Schwyz, der sich unter Abt Placidus Reimann (1629-1670) entfachte sowie die sehr gut dokumentierten Anstrengungen zu einer Reorganisation der Bestände im Laufe des 18. Jahrhunderts, gewähren einen detaillierten Einblick ins Stiftsarchiv dieser Zeit. Dabei bestätigen sich viele der in der einschlägigen Forschung beobachteten Entwicklungstendenzen. Als auffälligstes Beispiel ist dabei die Ablösung des idealtopographischen Ordnungssystems durch das stärker abstrahierende territoriale Pertinenzprinzip zu nennen. Gleichzeitig wird deutlich, wie individuell die Entwicklung hin zu diesem neuen Ordnungsprinzip im Einzelfall verlaufen konnte. Wie das Beispiel der Kartause Ittingen zeigt, waren zudem die Ergebnisse ebenfalls stark auf die individuellen Bedürfnisse der archivführenden Institution zugeschnitten und mit anderen kaum kompatibel. Als oberstes Ordnungsprinzip blieb die Ämterverfassung unangetastet und dies mit gutem Grund, denn tatsächlich drängte sich dieses System für Klosterarchive besonders auf, da damit die in der Realität existierenden Besitzinseln im Archiv am anschaulichsten abgebildet werden konnten und somit der Vorstellung von Herrschaftsorganisation, wie sie damals in den Köpfen der Menschen vorhanden war, am besten entsprach.

Die vorliegende Untersuchung bestätigt die Regel, wonach Neuordnungen von Archiven meistens als Reaktion auf äusseren Druck zustande kommen. So reagierte Abt Placidus Reimann mit der von ihm initiierten Reorganisation auf den Konflikt mit der Schwyzer Obrigkeit um die Steuerhoheit und um die Gerichtsbarkeit. Dem politischen Druck, den Schwyz gegen das Kloster erzeugte, konnte der Abt mit keinem anderen Mittel begegnen, als mit den Unterlagen, welche die Rechtmässigkeit seiner Ansprüche belegten. Dazu war es nötig, dass die

einschlägigen Urkunden und Stiftungsbriefe einfach zugänglich und verfügbar waren. Abt Placidus verfolgte mit seinem Tun ein kurzfristiges Ziel. Sein Ordnungssystem sollte die vorhandenen Archivbestände in eine überblickbare Ordnung bringen. Die Verarbeitung von Neuzugängen war gar nicht vorgesehen, denn die eigentlich angestrebten Produkte stellten die *Documenta Archivii Einsidlensis* und die *Libertas Einsidlensis* dar. Die neue Ordnung im Archiv resultierte dabei höchstens als willkommenes Nebenprodukt.

Die Archivreorganisation des 18. Jahrhunderts dagegen kam auf Druck von innen zustande, weil die Unordnung im Archiv so gross geworden war, dass es seinen Zweck als juristisches Arsenal des Klosters nicht mehr erfüllen konnte. Denn auch nach 1730 bildete die Herrschaftssicherung den grundlegenden Zweck des Stiftsarchivs. Da jedoch kein unmittelbarer Druck von aussen bestand, liessen sich die Mönche bei der Findung des idealen Systems sowie bei der anschliessenden Umsetzung entsprechend viel Zeit. Der Druck auf die kirchlichen Institutionen hatte nach dem Dreissigjährigen Krieg stark nachgelassen, entsprechend trat der tägliche Kampf um möglichst grosse Autonomie zunehmend in den Hintergrund. Der Konvent konnte sich wieder vermehrt der Nutzung und Verwaltung seines Grundbesitzes zuwenden, was einerseits zu einer starken Vermehrung des Archivgutes führte, das andererseits aus den genannten Gründen nicht mehr in einer guten Ordnung aufbewahrt werden konnten. P. Lucas von der Weid, P. Bonaventura Müller und die übrigen Interessierten rangen um ein möglichst nachhaltiges System und stellten sich explizit gegen eine in aller Eile hingeworfene Ordnung. Das am Ende umgesetzte System entsprach den gestellten Anforderungen dann weitgehend. Die dreiteilige Signatur, bestehend aus Amtsbuchstabe, Faszikelbuchstabe und Individualzahl, bildete dabei die drei grundlegenden Hierarchieebenen der Ordnung in eleganter und leicht nachvollziehbarer Weise ab und eignete sich, wie sich dann ab 1773 zeigte, für die effiziente Verwaltung der verstreuten Herrschaftsteile in idealer Weise. Als Ganzes betrachtet, besticht die Archivordnung von 1773 durch ihre Einfachheit und Stringenz. Auch wenn sie in einem sehr persönlich gefärbten, oft irrational ablaufenden Prozess zustande kam, spiegelt sie den im Zuge der Aufklärung neu entstandenen Rationalismus. In diesem Zusammenhang ist auch das in dieser Zeit neu zu beobachtende Interesse für die Geschichte zu erwähnen. Nicht zufällig spielten die abhängigen Bauern in der Diskussion um den Wert und die Bedeutung des Archivs jedoch überhaupt keine Rolle. Zwar erfüllten beispielsweise

Huldigungsformeln in der ritualisierten Beziehung zwischen Abt und Bauern eine gewisse Funktion und das wiederholte Verlesen des Kanzleibriefs machte Archivgut auch in dieser vertikalen Beziehung nutzbar. In der Regel musste das Kloster seine Herrschaftsansprüche jedoch nicht gegenüber den Untertanen durchsetzen, sondern horizontal gegenüber anderen Herrschaftsträgern behaupten.

## Anhang A: Kanzlei und Archivgeschichte: Ein Überblick

### A1. Das europäische Kanzleiwesen: Geschichte, Begriffe und Definitionen

Laut Jakob und Wilhelm Grimm bildet der Begriff «Kanzlei» eine Abwandlung des lateinischen *cancelli*, mit dem ursprünglich ein Gitter oder eine Schranke im Gericht bezeichnet wurde. Die Schranke trennte den Richter oder das Richtergremium von den übrigen Verhandlungsteilnehmenden. In späterer Zeit bezeichnet der Begriff ganz allgemein einen abgeschlossenen Raum oder Ort sowie die Schreibstube von Behörden.<sup>833</sup> Diesem Definitionsversuch aus dem 19. Jahrhundert steht eine moderne Variante von Claude Gauvard gegenüber. Demnach vermittelt und konserviert eine Kanzlei Handlungen einer rechtmässig bestehenden Institution in schriftlicher Form. Ihre Legitimation bezieht die Kanzlei aus dem Schriftgut, das sie produziert. Kanzleien sind somit zugleich Orte der Macht und der Erinnerung.<sup>834</sup> Die Gegenüberstellung der beiden Definitionen belegt eindrücklich den veränderten Standpunkt, den die neure Schriftlichkeitsforschung in ihrem Blick auf die herrschaftlichen Kanzleien der Vergangenheit einnimmt. Von Bedeutung ist einerseits die Betonung des Umstandes, dass Kanzleien bis heute mit der Ausgabe von Schriftgut in ihrer Weise Handlungen vollziehen und zweitens ist die Erkenntnis wichtig, dass Kanzleien als Orte der Erinnerung durch das Sammeln von Wissen eine nicht zu unterschätzenden Machtposition erlangen.

Bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts war die Erforschung des Kanzleiwesens in Europa die ausschliessliche Domäne des mit dem Begriff Diplomatie bezeichneten Forschungszweiges.<sup>835</sup> Die Disziplin erlebte im Historismus des 19. Jahrhunderts eine erste Blüte, als die Urkunden der päpstlichen Kanzlei im

---

<sup>833</sup> Deutsches Wörterbuch von Jakob und Wilhelm Grimm, Bd. 11, Sp. 178.

<sup>834</sup> Gauvard, Claude: Conclusion, S. 334.

<sup>835</sup> Die Wurzeln der Diplomatie oder Urkundenlehre reichen ins Mittelalter zurück, als einige Urkundenempfänger anhand praktisch-juristischer Verfahren Kriterien entwickelten, mit deren Hilfe die Echtheit einer Urkunde überprüft werden konnte. Vgl. dazu: Beck, Friedrich und Eckart, Henning (Hgg.): Die archivalischen Quellen, Mit einer Einführung in die Historischen Hilfswissenschaften, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 2003, S. 19f.

Zentrum des Interesses standen.<sup>836</sup> Mit seiner «Urkundenlehre für Deutschland und Italien» setzte Harry Bresslau 1889 einen bis heute gültigen Meilenstein in der Erforschung des Kanzleiwesens der geistlichen und weltlichen Machttträger der Vergangenheit. Sein Werk überzeugt durch einen überwältigenden Detailreichtum. Zuerst in nur einem Band erschienen, erhielt das Buch in dieser Form mehrere Neuauflagen und kam 1968 und 1969 überarbeitet in zwei Bänden neu heraus.<sup>837</sup> Im 20. Jahrhundert entwickelte sich die Diplomatie dann ganz zu einer eigenständigen Disziplin. Ab 1908 erschien die Zeitschrift «Archiv für Urkundenforschung»<sup>838</sup>. Ab 1955 wurde diese nach einem Unterbruch mit dem Titel «Archiv für Diplomatie, Siegelgeschichte, Siegel- und Wappenkunde» fortgesetzt.<sup>839</sup> Bis heute erscheint die Zeitschrift in jährlichem Abstand mit massgebenden Beiträgen zur gesamten Bandbreite des Themas.

Trotz der regen Forschungstätigkeit, rückte die Diplomatie im Lauf der Zeit mehr und mehr aus dem Brennpunkt des Interesses der Geschichtswissenschaft, was u. a. die leicht despektierlich gewählte Bezeichnung als «Historische Hilfswissenschaften» deutlich macht, unter der die genannten Disziplinen gemeinhin zusammengefasst werden. Im 20. Jahrhundert schien die Diplomatie offenbar nicht fähig, eigenständige Ergebnisse zu liefern und fristete deshalb ihr Dasein in einer unpopulären Randstellung als zwar unverzichtbare, aber doch eben blosser Zuhilfenahmerin vornehmlich der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bis Mitte der 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts änderte sich an dieser Konstellation kaum etwas. Zwar erschienen sporadisch interessante Arbeiten, die sich mit Teilaspekten des Kanzleiwesens befassten. Ein wirklicher Aufbruch zu neuen Horizonten ist in den Arbeiten jener Zeit jedoch nicht auszumachen.<sup>840</sup> Mit dem Aufkommen der Schriftlichkeitsforschung Mitte der 1970er-Jahre veränderte sich der Blick auf das

---

<sup>836</sup> Vgl. dazu z.B.: Baumgarten, Paul Maria: Von der apostolischen Kanzlei: Untersuchungen über die päpstlichen Tabellionen und die Vizekanzler der heiligen römischen Kirche im XIII., XIV. und XV. Jahrhundert, Köln 1908 (Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft; Heft 4). Einen Überblick über die Papsturkundenforschung des letzten Jahrhunderts bieten die Beiträge in: Hiestand, Rudolf (Hg.): Hundert Jahre Papsturkundenforschung: Bilanz - Methoden - Perspektiven: Akten eines Kolloquiums zum hundertjährigen Bestehen der Regesta Pontificum Romanorum vom 9.-11. Oktober 1996 in Göttingen, Göttingen 2003, (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philologisch-Historische Klasse, Folge 3, Bd. 261).

<sup>837</sup> Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre.

<sup>838</sup> Archiv für Urkundenforschung, Berlin / Leipzig 1908-1944.

<sup>839</sup> Archiv für Diplomatie, Siegelgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Köln ab 1955.

<sup>840</sup> Vgl. dafür z.B.: Schwarz, Brigitte: Der corrector litterarum apostolicarum: Entwicklung des Korrektorenamtes in der päpstlichen Kanzlei von Innozenz III. bis Martin V., Tübingen 1974, (Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken, Bd. 54).

historische Schriftgut dann grundlegend, was die Forschungstätigkeit im Bereich der Diplomatik jedoch keineswegs reduzierte.

Die Notariatskunst und mit ihr das Kanzleiwesen verbreiteten sich, ausgehend von den norditalienischen Städten, allen voran Bologna, im Laufe des 13. Jahrhunderts über das restliche Europa. Ein gewisser Rainerius Perusinus, Lehrer an der Notariatsschule in Bologna, verfasste um das Jahr 1219 das früheste erhaltene Lehrbuch der Notariatskunst. Im Wesentlichen stellt das Werk eine Kompilation verschiedener älterer Formularbücher dar und war vom Verfasser ausdrücklich zum Gebrauch für die Ausbildung von Notaren bestimmt. Die weitaus einflussreichste Arbeit der Zeit bildete jedoch die 1256 abgeschlossene *Summa artis notariae* des Rolandinus Passagerius. Das als Handbuch angelegte Werk bietet in zehn Kapiteln Vorlagen für unterschiedliches Vertragsschriftgut, für Testamente und Prozessschriftgut. Zudem werden die Vervielfältigung und die Erneuerung von Urkunden sowie die Prüfung von als Fälschung verdächtigter Stücke behandelt. Im Druck erschien das Buch erst 1516, was belegt, dass es noch in der Frühen Neuzeit als Standardwerk im Notariats- und Kanzleiwesen Verwendung fand. Wie Perusinus vor ihm, lehrte und arbeitete auch Passagerius an der Notariatsschule in Bologna und war dort ein führendes Mitglied des Dokorenkollegiums.<sup>841</sup>

### **A1.1 Geistliche Kanzleien**

Die geistlichen Kanzleien bilden die ältesten abendländischen Kanzleien. Die Kanzlei der päpstlichen Kurie weist eine seit der Antike andauernde Kontinuität auf. Im Bereich der Klöster fand die Schrift spätestens seit Beginn des 9. Jahrhunderts Verwendung zur Bewältigung routinemässiger administrativer Angelegenheiten, für die Organisation der klösterlichen Verwaltung sowie für die alltägliche Kommunikation.<sup>842</sup>

### **Die Päpstliche Kanzlei**

An der päpstlichen Kurie trat um das Jahr 1000 zum ersten Mal ein als *cancellarius* bezeichneter Beamter auf, der vorerst in einer vom *bibliothecarius*

---

<sup>841</sup> Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre, Bd. 2, S. 256-258.

<sup>842</sup> Stratmann, Martina: Schriftlichkeit in der Verwaltung von Bistümern und Klöstern, S. 87f.

abhängigen Stellung stand.<sup>843</sup> Zuvor wurden die päpstlichen Kanzleibeamten durchwegs als Notare bezeichnet und waren eng mit dem stadtrömischen Notariat verbunden. Seit der Mitte des 11. Jahrhunderts rekrutierten sich die päpstlichen Kanzler aus der Reihe der Kardinaldiakone oder Priester. Diese kamen mit der eigentlichen Kanzleiarbeit jedoch kaum in Berührung. Die Beurkundungstätigkeit lag hauptsächlich in den Händen der Notare und Skrinare. Seit Beginn des 13. Jahrhunderts stand die päpstliche Kanzlei unter der Leitung eines Vizekanzlers, da das Kanzleramt abgeschafft und nicht wieder installiert worden war. Dem Vizekanzler waren sechs bis sieben päpstliche Notare unterstellt, die jedoch in erster Linie als Legaten oder Abgesandte Verwendung fanden und deshalb oft lange von der Kurie abwesend waren. Vizekanzler und Notare gehörten zur *familia* des Papstes. Innerhalb der Hierarchie folgten sie gleich hinter den Kardinalpriestern, was u. a. in der Sitzordnung bei Tisch an der päpstlichen Tafel zum Ausdruck kam. Die eigentlichen Schreiberarbeiten führten zahlreiche als Skriptoren bezeichnete Hilfskräfte der Vizekanzler aus. Fast alle Mitglieder der Kanzlei waren Kleriker, jedoch mit meist nur niederen Weihen. Als päpstliche Subdiakone unterstanden sie unmittelbar dem Papst.

Im Laufe des 13. Jahrhunderts differenzierte sich die Organisation der päpstlichen Kanzlei zunehmend, bald funktionierte sie in hohem Mass arbeitsteilig. So waren unter zahlreichen anderen Beamten mehrere Abbreviatoren für die Abfassung von Konzepten als Vorlagen für die Herstellung von Urkunden zuständig. Ebenfalls im 13. Jahrhundert wurden in der päpstlichen Kanzlei die ersten Formularbücher angelegt. Darin wurden formal standardisierte Urkundentexte festgehalten, damit diese bei Bedarf zur Herstellung von rechtsgültigen Urkunden abgeschrieben werden konnten. Das päpstliche Registerwesen, d. h. das systematische Festhalten von Abschriften oder Regesten der ausgehenden Urkunden, knüpfte an die Gebräuche der römischen Verwaltung an. Erste Register wurden wahrscheinlich seit der konstantinischen Wende (nach 312) auf Papyrusrollen geführt. Kontinuierliche Register setzen dann mit Papst Innozenz III.

---

<sup>843</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt allgemein: Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre, Bd. 1, S. 184-352; Baumgarten, Paul Maria: Von der apostolischen Kanzlei; Hiestand, Rudolf (Hg.): Hundert Jahre Papsturkundenforschung sowie LexMA, Bd. 5, Sp. 921-925. Eine knapp gehaltene Einführung ins Thema sowie eine umfassende Bibliografie zum Archiv und zur Kanzlei der Päpste bietet: Frenz, Thomas: Papsturkunden des Mittelalters und der Neuzeit, 2., aktualisierte Auflage, Stuttgart 2000, (Historische Grundwissenschaften in Einzeldarstellungen, Bd. 2), (1. Auflage Wiesbaden 1986).

(1198-1211) ein.<sup>844</sup> Ziel der Registerführung war es, eine gewisse Fälschungssicherheit zu gewährleisten. Seit dem 14. Jahrhundert wurde das Schreiberamt am Papsthof als Pfründe verliehen, was bereits für diese Zeit die Einträglichkeit des Amtes belegt.<sup>845</sup>

Im 15. Jahrhundert, nach dem Ende des abendländischen Schismas, verfestigten sich die arbeitsteiligen Abläufe weiter. Wie differenziert das Niveau der Organisation bereits gediehen war, wird bei der Betrachtung des mehrstufigen Prozesses deutlich, der für die Herstellung und Ausgabe von Urkunden eingehalten wurde. Demnach erarbeiteten so genannte Abbreviatoren ein Konzept zu einer Urkunde aufgrund eines schriftlichen Antrags, der Supplik. Auf dieser Grundlage fertigten die Skriptoren die eigentliche Urkunde, welche der Vizekanzler kontrollierte und deren Bullierung durch den Bullator veranlasste. Unmittelbar vor der Auslieferung wurden die Stücke schliesslich in ein Kanzleiregister eingetragen. Im 16. Jahrhundert explodierte dann die Zahl der mit der päpstlichen Kanzlei in irgendeiner Verbindung stehenden Ämter förmlich. So sind um 1500 nicht weniger als 29 verschiedene Ämter nachzuweisen, die in den meisten Fällen ohne tatsächliche Funktion waren und nur dazu dienten, als Ehrenamt an gutbetuchte Zeitgenossen verkauft zu werden.<sup>846</sup> Im Laufe der Frühen Neuzeit entwickelten sich die einzelnen Glieder der päpstlichen Kanzlei zu selbständig agierende Teilbehörden. So separierten sich beispielsweise die Sekretäre in einer als *secretaria apostolica* bezeichneten Teilbehörde, aus welcher sich später das vatikanische Staatssekretariat herausbildete. Bis zum Ende des Ancien Régimes war die päpstliche Kanzlei den vergleichbaren weltlichen Behörden in ihrer Entwicklung immer mindestens einen Schritt voraus. Aufgrund ihres vergleichsweise hohen Standes der Organisation, diente die Institution den weltlichen Behörden in der Regel als Vorbild für die Etablierung einer Kanzlei.

### **Bischöfliche Kanzleien**

Die Kanzlei der römischen Kurie genoss aufgrund ihrer als vorbildlich geltenden Organisation in der gesamten christlichen Welt grosses Ansehen. Aber Rom war weit weg. Aus diesem Grund übten in den Regionen die Kanzleien der

---

<sup>844</sup> Frenz, Thomas: Papsturkunden des Mittelalters, S. 59-60.

<sup>845</sup> Schwarz, Brigitte: Die Organisation kurialer Schreiberkollegien, Von ihrer Entstehung bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts, Tübingen 1972, hier: S. 170.

<sup>846</sup> Frenz, Thomas: Die Kanzlei der Päpste in der Hochrenaissance (1471-1527), Tübingen 1986, S. 199-233.



Bistümer eine viel unmittelbarere Vorbildfunktion auf die Organisation des Kanzleiwesens kleinerer Herrschafts- und Verwaltungseinheiten aus. Die Urkundenproduktion der Bischöfe kann vor dem 12. Jahrhundert allgemein als gering bezeichnet werden und wurde wahrscheinlich von den geistlichen Mitgliedern der jeweiligen Hofkapelle besorgt. Erst im Zuge der Ausbildung der Landesherrschaft entwickelte sich neben der Hofkapelle eine selbständige Kanzlei.<sup>847</sup> Seit dem 13. Jahrhundert sind in allen Deutschen Bistümern Personen belegt, die sich in erster Linie mit dem bischöflichen Urkundenwesen befassten. In den deutschsprachigen Gebieten wurden diese Beamten meist als Notare oder als Protonotare bezeichnet.<sup>848</sup>

Im Fürstbistum Konstanz – dem für das Kloster Einsiedeln zuständigen Bistum – taucht der Begriff Kanzler zum ersten Mal am 21. März 1458 in einer Urkunde auf. 37 Jahre später, 1495, ist der Begriff dann bereits im Kloster Einsiedeln erstmals aktenkundig. Wie überall wurden die Kanzler auch in Konstanz für weit mehr als die bloße Erledigung der Schreibarbeiten verwendet. Zwar standen die Kanzler zur Hauptsache der Kanzlei als Leiter vor, daneben waren sie aber oft als Richter<sup>849</sup> im Einsatz oder erledigten kirchliche, verwaltungsmässige und diplomatische Missionen.<sup>850</sup> Die Leistungen der bischöflichen Kanzleien als Schriftgutproduzenten dürfen dennoch nicht unterschätzt werden. Das von der Kanzlei ausgegebene Schriftgut bildete das Fundament der bischöflichen Verwaltung und stellte eine bedeutende Voraussetzung für das Funktionieren eines Bistums dar.<sup>851</sup>

## A1.2 Weltliche Kanzleien

In der spätrömischen Antike gab es ausserhalb der Kirche keine Kanzleibehörden im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Sinn. Im deutschsprachigen Raum tritt der Begriff *cancellaria* nicht vor dem 12. Jahrhundert in den Quellen auf. Bereits seit dem 4. Jahrhundert ist hingegen die Amtsperson als *cancellarius* belegt, zunächst als Gerichtsdieners, seit dem 9. Jahrhundert auch als

---

<sup>847</sup> Bührer, Andreas: Der Konstanzer Bischof im 14. Jahrhundert, Herrschaftliche, soziale und kommunikative Aspekte, Ostfildern 2005, S. 175.

<sup>848</sup> Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre, Bd. 1, S. 600-603.

<sup>849</sup> Vgl. dazu: Albert, Thomas D.: Der gemeine Mann vor dem geistlichen Richter, Kirchliche Rechtssprechung in den Diözesen Basel, Chur und Konstanz vor der Reformation, Stuttgart 1998, (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 45.) sowie: Gottlob, Theodor: Gerichts- und Kanzleiordnung des Bischofs Marquard von Konstanz aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte, Nr. 44, (1950), S. 198-214.

<sup>850</sup> Ottnad, Bernd: Zur Geschichte des Kanzleramtes, S. 258.

<sup>851</sup> Ebd., S. 253-254.

Schreiber von Urkunden.<sup>852</sup> Von der Amtsbezeichnung leitet sich die Bezeichnung der Amtsstelle als *cancellaria* ab. Seit dem 14. Jahrhundert kommen deutsche Formen wie etwa *cancellie*, *can(t)zli*, *can(e)zley* oder ähnliche vor. Im eidgenössischen Raum wird die Kanzlei oft mit dem Begriff «Schreiberei» bezeichnet. Die Diplomatie benutzt den Begriff Kanzlei bereits für die Zeit vor dem 14. Jahrhundert als Hilfsbegriff und bezeichnet damit denjenigen Personenkreis, dem die Erledigung der bei Gericht, Rechtsetzung und Verwaltung anfallenden Schreibarbeiten oblag. Ursprünglich handelte es sich dabei um eine Gruppe Schreibkundiger, die weder von aussen betrachtet noch aufgrund ihrer Selbstwahrnehmung als fest gefügte Institution erschienen. Im karolingischen Bereich besorgten meistens besonders geschulte geistliche Schreiber die Kanzleiarbeit.

### **Kaiser, Könige, weltliche Fürsten**

Die Kanzlei der deutschen Könige wuchs aus der Hofkapelle heraus und stand unter der Leitung eines seit dem 9. Jahrhundert als *cancellarius* bezeichneten Kapellans. Seit Otto I. (912-973) ist das Amt des Kanzlers am königlichen Hof ständig nachzuweisen. Bezüglich ihrer Organisation orientierte sich die Reichskanzlei an der päpstlichen Kanzlei, um später selber als Vorbild für die Organisation der Kanzleien der deutschen Territorialherren zu dienen.<sup>853</sup> Im Laufe des hohen und späten Mittelalters entwickelten sich die hohen weltlichen Kanzleien allmählich zu zentralen herrschaftlichen Institutionen mit einer hoch entwickelten Organisationsstruktur, deren Aufgabenbereich weit über die blossе Herstellung von Schriftgut und dessen Registrierung hinausreichte. Bereits in der Kanzlei Friedrichs II. soll es in den Jahren 1226 bis 1236 eine gewisse regelhafte Arbeitsteilung zwischen Schreibern und Notaren gegeben haben.<sup>854</sup> Helmut Bansa berichtet von der Kanzlei Kaiser Ludwigs des Bayern aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. In dieser Zeit standen der Hofkanzlei zwei Personen vor: Ein Kanzler und dessen nicht näher bezeichneter Stellvertreter. Die Begriffe *clericus*, *notarius* und *scriber* bezeichneten jedoch mehr als bloss einen Beamten, der mit der Herstellung von Urkunden betraut war. Offenbar wurden mit solchen Titeln alle Helfer und Berater des Königs bezeichnet, welche schreibkundig, des Lateins mächtig und zu geistigen, schriftlichen und

---

<sup>852</sup> LexMA, Bd. 5, Sp. 910.

<sup>853</sup> Deutsches Rechtswörterbuch, Bd. VII, Sp. 1-2.

<sup>854</sup> Gleixner, Sebastian: Sprachrohr kaiserlichen Willens: Die Kanzlei Kaiser Friedrichs II. (1226-1236), Köln 2006, (Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Beiheft 11), S. 488ff.

diplomatischen Tätigkeiten befähigt waren. Anzunehmen ist zudem, dass einige Träger solcher Titel wenig oder gar nichts mit dem Beurkundungsgeschäft zu tun hatten. Wahrscheinlich waren sie in erster Linie als Gesandte oder als Vertreter des Königs an anderen Orten beschäftigt.<sup>855</sup>

Neben ihrer Wirksamkeit für den Aufbau einer funktionierenden Verwaltung, spielten die hohen weltlichen Kanzleien für die Ausbildung einer standardisierten deutschen Schriftsprache eine entscheidende Rolle. Das Grimm'sche Wörterbuch liefert dafür anschauliche Belege. So wird unter anderem Martin Luther in einer seiner Tischreden wie folgt zitiert: «Ich habe keine gewisse, sonderliche, eigene Sprache im Deutschen, sondern gebrauche der gemeinen deutschen Sprache, dass mich beide Ober- und Niederländer verstehen mögen, ich rede nach der sächsischen Canzelei, welcher nachfolgen alle Fürsten und Könige in Deutschland. Alle Reichsstädte, Fürstenhöfe schreiben nach der sächsischen und unsers Fürsten Canzelei, darum ists auch die gemeinste deutsche Sprache.»<sup>856</sup> Im 18. Jahrhundert geriet das Kanzleideutsch dann zunehmend in Verruf, wegen seiner Förmlichkeit und Gestelztheit, in die es im Laufe der Zeit ausgeartet war. Als schönen Beleg dafür führt das Deutsche Wörterbuch ein Kompliment Christian Fürchtegott Gellerts an, welches dieser einem Kanzleibeamten in einem Brief zukommen liess: «Ich sehe es doch wol dass sie über der Sprache der Kanzlei die Sprache der Welt nicht vergessen und in ihren Briefen eben so schön Deutsch schreiben werden, als ob sie niemals mit Acten etwas zu thun gehabt hätten.»<sup>857</sup>

---

<sup>855</sup> Bansa, Helmut: Studien zur Kanzlei Kaiser Ludwigs des Bayern vom Tag der Wahl bis zur Rückkehr aus Italien (1314-1329), Kallmünz 1968, (Münchner Historische Studien, Abteilung geschichtl. Hilfswissenschaften, Bd. 5.), hier: S. 103-104. Zu weitgehend übereinstimmenden Schlüssen kommt Christian Lackner in seiner Studie zur Kanzlei der österreichischen Herzöge im 14. Jahrhundert. Vgl. dazu: Lackner, Christian: Hof und Herrschaft, Rat, Kanzlei und Regierung der österreichischen Herzöge (1365-1406), Wien/München 2002, (Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Ergänzungsband 41); zum abendländischen Kanzleiwesen im 12. und 13. Jahrhundert: Koch, Walter: Praktische Arbeit in den Herrscherkanzleien im späten 12. und im 13. Jahrhundert, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Bd. 41, (1995), S. 239-363; zu den Kanzleien der Machthaber in Frankreich und England im 13. und 14. Jahrhundert vgl. Gauvard, Claude: Conclusion, S. 333-342; zur Entstehung der Verwaltung in England: Peltzer, Jörg: Wissen und Ausbildung frühstaatlicher Strukturen: Der Fall England im Hochmittelalter, in: Collin, Peter und Horstmann, Thomas (Hgg.): Das Wissen des Staates, Geschichte, Theorie und Praxis, Baden-Baden 2004, (Rechtspolitologie, Bd. 17), S. 123-148.

<sup>856</sup> Zit. nach: Deutsches Wörterbuch von Jakob und Wilhelm Grimm, Bd. 11, Sp. 179.

<sup>857</sup> Zit. nach: Ebd.

## Städtische Kanzleien

Das städtische Kanzleiwesen bildet im Bereich der Städtedeforschung mit gutem Grund ein zentrales Thema. Am Übergang zur Frühen Neuzeit bauten vielen Städte eine beachtliche politische Machtposition auf und entwickelten sich zu zentralen Trägerinnen der Kultur. In diesem Prozess spielten die städtischen Kanzleien in verschiedener Hinsicht eine bedeutende Rolle. Einerseits bildeten die Kanzleien die Zentren der städtischen Verwaltungen, indem sie diese nach innen wie nach aussen organisierten, andererseits trugen sie mit ihrer Arbeit, ähnlich wie die Fürstenkanzleien, jedoch begrenzt auf ihr jeweilige Region, zur Entwicklung einer allgemein verständlichen Kanzleisprache und damit ebenfalls zur Standardisierung der Schriftsprache bei.<sup>858</sup> Da sich beispielsweise die Städte Basel, Luzern, Solothurn und Schaffhausen aus geistlichen Niederlassungen entwickelten,<sup>859</sup> bestand an diesen Orten während langer Zeit eine enge Verflechtung zwischen den kirchlichen und den kommunalen Kanzleien, die sich erst im Lauf des 15. Jahrhunderts nach und nach entflocht. Daneben beschäftigten in jener Zeit viele der begüterten Stadtbürger ihre eigenen Privatschreiber. In Basel und Schaffhausen rekrutierten sich die Stadtschreiber noch in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts ausschliesslich aus dem Kreis der bischöflichen Notare. Damit blieb in diesen und anderen Städten über lange Zeit eine enge Verflechtung zwischen den städtischen und den kirchlichen Kanzleien bestehen. Eine Ausnahme bildet in dieser Hinsicht Bern, das bereits im 13. Jahrhundert ausschliesslich Laien in der städtischen Kanzlei beschäftigte. Im Lauf des 15. Jahrhunderts entwickelten sich die Kanzlerstellen in den eidgenössischen Städten dann nach und nach zum Vollamt. Vorher hatte oft ein geistlicher Notar das bloss sporadisch benötigte Schriftgut im Nebenamt gefertigt.<sup>860</sup>

Mit zunehmendem Einfluss der Städte weiteten sich die Aufgaben der städtischen Kanzleien aus, was zu einer schrittweisen Aufstockung des Personals und damit zu einer hierarchischen Differenzierung innerhalb dieses Personals führte. So beschäftigte z.B. die Stadt Luzern seit Beginn des 14. Jahrhunderts einen eigenen Stadtschreiber. In der Folge des Sempacherkrieges 1386 trat dann erstmals ein Unterschreiber an dessen Seite. Seit Beginn des 15. Jahrhunderts kam zusätzlich

---

<sup>858</sup> Henemann, Volker: Stadt, Kanzlei und Kultur: Einführung in das Tagungsthema, in: Suntrup, Rudolf et al. (Hgg.): Stadt, Kanzlei und Kultur im Übergang zur frühen Neuzeit, Frankfurt am Main 2004, (Medieval to early modern culture, Bd. 4), S. IX-XIII, hier: S. XI.

<sup>859</sup> Zur Entwicklung der Luzerner Kanzlei vgl.: Glauser, Fritz: Die Schreiber der Luzerner Kanzlei vor 1798.

<sup>860</sup> Zahnd, Urs Martin: Studium und Kanzlei, S 456-457.

ein Substitut dazu, der zusammen mit seinen beiden Vorgesetzten die Schreibarbeiten für den Luzerner Rat besorgte. Später wurde das Personal mit einem Vogtschreiber, einem Gerichtsschreiber, einem Kriegsratschreiber und einem Registrator verstärkt.<sup>861</sup> Gleich wie ihre Berufsgenossen aus dem kirchlichen Bereich und aus dem Reich, nahmen die Stadtschreiber die verschiedensten Funktionen im Dienste ihrer Arbeitgeber wahr. Zur Hauptsache standen sie natürlich der städtischen Kanzlei vor, betreuten in dieser Funktion die Registratur und legten Stadtbücher für die verschiedenen Bereiche der Verwaltung an. Daneben führten sie die Protokolle bei den Sitzungen des Rats und erledigten dessen Korrespondenz.<sup>862</sup> Sie wirkten als Finanzfachleute und Rechtsberater für die Obrigkeit und traten entweder in diplomatischer Mission ausserhalb oder dann im Innern als offizielle Repräsentanten ihres Gemeinwesens auf.

Wie für alle Schreiber, kamen auch für die Stadtschreiber als Ausbildung in erster Linie juristische Studien in Frage. Beinahe alle Luzerner Stadtschreiber hatten eine Hochschule besucht. Im Anschluss galt es praktische Erfahrung in der Kanzleiarbeit und bei Gericht zu sammeln. Normalerweise besetzt ein Neuling zuerst die Stelle eines Unterschreibers oder Substituten und arbeitete sich dann im Laufe der Zeit bis zur Stadtschreiberstelle hoch. Sehr oft gelang dieser Aufstieg allerdings nicht innerhalb ein und derselben Kanzlei, weil die städtischen Obrigkeiten ihre Schreiber gerne von auswärts rekrutierten, da sie bei Einheimischen eine zu starke gesellschaftliche Verflechtung vermuteten, was zu Loyalitätskonflikten und Vetternwirtschaft führen konnte. Als Sprache war Latein allgegenwärtig. Im eidgenössischen Bereich waren Italienisch und ab Ende des 15. Jahrhunderts, im Zuge der allgemeinen Dominanz Frankreichs in Mitteleuropa, auch Französisch von den Schreibern gefordert.<sup>863</sup>

### **Typologie: Notare, Kanzler, Tabelliones und Scrinare**

Laut dem Deutschen Rechtswörterbuch bezeichnet der Begriff Notar eine Amtsperson, die Willenserklärungen, Rechtsgeschäfte und Gerichtsverhandlungen

---

<sup>861</sup> Glauser, Fritz: Die Schreiber der Luzerner Kanzlei vor 1798, S. 96-102.

<sup>862</sup> Roth, Gunhild: Zwischen Pflicht und Kür: Der Stadtschreiber Peter Eschenloer als Botschafter, Übersetzer und Chronist. Mit drei Anhängen zu Gesandten, Prokuratoren, und Boten des Breslauer Rates, in: Rudolf Suntrup et al. (Hgg.): Stadt, Kanzlei und Kultur im Übergang zur frühen Neuzeit, Frankfurt am Main 2004, (Medieval to early modern culture, Bd. 4), S. 15-46, hier S. 15-16; sowie: Honemann, Volker: Kanzlei, Stadt und Kultur im Leben und Werk des Johann Frauenburg von Görlitz (+ 1495), in: Ebd., S. 71-106, hier: S. 50-52.

<sup>863</sup> Glauser, Fritz: Die Schreiber der Luzerner Kanzlei vor 1798, S. 89; sowie Honemann, Volker: Kanzlei, Stadt und Kultur, S. 48-50.

protokolliert und Vorladungen, Zustellungen, Beglaubigungen sowie Beurkundungen vornimmt. In der Ausbildung der Notare standen ebenfalls juristische Studien im Zentrum.<sup>864</sup> Im heiligen römischen Reich ernannten die deutschen Könige oder Kaiser und der Papst öffentliche Notare. Diesen war es erlaubt, das von ihnen ausgestellte Schriftgut mit dem persönlichen Notariatszeichen zu versehen, was den Urkunden, Kraft kaiserlicher oder päpstlicher Autorität, dieselbe uneingeschränkte Beweiskraft wie den Kaiser- oder Papsturkunden selbst verlieh.<sup>865</sup> Auch Bischöfe, Fürsten, Städte und Universitäten konnten das Notariat verleihen. Das Wirkungsgebiet solcher Notare beschränkte sich in diesen Fällen aber ausschliesslich auf den vom Verleiher kontrollierten Sprengel.<sup>866</sup> Im Gegensatz zu den Kanzlern, die bereits im Hoch- und Spätmittelalter immer eine einflussreiche politische Stellung inne hatten, beschränkte sich das Tätigkeitsfeld der Notare weitgehend auf die Bereiche Urkundenwesen und Gericht, also auf die Herstellung und Beglaubigung von Verträgen und dergleichen einerseits und die Tätigkeit als Richter und Gerichtsschreiber andererseits. Auch Peter Rück betonte die richterliche Funktion der Notare, indem er feststellte, seiner Ansicht nach seien im 12. Jahrhundert im Tessin die Begriffe *iudex* und *notarius* deckungsgleich verwendet worden.<sup>867</sup> Die als Kanzler bezeichneten Amtspersonen betätigten sich ebenfalls im Urkundenwesen und im Gericht. Ihr Tätigkeitsfeld war im Allgemeinen jedoch breiter als jenes der Notare und umfasste zusätzliche Aufgaben im politischen Bereich.

Über die Verbreitung der Notariate auf eidgenössischem Gebiet zeigt die Literatur kein einheitliches Bild. Während Karl Heinz Burmeister davon ausging, dass sich die Notariate im 12. Jahrhundert von Bologna her über Mitteleuropa verbreiteten und sich auf eidgenössischem Gebiet nur langsam etablieren konnten, ja im weltlichen Bereich sogar erst im ausgehenden 15. Jahrhundert, in der Folge der Rezeption des römischen Rechts, durchsetzten,<sup>868</sup> setzte Peter Rück deren Verbreitung in der Schweiz bereits auf das 8. Jahrhundert an. Als Ergebniss seiner Forschungstätigkeit hält er fest, der Beruf des Notars habe sich, von der Lombardei ausgehend über das Tessin und über die nach Italien hin offenen Täler Graubündens

---

<sup>864</sup> Lackner, Christian: Hof und Herrschaft, S. 311.

<sup>865</sup> Deutsches Rechtswörterbuch, Bd. IX, Sp. 1550.

<sup>866</sup> Burmeister, Karl Heinz: Anfänge und Entwicklung des öffentlichen Notariats bis zur Reichsnotariatsordnung von 1512, in: Carlen, Louis und Ebel, Friedrich (Hgg.): Festschrift für Ferdinand Elsener zum 65. Geburtstag, Sigmaringen 1977, S. 76-90, hier: S. 79.

<sup>867</sup> Rück, Peter: Die Anfänge des öffentlichen Notariats in der Schweiz (12.-14. Jh.), in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, 36. Band, (1990), S. 93-123, hier: S. 105.

<sup>868</sup> Burmeister, Karl Heinz: Anfänge und Entwicklung des öffentlichen Notariats, S. 79.

von Süden nach Norden ausgebreitet.<sup>869</sup> Ab Mitte des 13. Jahrhunderts setzten sich in der deutschen Schweiz dann zunehmend die behördlichen Kanzleien durch und verdrängten damit die freien Notare.<sup>870</sup> Notariell beglaubigte Urkunden wurden nach der Ausfertigung in ein Register eingetragen und behielten dadurch ihre Rechtsgültigkeit im Prinzip für unbeschränkte Zeit. Dies erwies sich als Vorteil gegenüber der Siegelurkunde. Denn Siegelurkunden erhielten ihre Rechtsgültigkeit durch das Siegel und durch die Nennung von Zeugen im Urkundentext. Mit zunehmendem Alter und dem damit verbundenen Abgang der Zeugen, büssten Siegelurkunden ihre Unanfechtbarkeit oft ein und standen in Gefahr, in Zweifel gezogen zu werden.<sup>871</sup>

Als eine Art Vorgänger der Notare können im europäischen Bereich die Tabelliones und die Skrinare gelten.<sup>872</sup> Der Tabello war ein Schreiber von Privaturkunden. Eine erste Erwähnung fand diese Berufsgruppe bei Ulpian Anfang des 3. Jahrhunderts nach Christus. Der Aufgabenkreis der Tabellii ist dort wie folgt beschrieben: Die Tabelliones sollten «instrumenta formare, libellos conficere, testationes consignare, testamenta ordinare vel scribere vel signare». In Rom entstanden die ersten von Tabellionen ausgestellte Urkunden im 7. Jahrhundert.

Neben den «tabelliones urbis Romae» traten im 9. Jahrhundert erstmals auch die «scriniarii sanctae Romanae ecclesiae» (Skrinare) als Aussteller von Privaturkunden in Erscheinung. Die Skrinare genossen ihre Ausbildung an der päpstlichen Kanzlei und waren darum den Tabelliones an sprachlicher und schriftlicher Gewandtheit sowie an Aufgeschlossenheit gegenüber verwaltungstechnischer Innovationen weit überlegen, so dass sie in kurzer Zeit den Bereich der Privaturkunden eroberten und die Tabelliones verdrängten. Die letzte erhaltene Urkunde, die von einem Tabellio ausgestellt wurde, stammt aus dem Jahr 1093. Danach war das römische Urkundenwesen für längere Zeit die ausschliessliche Domäne der Skrinare.

---

<sup>869</sup> Rück, Peter: Die Anfänge des öffentlichen Notariats in der Schweiz, S. 105.

<sup>870</sup> Ebd., S. 123.

<sup>871</sup> Burmeister, Karl Heinz: Anfänge und Entwicklung des öffentlichen Notariats, S. 86. Vgl. dazu auch: Wanner, Konrad: Schreiber, Chronisten und Frühhumanisten in der Luzerner Stadtkanzlei des 15. Jahrhunderts.

<sup>872</sup> LexMA, Bd. 8, Sp. 391-392.

### A1.3 Kanzleiarbeit

Das Wesen der Beziehung zwischen einem Bischof und seinem Kanzler schildert Kurt Weissen in seiner Arbeit zu den fürstbischöflichen Ämtern in der Umgebung Basels im 15. Jahrhundert. In jener Zeit wurde die Kanzlei des Bistums Basel von einem Geistlichen geleitet. Im Rahmen der täglichen Arbeit erwarb sich dieser bedeutende Spezialkenntnisse z.B. im Bereich des Finanzwesens oder im Justizwesen. Dieses Wissen stellte für die Leitung und Verwaltung des Bistums eine unentbehrliche Ressource dar, was den Leiter der Kanzlei automatisch zu einem engen Mitarbeiter und Berater der Bischöfe in finanziellen, juristischen und mit der Zeit auch in politischen Fragen werden liess.<sup>873</sup>

In jedem Fall – sei es im kirchlichen oder im weltlichen Bereich – wurden die Kanzler nicht bloss mit der Erledigung von Schreibarbeiten betraut. Ihre Spezialkenntnisse und Fähigkeiten waren seltene Güter, nach denen vielfacher Bedarf bestand. So amtierte auch der Kanzler des Bistums Konstanz als Gerichtsperson und als Berater des Bischofs. Er nahm dessen politische Interessen gegenüber der päpstlichen Kurie und gegenüber der Reichsorgane wahr, nahm an Reichstagen und eidgenössischen Versammlungen teil, vertrat den Bischof vor den kaiserlichen Gerichten, informierte das Domkapitel und den bischöflichen Rat über die Entscheidungen des Bischofs und unterstützte seinen Herrn bei der wirtschaftlichen Verwaltung der Gotteshäuser Reichenau und Öhringen. Oft unternahm er zudem diplomatische Missionen, sei es im kirchlichen oder im politischen Bereich.<sup>874</sup> Dass Kanzler als Gesandte ihrer Dienstherrn auftreten, scheint dabei eine weit zurückreichende Tradition zu haben. Die Kanzler Kaiser

---

<sup>873</sup> Als ein bezüglich seiner Machtstellung und seines Einflusses herausragender Kanzler des Fürstbistums Basel gilt Wunneward Heidelberg, der sein Amt am Hof des Bischofs ab 1437 versah. In enger Beziehung mit seinem Vorgesetzten Herrn übernahm oder überwachte Wunneward vielerlei Verwaltungsaufgaben. Er sass zusammen mit dem Vogt zu Gericht, erteilte diesem Anweisungen, wohin Waren und Geldüberschüsse zu schicken waren, er war anwesend, wenn der Vogt bei seinem Herrn, dem Bischof, Rechenschaft über seine Einnahmen ablegen musste und er war zugegen, als der Bischof im Sterben lag. Für die Ausübung seines Amtes besass Wunneward umfassende Befugnisse und stand in einem engen Vertrauensverhältnis mit dem Bischof. Vgl. Weissen, Kurt: An der stur ist ganz nütt bezalt, Landesherrschaft, Verwaltung und Wirtschaft in den fürstbischöflichen Ämtern in der Umgebung Basels (1435-1525), Basel/Frankfurt am Main 1994, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 167), S. 222-227. Ähnliches gibt es aus dem Erzstift Magdeburg zu berichten, wo der Kanzlertitel bereits 1382 zum ersten Mal aktenkundig wird. Auch hier verfügten der Kanzleileiter und die Notare aufgrund ihres Wissens um die beurkundeten Rechtsgeschäfte über eine am Hof kaum zu übertreffende Kenntnis sowohl der juristischen Belange als auch über die Verhältnisse im Erzstift. Die Amtsträger dürften deshalb bereits in dieser frühen Phase wichtige Beraterfunktionen bei den Herrschenden innegehabt haben. Vgl. dazu: Pätzold, Stefan: Zur weltlichen Verwaltung des Erzstifts Magdeburg im 14. Jahrhundert, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Bde. 47/48, (2001/02), S.343-377, hier: S. 367f.

<sup>874</sup> Ottnad, Bernd: Zur Geschichte des Kanzleramtes, S. 254-258.



Konrads II. wurden um die Mitte des 11. Jahrhunderts geradewegs mit der Bezeichnung *missi* betitelt, was darauf hinzuweist, dass nicht die Tätigkeit als Schreiber, sondern jene als Gesandte die bedeutendste Tätigkeit dieser Männer darstellte.<sup>875</sup>

Die zentrale Aufgabe der späteren herrschaftlichen Kanzleien war jedoch die Herstellung von Schriftgut. Dieses bildete als Fundament der Verwaltung die Voraussetzung für das Funktionieren einer Herrschaft. Älteste Zeugnisse dieser Tätigkeit sind die Siegelurkunden, die als Resultat des Bedürfnisses der mittelalterlichen Gesellschaft entstanden, Rechtshandlungen in schriftlicher Form festzuhalten und ihnen damit Dauer und Verbindlichkeit zu verleihen.

Im Kloster Einsiedeln spielten solche Urkunden als Eingangsschriftgut eine fundamentale Rolle, da sie als Grundlagen für die Legitimation des Herrschaftsanspruches unverzichtbar waren. Als Herrschaftsträger und eigentlicher Eigentümer von Land und Leuten sowie deren Hab und Gut, betätigte sich das Kloster auch als Aussteller von urkundlichem Schriftgut, indem etwa mit der Errichtung und Besiegelung von Grundpfandbriefen, (sog. Gülden) die Kontrolle über den Handel mit den Rechten an Grund und Boden aufrecht erhalten werden sollte. Daneben bildeten die Amtsbücher bald einen wichtigen Schriftgutttyp. Buchähnliche Aufzeichnungen spielten in der Entwicklung der schriftlichen Verwaltung praktisch von Anfang an eine bedeutende Rolle, da zusammengehörende Information in buchform einfacher handhabbar waren als lose Aktenstücke. Die Bezeichnung Amtsbuch ist dabei relativ vage und beschreibt eine Vielzahl von spezifischem Schriftgut, welches lediglich durch zwei gemeinsame Merkmale gekennzeichnet ist: Das sind einerseits die gebundene Form und andererseits die Provenienz aus einer Kanzlei oder Behörde.<sup>876</sup> Im Kloster Einsiedeln fallen z.B. Hofrechte und Urbare, Protokollbücher und Rechnungsbücher, Verzeichnisse verschiedener Art, aber auch Formularbücher, welche unter anderem Vorlagen für die Ausfertigung von Urkunden enthalten, unter die Kategorie der Amtsbücher. Neben der Herstellung von Originalschriftgut, spielte die Kopiertätigkeit auf der Kanzlei und im Archiv eine wichtige Rolle. Bedarf an Kopien war aus verschiedenen Gründen fast immer vorhanden. Sei es, dass verschiedene Vertragsparteien mit je einem Exemplar einer

---

<sup>875</sup> Huschner, Wolfgang: Über die politische Bedeutung der Kanzler für Italien in spätottonisch-frühsalischer Zeit (1009-1057), in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Bd. 41, (1995), S. 31-48, hier: S. 38.

<sup>876</sup> Beck, Friedrich und Eckart, Henning (Hgg.): Die archivalischen Quellen, S. 41ff.

Urkunde versorgt werden mussten, sei es, dass die Kanzlei Kopien zur eigenen Verwendung anfertigen liess.

## Register

Als Register werden auf der Kanzlei jene Verzeichnisse und Listen bezeichnet, in die ausgegebenes Schriftgut eingetragen wird. Das Führen von Registern garantiert die Nachvollziehbarkeit des herrschaftlichen Handelns und bildet damit eine genuine Tätigkeit der Kanzlei. In der Literatur dient das Vorhandensein von Registern sogar als *conditio sine qua non* zur Abgrenzung der Kanzleien von anderen, weniger systematisch und institutionalisiert geführten Schreibstuben.<sup>877</sup> Die Registerführung ist ein altes Phänomen, welches bereits in den Kanzleien des altrömischen Imperiums gepflegt wurde. Register dienten und dienen der Sicherung von Ansprüchen, sowohl der Schriftgutaussteller wie der Empfänger. Der Beginn der Registerführung auf der Kanzlei der Päpste ist kurz nach der konstantinischen Wende anzusiedeln. Eine kontinuierliche Reihe von Registern setzt dann mit Innozenz III. (Papst: 1198-1211) ein.<sup>878</sup> Im weltlichen Bereich ist die Registerführung, nach einem allgemeinen Rückgang des Schriftgebrauchs in der Zeit des Früh- und Hochmittelalters, seit dem 13. Jahrhundert am Hof der französischen Könige wieder belegt.<sup>879</sup> In der Reichskanzlei, gleich wie in der habsburgischen Kanzlei, geschah die Registrierung des Urkundenauslaufs jedoch noch in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts bloss sporadisch. Die Zahl der Einträge im Register der habsburgischen Kanzlei dieser Jahre beläuft sich auf zwischen 2 und 10 pro Jahr, was verdeutlicht, dass sicher nur ein kleiner Teil der ausgegebenen Urkunden tatsächlich registriert wurde.<sup>880</sup> Erst mit der Übernahme der römisch-deutschen Königs- und Kaiserwürde durch die Habsburger im 15. Jahrhundert etablierten diese eine kontinuierliche Registerführung in der Reichskanzlei.<sup>881</sup>

Im Zuge der allgemeinen Herrschaftsintensivierung im 18. Jahrhundert – in deren Zusammenhang auch die Reorganisation des Archivs des Klosters Einsiedeln zu setzen ist – wurde die systematische Verschriftlichung und die geordnete Aufbewahrung von lokalen Informationen noch einmal wesentlich intensiviert. Im

---

<sup>877</sup> Gössi, Anton: Kanzlei, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 9.10.2008, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D9641-1-1.php>.

<sup>878</sup> Frenz, Thomas: Papsturkunden des Mittelalters, S. 59.

<sup>879</sup> Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre, Bd. 1, S. 124.

<sup>880</sup> Lackner, Christian: Hof und Herrschaft, S. 268-270.

<sup>881</sup> Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre, Bd. 1, S. 138f.

Rahmen dieses Prozesses regelten die Herrschaftsträger die Arbeitsabläufe in den Kanzleien oft bis ins Detail, was auch die Protokollierung und Registerführung einschloss. So erliess beispielsweise die Grafschaft Hessen 1732 eine Verordnung, mit der sie die Aktenführung in ihrem Herrschaftsbereich und insbesondere die Registrierung und die Archivierung detailliert regelte. Hier wie anderswo zeigte sich, dass die obrigkeitlichen Regeln für eine geordnete Aktenführung und die in der Verwaltung und auf der Kanzlei gelebte Praxis weit auseinanderliegen. Oft hielt sich das Personal nämlich nicht an die Vorgaben, registrierte die eingehenden Akten nicht und liess obendrein eine geordnete Archivierung vermissen.<sup>882</sup>

Im Archiv des Klosters Einsiedeln sind neben einigen Gülten-Verzeichnissen keine Kanzleiregister im eigentlichen Sinn vorhanden. Allerdings gilt es zu beachten, dass unter dem Begriff «Register» keineswegs ausschliesslich Bücher mit Listen oder Regesten von eingegangenem und ausgegebenem Schriftgut verstanden werden dürfen. Der grössere Teil der unter der Signatur A. YL vorhandenen Bände, welche in den Inventaren mit dem Begriff «Konzeptbücher» bezeichnet sind, können durchaus als eine Variante von Kanzleiregistern gelten. Denn in die Folianten trugen die Schreiber jeweils die empfangenen und die ausgegebenen Briefe als integrale Abschriften ein, was die Nachvollziehbarkeit des Handelns der Kanzlei gewährleistete. Im Rahmen der Reorganisation des Klosterarchivs im 18. Jahrhundert wurde der Gesamtbestand dieser Bände unter der Bezeichnung «Konzeptbuch» ins Archivinventar aufgenommen und dementsprechend in den Findbüchern verzeichnet, obwohl streng genommen lediglich der früheste erhaltene Band mit der Signatur A. YL 2 als Konzept- oder Formularbuch bezeichnet werden darf. Beim Band mit der Signatur A. YL 1 handelt es sich um ein wohl unvollständiges chronologisches Verzeichnis der in den Jahren 1561 bis 1576 ausgegebenen Gültbriefe, das wahrscheinlich erst später zusammengebunden wurde. Die restlichen 18 Bände sind wie erwähnt als eigentliche Kanzleiregister zu betrachten. Dies einerseits darum, weil dort auch Eingangsschriftgut enthalten ist und andererseits, weil Adressaten und Datierungen vom ausgegebenen Schriftgut meistens übernommen wurden, was eindeutig darauf hinweist, dass diese Bände Abschriften von Unterlagen und nicht Formulare enthalten.<sup>883</sup>

---

<sup>882</sup> Gottschalk, Karin: Wissen über Land und Leute, S. 160-163.

<sup>883</sup> Auf die hier zum Ausdruck kommende Unschärfe des Begriffs «Register» weisen auch Friedrich Beck und Eckhard Henning in ihrer Einführung in die historischen Hilfswissenschaften hin. Vgl. Beck, Friedrich und Eckart, Henning (Hgg.): Die archivalischen Quellen, S. 44f.

## A2. Archivgeschichte: Gegenstand und Definitionen

Zuerst stellt sich die Frage nach dem eigentlichen Gegenstand der Archivgeschichte. Welche Aspekte der Institution Archiv müssen betrachtet werden, damit eine umfassende Darstellung erreicht werden kann? Um eine befriedigende Antwort zu erhalten, ist eine adäquate Definition des Begriffs «Archiv» vonnöten. Eine solche scheint bis heute aber nicht in abschliessender Eindeutigkeit vorzuliegen, was unter anderem an der Mehrdeutigkeit des Begriffs liegt<sup>884</sup>, der nämlich mindestens drei semantische Felder berührt: Erstens kann eine Institution, etwa ein Staatsarchiv, zweitens ein Gebäude, also die eigentlichen Archiv- und Magazinräumlichkeiten und drittens ein Bestand oder eine bestimmte Gruppe von Archivalien, z.B. der Nachlass einer Privatperson, gemeint sein.<sup>885</sup> Zudem erfuhr der Begriff im Laufe der Zeit Bedeutungsveränderungen. Wer von einem Archiv spricht, muss deshalb immer auch mitteilen, in welcher Periode der Geschichte der Gegenstand anzusiedeln ist.

Sowohl die archivwissenschaftliche Literatur als auch die Literatur zur Schriftlichkeitsforschung beschäftigen sich mit Archiven. Die unterschiedlichen Fragestellungen und Zugangsweisen der beiden Disziplinen zum Thema haben jedoch zu verschiedenen Definitionen des Archivbegriffs geführt. Die Schriftlichkeitsforschung konzentriert ihren Blick stark auf die früh- und hochmittelalterlichen Verhältnisse und damit auf die kirchlichen Archive. Die Archivgeschichte und mit ihr die Archivistik sind dagegen mehr an den Archiven der vormodernen und modernen Staaten seit dem 16. Jahrhundert interessiert. Für die theoretische Diskussion ist dies von Bedeutung, da es, zusätzlich zu der bereits geschilderten grundsätzlichen Unschärfe des Begriffs, eben wesentlich eine Frage des Standpunktes ist, welche Aspekte der Archive in den Vordergrund gerückt werden. Die Etymologie verweist auf das lateinische *archivum*. Die weitere Ableitung führt zum griechischen Stammwort *arché*, was so viel wie Behörde oder Amtsstelle bedeutet.<sup>886</sup> Die Bedeutung dieser beiden Begriffe verweist auf die ursprüngliche Aufgabe jener Archive, die aus Körperschaften mit zumindest bescheidener herrschaftlicher Administration hervorgegangen sind. In solchen Archiven wurden

---

<sup>884</sup> Rück, Peter: Zur Diskussion der Archivgeschichte, S. 6.

<sup>885</sup> Vgl. dazu: Meisner, Heinrich Otto: Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918, Göttingen 1969.

<sup>886</sup> Franz, Eckhart G.: Archivkunde, S. 1.

nicht in erster Linie alte und damit für die Traditionsbildung wertvolle Dokumente für die Nachwelt verwahrt, sondern sie entstanden als Produkte schrifthandelnder Institutionen, welche mit ihren Archivalien ihre besonderen Rechte und Besitzansprüche gegen aussen zu verteidigen suchten.<sup>887</sup> Ob es sich bei einer solchen herrschaftlichen Institution um einen Staat, ein Kloster, eine Familie oder um eine Einzelperson handelte, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Wichtig ist, dass die Institution Schriftgut produzierte oder empfang und dieses auf Dauer zur Sicherung von Ansprüchen aufbewahrte. So weit, so klar. Einschränkend gilt es jedoch zu beachten, dass die gemachten Feststellungen nur für neuzeitliche Archive voll gültig sind. Um eine Definition für mittelalterliche Archive zu erhalten, ist die etymologische Ableitung des Begriffs nicht sinnvoll, da dieser in den zeitgenössischen Quellen gar nicht auftaucht. Bis ins 16. Jahrhundert ist mehrheitlich von der *Registratur* die Rede, wenn ein Archiv gemeint ist. Die Suche nach der ursprünglichen Bedeutung des Begriffs «Archiv» ist somit für die Zeit davor wenig hilfreich. Es kommt dazu, dass Archive von z.B. mittelalterlichen Klöstern die genannten herrschaftlichen Funktionen zwar durchaus auch zu erfüllen hatten, aber eben nicht nur. Denn neben dem herrschaftlichen Schriftgut wurde in Klosterarchiven immer auch Schriftgut aufbewahrt, das der Bildung und der Pflege einer Tradition diene, daneben jedoch ohne rechtliche Bedeutung war.

Ähnlich vorsichtig muss bei der Unterscheidung von Archiven und Bibliotheken vorgegangen werden. Die bisher gemachten Feststellungen treffen nämlich für beide dieser Schrift aufbewahrenden Einrichtungen zu.<sup>888</sup> Bei der ausschliesslichen Betrachtung der mittelalterlichen Verhältnisse, erweist sich eine strikte Unterscheidung der beiden Institutionen als nicht sinnvoll, denn in den Schatzarchiven des frühen Mittelalters wurden eben Schätze verschiedenster Art aufbewahrt. Neben wichtigen Urkunden befanden sich darunter oft Bücher, die aufgrund ihrer Exklusivität einen besonderen Wert darstellten. Michael Clanchy verglich diese Art Archive darum in treffender Weise mit Nestern von bekanntlich oft sammelwütigen Elstern.<sup>889</sup> Dennoch besteht ein entscheidender Unterschied

---

<sup>887</sup> Franz, Eckhart G.: *Archivkunde*, S. 9.

<sup>888</sup> Bibliothekskorpora wurden, im Gegensatz zu Archivbeständen, bereits im 19. Jahrhundert als Quellen für die Geistesgeschichte der bibliothekführenden Personen oder Institutionen herangezogen. Vgl. dazu: Brunner, Otto: *Österreichische Adelsbibliotheken des 15. bis 18. Jahrhunderts als geistesgeschichtliche Quelle*, in: Ders.: *Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte*, Göttingen/Zürich<sup>3</sup> 1980, S. 281-293, (1. Auflage 1956).

<sup>889</sup> Clanchy, Michel: *From Memory to Written Record*, S. 156.

zwischen den Beständen einer Bibliothek und jenen eines Archivs: Was Bibliotheksbeständen fehlt, ist der innere Zusammenhang der einzelnen Teile.<sup>890</sup>

Im 16. Jahrhundert brach in der Entwicklung der Archive eine neue Phase an. Einhergehend mit der erstarkenden staatlichen Administration und der Entwicklung der Jurisprudenz, dienten die Archive zunehmend als juristische Arsenale der Behörden. Mit dieser neuen Funktion kam auch der Begriff «Archiv» mehr und mehr auf.<sup>891</sup> Die Archivbestände selbst verloren dadurch einen Teil ihres Zaubers, da sie, v. a. von den weltlichen Herrschaftsträgern, nicht mehr als die von ihren meist heroisch gesehenen Vorfahren geschaffene Mysterien der Macht betrachtet wurden, sondern mehr und mehr in einem pragmatischen Sinn der Verwaltung zu dienen hatten.<sup>892</sup> Archivalien, die aus dem 16. Jahrhundert oder aus späterer Zeit stammen, stellen daher zunehmend unmittelbar ein Resultat von Verwaltungsprozessen dar.<sup>893</sup> Sie entstanden als Produkte kommunikativer Prozesse und waren nur noch teilweise von vornherein für die Überlieferung bestimmt.<sup>894</sup> Mit dem Prozesscharakter erhalten Archivalien auch ihre Provenienz,<sup>895</sup> eine Eigenschaft, die nur ihnen eigen ist und die deshalb für ihre Charakterisierung dient: Archivadokumente wurden zum grössten Teil für einen bestimmten Zweck von einer bestimmten Körperschaft hergestellt. Daher sind sie seit ihrer Entstehung für ein Organ oder eine Person bestimmt,<sup>896</sup> und damit Bestandteil eines Fonds,<sup>897</sup> was für den Wert eines historischen Schriftstücks entscheidend ist, den es als Quelle für die Forschung hat.

Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Diskussion lieferte zweifellos Michael Clanchy mit seinem bereits erwähnten Modell zu den drei Lebensphasen eines

---

<sup>890</sup> Die wesentliche Bedeutung, welche der innere Zusammenhang von Archivadokumenten für die Gewinnung historischer Erkenntnisse darstellt, betonte zuletzt: Schenk, Dietmar: *Kleine Theorie des Archivs*, Stuttgart 2008, S. 64.

<sup>891</sup> Rück, Peter: *Zur Diskussion der Archivgeschichte*, S. 9.

<sup>892</sup> Vismann, Cornelia: *Akten*, S. 155. Den Prozesscharakter oder, wie er es nennt, den Geschäftsgang, dem Archivalien in jedem Fall entstammen, nennt auch Martin Burkhardt als wesentlichsten bestimmenden Aspekt. Vgl. Burkhardt, Martin: *Arbeiten im Archiv*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2006, S. 12.

<sup>893</sup> Vismann, Cornelia: *Akten*, S. 23.

<sup>894</sup> Es soll hier keineswegs behauptet werden, dass die genannten Eigenschaften nicht auch auf viele mittelalterliche Archivadokumente zutreffen. Natürlich entstammen z.B. Rechnungsbücher oder Gerichtsprotokolle durchaus unmittelbaren kommunikativen Prozessen. Im 16. Jahrhundert nahm lediglich der Anteil dieser Art Dokumente im Vergleich zum gesamten Materialeingang zu. Eher normative Textsorten wie Urbare, treten dagegen tendenziell in den Hintergrund, bleiben aber für die Traditionsbildung einer Körperschaft von grosser Bedeutung.

<sup>895</sup> Zum Begriff der Provenienz vgl. Menne-Haritz, Angelika: *Schlüsselbegriffe der Archivterminologie: Lehrmaterialien für das Fach Archivwissenschaft*, Marburg 1992, S. 52.

<sup>896</sup> Ember, Gyözö: *On the Methodology of Archives-History*, in: *Acta historica academiae scientiarum hungaricae*, Bd. 16, (1970), S. 171-192, hier: S. 174.

<sup>897</sup> Pomian, Krzysztof: *Les Archives, Du Trésor des chartes au Caran*, in: *Les Lieux de mémoire*, Sous la direction de Pierre Nora, Bd.3, Paris 1992, S. 163-233, hier: S. 169.

schriftlichen Dokuments. Konkret unterscheidet er zwischen dem Zustand der Herstellung, des Gebrauchs und der Aufbewahrung (making – using – keeping).<sup>898</sup> Diese Sichtweise erlaubt einen differenzierten Zugang zu den jeweiligen Umständen, welche entweder die Herstellung, den Gebrauch oder die Aufbewahrung eines Schriftstückes veranlassten oder beeinflussten und öffnet damit den Blick auf die jeweils handelnden Akteure. Kurz gesagt, konnte der Anlass, der zur Ausstellung einer Urkunde führte, im extremen Fall ein ganz anderer sein, als jener, der einerseits zu ihrem Gebrauch durch den Empfänger und andererseits zu ihrer dauernden Aufbewahrung im Archiv führte. Bibliotheksbestände unterscheiden sich auch in diesem Punkt wesentlich von Archivdokumenten. Möglicherweise werden gedruckte Bücher als Beitrag zu einer aktuellen Diskussion verfasst, verfolgen damit aber von Anfang an einen bestimmten Zweck, der sich mit der Zeit kaum ändert. Zudem sind sie grundsätzlich zur Aufbewahrung und Erhaltung bestimmt, was sich unter anderem an den sorgfältig verarbeiteten, dauerhaften Materialien erkennen lässt, die für ihre Herstellung verwendet werden.

Fazit: Für den hier betrachteten Zeitraum kann somit etwa die folgende Definition des Archivbegriffs gelten: Archive sind Institutionen, die Schriftstücke mit bestimmbarer Herkunft, geordnet und wieder auffindbar, dauernd aufbewahren. Archivalien dienen entweder der Traditionsbildung einer archivführenden Institution oder stellen Zeugnisse ihrer unmittelbaren kommunikativen Prozesse dar. Die meisten Archivdokumente waren ursprünglich nicht zur Aufbewahrung über die Dauer ihrer Aktualität oder ihrer Gültigkeit hinaus vorgesehen, wurden aber mit bewusstem Willen der archivführenden Institution für die Nachwelt erhalten. Die Archive des 17. und 18. Jahrhunderts dienten in erster Linie der Wahrung der Rechte, Ansprüche und Traditionen der Machttträger sowie der Verwaltung ihres Besitzes. Mit dieser modellhaften Definition lassen sich viele Aspekte des Einsiedler Klosterarchivs erhellen. Um jedoch die Institution in ihrer realen Erscheinungsform zu erfassen, greift sie, wie wohl jede andere auch, zu kurz. Beispielsweise wurden im Einsiedler Klosterarchiv bis vor kurzem neben den Archivalien auch einzelne Reliquien und Gastgeschenke aufbewahrt. Dennoch repräsentiert der hier zur Diskussion stehende stand der Organisation ein Klosterarchiv der Frühen Neuzeit

---

<sup>898</sup> Im englischen Original lautet diese Feststellung wie folgt: «Making documents for administrative use, keeping them as records, and using them again for reference were three distinct stages of development which did not automatically and immediately follow from each other.» Vgl. Clanchy, Michel: *From Memory to Written Record*, S. 154.

und kein mittelalterliches Schatzarchiv. Einen ernster zu nehmenden Einwand ruft wiederum der Bestand der Diarien hervor. Diese Notizen zum Tagesgeschehen im Kloster waren bestimmt von Beginn weg zur dauerhaften Aufbewahrung vorgesehen. Dennoch sind die Bände im Archiv am richtigen Ort, unter anderem darum, da sie nicht zur Publikation gedacht waren. Das Einsiedeler Stiftsarchiv ist über Jahrhunderte gewachsen. Es lassen sich darum an seinen Beständen verschiedene Entwicklungsstadien nebeneinander erkennen. Für die Archivgeschichtsschreibung stellt dieser Umstand einen Glücksfall dar und macht die Beschäftigung mit diesem Archiv besonders faszinierend.

Archivgeschichte muss sich mit der Archivinstitution, mit ihren Beständen, mit den handelnden Akteuren sowie den archivarisches Methoden befassen.<sup>899</sup> Mit dem Versuch, die gesellschaftlichen Voraussetzungen und damit die kollektiven Wertmassstäbe zumindest einer massgebenden Elite sichtbar zu machen, sprengt die Archivgeschichtsschreibung die Grenzen der Hilfswissenschaften und liefert interessante kulturgeschichtliche Ergebnisse. Mit dem diachronen Vergleich verschiedener Ordnungen innerhalb eines Archivs, können verschiedene Entwicklungsprozesse und -stufen aufgezeigt und können die massgebenden Ordnungsstrukturen und ihre Veränderungen sichtbar gemacht werden. Dabei gilt es zu beachten, dass bei einer Reorganisation der Bestände oft ältere Strukturprinzipien übernommen wurden.<sup>900</sup>

## **A2.1 Archivgeschichte: Ein Blick auf die Forschungstradition**

Es liegt in der Natur der Tätigkeit von Archivarinnen und Archivaren, dass sie sich früher oder später – umgeben von Massen an schriftlichen Zeugnissen aus der Vergangenheit – für die Geschichte der eigenen Institution interessieren. Demnach dürfte das Interesse an der Archivgeschichte beinahe so alt sein, wie der Archivarenberuf selbst. Dennoch tritt archivgeschichtliche Literatur vor dem 19. Jahrhundert von eher zufällig auftretenden Ausnahmen abgesehen kaum in Erscheinung. Als Beispiele für archivgeschichtliche Darstellungen aus dem 19. Jahrhundert können die in kurzer Folge entstandenen Werke von Carl Wilhelm

---

<sup>899</sup> Reininghaus, Wilfried: Archivgeschichte, Umriss einer untergründigen Subdisziplin, in: Der Archivar, Zeitschrift für Archivwesen, Heft 4, (2008), S. 352-360.

<sup>900</sup> Wesentlich beeinflusst wurde diese Vorgehensweise durch eine Projektskizze von Randolph C. Head. Er untersuchte, wie sich das politische Wissen in der frühneuzeitlichen Schweiz im Archivgut und in den Archivordnungen spiegelt. Dazu analysierte er zum einen in synchroner Perspektive verschiedene Archivordnungen, verfolgte aber auch die Veränderungen, welche einzelne Archivordnungen im Laufe der Zeit erfahren haben. Vgl.: Head, Randolph C.: Abbildungen von Herrschaft, S. 117-126.



Cosmar<sup>901</sup> über die Geschichte des Königlich-Preussischen Geheimen Staats- und Kabinettsarchivs sowie die Geschichte von Georg Wilhelm von Raumer über dasselbe Archiv aus dem Jahr 1833 dienen.<sup>902</sup> Beide Autoren amtierten als Archivare im Königlich-Preussischen Geheimen Staats- und Kabinettsarchiv und ihr Interesse für dessen Geschichte erklärt sich aus diesem Umstand. Für beide standen dabei vor allem die Biographien ihrer Amtsvorgänger im Vordergrund. Besonders in Raumers Arbeit wird farbig erzählt und dies mit einer beeindruckenden Detailgenauigkeit. Im Wesentlichen gehen jedoch beide Arbeiten nicht über das Biografische hinaus und lassen weitere Aspekte einer umfassenden Archivgeschichte ausser Acht.

Im letzten Drittel des 19. und in den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erlebte die Archivgeschichte zumindest im deutschsprachigen Raum dann eine Hochphase. Im Historismus war das Interesse an Geschichte und damit auch an den Archiven und ihren Beständen weit verbreitet. Die hohe Politik machte sich dieses allgemeine Interesse zunutze und versuchte die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem sie die Archivbestände für ihre Zwecke instrumentalisierte.<sup>903</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg verlor die Archivgeschichte im deutschsprachigen Raum dann bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts weitgehend an Bedeutung.<sup>904</sup> Zwar war sie als historische Hilfswissenschaft anerkannt, darüber hinaus trauten ihr die damaligen Historikerinnen und Historiker jedoch keine weiterführenden Ergebnisse zu. Diese Haltung manifestiert sich exemplarisch in einem Referat, das Gyözö Ember 1968 anlässlich des VI. Internationalen Archivkongresses in Madrid zu diesem Thema hielt. Darin forderte er von einer umfassenden Archivgeschichte die Beschäftigung mit den Archiven als Institutionen, mit dem Archivmaterial sowie mit dem physischen Aufbewahrungsort der Archivalien und stellte fest, dass ein Archiv unmöglich isoliert von der archivführenden Körperschaft betrachtet werden könne.<sup>905</sup> Damit fasste er grundlegende, bis heute geltende Anforderungen an die Archivgeschichte zusammen. Im Ganzen blieb seine Skizze jedoch in den Ansätzen stecken, da er Archivgeschichte lediglich als Teil einer Behördengeschichte verstand, die ihm zwar

---

<sup>901</sup> Cosmar, Carl Wilhelm: Geschichte des Königlich-Preussischen Geheimen Staats- und Kabinettsarchivs bis 1806, Köln/Weimar/Wien 1993, (Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz, Bd. 32).

<sup>902</sup> Raumer, Georg Wilhelm: Geschichte des Geheimen Staats- und Cabinets-Archivs.

<sup>903</sup> Behne, Axel Jürgen: Geschichte aufbewahren, S. 281.

<sup>904</sup> Eine wesentliche Ausnahme bildet die Archivkunde von Adolf Brenneke aus dem Jahr 1953, die neben einem archivtheoretischen auch einen nennenswerten archivgeschichtlichen Teil umfasst und die noch heute oft, auch in der vorliegenden Arbeit, zitiert wird.

<sup>905</sup> Ember, Gyözö: On the Methodology of Archives-History, S. 171-176.

darstellenswert erschien, von der er aber keine perspektivenbildenden Ergebnisse für die Geschichtswissenschaft erwartete.

Neue Impulse erhielt die Archivgeschichte in den 1960er Jahren aus Frankreich. Michel Foucault zeigte 1969 mit seiner *Archéologie du savoir* eine neue Perspektive auf, unter der Archivdokumente betrachtet werden können. Demnach sind archivalische Dokumente nicht als schriftliche Zeugnisse einer immerwährenden, im kollektiven Gedächtnis der Menschheit vorhandenen Geschichte zu betrachten. Vielmehr entsteht Geschichte erst als Ergebnis der Arbeit von Historikerinnen und Historikern mit diesen Dokumenten und enthält somit immer zeitbedingte, subjektive Züge. Die Vergangenheit bleibt unveränderbar; unser Bild von ihr soll und wird aber einem stetigen Wandel unterliegen. Bei Foucault lautet dieser Gedanke: «[...] die Geschichte ist eine bestimmte Art für eine Gesellschaft, einer dokumentarischen Masse, von der sie sich nicht trennt, Gesetz und Ausarbeitung zu geben.»<sup>906</sup> Heute gehören diese Erkenntnisse längst zu den Axiomen der Geschichtswissenschaft. Genau betrachtet bilden sie insbesondere ein Plädoyer für die Archivgeschichte. Demnach muss, wer Geschichte schreibt, sich immer bewusst sein, dass er nur Material als Quellen heranziehen kann, das entweder durch Zufall überliefert oder von einer archivführenden Institution als aufbewahrungswürdig erachtet und weder durch Natureinwirkungen noch durch menschlichen Mutwillen zerstört wurde. Es sind die Quantität und die Qualität der überlieferten Archivalien, welche unser Bild von der Vergangenheit bestimmen. Naturkatastrophen und die von Menschen böswillig verursachten Zerstörungen, die oft zur Erklärung von Lücken in den Archivbeständen angeführt werden, beseitigten dabei in Wirklichkeit nur einen sehr kleinen Teil der abhanden gekommenen Archivalien. Bruno Hübscher hatte sicher recht, als er feststellte: «Aber weder die Wut der Natur, noch jene der Menschen vernichtete so viel, wie es der wohlüberlegende menschliche Wille vollbrachte, sei es, dass man Archivalien vernichtete, damit sie nicht in falsche Hände gerieten, sei es, dass man sich des überflüssigen Papierkrams, der Platz verbrauchte, entledigen wollte.»<sup>907</sup>

Für die Archivgeschichtsschreibung wirkt sich dieser Umstand wider Erwarten positiv aus, denn nur wenn Archivalien zielgerichtet aufbewahrt oder eben vernichtet werden, lassen sich relevante Aussagen zur Überlieferungstradition machen. Die

---

<sup>906</sup> Zit. nach: Foucault, Michel: *Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main <sup>8</sup>1997, S. 15, (1. Auflage deutsch 1973).

<sup>907</sup> Zit. nach: Hübscher, Bruno: *Das bischöfliche Archiv in Chur*, S. 38.

zufällige Überlieferung kann nur festgestellt werden, sie generiert keine weiterführenden, für die Quellenkritik nutzbaren Ergebnisse. Kommt dazu, dass bei einem nur durch Zufall überlieferten Quellenbestand gar nicht von einem Archiv gesprochen werden sollte. Der bewusste Wille zur dauernden Aufbewahrung bildet für die Archivwissenschaft eine notwendige Voraussetzung, damit ein Dokumentenbündel Teil eines Archivs werden kann.<sup>908</sup> Das Bemühen um eine sinnvolle, möglichst objektive Bewertung, Auswahl und Ordnung des dauerhaft aufzubewahrenden Materials stellt dann auch bis heute, oder heute erst recht, eine der grossen Herausforderungen für Archivarinnen und Archivare dar. Dies umso mehr, als an die Seite der nach wie vor bestehenden Kernfunktion der meisten öffentlichen Archive – nämlich die Gewährleistung der Rechtssicherheit durch Wahrung der Nachvollziehbarkeit und Transparenz des institutionellen Handelns – die Bedürfnisse der Geschichtswissenschaft getreten sind, welche ihrerseits die Bewertung und Auswahl des eingehenden Materials beeinflussen.<sup>909</sup> Archivbestände stellen gesellschaftlich bedingte Produkte dar. Dies illustriert beispielhaft eine Auseinandersetzung, welche zu Beginn der 1970er Jahre in der archivwissenschaftlichen Literatur Deutschlands ausgetragen wurde. Anlass zum Streit lieferten Archivare aus der damaligen DDR, indem sie behaupteten, ihre Kollegen in den kapitalistischen Ländern besässen für das Problem der Archivalienbewertung keine echten Lösungen. Die Gründe dafür lägen, so die ideologische Leerformel, in den «objektiven Gegebenheiten der kapitalistischen Gesellschaft»<sup>910</sup>, will heissen, in der weitgehenden Absenz sicherer Werte in dieser Gesellschaft. Wer keine dauerhaften Werte kennt, kann auch nicht bewerten. Selbstverständlich reagierten die westdeutschen Archivare in ihren Organen auf diese Anwürfe.<sup>911</sup> Diese Diskussion ist längst überholt und muss nicht weiter betrachtet werden. Was bleibt, ist die jenseits aller ideologischer Grabenkämpfe liegende Erkenntnis, dass archivarische Überlieferungsbildung gesellschaftlich bedingt war und ist. Es bestehen deshalb keine wirklich objektiven Auswahlkriterien, anhand derer im Archiv entschieden werden könnte, welche Schriftstücke in welcher

---

<sup>908</sup> Franz, Eckhart G.: *Archivkunde*, S. 7.

<sup>909</sup> Staehelin, Andreas: *Archive und Geschichtsforschung*, in: *Discordia concors*, Festgabe für E. Bonjour, Basel 1968, S.545-564, hier: S. 547.

<sup>910</sup> Schreckenbach, Hans-Joachim: *Stand der Informationsbewertung in kapitalistischen Ländern*, in: *Archivmitteilungen*, Bd. 19, (1969), S. 179-182, Zit. in: Booms, Hans: *Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung*, *Zur Problematik archivarischer Quellenbewertung*, in: *Archivalische Zeitschrift*, Bd. 68, (1972), S.3-40, hier: S. 4.

<sup>911</sup> So zum Beispiel Hans Booms im oben zitierten Artikel.

Ordnung aufbewahrt werden müssen und welche vernichtet werden können. Archivarinnen und Archivare bilden eine Überlieferung, welche den Bedürfnissen ihrer Zeit entspricht. Sie oder er kann nicht sicher wissen, welchen Bedürfnissen diese in Zukunft werden genügen müssen. Darauf aufbauend, formulierte Peter Rück 1971 einen Ansatz für eine neue Archivgeschichte: «Wesentlicher Gegenstand der Archivgeschichte und zugleich ihr Beitrag zur Kritik der Quellen besteht in der Antwort auf die Frage, in welcher Ordnung und Auswahl die herrschende Macht die Gesamtheit ihrer Selbstdarstellungen überliefert hat.»<sup>912</sup> Im Archiv stellt eine Institution unter anderem ihre Macht und ihr Recht dar, liefert mit der Ordnung der Dokumente aber gleichzeitig eine Interpretation der herrschenden Zustände.<sup>913</sup> Dabei geben Archivverzeichnisse nicht reale Strukturen wieder, sondern weisen naturgemäss einen stark normativen Charakter auf. Die Möglichkeiten der Forschung bleiben jedoch auch unter Berücksichtigung dieser Einschränkung gross genug.

Solche und ähnliche Betrachtungen zeigten sich in der Folge als fruchtbar für die allgemeine Geschichtswissenschaft. Versteht man Archivalien als Selbstinterpretation oder Selbstbespiegelung einer herrschenden Macht, müssen diese als Grundlage für die historische Forschung immer im Kontext der archivführenden Institution betrachtet werden. Andernfalls sind sie, wenn überhaupt, für die Forschung nur eingeschränkt tauglich. Der unkritische Historiker läuft Gefahr, vom Bild geleitet zu werden, welches eine archivführende Institution über den zu untersuchenden Gegenstand entworfen hat.<sup>914</sup> Diese Einsicht befruchtete eine Vielzahl von weiterführenden Arbeiten in diesem Bereich, jedenfalls werden die Begriffe «Selbstinterpretation» und «Selbstbespiegelung» in der einschlägigen Literatur oft zitiert. Wohl nicht zuletzt, weil die beiden Begriffe ein semantisches Feld abstecken, das eine Umkehrung der Fragestellung begünstigt: Wenn die subjektiven Aspekte, die jeder Archivordnung eigen sind, für eine genaue Quellenkritik mitberücksichtigt werden müssen, so sollte sich umgekehrt das (herrschaftliche) Selbstverständnis der für die Archivordnung verantwortlichen Menschen oder Gruppen erschliessen lassen, indem eben diese subjektiven Strukturen sichtbar gemacht werden. Archivordnungen dienen somit nicht mehr nur als Hilfsmittel zur Quellenkritik, sondern werden selber zu Quellen, anhand derer sich relevante und eigenständige Aussagen zu gesellschaftlichen Phänomenen machen lassen. In

---

<sup>912</sup> Zit. nach: Rück, Peter: Die Ordnung der herzoglich savoyischen Archive, S. 12.

<sup>913</sup> Head, Randolph C.: Abbildungen von Herrschaft, S. 115.

<sup>914</sup> Rück, Peter: Die Ordnung der herzoglich savoyischen Archive, S. 12.

dieselbe Richtung zielen Überlegungen die postulieren, die wissenschaftliche Auswertung historischer Schriftquellen dürfe sich nicht damit begnügen, lediglich das Darstellenswerte eines Gegenstandes aus den Quellen zu filtern. Ein redlicher Umgang mit dem Quellenmaterial bedeutet vielmehr, Leerstellen und Überlieferungslücken sichtbar zu machen, damit die Grundlagen einer wissenschaftlich erarbeiteten Erkenntnis sichtbar bleiben.<sup>915</sup>

---

<sup>915</sup> Penz, Helga: Am Schauplatz der Schrift, Gebrauch, Verwahrung und Überlieferung von spätmittelalterlichem Schriftgut am Beispiel des Archivs des ehemaligen Chorherrenstiftes Dürnstein in Niederösterreich, in: Pohl, Walter und Herold, Paul (Hgg.): Vom Nutzen des Schreibens, Soziales Gedächtnis, Herrschaft und Besitz im Mittelalter, Wien 2002, (Forschungen zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 5), S. 355-373, hier: S. 358.

## Anhang B: Transkriptionen

### B1 Briefe von P. Lukas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter

#### Einleitung

Die Briefe vom 24. November 1758 und vom 3. Januar 1759 sind mit schwarzer Tinte in deutscher Kurrentschrift auf lose Papierseiten in Folio-Format geschrieben. Das Papier des Briefes vom 4. Oktober 1759 dagegen, hat die Abmessungen 20,5 x 16,5 cm. Als Schreibstoff wurde ebenfalls schwarze Tinte verwendet. Die Seiten weisen im Original keine Paginierung auf. Alle Briefe liegen dem Diarium von Michael Schlageter, Band 30, Signatur A. HB 30 bei. Für die Transkription wurde die Schriftgrösse so gewählt, dass die Zeilenumbrüche der Originalbriefe beibehalten werden konnten.

#### B1.1 P. Lukas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter, 24. Nov. 1758

Archiv des Klosters Einsiedeln, Signatur A. HB 30.

- [1] Reverendissime, religiosissime ac clarissime domine decane.  
Domine pater ac patrone colendissime.

P. Lucas von der Weid über das archiv.

- Mein langes stillschweigen so ich gegen ewer hochwürden biss dahin gehalten  
5 muss ich nun mit vilen worten brechen. Bitte sie fordrist umb eine  
lange gedult und günstiges gehör. Aus anlass dem herrn Insto zu seinem  
heiligen namenstag zu gratuliren hab ich zu Freüdenfels auch etwan eine viertel  
stund lang dasiges archiv zu besichtigen hinderruks des statthalters, welcher  
sonsten auch des archivs halber gegen mihr kein wort, als so vil ich ihme in  
10 überreichung einiger schriften anlass geben müssen, verloren, gewünen mögen.  
Wo mihr die schreiber dise so hoch gegrifene arbeit gewisen die so lange  
zeit erforderet das allbereit 6 viertel jahr darüber verstrichen welche  
jedoch meiner schazung noch kaum 6 wochen verdient hätte. Gewuss ist  
es diese handwerkermeister und gesellen wohl noch 3 jahr daran zu  
15 zarren und zu pfuschen hätten wofern sie es solten, wolten oder  
könnten zu behorigen vollkommenheit bringen. Will dorueben nichts melden  
von dem ihren leichten systema welches in einigen dingen zu der bekanten  
neüwen ringli signatura auch annoch die alte signatura bey behaltet. Es

- ist ein gar ordentliches gemisch gmasch und man muss wie ich nun erfahren  
20 nit allerdings unbillich von mihr gesagt haben das ich kein extractum machen
- [2] könne, weilen dise felschermeister sich nit getrauet haben einen einzigen  
in status seu seriem actorus und registraturatus oder auch in fasciculus selbst  
zu inserieren und zu verfertigen deren jedoch vil hundert erfordert wurden  
kurz ich habe nichts gutes davon gesehen als das die registratura des fürst  
5 Placidi in verfertigung deren status actorum in etwass zu ehren gezogen  
worden welches ich dem herr statthalter zuschreibe dan diesen wäre es kaum  
eingefallen. Nur allein ist zu bedauern das aussert disem die übrige registra=  
tura nit hinlänglich und darueben hab mögen merken das vile briefschaften  
in den fasciculis ligen müssen, die gar nit registriert, <sup>a</sup>(...)<sup>a</sup> deme so  
10 sind viele actas gar ausgemustert und bey seits in hüfelin gebunden  
worden einige zwar etwan billich andere aber möchten noch wohl in dem haubt  
archiv einen plaz verdient haben ob es vileicht widerumb da hie angesehen  
seye ein archivius superius, aus welchem vast alle confusion entstanden  
aufzurichten, ist mir nit bekant massen ich mihr dises systema niemahlen  
15 vorgetragen worden auch keinen schriftlichen aufsatz darvon gesehen habe, dan derjenige  
aufsatz so mihr nacher S. Gerold communiciert worden und dessen kurz darüber  
verfassten widerlegung der herr Bonaventura bey sich im sak als ein  
schmugstüchlin herumbtraget, stimmt so viel ich merken mögen mit disem nit  
völlig übereins ob wohlen ich wohl mögen vehrnehmen das dises schmugstüchlin in ein  
20 und anderen punkten genuzet habe. Indessen seye dem allem wie immer  
wolle mihr izt sehr verleidet mit dieser vertriesslichen arbeit umbzugehen  
und die zeit darmit zu verlirhen da man sich zu keiner resolution mag  
entschliessen noch weder entschliessen wird können da nebst dem ghon  
vor einigen zeit hero waltenden projecten und unterschiedlich meinungen sich  
25 widerumb eine neüwe hervorschleicht da mein herr statthalter sich bemühet  
das alte archiv ganzlich widerumb zu bhaubten. Mich wundert ob man die
- [3] die schon vor vielen jahren under fürst Thomas seligen angedenken abgefasste reso=  
lution der archivs änderung so leichterdingen nur obenhin abgefasst  
habe? Oder ob man erst anjezo angefangen die sach ernstlicher zu überlegen.  
Jch meines orths hab nichts oder wenig an dem systemate auf welchem ich bis  
5 dahin gearbeitet erdacht oder, auf eine andere arth zu reden, ausgespizt  
sondern bin allein auf dem systemate so mihr mein lieber und in dieser  
sachen best erfahrener herr Meinrad an die hand gegeben und welcher der urheber  
dises systematis ist; nach diesem hab ich so gut als ich es verstanden meine ar=

---

<sup>a...a</sup> unsichere Lesung, mögliche Variante: zelegt

- beit verrichtet vermeine aber anbey auch das ich seinen begriffen und inten=  
10 tion ahsequiert habe und das mihr so vil verstand beywohnet das dise  
einige jahr wo ich mit diser arbeit umbgehe wohl hätte achten mögen ob diss  
systema hinlänglich und wohl ausgesonnen seye als etwan einige so die sach  
nur quasi transeunter betrachtet haben und etwan einige enthusiasmos  
von anderen gedanken verführet haben. Allein der marcht lehret krammen  
15 welches der herr Mattheus selig auch erfahren, da er anfangs auch nach seinem  
eigenen sinn gearbeitet aber nachgehends sich freywillig auf dises systema hatt  
ergeben müssen da er begriffen das er mit anderen nit hinlangen mag. Die  
jenigen aber so nit so vil begreifflikeit haben sind keine anständ weilen  
die genugsame penetration dis ganzen weesens ihnen abgehet. Dennoch wile  
20 ich durch dises niemand angegriffen haben und mögen diejenigen herren so sie  
das widrige einrathen bey ihrer presumption gänzlich verbleiben die ich selbst  
auch als sehr erleuchte männer <sup>b(...)</sup><sup>b</sup> und hochschätze jedoch wird mihr  
wohl erlaubt sein zu sagen das, wan es mit der presumption zu thun ist, der  
erfinder des systematis, nach welchen massreglen ich allbereit 5 ämbter in  
25 ordnung gebracht, wohl so vil achtbarkeit und presumption ver=  
diente als alle die übrige auch collective sumpti immer an sich haben  
möchten massen der erst gedachte erfinder dises systematis so zu sagen sein  
lebtage mit solchen sachen umgangen wo dise wenig darmit zu schaffen  
gehabt. Das aber unsers archiv annoch nit in den erwünschlichen
- [4] stand gekommen hatt man meistens dem herren statthalter Antonio zu Freudenfelsfels  
zu danken welcher als decanus sich ausserist bemüehet dise arbeit hinder  
stellig zu machen da er die darzu gewidmete herren hinweg genommen und der  
gleichen substituiert die, wan sie schon hatten wollen etwas thun, zu diser arbeit  
5 nit fehgig genug gewesen damit er zu seiner zeit seinen eignen gedanken  
möchte auf das tappet bringen welches er bey jezigen umständen am  
füglichsten zu sein erachtet. In gleichem ist mihr biss auf jezige stund  
widerfahren da ich theils alleinig hab schanzen müssen theils mihre solche gehülffen  
zugegeben worden die zwar die exemption zwey winter hindurch genossen  
10 aber doch nit arbeiten wollen ausgenommen der herr Edmundo welcher mihr allein  
pro suo more beigat und langsam etwes das leztere jahr geholffen.  
Wan aber nit mit der presumption sondern aquo indicio zu decertiren  
wie ich wünschte und das seine hochfürstliche gnaden so vil zeit ge=  
wünen und von höheren geschäften erübrigen möchte das hoch dieselbe  
15 die schriften und gemachte arbeit selbst untersuchen wurden so wurden  
hoch dieselbe die entliche resolution bald abgeschlossen haben oder wenigstens  
lassen sich die advertarii dess Meinradischen systematis mit einer

---

<sup>b...b</sup> unsichere Lesung, mögliche Variante: verere



- schrift in welcher selbige theils ihre concepter theils die cysim des  
gedachten systematis offentlich antaglegen hervor so getrauwe ich mihr  
20 ohne beyhällff meines oft belobten lehrmeisters ihnen gut genug und mit  
bestem glimpf zu antworten und ihnen der gestalt dises systematis  
vorzügligkeit vor augen zu stellen das sie sich ihrer herumbtappenden  
lehrstücken schämen sollen. Und wan sie sich so hoch berühmen und wohl  
trauwen worumb sollen sie nur alles hinderruks erschleichen und ihre concepter  
25 nit an das helle taglicht bringen törfen? Das Gachnanger ambt  
hab ich schon bey ohngefahr 4 wochen so vil die registraturam und darzu  
gehorigen extracten c. absolviert den dedicem aber ohnfahr halb verfer=  
tigt jedoch von gedachter zeit an dessen continuation underlassen aus ursach  
das ich mich von (villeicht) vergebner und doch sehr ernsthaften arbeit nit mehr
- [5] hab bemühen wollen da sowohl dises als die übrige 4 ämbter so schon  
fertig und schier gar ganz aufgearbeitet, im fall die herr Antori durchtringen  
mag müssten geändert werden c. Übrigens ist dises ambt auf den nemblichen  
schrott oder fuss gestellt wie die übrigen 4 ämbter (under welchen aber  
5 das Meiler ambt am besten ausgearbeitet ist wan solches zu examiniren beliebte  
und umb kein haar andrist weilen ich aber derentweg vom Prior  
aus der Carthaus den sentenz <sup>c</sup>als nichtswertig<sup>c</sup> empfangen mich aber nit ge=  
besseret noch weder mich zu besseren bedacht bin so habe die vergebne  
arbeit umb desto ehnder underlassen sollen c. Allein mich soll und thut  
10 billich in die seel hinein vertriessen das ihro hochfürstliche gnaden mihr disen so lauten  
und ungeschlachten und unvernünftigeren carthusianer sentenz erst neulich vorge=  
rupft da solcher schon bey 3 jahren solle ausgestossen worden sein und aber indesen  
mihr widerumb das S. Geroldische archiv anvertrauwet worden annebst auch die  
weiss und arth wie solches müsse verarbeitet werden auf meine hoch deme  
15 selben gemachte vorstellung schriftlich von wort zu wort schriftlich approbirt  
jez aber es erst heissen muss mein arbeit und gepflogenes systeme <sup>d</sup>seye  
nichts nüz?<sup>d</sup> Solches verfahren gedunkt mich gar zu grob und überlaut gut teütsch  
für einen narren gescholten! Es wüssen ewer hochwürden aus underschidlichen  
meinen brieffen das ich das archiv nit gesucht und vorläufig auch besonders  
20 umb einen solchen lohn nit affectiert worumb und auf was ursachen so  
man mihr solcher gestalten imponiren? <sup>e</sup>(...)<sup>e</sup>  
<sup>f</sup>(...)<sup>f</sup> und  
doch wo ich bin und wo ich hingekommen von meinen confratribus muss als ein spion geachtet  
werden wie mihr ohnlängst einer von meinen confratribus in vertrauen eröffnet  
25 und auch in der that schon längsten selbsten wohl hab beobachten mögen. Allein das hat

---

c...c – d...d Text unterstrichen

e...e – f...f Text druchgestrichen, nicht lesbar

- nicht vil zu bedeüthen und ist mehr lachens als andres werth. Aber noch  
eines da ich neulich das erste und hoffentlich auch das lezte mahl zu Freüdenfels gewesen  
hab ich meiner pflicht gemäss einige Freüdenfeler oder Eschenzer acta die ich  
under dem Gachnangischen gefunden mitgebracht und zu seiner gehörde gestellt ver=  
30 hoffend es werde mir ein gleiches widerfahren von den im Eschenzer ambt verlegten
- [6] Gachnanger schriften, allein der herr statthalter hatt mir in gegenwart der übrigen  
herren geantwortet solche seyen nacher Einsidlen geschickt worden. Ecce! Das küzlet einen  
das herz das ist recht c.c.c. Mit ehrlichren leüthen umgangen! Solche  
brafe aufrichtige leüth muss man haben! Dergleichen seind beförderer des gottshauses  
5 nuzen! Das seind gute hinlänkliche mittel die archiv arbeit an ein end zu bringen  
und die signaturen darauf machen zu können! c. Doch habe ich neulich den herr  
Bonaventura zu Einsidlen gefragt ob er keine schriften bey hand habe so mir zugehörig c.  
Sed respondit: Nihil nihil omnino! <sup>g</sup>(...)<sup>g</sup> Aber noch nicht genug. Mit was für einem guthen  
eyfer sich der herr Bonaventura mit dem herr statthalter Antonio dises ansonsten  
10 ehrwürdigste und hochschäzbare und des grossen fürst Placidi selbst bis in den todt gewür=  
digte jezt aber miserable archiv ambtlin und Antoninischen caprizii zu behaubten  
bemühet haben ich derent wägen einige schriften in wohl approprierten und wohl  
behorigen locis secretis gefunden und ist mir jez nur leid das ich nach diser  
fezen nur eines einzigen so mir doch am besten gefallen bemächtigt welchen  
15 ich hier ewer. hochew. in originali anschliesse. <sup>h</sup>(...)<sup>h</sup>  
<sup>i</sup>(...)<sup>i</sup> die verbindlikeit streitteten in den übrigen  
schriften umb den vorzug eben massig als in der gegen wertigen beylag. Das ist  
wohl ein stinkender espion ohne daran gedenkt zu haben. Item hab ich spio=  
niert und wird mir wohl erlaubt seyn es auszureden so wohl als der pater  
20 prior es von meinen worten ansagt das dises Eschenzer archiv keinen heller werth  
zu schätzen und das es wohl 3 mahl mehr arbeit vonöthen habe als würllich  
daran gemacht worden etiam supposito non tamen <sup>i</sup>(...)<sup>i</sup> das was gemacht  
ist auch recht gemacht wäre obwohlen ich die zeit nit gehabt in etwan einer viertel  
stund vieles zu untersuchen indessen hab ich so vil ersehen das ich auch einige  
25 haubtfehler memoriter nit nur erzellen sondern auch handgreifflich demonstrieren  
könnte. Was mich aber von unzählbahr vil eingeschlichenen fehlern überzeüget  
ist das ich einige wenige acta underhänden bekommen die mit Bonaventurischen  
rubriquen überschmirrt worden in welchen just das widerspil des inhalts auf  
der rubriquo gezeichnet were mithin ist wohl zu vermuthen das was in  
30 andren briefschaften practiciert worden in dem Eschenzer archiv auch vilfältig  
werde widerfahren seyn! Nun aber will die question nit mehr seyn von guth

---

<sup>g...g</sup> Text über der Zeile eingefügt, gleiche Hand: et (ein Wort unlesbar) erant convenientia testimoniae

<sup>h...h - i...i</sup> Text nicht lesbar

<sup>j...j</sup> unsichere Lesung, mögliche Variante: corcesso

- [7] und wohl machen sondern wird solches supponiert von einem lehrling der noch viele jahr arbeit und erfahrungen haben muss bis er nur von diser arbeits so vil verstehet als mancher der noch kein meyster ist und ist nur question ja vileicht schon der entschluss eine ganze linien von übel ausgesenen signaturis zu verfertigen und die übel
- 5 angeordnete aber doch sehr kostbare schriften zu überschmiren. Ich meinestheils hab nit ursach dise arbeits zu suchen weilen noch andre mehr darzu tauglich erfunden werden aber es müssen anbey solche seyn die nit ihrem sinn sondern der wohl bedachten vernunft und guthen erfahrung lehr meistens folgen und nit das gottshaus bevor diese lehrjungen das Eschenzer ambt in vorschein gebracht, hätte ich die brief= kostbarste schätz ihrem eignen capprizio aufopfern und wass nit einmahl den
- 10 namen eines schwapplenden lehrblezes verdient für ein meisterstück verkauffen wollen. Da ich albereith 5 ämbter in eine zimliche ordnung gebracht, ehe und schaften wohl auch signiren können, 1. weilen es mir damahls niemand ver= botten. 2. weilen ich auch nit gezweiflet das das systema und die ordnung gutt
- 15 seye. 3. weilen ich mir so vil getrauwet und annoch trauwe wohl und nach der richtschnur und regel gearbeitet zu haben! Allein es haben mich andere ursachen hinderhalten an welche dise lehrjungen noch nit gedenkt, begreifen oder verstehen und hatten sie gewüsslich mehr ursach die signatur aufzuschieben als ich immer gehabt habe und es heisset omnia hac cum consilio allein die rathsherren müssen es auch verstehen.
- 20 Mich betreffend will ich lieber den namen tragen gar nichts nuzliches gearbeitet, als des gottshaus kostbahrkeiten verdorben zu haben. Übrigens ist mein Gachnanger archiv auf die obgemeldet gestalte schon vor 4 wochen fertig und wan nit schon auf eben dise form aufgearbeitete werk zu Einsidlen sich befinden wurden hätte ich solches saltem quoad registraturam und angefangen indicium
- 25 eingesandt oder mich sincerius gegen ewer hochwürden zu expectoriren so hätte ich es gänzlich sambt dem vollkommen ausgemachten indice (welcher doch eine sehr grosse fleiss und arbeit kostet) auch mit beygefügt signaturis ins reine ausgearbeitet und solte wohl auch das Sonnenberger ambt in etwan 6 oder 8 wochen auch fertig worden seyn, wan mich jene wort das mein gemachte arbeit nichts nuz seye und
- 30 das ich keinen extract machen könne so von disen grossmächtigen archiv stümpler (hätte sollen schreiben archivbeförderer) ausgegossen nit biss zur ärgernuss
- [8] davon abgehalten hätten zu deme annoch der umstand gestossen das man mir wie obgemeldet die acta zu exradiren verweigeret und nachher Einsidlen geschickt. Ich wil darüber keine Bonaventurischen exclamations schreiben sonder einen jedweden ohnpartheiischen darüber urtheilen lassen mihich aber indessen, da ich schon
- 5 weit mehr an dem Gachnanger ambt gearbeitet als in dem Freüdenfelser oder Eschenzer ambt zu finden, der ruhe bedienen. Jedoch hätte ich grossen lust und wäre es auch schon längst geschehen das ich den unzeitigen carthauser richter schriftlich aufgefordert hätte mir zu antworten wofern ich jhro hochfürstliche gnaden offension dardurch nit besorget hätte. Entlichen, obschon ich

- 10 noch viles vorzubringen hätte muss ich doch zum end schreiten eüw. hochwürden gedult  
nit zu missbrauchen und selbige bitten durch ihre kräftiges hinzuthuen  
disem entstandenen archivstreitt pro bono monasterii eine end zu schaffen  
sed non dividatur infans sed uni tribuatur <sup>k</sup>quis quis ille sit<sup>k</sup>. Einer soll befehlen und einer soll  
das archiv dirigiren es nuzet gar nichts wie ich ew. hochwürden schon vor 3 jahren  
15 gesagt zu verfertigung des archivs in denen herrschaften herumbzuwandern  
biss man etwan zu hauss das meiste aufgearbeitet und man seine notomira  
darüber gemacht dan zum ersten wer die handgriff weisst findet in dem  
archivgewölb <sup>l</sup>zu Einsidlen<sup>l</sup> vile adjumenta die er anderswo nit findet und ich getrauwe  
mühr wan ich zu Einsidlen mit gleicher exemption arbeite allezeit innerthalb  
20 4 wochen zu machen wass ich anderstwo kaum in 6 wochen bewürken könnte, zum andren  
hab ich erfahren das die herren statthälter einem gar nichts können darzu helfen, dan was  
sie wüssen wüssen sie ex quottidiano usu was aber selten zum vorschein kombt  
wüssen sie vil weniger als einer der das archiv under sich hat und könnten  
von deme vil lehren wan sie wollten, stutzen auch sehr darob wan man etwass  
25 fürbringt das sie nit wüssen und doch wüssen sollten und wo zweifelhafte  
und verwirte sachen sind verstikt die erleüterung in der gurgel, hab auch  
briefschaften gefunden wo selbe in ihren berichten underschidlich kalminirt haben  
wo sich die authentische berichte in den actis befunden cc. Empfehle mich entlichen  
in dero vätterliche gewogenheit und bin mit höchster veneration  
30 Ewer hochwürden  
Sonnenberg den 24. Novemb. Underthanigist gehorsambster diener  
1758 P. Lucas von der Weid

---

<sup>k...k - l...l</sup> Nachtrag oberhalb der Zeile

## B1.2 P. Lukas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter, 3. Jan. 1759

Archiv des Klosters Einsiedeln, Signatur A. HB 30.

- [1] Reverendissime, religiosissime ac clarissime domine decane.  
Domine pater ac patrone colendissime.

P. Lucas von der Weid über das Archiv

- Nebst schuldigsten dank umb die gutten neüwen jahrs wünsch die ich ewr. hochwürden  
5 widrumb tausentfältig widrumb zuruk wünsche so befinde ich mich bemüssiget  
wegen des archivwerkes meine gedanken klärer zu eröffnen. Meine meinung ist klar  
wohl gewesen die unzeitige signaturen annoch in so weit zu verschieben das selbige  
nit actualiter auf die documenta geschriben werden, aus vernünftiger beysorg es möchten  
noch etwan hin und her acta sich befinden und verlegt worden seyn oder c. So nach ihrer ret=  
10 dung die numeros in unordnung bringen möchten, indessen aber so rathsam als dises  
ist, so nothwendig ist es doch das man sich eine gewüsse signatura mit seinen numeris  
fiscirre welche man wenigstens in die registratura oder so genannten status actorum realiter  
einschreiben muss welches nothwendig ist umb den indicem generale (und nit general)  
omniam materiarum so wohl fascicul und eigner rubrique würdigen als auch anderer materi  
15 die keinen eignen fascicul verdienen und anderer mittlaufenden dingen punctualiter  
und articulatim mit seinen buchstaben und zahlen zu verfertigen welches eine haubt noth=  
wendige arbeit ist und welche wenigstens so vil zu schafen als die registratura und  
alles übrige gibet die einiger sachen particular umbständ nit mögen <sup>a</sup>(...)<sup>a</sup> gefunden  
werden wan schon ein indiculus über die rubriquen welche ansonsten sehr kurz ver=  
20 fasset seind gemacht wird welches eine geringe arbeit von etwan einem tag kostet  
und nit vil zu bedeüten hatt. Dan nur biss dahin die archiv ämbter in die  
ordnung zu bringen umb ein sehr geringes das vergnügen vergrössert als das  
archiv in status quo es sich würllichen befindet ansonsten verursachen mag dan wan die  
archiv nur eine so geringe verbesserung nothwendig hatt wolte ich wohl die archiv  
25 wie das Eschenzer gewesen leichtlich in einem jahr richtig machen wie ich dan <sup>b</sup>(...)<sup>b</sup>  
auf solche weiss das noch <sup>c</sup>(...)<sup>c</sup> Sonnenberger ambt innerthalb einem monath  
fertig zu haben da ich hingegen wan es solle zu vollem vergnügen verarbeitet  
werden wohl 2 monath darzu zeit brauche. Braucht mithin nur das ew. hochwürden  
mihr die endliche resolution wan es hochwürdigen gnaden baldist zu schreiben belieben so mögen sie  
30 so wohl das Gachnanger als Sonnenberger ambt perfectisme und nach vollem vergnügen  
verarbeitet biss auf mitenfasten richtig abholen lassen.

---

<sup>a...a</sup> ein Wort unlesbar

<sup>b...b</sup> unsichere Lesung, mögliche Variante: versichere

<sup>c...c</sup> unsichere Lesung, mögliche Variante: restirrende

- [2] Betreffend aber das so wohl aus gedruckte Freudenfelser systema gibt man solches gern zu das es moge per infinito tempora continuieret werden gleichwie dessen herren ver= fasser auch werden gestatten müssen das durch meine biss dahin gebrauchte buchstaben mit einen einzigen unwiderholten numero die actorum series ebenmässig könn continuieret werden. Indessen wollen sie aber ihre hochfürstlichen gnaden blauwes vor die augen mahlen als wan sie mit einem einfachen alphabeth in allen ämbteren auskommen wollten und mithin weniger buchstaben (aber mehr zahlen) auf die briefschaften müssten ver= zeichnet werden da man niemahlen 2 buchstaben müsse quasi vero als solten jedoch diese so hoch erleuchte herren verfasser bey einrichtung des Eschenzer ambts nit advertieret haben das sie schon alsdan die zweite seriem alphabeti notwendig hätten brauchen müssen wen
1. (da selbige vermerkt das sie in clossi temporalibus schon zu dem lezten buchstaben ihres alphabeth gekommen) wan sage ich sie die literas feudales und darzu gehörige acta mit der neüwen signaturo hätte signiren wollen, sonder ehnder zu verdekung ihres ohnüberlegten anspruchs oder schwankenden halucinationen die alt signatur welche zwar auch 2 buchstaben hatt für gedachte brief erdacht haben. 2. wurden sie widrumb an ihrem alphabeth weit ausgekommen sein wan sie nit vile acta die dennoch zum archiv tauglich und nuzlich waren und (wie sie reden) vile gno= stiorum genera enthalten die noch nit in ihrem genera büechlin begriffen bey seyt gelegt hätten und von dem rechten archiv ausgeschlossen. 3. sind diese herren gewüsslich so weit aussehend das sie wissen mögen das noch vile genera tracto= bilius und gnostionardorus auch in kurzer zeit sich äussern möchten die under ihnen schon verzeichneten generischen buchstaben nit begriffen mithin auch ohngeachtet den zwey erstermeldten ausflüchten sie nöthigen würde mehrere alphabetha zu gehülffen zu nemmen. 4. wan ihre meinung von einem alphabeth stand hätte so wurden wohl ihnen eingefallen sein das nit nothwendig wäre den ambts buchstaben ad distinctionem grössers oder kleiner zu machen weilen er in gleicher grösse, da 24 alphabeth und so vil buchstaben und doch nit so vil ämbter seind seine notam cha= racteristicam vertreten hatte. So vil und noch mehrers von disem lahmen glidsüchtigen wandochs der sich so greulich aufgelassen. Übrigens ware noch sehr viles von disem so wohl ausgedruckten systema zu reden damit ich aber ew. hochwürden nit zu überlästigt seye so wile ich nur dessen einige haubtmängel in folgenden anziehen.
1. hat dises systema anstatt 2 signaturen drey, welche gar visirrich stehen eg: B.<sup>d</sup>2<sup>d</sup>.2, D.<sup>e</sup>3<sup>e</sup>.5 etc. Dan hingegen in meinen signaturis simpliciter C.3, F.6, K.2 cc oder mit dopleten buchstaben BC.2, BD.4 cc. Ich erinnere mich wohl
- [3] das man langzuvor ehe das die Freudenfelser daran gedenkt haben auf etwass dergleichen gedanken von 3 signaturen zu machen gefallen ohne aber das man sich eingebildet die sach mit einem einzigen alphabeth zu verrichten, allein man hatt solches aus erheblichen ursachen die ich kürze halber übergehe gleich verworfen.

---

d...d - e...e Zahl mit einem Kreis umgeben

- 5     2. hatt es hingegen in denen zweyfachen numeris univocationes und aquivocationes.  
3. hatt fasciculos wie heüwburden in welchem allerley titul in hoc genere zwar befindlich  
welche wan sie nit in die truken mögen so muss man das heüthor vergrössern oder die  
burdin verkleinern und wan man ein gewüsses kraütel daraus wil muss man die  
heüburdin auflassen und durchsuchen.
- 10    4. so tauget die unterschiedliche grösse der buchstaben mit welchen die 2 classes, ecclesiastica  
und temporalis, unterschieden gar nit wohl da selbige nebst der univocation so sehr mit  
einander haben, den nächsten anlass zu irrungen gibt da leichtlich ein grosser für ein  
kleiner et vicissim e.g. in die indices geschriben wird. Darüber aber sollen die herren  
dises systematis nit antworten das die materia von sich selbst anzeigen in was für eine class  
15    ein gehöre, dan ich wurde darüber antworten das sehr vil fältig in actis ecclesiastici temporalia und  
in actis temporalibus ecclesiastica under mischet welche ding wohl müssen citiret werden damit  
man sie finden könne.
5. hatt keinen modus ausfindig gemacht wie die alte copialbücher so wohl geschribne als  
getruke mit gleicher kömblichkeit wie zu vor zu gebrauchen als zum exempel die documenta  
20    so ich citiret finde gleich in copiali nach der alten signatur zu suchen oder was ich in copiali gelesen  
flugs in dem original archiv zu finden.
6. so ist der index generalis ganz auf die seithen gelegt und vergnügt man sich mit einem  
indiculo rubricarus generalis.
7. extractus seind gar keine an ihre gehörigen orton gestellt da doch dise ohnmöglich können  
25    gefunden werden ohne einen indicem generalem completissimum zu haben.
8. und danne wo kein extractus gemacht seind wo ist die continuato series actorum  
oder in denen fasciculis oder wenigsten in ordine registratura vorhanden.
9. so hatt ein ämbtlin drey unterschiedliche signaturen als nemblich wie schon  
ermeldet pro classi ecclesiastica das a alphabetum mirg. pro temporalibus alphabeth A major  
30    pro litteris feudalibus und anderen darzu gehorigen fascicul behaltet es gar die alte signatura  
als RS. ST. TV. VW. WX. XY. YZ. ZA. mit denen alten numeris seind also aus einem  
archiv drey gemacht worden. Ist eine tapfere kunst.
10. nimbt mich sehr wunder wer sich einbilden könne das dises systema des fürst Placidi  
seinem ähnlich seye? Mich gedunkt es so ähnlich als ein esel einem leüw.
- 35    11. habe ich mich zu beklagen oder zu berühmen das dise herren gar zu vil auf meine vor einigen  
jahren oben hin gemachte repartition und separation diser Eschenzer actorum und so ich nur  
dispositione zur könftigen arbeit praepariret hatte gehalten und fast durch aus bey behalten  
das ich doch vermeine wan ich die acta durchlesen hätte ein weit mehreres würde geändert haben.
- [4]   Da haben euch hochw. die wunder dises so belobten systematis die mihr ohne darauf  
zu studiren in die feder geflossen nit zweifelnd das ich noch hundert der gleichen an  
das taglicht bringen wurde wan ich das selbige archiv ersucht hätte. Wurde auch  
die antworten so über obgedachtes ergehen werden bey gefügt und widerlegt haben wan  
5    ich ewer hochwürden gedult nit zu misbrauchen gefürchtet und ich es nöthig gefunden hätte obwohl  
die widerantwort, wan sie solte nothwendig schein, in gutter bereitshaft ist.

Bitte derowegen ewer. hochwürden die so gestaltete ding seiner hochfürstlichen gnaden zu demon=  
strieren und die entliche decision von ihme zu erbitten damit die zeit nit mit zanken  
und fezen unnuzlich vergehet sondern zum nuzen des gottshaus einsten auch angewendet  
10 werde den auf gedachtes systema welches nur eine eigensinnigkeit ist gar nichts  
zu bauwen ist und meines orths keine hand mehr daran legen möchte wen ich  
nit nothgezwungen wird.  
Erstatte auch schuldigisten dankh umb die sorgfalt wegen meiner accomodation  
habe aber solches ew. hochwürden nit darumb geschriben mich dessen zu beklagen da ich wohl  
15 sihe das nit wohl anderist bey denen umständen hatt geschehen können und mag ich mich  
wohl wie ich bin für die kleine zeit so ich hier zu verbleiben verhoffe gedulden dan  
nach vollendter meiner arbeit kan ich nit sehen wass ich fernerer hier oder dem  
gottshaus oder mihr selbst oder dem herrn statthalter nuzen möge.  
Übrigens wan ich fortfahren muss so bitte mihr diejenige acta so der herr statthalter  
20 von Freudenfels mihr gesagt das sie sollen auf Einsidlen geschickt worden seyn aber sonst  
zu dem Gachnanger ambt gehörig einhändigen zu lassen. Mit gleicher bitt an seine  
hochfürstliche gnaden wegen acten das lehen des meyeramts zu Gachnang betreffend  
so hoch die selbe das lestere mahl noch nit finden können. Und verharre mit  
underthänigstem respect zu seyn  
25 ewer hochwürden  
Sonnenberg den 3 jan 1759

gehorsambst und underthanigster  
diener P. Lucas Vonderweidt



**B1.3 P. Lukas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter, 4. Okt. 1759**

Archiv des Klosters Einsiedeln, Signatur A. HB 30.

[1] Reverendissime ac religiosissime domine decane.

Domine patrone colendissime.

Meinung P. Lucae Vonderweid über das archiv.

Sage schuldigsten demüthigen dank über mittleiden so ew. hochwürden  
5 wegen meiner üblen constitution tragen als auch wegen denen  
miltvätterlichen anerbottenen hilfsmittlen zu meiner völligen  
genesung oder milterung des übels auf könfiligen früeling zu  
gebrauchen, wan aber das übel sonderlich in dem arm noch  
nit eingewurzlet zu sein scheint und grosse hoffnung hätte von  
10 disem gänzlich erlediget zu werden wofern die gebührende hilfs  
mittel (nit zwar durch ein baad welches mihr ab experientia nichts  
nuzet) sonder andere wohl applicierte und gebrauchte medicament  
mihr gestattet wurden und zwar annoch bey anfang der krankheit  
dan sero medicina paratur cum mala per lorgas invaluere moras  
15 da aber hier annebst das man weit vom chirurgo oder medico  
entfernt ist und die selbige ihre gäng nebst den medicamenten

[2] sich theür bezahlen lassen ansonsten die accomodation für den winter  
sehr schlecht (wie schon bekant) und mihr der verflossene winter  
obschon er sehr gelind ware stark zugesezt der könfliche aber  
leichtlich kalt und sehr lang seyn dörfte auch hier kein gelegen  
5 heit zu besserer accomodation vorhanden so wolte ich ewer hochwürde  
hiermit sehr inständig gebetten haben umb die sachen bey ihro  
hochfürstlichen gnaden dahin für mich zu erbitten das hoch die selbige  
mihr vergünstigeten umb, theils disen winter hindurch die gedeiliche  
mittel zu gebrauchen, theil auch der mihr nothwendigen wärme zu  
10 geniessen, nacher Einsidlen zu kommen oder wenigstens auf Pfefiken  
mich zu verordnen wo ich entlichen auch noch etwas diensten mit meiner  
arbeit indessen leisten könnte und die dahin gehörige ämbter

- so schon in zimlichen gutten stand seind vollenden möchte. Allein  
quo modo da diser noch allzeit in streitt zu sein scheint.
- 15 Ich hab wie bewusst das Gachnanger ambt schon das verwichne jahr  
fertig und begehrt es niemand zu sehen, ist verwunderlich! Es ist  
verarbeitet nach der mihr angewisenen geübten weiss und manier  
klar und einfeltig das auch ein ungeschikter und unerfahner  
auch das mindiste so darinen enthalten gleich nit nur alleine finden  
20 sondern auch in gebührender ordnung leichtlich erhalten kann.
- [3] Dan nebst deme hab ich mich beflissen die sachen klar an tag zu legen  
weilen ich wohl weiss das (wie ich von mihr selbstn die erfahrenheit hab)  
nit alle archivisten so ausgespizt seind das sie die subtiliten  
generum et specierum so genau entscheiden und erkennen mögen wie die  
5 Freüdenfelser anordnung erfordert c. Vermeine aber diser streit  
wofern er solte entschieden werden sich am deütlichisten erweist  
wan man ohne langwürige disputationen so unnuzlich bis dahin  
vorbeygegangen und wo nur das wohl und vil können reden die  
sach in das steken und verwirrung gebracht beedseitige  
10 werk vorgenommen wurden und examiniret wurden, dahero  
wan es ewer hochwürden für gutt oder erspriesslich erachten so will  
ich durch den herren Columban bey deme ich ihro befelh erwarte  
die registratur und meinen darüber gemachten indicem  
generalem des ambts Gachnang ewer hochwürden überschiken wo dan  
15 sich alsbald der underscheid wird erzeigen müssen wan sie auch  
des herrn Bonaventura arbeit darueben stellen. Man wird  
entlichen müssen eine resolution abfassen seye es was für eine  
es immer seye dan also kan es nit bestehen das man einem jeden  
willfahren, dan es gefalt einen jeden seine selbsteigene kappen  
20 und wile seinen sinn behaubten, allein sollte es jedem nach seinem
- [4] sinn ausfallen so wurde es ein sehr wunderartiges archiv  
abgeben da herr statthalter zu Freudenfels das seinige der herr statthalter  
von Sonnenberg auch ein anderes und ich auch ein eigenes gebrauchen  
wurde und villeicht so man anderen befragte widrumb ein

5 anders systema auf die ban kommen wurde c. In erwartung  
einer beliebigen antwort verbleibe stäths mit aller veneration  
ewer hochwürden.

P.s Disen morgen ist herr statthalter nacher Gachnang verreist  
und der weinläse so hat aldorten anfanget vorzustehen.

10 Gibt zwar nit gar vil aber sehr gutten wein und scheint er  
werde in zimlich hoch wert kommen da verlautet das der soum  
und zwar <sup>a(...)</sup><sup>a</sup> von besten schon umb 17 und 18 R verkauft worden  
Sonnenberg den 4h october  
1759

15  
gehorsambster und undertheniger  
diener P. Lucas Vonderweid

[5] P.s. da ich schliessen will ist mihr erst eingefallen ob villeicht das  
selbige das Freüdenfelsische archiv systema seye welches als ein vorbe=  
richt dem von ihnen so genantem indice vorgesezt ist? Wan solches  
deme also sein sollte und die zwar kurze und mündliche widerlag so ich

5 bey ihro hochfürstlichen gnaden nit erkläklich gewesen wäre oder in vergessen  
heit gekommen wäre so wird ich es schriftlich und der länge nach bey stihl  
und stumpen der gestalten widerlegen das an tag ligen solle das solches  
nur ein prodrama oder matus primo primas eines gebanten seye c. Jedoch  
müsste es mihr communiciret werden dan ich nit alles mehr auswendig weiss c.

10 Allein ich bekümere desen nit vil mache man was man will c.  
An ihro hochfürstliche gnaden hab ich kein wort geschriben seit ich  
widerumb hier ankommen dahero mögen ew. hochwürden  
von denen sachen melden so vil selbe für nuzlich  
und thunlich erachten.

---

a...a ein Wort unlesbar

## **B2 Bestellungen des Kanzlers, des Archivars, des Kanzleisekretärs und der Substituten (Kanzlisten und Archivschreiber)**

### **Einleitung**

Für den Kanzler sind mehrere Bestellungen aus verschiedenen Jahren überliefert. Das wohl älteste Stück datiert aus den 1620er-Jahren und ist im grossen Formularbuch der Kanzlei (StiAE, Sig. A. YL 2) enthalten. Als Transkription liegt hier die Bestellung für Kanzler Johann Martin Hegner vor. Sie stammt vom Frühling 1703 und ist lediglich in einer Abschrift aus dem 18. Jahrhundert, im Faszikel mit dem Titel «Akten des Kanzlers» (Signatur A. HO) erhalten. Der Faszikel wurde im Zuge der Archivreform angelegt und enthält verschiedene Quellen zur Kanzlei. Die Stücke liegen lose, jedoch chronologisch geordnet in einer Kartonmappe. Sie weisen verschiedene Formate auf. Die Abschrift der Bestellung ist mit schwarzer Tinte auf Papierbogen im Folioformat geschrieben.

Die Bestellung des Archivars findet sich unter § 7 im Folioband mit dem Titel *Officia et statuta officialium capitularium nostrum*, mit der Signatur A. EC 14. Der Text wurde mit schwarzer Tinte wohl zuerst auf lose Blätter geschrieben und erst später zu einem Band zusammengefasst. Die ganze Sammlung ist nicht datiert, stammt jedoch wahrscheinlich aus dem 18. Jahrhundert. Der lateinische Text umfasst vier Seiten. Er ist gegliedert in Einleitung und sieben Absätze, in denen die Pflichten des Stiftsarchivars und die Bedeutung seiner Arbeit für das Kloster beschrieben sind. Auf die Transkription dieses Textes folgt hier eine provisorische deutsche Übersetzung. Die Bestellung für den Kanzleisekretär Bartholomäus Schnider stammt vom 8. Mai 1632. Sie trägt die Signatur A. LO 1 und liegt lose zu oberst in der entsprechenden Archivmappe (A. LO). Der Text der Ordnung für die Kanzleischreiber wurde ebenfalls auf lose Papierbogen im Folioformat notiert. Heute ist sie in die Mappe mit der Signatur A. NO eingebunden. Dabei wurden die Blätter zwei und drei vertauscht. Für die Transkription wurde die richtige Reihenfolge wieder hergestellt. Am oberen Rand des ersten Blattes ist die Archivsignatur (VX.10.fol.4.) aus der Zeit vor 1730 notiert, als verschiedene fruchtlose Versuche zu einer Neuordnung des Stiftsarchivs unternommen worden waren. Da die Bestellung nicht datiert ist, liefert das Jahr 1730 als *Terminus ante quem* immerhin einen Hinweis auf die Entstehungszeit. Auf Grund des Schriftbildes darf das Schriftstück wohl gar ins 17. Jahrhundert datiert werden.

Die Bestallung des Archivschreibers besteht aus zwei Papierblättern im Folio-Format. Sie ist in die Aktenmappe mit den Signaturen A. KO bis A. PO eingebunden. Beschrieben sind die Blätter mit schwarzer Tinte. Der Text ist in sechs Absätze gegliedert. Streichungen und Korrekturen stammen von einer zweiten Hand (Hand B). Vom hier wiedergegebenen Text sind drei Varianten im Archiv vorhanden, die sich inhaltlich nicht nennenswert unterscheiden. Das Original stammt wohl aus dem Jahr 1756. In der Bestallung sind die Rechte und Pflichten des Archivschreibers Wolfgang Dietelin beschrieben. Der Text enthält Angaben dazu, wie und zu welchen Zeiten er die vom Archivar angeordneten Arbeiten ausführen soll, welches Betragen von ihm erwartet wird und wie er seine Freizeit gestalten soll. Daneben sind die Ansprüche beschrieben, welche der Schreiber gegenüber der Abtei geltend machen kann.

## **B2.1 Bestallung des Stiftskanzlers Johann Martin Hegner, 1703, Abschrift**

Archiv des Klosters Einsiedeln, Signatur A. HO 5

[1] Copia

Des bestallungs und revers=  
brief herren cantzlern Johann  
Martin Hegner sub dato

5 auf heilige pfingsten  
Anno 1703.

Dessen zur wahren urkhundt so haben wir Maurus abbte  
unser abbtey secret jnsigel offentlig lassen truckhen auff disen brief  
doch uns unseren nachkommen und gottshaus in allweng ohne schaden  
10 die geben ist auf heyilige pfingsten anno 1703.

Und damit hochgedachter mein gnädigster fürst und herr  
und jhro fürstlichen gnaden nachkommen jederzeit wissen mögen  
wie sye mir dis ambt zue verrichten übergeben und zue=  
gestellt so gibe jhro fürstliche gnaden ich disern brief in  
15 bekantruss und reversweis den ich zue urkhundt  
mit meinem eignen jnsigel verwahrt auf jahr monat

und tag als obsteht.

l.s.

- [2] Jch Johann Martin Hegner, landtman und gewester  
landtschryber der landschaft March und der zeit  
cantzler des hoch fürstlichen gottshauses u[nsrer] l[ieben] f[frau] zue dem  
Eynsidlen (vorhergehende Zeile)
- 5 bekhenne öffentlich hiermit disem brief das von dem hoch=  
würdigisten hochwolgebohrenen fürsten undt herren, herren  
Mauro abbtten des hochfürstlichen unser lieben frauwen gotts=  
hauses Einsydlen und meinem gnädigsten fürsten und herren und  
jch einen sömlichen bestallungs brief umb das cantzler=  
10 ambt daselbsten inhab von wohrt zue wohrt also lauthet.  
Wir Maurus von gottes gnaden abbte des fürstlichen unser  
lieben frauwen gottshauses Einsidlen das ohne alles mittel dem  
heyiligen stuhl zue Rom zue gehörig, St. Benedicti ordens und  
thuen khundt männiglichen mit diserem brief das wir  
15 den edlen ehrenvesten, unsern lieben und getreüwen Johann  
Martin Hegner, landtman und gewester landtschreybern  
zue Lachen zue unsern und gedachten unsers gottshauses  
cantzlern daselbst bestellt haben in massen und gestalt als  
hernach volget. Namblichen  
20 Des erstens so hatt er uns einen eydt mit aufgehebtten  
fingeren und gelehrten wohrten geschwohren unser und unsers  
convent und gottshauses nutz ehr und frommen zue fürderen  
schaden und nachtheil zue wahren und zue wenden. Und  
sonderlich alle gedachten unsers gottshauses freyheiten ehrhaften  
25 und gerechtigkeiten helfen handhaben schützen und schirmen als  
weit ihme möglich und sein verstand ausweist, daran nichts ver=  
scheinen lassen, es treffe gricht als rechtshändel an, an der  
frömde als näche, jn summa wo es vonöthen soll er des  
gottshauses sachen handhaben als wan es jhn selber antreffe  
30 bey gemeltem seinem eydt.  
Jtem wan er von uns als unseren anwäldten in rathsweys

- berueft wurde da soll er rathen und helfen bey gesagtem  
wydt was jhn guet dunckht und des gottshaus sachen be=  
fürderen mag. Auch was da in rathssachen oder sonst wie
- 35 jhme in geheimb anzeigen als zue schreyben befehlen auch was  
er von uns so des gottshaus sachen antreffent hörte, soll er  
des ohrts bey seinem eydt bey jhm behalten und verschweigen.
- [3] undt solches ohne befelch niemandts offenbahren. Was er aber  
entgegen in heheimb als öffentlich von frömbden als heimbschen ver=  
neme und gesche das uns unsers gottshaus und convent fürdern  
als hindern möchte soll er solches ohne allen verzug in aller  
5 wahrheit und in grund uns anzeigen und nichts verhalten.  
Er soll auch eigentlich fürsehen dass er selber nit was sachen uns  
als unser convent belangend weder gegen geistlichen noch  
weltlichen oberkeiten hin und här tragen schwatzen verunglimpfe  
als verklage ob er gleich bey dem eydt so er der weltlichen  
10 oberkeit thun hete gefragt wurde soll er bey dem eydt so er  
unserem gottshaus und uns gethan schweigen und die sachen uns  
und die es antrifft lassen verantwohrten.  
3tio soll er eines gottsforchtigen züchtigen und ehrbahrlichen  
lebens seyn, ein grossen ernst autoritet und dapferkeit
- 15 gegen menniglichen es seye gleich jnnert oder usserhalb des gotts=  
haus ob tisch als anderstwo mit wohrt und werkhen ernstlich  
erzeigen und mit uns von und zue tisch auch auf die sontäg  
und fäst zue und von kirchen gehen und zue solcher zeit auf uns  
wahrten, es wäre dan sach dass er von gottshauses wegen  
20 mit anderen geschäften beladen wäre.  
Jtem er soll auch alle morgen nach unser mess sich erzeigen  
und fragen ob etwas zue schreiben seye und wan man nit missione  
anderst wohin als andere geschäft einfallen soll er alles was  
man jhn heisst abschreyben fleissiglich dem selben obligen und was  
25 vonöthen ist allweg schreyben und auch die substituten mit allem  
ernst darzue halten das sye gleichfahls dem abschreiben stäts  
obliggen auch ein jeden substituten nach nothurft strafen und alle leichtfer=

tigkheit wehren.

4to soll er mithin unsers gottshauses freyheit recht und

- 30 gerechtigkeiten es seyen brieff rödel oder ander gewahrsamminen  
fleissig erlesen und erlernen sye seyen im ambt wo sie wollen  
damit wan es vonnöthen er solches wüss anzuezeigen fürnemblich  
soll er auch aufsehen haben wo etwas vill oder wenig in einichen  
des gottshaus ämbteren durch liederligkeit des ambtmans oder sonst  
35 in einich ander weeg abgienge das er uns solches bey ermelten seinen  
eydt anzeige, damit wir solches abzustellen ordnung zue thuen  
wüssen.

- [4] 5to soll er auch was jhme von uns geheissen und befohlen wirdt  
gehorsamb willig undt unverdrossen unverhinderet, weib und kind  
und mannigliches ohngesaumbt es seye auf die gericht als wohin es  
wölle zue reithen als gehen, dasselbig mit trewen als so weit ihm sein  
5 verstand reicht ausrichten und thuen. Er soll auch ein eigen buech haben  
darin soll er klag und antwohrt und zue letst die urtheil verfassen.  
6to soll er in der cantzley weder von frömden noch heimbschen, geistlichen  
oder weltlichen kein gasterey noch zächen nit haben sonder die jeder  
zeit sauber und wol beschlossen und die substituten darzue halten das  
10 solches von jhnen auch nit fürgenommen werde.

7mo behalten wir uns bevor sämbliche bestallung jeder zeit  
zue minderen oder zue mehreren auch jhme urlaub zue geben und  
einen anderen an die stat zue nehmen ohngesaumbt mennigliches  
gleichfahls hatt er urlaub zue nehmen auch gewalt, doch soll jeder

- 15 theil dem anderen ein halb jahr darvor anzeigen damit sich  
jeder theil zue halten wüsse.

Umb undt für sein sömlich dienen haben wir jhme jährlich  
zue lassen versprochen, namblich

An weissmähl mütt 6

- 20 An wein eimer 6

An gelt K 200

An schmaltz lib 150

An käsen stuckh 4



Wann aber an kernen und wein wegen ohnfruchtbarhen  
 25 Jahren als gar zue theüren jahren eine noth oder mangel ent=  
 stehen möchte, geben wir jhme dafür dass paare gelte jeweilen  
 für ein mütt mähl 6 K für ein eimer wein 3 cronen cc.  
 Ferner von allen sachen halben cantzley tax (doch ist der  
 lehenschilling, auch das pergament so man dem gottshaus  
 30 zahlen solle, ausgenommen).  
 Item an holtz                                      klafter 12  
 Item für sein person die fñrstliche tadel.  
 Sein haus steht mitten im Dorf, hat ein sauberes höflin und  
 garten mit einem eignen bestendigen brunnen, wösch heüslin und  
 35 anderen zue gehörden die beste komblichkeiten.

## B2.2 Instructio pro P. Archivista vel Archivario

Archiv des Klosters Einsiedeln, Signatur: A. EC 14, §7

[1] § 7

## Instruction

pro P. archivista vel archivario

Iura vigilantibus scripta esse, iam pridem  
docuit experientia, privilegia sublata,  
gratiae amissae non alia culpa nisi ignorantia  
eorum, quorum fidei industriae atque officio con=  
credita fuerant. Noverit ergo pater archivista  
sive archivarius curae suae et industriae totius  
monasterii medulla at praecipuum thesaurum  
commissum, quem antecessores sui summa sollicitu=  
dine ad posterum transmiserint, quo semel amisso  
privilegia exspirabunt, gratiae cessabunt, iura in=  
friguntur et vix non totius monasterii status pessumibit. Ut  
igitur officium suum bene impleat, sequentia ob=  
servabit.

1. In casibus fortuitis incondii, belli vel al= terius periculi, omnibus aliis relictis cum maxi= ma sollicitudine unice studebit, monendo, hortando, instando ut archivo in tuto collocetur. Qua= propter cistas sive arcas in promptu habeat, in quibus commode confascinare possit.

- [2] 2. Si aliquo originali utatur, non diu extra cista iacere permittat, sed post usum mox iterum loco suo reponat. Itaque neque absque lic= entia abbatis cuiquam originale aliquod instru= mentum extradatur, etiam ad expediendum mona= sterii negotium, neque, nisi reversalibus ab eodem receptis, finitoque negotio mox iterum repetatur et, si sanum et illaesum receperit, reversales resti= tuantur vel lacerentur. Neminem tamen absque expressa licentia abbatis in archivum introducat aut intromittat, sive clericum sive regularem, multoque minus saecularem etiam officialem, ad aliquid legendum, exquirendum aut ostendum.
3. Omni sollertia invigilet, ut de novo er= ectas transactiones, pactiones, recessus, sententias et quaevis alia instrumenta ad suas manus re= cipiat et absque mora registro archivi inserat signatura notet et in assignata cista reponat. Neque instrumentum aliquod, semel registro inser= tum abiciat, antiquet aut laceret etiamsi sibi omnio inutile videatur. Studiose etiam caveat, ne instrumenta per modum libelli compacta a ver= mibus et tineis corrodantur aut alio modo vi= tientur; quare illa saepius visitet et repurget.
4. Acta semel in ordinem disposita, cistis assignatis reponat nec hinc inde in archivo

- [3] iacere permittat. De quibus veluti multo potius de instrumentis indicem sive registrum habeat, iuxta quod annuatim archivum revideat, errata corrigat, deficientia repetat.
5. Si libri vetusti in archivo asserventur, absque licentia abbatis nec abjiciantur nec alio transferantur, etiamsi inutiles aut superflui videantur, immo saepius a pulvere repurgentur, ne a tineis aut vermibus corrodantur aut alias maculentur. Quorum catalogum pater archivista penes se habeat, ut saltem in genere sciat, quid in quolibet contineatur.
6. Habeat igitur pater archivista generalem notitiam et cognitionem omnium, quae in archivo reperiuntur; in quo fine registra saepius perlegat libros revolvat, cistas visitet et curiose indaget. Si quod negotium monasterii audit, mox ruminet, an nihil in archivo habeat, quod illud concernat et adjuvet. Quodsi inaudierit ab officialibus contra privilegia, iura, pacta, transactiones monasterii committi, permitti vel omitti, tunc modeste tales admonet, vel secundum exigentiam melius informet aut si opus sit, abbatem certiore reddat, ut cum maiori efficacia errata corrigantur.
- [4] 7. Denique necesse est, ut pater archivista de omnibus, quae legit vel in consiliis aut aliis locis audivit, exactissimum observet silentium nec ullibi quicquam pandat aut evulget, nisi in loco ordinato et quantum ab ipso exigitur. Omni ergo meliori modo sollicitudine et cura pater archivista cuncta studeat observare, invigilet, laboret et suum officium strenue, prudenter et

secundum suam dexteritatem ac dictamen conscientiae  
impleat, quatenus aliquando deo et superioribus  
rationem raddere valeat.

### **B2.3 Bestallung des Archivars: Provisorische Übersetzung**

Die Erfahrung lehrt schon längst, dass die geschriebenen Rechte bewacht werden müssen. Wenn daher Gesetze vernichtet werden, Rechte verloren gehen oder eingezogen werden, Privilegien entzogen werden und Gunstbeweise vergangen sind, dann ist das ausschliesslich die Schuld derjenigen, deren Obhut, Fleiss und Aufgabenbereich diese Anvertraut worden waren. Der Pater Archivar muss daher wissen, dass das Mark und der wichtigste Schatz der ganzen Abtei seiner Sorge und seinem Fleiss übergeben wurde, welcher seine Vorgänger mit grösster Sorgfalt den Nachkommen überliefert hatten und wenn sie einmal aufgegeben werden sollten, auch Privilegien aufgeben, Gunst ausgesetzt und Rechte zerschlagen würden und nur mit Mühe nicht die ganze Stellung der Abtei zugrunde ginge. Damit er seinen Dienst gut erfüllen kann, soll er das Folgende beachten.

1. Im Falle einer Feuersbrunst, eines Krieges oder anderer Gefahr, muss er alles andere zurücklassen und sich mit grösster Sorgfalt einzig darum kümmern zu warnen, anzutreiben und nicht abzulassen, damit das Archiv als Ganzes erhalten bleibt. Deshalb muss er Kisten oder Kästen vorbereitet haben, in denen man das Archiv bequem wegbringen kann.
2. Wenn irgendwo Originale gebraucht werden, ist es nicht erlaubt, diese lange ausserhalb der Kiste liegen zu lassen, sondern er soll sie bald nach dem Gebrauch wieder an ihren Ort zurücklegen. Daher darf ohne die Erlaubnis des Abtes weder ein Original noch irgend ein Instrument jemandem herausgegeben werden, auch nicht um eine Angelegenheit des Klosters auszuführen und wenn er die Akten noch nicht zurückerhalten hat, nachdem eine Angelegenheit beendet ist, müssen diese bald wieder zurückgefordert werden; wenn er die Akten gesund und unversehrt zurückgenommen hat, müssen sie zurückgelegt oder zerrissen werden. Es darf niemand ohne die ausdrückliche Erlaubnis des Abtes ins Archiv hereingeführt oder hineingeschickt werden, weder ein Kleriker noch ein Mönch, viel weniger ein

Weltlicher oder Offizieller um etwas zu lesen, auszuforschen oder um ihm etwas zu zeigen etc.

3. Er muss mit allem Geschick darauf bedacht sein, dass er neu errichtete Transaktionen, Pakte, Rezesse, Urteile und jegliches andere Instrument in seine Hände bekommt und unverzüglich in das Register des Archivs einträgt, die Signatur notiert und es in die bezeichnete Kiste legt. Er soll kein Instrument, wenn es einmal im Register eingetragen ist, wegwerfen, abnutzen oder zerreißen, wenn es ihm auch ganz unnütz erscheint. Er muss auch sorgfältig sicherstellen, dass die einzelnen Blätter durch die Art ihrer Aufbewahrung nicht von Würmern und Motten oder auf andere Art zerfressen werden, dadurch, dass er diese oft kontrolliert und reinigt.
4. Die Akten dürfen nicht im Archiv liegen, bevor sie in der richtigen Ordnung eingereiht und in die bezeichnete Kiste zurückgelegt sind. Darum ist es zum Beispiel viel besser, von den Instrumenten einen Index oder ein Register zu haben, nach dem man das Archiv einmal im Jahr revidiert, Verirrungen korrigiert und Fehlendes zurücklegt.
5. Wenn alte Bücher im Archiv aufbewahrt werden, dürfen sie ohne die Erlaubnis des Abtes weder weggeworfen noch anderswohin gebracht werden, auch nicht, wenn sie unnütz oder überflüssig erscheinen; sie müssen im Gegenteil oft von Staub befreit werden, damit sie nicht von Würmern oder Motten zerfressen oder durch anderes besudelt werden. Der P. Archivar muss den Katalog kennen, damit er immer wenigstens weiss, welche Genera im Archiv enthalten sind.
6. Der Pater Archivar sollte demnach eine allgemeine Kenntnis und Kunde von allem haben, was sich im Archiv befindet; zu diesem Zweck sollte er öfters die Register durchlesen, die Bücher wiederholt aufschlagen, die Kisten kontrollieren und eifrig erforschen. Wenn er von einem Geschäft des Klosters hört, soll er möglichst bald wiedergeben können, ob er etwas im Archiv hat, was jenes betreffen und helfen könnte. Sollte ihm aber zu Ohren kommen, dass von den Oberen etwas gegen Privilegien, Rechte, Abkommen oder Transaktionen des Klosters veranstaltet wurde, diese unterschlagen oder aufgegeben wurden, muss er sie höflichst erinnern, gemäss der Forderung besser informieren oder, falls nötig, es den Abt wissen lassen, so dass die Abweichungen mit grösserer Effizienz berichtigt werden können.

7. Zuletzt ist es notwendig, dass der P. Archivar über alles, was er liest oder in Kapiteln oder an anderen Orten hört, vollständiges Stillschweigen bewahrt, damit er nicht irgendwo etwas ausbreitet oder bekannt macht, ausser an geeignetem Ort und nur so viel, wie verbreitet werden soll. Folglich ist es das Beste, wenn sich der P. Archivar mit ganzem Eifer und ganzer Sorge bemüht zu beobachten, zu überwachen und zu arbeiten und er seine Pflicht entschlossen, vorsichtig und seiner Gewandtheit und seinem Gewissen entsprechend erfüllt, insoweit, dass er sich dem Vertrauen Gottes und der Oberen wert erweist.

## **B2.4 Bestallung für den Sekretär Bartholomeus Schnider**

Archiv des Klosters Einsiedeln Signatur: A. LO 1

[1] Secretary Bartholomei Schnidter

eidt

8 may 1632

Ihr werden schweren dem hochwürdigen fürsten  
5 und herren herr Placido abbte des fürstlichen unser  
lieben frawen godtshaus Einsidlen und meinem  
gnedigen fürsten und herren getreüw, ge=  
horsam hold und gewertig zesind ihr fürstlich gnaden  
und dero godtshaus schaden zuo wrnen unnd  
10 ze wenden und der frommen und nuz fürder=  
en dero fürstliche cantzlei bywonnen und in all=  
en geschefften es sye mit schryben oder abschryb=  
en <sup>a</sup>item ouch in vertütschung der brieffen<sup>a</sup>  
wie ihr fürstliche gnaden oder dero befelchs habere  
15 von ihrent wegen eüch das anbefellen werden  
auff das flysigst verrichten. Ihr söllend

---

a...a gestrichen

- ouch des godtshauses heimlichkeiten (wo ihr  
derselbigen auss ablessung desselben brieffen  
büöcher rödlen und gewarsaminen oder  
20 durch vertrauwte rathschläg hörende reden  
oder in anderweg in erfarenheit [bringt]) was ihr  
fürstliche gnaden odr dero godtshauss und anbefoll=  
ene zuo schaden und nachtheil mag gereichen  
eüwer läbenlang nit zu offenbaren noch einiche  
25 <sup>b</sup>dergestalt<sup>b</sup> anleitung und wysung das ess offenbar werde nit  
geben.

- [2] Ihr söllend ouch inn ihr fürstliche gnaden unnd des godts=  
hausses geschefften es sye mit schryben, reysen  
und anderem mit fleissiger beharrlicher ver=  
richtung eüch instellen und in summa was  
5 eüch zuo verschwygen anbefollen mit allen  
treüwen verschwygen. <sup>c</sup>(...)<sup>c</sup>  
Ouch söll=  
end ihr andere sachen und reden so im godts=  
hauss sich verlouffend ess traffe die hausshaltung  
10 oder anders an durch dero ausbreitung die  
gemüdtter gegen einanderen möchten bewegt  
werden im godtshauss lassen verblyben ge=  
getrűwlich und ungevahrlich.

Eydt

- 15 Was mir da vorgelesen ist, das hab ich verstanden  
das will ich wahr und stät halten in allen synen  
puncten und articlen <sup>d</sup>so wahr mir godt helff<sup>d</sup>  
getrűwlich ohn alle böse geferd so wahr mir

---

<sup>b..b</sup> Nachtrag, andere Hand

<sup>c..c</sup> drei Zeilen gestrichen, Text nicht lesbar.

<sup>d..d</sup> gestrichen

godt helff und die heiligen.

- 20 Disen eydt hat Bartholome Schnidler auff seinen dienst geschworen auff der hofstuben sambstag den 8 tag anno 1632 hierby was herr subprior Marti Kachler und cantzler der ime disen eydt vorgelesen hat.

## **B2.5 Ordnung für die Kanzleischreiber**

Archiv des Klosters Einsiedeln, Signatur: A. NO 1

- [1] Canzley Ordnung für die substituten des gotshaus Einsidlen

- Weil die heylsamme saz unnd ordnung zuo pflanz
- 5 unnd erhaltung nit allein des christlich wandrer sunder auch gueten politice sehr fürderlich unnd nothwendig seindt, als sollen und werden die substituten in die canzley des gotshaus Ein= sidlen von jr fürstlichen gnaden nit anderst auf und angenommen
- 10 sie verheissen alen nachgesetzte zuhalten und observieren.

- Erstlich sollen bemelte substituten sich jederzeit eines christlichen züchtigen und lebens wandels befleissen unnd weilen hierzue die gotsforcht das fürnembste mittel auch dieselbe in disem
- 15 h. orth zuoüben gute gelegenheit ist sollen sie alle monath einmal reinen gewüssen beicht vater beichten und communicieren und alle sonn und feyr= tag die predig hören auch bey dem hohen ampt bis nach der elevation unnd der vesper
- 20 und salus beywohnen wie nit bis zum endt aller tag ohnfehlbar ein h. mess mit



- andacht hören unnd ebenmessig täglich (wo es nit  
canzley geschafft verhindert) dem salve gebürend  
massen beywonendt aufwarten.
- 25 Zum anderen sollen sie nit lenger als bis umb  
halbe sechse schlaffen unnd nach verrichten morgen  
gepet umb 6 uhren zue der maäss ghan.
- [3] Nach deren vollendung sie sich in die canzley verfüeg=  
endt den canzler befragen werden was selbig  
tag zuoschaffen oder schreiben seye unnd darauf  
umb sibne (die gebotne vasttäg ausgenommen)
- 5 die morgen suppen und sonst nichts anders  
semplich in der hofstuben essen. Wo sich einer oder  
der ander versaumpte solle die schand sein eigen sein  
und keinem zuogelassen dass er weder zue der  
noch anderen zeiten in die kuche gange umb weilen
- 10 etwas von dem koch zuebegeren oder darin zueessen.  
Zum dritten nach eingenommen früe suppen werden  
sy sich ohnverzogenlich in die canzley befinden  
darin bis zum mitag essen verbleibende mit  
diser bescheidenheit dass einer oder ander auff guet
- 15 dunkhen des canzlers, er seye wuchner oder nit  
(nach dem es nothwendig) ein viertel stund vor  
dem essen die tisch in der hofstuben thecke unnd  
alles was hierzuo erforderet wirt mit fleissig  
und suberkeit prepariere.
- 20 Ess wirt sich aber ein jeder und wehrendem  
essen mit zymender hoffligkeit einzustellen  
und vor der taffel gebürend massen auffzuo=  
warten wüssen.
- Zum vierdten wan man von dem tisch auffge=  
25 standen unnd alles silber geschir fleissig

- <sup>a</sup>(...) <sup>a</sup> und verwahrlich behalten mögen offft  
bemelte substituten auff den Brüel oder  
anderst wo spazieren gehen unnd sich widerumb  
umb ein uhr in der canzley besten befinden
- 30 <sup>b</sup>geseüberet auch alles  
anders zum tisch gehör=  
endt ordentlich und<sup>b</sup>  
<sup>c</sup>miteinandern doch  
nit fehrn von dem kloster<sup>c</sup>
- [2] und dorthen dem schreiben und canzleygeschefften  
bis umb 3 veste zeit obligen zuo welchen  
sie auch wann es anderst nit vil zueschryben  
gehn sollen und nach gehaltenem salve ebenmessig
- 5 sich widerumb bis zuo dem nachtessen zu der  
canzley einstellen.  
Zum fünfften mögen sie sommers zeit nach dem  
nachtessen gleichergestallt ohn fehren für  
das gotshaus hinaus spazieren mit dem
- 10 <sup>d</sup>geding<sup>d</sup> dass sie zue anziehung der früeglogen  
widerumb ohngesaumpt heimgen damit  
umb 3 viertel uff achte die letany unser lieben  
frauen für ein selliges endt von jme in der  
canzley stuben semplich gesprochen unnd sonsten
- 15 dem nacht gebet mit schuldig andacht verricht  
werde.  
Zum <sup>e</sup>fünften<sup>e</sup> ist von substituten die wöschhüten  
und das dorff genzlich undersagt. Wann aber

---

a...<sup>a</sup> ein Wort gestrichen, unlesbar; zu ersetzen mit Randnotiz <sup>b...b</sup>

b...<sup>b</sup> Randnotiz, andere Hand

c...<sup>c</sup> Randnotiz, andere Hand, als Präzisierung einzufügen in Zeile 28, nach spazieren.

d...<sup>d</sup> gestrichen, Randnotiz: anhang

e...<sup>e</sup> gestrichen, überschrieben mit sechsten

- gnuegsamme ursach oder noturft in die oder ander
- 20 orth zuo gehen erforderet solle dasselbig  
in allweg mit erlaubens des h. stathalters  
beschechen wie in gleichem berüerte substituten  
<sup>f</sup>die kramgasse<sup>f</sup> alle wyrzheüser alle plätz winkhel orth  
und gesellschaft, davon nit vil guets lehret
- 25 und besonders die conversation den weybern  
alligkliche meyden sich dergestalten in jrem  
thun, reden, siten und geberden verhalten  
dass niemandts kein billicher klag darob  
zuo füren habe.
- [4] Zum <sup>g</sup>sechsten<sup>g</sup> sollen die substituten jhr fürstliche gnaden  
nach erforderung der zeith und glegenheit mit gepür=  
enden reverenz zue der kirchen unnd anderer orthen  
begleiten unnd deroselben auff den dienst warten.  
<sup>h</sup>wie nit wenig  
wenn sie nach dem  
dem essen heim  
oder sust hinaus  
für das gotshaus  
ghen<sup>h</sup>
- 5 Zum <sup>i</sup>sibendten<sup>i</sup> werden die in die hiessige canzley  
auff und angenommne substituten mit jhren threüwen  
und ehren anloben des gotshaus nut zuefürderen  
und den schaden zuowenden unnd was in die canzley  
unnd canzleyischen geschefften geredt gehandelt
- 10 oder geschriben wirt bey sich behalten und niem=  
andts offenbaren.

---

<sup>f...f</sup> Randnotiz, andere Hand

<sup>g...g</sup> gestrichen, überschrieben mit sibendten

<sup>h...h</sup> Randnotiz, einzufügen in Zeile 3 am Zeilenende

<sup>i...i</sup> gestrichen, überschrieben mit achten, andere Hand

- Zum <sup>j</sup>achten<sup>j</sup> sollen die substituten den canzler gebür=  
ender massen respectieren jhme gehorsamen unnd das  
so jhnen zuoschryben oder anderer gestalt anbefohlen  
15 wirt mit fleiss verrichten.  
Zum <sup>k</sup>neündten<sup>k</sup> nit wenig sollen sich canzley ver=  
wandte und substituten der nüechterkeit  
befleissen heimliche und überflüssige trünkh ver=  
meiden und sich mit spyss und trankh so jhnen  
20 über disch gereicht wirdt ohne muren begnüögen.  
Letstlich weil das gemachte gesaz und  
ordnung wenig fruchtet ohn sein würkhliche vol=  
ziehung als man disen obgeschribnen puncten  
saumsellig und sträfflich weis nit nachgelebt  
25 sondern darwider gethan und vorgenommen wirt  
solle die straff in benemung des weyhns oder  
oder anderer gestalten auff guet bedunkhen herrn  
stadthaltern nit ausbleiben.  
<sup>l</sup>Zum <sup>m</sup>neündten<sup>m</sup> wan der wein jn des gotshaus namen  
30 zue verehren sollen sie <sup>n</sup>(...)<sup>n</sup>  
mit einander umb machen auf guethe bedunkhen herrn  
statthalter werden zwen oder einer allein den wein  
zue verehren geschickt werden die sich <sup>o</sup>alsbald<sup>o</sup>  
nit laden lassen sondern alsbald widerumb jn  
35 das gotshaus herfürren sollen.<sup>l</sup>

---

<sup>j...j</sup> gestrichen, überschrieben mit neündten, andere Hand

<sup>k...k</sup> gestrichen, überschrieben mit zehnten, andere Hand

<sup>l...l</sup> Nachtrag, andere Hand

<sup>m...m</sup> gestrichen, überschrieben mit zehndten, gleiche Hand wie Nachtrag <sup>l...l</sup>

<sup>n...n</sup> drei Wörter gestrichen, unlesbar

<sup>o...o</sup> gestrichen

## B.2.6 Bestallung für den Archivschreiber Wolfgang Dietelin

Archiv des Klosters Einsiedeln, Signatur: A. NO 3

[1] Instruction

für den archivscribenten

Wolfgang Dietelin

Erstlich soll derselbe das archiv sommerszeit <sup>a</sup>und winters=<sup>a</sup>

5 <sup>b</sup>morgens von halber 6 uhr und winterszeit<sup>b</sup>

<sup>c</sup>morgen<sup>c</sup> von 6 uhr bis zum mittagessen, sodann

eine stund nach dem mittagessen bis zum

abendtisch fleissig frequentiren auch die unter

solcher zeit ihm anvertraute <sup>d</sup>und committirte<sup>d</sup>

10 verrichtungen ordentlich und fleissig expedieren.

Zweytens solle er nichts aus dem archiv entziehen

oder jemand in die archiv = stuben hinein=

führen, sondern den ihm eingehändigten schlüssel

in guter verwahr haben. Dabey getreü und ver=

15 schwigen seyn, nichts erzellen oder eroffnen, was

ihm etwann zu handen kommt oder zu schreiben

gegeben wird. Vielweniger eine abschrift der

briefschaften nehmen oder jemand einen extract

mittheilen.

20 Drittens soll er sich gottsförchtig aufführen, alle

tag vor anfang seiner arbeit eine hl. mess

anhören, auch gegen samtlichen <sup>e</sup>(...)<sup>e</sup> R.R. P.P.<sup>f</sup> Patribus

und fratribus sich respectuos und manirlich

---

a...a Randnotiz, andere Hand

b...b gestrichen

c...c Randnotiz, andere Hand

d...d gestrichen

e...e gestrichen, unleserlich, ev. herren

f...f ergänzt, andere Hand

- verhalten und sonsten gegen männiglich sich  
25 einer höflichen und guten conduit gebrauchen.
- [2] Viertens last man ihn an sonn = und feyrtägen,  
wann nichts besonders vorkommt, von gewöhnlicher  
archiv = arbeit frey. Doch solle er an diesen tägen  
vorderist den öffentlichen gottes diensten und predigen  
5 beywohnen, sodann bey <sup>g</sup>den übrigen<sup>g</sup> müssigen  
stunden sich in <sup>h</sup>der schreiberey<sup>h</sup> <sup>i</sup>schreiben<sup>i</sup> perfectioniren  
<sup>j</sup>und sich eine gute kleine = und grosse Cantzley=  
schrift angewohnen.<sup>j</sup>  
Fünftens hat er sich weiters keiner anderen geschäften  
10 anzunehmen, als allein was ihm von dem P.  
archivisten angeordnet wird. Und so er in  
seinen verrichtungen einigen anstand findet  
oder sonsten einen mangel und abgang leidet,  
mag er sich desswegen bey obged<sup>k</sup>(...)<sup>k</sup> P. archivisten  
15 anmelden. Herentgegen wird ihm  
Sechstens für solche seine verrichtungen dermahlen  
zur besoldung angewisen 20 Cronen  
samt einem anständigen unterhalt in speis  
und trank, zimmer, beth und wäsch.  
20 Zu dessen gesicherten vollziehung ist  
ihm diese instruction und bestallung.

---

<sup>g...g-h...h</sup> gestrichen

<sup>i...i</sup> ergänzt, Hand B

<sup>j...j</sup> gestrichen

<sup>k...k</sup> Schluss des Wortes abgekürzt, unlesbar

## Anhang C:

### C1 Fragenkatalog zum Archiv von P. Thomas Jann

inklusive die zugehörigen Antworten von Abt Niklaus Imfeld und P. Anselm Müller, Statthalter von Sonnenberg<sup>916</sup>

Der Text ist in paraphrasierter Form wiedergegeben.

Für die Interpretation des Fragenkatalogs gilt es zu beachten, dass die Zusammenstellung der Fragen mit den Antworten Anselm Müllers künstlich vorgenommen wurde. Zwischen den Antworten des Abtes und jenen Müllers liegen tatsächlich mehr als drei Jahre.

1. Muss der Status Actorum<sup>917</sup> jedem Faszikelbündel beigelegt werden oder genügen die Dorsualnotizen auf den Dokumenten für die erste Übersicht über den Inhalt eines Faszikels?

*Imfeld:* Die alten Dorsualnotizen sollen auf den Dokumenten belassen werden. Wenn allerdings der Status Actorum dem Faszikel beigelegt wird, erlaubt dies einen schnellen Überblick über den Inhalt eines Faszikels.

*Müller:* Der Generalindex und das Summarium müssten eigentlich zum Auffinden eines Dokumentes genügen. Falls aber zusätzlich der Status Actorum aufbewahrt werden soll, ist dagegen nichts einzuwenden.

2. Sollte aus konservatorischen Gründen nicht besser auf das Anbringen neuer Dorsualnotizen auf den jüngeren Dokumenten verzichtet werden?

*Imfeld:* Die Dorsualnotizen bilden die sicherste Art ein Dokument zu bezeichnen. Lose Blätter hingegen können verloren gehen. Mit dem Anbringen dieser Regesten muss aber unbedingt bis ganz am Schluss der Arbeit gewartet werden, da Fehler nur schwierig zu korrigieren sind.

---

<sup>916</sup> Diarium Michael Schlageter, StiAE, Sig. A. HB 63 (Jahr 1773), Kopie, S. 3-5.

<sup>917</sup> Das als Status Actorum bezeichnete Papier entstand im Prozess der Verzeichnung der Dokumente im Archiv. Wenn der Archivar einen Faszikel als vollständig betrachtete, verfasste er Regesten zu jedem Dokument und stellte diese auf losen Blättern zusammen. Auf der Grundlage dieses Status Actorum stellte der Archivar, nach Abschluss der Ordnung aller Dokumente eines Amtes, das Summarium zusammen. Vgl dazu: Archivverordnung 1773, Abs. 23, S. 25.

*Müller:* Auf die Dorsualnotizen sollte besser verzichtet werden, da sie in der geforderten Kürze nur schwer zu verfassen sind und Fehler schwer verbessert werden können.

3. Müsste der Inhalt des Status Actorum zusätzlich in ein Summarium eingetragen werden, falls der Entschluss gefasst werden sollte, der Status Actorum solle jedem Faszikel beigelegt werden?

*Imfeld:* Nein, diese Massnahme wäre in diesem Fall unnötig. Etwas Ähnliches wurde bis anhin auch nicht gemacht.

*Müller:* Ein Summarium muss in jedem Fall verfasst werden. Einerseits geht ein solches Buch viel schwerer verloren als lose Blätter, andererseits leisten diese Bücher den angehenden Statthaltern gute Dienste, da diese sich mit den Büchern einen guten Überblick über ihre Rechte und Pflichten in der von ihnen verwalteten Herrschaft verschaffen können.

4. Muss die Individualzahl auf jedem Dokument angebracht werden oder reicht die Jahreszahl zur eindeutigen Identifikation aus?

*Imfeld:* Die Individualzahl gehört auf jedes Dokument, da die Möglichkeit besteht, dass mehrere Dokumente aus demselben Jahr stammen.

*Müller:* Die Individualzahl muss auf jedem Dokument angebracht werden, da in einem Faszikel nicht aus jedem Jahr ein Dokument vorhanden ist. Spätere Benutzer können deshalb die richtige Reihenfolge der Dokumente nicht mehr zweifelsfrei ermitteln.

5. Ist eine vierteilige Signatur mit Signum Genericum und Signum Specificum notwendig?

*Imfeld:* Da das Amt Eschenz bereits so eingerichtet ist, soll diese Art der Signatur weitergeführt werden.

*Müller:* Wie Lucas von der Weid überzeugend dargelegt hat, ist das Signum Specificum überflüssig und kann durch eine Vermehrung der Faszikel problemlos vermieden werden.

6. Wo muss ein Dokument abgelegt werden, in dem Gegenstände aus verschiedenen Faszikeln oder gar Ämtern enthalten sind?



*Imfeld:* Das Dokument selbst soll in demjenigen Faszikel abgelegt werden, dessen Titel den Hauptgegenstand für das Vorhandensein eines Dokumentes beinhaltet. In den übrigen Faszikeln muss ein Verweis auf den Standort des Originals gemacht werden.

*Müller:* Ein solches Dokument muss so oft abgeschrieben werden, wie es in verschiedene Faszikel abgelegt werden soll. Das Original gehört in denjenigen Faszikel, dessen Titel den Hauptgegenstand des Dokumentes beinhaltet, in die übrigen Faszikel wird eine Kopie zusammen mit einem Verweis auf das Original abgelegt. Zusätzlich müssen diese Verweise auch im Summarium eingetragen werden.

7. Soll der Numerus Inclusus (die mit einem Kreis umgebene arabische Zahl) für die Bezeichnung der Genera, das Alphabet aber für die Bezeichnung der Species verwendet werden?<sup>918</sup>

*Imfeld:* Zu dieser Frage bestehen kontroverse Meinungen. Die einen wollen nur das bereits beinahe vollendete Amt Eschenz in dieser Form signieren, die anderen wollen das ganze Archiv nach diesem System ordnen.

*Müller:* Da das Amt Eschenz nun einmal nach diesem System geordnet ist, soll daran nichts mehr geändert werden. Für die übrigen Ämter ist diese Art der Signatur aber zu unterlassen.

8. Müssen die Stiftungsurkunden und andere wichtige Dokumente aus Sicherheitsgründen in spezielle Kisten verpackt werden?

*Imfeld:* Das muss unbedingt so gemacht werden. Es ist aber darauf zu achten, dass dadurch keine Unordnung entsteht. Zusätzlich müssen diese Kisten an einem besonders sicheren Ort aufbewahrt werden.

Müller äusserte sich zu dieser Frage nicht.

9. Könnten die im Moment in ihrer Zahl stark anwachsenden Appellationsbücher, Rödel und Gülden auch in separaten Kisten aufbewahrt werden, damit der Zugriff auf diese erleichtert würde?

---

<sup>918</sup> Wahrscheinlich hat Michael Schlageter diese Frage falsch abgeschrieben, denn es stand nie zur Diskussion, dass das Alphabet zur Bezeichnung der Species verwendet werden sollte. Die Species waren im Archiv des Amtes Eschenz mit einer arabischen Zahl bezeichnet. Die Antworten beziehen sich ebenfalls auf diese Signatur und nicht auf eine neue, dritte Variante.

*Imfeld:* Falls dies gemacht werden sollte, wäre darauf zu achten, dass in den Kisten genügend freier Platz für den zukünftigen Zuwachs gelassen würde.

*Müller:* Diese Art Schriftgut soll in besonderen Kisten aufbewahrt werden, damit ihre grosse Zahl die übrigen Dokumente nicht verdrängt.

10. Muss diese Art von Schriftgut ebenfalls eine neue Signatur erhalten, oder kann die alte belassen werden?

*Imfeld:* Die alten Signaturen sollen beibehalten werden. Im Status Actorum und im Generalindex muss aber darauf hingewiesen werden.

*Müller:* Die alte Signatur soll beibehalten werden, da diese Dokumente in den Urbaren mit der alten Signatur zitiert werden. Es würde zu viel Zeit beanspruchen, wenn alle Urbare neu geschrieben werden müssten, zusätzlich würden sie dadurch ihre Authentizität verlieren.

11. Signaturen welcher Art sollen die im Archiv liegenden Dokumente zu Streitsachen bekommen?

*Imfeld:* Diese Dokumente brauchen keine Signatur und müssen auch nicht geordnet werden.

*Müller:* Diese Frage soll der zukünftige Archivar entscheiden, nachdem alle 22 Ämter neu geordnet worden sind.

12. Müssen die Ecclesiastica von den Temporalia getrennt verzeichnet und aufbewahrt werden?

*Imfeld:* Zu diesem Punkt hat der Statthalter keine Einwände; eine solche Unterteilung scheint angemessen zu sein.

*Müller:* Vor allem in Ämtern mit umfangreichen Archivalien scheint diese Massnahme sinnvoll zu sein.

13. Müssen Ecclesiastica und Temporalia mit unterschiedlichen Signaturen versehen werden?

*Imfeld:* Es soll nach dem Vorbild des Amtes Eschenz weitergefahren werden.

*Müller:* Nein.

14. Welche Signatur sollen die Miscellanea eines jeden Amtes erhalten?

*Imfeld:* Miscellanea müssen vermieden werden. Diese hatten ja die aktuellen Probleme erst überhaupt verursacht.

*Müller:* Die Miscellanea werden in jedem Amt an letzter Stelle verzeichnet und mit der entsprechenden Signatur versehen.

15. Mit welchem Amt soll die Neuordnung in Angriff genommen werden?

*Imfeld:* Es soll mit den beiden kleinen Ämtern Kaltbrunn und Reichenburg begonnen werden, damit möglichst bald ein vollständig geordnetes Amt vorliegt. Anhand eines solchen Beispiels könnten dann noch Korrekturen vorgenommen werden. Aber auch die Ämter Gachnang, St. Gerold oder Sonnenberg kommen in Frage, da diese von Pater Lucas bereits beinahe abgeschlossen worden sind.

*Müller:* Es sollte eher mit einem kleineren Amt begonnen werden.

16. Sollte das Ordnungssystem nicht doch besser von einem anderen, wohl geordneten Archiv übernommen werden?

*Imfeld:* Nein, es soll nun unverzüglich mit der Umsetzung des beschlossenen Systems begonnen werden.

Müller äusserte sich zu dieser Frage nicht.

17. Soll dem Archivar ein Gehilfe zur Seite gestellt werden?

*Imfeld:* Ja, es soll ein tauglicher Gehilfe ernannt werden.

Müller äusserte sich zu dieser Frage nicht.

## **C2 Kurzbiografien der klösterlichen Hauptakteure (Äte, Paters und Fratres)**

**Baumgarten, Lorenz** (3.7.1701-13.9.1769), stammte aus Wolmirstetten bei Magdeburg. Bruder Lorenz war von Beruf Schreiner. Er legte am 29.6.1727 im Kloster Rheinau seine Profess ab. Als geschickter Feldmesser und Kartenzeichner übernahm er mehrere Aufträge auch von anderen Klöstern. So vermäss und zeichnete er unter anderem in den Jahren 1759-1761 den Einsiedler Besitz in Eschenz und Freudenfels.

**Brenzer, Meinrad** (22.5.1695-21.2.1765), stammte aus Würzburg und war, vor seinem Eintritt ins Kloster, Hofrat des dortigen Fürstbischofs. Pater Meinrad hatte

eine juristische Bildung genossen und amtierte wohl auch deshalb zwischen 1735 und 1765 als Stiftsarchivar. Von ihm stammte der erste Entwurf für das ab 1773 umgesetzte neue Ordnungssystem des Archivs, den er wahrscheinlich anschliessend an das Konzil von 1730 ausgearbeitet hatte. Bonaventura Müller und Lucas von der Weid arbeiteten beide unter seiner Leitung als Gehilfen im Archiv.

**Dietrich, Josef** (11.11.1645-5.4.1704), stammte aus Rapperswil. Er amtierte als Stiftsarchivar von 1690-1692. Ab dem Jahr 1670 bis zu seinem Tod 1704 verfasste er sein umfangreiches Diarium, in dem sich auch einige Bemerkungen zum Archiv finden.

**Hartmann, Dionys** (13.12.1636-25.5.1689), stammte aus Luzern. Er amtierte als Stiftsarchivar von 1671 bis zu seinem Tod 1689.

**Huber, Anton** (16.5.1700-21.11.1769), stammte aus Tuggen. Von 1730-1741 versah er das Amt des Statthalters in Einsiedeln. Lucas von der Weid warf ihm vor, er habe in dieser Funktion die für das Archiv beauftragten Patres von ihren Posten abgezogen und somit eine Neuordnung der Archivalien verhindert. Ab 27.10.1750 bis zu seinem Tod war er Statthalter in Freudenfels. In dieser Funktion verweigerte er Lucas von der Weid im Jahr 1758 eine Besichtigung des dortigen Archivs, da er mehr dem System Bonaventura Müllers zugeneigt war.

**Imfeld, Nikolaus** (25.4.1694-1.8.1773), stammte aus Sarnen. Abt Nikolaus betätigte sich in erster Linie als Bauherr und brachte unter anderem den Stiftsneubau zum Abschluss. Die Probleme im Archiv scheinen ihm eher fern gelegen zu haben. Jedenfalls konnte er sich nie wirklich zu einer konsequenten Entscheidung in dieser umstrittenen Frage durchringen.

**Imfeld, Sebastian** (16.5.1763-23.4.1837), stammte aus Sarnen. Er amtierte vom 17.10.1791-1809 mit Unterbrüchen als Archivar. Unter seiner Leitung wurde das Summarium zum Amt Einsiedeln verfasst. Von ihm stammt auch die Vorrede im ersten Band dieses Werks.

**Jann, Thomas** (4.4.1732-4.3.1798), stammte aus Stans. Während seiner Amtszeit als Archivar, vom 20.11.1767-20.10.1769, brachte er die Diskussion um die blockierte Neuorganisation des Archivs wieder in Gang und verfasste den Fragekatalog zuhanden des Abtes Nikolaus Imfeld. 1769 trat er die Nachfolge Anton Hubers als Statthalter in Freudenfels an.

**Küttel, Beat** (2.6.1733-18.5.1808), stammte aus Gersau. Er nahm als Statthalter von Einsiedeln am Kapitel vom Mai 1768 teil, in dem das weitere Vorgehen im Archiv diskutiert wurde. Am 4.12.1780 wurde er zum Abt gewählt und erlebte in dieser Funktion die temporäre Aufhebung des Klosters durch die Helvetische Regierung.

**Landtwing, Markus** (14.7.1759-13.3.1813), stammte aus Zug. Pater Markus floh vor dem Einmarsch der französischen Truppen, wie die meisten anderen Patres, nach St. Gerold. Im November 1801 kehrte er nach Einsiedeln zurück und gehörte in der Folge der so genannten Siebnerkommission an, welche die Wiederherstellung des Klosters bewerkstelligen sollte. In dieser Funktion übernahm er am 5. Oktober 1802 das Archiv aus der Hand des Zuger Landschreibers.

**Müller, Anselm** (25.10.1717-24.9.1786), stammte aus Näfels. Ab dem 17.4. 1768 amtierte er bis zum Jahr 1782 als Statthalter in Sonnenberg. Dekan Michael Schlageter hatte ihm den von Thomas Jann zusammengestellte Fragekatalog zum Archiv nach Sonnenberg geschickt. In zwei Briefen aus dem Jahr 1771 tat er seine stark von Lucas von der Weid beeinflusste Meinung zu den Fragen kund.

**Müller, Bonaventura** (30.7.1721-30.10.1767), stammte aus Altheim in Baden. Vor seinem Eintritt ins Kloster studierte er an der Universität Würzburg, wo er seine Studien 1740 als Doktor der Philosophie abschloss. Ab 1756 arbeitete er als Archivar unter der Leitung von Meinrad Brenzer im Stiftsarchiv und versah im Mai 1757 die Archivalien in Freudenfels mit der von ihm verfochtenen vierteiligen Signatur.

**Müller, Dionysius** (1701-17.6.1766), stammte aus St. Gerold. Zwischen 1740 und 1750 war er zweiter Archivar, wurde danach aber aus gesundheitlichen Gründen als Expositus nach St. Gerold versetzt, wo er bis zu seinem Tod blieb.

**Müller, Marian** (2.10.1724-17.11.1780), stammte aus Aesch im Kanton Luzern. Am 15.7.1763 wurde er aus Bellinzona nach Einsiedeln berufen, wo er das Amt des Subpriors übernehmen musste. Ab dem 23.11.1771 amtierte er als Archivar und verfasste in dieser Funktion die Archivverordnung von 1773. Am 11.8.1773 wurde er zum Abt gewählt.

**Reimann, Placidus** (19.8.1594-9.3.1670), stammte aus Einsiedeln. Am 9.3.1629 wurde er in geheimer Wahl zum Abt erkoren. Er ordnete nach 1629 das Stiftsarchiv neu und veranlasste unter anderem die Herausgabe der *Libertas Einsidlensis* und der *Documenta Archivii Einsidlensis*.

**Ruoff, Matthäus** (4.7.1715-18.12.1756), stammte aus Reichenau. Er hatte an der Universität in Prag kirchliches und bürgerliches Recht studiert und erwarb sich dort die Befugnis, als Rechtsanwalt tätig zu sein. Ab 1750 war er als Nachfolger für Dionys Müller zweiter Archivar.

**Saylern, Gallus von** (14.1.1718-29.10.1791), stammte aus Wil. Zwischen 1741 und 1756 führte er ein Tagebuch, in dem er sich auch zu den Ereignissen im Archiv äusserte. Ab 1756 war er Probst in Fahr, 1768-1774 und 1784-1787 Probst in St. Gerold. Im Übrigen engagierte er sich nicht direkt in der Auseinandersetzung um die Führung des Archivs.

**Schlageter, Michael** (14.6.1704-23.2.1786), stammte aus Zell im Wiesenthal in Baden. Ab 1740 amtierte er als Stiftsstatthalter, zwischen 1753 und 1774 als Dekan. Während er in Einsiedeln diese beiden Ämter versah, schuf er ein umfangreiches und als historische Quelle ausserordentlich wertvolles Diarium. Im Jahr 1774 wurde er als Probst nach St. Gerold versetzt.

**Von der Weid, Lucas** (22.2.1711-26.4.1785), stammte aus Freiburg in der Schweiz. Ab dem 28.11. 1750 arbeitete er bis zum 3.11.1755 unter der Leitung von Meinrad Brenzer im Archiv. Danach wurde er nach St. Gerold gesandt, wo er das dortige Archiv ordnen sollte. Ab April 1758 kümmerte er sich um das Sonnenberger Archiv, von wo ihn Abt Marian Müller 1779 zurückrief, da er sehr gebrechlich war und sich kaum mehr an einem Gehstock fortbewegen konnte.

## Bibliographie

### Ungedruckte Quellen

#### Archivverzeichnisse und Findmittel

- Index alphabeticus über die Ecclesiastica beyder kirchen Eschenz und Burg, ohne Jahr, StiAE, ohne Signatur.
- Index generalis archivii Einsidlensis, Des gottseeligen fürst Placidi eigene handschrift 1630, Abschrift von 1696, StiAE, ohne Signatur.
- Registratura Superioris Archivii Einsidlensis, Pars prior und Pars posterior, ohne Jahr, StiAE, ohne Signatur.
- Repertorium des Klosterarchivs Ittingen 1743, StATG, Sig. 7'42'31.
- Summarium des Amtes Einsiedeln, verfasst von Sebastian Imfeld, Bd.1, 1797, StiAE, ohne Signatur.
- Summarium über das Amt Eschenz, unvollständig, ohne Jahr, StiAE, ohne Signatur.
- Summarium über die Ecclesiastica der Kirchen Eschenz und Burg, ohne Jahr, StiAE, ohne Signatur.

#### Diarien

- Diarien P. Josef Dietrich, 1670-1701, StiAE, Sig. A. HB 1-11.
- Diarium Abt Beat Küttel, 1782-1797, StiAE, Sig. A. HB 74.
- Diarium P. Othmar Ruepp, 1778-1779, StiAE, Sig. A. HB 67.
- Diarium P. Gallus von Saylern, 1741-1756, StiAE, Sig. A. HB 77.
- Diarien P. Michael Schlageter, 1743-1774, StiAE, Sig. A. HB 16, 18-36 und 39-64.

#### Verschiedenes

- Akten des Kanzlers, 1579-1795, StiAE, Sig. A. HO 1 bis 14.
- Amt Männedorf, Der grosse Zehnten, StiAE, Sig. O. P 1.
- Appellationsbücher, StiAE, Sig. A. QL 1 und 4.

- Archivverordnung, verfasst von P. Marian Müller, 1773, StiAE, ohne Signatur.
- Aurea Bulla (Goldene Bulle) von Kaiser Sigismund, mit der er die Vogteirechte der Schwyzer über Einsiedeln bestätigte. StiAE, Sig. A. XI 9 und DAE, Litt. I, Nr. 21.
- Bestellungen und Akten des Archivschreibers und des Kanzleisubstituten, StiAE, Sig. A. NO 1 bis 3.
- Bestellungen und Akten des Sekretärs, 1632-1783, StiAE, Sig. A. LO 1 bis 14.
- Bestallungsbuch aller Beamten, 1585-1600, StiAE, Sig. A. GO 1.
- Brief von P. Anselm Müller zum Fragekatalog von P. Thomas Jann, ohne Datum, in: Diarium von P. Michael Schlageter, Bd. 63, StiAE, Sig. A. HB 63.
- Briefe (3 Stk.) von P. Anselm Müller an den Dekan P. Michael Schlageter, 29. März, 5. Mai und 19. Mai 1771, in: Diarium von P. Michael Schlageter, Bd. 63, StiAE, Sig. A. HB 63.
- Brief des Regierungsstatthalters des Kantons Schwyz an den Bürger Kantonsrichter Zay, 15.12.1801, StiAE, Sig. A. OS 8.
- Briefe (2 Stk.) von P. Michael Schlageter an P. Lucas von der Weid, 21. Mai und 8. Oktober 1771, in: Diarium von P. Michael Schlageter, Bd. 63, StiAE, Sig. A. HB 63.
- Brief von Beat Steinauer, Verwalter der Besitzungen des Klosters, an den Finanzminister, 4.2.1801, BAR, Zentralarchiv der Helvetischen Republik, 1798-1803, Band 2557, S.220.
- Brief des Regierungsstatthalters Truttmann an den Finanzminister, 12. Februar 1801, BAR, Zentralarchiv der Helvetischen Republik, 1798-1803, Band 2557, S.222.
- Brief des Verwalters des Einsiedler Archivs an Bürger Suter, Regierungsstatthalter des Kantons Schwyz, 20.12.1801, StiAE, Sig. A. OS 9.
- Briefe (3 Stk.) von P. Lucas von der Weid an den Dekan P. Michael Schlageter in Einsiedeln, 24. November 1758, 3. Januar 1759 und 4. Oktober 1759, als Beilage im Diarium P. Michael Schlageter, Bd. 30, zwischen den Seiten 148 und 149, StiAE, Sig. A. HB 30.
- Burkhardenbuch, 2 Bände, um 1430, StiAE, Sig. A. II 1 und A. II 2.
- Documenta Archivii Einsidlensis (DAE), insgesamt 14 Bde., davon 5 Bde. gedruckt 1665-1681, StiAE, ohne Signatur.
- Ehrschatz und Fertigungsrechte, 1620-1797, StiAE, Sig. A. WM 7 bis 11.



- Ernennungsurkunde für Bernhard Eberle zum Verwalter des Einsiedler Stiftsarchivs, 3.3.1801, StiAE, Sig. A. OS 1.
- Flüeler, P. Norbert: Das Stiftsarchiv Einsiedeln, seine Geschichte, seine Einrichtung, seine Bestände, Masch. 1930.
- Fragenkatalog von P. Thomas Jann an Abt Nikolaus Imfeld aus dem Jahr 1768, in: Diarium P. Michael Schlageter, Bd. 63, S. 3-27, StiAE, Sig. A. HB 63.
- Genealogie Jütz, zusammengestellt von Peter Inderbitzin, StASZ, Privatarchive, Findmittel 101, Nr. 52.
- Geschichte des Stammes Hegner aus der March, verfasst von Johann B. Kälin, unveröffentlichte genealogische Arbeit, StASZ, Pers. Akten Hegner.
- Hofrodel Einsiedeln, in: DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 58-63.
- Instructio pro P. Archivista vel Archivario, in: Instructiones Speciales pro Officialibus nostri Monasterii, § 7, StiAE, Sig. A. EC 14.
- Kanzleibrief von 1562, (Schiedsgerichtsurteil von Schwyz betreffend die Kanzlei in Einsiedeln), in: DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 113-118 und Kanzleirechte, StiAE, Sig. A. XL 2.
- Kanzleikalender, in: Konzeptbuch, StiAE, Sig. A. YL 2.
- Kanzleirechte, StiAE, Sig. A.XL.
- Konzeptbücher, StiAE, Sig. A. YL 1-15 und 17-19.
- Kurtzer und und grundtlicher bericht welcher gestalt das fürstliche gottshaus Einsidlen von disen schirmvögten wider habendes recht angefochten und darumb nothgetrungen das liebe recht anzuerueffen, Druckschrift, StiAE, Sig. A. LK 3.
- Pfrundakten Weiningen, StAZH, Sig. E. I. 30.137.
- Protokolle der Jahrgerichte, 1379-1616, StiAE, Sig. A. BM 1-3
- Protokolle der Jahrgerichte und Sessionen, 1657-1829, StiAE, Sig. A. DM 1-12.
- Rechnungsbuch von Abt Thomas Schenklin, StiAE, Sig. A. TP 16.
- Stiftungen für die Kapellen, StiAE, Sig. A. XA 5 und A. XA 6.
- Tabella oder kurtzer und succincter Begriff aller deren in dem geometrischen Grundt-Riss der Einsiedlischen Herrschaften Eschenz und Freudenfels, verfasst von Frater Lorenz Baumgarten von Rheinau, ohne Jahr, StiAE, Sig. C. NB 12.
- Totenbuch der Pfarrkirche Einsiedeln, 1620-1719, Pfarrarchiv Einsiedeln.

- Übergabeprotokoll für das Archiv des Klosters Einsiedeln, 5.10.1802, StiAE, Sig. A. OS 11.
- Urteilsschriften des fürstlichen Gerichts in Einsiedeln, StiAE, Sig. A. QM 2 und 3.
- Verbalprozess über die Obsignatur das unter der Verwaltung und Verantwortlichkeit des Herrn Verwalters Eberle stehenden Archivs des löblichen Klosters Einsiedeln, 24.9.1802, StiAE, Sig. A. OS 11.
- Vertrag zwischen dem Kloster Einsiedeln und Schwyz bezüglich der Kriegssteuer, 21. Juni 1645, StASZ, Archiv 1, Urkundensammlung, Sig. 1368. und StiAE, Sig. A. NK 34.
- Verzeichnis der Archivare des Einsiedler Stiftsarchivs, masch. ohne Jahr, StiAE, ohne Signatur.
- Waldstattbuch, in: DAE, Bd. 2, Litt. K, S. 64-81.

### **Gedruckte Quellen**

- Dietrich, P. Josef: Auszug aus dem Tagebuch 1670-1680, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 22, (1911), S.3-150.
- Dietrich, P. Josef: Tagebuch 1681-1692, unter Fürstabt Augustin Reding, Bearbeitet von Magnus Helbling, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 23, (1913), S.71-207.
- Dietrich, P. Joseph: Tagebuch als Statthalter von Pfäffikon, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 19, (1908), S. 37-82.
- Dietrich, P. Josef: Tagebuch als Beichtiger im Kloster Fahr, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 19, (1908), S. 83-140.
- Dietrich, P. Josef: Tagebuch unter den Fürstäbten Raphael und Maurus 1692-1704, Bearbeitet von Magnus Helbling, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 73, (1918), S.63-176.
- Eidgenössische Abschiede, IV/a, Sp. 535.
- Fäsi, Johann Conrad: Staats- und Erdbeschreibung der ganzen Helvetischen Eidgenossenschaft etc., 4 Bde., Zürich 1765-1768.
- Fassbind, Josef Thomas 1755-1824: Schwyzer Geschichte, Bearbeitet und kommentiert von Angela Dettling, 2 Bde., Zürich 2005.

- «Historisches über den Kanton Schwyz», Die Kantonsbeschreibung von Frühmesser Augustin Schibig (1766-1843), Buchstaben E-J, bearbeitet von Erwin Horat und Peter Inderbitzin, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Bde. 92-96, (2000-2005).
- Kuhn, Hans Jörg: Transkription der Archivverordnung des Einsiedler Konventualen P. Marian Müller (1724-1780), in: Der Geschichtsfreund, Bd. 163, (2010), S. 189-234.
- Leu, Hans Jacob: Allgemeines helvetisches, eydgenössisches oder schweizerisches Lexicon, Zürich 1747-1765, Bde. 1-20, (Leu-Lexikon).
- Libertas Einsidlensis oder begründeter kurzer Bericht und Beweis dass das fürstliche Gottshaus Einsidlen in freyem Standt gestiftet noch jemal einem Landtherren unterworfen sonder mit seinem selbst aigen Gerichten Regalien Ober= und Landtsherrlichkeit versehen gewest und billich noch seyn solle. Mit beygesetzten etlichen solchem Beweis dienlichen Documenten. Aus etlichen besondern zu end vermeldten Ursachen in offnen Truck gegeben, Einsiedeln 1640, StiAE, ohne Signatur.
- Mayer, Hermann: Die Matrikel der Universität Freiburg i. Br. 1460-1656, Bd. 1, Freiburg i. Br. 1907.
- Sammlung Zurlauben: Acta Helvetica, Gallica, Germanica, Hispanica, Sabaudica etc. nec non Genealogia stemmatis Zurlaubiani, Aarau 1976-.,

#### Archivtheoretische Literatur vom 16. bis ins 18 Jahrhundert

- Aebbtlin, Georg: Tractatio de archivis atque registraturis vulgo Anführung zu der Registraturkunst, Ulm 1669.
- Bonifacius, Balthasar: De Archivis liber singularis, Venedig 1632.
- Fritsch, Ahasver: Tractatus de jure archivi et cancellariae, Jena 1664.
- Pütter, Johann Stephan: Anleitung zur juristischen Praxis, Göttingen <sup>3</sup>1765 (1. Auflage 1753).
- Rammingen, Jacob von: Von der Registratur und jren Gebäuwen und Regimenten, dessgleichen von jhren Bawmeistern und Verwaltern und jren qualificationen und habitibus. Und dann was für grosser vilfältiger Nutzbarkeit auss einer wol angestellten und künstlich erbawten Registratur entspringen und erfolgen. Ein lustiger oder Methodischer Ausszug deren Bücher welche

der Edel hochgelehrt und vest Herr Jacob von Rammingen, von und in Lüblachspurg der älter, von der Kunst der Registratur geschriben, Heidelberg 1571, dem Kurfürsten Friedrich gewidmet.

- Seckendorff, Veit Ludwig von: Teutscher Fürstenstaat, Zum drittenmahl übersehen und aufgelegt, Frankfurt am Main 1665 (1. Auflage 1660).
- Wencker, Jacob: Apparatus et instructus archivorum ex nostri temporis vulgo Von Registratur und Renovatur, Strassburg 1715.

## Darstellungen

- Albert, Thomas D.: Der gemeine Mann vor dem geistlichen Richter, Kirchliche Rechtssprechung in den Diözesen Basel, Chur und Konstanz vor der Reformation, Stuttgart 1998, (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 45).
- Angenendt, Arnold: Verschriftlichte Mündlichkeit - vermündlichte Schriftlichkeit, in: Heinz Durchhardt und Melville, Gert (Hgg.): Im Spannungsfeld von Recht und Ritual, Soziale Kommunikation in Mittelalter und Früher Neuzeit, Köln / Weimar / Wien 1997, S. 3-25.
- Bansa, Helmut: Studien zur Kanzlei Kaiser Ludwigs des Bayern vom Tag der Wahl bis zur Rückkehr aus Italien (1314-1329), Kallmünz 1968, (Münchner Historische Studien, Abteilung geschichtl. Hilfswissenschaften, Bd. 5.).
- Banz, Romuald und Henggeler, P. Rudolf: Kurze Geschichte der Stiftsschule Einsiedeln, Eine Festgabe zu der vor 100 Jahren erfolgten Einführung des Lyzeums, Einsiedeln 1948.
- Baumgarten, Paul Maria: Von der apostolischen Kanzlei: Untersuchungen über die päpstlichen Tabellionen und die Vizekanzler der heiligen römischen Kirche im XIII., XIV. und XV. Jahrhundert, Köln 1908 (Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft, Heft 4).
- Beck, Friedrich und Eckart, Henning (Hgg.): Die archivalischen Quellen, Mit einer Einführung in die Historischen Hilfswissenschaften, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 2003.
- Behne, Axel Jürgen: Geschichte aufbewahren, Zur Theorie der Archivgeschichte und zur mittelalterlichen Archivpraxis in Deutschland und

Italien, in: Rück, Peter (Hg.): Mabilions Spur, Zweiundzwanzig Miszellen aus dem Fachgebiet für historische Hilfswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, Zum 80. Geburtstag von Walter Heinemeyer, Marburg 1992, S. 277-297.

- Benziger, Karl, J.: Geschichte des Buchgewerbes im fürstbischöflichen Benediktinerstifte U.L.F. von Einsiedeln, Einsiedeln/Köln/Waldshut 1912.
- Bersorger, Walter und Sanders, Rebecca: Historische Karten- und Plandokumente aus dem Kloster Einsiedeln, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 99, (2007), S. 17-46.
- Bihrer, Andreas: Der Konstanzer Bischof im 14. Jahrhundert, Herrschaftliche, soziale und kommunikative Aspekte, Ostfildern 2005, S. 175.
- Blumer, Johann Jakob: Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien oder der Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug und Appenzell, 2 Bde., St. Gallen 1858.
- Böck, Hanna: Einsiedeln, Das Kloster und seine Geschichte, Zürich/München 1989.
- Booms, Hans: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung, Zur Problematik archivarischer Quellenbewertung, in: Archivalische Zeitschrift, Bd. 68, (1972), S. 3-40.
- Brändle, Fabian: Demokratie und Charisma, Fünf Landsgemeindekonflikte im 18. Jahrhundert, Zürich 2005.
- Brändli, Paul J.: Mittelalterliche Grenzstreitigkeiten im Alpenraum, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 78, (1986), S. 18-188.
- Braun, Rudolf: Das ausgehende Ancien Régime in der Schweiz, Aufriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts, Göttingen/Zürich 1984.
- Brenneke, Adolf: Archivkunde, Ein Beitrag zur Theorie und Geschichte des europäischen Archivwesens, Bearbeitet nach Vorlesungsnachschriften und Nachlasspapieren und ergänzt von Wolfgang Leesch, Leipzig 1953.
- Bresslau, Harry: Handbuch der Urkundenlehre für Deutschland und Italien, Berlin <sup>4</sup>1968, 2 Bde. (1. Auflage in einem Band 1889, in zwei Bänden 1915 und 1931).

- Brun, Peter et al.: Repertorien und Findmittel im Stiftsarchiv Einsiedeln, unveröffentlichtes Papier, verfasst unter der Leitung von Roger Sablonier am Historischen Seminar der Universität Zürich 1999.
- Brunner, Otto: Land und Herrschaft, Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Oesterreichs im Mittelalter, Wien <sup>5</sup>1965.
- Brunner, Otto: Österreichische Adelsbibliotheken des 15. bis 18. Jahrhunderts als geistesgeschichtliche Quelle, in: Ders.: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen/Zürich <sup>3</sup>1980, S. 281-293, (1. Auflage 1956).
- Burkardt, Johannes: Die Historischen Hilfswissenschaften in Marburg, (17.-19. Jahrhundert), Marburg an der Lahn 1997, (elementa diplomatica 7).
- Burkhardt, Martin: Arbeiten im Archiv, Paderborn/München/Wien/Zürich 2006.
- Burmeister, Karl Heinz: Anfänge und Entwicklung des öffentlichen Notariats bis zur Reichsnotariatsordnung von 1512, in: Carlen, Louis und Ebel, Friedrich (Hgg.): Festschrift für Ferdinand Elsener zum 65. Geburtstag, Sigmaringen 1977, S. 76-90.
- Capitani, François de: Beharren und Umsturz (1648-1815), in: Imhof, Ulrich et al.: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel 1986, S. 447-526.
- Clanchy, Michel: From Memory to Written Record: England, 1066-1307, 2. erweiterte Auflage, Oxford/Blackwell 1993, (1. Auflage 1979).
- Cosmar, Carl Wilhelm: Geschichte des Königlich-Preussischen Geheimen Staats- und Kabinettsarchiv bis 1806, Köln/Weimar/Wien 1993, (Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz, Bd.32).
- Delsalle, Paul (Hg.): La recherche historique en archives du Moyen Âge, Paris 1995, (Collection Documents et Histoire).
- Dettling, Martin: Schwyzerische Chronik oder Denkwürdigkeiten des Kantons Schwyz, Schwyz 1860.
- Dubler, Anne-Marie: Masse und Gewichte im Staat Luzern und in der alten Eidgenossenschaft, Luzern 1975.
- Egloff, Gregor: Herr in Münster, Die Herrschaft des Kollegiatsstifts St. Michael in Beromünster in der luzernischen Landvogtei Michelsamt am Ende des Mittelalters und in der frühen Neuzeit (1420-1700), Basel 2003, (Luzerner Historische Veröffentlichungen, Band 38).
- Elsener, Ferdinand: Die Jurisprudenz in der Stiftsbibliothek Einsiedeln vom 16. bis ins 18. Jahrhundert, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 111, (1958), S. 36-104.

- Elsener, Ferdinand: Notare und Stadtschreiber, Zur Geschichte des schweizerischen Notariats, hg. v. der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abt. Geisteswissenschaften, Heft 100, Köln 1962, S. 7-57.
- Ember, Gyöző: On the Methodology of Archives-History, in: *Acta historica academiae scientiarum hungaricae*, Bd. 16, (1970), S. 171-192.
- Eugster, Erwin: Adlige Territorialpolitik in der Ostschweiz, Kirchliche Stiftungen im Spannungsfeld früher landesherrlicher Verdrängungspolitik, Zürich 1991.
- Foucault, Michel: *Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main <sup>8</sup>1997, (1. Auflage 1973).
- Franz, Eckhart G.: *Einführung in die Archivkunde*, fünfte, aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, (1. Auflage 1974).
- Frenz, Thomas: *Die Kanzlei der Päpste in der Hochrenaissance (1471-1527)*, Tübingen 1986.
- Frenz, Thomas: *Papsturkunden des Mittelalters und der Neuzeit*, 2., aktualisierte Auflage, Stuttgart 2000, (*Historische Grundwissenschaften in Einzeldarstellungen*, Bd. 2), (1. Auflage Wiesbaden 1986).
- Furrer, Norbert: *Das Münzgold der alten Schweiz*, Grundriss, Zürich 1995.
- Galle, Sara, et al.: *Ad fontes Heremitarum*, Quellen aus dem Stiftsarchiv Einsiedeln (Katalog zur Ausstellung in der Stiftsbibliothek Einsiedeln), Einsiedeln 2004.
- Gauvard, Claude: Conclusion, in: Fianu, Kouky et Guth, De Lloyd J.: *Ecrit et Pouvoir dans les Chancelleries Médiévales: Espace Français, Espace Anglais*, Actes du colloque international de Montréal, 7-9 septembre 1995, Louvain-la-Neuve 1997, *Textes et Etudes du moyen âge* 6, S. 333-342.
- Giesecke, Michael: *Der Buchdruck in der frühen Neuzeit*, Frankfurt am Main 1991.
- Glauser, Fritz: Die Schreiber der Berner Kanzlei vor 1798, in: *Der Geschichtsfreund*, Bd. 114, (1961), S. 86-111.
- Gleixner, Sebastian: *Sprachrohr kaiserlichen Willens: Die Kanzlei Kaiser Friedrichs II. (1226-1236)*, Köln 2006, (*Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde*, Beiheft 11).

- Gössi, Anton: Archivordnungen und Kanzleiregistraturen in Luzern bis ins 18 Jh., in: Mitteilungen der Vereinigung schweizerischer Archivare 27 (1976), S. 3-25.
- Gössi, Anton: Kanzlei, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 9.10.2008, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D9641-1-1.php>.
- Goody, Jack: Die Logik der Schrift und die Organisation von Gesellschaft, Frankfurt am Main 1990.
- Gottlob, Theodor: Gerichts- und Kanzleiordnung des Bischofs Marquard von Konstanz aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte, Nr. 44, (1950), S. 198-214.
- Gottschalk, Karin: Wissen über Land und Leute, Administrative Praktiken und Staatsbildungsprozesse im 18. Jahrhundert, in: Collin, Peter und Horstmann, Thomas (Hgg.): Das Wissen des Staates, Geschichte, Theorie und Praxis, Baden-Baden 2004, (Rechtspolitologie, Bd. 17), S. 149-174.
- Grabmayer, Johannes und Domenig, Christian: Die Grafen von Cilli und ihr Archiv, in: Geschichte der Alpen 10, (2005), S. 75-91.
- Haas, Stefan und Pfister, Ulrich: Verwaltungsgeschichte - eine einleitende Perspektive, in: Ulrich Pfister und de Tribolet, Maurice (Hgg.): Sozialdisziplinierung - Verfahren - Bürokraten, Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung, Basel: 1999, (Itinera, Bd. 21), S. 11-28.
- Halter-Pernet, Colette: Das Kloster Einsiedeln und seine Hofrechte. Entstehung, Entwicklung, Verwendung, Historisches Seminar der Universität Zürich 2004, (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit).
- Head, Randolph C.: Abbildungen von Herrschaft: Archivgut, Archivordnungen und die Repräsentation politischen Wissens in der frühneuzeitlichen Schweiz, in: Böhler, Michael et al. (Hgg.): Republikanische Tugend, Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers, Contribution à une nouvelle approche des Lumières helvétiques, Genève 2000, S. 113-127.
- Henemann, Volker: Stadt, Kanzlei und Kultur: Einführung in das Tagungsthema, in: Suntrup, Rudolf et al. (Hgg.): Stadt, Kanzlei und Kultur im Übergang zur frühen Neuzeit, Frankfurt am Main 2004, (Medieval to early modern culture, Bd. 4), S. IX-XIII.



- Henggeler, P. Rudolf: Das Stift Einsiedeln und die französische Revolution, Ein Beitrag zur Einsiedler Klostersgeschichte von 1790-1808, Einsiedeln 1924. (Feierstunden 8, Beilage zum Einsiedler Anzeiger).
- Henggeler, P. Rudolf: Professbuch der Benediktinerabteien Pfäfers, Rheinau, Fischingen, Zug 1931.
- Henggeler, P. Rudolf: Professbuch der fürstlichen Benediktinerabtei unserer lieben Frau von Einsiedeln, Festgabe zum tausendjährigen Bestand des Klosters, Einsiedeln ca. 1933, (Monasticon-Benedictinum Helvetiae, III. Band).
- Henggeler, P. Rudolf: Fürstabt Placidus Reimann von Einsiedeln, 1629-1670, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 57 (1964), S. 8-110.
- Hesse, Christian: Landesherrliche Amtsträger - Artisten im Beruf, in: Rainer C. Schwinges (Hg.): Artisten und Philosophen, Wissenschafts- und Wirkungsgeschichte einer Fakultät vom 13. bis zum 19. Jahrhundert, Basel 1999, (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1), S. 25-51.
- Hiestand, Rudolf (Hg.): Hundert Jahre Papsturkundenforschung: Bilanz - Methoden - Perspektiven : Akten eines Kolloquiums zum hundertjährigen Bestehen der Regesta Pontificum Romanorum vom 9.-11. Oktober 1996 in Göttingen , Göttingen 2003, (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philologisch-Historische Klasse, Folge 3, Bd. 261).
- Hildbrand, Thomas: Der Tanz um die Schrift, Zur Grundlegung einer Typologie des Umgangs mit Schrift, in: Meier, Thomas und Sablonier, Roger (Hgg.): Wirtschaft und Herrschaft, Beiträge zur ländlichen Gesellschaft in der östlichen Schweiz (1200-1800), Zürich 1999, S. 439-460.
- Hildbrand, Thomas: Herrschaft, Schrift und Gedächtnis, Das Kloster Allerheiligen und sein Umgang mit Wissen in Wirtschaft, Recht und Archiv (11.-16. Jahrhundert), Zürich 1996.
- Holenstein, André: Die Huldigung der Untertanen: Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800-1800), Stuttgart/New York 1991.
- Honemann, Volker: Kanzlei, Stadt und Kultur im Leben und Werk des Johann Frauenburg von Görlitz (+ 1495), in: Rudolf Suntrup et al. (Hgg.): Stadt,

Kanzlei und Kultur im Übergang zur frühen Neuzeit, Frankfurt am Main 2004, (Medieval to early modern culture, Bd. 4), S. 71-106.

- Horat, Erwin: Kleine Schwyzer Münz- und Geldgeschichte, Schwyzer Hefte, Bd. 57, (1993).
- Hübscher, Bruno: Das bischöfliche Archiv in Chur, in: Schwarz, Dietrich und Schnyder, Werner (Hgg.): *Archivalia et historica*, Arbeiten aus dem Gebiet der Geschichte und des Archivwesens, Zürich 1958, S. 33-50.
- Hug, Albert: Archivlandschaft Innerschweiz und der namenkundliche Wert von Verwaltungsschriftgut und Rechtsaufzeichnungen, in: Debus, Friedhelm (Hg.): *Stadtbücher als namenkundliche Quelle*, Vorträge des Kolloquiums vom 18.-20. September 1998, Mainz / Stuttgart 2000, S. 425-449.
- Hug, Albert: Das Jahrzeitbuch der Pfarrkirche Ufenau (vor 1415), Das Jahrzeitbuch der Pfarrkirche Freienbach (1435), Schwyz 2008.
- Hug, Albert: Die Wirtschaftsstruktur der Höfe Pfäffikon und Wollerau seit Begründung der Grundherrschaft des Klosters Einsiedeln (965) bis zu Beginn des 17. Jh., in: *Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz*, Heft 62, (1969), S. 3-121.
- Hug, Albert: Einsiedeln (Benediktinerabtei), in *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 23.10.2006, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D11491-1-2.php>.
- Huschner, Wolfgang: Über die politische Bedeutung der Kanzler für Italien in spätottonisch-frühsalischer Zeit (1009-1057), in: *Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde*, Bd. 41, (1995), S. 31-48, hier: S. 38.
- Johanek, Peter: Methodisches zur Verbreitung und Bekanntmachung von Gesetzen im Spätmittelalter, in: Paravicini, Werner und Werner, Karl Ferdinand (Hgg.): *Histoire comparée de l'administration (IVe-XVIIe siècle)*, Zürich/München 1980, S. 88-101, (Beihefte der Francia 9).
- Kälin, Björn: Die Jugendzeit der Schrift im Einsiedler Stift, Schriftlichkeit im Kloster Einsiedeln im 15. Jahrhundert, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Historisches Seminar der Universität Zürich 1996.
- Kälin, Johann Baptist: Die Schirm- und Kastvogtei über das Gotteshaus Einsiedeln, in: *Mitteilungen des Historischen Vereins des Kantons Schwyz*, Heft 2 (1882), S. 1-94.

- Kälin, Urs: Die Urner Magistraten-Familien, Zürich 1991.
- Kälin, Urs: Salz, Sold und Pensionen. Zum Einfluss Frankreichs auf die politische Struktur der innerschweizerischen Landsgemeindedemokratien im 18. Jahrhundert, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 149, (1996), S. 105-124.
- Kaiser, Hans: Aus der Entwicklung der Archivkunde, in: Archivalische Zeitschrift, Bd. 37 (1928), S. 98-109.
- Keller, Hagen: Vom heiligen Buch zur Buchführung, Lebensfunktionen der Schrift im Mittelalter, in: Frühmittelalterliche Studien 26 (1992), S. 1-31.
- Keller, Hagen et al. (Hgg): Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter, Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen, München 1992, (Akten des Internationalen Kolloquiums 17.-19. Mai 1989).
- Koch, Walter: Praktische Arbeit in den Herrscherkanzleien im späten 12. und im 13. Jahrhundert, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Bd. 41, (1995), S. 239-363.
- Kothing, Martin: Das Landbuch von Schwyz, Zürich / Frauenfeld 1850.
- Kränzle, Andreas: Das Klosterarchiv Einsiedeln, Neuordnung und Renovation, in: Niederhäuser, Peter und Meyerhans, Andreas (Hgg.): Äbte, Amtsleute, Archivare. Zürich und das Kloster Einsiedeln, Zürich 2009, (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd. 76 ( 173. Neujahrsblatt)), S. 149-160.
- Krauss, Tobias: «Villerhandt missverstentnusen und unwillen» - Streit um Steuern und Hoheit in Einsiedeln zwischen dem Kloster Einsiedeln und dem Stand Schwyz, 1633-1645, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 98, (2006), S. 135-164.
- Kuhn, Albert: Der jetzige Stiftsbau Maria Einsiedeln, Einsiedeln 1883.
- Kwasnitza, Stefan: Der Streit um Klostervogtei und Engelweiheablass, Zürcher Prokuratoren des Klosters Einsiedeln vor Kaiser, Papst und Konzil, in: Niederhäuser, Peter und Meyerhans, Andreas (Hgg.): Äbte, Amtsleute, Archivare, Zürich und das Kloster Einsiedeln, Zürich 2009, (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd. 76 (173. Neujahrsblatt)).S. 79-90.
- Lackner, Christian: Hof und Herrschaft, Rat Kanzlei und Regierung der österreichischen Herzoge (1365-1406), Wien/München 2002, (Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Ergänzungsband 41).

- Landolt, Oliver: Geschichtsschreibung aus Einsiedeln, Die Einsiedler Patres Odilo Ringholz (1852-1929) und Rudolf Henggeler (1890-1971), in: Schwyzer Hefte, Bd. 86, (2005), S. 65-67.
- Landolt, Oliver: «Non prosunt consilia, si desunt necessaria» - Finanzen und Finanzverwaltung im spätmittelalterlichen Land Schwyz, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 97, (2005), S. 75-94.
- Landolt, Oliver: Trölen und Praktizieren im alten Land Schwyz, Wahlbestechungen, Wahlmanipulationen und Ämterkauf als Instrumente politischen Handelns in der frühneuzeitlichen Gesellschaft, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 160, (2007), S. 217-308.
- Lang, Odo: Der Mönch und das Buch, Die Stiftsbibliothek Einsiedeln - Deutung und Geschichte, Vollständig überarbeitete und stark erweiterte Neuauflage der Festschrift von 1999, Stiftsbibliothek Einsiedeln 2010.
- Largiadère, Anton: Schweizerisches Archivwesen, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Erg. Bd. 2, Wien 1949, S. 23-53.
- Meisner, Heinrich Otto: Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918, Göttingen 1969.
- Melville, Gert: Zur Funktion der Schriftlichkeit im institutionellen Gefüge mittelalterlicher Orden, in: Frühmittelalterliche Studien 25 (1991), S. 391-417.
- Menne-Haritz, Angelika: Schlüsselbegriffe der Archivterminologie: Lehrmaterialien für das Fach Archivwissenschaft, Marburg 1992.
- Mente, Michael: Essen, Alltag und Verwaltung im Kloster, Das «Kreuzlinger Küchenbuch» von 1716, Text, Kommentar und Auswertung, Zürich 2005.
- Mente, Michael: Das hingerichtete Dokument, Der Berner Bundesbrief von 1653, in: Traverse, (2008), Heft 2, S. 135-146.
- Merten, Thomas: Die Libertas Einsidlensis, Eine juristische Deduktion des 17. Jahrhunderts, Zugleich ein Beitrag zur Rechtsgeschichte des Klosters Einsiedeln, Zürich 1978.
- Meyer, André: Die Kunstdenkmäler des Kantons Schwyz, Der Bezirk Schwyz I, Der Flecken Schwyz und das übrige Gemeindegebiet, Neue Ausgabe, Bd. 1, (Die Kunstdenkmäler der Schweiz), Basel 1978.
- Meyer, Bruno: Das habsburgische Archiv in Baden, in: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte 23, Heft 2 (1943), S. 169-200.

- Meyerhans, Andreas: Einsiedeln, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 14.11.2005, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D710.php>.
- Michel, Kaspar: Skizzen der Schwyzer Verfassungsgeschichte, Schwyz 2008.
- Moritzi, Claudia: Arbeiten im Dienst des Klosters, Die weltlichen Angestellten des Stifts Einsiedeln, 1580-1700, Historisches Seminar der Universität Zürich 2004, (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit).
- Müller, Stephan: Die Baudinge, Kommunale Rechtspflege und Verwaltung des Reichsstifts Ottobeuren im 18. Jahrhundert, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige, Bd. 115, (2004), S. 201-282.
- Niederhäuser, Peter und Meyerhans, Andreas (Hgg.): Äbte, Amtsleute, Archivare, Zürich und das Kloster Einsiedeln, Zürich 2009, (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd. 76 (173. Neujahrsblatt)).
- Ochsner, Martin: Pfarrer und bischöflicher Kommissar Fassbind von Schwyz, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Bd. 32, (1924), S. 1-190.
- Oechslin, Werner und Buschow Oechslin, Anja: Die Kunstdenkmäler des Kantons Schwyz, Neue Ausgabe, Band III. I, Der Bezirk Einsiedeln I, Das Benediktinerkloster Einsiedeln, Bern 2003.
- Oechslin, Werner und Buschow Oechslin, Anja: Die Kunstdenkmäler des Kantons Schwyz, Neue Ausgabe, Band III. II, Der Bezirk Einsiedeln II, Dorf und Viertel, Bern 2003.
- Ottnad, Bernd: Das Berufsbild des Archivars vom 16. Jh. bis zur Gegenwart, in: Richter, Gregor (Hg.): Aus der Arbeit des Archivars, Festschrift für Eberhard Gönner, Stuttgart 1986, S. 1-22, (Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 44).
- Ottnad, Bernd: Die Kanzler des Bistums Konstanz, in: Helvetia Sacra, hg. v. dem Kuratorium der Helvetia Sacra, Begr. von Rudolf Henggeler, weitergeführt von Albert Bruckner, Abt. I, Bd. 2, Zweiter Teil, Basel/Frankfurt am Main 1993, S. 729-764.
- Ottnad, Bernd: Zur Geschichte des Kanzleramtes und der Kanzler der Fürstbischöfe von Konstanz (1458-1802), in: Freiburger Diözesan-Archiv, Bd. 105, (1985), S. 249-281, (=3. Folge, Bd. 37).

- Pätzold, Stefan: Zur weltlichen Verwaltung des Erzstifts Magdeburg im 14. Jahrhundert, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Bde. 47/48, (2001/2002), S.343-377.
- Peltzer, Jörg: Wissen und Ausbildung frühstaatlicher Strukturen: Der Fall England im Hochmittelalter, in: Collin, Peter und Horstmann, Thomas (Hgg.): Das Wissen des Staates, Geschichte, Theorie und Praxis, Baden-Baden 2004, (Rechtspolitologie, Bd. 17), S. 123-148.
- Penz, Helga: Am Schauplatz der Schrift, Gebrauch, Verwahrung und Überlieferung von spätmittelalterlichem Schriftgut am Beispiel des Archivs des ehemaligen Chorherrenstiftes Dürnstein in Niederösterreich, in: Pohl, Walter und Herold, Paul (Hgg.): Vom Nutzen des Schreibens, Soziales Gedächtnis, Herrschaft und Besitz im Mittelalter, Wien 2002, (Forschungen zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 5), S. 355-373.
- Peyer, Hans Conrad: Das Archiv der Feste Baden, in: Festgabe Hans von Greyerz zum sechzigsten Geburtstag, Bern 1967, S. 685-698.
- Peyer, Hans Conrad: Verfassungsgeschichte der alten Schweiz, Zürich 1978.
- Pfeifer, Wolfgang: Landvermessung im Territorium des ehemaligen Reichsstifts Otto beuren und daraus resultierende Karten des Territoriums, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige, Bd. 118, (2007), S. 269-282.
- Pfiffner, Eugen: Die Regel des heiligen Benedikt, Übersetzt und kurz erklärt, Einsiedeln/Zürich 1947.
- Pomian, Krzysztof: Les Archives, Du Trésor des chartes au Caran, in: Les Lieux de mémoire, Sous la direction de Pierre Nora, Bd.3, Paris 1992, S. 163-233.
- Püntener, August: Urner Münz- und Geldgeschichte, Altdorf 1980.
- Raumer, Georg Wilhelm von: Geschichte des Geheimen Staats- und Cabinets-Archivs zu Berlin bis zum Jahre 1820, hg. v. Eckhart Henning, in: Archivalische Zeitschrift, Bd. 72, (1976), S. 30-75.
- Rauschert, Jeanette: Gelöchert und befleckt, Inszenierung und Gebrauch städtischer Rechtstexte und spätmittelalterliche Öffentlichkeit, in: Karl Brunner und Jaritz, Gerhard (Hgg.): Text als Realie, Internationaler Kongress, Krems an der Donau, 3. bis 6. Oktober 2000, Wien 2003, (Veröffentlichungen des

Instituts für Realienkunde des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, Nr. 18), S. 163-181.

- Reininghaus, Wilfried: Archivgeschichte, Umriss einer untergründigen Subdisziplin, in: Der Archivar, Zeitschrift für Archivwesen, Heft 4, (2008), S. 352-360.
- Rhyner, Monika: Das verhexte Kanzlerhaus in Einsiedeln, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 96, (2004), S. 149-184.
- Rhyner, Monika: Johannes Escher, ein Amtmann des Klosters Einsiedeln im Zürich des 18. Jahrhunderts, in: Niederhäuser, Peter und Meyerhans, Andreas (Hgg.): Äbte, Amtsleute, Archivare, Zürich und das Kloster Einsiedeln, Zürich 2009, (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd. 76 (173. Neujahrsblatt)), S. 13-23.
- Rieger, Ernst: Das Urkundewesen der Grafen von Kiburg und Habsburg. Mit bes. Betonung der innerschweizerischen, Züricher und thurgauischen Landschaften, Köln 1986, 2 Bde. (Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Beiheft ; 5/I-II).
- Ringholz, P. Odilo: Der Kalender der ehemaligen fürstbischöflichen Kanzlei in Einsiedeln, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 19, (1908), S. 143-154.
- Ringholz, P. Odilo: Geschichte des fürstlichen Benediktinerstifts U.L.F. von Einsiedeln, seiner Wallfahrten, Probsteien, Pfarreien und übrigen Besitzungen unter besonderer Berücksichtigung der Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, Einsiedeln 1904.
- Roth, Gunhild: Zwischen Pflicht und Kür: Der Stadtschreiber Peter Eschenloer als Botschafter, Übersetzer und Chronist. Mit drei Anhängen zu Gesandten, Prokuratoren, und Boten des Breslauer Rates, in: Rudolf Suntrup et al. (Hgg.): Stadt, Kanzlei und Kultur im Übergang zur frühen Neuzeit, Frankfurt am Main 2004, (Medieval to early modern culture, Bd. 4), S. 15-46.
- Rück, Peter: Die Anfänge des öffentlichen Notariats in der Schweiz (12.-14. Jh.), in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, 36. Band, (1990), S. 93-123.
- Rück, Peter: Die Ordnung der herzoglich savoyischen Archive unter Amadeus VIII. (1398-1451), in: Archivalische Zeitschrift, Bd. 67 (1971), S. 11-101.

- Rück, Peter: Kanzlei und Chronistik in der spätmittelalterlichen Schweiz, Città del Vaticano 1990, S. 129-136.
- Rück, Peter: Zur Diskussion der Archivgeschichte, Die Anfänge des Archivwesens in der Schweiz (800-1400), in: Eisenlohr, Erika und Worm, Peter (Hgg.): Fachgebiet Historische Hilfswissenschaften, Ausgewählte Aufsätze zum 65. Geburtstag von Peter Rück, Marburg an der Lahn 2000, S. 5-16, (elementa diplomatica 9), (zuerst in: Mitteilungen der Vereinigung schweizerischer Archivare 26 (1975), S.5-40).
- Sablonier, Roger: Ägeri vor 1500. in: Morosoli, Renato et al.: Ägerital – seine Geschichte, Bd.1, Oberägeri und Unterägeri 2003, S. 27-119.
- Sablonier, Roger: Adelsbesitz und adliges Handeln im 13. Jahrhundert, in: Otto Gerhard Oexle, und Paravicini, Werner (Hgg.): Nobilitas: Funktionen und Repräsentation des Adels in Alteuropa, Göttingen: 1997, (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 133), S. 69-100.
- Sablonier, Roger: Die Grafen von Rapperswil: Kontroversen, neue Perspektiven und ein Ausblick in die 'Gründungszeit' der Eidgenossenschaft um 1300, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 147 (1994), S. 5-44.
- Sablonier, Roger: Gründungszeit ohne Eidgenossen, Politik und Gesellschaft in der Innerschweiz um 1300, Baden <sup>2</sup>2008.
- Sablonier, Roger: Leibherrschaft unter freien Schweizern: Eigenleute des Klosters Einsiedeln in eidgenössischen Territorien, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 157, (2004), S. 145-179.
- Sablonier, Roger: Verschriftlichung und Herrschaftspraxis: Urbariales Schriftgut im spätmittelalterlichen Gebrauch, in: Meier, Christel et al. (Hgg.): Pragmatische Dimensionen mittelalterlicher Schriftkultur, Akten des Internationalen Kolloquiums 26.-29. Mai 1999, München 2002, S. 91-120.
- Sablonier, Roger et al.: Inventar spätmittelalterlicher Wirtschafts- und Verwaltungsquellen im Staatsarchiv des Kantons Zürich, Historisches Seminar der Universität Zürich 1990.
- Sablonier, Roger und Zangger, Alfred: Inventar spätmittelalterlicher Wirtschafts- und Verwaltungsquellen im Stiftsarchiv Einsiedeln, Historisches Seminar der Universität Zürich 1989.
- Salzgeber, P. Joachim: Das Kloster Einsiedeln, erforscht und erzählt von Pater Dr. Joachim Salzgeber, Einsiedeln 2006.



- Salzgeber, P. Joachim: Die Stiftskanzler von Einsiedeln, in: Einsiedler Anzeiger, Nr. 1, 2. Januar 1979 und Nr. 11, 6. Februar 1979.
- Salzgeber, P. Joachim: Einsiedeln, in: Helvetia Sacra, Frühe Klöster, Die Benediktinerinnen und Benediktiner in der Schweiz, Abt. III, Bd. 1, Erster Teil, Basel/Frankfurt a. M. 1986, S. 517-594.
- Santschi, Catherine: Archive, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 21.9.2006, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D12820-1-1.php>.
- Schenk, Dietmar: Kleine Theorie des Archivs, Stuttgart 2008.
- Schillmann, Fritz: Die Formularsammlung des Marinus von Eboli, Rom/Leipzig 1929.
- Schilter, Dominik: Geschichte der Linden und Harten, in: Der Geschichtsfreund, Bd. 21, (1866), S. 345-396 und Bd. 22, (1867), S. 162-208.
- Schnüriger, Xaver: Die Schwyzer Landsgemeinde, Schwyz 1906.
- Schreckenbach, Hans-Joachim: Stand der Informationsbewertung in kapitalistischen Ländern, in: Archivmitteilungen, Bd. 19, (1969), S. 179-182.
- Schreiner, Klaus: «Grundherrschaft», Entstehung und Bedeutungswandel eines geschichtswissenschaftlichen Ordnungs- und Erklärungsbegriffs, in: Patze, Hans (Hg.): Die Grundherrschaft im Späten Mittelalter, Bd. 1, Sigmaringen 1983, S. 11-74.
- Schreiner, Klaus: Verschriftlichung als Faktor monastischer Reform, Funktionen von Schriftlichkeit im Ordenswesen des hohen und späten Mittelalters, in: Keller, Hagen et al. (Hgg): Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter, Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen, München 1992 (Akten des Internationalen Kolloquiums 17.-19. Mai 1989), S. 37-76.
- Schuler, Peter-Johannes: Notare Südwestdeutschlands, Ein prosopographisches Verzeichnis für die Zeit von 1300 bis ca. 1520, (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg 90), Stuttgart 1987.
- Schwarz, Brigide: Der corrector litterarum apostoloicarum: Entwicklung des Korrektorenamtes in der päpstlichen Kanzlei von Innozenz III. bis Martin V., Tübingen 1974, (Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken, Bd. 54).

- Schwarz, Brigide: Die Organisation kurialer Schreiberkollegien, Von ihrer Entstehung bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts, Tübingen 1972.
- Sibling, Georg: Zinsschreiber, geschworene Schreiber und Landschreiber im alten Zürich, Zürcher Taschenbuch 108, 1988, S. 149-206.
- Sieber, Christian: Adelskloster, Wallfahrtsort, Gerichtshof, Landesheiligtum – Einsiedeln und die Alte Eidgenossenschaft, in: Mitteilungen des Historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 68, (1996), **S. 41-51** (ist das der gesamte Artikel?).
- Simon, Thomas: Grundherrschaft und Vogtei, Eine Strukturanalyse spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Herrschaftsbildung, Frankfurt am Main 1995, (Ius Commune, Sonderheft 77).
- Stadler-Planzer, Hans und Stadler, Pascal: Die Korporation Pfäffikon SZ, Grundlagen, Entstehung, Entfaltung, Pfäffikon SZ 2008.
- Staehelin, Andreas: Archive und Geschichtsforschung, in: Discordia concors, Festgabe für E. Bonjour, Basel 1968, S. 545-564.
- Steinauer, Dominik: Die Geschichte des Freistaates Schwyz, Vom Untergang der dreizehnörtigen Eidgenossenschaft bis auf die Gegenwart, Bd. 1, Einsiedeln 1861, (Reprint: Genf 1979).
- Stengel, Edmund und Semmelmann, Oskar: Fuldensia, Untersuchungen zur Frühgeschichte des Fuldaer Klosterarchivs, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Bd. 4, (1958), S. 120-182.
- Stratmann, Martina: Schriftlichkeit in der Verwaltung von Bistümern und Klöstern, in: Rudolf Schieffer (Hg.): Schriftkultur und Reichsverwaltung unter den Karolingern, Referate des Kolloquiums der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften am 17./18. Februar 1994 in Bonn, Opladen 1996, (Abhandlungen der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 97), S. 85-108.
- Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige, hg. v. Bayrischen Benediktinerakademie, (1880ff).
- Styger, Dominik: Die Beisassen des alten Landes Schwyz, Schwyz 1914.
- Teuscher, Simon: Erzähltes Recht, Lokale Herrschaft, Verschriftlichung und Traditionsbildung im Spätmittelalter, Frankfurt am Main 2007 (Campus historische Studien, Bd. 44).

- Tschudi, Raimund: Das Kloster Einsiedeln unter den Äbten Ludwig II. Blarer und Joachim Eichhorn, 1526-1569, Einsiedeln 1946.
- Verdenhalven, Fritz: Alte Mess- und Währungssysteme aus dem deutschen Sprachgebiet, 2., wesentlich vermehrte und völlig überarbeitete Auflage, Neustadt an der Aisch 1998.
- Vismann, Cornelia: Akten, Medientechnik und Recht, Frankfurt am Main 2000.
- Wanner, Konrad: Schreiber, Chronisten und Frühhumanisten in der Luzerner Stadtkanzlei des 15. Jahrhunderts, in: Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Luzern, Bd. 18, (2000), S. 2-44.
- Weber, Max: Wirtschaftsgeschichte. Abriss der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, München <sup>2</sup>1924.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, Köln 1964.
- Weissen, Kurt: An der stur ist ganz nutt bezalt, Landesherrschaft, Verwaltung und Wirtschaft in den fürstbischöflichen Ämtern in der Umgebung Basels (1435-1525), Basel/Frankfurt am Main 1994, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 167).
- Wiget, Josef: Geschichte eines Kantons, in: Schwyz, Portrait eines Kantons, Schwyz, 1991, S. 91-155.
- Wiget, Josef: Schwyz vom späten Mittelalter bis 1798, in: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 83, (1991), S. 167-175.
- Zahnd, Urs Martin: Studium und Kanzlei, Der Bildungsweg von Stadt- und Ratsschreibern in eidgenössischen Städten des ausgehenden Mittelalters, in: Schwinges, Rainer C. (Hg.): Gelehrte in Reich, Zur Sozial- und Wirkungsgeschichte akademischer Eliten des 14. bis 16. Jahrhunderts, Berlin 1996, (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 18), S. 453-476.
- Zangger, Alfred: Grundherrschaft und Bauern, Eine wirtschafts- und sozialgeschichtliche Untersuchung der Prämonstratenserabtei Rüti (ZH) im Spätmittelalter, Zürich 1991.
- Zangger, Alfred: Spätmittelalterliche Grundherrschaft und Bauern im Zürcher Oberland, in: Tanner, Albert und Head-König, Anne-Lise (Hgg.): Die Bauern in der Geschichte der Schweiz, Zürich 1992, S. 41-52, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 10).

## Lexika, Handbücher und Zeitschriften

- Archiv für Diplomatik, Siegelgeschichte, Siegel- und Wappenkunde, Köln ab 1955.
- Archiv für Urkundenforschung, Berlin / Leipzig 1908-1944.
- Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz (HBLS), hg. v. der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz, Neuenburg 1921-1934.
- Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), hg. v. der Stiftung Historisches Lexikon der Schweiz, URL: <http://hls-dhs-dss.ch/index.php>.
- Deutsches Rechtswörterbuch, Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache, hg. v. der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Weimar 1912-1997.
- Grimm, Jacob und Wilhelm: Deutsches Wörterbuch, Bearbeitet von der Arbeitsstelle des Deutschen Wörterbuches, Berlin 1960.
- Grotefend, H.: Zeitrechnung des deutschen Mittelalters und der Neuzeit, Hannover 1891.
- Lexikon des Mittelalters (LexMA), München/Zürich 1977-1999.
- Menne-Haritz, Angelika: Schlüsselbegriffe der Archivterminologie: Lehrmaterialien für das Fach Archivwissenschaft, Marburg 1992 (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg Bd.20).
- Römp, Chemielexikon, Stuttgart <sup>8</sup>1979.
- Schweizerisches Idiotikon, Wörterbuch der schweizerdeutschen Sprache, Frauenfeld 1881-1990.
- Springer Lexikon Medizin, Berlin/Heidelberg/New York 2004.

## Abkürzungen

BAR: Schweizerisches Bundesarchiv, Bern

DAE: Documenta Archivii Einsidlensis

StASZ: Staatsarchiv des Kantons Schwyz, Schwyz

StATG: Staatsarchiv des Kantons Thurgau, Frauenfeld

StiAE: Stiftsarchiv Einsiedeln